

BETEILIGUNGSBERICHT 2016

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Redaktionsschluss: 10. August 2017

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	15
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2016	16
	Beteiligungsliste	17
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	20
	Unternehmensorganisation	21
	Unternehmensführung	23
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	25
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	27
	Finanzbeziehungen 2016 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	28
	Geschäfts- und Ertragslage	37
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016	37
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015	40
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014	43

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	46
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	52
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	57
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	58
	Stadtwerke Halle GmbH	59
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	77
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	78
	A/V/E GmbH	91
	Cives Dienste GmbH	97
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	107
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	116
	EVH GmbH	124
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	141
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	146
	Hafen Halle GmbH	156
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	171
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	199
	IT-Consult Halle GmbH	207
	M-Exchange AG	221
	RAB Halle GmbH	224
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	235
	SHS Energiedienste GmbH	244
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	250
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	260
	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	269
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	274
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	287

3.3	VERKEHR	300
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	301
	Hallesche Verkehrs-AG	306
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	325
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	336
	Servicegesellschaft Saale mbH	343
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	351
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	352
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	357
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	368
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	390
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	393
	Bio-Zentrum Halle GmbH	394
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	407
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	413
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	419
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	427
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	452

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	466
	Bäder Halle GmbH	467
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	479
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	488
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	497
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	511
	Maya mare GmbH & Co. KG	517
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	530
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	533
	Serva GmbH	542
	Stadion Halle Betriebs GmbH	545
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	550
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	554
3.7	KULTUR	557
	Stiftung Händel-Haus	558
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	565
	Zoologischer Garten Halle GmbH	580
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	587
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	588
	Saalesparkasse	597

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Für die städtischen Beteiligungen war das Jahr 2016 äußerst erfolgreich und es sind wichtige Entscheidungen für eine stetige positive Fortentwicklung und ein dynamisches Wachstum getroffen worden.

Unsere Stadt ist im Wandel, was insbesondere im Rahmen des Stadtbahnprogrammes, zur Schaffung eines modernen und umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs, und durch die Investitionen der kommunalen Wohnungsgesellschaften in modernen und bezahlbaren Wohnraum im Stadtbild sichtbar wird.

Die Stadtwerke Halle-Gruppe hat mit der Generalüberholung zweier Erzeugungsanlagen in Kraft-Wärme-Kopplung ein weiteres Großprojekt auf den Weg gebracht, das eine umweltschonende und moderne Energieversorgung sicher stellen soll. Dieses Vorhaben wird für die wirtschaftliche Situation in den kommenden Jahren prägend sein.



Als herausragenden Erfolg der städtischen Wirtschaftsförderung leisten weitere Ansiedlungen im Star Park einen positiven wirtschaftlichen Beitrag mit umfangreichen Investitionen und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

An dieser Stelle möchte ich die Leistungen der weiteren kommunalen Beteiligungen würdigen, deren entscheidender Beitrag für eine lebenswerte Stadt oftmals erst auf den zweiten Blick sichtbar wird. Das städtische Beteiligungsportfolio bietet in vielen Bereichen hervorragende Leistungen an, die von der Wirtschaftsförderung über die Kinderbetreuung und Betreuung Pflegebedürftiger bis hin zu Kultur- und Freizeitangeboten reichen.

Der Beteiligungsbericht 2016 bietet einen umfangreichen und detaillierten Einblick in die Aktivitäten der bedeutsamen Beteiligungen im Konzern Stadt Halle (Saale).

Mein Dank gilt den engagierten Beschäftigten, den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen für die geleistete Arbeit und die erzielten Ergebnisse im Jahr 2016. Der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) danke ich für die fachkundige, konstruktive und vertrauensvolle Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2017

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2016 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 45 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 54 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen über 6.700 Mitarbeitern und ca. 220 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2016 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2015 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Beteiligungen
- d) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

Hinweis zur Gewinn- und Verlustrechnung in den Einzelberichterstattungen der berichtspflichtigen Beteiligungen im Punkt d.) Geschäftsentwicklung:

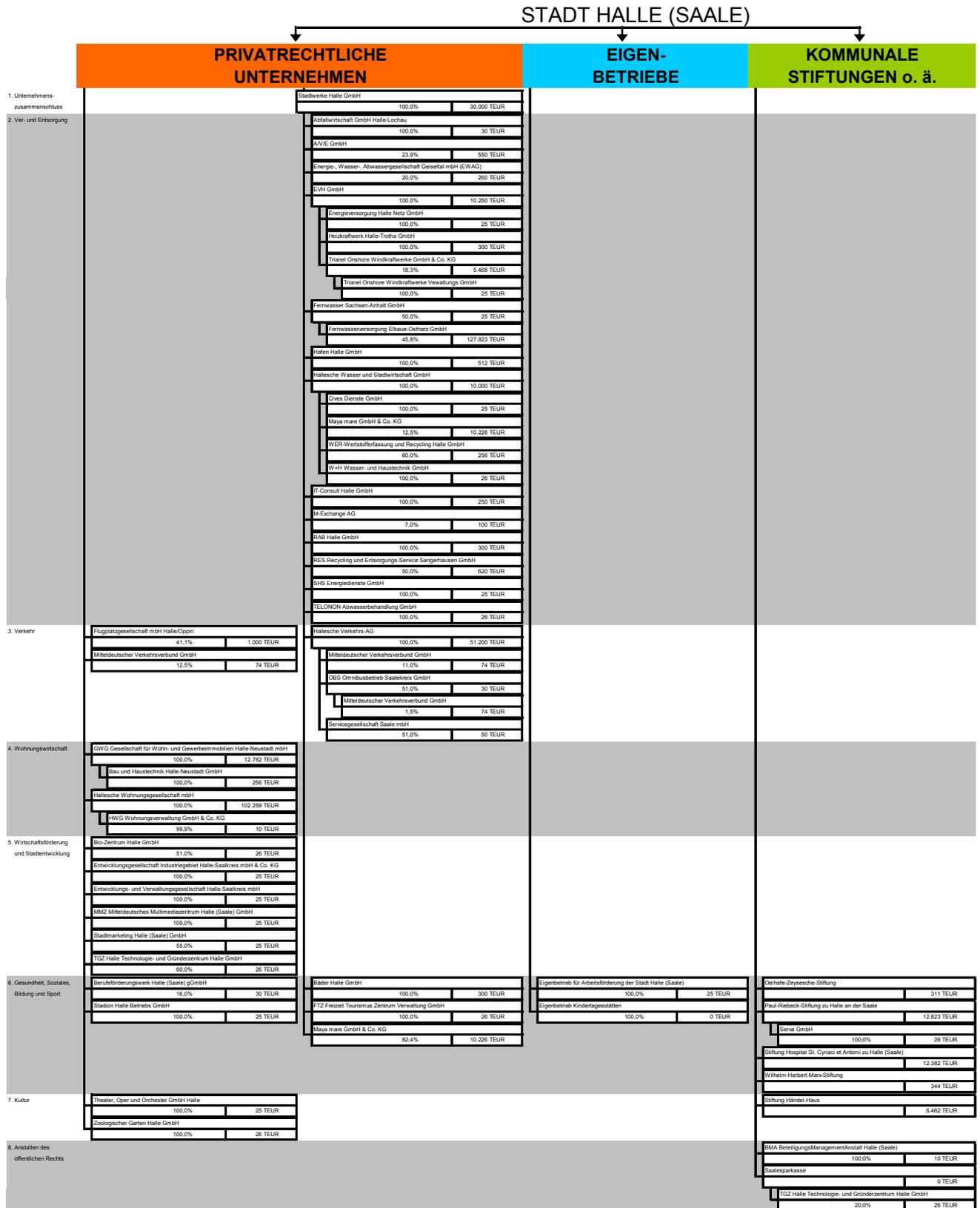
Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt ab dem Jahr 2016 i. d. F. des BilRUG. Für die Vorjahre 2015 und 2014 wird das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung nicht angepasst, sodass die durch das BilRUG entfallenen Posten weiterhin dargestellt und die in den Vorjahren dort ausgewiesenen Beträge nicht umgegliedert werden.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2016



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
M-Exchange AG	100	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	24,16
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	30	51,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.462	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
	Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2015 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Beteiligung an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, an der die EVH GmbH Anteile in Höhe von 18,29 % hält, wird im Beteiligungsbericht für das Jahr 2016 erstmals dargestellt. Weiterhin ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, die Komplementärin der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG ist, in die Berichterstattung aufgenommen worden.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat im Dezember 2016 den 50 %-Geschäftsanteil der VNG AG an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH erworben. Der Anteilsübergang von VNG AG auf die Stadtwerke Halle GmbH fand mit erfolgter Zahlung des Kaufpreises am 19. Dezember 2016 statt. Mit Einbringungsvertrag vom 21. Dezember 2016 sind sämtliche Geschäftsanteile an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH in die Kapitalrücklage der EVH GmbH eingelegt worden. Die EVH GmbH ist mit Wirkung zum 1. Januar 2016 alleiniger Gesellschafter der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Die Stadt Halle (Saale) hat die Stadion Halle Betriebs GmbH durch Rückkauf der privaten Gesellschafteranteile von der Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs-GmbH und dem Hallescher Fußballclub e. V. rekommunalisiert. Die notarielle Beurkundung des Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrages ist am 5. Februar 2016 erfolgt. Die Stadt Halle (Saale) ist damit Alleingesellschafter der Stadion Halle Betriebs GmbH.

Das operative Geschäft der Meter1 GmbH & Co. KG ist durch Beschluss der Gesellschafter zum 31. Dezember 2015 eingestellt worden. Eine Berichterstattung zur Meter1 GmbH & Co. KG und zur Komplementärin Meter1 Verwaltung GmbH im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2016 erfolgt nicht mehr.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2016 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-) Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2. 2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG-LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen angemessenem Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2016 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2016 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.16)	Stand Bürg- schaften (31.12.16)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	7.718								12.588	
	Stadtwerke Halle GmbH	7.718 ²⁾								12.588	
2.	VER- UND ENTSORGUNG		162				16.235			8.274	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(796 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(1 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(60 ³⁾)			
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(343 ³⁾)			
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft mbH (EWAG) Geiseltal							(58 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

²⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.500 TEUR); für städtische Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (6.218 TEUR) hat die Stadt Halle (Saale) in der Eröffnungsbilanz eine Rückstellung gebildet.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.16)	Stand Bürg- schaften (31.12.16)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EVH GmbH		162 ⁴⁾				(19.378 ³⁾)		8.071 ⁵⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(563 ³⁾)			
Hafen Halle GmbH					2.250				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH					13.985	(9.479 ³⁾)		203 ⁶⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH									
IT-Consult Halle GmbH						(2.189 ³⁾)			
M-Exchange AG						(2 ³⁾)			
RAB Halle GmbH						(225 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ für Hochwasserschäden Notfallwarte (92 TEUR) und Fernwärmetrasse 60 (70 TEUR)

⁵⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.771 TEUR für Strom und Gas sowie 300 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 56 TEUR höherer Aufwand von insgesamt 8.127 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.354 TEUR) und Gas (465 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (308 TEUR) nach Jahresabschluss 2016.

⁶⁾ Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2015, die in 2016 an die Stadt gezahlt worden ist.

<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.16)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.16)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH						(161 ³⁾)			
SHS Energiedienste GmbH						(36 ³⁾)			
TELONON Abwasserbehandlung GmbH						(18 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(239 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH						(1 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(12 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(222 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.16)	Stand Bürg- schaften (31.12.16)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

3. VERKEHR	4.266					5.977	24			
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin						33	24 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.000 ⁷⁾					5.944	(63 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.266									
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH							(73 ³⁾)			
Servicegesellschaft Saale mbH										

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.000 TEUR; bis 2015 Zuschuss Rosengarten) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (1.990 TEUR), Straßenbahnankauf (300 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.16)	Stand Bürg- schaften (31.12.16)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT							16.920	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH						(187 ³⁾)				
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH						1.943 ⁸⁾	2.000 ⁸⁾			
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH						14.977 ⁹⁾	5.000 ⁹⁾			
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁸⁾ Bilanzgewinn 2015 in Summe 3.943 TEUR, aus Jahresüberschuss 2015 (4.382 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 439 TEUR)

⁹⁾ Bilanzgewinn 2015 in Summe 19.977 TEUR, aus Jahresüberschuss 2015 (11.701 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 1.170 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 9.446 TEUR

	<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.16)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.16)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.111				500		850		
	Bio-Zentrum Halle GmbH							52 ³⁾		
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG							739 ³⁾		
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							1 ³⁾		
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					500				
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111						28 ³⁾		
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							30 ³⁾		

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.16)	Stand Bürg- schaften (31.12.16)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	43.543	1.668		500	689	9.921				194
Bäder Halle GmbH	4.083 ¹⁰⁾						(2 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.141									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	37.449 ¹¹⁾	1.668 ¹²⁾								
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					689	6.230				194

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2016 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁰⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.816 TEUR (netto) zzgl. 267 TEUR USt. Eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2016 für das Jahr 2015 erfolgte in Höhe von 227 TEUR (brutto). Für die Sanierung der Dächer der Schwimmhalle Halle-Neustadt ist der Betrag von 227 TEUR wieder an die Bäder Halle GmbH überwiesen worden.

¹¹⁾ inkl. 59 TEUR an Abgeltung für Altersteilzeit, 500 TEUR für Brandschutz und Nachzahlungen von 376 TEUR für 2014 sowie 636 TEUR für 2015

¹²⁾ davon 1.320 TEUR städtische Mittel, die über ein Treuhandkonto bei der EVG weitergeleitet worden sind

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.16)	Stand Bürg- schaften (31.12.16)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH **	870			500 ¹³⁾						
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.691				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR

37.177

256

236

Stiftung Händel-Haus	1.969									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ***	32.153 ¹⁴⁾									
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.055	256					236 ³⁾			

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2016 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

*** Der BMA liegt noch kein Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 01.08.-31.12.2016 vor.

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹³⁾ Pacht Erdgas Sportpark

¹⁴⁾ davon Zuschuss Liquidität in Höhe von 1.270 TEUR und Dynamisierung in Höhe von 564 TEUR in Umsetzung des Sanierungs- und Strukturangepassungskonzeptes als Bestandteil des Fördervertrages für die Halleschen Bühnen, Abfindungszahlungen von 393 TEUR, Rechtsanwaltskosten für Abfindungsverträge von 22 TEUR und Kosten für Rechtsstreit von 152 TEUR

	<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.16)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.16)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8.	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	913						12		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	913						12 ¹⁵⁾		
	Saalesparkasse									
	SUMME	94.728	2.086		500	1.189	32.133	30.630	7.000	8.274

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

¹⁵⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	21.058	7.163	16.257	392.695	271.909	36.015	204.105	52,0	91	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.587	4.012	1.114	58.048	7.262	5.944	4.517	7,8	39	2
AV/E GmbH	22.711	22.471	522	6.695	484	340	2.069	30,9	326	13
Cives Dienste GmbH	631	631	-1	90	6	0	25	27,9	24	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH*	124.971	123.313	283	17.352	9.487	1.200	7.136	41,1	269	24
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.750	5.619	630	5.518	4.046	452	2.529	45,8	61	0
EVH GmbH	410.475	403.541	23.219	343.583	237.465	39.564 ¹⁾	89.878	26,2	282	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-44	34	0	0	27	78,0	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.109	44.571	3.231	149.100	138.935	10.511	118.498	79,5	209	6
Hafen Halle GmbH	11.470	11.041	-754	16.160	13.049	288	731	4,5	43	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	127.753	118.374	10.097	539.600	497.400	24.019	85.907	15,9	565	33
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	25.549	22.232	4.382	20.194	14.419	159	4.713	23,3	0	0
IT-Consult Halle GmbH	26.290	26.202	2.704	12.396	2.733	817	522	4,2	198	4
M-Exchange AG	2.140	1.811	-333	934	401	171	0	0,0	4	0
RAB Halle GmbH	5.340	5.296	152	3.346	2.330	523	1.708	51,0	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.700	4.623	213	3.664	1.951	527	3.162	86,3	50	0
SHS Energiedienste GmbH	2.989	2.926	50	1.066	6	3	25	2,3	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.749	3.749	17	607	0	0	26	4,2	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

¹⁾ inklusive Einlage der 100 %-Beteiligung an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch die Stadtwerke Halle GmbH zum Buchwert in Höhe von 8,5 Mio. €

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	900	1.488	483	56.602	51.803	6.671	55.607	98,2	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	82	82	4	63	0	0	41	65,2	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	209	191	25	522	5	0	466	89,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.630	3.574	314	1.076	227	65	225	20,9	48	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	710	689	116	1.958	1.771	69	1.330	67,9	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	67.044	51.394	2.100	304.557	280.257	27.263	83.583	27,4	722	34
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*	1.348	781	0	2.170	863	248	461	21,3	33	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.676	12.077	185	9.762	7.523	1.171	5.011	51,3	110	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.683	2.600	0	431	149	57	132	30,6	82	3
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.308	3.252	364	1.359	115	27	526	38,7	30	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	51.289	49.055	4.379	324.068	291.344	17.797 ¹⁾	171.688	53,0	105	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	96.248	87.389	11.291	597.523	544.197	16.702	265.064	44,4	232	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.723	4.723	0	69.441	69.429	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH*	1.794	1.775	68	9.984	6.978	1	6.814	68,2	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	2.485	3.616	1.136	21.315	0	0	20.590	96,6	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	787	759	38	273	84	60	109	39,9	4	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	1.017	631	-52	11.691	11.113	1.196	811	6,9	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*	1.969	793	-22	296	29	7	154	52,2	24	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*	3.747	3.896	46	30.321	25.435	536	14.544	48,0	6	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.800	1.334	2	13.690	12.497	1.334	6.841	50,0	46	2
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.383	6.053	96	15.556	13.084	177	5.312	34,1	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	44.004	41.921	56	39.586	35.007	2.283	20.073	50,7	793	1
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	60	0	0	53	88,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG*	7.066	5.255	0	9.579	9.050	777	3.517	36,7	131	7
Oelhafe-Zeyse-Stiftung	18	0	5	556	311	0	556	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	20.910	20.702	129	56.290	52.558	2.029	17.304	30,7	372	11
Serva GmbH	2.938	2.923	-2	328	28	23	81	24,6	81	0
Stadion Halle Betriebs GmbH**										
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.153	7.654	-189	31.197	29.912	210	18.296	58,6	89	8
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	-1	527	344	0	527	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	1.234	100	-204	13.481	8.535	194	12.972	96,2	21	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.123	3.571	-1.121	29.445	25.800	602	22.707	77,1	486	9
Zoologischer Garten Halle GmbH*	8.548	3.164	1.233	23.091	20.996	454	5.465	23,7	99	9
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	929	0	-24	493	155	13	111	22,5	9	0
Saalesparkasse	132.530 ¹⁾	0	17.466 ²⁾	4.316.305	72.778	3.644	202.915	4,7	716	33

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2016 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	25.955	4.663	12.588	339.864	259.306	43.710	187.848	55,3	87	2
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.319	4.849	796	61.780	1.328	50	3.403	5,5	42	2
A/V/E GmbH	19.527	19.300	4	4.744	408	32	1.556	32,8	302	14
Cives Dienste GmbH	642	642	60	131	9	0	25	19,1	23	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	115.015	112.224	343	16.572	9.987	6.524	7.136	43,1	260	32
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.160	5.024	288	5.085	3.945	527	1.949	38,3	60	0
EVH GmbH	387.261	365.707	19.378	301.091	220.687	28.789	77.917	25,9	276	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-15	28	0	0	21	73,5	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.604	44.481	2.459	148.186	137.620	10.692	115.267	77,8	214	7
Hafen Halle GmbH	6.542	5.766	-766	16.489	13.566	886	731	4,4	38	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	122.060	113.593	9.479	533.884	493.430	94.883	84.333	15,8	575	39
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	34.342	25.817	-1.860	18.266	13.793	213	331	1,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	25.291	24.131	2.189	11.462	2.248	2.027	522	4,6	189	3
M-Exchange AG	1.955	1.852	23	1.012	422	135	310	30,6	6	0
RAB Halle GmbH	5.139	5.080	225	3.103	2.386	376	1.708	55,0	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.758	4.541	323	3.960	2.100	430	3.012	76,1	51	0
SHS Energiedienste GmbH	3.106	2.958	36	1.258	5	2	25	2,0	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.680	3.679	18	1.115	0	0	26	2,3	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	3.020	50	1.429	60.953	48.100	24.776	55.867	91,7	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	56	55	4	50	0	0	37	73,3	0	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	210	188	21	511	10	0	462	90,4	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.636	3.578	222	941	232	66	225	23,9	49	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	668	599	58	1.949	1.787	2	1.214	62,3	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	63.854	41.631	63	300.574	284.329	26.324	83.583	27,8	710	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.141	594	0	1.951	771	337	461	23,6	32	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.543	11.655	142	9.815	7.613	1.217	4.969	50,6	107	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.314	2.220	0	545	147	12	132	24,2	72	2
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	2.920	2.900	187	1.318	144	41	526	39,9	30	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	50.087	47.096	4.382	324.811	291.313	21.093 ¹⁾	169.309	52,1	100	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	91.646	82.393	11.701	591.674	541.213	37.087	258.773	43,7	232	6
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.083	5.073	0	70.802	70.790	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.776	1.779	102	10.332	7.571	1.001	6.745	65,3	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.214	5.467	739	20.248	0	0	19.454	96,1	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	683	0	1	200	38	45	71	35,7	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	764	403	-221	11.117	10.284	4.208	863	7,8	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.071	890	51	342	45	9	176	51,5	21	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.851	3.822	51	31.185	26.812	41	14.498	46,5	4	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.154	1.021	2	13.529	11.893	959	6.838	50,5	48	1
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.022	5.627	-309	16.665	13.699	247	5.216	31,3	64	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	3.349	3.737	0	2.755	41	10	1.004	36,4	280	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	38.591	37.275	-786	36.455	34.137	1.337	19.987	54,8	799	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	61	0	0	52	85,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.569	4.943	0	9.972	9.314	293	3.517	35,3	125	8
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung	25	0	18	551	311	0	551	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	20.186	18.433	126	56.317	52.394	471	17.175	30,5	362	12
Serva GmbH	2.943	2.935	26	390	11	1	81	20,7	75	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.738	1.235	0	1.319	390	19	24	1,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	7.789	6.925	151	31.841	30.526	195	18.485	58,1	79	9
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	22	0	16	528	344	0	528	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	1.248	105	108	16.185	8.575	261	15.655	96,7	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.151	3.452	-1.935	30.446	26.634	804	23.828	78,3	492	7
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.292	1.639	236	23.324	22.387	244	4.232	18,1	96	9
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	924	0	12	437	149	25	135	30,9	10	0
Saalesparkasse	142.448 ¹⁾	0	33.460 ²⁾	4.155.255	73.075	2.360	200.849	4,8	724	45

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	15.970	4.581	5.871	337.761	235.085	22.804	175.260	51,9	87	2
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.568	7.399	1.134	64.640	1.286	0	4.606	7,1	41	2
A/V/E GmbH	19.557	18.943	4	4.170	601	43	1.552	37,2	310	14
Cives Dienste GmbH	627	627	23	106	11	0	25	23,6	23	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	111.546	108.544	284	13.478	5.001	2.229	2.136	15,8	261	39
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	4.733	4.555	210	4.669	3.836	431	1.761	37,7	58	0
EVH GmbH	394.919	370.056	13.480	295.543	215.519	13.963	77.917	26,4	271	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-48	36	0	0	26	73,3	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	43.552	39.629	1.970	146.208	136.396	8.861	112.808	77,2	220	5
Hafen Halle GmbH	6.212	5.599	-873	15.874	13.490	601	731	4,6	36	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	126.534	118.708	9.690	457.578	416.912	25.542	74.198	16,2	605	46
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	39.890	39.590	1.042	32.239	24.991	7	2.192	6,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	23.879	23.254	1.522	8.965	511	255	522	5,8	189	4
M-Exchange AG	1.359	1.247	23	795	460	322	287	36,1	3	0
RAB Halle GmbH	5.061	4.920	311	3.443	2.600	520	1.708	49,6	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.663	4.601	265	4.369	2.254	164	2.757	63,1	52	0
SHS Energiedienste GmbH	2.924	2.736	36	1.207	21	4	25	2,1	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.086	3.086	13	645	0	0	26	4,0	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	48	1	-931	27.689	23.616	9.705	24.672	89,1	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	62	62	3	48	0	0	33	67,3	0	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	231	184	48	559	14	17	490	87,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.186	4.111	415	1.304	215	66	225	17,2	54	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	668	576	46	2.036	1.879	23	1.157	56,8	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	52.765	39.307	23	304.307	290.108	13.139	83.583	27,5	724	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.145	609	0	1.760	511	461	461	26,2	30	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.584	11.663	163	10.068	7.802	1.138	4.950	49,2	109	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.275	1.938	2	408	189	142	132	32,3	63	1
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.076	3.017	214	1.421	167	45	526	37,0	28	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	48.834	47.307	3.168	325.085	291.212	13.209 ¹⁾	166.928	51,3	99	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	88.230	82.707	9.448	568.835	516.324	21.917	252.072	44,3	230	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.475	5.465	0	72.164	72.151	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.825	1.810	83	10.658	7.164	1	6.644	62,3	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.819	3.207	975	19.652	0	0	18.715	95,2	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	282	0	2	155	0	0	70	45,4	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	968	361	-133	7.562	6.406	528	1.084	14,3	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.933	764	-2	287	59	24	125	43,6	23	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.851	4.018	43	32.660	27.308	6	14.447	44,2	5	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.931	963	4	12.831	11.587	4.920	6.837	53,3	47	1
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.283	5.897	-205	18.491	14.250	229	5.526	29,9	65	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	6.906	17.688	967	4.556	53	24	1.004	22,0	392	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	36.165	35.198	-560	38.086	34.209	1.533	20.468	53,7	781	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	28	28	1	79	0	0	51	64,1	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.522	4.905	0	10.637	10.050	290	3.517	33,1	108	6
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung	24	0	15	542	311	0	542	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.299	17.473	140	57.203	53.706	762	17.049	29,8	356	13
Serva GmbH	2.840	2.786	6	271	17	1	81	29,8	72	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.561	1.058	0	1.351	476	2	24	1,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	7.324	6.459	98	32.094	31.196	285	18.324	57,1	73	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	21	0	13	520	344	0	520	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	1.280	104	124	18.798	8.583	233	17.861	95,0	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.406	3.287	-968	32.999	27.266	1.028	25.763	78,1	477	3
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.789	1.627	247	24.671	24.026	187	3.995	16,2	95	7
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	937	0	52	422	132	19	123	29,2	9	0
Saalesparkasse	144.157 ¹⁾	0	17.850 ²⁾	3.782.146	74.609	1.863	198.789	5,3	749	55

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, können in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Weiterhin ist seit dem Jahr 2004 der Verlustvortrag unbeschränkt mit 1 Mio. Euro (2 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung) möglich. Der danach verbleibende Rest des Gesamtbetrags der Einkünfte darf durch den verbleibenden Verlustvortrag um 60 % gemindert werden (ein Rest von 40 % des Gesamtbetrags der Einkünfte, soweit er über 1 Mio. Euro - bzw. 2 Mio. Euro - reicht, bleibt steuerpflichtig). Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quelle: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cash-flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz							
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)							
Rechtsform:	GmbH							
Stammkapital in T€:	30.000							
Gesellschafter:		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">T€</th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Stadt Halle (Saale)</td> <td style="text-align: center;">30.000</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>		T€	%	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00
	T€	%						
Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00						

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	König, Simona	(seit 09.02.2016, seit 17.03.2016 stellv. Vorsitzende)
		Berend, Stephanie	
		Doege, Eberhard Dr. Brock, Inés	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Dr. Meerheim, Bodo
 Gärtner, Steffen
 Hilbig, Stefan
 Kocian, Burkhard
 Krause, Johannes
 Liedtke, Monika
 Nagel, Elisabeth
 Otto, Renate
 Richter, Ulrich
 Scholtyssek, Andreas
 Wolter, Tom

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	31	30	29

c) Beteiligungen
unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,57

mittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88

GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH		0,39
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	9	11,72
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	25	100,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		3,96
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	3,96
Trianel Finanzdienste GmbH	39	1,57
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Service GmbH	8	1,57
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		3,96
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		9,37
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	271.909	69	259.306	76	235.085	70	12.603	5
Umlaufvermögen	120.493	31	80.225	24	102.222	30	40.268	50
Rechnungsabgrenzungsposten	293	0	333	0	454	0	-40	-12

Bilanzsumme	392.695	100	339.864	100	337.761	100	52.831	16
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	204.105	52	187.848	55	175.260	52	16.257	9
Rückstellungen	14.859	4	8.682	3	14.994	4	6.177	71
Verbindlichkeiten	173.593	44	143.149	42	147.294	44	30.444	21
Rechnungsabgrenzungsposten	138	0	185	0	213	0	-47	-25

Bilanzsumme	392.695	100	339.864	100	337.761	100	52.831	16
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.163	4.663	4.581
sonstige betriebliche Erträge	13.895	21.292	11.389
Personalaufwand	7.580	6.999	6.777
Abschreibungen	1.306	152	151
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.844	11.907	6.186
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	38.340	31.388	25.072
Erträge aus Beteiligungen	44	2.696	814
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.209	1.186	1.266
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.898	1.907	2.241
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	754	766	873
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	17.332	19.264	19.816
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.620	4.890	2.838
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		19.154	8.722
außerordentliche Aufwendungen		951	1.340
außerordentliches Ergebnis		-951	-1.340
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.817	5.615	1.507
Ergebnis nach Steuern	16.296		
sonstige Steuern	39	0	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16.257	12.588	5.871
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	16.257	12.588	5.871

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	226,97	269,96	128,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,65	7,18	3,47	%
Cash-Flow:	34.895	32.003	25.839	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	231	298	184	T€
Personalaufwandsquote:	36,00	26,97	42,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,68	6,88	0,12	%
Eigenkapitalquote:	51,98	55,27	51,89	%
Fremdkapitalquote:	48,02	44,73	48,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.1.1. Compliance-Management System
 - 3.1.2. Operative Exzellenz
 - 3.1.3. Unternehmenstransparenz
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.3.1. Erstanwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)
 - 3.3.2. Frauenquote
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Finanzmanagement
 - 4.2.2. Kapitalstruktur
 - 4.2.3. Investitionen
 - 4.2.4. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage zur Lage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation
 - 6.2. Chancen und Risiken
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Ergebniserwartung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung
 - 7.4. Risiken

Aufgrund der Darstellung können in diesem Lagebericht aus rechentechnischen Gründen in den Tabellen Rundungsdifferenzen in EUR oder Prozent auftreten.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Versorgungswirtschaft sowie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Unter dieser Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 33 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Betätigungen unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr und Hafenbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance/Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Konzern-Finanzmanagement und Risikomanagement) und Ansiedlungsmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

Energie	Wasser & Entsorgung	Mobilität	Services
EVH GmbH 100 % SWH	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH	Hallesche Verkehrs AG 100 % SWH	
Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH	Hafen Halle GmbH 100 % SWH	IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH	RAB Halle GmbH 100 % SWH	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH 51 % HAVAG	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH Komplementär 100 % SWH
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH	TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH	Saalebus GmbH 100 % HAVAG	Maya mare GmbH & Co. KG Kommandist 82,4 % SWH Kommandist 12,5 % HWS
Meter1 Verwaltung GmbH 33 % EVH	Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,95 % HAVAG	Bäder Halle GmbH 100 % SWH
Meter1 GmbH & Co. KG Kommandist 33 % EVH	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH	Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH 0,63 % HAVAG	W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH		SHS Energiedienste GmbH 100 % SWH
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG Kommandist 18,3 % EVH			Cives Dienste GmbH 100 % HWS
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG Kommandist 3,98 % EVH			Servicegesellschaft Saale mbH 51 % HAVAG
Trianel GmbH 1,57 % SWH			A/V/E GmbH 23,9 % SWH
			M-Exchange AG 7 % SWH
	 Geschäftsfeldführungsgesellschaft		
	 Tochterunternehmen, Beteiligung		

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, der dauerhaften Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für Investitionen in der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungswürdigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen. Zu diesen Führungsinstrumenten ist 2015 ein Verhaltenskodex hinzugekommen.

Die Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser & Entsorgung, Mobilität sowie Services. Instrumente der Steuerung sind fortlaufende Quartalsgespräche mit jeder direkten Mehrheitsbeteiligung sowie monatliche Berichterstattungen und Abweichungsanalysen. Schwerpunkte der Quartalsgespräche sind die vertiefende Analyse von Planabweichungen und die daraus abgeleiteten rollierenden Vorschauen auf die voraussichtlichen Jahresergebnisse unter Berücksichtigung der die jeweiligen Jahresergebnisse beeinflussenden Chancen und Risiken.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewebesteuer und Kapitalertragssteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow bildet die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratingelemente simuliert werden können. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der Prozess der Finanzmittelbeschaffung der Stadtwerke-Unternehmen und die Kommunikation mit den Finanzierungspartnern soll zukünftig in der Holding zentral gebündelt werden, um die Sicherung und Steuerung der Liquiditätsbedarfe insgesamt effizienter und professioneller zu gestalten. Zu diesem Zweck wurde das Konzernfinanzmanagement personell ausgebaut. Darüber hinaus wurden keine Änderungen vorgenommen.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

Eine für die Weiterentwicklung des Geschäftsfeldes Energie bedeutsame Veränderung konnte durch den Erwerb der Geschäftsanteile der VNG, Verbundnetz-Gas AG, an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) eingeleitet werden. Nach dem Erwerb wurden sämtliche Geschäftsanteile an der KWT in die EVH eingelegt, womit einerseits die Kapitalausstattung der EVH verbessert und zugleich die Perspektive der KWT durch die Voll-Integration in das Erzeugungskonzept der EVH nachhaltig verbessert werden kann.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1 % im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Compliance-Management System

Im Zuge des weiteren Ausbaues des Compliance-Management-Systems (CMS) der Stadtwerke Halle Gruppe wurde das Instrument des Vertrauensanwaltes für alle SWH-Unternehmen eingeführt. Mit der hierdurch ermöglichten Anonymität sollen mögliche hierarchische oder persönliche Hemmschwellen bei der Meldung von Unregelmäßigkeiten abgebaut werden.

3.1.2. Operative Exzellenz

Zur weiteren Stärkung der Ertragskraft unserer Beteiligungen haben wir im zurückliegenden Jahr damit begonnen, externe Benchmarks bzw. Branchenkennzahlen in die operative Unternehmenssteuerung der jeweiligen Beteiligungen zu integrieren. Wir verfolgen das Ziel, in Bezug auf die Effizienz der operativen Kernprozesse zu den besten 25 % der jeweiligen Branche zu gehören. Die Integration der externen Kennzahlen dient der Messung der Zielerreichung. Dieser Prozess wird in den Folgejahren auf weitere Beteiligungen ausgedehnt.

3.1.3. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz wurden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe geleisteten Spenden für das Jahr 2016 erstellt und im Internet veröffentlicht.

Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen. Wir sehen uns deshalb auch weiterhin veranlasst, gezielt nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen und diese konsequent umzusetzen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur geringe Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.3.1. Erstanwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)

Durch das BilRUG vom 23.07.2016 ergaben sich zahlreiche Änderungen und Neuerungen in verschiedenen Einzelgesetzen (z. B. HGB, AktG, GmbHG), welche erstmals verpflichtend für Jahresabschlüsse ab 2016 zu beachten waren. Im Vorgriff hierauf wurden die die gruppenweite Konzernrichtlinie Bilanzierung und deren Anlagen sowie auch die Planungsunterlagen für die SWH-Unternehmen angepasst.

3.3.2. Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der SWH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil im Oktober 2015 und auch per 31.12.2016 bei 55,56 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31.12.2016 unverändert bei 100 %.

Anstelle von Zielen zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH liegt per 31.12.2016 bei sehr guten 37,5 %. Ziel soll es sein, diese Quote per 30.06.2017 nach den anstehenden Wahlen weiter zu erreichen. Dies wird auch bis zum 30.06.2022 die Zielgröße sein.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur EVH GmbH; Hafen Halle GmbH, Hallesche Verkehrs AG, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, IT-Consult Halle GmbH, RAB Halle GmbH, SHS Energiedienste GmbH und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist	Plan	Ist	Veränderung	
	2015	2016	2016	zu 2015	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	in %
EVH GmbH	19.377,9	17.456,9	23.218,8	3.840,9	19,8
Hafen Halle GmbH	-765,5	-1.121,7	-753,8	11,7	1,5
Hallesche Verkehrs AG	63,5	0,0	2.100,3	2.036,8	> 100
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	9.478,8	9.724,2	10.097,5	618,7	6,5
IT-Consult Halle GmbH	2.188,9	1.598,7	2.704,0	515,1	23,5
RAB GmbH	224,9	306,4	152,4	-72,5	-32,2
SHS Energiedienste GmbH	35,8	47,5	49,7	13,9	38,8
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	17,9	10,0	17,3	-0,6	-3,4
Saldo aus Organschaft	30.622,0	28.022,0	37.586,2	6.964,0	22,8

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen konnte im Vergleich zum Vorjahr um 7,0 Mio. EUR, aber auch im Vergleich zu unseren Planannahmen, nochmals deutlich um 9,5 Mio. EUR zulegen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 16,3 Mio. EUR (Plan: 9 Mio. EUR) abschließen. Dieses sehr erfolgreiche Ergebnis (+3,7 Mio. EUR zum Vorjahr bzw. 29,4 %) ist sowohl durch (positive und negative) Einmaleffekte geprägt, als auch insbesondere durch eine nachhaltig verbesserte Ertragsperspektive in der Energieerzeugung.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Ertragslage (angepasst)		Vorjahr	2016	Veränderung	
		Mio. €	Mio. €	Mio.€	%
Umsatzerlöse		4,7	7,2	2,5	53,2
Übrige betriebliche Erträge	+	21,3	13,9	-7,4	-34,7
Personalaufwand	./.	7,0	7,6	0,6	8,6
Übrige betriebliche Aufwendungen (./.	32,1	25,2	-6,9	-21,5
Ergebnis aus Beteiligungen und Zinserträge aus Ausleihungen	+	34,5	38,8	4,3	12,5
EBITDA		21,4	27,1	5,7	26,6
Erträge ÖPNV		10,0	6,2	-3,8	-38,0
Aufwand ÖPNV		18,8	17,3	-1,5	-8,0
Saldo ÖPNV	+	8,8	11,1	2,3	26,1
EBITDA (vor ÖPNV)		30,2	38,2	8,0	26,5
Abschreibungen	./.	0,2	1,3	1,1	>100
EBIT		30,0	36,9	6,9	23,0
Zinsergebnis	+	-3,0	-1,7	1,3	43,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)		27,0	35,2	8,2	30,4
Ertragssteuern	./.	5,6	7,8	2,2	39,3
Sonstige Steuern	./.	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)		21,4	27,4	6,0	28,0
Saldo ÖPNV	./.	-8,8	-11,1	-2,3	26,1
Jahresüberschuss		12,6	16,3	3,7	29,4

Der Anstieg der **Umsatzerlöse** ist wesentlich und nachhaltig auf die Vermietung des im Jahr 2015 erworbenen Verwaltungsgebäudes „Spitze“ an die EVH GmbH zurückzuführen.

Die **übrigen betrieblichen Erträge** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um -7,4 Mio. EUR (-34,7 %). Sowohl der Vorjahreswert als auch der aktuelle Wert sind wesentlich durch Neubewertungen zurückliegender Risikovorsorgen im Zusammenhang mit der KWT bedingt, die nunmehr in Folge der besseren Ertragsperspektiven aufgelöst werden konnten. Zudem verringerten sich die Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) zum ÖPNV um -3,8 Mio. EUR (-38,0 %) in Folge des guten Vorjahresergebnisses.

Der Anstieg des **Personalaufwandes** ist hauptsächlich tarifärer Natur.

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** sind wesentlich durch den Rückgang des von der HAVAG benötigten Betriebskostenzuschusses (-2,0 Mio. EUR) sowie durch geringere sonstige betriebliche Aufwendungen bestimmt.

Übriger betrieblicher Aufwand	Vorjahr	2016	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und WP des Umlaufvermögens	19,3	17,3	-2,0	-10,4
<i>dar. Abschreibung der Einlage in die HAVAG (Zuschuss ÖPNV)</i>	<i>18,8</i>	<i>17,3</i>	<i>-1,5</i>	<i>-8,0</i>
sonstiger betrieblicher Aufwand	12,8	7,9	-4,9	-38,3
Übriger betr. Aufwand (vor ÖPNV)	32,1	25,2	-6,9	-21,5

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um -4,9 Mio. EUR (-38,3 %) auf 7,9 Mio. EUR waren auf nicht mehr anfallende Leasingraten für das Verwaltungsgebäude sowie auf im Vorjahreswert enthaltene Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der KWT begründet.

Das **Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen** konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 4,3 Mio. EUR (oder +12,5 %) ansteigen und erreichte 38,8 Mio. EUR.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	Vorjahr	2016	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	%
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	30,6	37,6	7,0	22,9
Beteiligungserträge	2,7	0,0	-2,7	-100,0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1,2	1,2	0,0	0,0
Gesamt	34,5	38,8	4,3	12,6

Dieses ist auf die äußerst erfreuliche Ergebnisentwicklung unseres Beteiligungsportfolios zurückzuführen. Insbesondere führte die neue KWK-Bestandsförderung zu einem nachhaltigen Ergebnisanstieg bei der EVH. Die vorzeitige Beendigung des letzten Cross-Border-Lease Geschäftes bei der HAVAG führte dort zu einem einmaligen Ergebniszuwachs von +2,1 Mio. EUR. Die Abnahme der Beteiligungserträge entspricht den Planungen – für die Folgejahre sind Gewinnthesaurierungen bei der AWH vorgesehen.

Das **EBITDA** stieg im Vorjahresvergleich um +5,7 Mio. EUR (+26,6 %) auf 27,1 Mio. EUR, was weit wesentlich auf das vorgenannte Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen zurückzuführen ist, während die geringeren sonstigen betrieblichen Erträge durch ebenfalls geringere sonstige betriebliche Aufwendungen weitgehend kompensiert wurden.

Das **EBITDA (vor ÖPNV)** gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen (Bezuschussung des ÖPNV) wider. Im Ergebnis der vorgenannten Entwicklungen konnte das EBITDA (vor ÖPNV) um 8,0 Mio. EUR auf 38,2 Mio. EUR zulegen (+ 26,5 %).

Der Anstieg der **Abschreibungen** (+1,1 Mio. EUR) resultierte aus der erstmaligen Abschreibung des im Vorjahr erworbenen Verwaltungsgebäudes der SWH über ein ganzes Jahr.

Das **Zinsergebnis** verbesserte sich im Vorjahresvergleich auf -1,7 Mio. EUR (+43,3 %), was auf im Vorjahr enthaltende steuerliche Einmaleffekte (Zinsaufwand aus Steuernachzahlungen) beruhte.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)** umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio des SWH. In Folge der höheren Ergebnisvereinnahmungen und des besseren Zinsergebnisses konnte ein Anstieg von 8,2 Mio. EUR (+ 30,4 %) ausgewiesen werden.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** sind in Folge des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) nicht mehr auszuweisen.

Die **Ertragssteuern** stiegen um 2,2 Mio. EUR auf 7,8 Mio. EUR. Hauptsächlich verschuldet durch die erneute bilanzielle Berücksichtigung möglicher Steuernachzahlungs-Risiken. Hierbei beträgt die laufende Besteuerung des SWH-Organkreises ca. 1,7 Mio. EUR.

Der **Jahresüberschuss (vor ÖPNV)** stieg – abgemildert durch den vorgenannten Steuereffekt – um 6,0 Mio. EUR oder +28,0 % auf 27,4 Mio. EUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzern einheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten deutschen Banken getätigt.

4.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2016 stieg das **Eigenkapital** in Höhe des Bilanzgewinns um 16,3 Mio. EUR auf 204,1 Mio. EUR. Dieses entspricht einer Zunahme von 8,7 %. Trotz der absoluten Zunahme des Eigenkapitals sank die Eigenkapitalquote um -3,3 Prozentpunkte (bzw. -6,0 %). Dieses liegt hauptsächlich an der deutlichen Zunahme der Aktiva. Im Sachanlagevermögen führten die Zuschreibung der KWT, die Einlagen in die Kapitalrücklagen der HWS (+1,7 Mio. EUR) und der EVH (12,0 Mio. EUR) sowie im Umlaufvermögen die hohe Stichtagsliquidität der am Cash-Pool beteiligten Unternehmen zu einem Zuwachs von insgesamt 53,6 Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag betragen die **Finanzverbindlichkeiten** 71,6 Mio. EUR. Der tilgungsbedingte Rückgang gegenüber dem Vorjahr betrug -2,2 Mio. EUR (-3,0 %).

Die **liquiden Mittel** (ohne Cash-Pool-Guthaben der Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen -25,4 Mio. EUR und stiegen im Vorjahresvergleich leicht um 1,3 Mio. EUR (+4,9 %). In Folge der Regeltilgungen und des leichten Liquiditätsaufbaues verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten um -3,6 Mio. EUR (-3,6 %) auf 97,0 Mio. EUR. Zusammen mit dem Anstieg des EBITDA (vor ÖPNV) in Höhe von 8,0 Mio. EUR konnte die Net Debt/EBITDA-Ratio gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich von 3,3 auf 2,5 verbessert werden (-24,2 %).

Nettoverschuldung	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Finanzverbindlichkeiten	73,9	71,6	-2,3	-3,1
Liquide Mittel	-26,7	-25,4	1,3	4,9
Nettofinanzverbindlichkeiten	100,6	97,0	-3,6	-3,6
EBITDA (vor ÖPNV)	30,2	38,2	8,0	26,5
Nettoschulden/EBITDA(vor ÖPNV)	3,3	2,5	-0,7	-24,2

Die Finanzverbindlichkeiten setzten sich aus Bankdarlehen in Höhe von 12,8 Mio. EUR (Vorjahr 15,9 Mio. EUR) und Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen in Höhe von 58,8 Mio. EUR. Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 5,4 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 4,6 Jahre. Die Bankdarlehen werden auf Basis des 3-, bzw. 6-Monats-Euribor verzinst. Den Geschäftsbanken wurden Non-Financial-Covenants in Form von Negativ- und Gleichbehandlungserklärungen eingeräumt.

Die Mittel aus den Schuldscheindarlehen aus der erfolgreichen Begebung im Geschäftsjahr 2013 wurden in Höhe von 38 Mio. EUR zu identischen Konditionen an unsere Tochterunternehmen EVH GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH weiterkreditiert.

4.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Höhe von 32,3 Mio. EUR getätigt, davon 27,5 Mio. EUR zahlungswirksam. In die Kapitalrücklage der EVH GmbH erfolgten Einlagen in die Kapitalrücklagen in Höhe von 11,96 Mio. EUR, darunter die Einlage der Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH mit 8,5 Mio. EUR. Die damit verbundene Stärkung der Eigenkapitalbasis erfolgte insbesondere vor der Perspektive der Modernisierung des Kraftwerkes Dieselstraße im Zuge der neuen KWK-Gesetzgebung.

Mit dem Ziel der weiteren Entschuldung der HWS erfolgte zum vierten Mal in Folge eine Einlage in die Kapitalrücklage der HWS in Höhe von 1,7 Mio. EUR.

Daneben erfolgte die Einlage des Betriebskostenzuschusses für den ÖPNV in die HAVAG in Höhe von 17,3 Mio. EUR, welche zum Jahresende wieder abgeschrieben wurde.

4.2.4. Liquidität

Der Finanzmittelfonds stieg zum Vorjahr um 33,0 Mio. EUR.

Kapitalflussrechnung DRS 21 (Kurzfassung)	2015	2016
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-5,9	5,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-16,2	6,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-8,7	21,1
Zahlungswirksame Veränderungen	-30,8	33,0
Finanzmittelfonds zum 01.01.	57,6	26,8
Finanzmittelfonds zum 31.12.	26,8	59,8

Hierzu trug zum einen der gestiegene Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bei. Der Anstieg von 11,3 Mio. EUR ist wesentlich durch das höhere handelsrechtliche Ergebnis und auf dem Forderungsabbau zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit stieg von -16,2 Mio. EUR auf +6,5 Mio. EUR insbesondere wegen geringerer Investitionen in das Sachanlagevermögen und höherer Einzahlungen aus Ergebnisabführungsverträgen.

Der Anstieg des Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist hauptsächlich auf die höhere Stichtagsliquidität der Stadtwerke-Unternehmen im Cash-Pool zurückzuführen.

4.3. Vermögenslage

Bilanz SWH (Kurzfassung)	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Anlagevermögen	259,3	271,9	12,6	4,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,1	0,0	0,0
Sachanlagen	23,4	22,3	-1,1	-5,1
Finanzanlagen	235,8	249,5	13,7	5,8
Umlaufvermögen	80,6	120,8	40,2	49,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	53,4	60,6	7,2	13,5
Wertpapiere und liquide Mittel	26,9	59,9	33,0	122,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,3	0,3	0,0	0,0
Bilanzsumme Aktiva	339,9	392,7	52,8	15,5
Eigenkapital	187,8	204,1	16,3	8,7
Rückstellungen	8,7	14,9	6,2	71,3
Verbindlichkeiten	143,1	173,6	30,5	21,3
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,1	-0,1	-50,0
Bilanzsumme Passiva	339,9	392,7	52,8	15,5

Die **Aktiva** stiegen im Vorjahresvergleich von 339,9 Mio. EUR auf 392,7 Mio. EUR (+52,8 Mio. EUR bzw. +15,5 %). Das Anlagevermögen wuchs um 4,9 % auf 271,9 Mio. EUR. Dieses ist Folge der Zuführungen in die Kapitalrücklagen der HWS und der EVH.

Durch eine Zunahme der Forderungen um 7,2 Mio. EUR (hauptsächlich durch die höheren Erträge aus EAV, die erst im Folgejahr zahlungswirksam werden) und einer deutlichen Zunahme der Stichtagsliquidität der am Cash-Pool beteiligten Unternehmen (+33,0 Mio. EUR) erhöhte sich das Umlaufvermögen um +49,9 % auf nunmehr 120,8 Mio. EUR.

Auf der **Passivseite** stieg das Eigenkapital durch die Einstellung des Bilanzgewinns auf 204,1 Mio. EUR (+16,3 Mio. EUR, +8,7 %). Der Deckungsgrad des Eigenkapitals stieg somit auf drei Viertel des Anlagevermögens (+3,7 %)

Anlagendeckungsgrad	2015	2016
	Mio.€	Mio.€
a) Eigenkapital	187,8	204,1
b) Anlagevermögen	259,3	271,9
Deckungsgrad (= a ÷ b · 100)	72,4	75,1
Veränderung		+3,7%

Die Steigerung der Rückstellungen geht auf die Berücksichtigung möglicher Steuernachzahlungen im Rahmen der betriebssteuerlichen Außenprüfung zurück.

Der deutliche Anstieg der Verbindlichkeiten um -30,5 Mio. EUR auf 173,6 Mio. EUR erfolgte spiegelbildlich zum Liquiditätsaufbau der am Cash-Pool beteiligten Unternehmen.

4.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr konnte mit einem erneuten Rekordergebnis von 16,3 Mio. EUR abgeschlossen werden (Vorjahr 12,6 Mio. EUR). Dieses Ergebnis wurde hauptsächlich durch die verbesserten Ertragslagen der Tochterunternehmen erreicht. Zugleich konnte weitere bilanzielle Risikovorsorge getroffen werden, so dass wir insgesamt mit dem erreichten Ergebnis sehr zufrieden sind und optimistisch auf die folgenden Geschäftsjahre blicken.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Stichtag sind keine nennenswerten Sachverhalte eingetreten oder herbeigeführt worden, die für die Beurteilung der Lage wesentlich sind.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem haben wir zuletzt 2014 einer externen Prüfung unterzogen.

6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Als Managementholding haben wir nur wenige Eigenrisiken. Die wesentlichen Chancen und Risiken ergeben sich aus der Entwicklung der Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe (ohne KWT) insgesamt 153 Risiken ermittelt (Vorjahr 149). Von diesen Risiken überschritten 8 Einzelrisiken den Schwellenwert (Vorjahr 14) und wurden als konzernrelevante Risiken in das Konzernrisikomanagement übernommen.

Risikokategorie	Anzahl	davon	
		Gruppe 1	Gruppe 2
Absatzmarkt	1	0	1
Beschaffungsmarkt	1	0	1
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	3	1	2
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	0	3
Summe	8	1	7

Ein Risiko ist der Risikogruppe 1 zugeordnet und betrifft das Risiko aus der betriebssteuerlichen Außenprüfung des SWH-Organkreises für die Jahre 2007-2014 und daraus ableitbare Folgewirkungen für die Jahre 2015 und 2016. Die konzernrelevanten Risiken werden im Risikomanagement als Bruttoerisiken erfasst. In den Planungen und in den Jahresabschlüssen unserer Beteiligungsunternehmen und der Holding sind die Risiken zu einem großen Teil bereits berücksichtigt.

7. Prognosebericht

7.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2016 von einem Jahresüberschuss von 9,0 Mio. EUR aus. Das über unsere eigenen Erwartungen liegende tatsächliche Jahresergebnis in Höhe von 16,3 Mio. EUR wird sich in dieser Höhe nicht fortsetzen, insbesondere weil es auch durch einmalige Effekte (insbesondere Zuschreibung der KWT) geprägt ist. Wir erwarten für das Jahr 2017 einen Jahresüberschuss von ca. 7 Mio. EUR.

Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist	Plan	Veränderung	
	2016	2017	TEUR	in %
	TEUR	TEUR		
EVH GmbH	23.218,8	21.075,0	-2.143,8	-9,2
Hafen Halle GmbH	-753,8	-650,0	103,8	-13,8
Hallesche Verkehrs AG	2.100,3	0,0	-2.100,3	-100,0
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	10.097,5	10.072,0	-25,5	-0,3
IT-Consult Halle GmbH	2.704,0	1.692,0	-1.012,0	-37,4
RAB GmbH	152,4	302,0	149,6	98,1
SHS Energiedienste GmbH	49,7	99,0	49,3	99,2
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	17,3	10,0	-7,3	-42,3
Saldo aus Organschaft	37.586,2	32.600,0	-4.986,2	-13,3

7.2. Investitionen

In der Planung für das 2017 sind Investitionen für die Akquisition energieaffiner Beteiligungen von 1,5 Mio. EUR, Einlagen in die Kapitalrücklagen von EVH (1,3 Mio. EUR), HWS (1,8 Mio. EUR) und SHS (2,2 Mio. EUR) sowie die Einlage des Betriebskostenzuschusses in die HAVAG (16,2 Mio. EUR) vorgesehen.

7.3. Finanzierung

Für die Finanzierung des Erwerbs des Verwaltungsgebäudes ist in unseren Planungen eine Kreditaufnahme von 22 Mio. EUR vorgesehen.

7.4. Risiken

Für das Jahr 2017 werden keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken befürchtet.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">30</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.262	13	1.328	2	1.286	2	5.934	447
Umlaufvermögen	50.774	87	60.443	98	63.346	98	-9.669	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0	9	0	8	0	3	33

Bilanzsumme	58.048	100	61.780	100	64.640	100	-3.732	-6
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.517	8	3.403	6	4.606	7	1.114	33
Rückstellungen	53.071	91	55.705	90	58.578	91	-2.634	-5
Verbindlichkeiten	460	1	2.672	4	1.456	2	-2.212	-83

Bilanzsumme	58.048	100	61.780	100	64.640	100	-3.732	-6
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.012	4.849	7.399
sonstige betriebliche Erträge	3.575	2.470	2.169
Materialaufwand	887	963	1.273
Personalaufwand	2.937	2.284	2.214
Abschreibungen	11	7	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.679	3.833	4.886
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	204	0
	128	89	151
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.007	2.347
außerordentliche Erträge		112	251
außerordentliche Aufwendungen		128	615
außerordentliches Ergebnis		-16	-364
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	596	178	832
Ergebnis nach Steuern	1.132		
sonstige Steuern	18	17	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.114	796	1.134
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.114	796	1.134

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,77	16,42	15,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	32,74	30,56	32,67	%
Cash-Flow:	1.125	1.008	1.135	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	195	174	233	T€
Personalaufwandsquote:	38,71	31,20	23,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,27	2,15	1,99	%
Eigenkapitalquote:	7,78	5,51	7,13	%
Fremdkapitalquote:	92,22	94,49	92,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Abfallmenge	535.449,00	776.533,00	1.111.299,00	Mg
Durchschnittserlöse	2,61	2,92	3,90	EUR/Mg

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Auf Grund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen auf Grund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im vorigen Geschäftsjahr operativ weiter optimiert. So wechselte die Verantwortlichkeit für die Koordination des Betriebes der Boden- und Bauschuttbörse von der Abteilung Kaufmann in die Abteilung USiCo.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2016 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Im September 2016 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis wurde der AWH eine vorbildliche Organisation und Durchführung der entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten bescheinigt. Im August 2016 fand die turnusmäßige Überwachung des Tätigkeitsbereiches Probenahme und Bodenmechanik der AWH nach DIN ISO/IEC 17025 durch die DAkkS GmbH statt. Dabei wurde nicht nur die bestehende Akkreditierung des bodenmechanischen Labors bestätigt, sondern es konnten auch weitere wichtige, in den aktuellen Auflagen der Behörde verlangte Prüfverfahren wie Untersuchungen zum Wasserrückhalt in den Rekultivierungsböden oder Messungen der Deponiegasemissionen an der Oberfläche mittels Flammenionisationsdetektor (FID) in die Akkreditierung aufgenommen werden.

Auch 2016 war für die AWH durch ein verringertes Anliefervolumen bei den Einbaumaßnahmen gekennzeichnet. Bereits im Jahr 2015 mussten alle Anlieferverträge gekündigt werden, da das genehmigte Einbauvolumen stetig abnahm. Die notwendigen Projekte zur Aufstockung der genehmigten Mengen und zur Aktualisierung der Genehmigungen wurden zwar rechtzeitig durch die AWH beim Landesverwaltungsamt eingereicht, konnten aber trotz intensiver Gespräche und Abstimmungen mit der Behörde auch 2016 nicht mehr mit Genehmigungserteilungen abgeschlossen werden. Damit lief zum Jahresende auch der letzte große Anliefervertrag mit der STRABAG AG vorläufig aus, was sich an nochmals zurückgegangenen Mengen im letzten Quartal 2016 zeigte. Zum Ende des abgelaufenen Jahres konnte hier aber wenigstens ein Teilerfolg derart erzielt werden, dass entsprechend des Abstimmungsstandes mit einer Genehmigung der beantragten Überhöhung als Vorwegnahme zukünftiger Setzungen Anfang 2017 gerechnet werden kann. Das Jahr 2016 wurde im Segment der Anlieferung von Verwertungsabfällen dazu genutzt, um in Vorgesprächen mit verschiedenen Firmen größere Anliefermengen 2017 vorzubereiten und dabei auch insbesondere auf die geplante zukünftige Erhöhung der Anlieferpreise unter Beachtung der aktuellen Marktbedingungen zu orientieren.

Abschließend bleibt anzuführen, dass die AWH nach einer Anlagedauer von 20 Jahren die beiden bestehenden Spezialfonds zum Jahresende gekündigt und in diesem Zusammenhang alle zugehörigen Anteile zurückgegeben hat. Hintergründe waren zum einen die seit mehreren Jahren sinkende Renditestrukturkurve und die damit einhergehenden abnehmenden Zinserträge bei zunehmendem Risiko und zum anderen die zum Kündigungszeitpunkt vorhandenen unrealisierten Kursgewinne.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2016 musste die AWH abermals einen Rückgang bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen verzeichnen, was auch wieder zu geringeren Umsatzerlösen in diesem Bereich führte. Dieser Umstand ist auf die bereits erläuterte vorläufige Erschöpfung der genehmigten Einbauvolumina und die schwierige genehmigungsrechtliche Situation bei der Erteilung der beantragten neuen Genehmigungen zurückzuführen. Positive Marktsignale konnte die AWH GmbH in Bezug auf die zukünftigen Anlieferpreise wahrnehmen, da diese sich auf Grund der in den kommenden Jahren zu erwartenden Verknappung von Deponieraum erhöhen werden. Diese Entwicklung versetzt die AWH GmbH in die komfortable Position, beim Neuabschluss von Anlieferverträgen die bisherigen Anlieferpreise deutlich anzuheben, was wiederum zu einer Steigerung der geplanten Umsatzerlöse führen würde.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Hierfür ist ein regionaler und überregionaler Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen erforderlich, da es für diese Materialien eine große Anzahl an Wettbewerbern gibt. Im Geschäftsjahr 2016 hat die Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, für deren erfolgreiche Umsetzung strategische Partnerschaften mit regionalen und überregionalen Anbietern angestrebt werden.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2016 waren keine signifikanten Änderungen im gesetzlichen Regelwerk der Deponieverordnung zu verzeichnen, so dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen weitgehend konstant blieben. Allerdings ergaben sich aus genehmigungsrechtlichen Änderungen und neuen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb im Jahr 2016 entsprechende Notwendigkeiten für Anpassungen und Umstellungen in der Organisation und Logistik verschiedener Maßnahmen.

Grundlage für die im Jahr 2016 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit drei Ergänzungen und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Detail-Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u.a. im Bereich der geotechnischen Sicherung sowohl die im Drehpunkt vorgesehene Gestaltung als Gesamtmaßnahme als auch im Deponiebereich Mittelstraße die notwendige Überhöhung des Aufbaus zwecks Vorwegnahme der noch prognostizierten Setzungen umfassten.

Die bis Ende 2015 von AWH und Behörde gemeinsam verfolgte Linie einer abschnittswisen Bearbeitung der Drehpunktthematik mit dem Beginn an der Deponiewestböschung wurde Anfang 2016 von der Behörde verlassen und nun stattdessen eine europaweite Ausschreibung der Gesamtplanung für die Drehpunktgestaltung verlangt. Diese führt zu wesentlichen zeitlichen Verschiebungen bei der Stilllegung, so dass mit einem Ende der Stilllegungsmaßnahmen und einem Beginn der Flutung nun nicht vor 2023 zu rechnen ist. Die notwendigen Änderungen wurden mit der Behörde beraten und ein entsprechender Zeitplan für das Projekt verabredet. Für die Gesamtplanung des Drehpunktbereiches wurde von der AWH eine umfangreiche Aufgabenstellung fristgerecht bis Ende April 2016 erarbeitet und anschließend bis zum Oktober mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt. Danach begannen die Vorbereitungen für die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen, wofür das Verfahren mit der Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbes Ende 2016 startete.

Des Weiteren wurde von der Behörde 2016 eine umfassende Umstellung bei den Maßnahmen zur Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht gefordert, was mit der Erarbeitung eines neuen Qualitätsmanagementplanes für diese Maßnahmen durch die AWH und dessen Bestätigung durch die Behörde im Oktober 2016 einen vorläufigen Abschluss fand. Im Ergebnis der neuen Auflagen ist mit wesentlich aufwändigeren Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich zu rechnen, welche sowohl zeitliche Verzögerungen als auch höhere Kosten für die Fremdprüfungen verursachen können. Hier wird es in Zukunft darauf ankommen, diese Auswirkungen zu minimieren, z.B. in dem an mehreren Abschnitten der Oberflächenabdeckung parallel gearbeitet wird.

Im Jahr 2016 fanden zahlreiche Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungs-Teilmaßnahmen. Die Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt gestaltete sich wie schon in den Vorjahren weitgehend schwierig, was sicher auch auf erneute Änderungen bei den zuständigen behördlichen Ansprechpartnern zurückzuführen war und im Ergebnis zu einem nur sehr langsam voran kommenden Abstimmungsprozess bei den meisten wichtigen genehmigungsrechtlichen Fragen führte. Einzig der Teilbereich der Rückstellungen und Sicherheitsleistungen war hiervon ausgenommen. Hier konnten mit den dafür zuständigen Ansprechpartnern der Behörde wichtige Fortschritte erzielt werden. So stimmte das Landesverwaltungsamt dem Antrag der AWH auf Austausch der verpfändeten Sicherheiten zu. Im Zuge dieser Zustimmung wurde mit der Commerzbank ein zukünftiges Anlagekonzept erarbeitet, welches vorrangig die Ziele der Risikominimierung und der Ertragsoptimierung verfolgt. Am 19. September 2016 wurde mit dem Landesverwaltungsamt eine neue Verpfändungsvereinbarung unterzeichnet. Dieser Vereinbarung liegen das Anlagekonzept sowie die sich daraus ergebende Anlagerichtlinie zugrunde. Demnach werden die Sicherheiten zukünftig nur noch in Termingeld, festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und in Anlagen im Sicherungsvermögen der Allianz-Lebensversicherung AG investiert.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörsen ergaben sich 2016 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin nur im Entwurf vor. Die darin geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörsen als auch auf die Organisation und Logistik vor allem im Bereich der Abfallüberwachung im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Im Bereich der genehmigungsrechtlichen Grundlagen für den Börsenbetrieb konnten bei der Umweltbehörde des Saalekreises als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde 2016 einige Verbesserungen erreicht werden, so z.B. mit der behördlichen Zustimmung zu einer Flexibilisierung der Flächenbelegung für verschiedene Materialien.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine weiterhin wichtige Säule im Geschäftsjahr 2016 war trotz der erneuten Verringerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen auf 535 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 777 TMg der daraus resultierende Umsatz für diesen Bereich in Höhe von 1.399 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 2.268 TEUR sowie zum Planwert von 5.034 TEUR. Die deutliche Abweichung zum Planwert beruht im Wesentlichen darauf, dass die erwartete Genehmigung für die Gestaltung der Westböschung des Drehpunktes nicht erteilt wurde, sondern nun auf Wunsch der Behörde ein neues Gesamtverfahren für die Planung begonnen werden musste, was frühestens 2018 zu den ersten Genehmigungen führen kann.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas einen wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte auf Grund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies ein Umsatz von 1.599 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 1.633 TEUR sowie zum Planwert von 1.124 TEUR.

Auf der Aufwandseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zum Erfolg im Berichtsjahr beigetragen. Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2016 einen Umfang von 1.393 TEUR. Die entsorgte Menge betrug 127 Tm³. Damit liegt die Ist-Menge zwar leicht über dem Vorjahreswert mit 122 Tm³, aber der damit verbundene Aufwand ist auf Grund von geringeren Entsorgungspreisen leicht unterhalb des Vorjahreswertes von 1.395 TEUR. Die für 2016 angesetzten Planwerte in Höhe von 164 Tm³ und 1.869 TEUR konnten deutlich unterboten werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr 730 TEUR angefallen. Hiermit wurde der Vorjahreswert in Höhe von 727 TEUR fast genau erreicht und der Planwert mit 1.386 TEUR deutlich unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den Wertpapieranlagen mit 559 TEUR. Hierbei wurde der Planwert von 785 TEUR auf Grund des weiter fallenden Zinsniveaus aber deutlich verfehlt. Diese negative Abweichung konnte mit den erzielten Erträgen aus Anteilsverkäufen der beiden Spezialfonds mit 1.063 TEUR mehr als ausgeglichen werden. Diese Erträge resultierten größtenteils aus der Kündigung der beiden Spezialfonds zum 31.12.2016 und der damit verbundenen vollständigen Anteilscheinrückgabe.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, dass die Leistungen der Belegschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 ein wichtiger Erfolgsfaktor für das positive Jahresergebnis darstellen, vor allem unter Beachtung der sich permanent ändernden Rahmenbedingungen.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognose-rechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, so dass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle 5 Jahre modellprognostisch überprüft, letztmals im Mai 2014, und mit Fortschreiten des Stilllegungsbetriebes kontinuierlich weiter untersetzt.

Im Rahmen des sonstigen Geschäftsbetriebes begleitet die AWH die HWS GmbH seit Mitte 2014 beim Probetrieb der am Standort Halle-Lochau befindlichen Anlage zur Hydrothermalen Carbonisierung (HTC), mit dem Ziel die Betriebsführung zu übernehmen.

Die Geschäftsführung und die verantwortlichen Mitarbeiter der AWH sind sich dabei dem strategischem Stellenwert dieses Projektes bewusst.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 betrug der Personalbestand der AWH 39,4 VBE, was einer Abweichung von -0,2 VBE zum Plan bedeutet. Somit konnte die Personalplanung für das Jahr 2016 nahezu vollumfänglich eingehalten werden. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer zunehmenden Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem auf Grund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2021 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 27,6 VBE.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH hat sich im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr nochmals verschlechtert, was vor allem auf die rückläufigen Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit 4.849 TEUR im Geschäftsjahr 2016 mit 4.012 TEUR nicht erzielt werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei 7.359 TEUR und wurde somit nicht erreicht. Diese negative Entwicklung basiert vor allem auf der bereits erläuterten Mengenverringeringung aus der Annahme von Abfällen zur Verwertung, welche vor allem auf die veränderte Ablaufplanung bei der Rekultivierungsmaßnahme Drehpunktgestaltung zurückzuführen ist. Für die hieraus resultierenden Umsatzerlöse bedeutete das eine Absenkung von 2.268 TEUR auf 1.399 TEUR. Somit konnte der ambitionierte Planwert in Höhe von 5.034 TEUR nur ansatzweise generiert werden.

Dagegen konnte die AWH bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit 1.599 TEUR ein durchaus beachtliches Ergebnis erzielen. Hiermit wurde zwar der Vorjahreswert von 1.633 TEUR nicht ganz erreicht, aber der Planwert von 1.124 TEUR wurde deutlich übertroffen. Dies wiederum ist auf die Stabilisierung der Gasmengen auf Grund der realisierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung zurückzuführen.

Auch im Bereich der Erlöse aus Infrastrukturleistungen konnten die Planvorgabe von 556 TEUR und das Ergebnis des Vorjahres von 522 TEUR mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von 447 TEUR nicht erreicht werden. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen vor allem in der gefallen Abnahmemenge an Dieseldieselkraftstoff durch Dritte, dem niedrigeren Eigenverbrauch auf Grund der geringer ausgefallenen Annahme- bzw. Einbaumenge von Verwertungsabfällen und dem gesunkenen Dieselpreis am Markt.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird ausschließlich auf die Steigerung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen verwiesen. Auf Grund der Regelungen des BilRUG sind bis zum Vorjahr als außerordentliche Erträge verbuchte Auflösungen von Personalrückstellungen (z.B. RST Sozialplan) vom 01.01.2016 an als Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zu erfassen. Im Ergebnis bedeutet das einen Ausweis von 763 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 66 TEUR.

Auf der Aufwandseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2016 um 653 TEUR auf 2.937 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Hier wird ebenfalls auf die Auswirkungen der Anwendung der Regelungen des BilRUG ab 01.01.2016 verwiesen. Korrespondierend zu den Ausführungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen, werden die Zuführungen zu den Personalrückstellungen nicht mehr als außerordentlicher Aufwand sondern als Personalaufwand erfasst.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen, Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sowie beim Materialaufwand der Bezug von Dieseldieselkraftstoff als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser wurde bereits unter Punkt 3.4. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Eine wesentliche Kostenposition war im Geschäftsjahr der Erwerb von Bodenmaterialien für den Aufbau der Wasserhaushaltsschicht in Höhe von 175 TEUR. Beim Bezug von Dieseldieselkraftstoff sind im Berichtsjahr Aufwendungen in einer Höhe von 245 TEUR angefallen. Die Ist-Aufwendungen lagen damit unter dem Vorjahreswert von 341 TEUR und unter dem geplanten Aufwand mit 501 TEUR. Die Hauptursachen wurden bereits bei den Erlösen aus Infrastrukturdienstleistungen erläutert.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der AWH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Bei den Rückstellungen ist der Gesamtumfang gesunken und hat zum 31. Dezember 2016 einen Wert von 53.071 TEUR, was eine Abweichung von -2.634 TEUR zum Vorjahr bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos 2.779 TEUR als Verbrauch gebucht.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2016 mit 460 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit 2.672 TEUR deutlich verringert, was vor allem mit der im Vorjahr ausgewiesenen Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin zusammenhängt.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig bei Notwendigkeit erfolgt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash-Pool-Saldo in Höhe von 445 TEUR.

3.3. Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2016 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2016 in TEUR	31.12.2015 in TEUR	Veränderung in TEUR
Sachanlagen	1.317,6	1.328,4	-10,8
Ausleihungen	5.944,2	0,0	+5.944,2
Langfristig gebundenes Vermögen	7.261,8	1.328,4	-5.933,4
Vorräte (RHB)	41,6	47,3	-5,7
Forderungen aus LuL	249,2	201,8	+47,4
Forderung verb. Untern. (LuL)	115,3	127,4	-12,1
Forderung verb. Untern. (CP)	444,7	0,0	+444,7
sonstige Vermögensgegenstände	167,4	2.366,0	-2.198,6
Sonstige Wertpapiere	0,0	57.509,4	-57.509,4
Flüssige Mittel	49.756,0	191,0	+49.565,0
Aktiver RAP	11,9	9,0	+2,9
Kurzfristig gebundenes Vermögen	50.786,1	60.451,90	+9.665,8
Gesamtvermögen	58.047,9	61.780,3	-3.732,4
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	4.516,7	3.402,7	+1.114,0
langfristige Rückstellungen	51.550,5	54.330,8	-2.780,3
Langfristiges Kapital	56.067,2	57.733,5	-1.666,3
kurzfristige Rückstellungen	1.520,8	1.374,4	+146,4
Verbindlichkeiten aus LuL	187,6	209,3	-21,7
Verbindlichkeiten verb. Untern.	211,7	1.849,1	-1.637,4
sonstige Verbindlichkeiten	60,6	613,9	-553,3
Kurzfristiges Kapital	1.980,7	4.046,8	-2.066,1
Gesamtkapital	58.047,9	61.780,3	-3.732,4

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur ist zu klar zu erkennen, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr verändert hat. Auf Grund der Kündigung der beiden Spezialfonds zum 31.12.2016 und der damit verbundenen vollständigen Rückgabe der Fondsanteile befindet sich ein Großteil der Finanzmittel der Gesellschaft zum Bilanzstichtag in den liquiden Mitteln. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 werden die als Sicherheiten an das Landesverwaltungsamt verpfändeten Mittel gemäß der aktuellen Anlagerichtlinie wieder angelegt.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem höheren wirtschaftlichem Erfolg im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.114,0 TEUR liegt deutlich über dem des Vorjahres mit 796,4 TEUR. Ausschlaggebend hierfür waren die Sondereffekte aus der Kündigung der beiden Spezialfonds in Form von Erträgen aus dem Verkauf der Fondsanteile, welche auf dem guten Kursniveau der Anteile basierten.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

4.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der AWH insgesamt 15 Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Zunahme von 2 Einzelrisiken. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 5 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	6	1	2
Konkurrenzunternehmen	1	0	1
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	1
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	2	0	0
Gesamt	15	1	4

In Auswertung der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie Beschaffungsmarkt die meisten Einzelrisiken der Gruppen 1 und 2 aus. Die Risiken betreffen dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. Vor allem die Beschaffung der notwendigen Bodenmaterialien für die Rekultivierungsschicht stellt dabei das Hauptrisiko dar. Ein weiteres Risiko der Gruppe 2 betrifft die Risikokategorie Konkurrenzunternehmen und steht in direktem Zusammenhang zu den Risiken beim Beschaffungsmarkt. Auf Grund unterschiedlicher Rahmenbedingungen ist es für bestimmte Konkurrenzunternehmen einfacher die notwendigen Mengen an Verwertungsabfällen zu akquirieren, was die Beschaffung für die AWH weiter erschwert. Das letzte Risiko der Gruppe 2 ist der Risikokategorie Technologische Entwicklungen zugeordnet. Hierbei wird das Risiko auf Grund von Störungen in den Bereichen Deponiegasfassung und –Verwertung, welche zu Unterschreitungen der geplanten Erlöse aus der Verstromung von Deponiegas führen können, beschrieben.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge von 2,5 Mio. Tonnen Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2017 bis 2024 unter Beachtung der vom LVvA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Als mögliche strategische Maßnahmen ist hier die Beteiligung am Ausbau der Bahnstrecke der MUEG mbH und die damit mögliche Erhöhung der Akquisitionsreichweite. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die Maßnahme zeitlich zu verschieben bis die erforderlichen Marktbedingungen eingetreten sind.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von steigenden Umsätzen ausgegangen, welche durch steigende Annahmemengen an Verwertungsabfällen begründet sind. Einerseits resultieren die Mehrmengen auf der für 2017 und 2018 geplanten Überhöhung der Deponie als Vorwegnahme zukünftig prognostizierter Setzungen und andererseits auf der Teilmaßnahme Gestaltung der Westböschung der Deponie als Bestandteil der Gesamtmaßnahme Drehpunktgestaltung. Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen im Zeitverlauf unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse des Unternehmens werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2017 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat sich die Geschäftsführung der AWH die Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie anzulegen. Hiermit soll eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, so dass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash-Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 geht die Geschäftsführung davon aus, dass auch in den Folgejahren jeweils ein positives Jahresergebnis erzielt wird. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Stilllegungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	484	7	408	9	601	14	76	19
Umlaufvermögen	6.151	92	4.275	90	3.499	84	1.876	44
Rechnungsabgrenzungsposten	60	1	61	1	70	2	-1	-2

Bilanzsumme	6.695	100	4.744	100	4.170	100	1.951	41
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.069	31	1.556	33	1.552	37	513	33
Rückstellungen	3.552	53	2.372	50	1.841	44	1.180	50
Verbindlichkeiten	1.074	16	816	17	777	19	258	32

Bilanzsumme	6.695	100	4.744	100	4.170	100	1.951	41
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.471	19.300	18.943
sonstige betriebliche Erträge	240	227	614
Materialaufwand	3.716	3.222	3.347
Personalaufwand	15.491	13.573	13.543
Abschreibungen	263	221	316
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.399	2.217	2.310
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44	210	108
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		84	-58
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	276	80	-62
Ergebnis nach Steuern	522		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	522	4	4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	522	4	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,32	0,02	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	33,71	0,29	0,29	%
Cash-Flow:	785	225	320	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	70	65	63	T€
Personalaufwandsquote:	68,21	69,51	69,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,47	6,31	10,15	%
Eigenkapitalquote:	30,90	32,80	37,21	%
Fremdkapitalquote:	69,10	67,20	62,79	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Unternehmen

Als neutraler Servicepartner steht die A/V/E GmbH (A/V/E) allen Marktpartnern der Energieversorgungsbranche zur Verfügung und betreut heute über 45 Unternehmen aus dem Versorgungsbereich und dem kommunalen Umfeld sowohl regional als auch bundesweit. Kundenbetreuung und Energieabrechnung zählen neben dem Zähler-, Energiedaten-, System- sowie Servicemanagement zum Kerngeschäft. Vom Firmenstandort Halle (Saale) aus entwickelt und realisiert A/V/E seit fast 25 Jahren für die verschiedenen Geschäftsbereiche maßgeschneiderte Lösungen, um die Anforderungen des liberalisierten Energiemarktes jederzeit kundengerecht und flexibel zu erfüllen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Energiemarkt in Deutschland ist auch in 2016 ein Trendmarkt. Der Markt wächst vor allem durch neue Marktteilnehmer, die die Energiewirtschaft, in den meisten Fällen branchenfremd, für sich entdeckt haben. Die größten branchenfremden Neulinge in der Energiewirtschaft sind die Onlinemarken gmx.de und web.de von United Internet, die ihren 30 Millionen Internetkunden Strom anbieten. Die ernstzunehmenden Onlineriesen werden nach unserer Einschätzung den Energiemarkt revolutionieren und den traditionsreichen Energieversorgern Paroli bieten. Aber auch die Neuen müssen die komplexen und gesetzlich regulierten Prozesse einhalten, zum Vorteil für Dienstleister wie A/V/E. Das energiewirtschaftliche Know-how ist auch im digitalen Zeitalter elementar und sichert das Geschäftsfeld bzw. gibt auch den Feldern wie Beratung und Schulung einen positiven Aufwind.

Die Digitalisierung ist das Schlagwort des Jahres 2016. Das betrifft auch alle Themenfelder, die davon beeinflusst werden, angefangen bei Smart Meter über digitale Kommunikationskanäle bis hin zur papierlosen Rechnung. Bei allen Themen ist A/V/E in Kundenprojekten eingebunden, um die Themen für sich zu bewerten und die passenden Maßnahmen umzusetzen. Die Intelligenten Messsysteme werden auch in 2017 ein wichtiges Thema bleiben, da vor allem die klassische Zählwertbeschaffung in den kommenden Jahren vor einer großen Herausforderung steht. Neben der direkten Zusammenarbeit mit den Kunden entwickelt A/V/E für den Markt neue Produkte und Leistungen, die die Versorger bei den Chancen der Digitalisierung unterstützen, beispielweise im Kundenservice mit der Öffnung eines weiteren Kommunikationskanals, dem Chat bzw. dem Bereich Social Media. Diese moderne und junge Art der Kommunikation erfordert zum einen ein leistungsfähiges Chattool sowie Mitarbeiter, die die besondere Chatsprache „sprechen“.

Der positive Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung in Deutschland beeinflusst die Personalakquise bei A/V/E negativ. Den steigenden Personalbedarf zu decken wird schwieriger, auch bei angepassten Beschäftigungsverhältnissen (Arbeitnehmerüberlassung und Beschäftigungsdauer). Die zum 1. Januar 2017 anstehenden Anpassungen zum Mindestlohn haben keinen Einfluss auf die A/V/E, da bereits die unterste Vergütungsgruppe deutlich über dem Mindestlohn liegt.

Geschäftsentwicklung

2016 war für A/V/E insgesamt ein starkes Jahr. Insgesamt sind die Mengen der Kernprodukte Telefonie und Schrift um ca. 8 % gestiegen. Das übliche Sommerloch war 2016 gegenüber dem von 2015 weniger stark ausgeprägt, was positiv auf die Gesamtauslastung gewirkt hat.

Erfolgreich war A/V/E in der Kundenakquise und in der Kundenrückgewinnung. Mehrere neue Kunden beauftragten A/V/E mit Dienstleistungen für die Markttrollen Netz oder Vertrieb, beauftragten Beratungsleistungen oder nutzten die Schulungs- und Trainingskompetenz rund um energiewirtschaftliche Prozesse und Know-How der A/V/E. Zudem haben mehrere Kunden nach einem in Vorjahren durchgeführten In- und Resourcing erneut Dienstleistungen bei der A/V/E beauftragt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E blieben 2016 stabil. Die Bilanzsumme der A/V/E erhöhte sich 2016 gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 41 % auf 6.695 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2016 insgesamt 340 T€ (2015: 32 T€). Hiervon entfiel der Großteil auf Ersatzinvestitionen in Computertechnik im Vorgriff auf die Einführung von Windows 10.

Das Umlaufvermögen ist erneut deutlich um 1.876 T€ auf 6.151 T€ gestiegen. Dies ergibt sich fast ausschließlich durch die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen auf 5.862 T€ (31. Dezember 2015: 3.550 T€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gingen stichtagsbezogen um 443 T€ auf 276 T€ (31. Dezember 2015: 719 T€) zurück. Erneut waren keine Forderungsausfälle zu verzeichnen.

Das Eigenkapital erhöhte sich von 1.556 T€ (31. Dezember 2015) auf 2.069 T€ (+ 33 %). Die Eigenkapitalquote reduzierte sich infolge des noch größeren Anstiegs der Bilanzsumme auf nunmehr 31 % (31. Dezember 2015: 33 %). Die Eigenkapitalausstattung der A/V/E GmbH darf weiterhin als solide bezeichnet werden.

Die Rückstellungen nahmen insgesamt auf 3.552 T€ (31. Dezember 2015: 2.372 T€) zu. Hierbei geht die Erhöhung nahezu ausschließlich mit personalgebundenen Rückstellungen einher. Die Rückstellungen für dem Geschäftsjahr 2016 zuzurechnende erfolgsabhängige Sonderzahlungen bilden dabei mit 1.243 T€ gegenüber 300 T€ per 31. Dezember 2015 die größte Veränderung.

In 2016 hat A/V/E die Rückstellungen für drohende Verluste von 17 T€ (31. Dezember 2015) auf 111 T€ erhöht. Damit werden der Implementierung von Neukunden und der Entwicklung von Kleinst-Kunden-Systemen sowie der Erfüllung von verlustbringenden Verträgen auch bilanziell Rechnung getragen.

Die Verbindlichkeiten lagen stichtagbezogen mit 1.074 T€ über dem Niveau des Vorjahres (31. Dezember 2015: 816 T€). Dieser Anstieg korrespondiert bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit dem insgesamt höheren Leistungsvolumen der A/V/E.

Die Gesellschaft finanziert sich vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Gleichwohl verfügt die A/V/E über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Aus dem Gewinnvortrag wurde im März 2016 ein Betrag in Höhe des Jahresüberschusses 2014 (4 T€) zusammen mit dem Jahresüberschuss 2015 (4 T€) an die Gesellschafter ausgeschüttet. Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2016 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2016 gewährleistet.

Bereits im Umsatz zeigt sich die gute Geschäftsentwicklung im Jahr 2016. Mit einem Umsatzwachstum von 16,4 % wurde die 20 Mio. € Marke überschritten. Nach 19.300 T€¹ im Vorjahr erreichte A/V/E im Geschäftsjahr 2016 einen Umsatz von 22.471 T€. Dieser Anstieg resultiert vorrangig aus der im Vorjahr erfolgten Beauftragung aus dem Gesellschafterumfeld, aber auch aus Aufträgen neu gewonnener Kunden.

Der Umsatz verteilt sich dabei auf die Markttrollen Lieferant zu 66 % und auf die übrigen Markttrollen zu 34 %. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber 2015 mit 227 T€ auf nunmehr 240 T€ gestiegen. Der Anstieg resultiert nahezu vollständig aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Personalaufwendungen stiegen um 1.918 T€ auf 15.491 T€ (Vorjahr 13.573 T€). Ursächlich hierfür sind Personaleinstellungen sowohl aus Arbeitnehmerüberlassung als auch vom freien Arbeitsmarkt. Zusätzlich erhielten die Mitarbeiter der A/V/E im laufenden Jahr 2016 eine zusätzliche Prämie, zudem wurde eine erfolgsabhängige Vergütung für 2016 berücksichtigt (Rückstellung für erfolgsabhängige Sonderzahlung).

Der Materialaufwand stieg teilweise bedingt durch einem mit dem Umsatz korrespondierten mengenabhängigen Einkaufsvolumen sowie Einmalleistungen insbesondere im Bereich IT. Trotzdem blieb der Anstieg mit 15,3 % unterhalb des Umsatzanstiegs. Der Materialaufwand belief sich nach 3.222 T€ im Vorjahr auf nunmehr 3.716 T€.

Auch bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen steht der höheren Leistungserbringung ein weniger angestiegener Input gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 182 T€ und somit nur um 8,2 % auf 2.399 T€ (2.217 T€ im Vorjahr).

Die positive Umsatzentwicklung (+ 16,4 %) und der geringere Anstieg der Aufwendungen (+ 13,7 %) führen zu einem deutlich besseren Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 841 T€ (Vorjahr: 294 T€).

Zusätzlich verbesserte sich das Finanzergebnis auf - 44 T€ (Vorjahr - 210 T€). Im Vorjahr war das Finanzergebnis wesentlich stärker durch notwendige Aufzinsungen von Pensionsrückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten geprägt.

Für 2015 wurde ein Steueraufwand von 80 T€ festgestellt. 2016 ist der Steueraufwand auf 276 T€ angestiegen. A/V/E schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 522 T€ (Vorjahr: 4 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für die A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 841 T€) und der Effizienzgrad (Auslastungsgrad). Die Kundenzufriedenheit wird ab 2016 nicht mehr als Leistungsindikator herangezogen.

¹ Gemäß festgestellten Vorjahresabschluss (vor BilRUG)

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2016 ein Betriebsergebnis von 46 T€ zu erreichen, wurde übertroffen. Ursächlich war vor allem ein preis- und mengenbedingter Anstieg der Umsatzerlöse.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt dem Grunde nach das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl ist 2016 um einen mittleren einstelligen Prozentpunkte-Betrag gestiegen, damit wurde das Ziel den Effizienzgrad auf den Niveau des Vorjahres zu halten erreicht bzw. aufgrund von Effizienzmaßnahmen leicht übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für die A/V/E gelten die Bestimmungen des Rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen in der Neukundengewinnung und in der Bestandskundenbetreuung gleichermaßen. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt.

Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Als Chance sieht A/V/E die Weiter- und Neuentwicklung von etablierten Prozessprodukten für künftige Kundengruppen zu einer maßgeschneiderten Lösung sowie in der erfahrungsbasierten Know-How-Sicherung für und bei unseren Kunden.

Strategie

Mit der Unternehmensstrategie richtet sich A/V/E in einem sich ändernden Umfeld auf Profitabilität und langfristige Wertsteigerung aus. Die Aktivitäten konzentrieren sich dabei ausschließlich auf den Energiemarkt. Dabei ist die strategische Zielsetzung klar definiert: Kundenzufriedenheit, sichere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Die Kundenzufriedenheit erreicht A/V/E, in dem der Bedarf des Kunden erkannt wird, er dazu beraten und mit den entsprechenden Leistungen in höchster Qualität unterstützt wird. Um eine qualitativ professionelle Dienstleistung zu erbringen, setzt A/V/E auf sehr gut ausgebildete, motivierte Mitarbeiter und eine funktionale IT-Landschaft. A/V/E investiert dafür konsequent in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter sowie in das Wissen über die faktischen Vorzüge der etablierten und neuen Systeme. Damit ist A/V/E in der Lage Kunden zu beraten, Empfehlungen auszusprechen und anschließend in der Umsetzung auch schnell zu reagieren und professionell zu unterstützen. Der Maßstab des Handelns ist es, eine hohe Servicequalität zu einem fairen Preis zu realisieren – egal, ob Standardprozess oder hoch innovative Individuallösung.

Aussichten

Die Mittelfristplanung der A/V/E weist weiter steigende Umsätze aus. Für das Geschäftsjahr 2017 ist ein Betriebsergebnis von 524 T€ geplant. Der Effizienzgrad soll nochmals leicht erhöht und mittelfristig auf dem Niveau von 2016 gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)						
Rechtsform:	GmbH							
Stammkapital in T€:	25							
Gesellschafter:		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">T€</th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="border-right: 1px solid black;">Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</td> <td style="text-align: center;">25</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>		T€	%	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00
	T€	%						
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00						

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale) und Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6	7	9	7	11	10	-3	-33
Umlaufvermögen	84	93	122	93	95	90	-38	-31
Bilanzsumme	90	100	131	100	106	100	-41	-31
Passiva								
Eigenkapital	25	28	25	19	25	24	0	0
Rückstellungen	25	28	21	16	25	24	4	19
Verbindlichkeiten	40	44	85	65	56	52	-45	-53
Bilanzsumme	90	100	131	100	106	100	-41	-31

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	631	642	627
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	16	20	23
Personalaufwand	554	502	523
Abschreibungen	2	2	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	60	58	55
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		60	23
Ergebnis nach Steuern	-1		
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	1	0	0
aufgrund einer Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	60	23
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,14	9,35	3,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,64	240,16	90,73	%
Cash-Flow:	1	62	26	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	26	28	27	T€
Personalaufwandsquote:	87,76	78,14	83,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,78	6,46	10,18	%
Eigenkapitalquote:	27,88	19,15	23,58	%
Fremdkapitalquote:	72,12	80,85	76,42	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungiert am Markt als Dienstleister in den Bereichen der Gebäudereinigung sowie im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale).

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Beide Unternehmen werden in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Auch im Geschäftsjahr 2016 waren die beiden Geschäftsfelder der Gebäudereinigung sowie der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen unternehmensbestimmend.

Hauptaugenmerk im Bereich der Gebäudereinigung ist die fach- und fristgerechte sowie zuverlässige und hygienische Unterhaltsreinigung in diversen Gebäuden der Stadt Halle (Saale). Mitte des Geschäftsjahres 2016 stellte der turnusmäßige Wechsel im Rahmen der Beauftragung der Muttergesellschaft eine Veränderung im Geschäftsfeld dar. Die Anpassungen führten zu einer Reduzierung des Leistungsentgeltes.

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Beide Dienstleistungen werden ausschließlich gegenüber der Muttergesellschaft erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Im Geschäftsjahr 2016 galt das Hauptaugenmerk der Gesellschaft, ihre Kerngeschäfte der Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen auf einem weiterhin hohen Qualitätsmerkmal anzubieten. Um dem Anspruchsniveau gerecht zu werden und dem Auftraggeber ein verlässlicher Partner zu sein, hat die Gesellschaft bereits in den Vorjahren ihre eigene Linienstruktur implementiert und kontinuierlich ausgebaut.

Wie die eigenverantwortliche Steuerung der operativen Leistungsebene auf der einen Seite, so setzt die Gesellschaft auf der anderen Seite auf die vertragliche Vergabe der kaufmännischen Unterstützung im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Gebäudereinigung, Entsorgung und Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Struktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung war es der Gesellschaft möglich, zahlreiche Objekte in Eigenregie zu verwalten. Auch die vertragliche Vergabe von kaufmännischen Dienstleistungen im Konzernverbund hat sich in der Vergangenheit bewährt. In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2016 daher keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Bereich der Gebäudereinigung kam es auf Grund einer Übergangszeit im Rahmen der Neubeauftragung der Gesellschafterin zu einem Vakuum von einem Monat im Bereich der Leistungsabdeckung. In Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft wurde ein außervertraglicher Einsatz der freien Ressourcen angestrebt. Diese konnte von der Gesellschaft auf Grund von Krankheitsausfällen nicht vollumfänglich abgedeckt werden und führte zu einer Reduzierung der Gesamtleistung.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe der Dienstleistungen Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen für die Cives Dienste GmbH sind auf einem niedrigen Stufenwert stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen und kann anhand der kurzfristigen Reaktion auf die geänderten Leistungseinheiten dokumentiert werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Sechste Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Gebäudereinigung wurde im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie trat am 01.01.2016 in Kraft und löste somit die Fünfte Gebäudereinigungsarbeitsbedingungen-Verordnung ab. Die Gesellschaft war daher verpflichtet ab dem 01.03.2016 ihren Mitarbeitern, welche unter diese Regelungen fallen, mindestens einen Stundenlohn von 8,70 € per Arbeitsstunde zu zahlen. Dies wurde bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2016 berücksichtigt und stellt somit keine außerplanmäßige Belastung dar.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Geschäftsjahr 2016 war für die Sparte Gebäudereinigung von dem turnusmäßigen Wechsel im Rahmen der Beauftragung durch die Muttergesellschaft geprägt. Innerhalb des Geschäftsjahres kam es zu Kapazitätsanpassungen im Bereich des Leistungsumfanges durch die Disposition der Gebäude im Rahmen des Dienstleistungsvertrages mit der Muttergesellschaft der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Für das Geschäftsjahr wurde insgesamt ein Gesamtvolumen an Reinigungsfläche in Höhe von 227.719 m² geplant. Geleistet wurde im Geschäftsjahr eine Fläche von 281.432 m². Dies entspricht einer Planüberschreitung von 53.713 m². Begründet ist dies, durch die Anpassung der zu reinigenden Objekte im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zum 01.08.2016. Im Vergleich zum Leistungsumfang des ersten Halbjahres des Geschäftsjahres umfasste die Monatsleistung ab dem 01.08.2016, bei einem nahezu gleichbleibenden Stundenumfang an Reinigungsleistungen, einen monatlich höheren Leistungsumfang an Reinigungsfläche in Höhe von 4.644 m².

Ein besonderes Maß an Einsatzbereitschaft zeigten die Fahren und Lader zum Ende des Geschäftsjahres. Durch die Häufung der Wochenfeiertage mussten die Entsorgungen weitreichend auf andere Tage verschoben werden. Dabei kam ein stadtweiter umgestellter Entsorgungsplan zum Tragen, welcher die Abfuhr der Müllgroßbehälter am Samstag notwendig machte. Letztlich strebt die Gesellschaft die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen durch die Einstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters zum 01.09.2016 um 1.028 Arbeitsstunden auf eine Gesamtleistung von 15.815 Arbeitsstunden gesteigert werden.

Gegenüber ihrem Auftraggeber ist die Gesellschaft stets bemüht Kostenoptimierungen sowie-einsparungen zu generieren um auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu sein. Im Geschäftsjahr 2016 konnte die Gesellschaft ihre Aufwendungen im Bereich der Verbrauchsmaterialien unterplanmäßig gestalten. Währenddessen war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 vermehrt gezwungen, beauftragte Objekte durch einen Fremddienstleister zur Abdeckung von Ausfällen des eigenen Mitarbeiterstammes abzusichern. Dies stellte eine überplanmäßige Kostenbelastung im Geschäftsjahr 2016 dar.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 22 Beschäftigten zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freierwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen. Zum Stichtag 31.12.2016 waren in der Cives Dienste GmbH 19,5 Vollbeschäftigteneinheiten beschäftigt. Dabei befinden sich zehn Krafffahrer und Lader sowie ein Einsatzleiter in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche.

Im Bereich der Gebäudereinigung gilt für die zehn Reinigerinnen und Reiniger eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden sowie für den Objektleiter eine wöchentliche Beschäftigung von 40 Stunden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Durch die Anpassung und dem Ausfall des Leistungsumfangs in der Mitte des Geschäftsjahres im Bereich der Gebäudereinigungsdienstleistungen ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Umsatzerlöse zu verzeichnen. Monetär bewertet beläuft sich dieser auf -38,5 TEUR (250,3 TEUR; Vorjahr 288,8 TEUR).

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen konnte eine Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 28,0 TEUR (381,0 TEUR; Vorjahr 353,0 TEUR) verzeichnet werden. Begründet ist dies durch den planmäßigen Ausbau des Mitarbeiterstammes zum 01. September 2016.

Der Materialaufwand und der Aufwand für bezogene Leistungen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 TEUR auf einen Wert in Höhe von 16,0 TEUR im Geschäftsjahr 2016 (Vorjahr 20,3 TEUR). Begründet ist dies durch die geringeren Aufwendungen im Bereich der Verbrauchsmaterialien.

Der Personalaufwand stieg von 501,5 TEUR im Geschäftsjahr 2015 auf 554,1 TEUR im Geschäftsjahr 2016. Dies entspricht einer Steigerung von -52,6 TEUR. Begründet ist dies zum einen durch den Anstieg der Beschäftigtenanzahl auf 20,2 VBE (Vorjahr 19,6 VBE) und zum anderen durch Forderungen für Lohnrückzahlungen bei den Krankenkassen für die Geschäftsjahre 2013 bis 2015, im Rahmen des Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2015. Dies stellte im Jahresabschluss 2015 ein Einmaleffekt in Höhe von 26 TEUR dar.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenanstieg von 2,2 TEUR auf einen Wert im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 59,5 TEUR zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen sowie für den Versicherungsschutz der Gesellschaft. Begründet ist der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen hauptsächlich durch den weiteren Ausbau der im Konzern zentralisierten administrativen Tätigkeiten.

Eine gute Kapitalauslastung der Gesellschaft kann auf Grund der niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Ergebnisimpulse durch das Finanzergebnis bewirken. Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem negativen Ergebnis in Höhe von -0,9 TEUR. Damit wird das Vorjahresergebnis um -60,9 TEUR unterschritten.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 24,6 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (11,0 TEUR; Vorjahr 10,7 TEUR), Personalrückstellungen (9,8 TEUR, Vorjahr 7,8 TEUR), Rückstellungen für die Schwerbehindertenabgabe (1,5 TEUR; Vorjahr 1,4 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (2,3 TEUR, Vorjahr 1,0 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (0,6 TEUR, Vorjahr 1,5 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (30,5 TEUR, Vorjahr 6,9 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (8,9 TEUR, Vorjahr 15,2 TEUR) zusammen.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine Investitionen vorgenommen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig nicht erfolgt.

Zum Bilanzstichtag steht den kurzfristigen Mitteln in Höhe von 83,6 TEUR ein kurzfristiger Mittelbedarf in Höhe von 62,4 TEUR gegenüber.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2016 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Anlagevermögen	6,1	8,4	-2,3
Langfristig gebundenes Vermögen	6,1	8,4	-2,3
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	41,4	35,5	+5,9
Forderung verb. Unternehmen (CP)	41,1	59,5	-18,4
sonstige Vermögensgegenstände	1,1	27,1	-26,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	83,6	122,1	-38,5
Gesamtvermögen	89,7	130,5	-40,8
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	24,6	20,9	+3,7
Verbindlichkeiten verb. Unternehmen	30,5	67,9	-37,4
übrige Verbindlichkeiten	9,6	16,7	-7,1
Kurzfristiges Kapital	64,7	105,5	-40,8
Gesamtkapital	89,7	130,5	-40,8

Bei der Analyse der Bilanz verzeichnet die Gesellschaft auf der Aktivseite eine Reduzierung der Bilanzsumme um -40,8 TEUR. Im Bereich des Anlagevermögens übersteigen die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen die Neuinvestitionskosten. Aus diesem Grund ist hier eine Minderung des langfristig gebundenen Vermögens in Höhe von -2,3 TEUR zu verzeichnen. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie aus Forderungen aus dem CashPool geprägt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung des Bilanzwertes um -12,6 TEUR zu verzeichnen. Eine weitere Reduzierung ist im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände zu verzeichnen. Der Bilanzwert von 1,1 TEUR stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung -26,0 TEUR dar. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 89,7 TEUR (Vorjahr: 130,5 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die notwendigen Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2016 zeigen eine Mehrung von 3,8 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 20,9 TEUR auf. Offene Verbindlichkeiten der Lieferungen und Leistungen, besonders zu verbundenen Unternehmen, sind auf Grund der Rechnungslegung zum Jahresende ausgefallen und resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie der Personalbetreuung durch die Stadtwerke Halle GmbH. Zum Bilanzstichtag weißt die Gesellschaft Verbindlichkeiten in Höhe von 40,1 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung in Höhe von 44,6 TEUR dar. Vom Vorjahreswert in Höhe von 67,9 TEUR entfallen 60,0 TEUR auf die Ergebnisabführung an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von 130,5 TEUR auf 89,7 TEUR in dieser Berichtsperiode gesunken.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Abführung an ihre Gesellschafterin nicht bestätigen. Dennoch sieht sich die Cives Dienste GmbH in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und zeigt die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der Gebäudereinigung, sowie der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit war in der Gesellschaft eine ausreichende Liquidität gegeben und eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie wurde nicht in Anspruch genommen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt.

Der wirtschaftliche Markt auf dem sich die Gesellschaft bewegt unterliegt einer enormen Konkurrenz. Ein Ausbau der Leistungsfähigkeit über die Beauftragung der Muttergesellschaft, der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, hinaus ist nicht realisierbar. Aus diesem Grund bestehen aus derzeitiger Sicht keine kurz- und mittelfristigen Chancen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2017 sind Umsatzerlöse in Höhe von 715,8 TEUR geplant. Auf Grund der gegebenen Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 288,9 TEUR dem Bereich der Gebäudereinigung und 426,9 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung zugeordnet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse bleibt unter der Prämisse eines gleichbleibenden Leistungsumfanges für den Mittelfristzeitraum nahezu konstant.

Die im Vorjahr für 2016 geplanten Umsatzerlöse in Höhe von 647,6 TEUR wurden mit 16,2 TEUR unterschritten.

6.2. Investitionen

Für das Geschäftsjahr 2017 sind keine wesentlichen Investitionen geplant.

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können auf Grund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2017 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 10,2 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Das im Vorjahr für 2016 geplante Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 2,9 TEUR wurde nicht erreicht.

Energieversorgung Halle Netz GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Heizkraftwerk 12
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.487	55	9.987	60	5.001	37	-500	-5
Umlaufvermögen	7.603	44	6.279	38	8.238	61	1.324	21
Rechnungsabgrenzungsposten	262	1	306	2	239	2	-44	-14

Bilanzsumme	17.352	100	16.572	100	13.478	100	780	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.136	41	7.136	43	2.136	16	0	0
Rückstellungen	6.103	35	5.549	34	4.487	33	554	10
Verbindlichkeiten	4.113	24	3.887	23	6.855	51	226	6

Bilanzsumme	17.352	100	16.572	100	13.478	100	780	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	123.313	112.224	108.544
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	291	16	2
sonstige betriebliche Erträge	1.367	2.775	3.000
Materialaufwand	97.065	71.292	71.604
Personalaufwand	19.150	20.091	18.351
Abschreibungen	1.693	1.539	877
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.581	21.534	20.301
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	14	45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	168	194	139
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		379	319
Ergebnis nach Steuern	325		
sonstige Steuern	42	36	35
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	283	343	284
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,23	0,31	0,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,96	4,81	13,32	%
Cash-Flow:	1.976	1.882	1.161	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	465	442	427	T€
Personalaufwandsquote:	15,32	17,47	16,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	45,27	47,70	19,97	%
Eigenkapitalquote:	41,12	43,06	15,85	%
Fremdkapitalquote:	58,88	56,94	84,15	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	613,00	585,00	553,00	GWh
Netznutzung Gas	1.183,00	1.098,00	1.023,00	GWh
Netznutzung Strom	807,00	806,00	805,00	GWh

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilernetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Transportnetze und Stationen, Endverteilernetze, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung, Dokumentation, Liegenschaften), Netzvertrieb (Wechselprozesse, Vertragsmanagement) und Marktgebietsmanagement (Energiedaten-, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis. Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen in der Netzgesellschaft Halle.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Entsprechend der Kooperationsvereinbarung (KoV) 8 und der Geschäftsprozesse zur Kunden-belieferung mit Elektrizität (GPKE) wurde zum 01. April 2016 die zählpunktscharfe Ermittlung und Abrechnung von Mehr- und Mindermengen im Strom und Gas umgesetzt. Das Verfahren zur Feststellung der Prognosemenge, die Ermittlung der Mehr- und Mindermengen, die Preisbildung und die Abrechnung werden nun in bundeseinheitlichen Prozessen abgebildet.

Am 30. Juni 2016 wurde die KoV 9 zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen verabschiedet. In der am 01. Oktober 2016 in Kraft getretenen Vereinbarung wurden insbesondere gemäß den Vorgaben des Grundmodells für Ausgleichsleistungen und Bilanzierungsregeln im Gassektor (GABi Gas 2.0) die untertägige Datenmeldung sowie die tägliche Netzkontenabrechnung eingeführt. Des Weiteren wurde der Lieferantenrahmenvertrag Gas überarbeitet und mit dem Lieferantenrahmenvertrag Strom weitestgehend harmonisiert.

Der Bundesrat hat am 08. Juli 2016 dem bereits vom Bundestag beschlossenen „Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz)“ zugestimmt. Mit dem Strommarktgesetz soll auch zukünftig unter den geänderten Rahmenbedingungen die Balance zwischen Kosteneffizienz, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit gehalten werden.

Am 02. September 2016 ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft getreten. Kernbestandteil ist das neue Messstellenbetriebsgesetz (MsbG), welches die Regelungen zur Messung bündelt und die Rechte und Pflichten zum Messstellenbetrieb beschreibt. Des Weiteren werden die technischen Anforderungen, Finanzierung und Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen geregelt.

Am 17. September 2016 ist die novellierte Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft getreten. Mit dem Inkrafttreten wird ab der 3. Regulierungsperiode ein jährlicher Kapitalkostenabgleich für Verteilernetzbetreiber eingeführt. Durch den Aufschlag auf die Erlösbergrenze wird der Zeitverzug zwischen Investition und Berücksichtigung der hierfür aufzuwendenden Kapitalkosten in den Erlösbergrenzen (und damit auch in den Netzentgelten) beseitigt. Die bisher bestehenden Handlungsoptionen für Verteilernetzbetreiber - Antragstellung für Erweiterungsfaktor bzw. Investitionsmaßnahme entfallen.

Ferner wird der bislang vorgesehene Stichtag 31. Dezember 2008 nach dem Personalzusatzkosten des Netzbetreibers als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile Berücksichtigung finden auf den 31. Dezember 2016 verschoben.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die ARegV wird den Netzbetreibern eine Erlösbergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen in der zweiten Regulierungsperiode Strom (2014 bis 2018) erfolgte mit dem Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 18. Dezember 2014 und für die zweite Regulierungsperiode Gas (2013 bis 2017) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 14. Dezember 2012.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2016 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 285 Mitarbeiter und 27 Auszubildende. Die Mitarbeiterzahl steigt zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (273 Mitarbeiter) um 12 Mitarbeiter.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 45 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 22 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut.

In diesem Jahr startete der zweite Talentpool mit neuen motivierten und talentierten Mitarbeitern. Er bietet den Teilnehmern eine große Bandbreite an Trainings, TalentWorkstätten, Projekten, welche jedes einzelne Talent fördern.

Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen kontinuierlich ausgebaut.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Abweichend von der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung wird das Vorjahr auf die im Geschäftsjahr 2016 vollzogenen Änderungen resultierend aus dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz angepasst. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2016	2015	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	123,3	113,8	9,5	8,3
Übrige Erträge	1,7	1,2	0,5	37,8
Materialaufwand	-97,1	-87,4	-9,7	11,1
Deckungsbeitrag	27,9	27,6	0,3	0,8
Personalaufwand	-19,1	-20,1	1,0	-4,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6,6	-5,5	-1,1	19,8
EBITDA	2,2	2,0	0,2	3,7
Abschreibungen	-1,7	-1,5	-0,2	10,1
EBIT	0,5	0,5	0,0	-13,7
Finanzergebnis	-0,2	-0,2	0,0	-12,3
Ergebnis vor Ergebnisabführung	0,3	0,3	0,0	-17,6

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 9,5 Mio. € gestiegen. Grund hierfür ist im Wesentlichen die im Jahr 2016 verabschiedete gesetzliche Förderung von bestehenden KWK-Anlagen. Dieser Position stehen Materialaufwendungen gegenüber, die analog gestiegen sind. Im Ergebnis erhöhte sich der Deckungsbeitrag geringfügig um 0,3 Mio. €.

Die Position Personalaufwand weist im Vergleich zum Vorjahr trotz steigender Mitarbeiterzahlen eine Verringerung aus. Dies beruht im Wesentlichen auf einer im Vorjahr erfolgten Zuführung zu Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen. Bereinigt um diese Position ist für den Personalaufwand ein Anstieg um 0,8 Mio. € zu verzeichnen.

Die Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist vor allem durch höhere Aufwendungen für DV- und Kommunikationsdienstleistungen bedingt. Zusammen mit den leicht gestiegenen Aufwendungen für Abschreibungen ergibt sich eine leichte Reduktion des EBIT um 0,1 Mio. €.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2016 ein Eigenkapital in Höhe von 7,1 Mio. € aus. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 41,1 Prozent (Vorjahr: 43,1 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. € getätigt. Dabei entfiel der Großteil der Investitionen auf Fahrzeuge, Software sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Kapitalflussrechnung wies im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelzufluss in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 0,2 Mio. €) aus.

Liquiditätsentwicklung	2016	2015
	Mio. €	Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	1,7	1,6
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1,2	-6,5
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	4,7
Zahlungswirksame Veränderungen	0,2	-0,2
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	0,1	0,2
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	0,3	0,1

Die Veränderung der Cash-Flows aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr ist auf den letztjährigen Einmaleffekt durch den Kauf des technischen Betriebshofs zurückzuführen, der durch eine Eigenkapitalzuführung der EVH finanziert wurde.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,3 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht. Der bestehende Cash-Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash-Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 17,4 Mio. € und lag somit 0,8 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite verringerte sich das Anlagevermögen um 0,5 Mio. € und betrug somit zum Bilanzstichtag 9,5 Mio. €, während das Umlaufvermögen um 1,3 Mio. € auf 7,6 Mio. € anstieg.

Die Passivseite war vor allem durch höhere Rückstellungen (+0,6 Mio. €) sowie gestiegene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+0,9 Mio. €) geprägt, während sich die sonstigen Verbindlichkeiten um 0,7 Mio. € reduzierten.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2016 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzerneinheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Durch Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 12. Oktober 2016 wurden mit Wirkung ab der dritten Regulierungsperiode die Eigenkapitalzinssätze für Strom- und Gasnetze gesenkt. Hierdurch wird sich das Renditeniveau für bestehende und geplante Netzinvestitionen deutlich vermindern.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Das Änderungsgesetz zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) sowie zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde am 15. und 16. Dezember 2016 von Bundestag und Bundesrat beschlossen und tritt am 01. Januar 2017 in Kraft. Durch dieses Gesetz werden wesentliche Änderungen vorgenommen, insbesondere zur Ausschreibungspflicht für KWK-Anlagen, zu den neuen KWKG-Umlagen und zu den Regelungen zur Eigenversorgung im EEG.

Am 25. Januar 2017 wurde der Entwurf des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NEMoG) durch das Bundeskabinett beschlossen. Das Gesetzesvorhaben wird aktuell politisch heftig diskutiert. Aktuell stehen die Beschlüsse des Gesetzes durch den Bundestag und –rat noch aus. Das Gesetz soll das betragsmäßige Einfrieren und die anschließende schrittweise Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte beinhalten.

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Gas und Fernwärme.

Eine in diesem Zusammenhang stehende Veränderung für das kommende Geschäftsjahr ist die Beendigung des Pachtmodells für das Fernwärmenetz mit der EVH. Die technischen Dienstleistungen werden künftig im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Netzgesellschaft Halle erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr eher von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenauflommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter
Schiller, Hartmut

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4.046	73	3.945	78	3.836	82	101	3
Umlaufvermögen	1.451	27	1.114	22	810	17	337	30
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	13	0	20	1	-5	-38
Aktive latente Steuern	13	0	13	0	3	0	0	0

Bilanzsumme	5.518	100	5.085	100	4.669	100	433	9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.529	46	1.949	38	1.761	38	580	30
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	241	4	184	4	134	3	57	31
Rückstellungen	503	9	363	7	205	4	140	39
Verbindlichkeiten	2.245	41	2.589	51	2.569	55	-344	-13

Bilanzsumme	5.518	100	5.085	100	4.669	100	433	9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.619	5.024	4.555
andere aktivierte Eigenleistungen	42	50	45
sonstige betriebliche Erträge	89	86	133
Materialaufwand	1.130	1.125	1.086
Personalaufwand	1.944	1.941	1.814
Abschreibungen	352	317	299
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.396	1.286	1.133
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	62	92	108
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		403	297
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	227	105	78
Ergebnis nach Steuern	639		
sonstige Steuern	9	10	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	630	288	210
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	630	288	210

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,21	5,74	4,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	33,17	17,37	13,57	%
Cash-Flow:	981	605	509	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94	86	82	T€
Personalaufwandsquote:	33,81	37,62	38,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,99	77,12	79,65	%
Eigenkapitalquote:	45,84	38,33	37,71	%
Fremdkapitalquote:	54,16	61,67	62,29	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Absatz Fernwärme	19,1	18,3	16,4	GWh
Absatz Strom	15,8	16,7	15,6	GWh

e) Lagebericht**1. Allgemeiner Geschäftsverlauf**

Die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) blieben auch im Geschäftsjahr 2016 unverändert. Das gilt für die Bereiche Energieerzeugung und -verteilung, die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) und den Bereich Wasserversorgung.

Dazu stand auch im Geschäftsjahr 2016 die identische Anlagenkonfiguration zur Verfügung.

Die von der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich OT Großkayna) und Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt.

Die Wärme wird im Heizkraftwerk Braunsbedra (Anlage Grubenweg) im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) erzeugt.

In den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln erfolgt die Wärme-erzeugung auf Basis von Altholz (Reserve Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (Reserve Erdgas). Die dezentrale Erzeugungsanlage im Atlantis Center Braunsbedra verwendet Heizöl leicht.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) eingespeist.

Der von der EWAG erzeugte Strom wird nach Abzug des Eigenverbrauches der beiden Kraftwerksanlagen sowie der übrigen EWAG-Betriebsanlagen vermarktet.

Auf der Basis des bestehenden Liefervertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben AöR (BVG) wurden ca. 97 % des verfügbaren Stromes an die BVG geliefert.

Der verbleibende Anteil wurde an gewerbliche und private Kunden geliefert.

Die Planzahl für das Geschäftsfeld Fernwärme konnte übererfüllt werden. Dieser Umstand ist vor allem als witterungsbedingt einzuschätzen, da die zu erwartenden Mehrverbräuche durch die in 2016 getätigten Neuanschlüsse in der Planung bereits berücksichtigt waren.

Die Planzahl Erlöse Stromverkauf konnte nicht erfüllt werden.

Die Nichterfüllung wird im Wesentlichen begründet durch einen Defekt am Drehstromgenerator im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH), durch den in der Zeit vom 18. Juli bis 10. Oktober 2016 keine Elektroenergieerzeugung möglich war.

Im Heizkraftwerk Grubenweg wurde diese Planzahl erreicht.

Unabhängig vom oben genannten Schaden wurden die Erlöse aus der Verwertung von Brennstoffen deutlich überschritten, weil im Heizkraftwerk Grubenweg wesentlich mehr Ersatzbrennstoffe (EBS) durchgesetzt wurden und auch im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) die Planung nahezu erreicht wurde, weil dort auch in der Stillstandszeit des Generators Brennstoffe zur Warmhaltung der Gesamtanlage durchgesetzt wurden. Zudem war ein deutlicher Anstieg der Vergütungen für die Verwertung der Ersatzbrennstoffe zu verzeichnen.

Im Rahmen des Betriebsergebnisses sind natürlich auch alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Reparatur und der Wiederinbetriebnahme des Generators zu berücksichtigen.

Im Zusammenhang mit der Elektroenergieerzeugung im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) sind auch die gehäuften Abschaltmaßnahmen im Rahmen des Netzsicherheitsmanagements der MITNETZ STROM als negativ zu bewerten.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis Center) ist auch für 2016 aus der Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen.

Das betrifft in gleicher Weise den Bereich Trinkwasserversorgung. Neben den notwendigen Reparatur- und Wartungsarbeiten, wurden mit dem Ziel der weiteren Netzstabilisierung Absperr-vorrichtungen verbaut.

Zur Verbesserung der Löschwasserversorgung im Bereich Langeneichstädt wurde in Abstimmung mit der Stadt Mücheln eine neue Löschwasserentnahmestelle errichtet.

Durch die Umnutzung der Hochbehälter im alten Wasserwerk in Langeneichstädt stehen der Feuerwehr kurzfristig ca. 500 m³ zusätzliches Löschwasser zur Verfügung.

Auch 2016 wurden im Rahmen des Ausbaus bzw. der Sanierung des Fernwärmenetzes Maßnahmen durchgeführt. Im Bereich der Steiger-, Nord- und Häuerstraße sowie der Thomas-Müntzer-Straße wurde das Fernwärmenetz in Braunsbedra um 24 Neuanschlüsse erweitert. Grundhafte Sanierungsmaßnahmen erfolgten an 18 Fernwärme-Hausanschlussstationen in Braunsbedra und Großkayna.

Mit der Beendigung der Stromlieferung an die Berliner Verkehrsbetriebe AöR (BVG) zum 31. Juli 2017 wurde gemeinsam mit der GETEC ENERGIE AG Weimar eine neue Vermarktungsstrategie zur Stromvermarktung erarbeitet. Diese Vermarktungsstrategie enthält alle Regularien und Festlegung, um dem EWAG-Strom am Strommarkt veräußern zu können. Gemäß Festlegungen dieser Strategie wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 der gesamte Strom für die Zeit von August bis Dezember 2017 veräußert.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 630 (Vorjahr: TEUR 288) erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 595 erhöht. Erlössteigerungen konnten bei den Erlösen aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen um TEUR 596, bei den Erlöse aus Fernwärme um TEUR 113 sowie bei den Erlösen aus Trinkwasser um TEUR 9 erwirtschaftet werden. Geringere Erlöse sind im Vergleich zum Vorjahr bei den Erlösen aus Stromverkauf und -lieferung um TEUR 61 sowie bei den sonstigen Erlösen um TEUR 62 zu verzeichnen.

Die höheren Erlöse aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen sind auf die gegenwärtige stabile Situation des Brennstoffmarktes mit steigenden Preisen aber auch auf einen höheren Brennstoffdurchsatz zurückzuführen.

Die höheren Erlöse aus der Fernwärme sind teilweise witterungsbedingt, ergeben sich aber auch aus der stetigen Erweiterung der Anschlusskapazität des Fernwärmenetzes Braunsbedra seit dem Jahr 2014. Weiterhin trug auch eine im Jahr 2015 durchgeführte Preisanpassung zur positiven Erlösentwicklung bei.

Die Erhöhung der Trinkwassererlöse ist in Folge eines relativ trockenen Sommers 2016 verbrauchsbedingt.

Die verminderten Erlöse aus Stromverkauf und -lieferung sind im Vergleich zum Vorjahr auf die Kündigung eines Sondervertragskunden sowie auf den Defekt des Drehstromgenerators im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH), durch den ca. 12 Wochen kein Strom produziert werden konnte, zurückzuführen.

Die geringeren sonstigen Erlöse ergeben sich hauptsächlich durch die sich drastisch veränderten Marktpreise für Mischschrott. Wurden im Jahr 2015 noch Erlöse für Mischschrott erzielt, mussten für die Entsorgung im Jahr 2016 zusätzliche Aufwendungen aufgebracht werden. Zudem ergibt sich eine Differenz im Vergleich zum Vorjahr von rund TEUR 40 aus dem Bau einer Feuerlöschleitung im Versorgungsgebiet Klobikau, die im Auftrag der Goethestadt Bad Lauchstädt im Jahr 2015 ausgeführt und weiterberechnet wurde.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie bei Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra haben sich um ca. TEUR 9 verringert. Mangels erforderlichen Eigenpersonalkapazitäten wurden beim Bau, bei der Montage sowie auch beim Einbau der Fernwärme-Hausanschlussstationen auf Leistungen von Fremdfirmen zurückgegriffen.

Die um TEUR 3 erhöhten sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich vergleichsweise zum Vorjahr aus höheren periodenfremden Erträgen aus der Abrechnung des Strombezuges 2015.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 5 erhöht. Der Minderung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 40 stehen Aufwandserhöhungen für bezogene Leistungen in Höhe von TEUR 45 gegenüber. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von TEUR 39 aus dem Bau der Feuerlöschleitung von Wünsch nach Klobikau.

Die Erhöhung des Materialaufwandes für bezogene Leistungen im Jahr 2016 ist auf höhere Aufwendungen für die Entsorgung sonstiger Abfälle zurückzuführen. Aufwendungen in Höhe von TEUR 24 mussten für die Entsorgung von Mischschrott aufgebracht werden. Im Jahr 2015 wurden dafür noch Erlöse erzielt. Weitere Aufwendungen in Höhe von TEUR 18 fielen für die Entsorgung von Kalkschlämmen aus der Kesselwasseraufbereitung an.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich von TEUR 4.035 um TEUR 585 auf TEUR 4.620 erhöht.

Die Personalkosten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 3 erhöht.

Infolge der durchgeführten Investitionen haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen um TEUR 35 planmäßig erhöht.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 110 begründen sich hauptsächlich durch die Erhöhung der Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 94, die Erhöhung der Aufwendungen für Beiträge, Gebühren und Versicherungen in Höhe von TEUR 7.

Die Instandhaltungsaufwendungen beinhalten Reparaturkosten für den Drehstromgenerator im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) in Höhe von TEUR 64. Weiterhin sind Zuführungen zu den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von TEUR 115 enthalten.

Die höheren Aufwendungen sind durch die Erhöhung von Reparaturaufwendungen für den Radlader im Kraftwerk Grubenweg sowie durch höhere Kfz-Leasingkosten begründet.

Die Erhöhung der Aufwendungen für Beiträge, Gebühren und Versicherungen sind auf die Anpassung der Betriebshaftpflichtversicherung sowie der Inventar- und Feuerversicherung zurückzuführen.

Durch ein stetiges Finanzmanagement in Verbindung mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten konnten die Zinsen um TEUR 30 gesenkt werden.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag haben sich proportional zum Vorsteuerergebnis erhöht. Die Steuerquote ist mit 26,5 % auf dem Niveau des Vorjahres.

2.2. Finanzlage

Die Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Es wurden Auszahlungen für Investitionen abzüglich erhaltener Anschlusskostenzuschüsse und öffentlicher Zuschüsse in Höhe von TEUR 378 sowie die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 457 vorgenommen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 352 finanziert. Die Kredittilgungen konnten im Wesentlichen durch den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien wurde weiterhin verringert. Zum Bilanzstichtag bestanden gegenüber den Kreditinstituten keine Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten (Vorjahr: TEUR 233). Zur Verfügung stehende, offene Kontokorrentlinien bestanden am Abschlussstichtag in Höhe von TEUR 800 (Vorjahr: TEUR 567).

2.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2016 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.085 auf TEUR 5.518 erhöht.

Die Sachanlagen haben sich bedingt der durchgeführten Investitionen von TEUR 3.922 um TEUR 106 auf TEUR 4.028 erhöht.

Die Zugänge berücksichtigen im Wesentlichen Fernwärmeanschlüsse mit TEUR 203 sowie die Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra in den Bereichen Häuser-, Steiger- Nordstraße sowie Thomas-Müntzer-Straße mit TEUR 119.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz wurden private Hausanschlusskostenzuschüsse erhoben. Diese werden in einem Sonderposten passiviert und über die Nutzungsdauer für Hausanschlüsse aufgelöst.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 337 erhöht. Während bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen eine Erhöhung um TEUR 68 sowie beim Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten eine Erhöhung um TEUR 279 zu verzeichnen ist, haben sich die Vorräte um TEUR 4 sowie die Wertpapiere des Umlaufvermögens um TEUR 6 verringert.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich infolge der Abrechnung von Strom, Fernwärme und Ersatzbrennstoffen zum Bilanzstichtag um TEUR 59.

Der Anstieg der liquiden Mittel ist im Wesentlichen auf den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückzuführen.

Die sonstigen Wertpapiere wurden entsprechend einer bei Banken zu hinterlegenden Bürgschaft (Hinterlegung von Sicherheitsleistungen zur Entsorgung von Ersatzbrennstoffen beim Landesverwaltungsamt Halle) angepasst.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Versicherungen und Finanzierungskosten haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 5 minimiert.

Die zum 31. Dezember 2016 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 13 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für langfristige Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen.

Durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss, abzüglich einer Gewinnausschüttung auf den Jahresüberschuss 2015, erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 580.

Der Bestand des Sonderpostens hat sich um TEUR 56 erhöht. Sonderposten werden für erhobene Hausanschlusskostenzuschüsse (private Zuschüsse) für Trinkwasser- und Fernwärmeanschlüsse bilanziert. Im Vorjahr wurde für erhaltene öffentliche Fördermittel (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 ein weiterer Sonderposten passiviert. Die Sonderposten werden jährlich über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 140 erhöht. Die Erhöhung betrifft die sonstigen Rückstellungen mit TEUR 35 sowie die Steuerrückstellungen mit TEUR 105.

Wesentliche sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsleistungen mit TEUR 115, Rückstellungen für Personalverpflichtungen mit TEUR 172. Weitere Rückstellungen wurden im Wesentlichen für ausstehende Beiträge, Eingangrechnungen sowie gesetzliche Abgaben eingestellt.

Die Verbindlichkeiten haben sich um TEUR 344 vermindert. Dies ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 338 zurückzuführen. Dem Zugang in Höhe von TEUR 352 durch Kreditaufnahmen stehen Minderungen durch Kredittilgungen in Höhe von TEUR 457 sowie die Reduzierung der Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite um TEUR 233 gegenüber.

3. Investitionen

Für die im Jahr 2014 begonnene und im Jahr 2015 fortgeführte Erweiterung des Fernwärmenetzes in Braunsbedra im Bereich Häuerstraße / Steigerstraße / Nordstraße wurde im Geschäftsjahr 2016 mit der Verlegung von Rohrleitungen und Hausanschlüssen der III. Bauabschnitt beendet. In diesem Bereich wurden 17 Fernwärme-Hausanschlüssen an das Netz angeschlossen. Die Inbetriebnahme von weiteren 8 Fernwärmeanschlüsse-Hausanschlüssen in diesem Bereich erfolgt im I. und II. Quartal 2017.

In der Thomas-Müntzer-Straße, Braunsbedra, wurde mit dem I. Bauabschnitt zur Erweiterung des Fernwärmenetzes begonnen. 2 Neuanschlüsse ans Fernwärmenetz wurden in 2016 realisiert. Der weitere Ausbau dieser Straße wird im Jahr 2017 fortgeführt.

Im Versorgungsbereich Großkayna wurde mit der Sanierung der Fernwärme-Hausanschlüsse in der Mittelstraße begonnen. Es wurden 13 Fernwärme-Hausanschlussstationen modernisiert. Weitere 5 Hausanschlüsse wurden in Braunsbedra saniert.

Gemäß Planung bezüglich des Kühlturmneubaus sollten im IV. Quartal 2016 die Tiefbauarbeiten zur Herstellung der Bodenplatte durchgeführt und die Bodenplatte errichtet werden. Auf Grund von Nebenforderungen aus der Baugenehmigung aber auch unter Berücksichtigung der Witterungsbedingungen wurde der Beginn der Bauarbeiten in das Jahr 2017 verschoben.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2016

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS in der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselferperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war jederzeit stabil abgesichert.

Das betrifft in gleicher Weise alle notwendigen Entsorgungsaufgaben (Rost- und Filteraschen).

Das Winterwetter im Januar 2017 wirkte sich positiv auf die geplanten Umsätze im Bereich Fernwärme und Verwertung Brennstoffe aus.

Im Januar 2017 wurde mit den Tiefbauarbeiten zur Errichtung der Baugrube für die Bodenplatte des Kühlturms begonnen. Gemäß Baunebenforderung der Baugenehmigung musste das zu bebauende Grundstück durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst untersucht werden. Bei der Untersuchung wurden metallische Stoffe im Erdreich festgestellt. Dass bedeutet, dass der Aushub der Baugrube solange durchgeführt werden musste, bis der Bodenbereich frei von metallischen Stoffen war. Damit verbunden sind zusätzliche Kosten für den Aushub der Baugrube, für zusätzlich zu entsorgende Bauabfälle sowie Kosten für den Kampfmittelbeseitigungsdienst. Derzeit wird eingeschätzt, dass die Errichtung des Kühlturms bis Ende des II. Quartals 2017 abgeschlossen wird.

5. Risikobericht

Die Ver- und Entsorgungsbedingungen sind für das Geschäftsjahr 2017 als stabil einzuschätzen. Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) befinden sich auf einem ähnlichen Preisniveau wie im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2016. Gleiches gilt auch für die Aufwendungen zur Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen).

Veränderte Bedingungen der Ver- und Entsorgungskosten infolge Marktveränderungen könnten sich auf die Ertragslage auswirken.

Der mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR abgeschlossene Liefervertrag für Elektroenergie endet am 31.07.2017. Seit November 2016 wird der Strom der EWAG gemäß gültigen Stromvermarktungskonzeptes verkauft. Im Dezember 2016 wurden die in den Monaten August bis Dezember 2017 zu produzierende Strommengen bereits komplett verkauft. Die dabei erzielten Stromerlöse liegen über den geplanten Erlösen.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 wird eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet. Es ist ein Jahresergebnis vor erfolgsabhängigen Steuern von ca. TEUR 561 geplant.

Schwerpunkte der zu realisierenden Investitionen in Höhe von TEUR 552 sind neben dem Neubau eines Kühlturms der weitere Fernwärmeausbau in Braunsbedra sowie die weitere Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra und Großkayna.

Die aus dem Energiekonzept resultierenden Ergebnisse werden im Geschäftsjahr 2017 weiterhin schwerpunktmäßig vertieft und analysiert, um Maßnahmen für etwaige Realisierungen im Rahmen der Energieerzeugung und -verteilung der EWAG abzuleiten und umzusetzen.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard	
		Cierpinski, André	
		Eigendorf, Eric	
		Feigl, Christian	
		Gabrysch, Hubert	
		Gärtner, Steffen	
		Hajek, Andreas	
		Heinemann, Sarah	(seit 17.05.2016)
		Hilbig, Stefan	
		Knöchel, Swen	(bis 17.05.2016)
		Koppitz, Erhard	

Aufsichtsrat:

Krause, Johannes

Luppe, Ulrich

Neumann, Lutz

Schramm, Rudenz

(bis 31.12.2016)

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	28	26	26

c) Beteiligungen
unmittelbar

	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	3,83
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29

mittelbar

	T€	%
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	3,83
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		3,83
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		9,33
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	237.465	69	220.687	73	215.519	73	16.778	8
Umlaufvermögen	104.442	31	79.159	27	78.695	27	25.283	32
Rechnungsabgrenzungsposten	1.676	0	1.245	0	1.329	0	431	35

Bilanzsumme	343.583	100	301.091	100	295.543	100	42.492	14
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	89.878	26	77.917	26	77.917	26	11.961	15
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.014	1	4.686	2	5.410	2	-672	-14
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	23.984	7	24.890	8	25.229	9	-906	-4
Rückstellungen	45.942	14	46.580	15	44.787	15	-638	-1
Verbindlichkeiten	179.761	52	146.981	49	142.167	48	32.780	22
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	37	0	33	0	-33	-89

Bilanzsumme	343.583	100	301.091	100	295.543	100	42.492	14
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	403.541	388.026	391.975
Stromsteuer/Erdgassteuer		-22.319	-21.919
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-286	867	-55
andere aktivierte Eigenleistungen	506	535	254
sonstige betriebliche Erträge	6.714	20.152	24.664
Materialaufwand	323.690	285.710	297.279
Personalaufwand	19.939	20.143	17.708
Abschreibungen	22.251	23.043	22.560
sonstige betriebliche Aufwendungen	17.381	34.976	34.748
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	283	343	284
Erträge aus Beteiligungen	0	0	80
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	294	728	333
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	150
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.682	4.013	3.932
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		20.447	19.239
außerordentliche Erträge		63	105
außerordentliche Aufwendungen		220	4.812
außerordentliches Ergebnis		-157	-4.707
Ergebnis nach Steuern	24.109		
sonstige Steuern	890	912	1.052
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23.219	19.378	13.480
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,75	5,30	3,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	25,83	24,87	17,30	%
Cash-Flow:	45.470	42.421	36.190	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.456	1.403	1.457	T€
Personalaufwandsquote:	4,86	5,20	4,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	60,86	67,35	70,68	%
Eigenkapitalquote:	26,16	25,88	26,36	%
Fremdkapitalquote:	73,84	74,12	73,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Absatz Erdgas	2.267,00	1.139,00	1.391,00	GWh
Absatz Strom	1.934,00	1.927,00	1.879,00	GWh
Absatz Wärme	800,00	752,00	717,00	GWh

e) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT).

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen sowie in der Verpachtung von Anlagevermögen.

Die EVH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom-, Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister tätig. Darüber hinaus ist die EVH alleiniger Anteilseigner an der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

Am 19. Dezember 2016 erwarb die SWH den Gesellschaftsanteil der VNG – Verbundnetz Gas AG an der KWT (bis dahin 50 Prozent) und übertrug die gesamten Anteile an die EVH. Die KWT ist nunmehr ein 100%iges Tochterunternehmen der EVH.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH jeweils 33,3 Prozent der Anteile. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wurde bereits zum 31. Dezember 2015 eingestellt. Eine Reaktivierung der Geschäftstätigkeit ist derzeit nicht geplant.

Die EVH hält an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) Anteile in Höhe von 18,3 Prozent. Unternehmensgegenstand ist die Planung und Entwicklung, die Errichtung sowie der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie auf dem deutschen Binnenland. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio aufzubauen.

Weiterhin ist die EVH in Höhe von 3,8 Prozent an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) beteiligt. Deren Unternehmensgegenstand umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie und Photovoltaik in Deutschland. Weiterhin dient die Gesellschaft der Beteiligung an Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien in Deutschland betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Geschäftsfelder sind Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Mit der damit verbundenen Ausrichtung des organisatorischen und personellen Umfeldes will die Gesellschaft innovativer, flexibler und schneller werden, um somit den Kundenfokus zu schärfen und Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch zu identifizieren. Die Kernprozesse werden stetig optimiert.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche immer höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen. Dieser Entwicklung muss sich auch die EVH stellen. Die sich zugunsten regenerativer Erzeugungsanlagen verschiebenden Kapazitäten in der Stromerzeugung führen zu Ertragseinbußen mit der Konsequenz einer verminderten Wirtschaftlichkeit selbst bei hochmodernen Gas- und Dampfturbinenanlagen. Der immer intensivere Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Die Digitalisierung gewinnt auch in der Energiewirtschaft zunehmend an Bedeutung. Um die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen erfolgreich zu meistern, wurde zum 1. März 2017 ein Geschäftsbereich „Digitalisierung / Neue Geschäftsfelder“ gegründet.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂ zentral und koordiniert erfolgen. Damit können sich die Geschäftsfelder Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Darüber hinaus hat die EVH das Projekt „KWK 35“ gestartet, das die zukunftsfähige Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße beinhaltet und unter Nutzung der Möglichkeiten des neuen KWKG 2016 die vom Markt geforderte Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeezeugung sicherstellen soll.

Im Zusammenhang mit dem strategischen Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ erwarb die EVH Anteile an den Beteiligungsgesellschaften TOW und TEE. Diese Beteiligungen tragen durch ihre wachsenden Erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Darüber hinaus realisiert die EVH im Rahmen der Unternehmensstrategie eigenverantwortlich Projekte zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Durch den kontinuierlichen Ausbau des Portfolios bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Mittelbar und unmittelbar verfügt die EVH zum 31. Dezember 2016 über eine regenerative Erzeugungskapazität von ca. 34 Megawatt (MW).

Das Geschäftsfeld „Kundennahe Energiedienstleistungen“ wird ebenfalls deutschlandweit weiter ausgebaut. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung sollen langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen / Infrastruktur / Sicherheit, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Energievertrieb sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie Geschäftsfeldergebnisse.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 Prozent im Vorjahr auf 6,1 Prozent im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 Prozent erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Trotz der zum 1. Januar 2016 gestiegenen EEG-Umlage (2016: 6,354 Cent je kWh; Vorjahr: 6,170 Cent je kWh) konnte die EVH die Strompreise zum 1. Januar 2016 stabil halten. Die beim Strom entstandenen Mehrkosten, auch durch zeitgleich gestiegene andere Umlagen, konnten durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen kompensiert werden.

Gleichzeitig wurden die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) für variable Produkte und in der Grundversorgung gesenkt. Im Saalekreis konnte eine Senkung der Gaspreise zum 1. April 2016 realisiert werden.

Seit dem 1. Januar 2016 betreibt die EVH eine eigenständige Bilanzkreisbewirtschaftung für Gas. Diese wird neben dem Portfoliomanagement für Strom ebenfalls von der Organisationseinheit Portfoliomanagement / Beschaffung wahrgenommen. Das bisherige Verfahren der Bewirtschaftung in einem Subbilanzkreis wurde zum Jahresbeginn beendet.

Das Wirtschafts- und Finanzmagazin „Focus Money“ verlieh der EVH im Februar 2016 das Siegel „Bester Stromanbieter 2016 Halle (Saale)“. Im Rahmen des Tests wurde in 150 Städten deutschlandweit die Service- und Beratungsqualität sowie das Angebot von Stromanbietern analysiert und bewertet. Weiterhin wurde die EVH im Qualitätstest der Deutschen Gesellschaft für Verbraucherstudien mbH in der Kategorie Internet mit der Note 1,5 (sehr gut) bewertet.

Die Marke der Stadtwerke Halle „neogrün - Strom findet Stadt“ steht für das Bestreben einen Grundstein in Sachen Elektromobilität zu legen. Der Umweltgedanke in der Stadt Halle (Saale) soll gefördert und der Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität erleichtert werden. Die Kampagne war Teil des Vorhabens „Elektromobilität Mitteldeutschland – Grüne Mobilitätskette“, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zum 31. März 2016 gefördert wurde. Voraussetzung der Förderung war die Entwicklung eines Systems, mit dem „getankte“ Strommengen abgerechnet werden. Die EVH war für die Installation von Elektroladesäulen in Halle (Saale) und der Umgebung verantwortlich und übernimmt seitdem deren Betrieb.

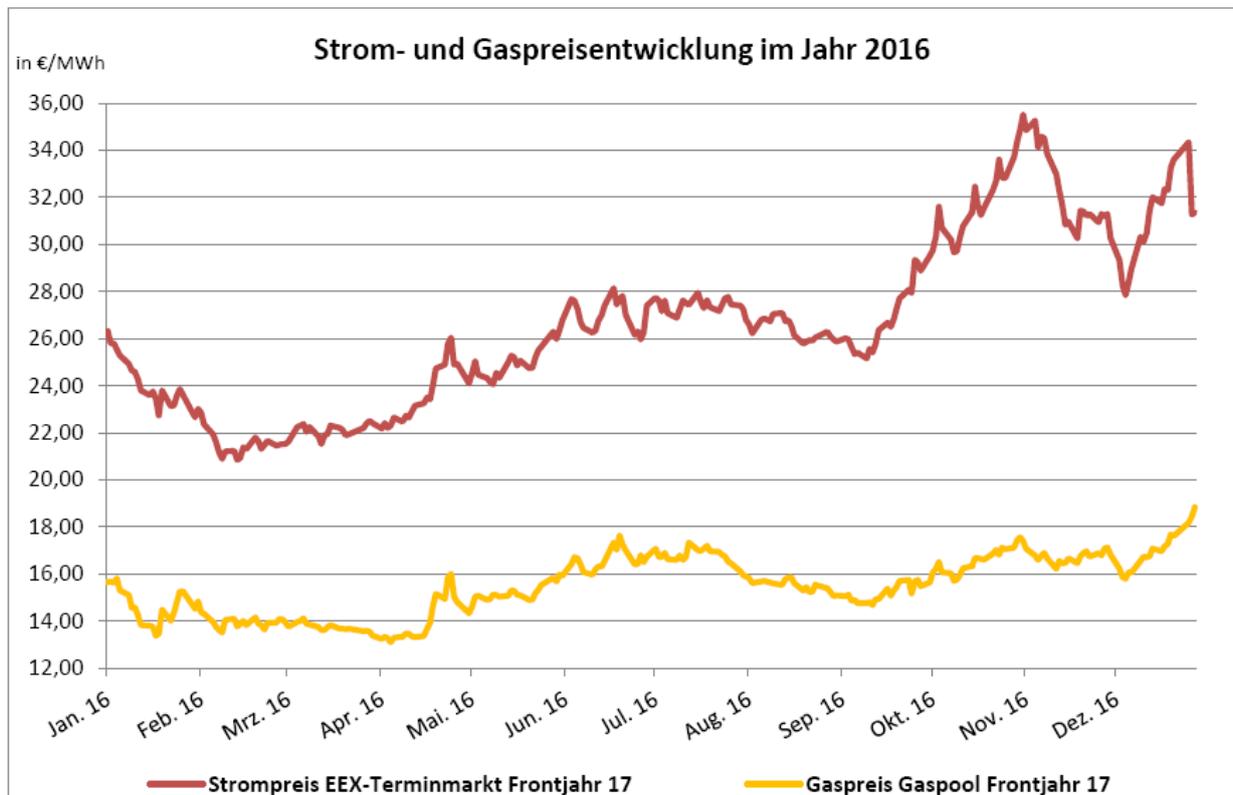
Um die Energiewende in Halle (Saale) voranzutreiben, wurde am 21. Oktober 2016 die „Energie -Initiative Halle (Saale)“ mit den 21 größten Energieabnehmern aus Wohnungswirtschaft, Industrie und Forschung, gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale), der SWH und der EVH ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, Verbraucher auch künftig sicher, zuverlässig, umweltschonend und bezahlbar mit Energie zu versorgen. Deshalb verpflichtet sich die EVH, ihre Kraftwerke zu modernisieren, die Fernwärme weiter auszubauen und den Primärenergiefaktor stabil zu halten. Die Partner der Initiative setzen im Gegenzug dort weiter auf Fernwärme, wo es technologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Das Herzstück ist der im Bau befindliche „Energie- und Zukunftsspeicher“. Über diesen Speicher mit einem Volumen von 50.000 Kubikmetern will die EVH in Kombination mit „Power to Heat“ und Großwärmepumpen den Anteil Erneuerbarer Energien in der Fernwärme weiter erhöhen und den Strom- und Wärmemarkt noch besser koppeln.

Die EVH hat mit dem Projekt „KWK 35“ die Weichen zur Nutzung der Fördermöglichkeiten des novellierten Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) gestellt. Das Projekt dient der zukunftsfähigen Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße, um die vom Markt geforderte Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeerzeugung sicherzustellen. Dabei kann die EVH sowohl von der Bestands- als auch von der Modernisierungsförderung profitieren. Weiterhin können infolge einer geänderten Instandhaltungsstrategie positive wirtschaftliche Effekte erzielt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein scharfer Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil im Wettbewerb gestaltbar.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2016 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten Spark Spread für die Stromerzeugung. In der zweiten Jahreshälfte stieg dieser bis zu seinem Höchstwert von 14,28 Euro pro MWh im November an. Unmittelbar danach verfiel der Spark Spread bis auf 7,81 Euro pro MWh im Monat Dezember. Diese volatile Entwicklung zeigt die weiterhin wirtschaftlich schwierige Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken bei gleichzeitig steigenden Flexibilitätsanforderungen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Das Bundeskabinett hat am 18. Mai 2016 Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität u. a. in Form einer Kaufprämie beschlossen, welche seit dem 2. Juli 2016 beantragt werden kann. Insgesamt werden für das Paket eine Milliarde Euro an öffentlichen Geldern aus dem Energie- und Klimafonds zur Verfügung gestellt. Die Kaufprämie beträgt 4.000 Euro für rein elektrisch angetriebene Fahrzeuge sowie 3.000 Euro für Plug-in-Hybride und wird jeweils zur Hälfte von der Bundesregierung und der Industrie finanziert.

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat am 8. Juli 2016 sowohl den Bundestag als auch den Bundesrat passiert. Als zentrales Element wurde das bereits im Jahr 2015 durch Pilotprojekte erprobte Ausschreibungsverfahren eingeführt. Weiterhin wurden Änderungen bezüglich der EEG-Umlagepflicht bei Mieterstrommodellen eingeführt, um die Ungleichbehandlung von Mietern und Eigenheimbesitzern zu beenden.

Nachdem das Grünstromprivileg bereits mit dem EEG 2014 abgeschafft wurde, fand eine Nachfolgeregelung in Form der „Regionalen Grünstromkennzeichnung“ wieder Einzug in das EEG 2017. Stromversorger, die die regionale Kennzeichnung nutzen wollen, müssen sicherstellen, dass ausschließlich Strom aus Anlagen genutzt wird, die in der Region des jeweiligen Verbrauchers liegen. Dafür muss sich die „regionale Eigenschaft“ des Stromes dem jeweiligen Kunden genau zuordnen lassen. Die hierfür erforderlichen Herkunftsnachweise werden durch das Umweltbundesamt (UBA) ausgestellt.

Der Bundesrat hat am 8. Juli 2016 das bereits vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz)“ passieren lassen. Mit dem Strommarktgesetz soll auch zukünftig unter den geänderten Rahmenbedingungen die Balance zwischen Kosteneffizienz, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit gehalten werden.

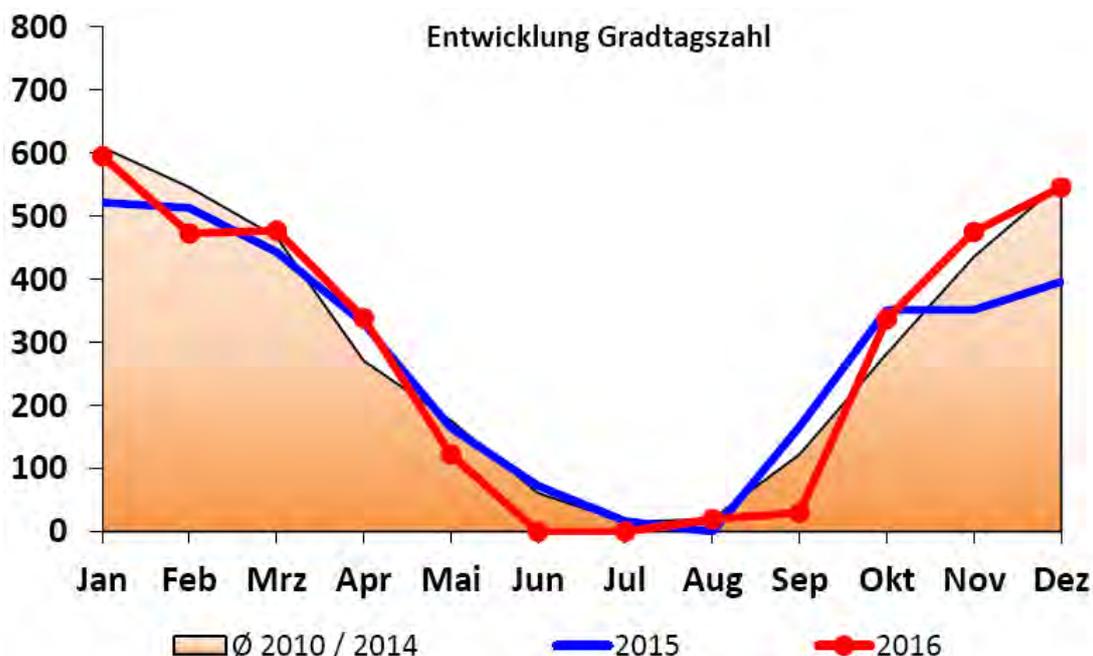
Am 2. September 2016 trat das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft. Kernbestandteil ist das neue Messstellenbetriebsgesetz (MsbG), welches die Regelungen zur Messung bündelt und die Rechte und Pflichten zum Messstellenbetrieb beschreibt. Des Weiteren werden die technischen Anforderungen, Finanzierung und Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen geregelt.

Die Novelle der Anreizregulierungsverordnung ist am 17. September 2016 in Kraft getreten. Mit Wirkung für die dritte Regulierungsperiode (Gas 2018 bis 2022, Strom 2019 bis 2023) werden wesentliche Änderungen zum aktuellen Rechtsrahmen umgesetzt.

Nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU vom 24. Oktober 2016 ist das neue Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Dieses sieht eine verbesserte Förderung neuer KWK-Anlagen vor. Zentrales Element des Gesetzes ist die Umstellung auf eine besonders CO₂-arme Erzeugung mittels Gas, um die Klimaziele der Bundesregierung erreichen zu können. Dabei werden gasbefeuerte Neubauprojekte sowie Bestandsanlagen in der öffentlichen Versorgung unterstützt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbrauchsverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2016 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.414 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-4,1 Prozent). Gegenüber dem ebenfalls warmen Vorjahr ergab sich eine um 2,6 Prozent höhere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkte sich der sich weiter verschärfende Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor schwierige Situation für konventionelle Kraftwerke. Die im Jahr 2016 beschlossene KWKG-Novelle wirkt der angespannten Situation entgegen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Das Unternehmen prüft kontinuierlich die Übernahme bzw. den Bau von Solarparks, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen.

Das Investitionsportfolio beinhaltet den Neubau eines großen Energie- und Zukunftsspeichers am Kraftwerksstandort Dieselstraße. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebedarf von der Erzeugung zu entkoppeln, um positive Preiseffekte in der Stromvermarktung zu nutzen. Das Speicherprojekt ist Bestandteil des Gesamtprojektes „KWK 35“, welches die grundlegende Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße zum Inhalt hat und der zukunfts-fähigen Flexibilisierung der Strom- und Wärmeerzeugung unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten des novellierten KWKG dient.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2016 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 578 Mitarbeiter und 27 Auszubildende. 293 Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Mitarbeiter der EVH blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 46 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 21 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut.

Eine weitere Möglichkeit, Nachwuchskräfte für die Stadtwerke und somit auch für die EVH zu gewinnen, bietet die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft.“, welche im Februar 2016 begann. Das Ziel dieser Initiative ist es, Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren eine Ausbildung bei den Stadtwerken zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an die jungen Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen können.

Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Geschäftsführer-Ebene sowie auf der ersten Führungsebene der EVH betrug und beträgt die Quote null Prozent. Auf der zweiten Führungsebene betrug die Quote 30,8 Prozent. Durch den Wechsel einer weiblichen Führungskraft zur SWH sank diese jedoch leicht auf 25 Prozent.

Anstelle von Zielen zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene der Geschäftsführung / des Vorstandes sollen ca. 22 Prozent Frauenanteil bis Mitte 2017 und 25 Prozent bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 Prozent gehalten werden. Zusätzlich zu der rein prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2016 bei 6,7 Prozent. Ziel ist es, diese Quote per 30. Juni 2017 zu halten und in den nächsten 5 Jahren bis zum 30. Juni 2022 auf 10 Prozent zu erhöhen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die EVH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 23,2 Mio. € und lag damit 3,8 Mio. € über dem Vorjahreswert. Abweichend von der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung wird das Vorjahr auf die im Geschäftsjahr 2016 vollzogenen Änderungen resultierend aus dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz angepasst. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2016	2015	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	403,5	378,0	25,6	6,8
Übrige Erträge	6,9	9,3	-2,4	-25,8
Materialaufwand	323,7	301,4	22,2	7,4
Deckungsbeitrag	86,8	85,9	0,9	1,1
Personalaufwand	19,9	20,1	-0,2	-1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17,4	19,5	-2,1	-10,7
Beteiligungsergebnis	0,3	0,3	-0,1	-17,6
EBITDA	49,7	46,6	3,1	6,7
Abschreibungen	22,3	23,0	-0,8	-3,4
EBIT	27,5	23,6	3,9	16,6
Finanzergebnis	-3,4	-3,3	-0,1	-3,1
Sonstige Steuern	0,9	0,9	0,0	-2,4
Ergebnis vor Ergebnisabführung	23,2	19,4	3,8	19,8

Dabei fielen die Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich um 25,6 Mio. € (+6,8 %) höher aus. Dies war vor allem durch die Einführung einer eigenständigen Portfoliobewirtschaftung im Bereich Gas bedingt, was zu gestiegenen Ausgleichsmengen im Kurzfristportfolio führte und zugleich den um 22,2 Mio. € (+7,4 %) erhöhten Materialaufwand erklärt. Weiterhin umsatz erhöhend wirkte die Förderung nach dem novellierten KWKG. Der Deckungsbeitrag stieg insgesamt um 0,9 Mio. € (+1,1 %).

Im Wesentlichen infolge von Einsparungen im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnte das EBITDA um 3,1 Mio. € auf 49,7 Mio. € gesteigert werden. Das Abschreibungsvolumen war leicht rückläufig, da im Vorjahr außerplanmäßige Abschreibungen für Kraftwerkskomponenten vorgenommen wurden. Somit ergab sich zum 31. Dezember 2016 ein EBIT in Höhe von 27,5 Mio. €, welches 3,9 Mio. € über dem des Vorjahres lag.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2016 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 117,9 Mio. €, was einer Steigerung von 10,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dies war in Höhe von 8,5 Mio. € durch die Einlage der KWT-Anteile durch die SWH sowie eine Kapitaleinlage in Höhe von 3,5 Mio. € im Zusammenhang mit dem Projekt „KWK 35“ bedingt. Gegenläufig wirkte die Entwicklung der Sonderposten.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 34,3 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich diese um 1,4 Prozentpunkte.

Entwicklung des Eigenkapitals	2016	2015	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	26,2	25,9	0,3	1,1
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	34,3	35,7	-1,4	-3,9

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2016	2015	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	117,3	95,1	22,2	23,3
Liquide Mittel	58,3	30,3	28,0	92,2
Nettoschulden	59,0	64,8	-5,8	-9,0
EBITDA	49,7	46,6	3,1	6,7
Nettoschulden / EBITDA	1,2	1,4	0,2	-14,3

Bei einer Zunahme liquider Mittel um 28,0 Mio. € verringerte sich die Nettoverschuldung um 5,8 Mio. € auf 59,0 Mio. €. Zugleich verringerte sich der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einen Wert von 1,2. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen ausschließlich Bankdarlehen.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2016 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 29,2 Mio. €. Schwerpunkte waren die Sanierung, der Ersatz von Abschnitten, die Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie der Ersatz von Stationen inklusive der Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Ebenfalls wurden Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz im Rahmen des Stadtbahnprogramms durchgeführt. Mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“ erweiterte die Gesellschaft ihre Aktivitäten im Endkundengeschäft, indem sie deutschlandweit in konventionelle Nahwärmanlagen und alternative Anlagentechnik (BHKW, Wärmepumpen, Kältemaschinen) investierte. Weiterhin investierte die Gesellschaft in den Neubau einer chemischen Wasseraufbereitungsanlage für das Fernwärmenetz sowie den Bau eines Schalthauses.

In Höhe von 1,9 Mio. € erwarb die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen an der TEE und TOW.

4.2.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2016 war bei der EVH ein Finanzmittelzufluss in Höhe von 28,0 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 6,4 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2016	2015
	Mio. €	Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	54,2	29,5
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-29,2	-25,6
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	+3,0	-10,4
Zahlungswirksame Veränderungen	28,0	-6,4
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	30,3	36,7
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	58,3	30,3

Die Erhöhung des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 24,7 Mio. € war neben der Zunahme des erwirtschafteten Jahresergebnisses hauptsächlich auf stichtagsbedingte Effekte (höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Abnahme von sonstigen Forderungen) zurückzuführen.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 30,8 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 8,6 Mio. € sowie die Ausschüttung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 19,4 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2016 auf insgesamt 58,3 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit den Stadtwerken Halle. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme der EVH 343,6 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 42,5 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 16,8 Mio. € auf 237,5 Mio. €, was im Wesentlichen auf Investitionen in Beteiligungen und Finanzanlagen sowie Anlagen im Bau beruhte. Das Umlaufvermögen in Höhe von 104,4 Mio. € (Vorjahr: 79,2 Mio. €) war von einem höheren Cash-Pool-Guthaben geprägt.

Auf der Passivseite wirkten höhere Verbindlichkeiten, vor allem gegenüber Kreditinstituten (+22,2 Mio. €) sowie ein gestiegenes Eigenkapital infolge von Kapitalzuführungen durch den Gesellschafter.

4.4. Gesamtaussage

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH das Geschäftsjahr 2016 mit einem Ergebnis deutlich über Plan ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der EVH insgesamt 11 Risiken ermittelt (Vorjahr 11). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt sieben Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	1	0	1
Absatzmarkt/Vertrieb	5	0	2
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	1	0	1
Kapitalmarkt	1	0	1
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	0	3
Gesamt	11	0	8

Risiken der höchsten Risikogruppe 1 lagen nicht vor.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preisfixierungen für Ein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Mit Urteil vom 21. März 2013 hat der EuGH festgestellt, dass Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen dann nicht mit europäischem Recht vereinbar sind, wenn die Preisänderungsregelungen der Allgemeinen Versorgungsbedingungen übernommen wurden. Für Normsonderkundenverträge im Gasbereich hat der BGH die Unwirksamkeit entsprechender Preisänderungsklauseln festgestellt. Die EVH hat im Gasendkundengeschäft derartige Preisänderungsklauseln nicht genutzt. Darüber hinaus hält der EuGH die in den Grundversorgungsverordnungen enthaltenen Regelungen zu Preisänderungen für nicht mit den europäischen Vorgaben vereinbar (Urteil vom 23. Oktober 2014). Insbesondere seien die Anforderungen an die erforderliche Transparenz nicht gewährleistet. Mit Urteilen vom 28. Oktober 2015 wurde die Unwirksamkeit von Preisanpassungen bestätigt, wenn diese über die Kostensteigerung hinausgehen.

Es ergibt sich das Risiko aus der Verminderung der Erlösbergrenze ab der dritten Regulierungsperiode für die Strom- und Gasnetze, welche durch das Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle betrieben werden infolge des BNetzA-Beschlusses zur Senkung der Eigenkapitalzinssätze.

Aus dem sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) können sich Beeinträchtigungen für die EVH durch geringere Erträge für die vermiedene Netznutzung ergeben. Die Höhe der Vergütung soll bereits ab dem Jahr 2017 auf dem Niveau des Jahres 2015 eingefroren werden. Eine neue Berechnungsbasis könnte darüber hinaus ab dem Jahr 2018 ein Absinken des Entgeltes für vermiedene Netznutzung um ca. 30 Prozent bewirken. Im Zeitraum 2021 bis 2030 sollen die verbliebenen Beträge in 10%-Schritten gleichmäßig bis auf null abgeschmolzen werden.

Infolge der aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen überwacht und bewertet die Gesellschaft Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potentiellm Datenverlust und -raub und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit. Eine entsprechende unternehmensinterne Weisung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit besteht ebenfalls.

Durch die erneute Modernisierung der Erzeugungsanlagen an den Kraftwerksstandorten Dieselstraße und Halle-Trotha eröffnet das neue KWKG weitere Chancen die im Rahmen des Projektes „KWK 35“ gehoben werden sollen.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorvorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2017 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

6.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. Mit der strategischen Entscheidung, den weiteren Ausbau des überregionalen Großkundensegments voranzutreiben, wirkt die EVH den stagnierenden bzw. rückläufigen Absatzerwartungen im Netzgebiet von Halle (Saale) entgegen. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“. Hierzu haben die EVH und die Stadtwerke Halle zusammen mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen und großen Fernwärmekunden die „Energie-Initiative-Halle (Saale)“ gegründet.

Positive Effekte auf die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld „Zentrale Erzeugung“ erwartet die EVH infolge des novellierten KWKG. Die finale Ausgestaltung des bereits erwähnten NEMoG wird die Entwicklung der Umsatzerlöse in selbigem Geschäftsfeld voraussichtlich negativ beeinflussen.

Die Verpachtung des Fernwärmenetzes an die Netzgesellschaft Halle endete zum Ablauf des Jahres 2016. Ab dem 1. Januar 2017 erfolgen der Betrieb und die Bewirtschaftung des Fernwärmenetzes wieder durch die EVH selbst, wodurch keine entsprechenden Pachterlöse mehr erzielt werden. Gleichzeitig entfallen durch den Rückfall des Netzes an die EVH die zu zahlenden Netznutzungsentgelte für Fernwärme. Die technischen Dienstleistungen bezüglich des Fernwärmenetzbetriebes werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Netzgesellschaft Halle erbracht.

Am 17. September 2016 ist die novellierte Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft getreten. Mit dem Inkrafttreten wird ab der 3. Regulierungsperiode (Gas 2018 bis 2022, Strom 2019 bis 2023) ein jährlicher Kapitalkostenabgleich für Verteilernetzbetreiber eingeführt. Durch den Aufschlag auf die Erlösobergrenze wird der Zeitverzug zwischen Investition und Berücksichtigung der hierfür aufzuwendenden Kapitalkosten in den Erlösobergrenzen, d. h. auch in den Netzentgelten, beseitigt. Die bisher bestehenden Handlungsoptionen für Verteilernetzbetreiber in Form einer Antragstellung für einen Erweiterungsfaktor bzw. Investitionsmaßnahmen entfallen.

Durch Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 12. Oktober 2016 wurden ebenfalls mit Wirkung ab der dritten Regulierungsperiode die Eigenkapitalzinssätze für Strom- und Gasnetze gesenkt. Hierdurch wird sich das Renditeniveau für bestehende und geplante Netzinvestitionen deutlich vermindern.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 14. Oktober 2016 die Prognose der 2016 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach EEG sowie die daraus resultierende Umlage für das Jahr 2017. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Sie erhöht sich im Jahr 2017 um ca. 8,3 Prozent gegenüber dem Niveau des Jahres 2016 auf 6,880 Cent je kWh. Neben der EEG-Umlage steigen auch die Umlage zur Netzentgeltreduzierung stromintensiver Betriebe (§ 19 StromNEV) und der Aufschlag nach dem KWKG. Die Umlage für abschaltbare Lasten wird ab dem Jahr 2017 wieder erhoben. Dem entgegen wirkt die für 2017 festgesetzte negative Offshore-Haftungsumlage.

Am 22. Dezember 2016 trat die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Kraft. Gemäß § 19a des Gesetzes sollen etwa 4,3 Mio. deutsche Haushalte bis zum Jahr 2030 von niederkalorischem Erdgas (L-Gas) auf hochkalorisches Erdgas (H-Gas) umgestellt werden. Die Umsetzung erfolgt ab dem Jahr 2017 zu bundesweit einheitlichen „Wälzungsbeträgen der Marktumstellung“. Bisher galten in den beiden Marktgebieten NCG und Gaspool unterschiedliche Umlagehöhen.

6.2. Investitionen

Die EVH baut mittelfristig regenerative Erzeugungskapazitäten auf, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle führen künftig zu erhöhten Investitionen. Weiterhin werden verschiedene Projekte wie der eigenständige Bau von Photovoltaikanlagen sowie die Übernahme von Solarparks geprüft.

Darüber hinaus werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft TEE getätigt.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Durch das bereits erwähnte Projekt „KWK 35“ werden darüber hinaus umfassende Investitionen in die Kraftwerksstandorte geplant. Ein Bestandteil des Projektes ist der Bau eines Energie- und Zukunftsspeichers, welcher eine stärkere Entkoppelung der Kraftwerkserzeugung vom Wärmeverbrauch ermöglicht und so wesentlich zur Flexibilisierung und Marktanpassung der Erzeugungsstrukturen beiträgt.

6.3. Finanzierung

Die EVH geht davon aus, dass die geplanten Investitionen über zinsgünstige KfW-Darlehen finanziert werden.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2017 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von 21,1 Mio. €.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried
Störzner, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		50,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		82,72
mittelbar	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	34	100	28	100	36	100	6	21
Bilanzsumme	34	100	28	100	36	100	6	21
Passiva								
Eigenkapital	27	79	21	73	26	73	6	29
Rückstellungen	7	21	7	27	10	27	0	0
Bilanzsumme	34	100	28	100	36	100	6	21

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	44	15	48
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-15	-48
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-44		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-44	-15	-48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-44	-15	-48

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-62,34	-42,44	-64,76	%
Cash-Flow:	-44	-15	-48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	78,01	73,48	73,30	%
Fremdkapitalquote:	21,99	26,52	26,70	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m ³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Die FSA hält über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 % sowie einen Auskehranspruch aus einer „Kleinen GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) und der MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. von 20,2664 % an der FWV. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ wurde bisher, aufgrund der seit Jahren laufenden Entwicklung, nicht vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 44,2 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität, welche durch erbrachte Gesellschaftereinlagen von je T€ 25,0 im Jahresverlauf zusätzlich abgesichert wurde. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2016 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

An der „Großen GbR“, die über einen Geschäftsanteil von 51 % an der FWV verfügt, sind die FSA und die KWL je zur Hälfte beteiligt. Die „Kleine GbR“, bestehend aus Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH und der MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L., hält einen Geschäftsanteil von 24,5 % an der FWV. Laut Geschäftsanteils-, Kauf- und Abtretungsvertrag steht der FSA aus der „Kleinen GbR“ ein Auskehranspruch von 20,2664 % an der FWV zu.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in mehreren GbR-Sitzungen, in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 28. April 2016, 18. August 2016 und am 01. Dezember 2016 und einer Gesellschafterversammlung am 28. April 2016 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Winfried Lauda wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirken seitens der FSA Herr Matthias Lux, Herr Uwe Störzner und Herr Thiebauld Mittelberger in diesem Gremium mit. Herr Matthias Lux ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der FWV.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Ein Vollzug dieser Entscheidung führt zu einem vollständigen oder teilweisen entschädigungslosen Verlust von Anteilen der „Großen GbR“ und „Kleinen GbR“ an der FWV.

Am 30. Juli 2010 erließ das BADV einen Quotierungsbescheid, in dem festgelegt wird, in welchem Umfang eine anspruchsberechtigte Gemeinde im Fall der Kommunalisierung Anteile an der FWV erhalten soll. Der Quotierungsbescheid ist mittlerweile bestandskräftig. Das Verwaltungsgericht Berlin hat auf die gemeinsame mündliche Verhandlung vom 23. Januar 2014 bezüglich des Quotierungsbescheides in den Verfahren der FSA ./ Bundesrepublik Deutschland und BvS ./ Bundesrepublik Deutschland die Klagen als unzulässig abgewiesen und die Revision nicht zugelassen.

Nachdem in weiteren Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen die vom BADV gewählte Trennung von Quotierung und Zuordnung ebenfalls Erledigung eingetreten ist, ist die Quotierung als solche rechtskräftig festgestellt.

Mit Datum vom 25. Januar 2016 hat das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30. Juli 2010 erlassen. Der Übertragungsbescheid ordnet eine unmittelbare dingliche Zuordnung der unter anderem von der "Großen GbR" und der "Kleinen GbR" gehaltenen Geschäftsanteile an der FWV an. Gegen diesen Übertragungsbescheid erhoben die FSA, die KWL und die „Große GbR“ Klage beim Verwaltungsgericht Berlin gegen die Bundesrepublik Deutschland und beantragten die Aufhebung des Übertragungsbescheides. Die mündliche Verhandlung fand am 26. Januar 2017 statt. Im Anschluss erging die Entscheidung, dass der Übertragungsbescheid aufgehoben wird, weil eine Rechtsgrundlage für eine unmittelbare dingliche Zuordnung der Geschäftsanteile der Klägerinnen an der FWV auf die anspruchsberechtigten Gemeinden nicht bestehe. Die Revision gegen die Entscheidung wurde nicht zugelassen.

Wie das BADV nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin weiter vorgehen wird, ist offen. Die Gesellschafterinnen der FSA behalten ihre bisherige Position bei, im Fall der Kommunalisierung der Anteile der FWV das ihnen gemäß § 12 Abs. 3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrags zur Veräußerung der FSA eingeräumte Rücktrittsrecht vom Kaufvertrag in Anspruch zu nehmen.

Es ergeben sich keine Sachverhalte und Konsequenzen für die Bilanzierung nach gegenwärtigem Kenntnisstand für die Gesellschaft im Geschäftsjahr.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer abschließenden Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „Große GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Im Fokus dabei stehen die konstruktive Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der FWV zu engagieren. Diesbezügliche Gespräche werden mit dem MULE-LSA und dem SGSA geführt. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Übertragung der Geschäftsanteile auf die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden erfolgen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig (als Treuhänder der Anteile der sächsischen Kommunen)	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Lux, Matthias
stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar
	Dallhammer, Wolf-Dieter
	Dr. Meyer, Ulrich
	Gründler, Cornelia
	Henning, Burkhard
	Hörning, Ulrich
	Mittelberger, Thiébauld
	Müller, Annerose

Aufsichtsrat:

Schlicke, Friedhelm
Störzner, Uwe
Wenzel, Christian

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	29

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	138.935	93	137.620	93	136.396	93	1.315	1
Umlaufvermögen	10.094	7	10.477	7	9.727	7	-383	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	71	0	89	0	85	0	-18	-20

Bilanzsumme	149.100	100	148.186	100	146.208	100	914	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	------------	----------

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	118.498	79	115.267	78	112.808	77	3.231	3
Sonderposten für Investitionszulagen	85	0	104	0	132	0	-19	-18
Empfangene Ertragszuschüsse	384	0	408	0	423	0	-24	-6
Rückstellungen	7.085	5	7.474	5	8.445	6	-389	-5
Verbindlichkeiten	23.048	16	24.933	17	24.400	17	-1.885	-8

Bilanzsumme	149.100	100	148.186	100	146.208	100	914	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	44.571	44.481	39.629
andere aktivierte Eigenleistungen	2.668	2.728	2.200
sonstige betriebliche Erträge	870	1.395	1.723
Materialaufwand	16.808	18.057	13.464
Personalaufwand	12.747	12.758	12.798
Abschreibungen	9.136	9.376	9.294
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.159	5.117	5.178
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	22	23
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	746	720	727
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.598	2.114
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	148	0	0
Ergebnis nach Steuern	3.367		
sonstige Steuern	136	139	144
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.231	2.459	1.970
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.231	2.459	1.970

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,25	5,53	4,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,80	2,18	1,78	%
Cash-Flow:	12.367	11.835	11.264	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	230	227	198	T€
Personalaufwandsquote:	26,50	26,25	29,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,13	92,79	93,22	%
Eigenkapitalquote:	79,48	77,79	77,16	%
Fremdkapitalquote:	20,52	22,21	22,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	203.500,00	203.500,00	203.500,00	m ³
Fernleitungsnetz	770,00	765,00	762,00	km
Trinkwasserverkauf	76,30	74,90	73,30	Mio. m ³

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Fernwasserversorgung als Verbundunternehmen der Wassergewinnungs- und -aufbereitungsstandorte der Elbaue bei Torgau und des Talsperrenwassers im Ostharz konnte im Jahr 2016 ihr 50-jähriges Bestehen feierlich begehen.

Auch im Jubiläumsjahr wurde die Kernaufgabe des Unternehmens, die zuverlässige Versorgung des Kundenstammes aus kommunalen Aufgabenträgern der Wasserversorgung und einigen größeren Industriestandorten mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser, jederzeit erfüllt.

Der bereits in den Vorjahren erkennbare Trend zur Stabilisierung der Absatzmengen bestätigte sich im Jahr 2016. Dabei war das Geschäftsjahr durch einen im Vergleich zum Vorjahr 2015 ausgeglichenen Witterungsverlauf gekennzeichnet. Extremwetterperioden, die über mehrere Tage anhielten, blieben aus. Eine Folge ist unter anderem, dass die im Jahr 2015 registrierten hohen maximalen Tagesfördermengen (Q1, Q7) der Wasserwerke nicht zu verzeichnen waren. Die maximale Tagesabgabe wurde für das Jahr 2016 am 24. Juni 2016 mit 264 Tm³/d registriert.

Insgesamt verließen 76,7 Mio. m³ Trinkwasser im Jahr 2016 die Wasserwerke, gegenüber den Kunden wurden 76,3 Mio. m³ abgerechnet. Die Differenz von 420 Tm³/a (entspricht 0,6 % der Fördermenge) ist bedingt durch aufgetretene Rohrschäden, Leitungsspülungen bzw. technologisch bedingte Entleerungen bei Arbeiten an anderen Anlagen bzw. Fernleitungen.

Die Anlagen und Netze waren durchgängig verfügbar. Es wurde an der kontinuierlichen Erneuerung der Anlagensubstanz im Rahmen der Instandhaltungs- bzw. Investitionsvorhaben, worauf weiter unten eingegangen wird, weiter gearbeitet.

Der Betrieb dieses Systems sowie seine Wartung, Erneuerung und Weiterentwicklung einschließlich der dazugehörigen Verwaltungsaufgaben wurde per 31. Dezember 2016 von 210 aktiv tätigen Mitarbeitern realisiert.

Das Qualifikationsniveau der Belegschaft ist sehr hoch, 67 % der Mitarbeiter haben einen Facharbeiterabschluss und 33 % eine höhere Qualifikation. Über kontinuierliche Weiterbildungsmaßnahmen oder die Gremienarbeit in den Fachverbänden wird sichergestellt, dass das Fachwissen des Personals stets den Branchenansprüchen entspricht.

Als Nebengeschäft hat sich die Erzeugung regenerativer elektrischer Energie in den letzten Jahren im Unternehmen etabliert. Durch die installierten Turbinen im Ableitungssystem des Harzes und die in der Elbaue installierten Photovoltaikanlagen konnten 2016 9,38 GWh Strom erzeugt werden.

Ziele und Strategien

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH ist, bezogen auf die in den Wasserwerken produzierte und über das Fernleitungssystem an die Kunden gelieferte Wassermenge, das größte Wasserversorgungsunternehmen in den ostdeutschen Bundesländern, wenn der Sonderstatus der Berliner Wasserbetriebe in der Bundeshauptstadt außer Acht gelassen wird.

Die weitere dynamische Entwicklung der mitteldeutschen Region ist eng verknüpft mit den Leistungen des Unternehmens. Das System der Fernwasserversorgung, aber auch die Absicherung seines wirtschaftlichen Betriebes, ist den äußeren Randbedingungen anzupassen und den Anforderungen entsprechend auszugestalten.

Auf das Unternehmen wirkende äußere Bedingungen sind neben der regionalen Entwicklung insbesondere solche Themen wie die Folgen des Klimawandels, sich verändernde Umwelteinflüsse sowie Fragen der voranschreitenden Urbanisierung, überlagert vom nach wie vor wirkenden demografischen Wandel. Letzterer ist auch ein bei der Personalplanung des Unternehmens zu beachtender wichtiger Punkt. Bedingt durch den nur teilweise praktizierten Ersatz ausscheidender älterer Mitarbeiter in den vergangenen Jahren, beträgt der Altersdurchschnitt der Belegschaft Ende 2016 ca. 48 Jahre.

Handlungsbedarf zur Vorbereitung des Ersatzes in den kommenden Jahren ausscheidender Mitarbeiter ist unschwer erkennbar. Um diesem mit den erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zu begegnen, wurde im Jahr 2016 das Personalentwicklungskonzept aus 2010 fortgeschrieben.

Dieses nunmehr aktualisierte Konzept bildet die Grundlage für die Personalplanung mit der Zielstellung des Erhaltens der Leistungsfähigkeit des Unternehmens.

Die weiteren oben genannten Rahmenbedingungen werden ihre Berücksichtigung im ebenfalls in Überarbeitung befindlichen Fernwasserentwicklungskonzept finden. Die Arbeit daran wurde 2016 begonnen, sie soll 2017 abgeschlossen werden und nach Verabschiedung Antworten geben auf Fragen wie:

- In welcher Höhe sind die Wasserwerkskapazitäten in den kommenden Jahren vorzuhalten?
- Welche Schwerpunkte der Entwicklung des Fernwasserversorgungssystems sind zu welchem Zeitraum einzuplanen?
- Sind die bisher eingeleiteten und praktizierten Maßnahmen zur nachhaltigen Absicherung der Verfügbarkeit der Rohwasserkapazitäten (nach Menge und Qualität) ausreichend oder an welchen Stellen sind diese nach zu justieren?

Die Antworten auf diese Fragen müssen die Aspekte Qualität, Menge, Versorgungssicherheit sowie wirtschaftlichen Betrieb des Systems gleichrangig beachten. Einfließen in die Untersuchungen müssen bekannte Anforderungen der Kunden des Unternehmens sowie solche potenzieller Kunden. Insbesondere bei Letzteren ist zu beobachten, dass die Sensibilität der Verbraucher zu Fragen der Wasserqualität deutlich zugenommen hat.

Diese ist sehr häufig Veranlassung für Anfragen zur Wasserlieferung in bisher nicht versorgte Gebiete.

Der hohe Stellenwert, den die Gewährleistung einer jederzeit hohen Qualität des Trinkwassers hat, bestätigt sich nicht zuletzt auch mit diesen Aktivitäten nachdrücklich.

Die Erfüllung des diesbezüglich eigenen hohen Anspruchs setzt bei gleichzeitiger Betrachtung der Wirtschaftlichkeit des Trinkwasseraufbereitungsprozesses die gute Qualität des verfügbaren Rohwassers voraus.

Tendenzen, denen schwerpunktmäßig besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist, sind mögliche Belastungen des in der Elbaue gewonnenen Rohwassers mit Mikroschadstoffen sowie die Entwicklung der Huminstoffgehalte (gemessen am DOC) im Rohwasser der Rappbodetalsperre.

Die seit nunmehr einigen Jahren laufenden Aktivitäten des eigenen Rohwassermonitorings, der Auswertung von Forschungsergebnissen sowie der Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern wie dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR (TSB) wurden auch 2016 konsequent fortgesetzt.

Unterstützt werden diese durch die aktive Mitwirkung von Mitarbeitern des Unternehmens in den Fachverbänden DVGW, ATT und BDEW sowie in der Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Einzugsgebiet der Elbe (AWE). Über die AWE erfolgt zudem eine Interessenvertretung gegenüber staatlichen Institutionen einschließlich der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE).

Wachsendes öffentliches Interesse ist hinsichtlich der Sicherheit des Wasserversorgungsprozesses zu verzeichnen. Schwerpunkte sind hier:

- die Sicherstellung der Energieversorgung,
- die Gefährdungsanalyse für die Anlagen der Wasserversorgung und die Ableitung von Maßnahmen zur Erhöhung der physischen Sicherheit
sowie
- die IT-Sicherheit, insbesondere der Betriebsprozesse.

Bezüglich des letztgenannten Punktes gilt es auch, aktuelle Gesetzgebungen in der betrieblichen Praxis zu beachten.

Im Rahmen dieser Regelungen wird das Unternehmen ein entsprechendes Managementsystem aufbauen. In einem ersten Schritt wurde die erforderliche Kontaktstelle zum Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik BSI eingerichtet. Aufgrund der Größenordnung und Leistungsfähigkeit unserer Anlagen zählen diese zur kritischen Infrastruktur.

Wie in den Vorjahren auch spielt die Neuordnung der Gesellschafteranteile einen entscheidenden Einfluss auf die weitere strategische Ausrichtung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. Die Zuordnung der Gesellschafteranteile auf die mit Trinkwasser versorgten Kommunen sollte als Chance genutzt werden, die Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern der örtlichen Wasserversorgung weiter auszubauen, um in gemeinsamer, abgestimmter Arbeit noch besser auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren zu können.

Forschung und Entwicklung

Schwerpunkte der Aktivitäten, die dem Bereich Forschung und Entwicklung zugeordnet werden können, waren auf die Qualitätssicherung des Trinkwassers und, wie oben bereits ausgeführt, insbesondere der Rohwasserqualität ausgerichtet.

Die Ergebnisse der Monitoring-Programme zur Überwachung der Rohwasserqualität in den Gewinnungsanlagen der Elbaue-Wasserwerke und speziell des im Rahmen der AWE-Arbeit abgestimmten Messprogrammes wurden in einem Bericht „Bewertung der Qualität der Fließgewässer unter dem Gesichtspunkt der Trinkwasseraufbereitung“ als Broschüre der AWE für die Jahre 2014/15 zusammengefasst.

Dieser Bericht wurde der Öffentlichkeit vorgestellt und unter anderem an die Umwelt-behörden der Länder, des Bundes und der EU versandt. Er diente gleichzeitig dazu, die Zusammenarbeit mit weiteren internationalen Arbeitsgemeinschaften von Wasserversorgern, die Uferfiltrat großer europäischer Flüsse zur Trinkwasserproduktion nutzen (z. B. Rhein, Maas, Donau), zu intensivieren.

Diese Intensivierung erfolgte über gemeinsame Stellungnahmen an die EU-Kommission zu Anforderungen an die Flusswasserqualität aus Sicht der Trinkwasserversorgung. Dabei gilt es, die Bedeutung der Rohwassergewinnung für die Trinkwasserversorgung auch im Hinblick auf Konflikte mit weiteren Nutzungen des Flusswassers immer wieder hervorzuheben.

Für die Qualitätssicherung des Rohwassers aus dem Talsperrensystem des Ostharzes waren die Arbeiten darauf gerichtet, die Möglichkeiten der Qualitätsbewirtschaftung mit dem Talsperrenbetreiber –TSB Sachsen-Anhalt– soweit wie möglich auszuschöpfen. Grundlage dafür bildeten die gewinnbaren Daten und Erkenntnisse aus dem TALKO-Projekt, das 2015 abgeschlossen und über welches in der Vergangenheit mehrfach berichtet wurde.

Darüber hinaus wurde in einem „Anschluss-Forschungsvorhaben“, welches beim Technologiezentrum Wasser der DVGW-Außenstelle Dresden in Auftrag gegeben wurde, die Möglichkeiten der Optimierung der Aufbereitungstechnologie des WW Wienrode untersucht. Im Kern ging es in diesem Projekt darum, die verfügbaren Daten zur Rohwasserqualität für einen optimierten Einsatz des Flockungsmittels bzw. als Unterstützung zur Filtration eines Flockungshilfsmittels nutzbar zu machen.

Schließlich sollten Aussagen zur Höhe der Aufbereitungskapazität des Wasserwerkes bei veränderten Rohwasserqualitäten getroffen werden. Für die weiter oben genannte Fortschreibung des Fernwasserentwicklungskonzeptes sind diese Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung.

Insbesondere die Optimierung der Flockungsfiltration ist ein Prozess, der auch im laufenden Geschäftsjahr im Zusammenwirken mit dem TZW weiter untersucht wird.

Die Entsorgung der Rückstände aus dem Trinkwasseraufbereitungsprozess ist eine Aufgabe, die in den nächsten Jahren vor dem Hintergrund sich ändernder Umweltgesetze weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Für das Wasserwerk Wienrode wurden zur sicheren, umweltgerechten Entsorgung der Rückstände aus der Filterspülung nach Vorlage aller behördlichen Genehmigungen die dafür erforderlichen Anlagen am Standort des „Schachtteiches Wienrode“ soweit geplant, dass ihre Realisierung im Jahr 2017 erfolgen kann.

Für die Filterspülwässer der Elbaue-Wasserwerke wurde eine konzeptionelle Studie erstellt auf deren Basis in den Folgejahren die technischen Anlagen in den Wasserwerken Torgau-Ost und Mockritz angepasst bzw. errichtet werden sollen. Weitergehende Untersuchungen betreffen für alle Wasserwerke die Herausarbeitung langfristig gesicherter Entsorgungswege für die im Behandlungsprozess der Rückstände entstehenden Reststoffe.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das wirtschaftliche Umfeld im Versorgungsgebiet des Unternehmens entwickelte sich auch im Jahr 2016 positiv. Das bereits im Vorjahr erreichte positive Absatzniveau bei den direkt versorgten großen Industriestandorten bestätigte sich 2016.

Weiterhin positiv gestalteten sich die Wasserlieferungen an die Weiterverteiler, die ca. 88 % des Gesamtabsatzes betragen. Insbesondere die belieferten Ballungsräume um Halle und Leipzig zeichneten sich durch weiter gestiegene Absatzmengen aus. Die auch zukünftig zu beachtenden Auswirkungen des demografischen Wandels waren 2016 nicht bzw. nicht im bisher geplanten Umfang zu registrieren.

Hinsichtlich der branchenbezogenen Rahmenbedingungen sollen zwei Themenkomplexe herausgegriffen werden, aus denen sich Rückkopplungen für die Arbeit im Unternehmen ableiten lassen.

Mit dem Bundesumweltministerium wurde durch Vertreter der Branchenverbände ein Dialogprozess zur Zukunft der Daseinsvorsorge in der Wasserwirtschaft geführt. Die durchaus hervorzuhebende Position der Wasserwirtschaft im „Imageranking der Industrie- und Wirtschaftszweige“, nach dem die Wasserversorgung einen hervorragenden 2. Platz belegt, spielte dabei ebenso eine Rolle, wie die Bewahrung des Status der Branche im Rahmen der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen wie CETA.

Gleichwohl wurde seitens der Politik –sowohl der Länder als auch der Bundesebene– die Erwartungshaltung zur Erhöhung der Transparenz insbesondere durch Beteiligungen an Kennzahlenvergleichen (Benchmarking) unterstrichen.

Mit diesem Thema beschäftigt sich eine eingesetzte LAWA-Arbeitsgruppe Benchmarking, in der auch Branchenvertreter mitwirken. Diese Arbeitsgruppe soll in diesem Jahr einen Bericht mit Vorschlägen zur Erhöhung der Teilnehmerquoten vorlegen.

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH beteiligt sich seit mehreren Jahren am bundesweit durchgeführten Benchmarking-Projekt der Fernwasserversorger. Gemeinsam mit den mitwirkenden Unternehmen wird dieses Projekt kontinuierlich weiterentwickelt, aktuell gibt es Überlegungen, Informationen zu diesem Kennzahlenvergleich in einer Publikation aufzubereiten und diese zu veröffentlichen.

Für die Arbeit im Unternehmen ist die Auswertung der Ergebnisse des jährlichen Bench-marking-Projektes ein wichtiger Baustein zur weiteren Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Im oben genannten Dialogprozess mit den Umweltministerien der Länder, des Bundes aber auch der EU-Kommission waren die Fragen der Wasserqualität ein zweiter Schwerpunkt. Die langwierigen Verhandlungen zur Grundwasserverordnung, zum Düngegesetz bzw. zur Düngeverordnung konnten weitestgehend abgeschlossen werden.

Für die nächsten Wochen und Monate werden die Mikroschadstoffstrategie der Bundesregierung sowie der seitens der EU-Kommission eingeleitete Evaluierungsprozess zur grundsätzlichen Fortschreibung der EU-Trinkwasserrichtlinie in den Mittelpunkt der Diskussionen rücken. Diese werden auch durch Aktivitäten von Vertretern des Unternehmens über die Mitarbeit in den Landesorganisationen der Branchenverbände DVGW und BDEW sowie auf der Bundesebene dieser Fachverbände aktiv begleitet.

Abschließend sei nochmals auf das von der Bundesregierung im Jahr 2015 verabschiedete IT-Sicherheitsgesetz verwiesen. Durch nachfolgend festgelegte Kriterien bzw. Größenklassen (BSI KRITIS V) zählen Anlagenteile des Unternehmens zur kritischen Infrastruktur. Die in der BSI-Kritis-Verordnung festgeschriebenen Aktivitäten der betroffenen Unternehmen wurden anforderungsgemäß umgesetzt. Im Weiteren sind die kurz vor der Verabschiedung stehenden IT Branchenstandards zu analysieren und mit den notwendigen Schlussfolgerungen im Unternehmen zu untersetzen.

Geschäftsverlauf

Der positive Geschäftsverlauf des Vorjahres konnte auch in 2016 bestätigt und sogar leicht übertroffen werden. Der erreichte Trinkwasserabsatz von 76,3 Mio. m³ lag mit ca. 3,9 Mio. m³ über den Planungen für 2016 und 1,4 Mio. m³ über dem Absatzergebnis des Vorjahres 2015.

Sonstige Umsätze resultieren aus dem Verkauf von regenerativ erzeugtem Strom, aus Trinkwasseranalysen für Kunden und aus von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Rohrleitungssystemen. Letztere konnten nicht im vollen Umfang realisiert werden. Wirtschaftliche Auswirkungen hieraus für das Unternehmen entstehen nicht, da dafür notwendige Materialaufwendungen ebenfalls nicht entstanden sind. Die erzeugten Strommengen lagen mit 9,38 GWh leicht unter dem Vorjahresniveau.

Die strategischen Investitions- und Sanierungsschwerpunkte der letzten Jahre wurden auch in 2016 weiter fortgeführt. Wie auch in den Vorjahren lag in 2016 einer der Schwerpunkte im Ersatzleitungsbau an der Ostharzableitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge. In 2016 konnten ein ca. 3 km langer Leitungsabschnitt errichtet werden. Weitere Maßnahmen betrafen die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten an den Hochbehälteranlagen. So wurde mit dem Beginn der Bauarbeiten am Hochbehälter Hohe Gieck ein wesentlicher Investitionsschwerpunkt in diesem Bereich für die nächsten Jahre gestartet. Im Bereich der Wassergewinnungsanlagen wurden drei Brunnen im Wasserwerk Torgau-Ost neu errichtet. Für die Arbeiten zur komplexen Erneuerung des Wasserwerkes Mockritz wurden wesentliche Planungsleistungen abgeschlossen und erste bauliche Maßnahmen realisiert. Die Migration eines neuen Prozessleitsystems wurde bis zur Ausschreibung der Leistungen vorbereitet. Die weitere Umsetzung erfolgt in den nächsten Jahren schrittweise in den einzelnen Wasserwerks- und Netzbereichen.

Mit einem Jahresergebnis von 3,231 Mio. € konnte das Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 von 2,459 Mio. € deutlich überschritten werden. Wesentlicher Grund ist die weitere positive Entwicklung im Trinkwasserverkauf im zurückliegenden Geschäftsjahr. Das geplante Jahresergebnis von 1,620 Mio. € wurde damit um 1,611 Mio. € übertroffen.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Trinkwasser umfassten 39,24 Mio. € und lagen somit ca. 1,00 Mio. € über den Erwartungen für das Geschäftsjahr. Der Erlös im Geschäftsjahr 2015 lag bei 39,03 Mio. €.

Den größten Teil der sonstigen Umsatzerlöse (2016: 5,34 Mio. €) umfassen die von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Anlagen. Aufgrund von Verzögerungen insbesondere im Genehmigungsverfahren wurden in 2016 lediglich 3,63 Mio. € der geplanten 4,74 Mio. € realisiert. Aus der Erzeugung und dem Verkauf regenerativen Stroms wurden Erlöse von 1,38 Mio. € erzielt.

Die Gesamtumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2016 belaufen sich auf 44,57 Mio. €. Die Vorjahresumsätze umfassten 44,48 Mio. €.

Die aktivierbaren Eigenleistungen betreffen Tätigkeiten eigener Mitarbeiter für durchgeführte Investitionsprojekte. Der realisierte Umfang in 2016 lag mit 2,67 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau von 2,73 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,87 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 1,39 Mio. €. Wesentlicher Bestandteil ist die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe. Durch gesetzliche Änderungen (BILRUG) wurden in geringem Umfang bisherige sonstige betriebliche Erträge in die sonstigen Umsatzerlöse um gegliedert.

Die Gesamtleistung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH in 2016 beläuft sich auf 48,11 Mio. € und liegt damit leicht unter dem Vorjahreswert von 48,60 Mio. €.

Der Materialaufwand in 2016 umfasst 16,81 Mio. €. Die größten Positionen waren die Strombeschaffung mit 4,51 Mio. € und der Rohwasserbezug vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR in einer Höhe von 4,39 Mio. €. Die Aufwendungen für Aufbereitungskemikalien liegen mit 0,63 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau. Weitere Materialaufwendungen entfallen auf Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen. Die Materialaufwendungen für die von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Anlagen korrespondieren mit den sonstigen Umsatzerlösen aus diesem Bereich.

Die Personalaufwendungen betragen 12,75 Mio. € und liegen somit auf Vorjahresniveau (2015: 12,76 Mio. €). In den Personalaufwendungen enthalten sind alle Aufwendungen für in der Vergangenheit abgeschlossene Altersteilzeitverträge und Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten. Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte das Unternehmen 210 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 213).

Das Anlagevermögen des Unternehmens wurde in 2016 mit 9,14 Mio. € abgeschrieben (2015: 9,38 Mio. €).

Der sonstige betriebliche Aufwand erreicht mit 5,16 Mio. € das Vorjahresniveau. Die wesentlichsten Positionen mit einem Gesamtumfang von 3,05 Mio. € sind das Wasserentnahmeentgelt Sachsen-Anhalt, die Wasserentnahmeabgabe Sachsen und diverse Durchleitungsentgelte. Aufgrund der höheren Trinkwasserabgabe in 2016 liegt dieser Wert oberhalb des Vorjahreswertes.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Durch das gute Rating sind Kreditmittel jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Kredit in einer Höhe von 1,20 Mio. € aufgenommen. Im gleichen Zeitraum erfolgten Kredittilgungen in einer Höhe von 2,29 Mio. €.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (11,36 Mio. €) auf 13,32 Mio. €. Gründe sind neben der deutlichen Steigerung des Jahresüberschusses die gesunkenen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Dritten.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit umfasst 10,46 Mio. € und liegt damit auf dem Vorjahresniveau. Insgesamt wurden im Jahr 2016 10,51 Mio. € in das bestehende Anlagevermögen investiert. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit des Unternehmens in Höhe von -1,8 Mio. € ergibt sich aus der Neuaufnahme eines Kredites.

Der Finanzmittelbestand des Gesellschaft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 3,1 Mio. € auf 4,2 Mio. €.

Die Eigenkapitalquote des Unternehmens liegt auf dem Niveau der letzten Jahre bei 79,5 %.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivater Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt.

Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Jahresende bei 100,4 %.

Vermögenslage

Die Investitionsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2016 waren:

- Bau und teilweise Inbetriebnahme eines neu errichteten Fernleitungsabschnittes der Ostharzleitung im Bereich zwischen Gröbzig und Piethen
- Weitere Maßnahmen im Rahmen Komplexertüchtigung Wasserwerk Mockritz
- Bau von drei Brunnen im Wasserwerk Torgau-Ost
- Weiterführung des Projektes zur Erneuerung des Prozessleitsystems.

Bereits in Betrieb genommene Trinkwasserleitungen wurden in einer Höhe von 1,8 Mio. € aktiviert. Anlagen, die ab 2017 fertiggestellt werden, umfassen 6,3 Mio. €. 1,7 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,6 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus entfielen ca. 15 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 139 T€ auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die positive Entwicklung der Trinkwasserlieferungen in den letzten Geschäftsjahren wurde durch eine leichte Anhebung des Niveaus in den Absatzplanungen der nächsten Jahre berücksichtigt. Trotz dieser positiven Entwicklung müssen negative demographische Effekte außerhalb der Ballungszentren bei der Absatzplanung auch zukünftig beachtet werden. Mittelfristig wird mithin mit sinkenden Mengen gerechnet.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Trinkwasserabsatz von 74,6 Mio. m³ erwartet. Dieser wird nach derzeitiger Einschätzung bis zum Jahr 2021 bis auf ca. 74,0 Mio. m³ zurückgehen. Als Sondereffekt wird sich im Jahr 2018/19 die Erweiterung der Trinkwasserlieferung an den Zweckverband Südharz, Sangerhausen auswirken. Aus den zu erwarteten Trinkwasserlieferungen werden Umsatzerlöse in einer Höhe von ca. 38,9 Mio. € eingeplant. Darin enthalten sind bereits die zu berücksichtigenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Auch im Jahr 2016 wurden für eine Reihe von Kunden Wasserlieferverträge als Anschlussverträge für bestehende Lieferverhältnisse, zum Teil mit neuen Absatzmengen erarbeitet, angeboten und teilweise erfolgreich abgeschlossen. Offene Vertragsverhandlungen werden in 2017 mit der Zielsetzung eines Vertragsabschlusses weiter fortgesetzt. Die sich aus den realisierten Vertragsabschlüssen ergebenden Absatzmengen und Umsatzerlöse wurden in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt.

Die sonstigen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstigen Dienstleistung, insbesondere im Bereich der Laboranalytik von Trinkwasser, werden für 2017 mit 1,34 bzw. 0,28 Mio. € eingeplant. Die Umsätze aus der Realisierung der durch Dritte veranlassten Umverlegungen an den Anlagen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH werden in 2017 in einer Höhe von 2,90 Mio. € erwartet. In den Folgejahren werden diese Umsätze aus aktueller Sicht zwischen 1,50 und 3,87 Mio. € p. a. schwanken. Da diesen Umsätzen entsprechende Materialaufwendungen gegenüberstehen, wirkt sich dies nicht auf das Ergebnis der Gesellschaft aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (2017: 0,48 Mio. €) werden auch in den nächsten Jahren im Wesentlichen durch die Erstattung der Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen bestimmt. Das hierzu notwendige Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und zertifiziert (letztes Audit wurde vom 31. Januar bis 02. Februar 2017 erfolgreich absolviert).

Der Materialaufwand der Gesellschaft beinhaltet die erwarteten Material- und Fremdleistungseinkäufe. Aufgrund der höheren Trinkwasserabsatzplanung und insbesondere stark gestiegenen Netzentgelten rechnet das Unternehmen mit steigenden Stromaufwendungen von 4,60 Mio. € in 2017.

Der Personalaufwand wurde auf Grundlage der Tarifvertragsabschlüsse TV-V und individualvertraglicher Regelungen mit ca. 12,95 Mio. € eingeplant. Mit der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes im Jahr 2016 wurde die weitere Reduzierung der Mitarbeiteranzahl bis 2020 bzw. 2025 bestätigt. Als weiteres Ergebnis wird eine Fortführung der bisher praktizierten Arbeitszeitreduzierung ohne Lohn-/Gehaltsausgleich ab 2018 durch individualvertragliche Vereinbarungen mit den Mitarbeitern des Unternehmens angestrebt.

Wie in den Vorjahren wird sich auch in der Zukunft die Investitionsstrategie an der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung aller Kunden ausrichten. Der Investitionsschwerpunkt im Fernleitungssystem wird dabei in den nächsten Jahren in der Fortführung des Ersatzneubaus der Ostharzleitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge nördlich von Halle sein. Die aktuellen Investitionsplanungen gehen von der Realisierung einer ca. 21,4 km langen Strecke bis 2019 aus. Für 2017 sind Gesamtinvestitionen von 10,5 Mio. € vorgesehen. Weitere Investitionsschwerpunkte sind, wie weiter oben bereits genannt, die Sanierung des Hochbehälters Hohe Gieck, die Migration des PLS sowie die Errichtung der Anlagen zur Erhöhung der Entsorgungssicherheit für die Filtrerrückspülwässer des Wasserwerkes Wienrode.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben ist im Geschäftsjahr 2017 gesichert. Für notwendige Kreditaufnahmen und geplante Umschuldungen wurden 2016 erste vertragliche Regelungen bereits abgeschlossen. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivativer Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem Jahresergebnis von 1,56 Mio. € gerechnet. Die mittelfristige Entwicklung zeigt, dass unter den aktuellen Rahmenbedingungen ein Ergebnis im bisherigen Niveau von ca. 1 bis 1,2 Mio. € in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Ertrags- und Finanzlage
- Produktion
- Einkauf
- Personalmanagement
- Informationsmanagement
- Höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Abnehmender Trinkwasserabsatz durch eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei einem Teil unserer Kunden oder Nutzung von Eigengewinnungsanlagen sofern möglich,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- Schwierigere Entsorgungsstrategien für Filtrerrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Bei Feststellungen von Abweichungen wird entsprechend zeitnah reagiert. Ergänzend erfolgt durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes eine Risikoreduzierung.

Es liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden bzw. sind diese für die Zukunft auch nicht erkennbar.

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 512

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschiffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalekreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafенbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	13.049	81	13.566	82	13.490	85	-517	-4
Umlaufvermögen	3.110	19	2.920	18	2.365	15	190	7
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	3	0	19	0	-2	-67

Bilanzsumme	16.160	100	16.489	100	15.874	100	-329	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	731	5	731	4	731	5	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	4.217	26	4.446	27	4.322	27	-229	-5
Rückstellungen	244	1	175	1	150	1	69	39
Verbindlichkeiten	10.968	68	11.137	68	10.671	67	-169	-2

Bilanzsumme	16.160	100	16.489	100	15.874	100	-329	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	11.041	5.766	5.599
andere aktivierte Eigenleistungen	6	11	4
sonstige betriebliche Erträge	423	765	609
Materialaufwand	7.922	3.410	3.406
Personalaufwand	1.578	1.354	1.292
Abschreibungen	806	804	774
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.749	1.543	1.388
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	176	206
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-745	-854
außerordentliche Erträge		0	151
außerordentliche Aufwendungen		0	151
außerordentliches Ergebnis		0	0
Ergebnis nach Steuern	-733		
sonstige Steuern	21	21	19
Erträge aus Verlustübernahmen	754	766	873
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-6,83	-13,28	-15,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	-103,11	-104,71	-119,37	%
Cash-Flow:	52	39	-99	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	267	187	173	T€
Personalaufwandsquote:	13,76	20,69	20,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,24	82,01	84,80	%
Eigenkapitalquote:	4,52	4,43	4,61	%
Fremdkapitalquote:	95,48	95,57	95,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Containerumschlag	65.382	52.778	59.486	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.275.296	1.137.638	1.322.381	t
Hafenbahn	505.888	437.248	501.043	t
Straßengüterverkehr	769.408	700.390	821.338	t

e) Lagebericht**1. Grundlagen der Hafan Halle GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

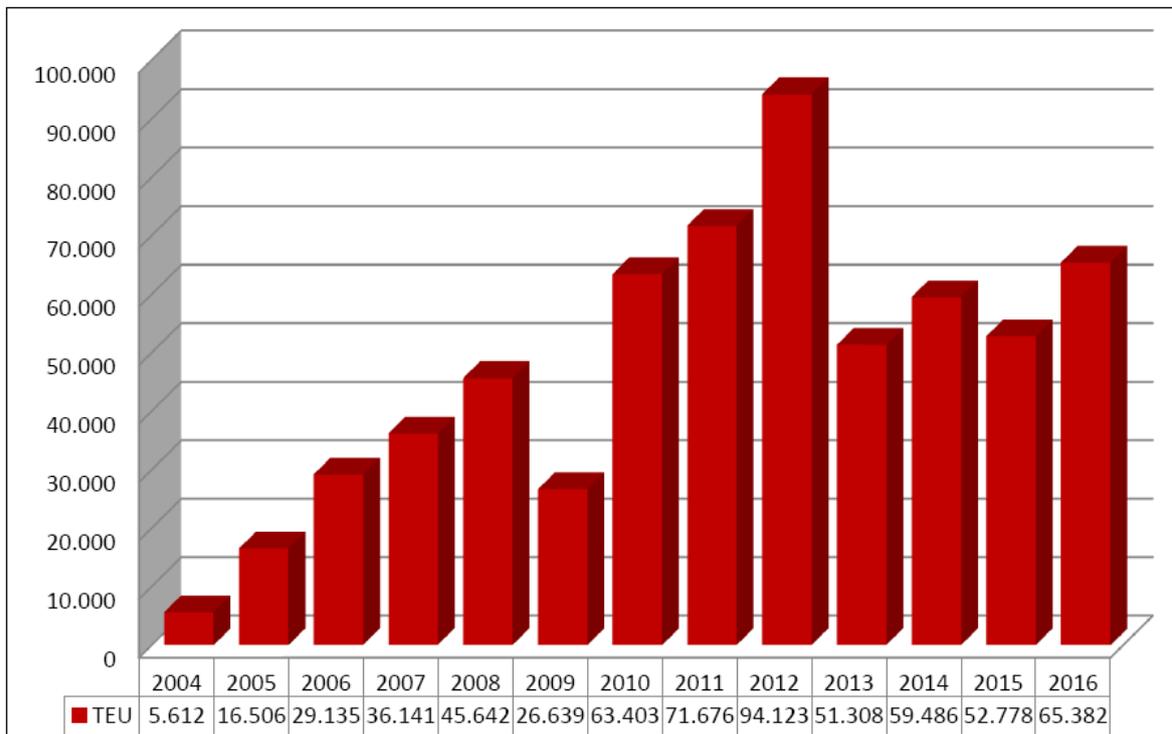
- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hafan Halle GmbH

1.1 Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hafan Halle GmbH ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. In den letzten zehn Jahren haben wir unsere Leistungsangebote dabei auf die landseitigen Verkehrsträger Schiene und Straße fokussiert. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern liegt der Tätigkeitsschwerpunkt seit Jahren auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Im Jahr 2014 wurden erstmals auch kontinentale KV-Verkehre abgewickelt. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremen/Bremerhaven und dem CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Damit ist das CTHS seit Jahren das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty-foot Equivalent unit) einen vorderen Platz ein.



Grafik 1: Container-Umschlag CTHS 2004 bis 2016 in TEU (Twenty Feet Equivalent Unit)

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch eigene Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen. Für erschlossene Ansiedlungsflächen im Hafengebiet werden im Verbund mit der SWH-Gruppe Unternehmen akquiriert und bis zur Betriebsaufnahme begleitet.

Mit ihrem über 9 km langen Gleisnetz ist die Hafan Halle GmbH gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

Die Hafan Halle GmbH ist seit ihrer Gründung im Jahr 1993 eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die fünf Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen sowie
- Schiffsverkehr.

Das Leistungsbild Containerumschlag umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der Dispositiven Leistungen ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Jahr 2016 wurden erstmals Zugverkehrsleistungen zwischen Hamburg und CTHS direkt durch die Gesellschaft beauftragt. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen partiell eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den Bahnleistungen werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u.a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen, Rangierleistungen, Vermietung von Triebfahrzeugen und Personalen. Hierbei kann die Gesellschaft auf eigene, auch zum Verkehr auf dem Netz der Bahn AG zugelassene Dieselloks sowie bedarfsgerechte Rangiertechnik im Hafengebäude zurückgreifen.

Die Leistungsbilder im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z.B. Umschlag und Verwiegung Düngemittel Bahn-Lkw, Verwiegung von Übersee-Containern gem. SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der Schiffsverkehr umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schiffsverkehrsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnknotens Halle (Neubau Zugbildungsanlage, Umbau Knoten im Zuge des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit (VDE) 8) konnte der Hafen im Jahr 2016 bis zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember nicht wie bislang aus südlicher Richtung (Güterbahnhof Halle (Saale)) erreicht werden. Sämtliche bahnseitigen Verkehre zum und vom Hafen mussten über die größtenteils eingleisige und nicht elektrifizierte DB-Strecke 6344 Halle (Saale)-Halberstadt-Goslar verkehren. Diese Rahmenbedingungen hatten bereits Ende 2015 dazu geführt, dass ein langjährig das Terminal anfahrender Zugbetreiber den Hafen nicht mehr bedient hat. Um dem damit verbundenen möglichen Verlust wichtiger eigener Kunden entgegenzusteuern, hat die Gesellschaft Zugleistungen für die Relation von und nach Hamburg ausgeschrieben und beauftragt. Seit dem 14. Dezember 2015 erfolgten die Verkehre mit regelmäßig 3 Rundläufen je Woche mit einem neuen durch die Gesellschaft beauftragten Zugbetreiber.

In dem am 03.08.2016 durch das Bundeskabinett beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) wurde die Vollendung des Saaleausbaus mit dem „Bau eines Saalekanals bei Tornitz“ als Maßnahme des „Weiteren Bedarfs“ eingeordnet. Ungeachtet der späteren möglichen Umsetzbarkeit dieses Infrastrukturprojektes ist der wichtigste Punkt, die Saale als Bundeswasserstraße zu erhalten, untermauert worden. In den Folgejahren muss deshalb versucht werden den Beweis zu erbringen, dass die Saale als Transportträger in der Lage ist, Güter-Schiffsverkehre aufzunehmen. Die praktische Erprobung und die Unterstützung der Wiederherstellung des Zustandes des Transportträgers Saale vor den Hochwassern der vergangenen Jahre wird dabei im Vordergrund stehen.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung und der direkt angebotenen Hafeneitung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90% der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für Containerumschlag, Dispositive Leistungen (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie Bahnleistungen. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und bei höherer Auslastung Effizienzpotentiale zu heben. Insoweit bleibt hervorzuheben, dass es durch die gemeinsamen Anstrengungen und den Leistungswillen aller unserer Mitarbeiter gelungen ist, trotz eingeschränkter Erreichbarkeit den Umsatz nahezu zu verdoppeln und das Ergebnis der Gesellschaft – wenn auch marginal – gegenüber dem Vorjahr zu verbessern.

Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), die adäquate Berichterstattung sowie das Controlling erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch die Hafeneitung und den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das deutlich höhere Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang noch bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Automatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2016 war durch zahlreiche personelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft geprägt. Diese waren zum einen durch Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Mitarbeiter und deren notwendigen Ersatz, zum anderen durch Neueinstellungen entsprechend des erhöhten Leistungsumfanges in den operativen Betriebsparten erforderlich.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das Transportaufkommen im Güterverkehr der drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße im vierten Jahr in Folge. Im Jahresvergleich nahm das Aufkommen 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % auf 4.174,2 Mio. Tonnen (2015: 4.127,9 Mio. Tonnen) zu. Während die Transportmengen auf der Straße wieder zugenommen haben, gingen die mit der Eisenbahn und Binnenschiffen beförderten Mengen zurück (-7,8 Mio. Tonnen bzw. -1,3 %). Damit nahm der Anteil des Straßengüterverkehrs am Modal Split im Jahresvergleich wiederum zu und hatte mit 86,1 % unverändert den größten Anteil an den transportierten Tonnagen der drei Verkehrsträger.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1 % im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit der Positionierung der Gesellschaft als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs (KV) in Mitteldeutschland ist es gelungen, international agierende Logistiker für eine Abwicklung ihrer Leistungen über das CTHS zu interessieren. Ein Erfolg der in der 2. Jahreshälfte 2015 verstärkten Akquisitionsanstrengungen hat sich zum Anfang des Jahres 2016 u.a. in der Gewinnung von Neukunden für den Bahntransport, den Umschlag und die temperaturgeführte Lagerung von Kühlcontainern gezeigt. Des Weiteren hat die Gesellschaft mit Datum vom 05.08.2016 die Genehmigung zum Betrieb einer Anlage nach der 12. BImSchV (12. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetz) erhalten. Darüber hinaus ist es der Gesellschaft gelungen, das Risiko „Überschwemmungen“ zum 01. Januar 2017 über eine Versicherung wieder einzudecken.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Wettbewerbssituation im kombinierten Verkehr war in Mitteldeutschland auch im Berichtsjahr weiterhin angespannt. Erschwerend kam hinzu, dass durch die dauerhaft geringen Treibstoffkosten der Straßentransport stärker als sonst in den Markt des Kombinierten Verkehrs drängte. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte der Container-Umschlag im CTHS im Geschäftsjahr 2016 (65.382 TEU) gegenüber dem Vorjahr (2015: 52.778 TEU) um etwa 24 % gesteigert werden. Mit der Marke CTHS und der Qualität unserer Leistungen konnte die Gesellschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktposition im Kombinierten Verkehr (KV) weiter behaupten und ausbauen. Neben vertraglich gebundenen Großkunden haben wir zwischenzeitlich stabile geschäftliche Kontakte zu über 35 auch international tätigen Kunden des produzierenden Gewerbes, der Logistikbranche und auch Überseereedereien. Daneben sichert die Umschlagmöglichkeit von Containern über das öffentliche Terminal zahlreichen kleineren und mittleren Lkw-Transportunternehmen aus der Region ein kontinuierliches Arbeitsaufkommen.

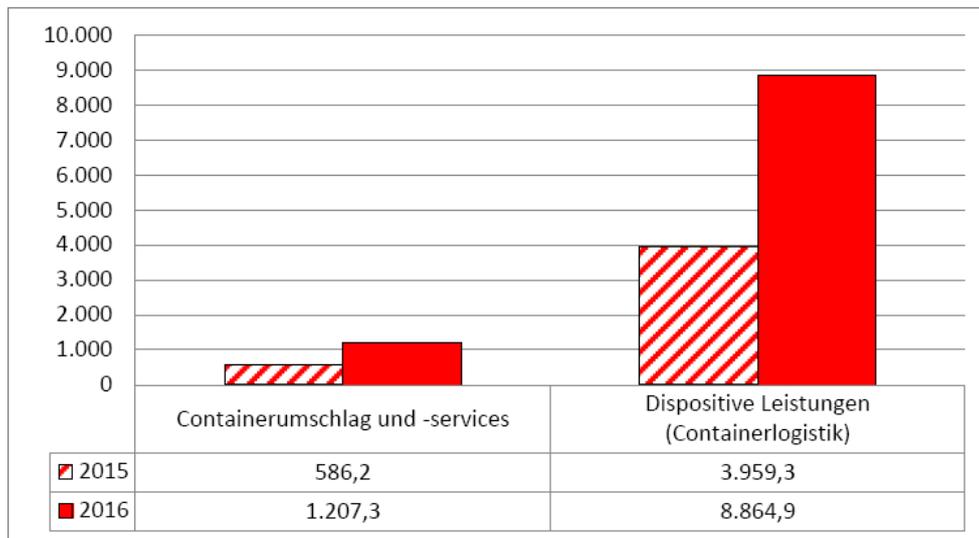
3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2016 keine für die Leistungserbringung durch die Gesellschaft relevanten Änderungen erfahren.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die von uns angebotenen Leistungen in einem besonders hohen Maß an Qualität und Zuverlässigkeit zu erbringen. Neben der Akquisition von Neukunden und deren langfristige Bindung ist auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So hat die Gesellschaft bereits vor Jahren begonnen, neben den Umschlagleistungen im Terminal auch das Angebot zur Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt am Markt zu platzieren (Dispositive Leistungen). Abgesehen von dem Effekt, damit die Kunden und auch die Zugbetreiber durch Nutzung von deren Zugkapazitäten enger an uns zu binden, haben sich aus diesen Leistungen auch Möglichkeiten zur Umsatzsteigerung nicht nur bei den Dispositiven Leistungen – hier stieg der Umsatz von 286,1 T€ im ersten vollen Geschäftsjahr 2009 auf 8.864,9 T€ im Jahr 2016 – sondern auch für den Bereich Containerumschlag ergeben. In den Bereichen Containerumschlag und Dispositive Leistungen hat sich der Umsatz 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 5.526,7 T€ bzw. 121,6 % mehr als verdoppelt (2016: 10.072,2 T€, 2015: 4.545,5 T€; siehe Grafik 2).



Grafik 2: Umsatzentwicklung Containerumschlag und -services sowie Dispositive Leistungen im Jahresvergleich 2016 zu 2015 (in T€)

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Miet-, Beratungs- und Versicherungskosten zu nennen.

Bei den Kosten des Eigenverbrauchs für Kraft- und Schmierstoffe haben wir trotz erweiterter Technik Einsparpotentiale durch den Einsatz moderner Krafffahrzeuge (Umschlagtechnik, Lkw) als Ersatz für ältere Technik erreicht und werden diesen Weg weiter fortsetzen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Das originäre Hafengeschäft ist ebenso wie der Logistikbereich hinsichtlich der Leistungserbringung eher konservativer Ausprägung. Insofern ist das Veränderungspotential aus Forschung und Entwicklung als gering einzuschätzen. Dennoch gibt es aus den Einflüssen anhaltender Digitalisierung von Prozessen auch in unserer Gesellschaft Ansätze, damit wirtschaftliche Potentiale zu heben und Innovationen einzusetzen.

Aufgrund der Unternehmensgröße und unseres Leistungsprofils betreiben wir derzeit noch keine eigene Forschung und Entwicklung. Gleichwohl haben wir, gemeinsam mit unseren Marktpartnern, innovative Ansätze im Bereich temperaturgeführter Transportketten entwickelt. Daneben werden Neuerungen in der Umschlagtechnik beobachtet und auf Einsatzmöglichkeiten im Sinne einer Effizienzsteigerung geprüft. Darüber hinaus arbeitet die Gesellschaft an der Optimierung der Fahrwege der Umschlagtechnik im Terminal und der optimierten Lagerung von Seecontainern.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits unter 1.4. beschrieben, waren durch uns im Geschäftsjahr 2016 zahlreiche personelle Veränderung zu bewältigen. Trotz dieser immer mit temporären Leistungseinschränkungen einhergehenden Prozesse konnten die anstehenden Arbeitsaufgaben durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Mitarbeiter umfänglich erfüllt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Neben den Aufwendungen für die Infrastruktur, welche das Ergebnis signifikant belasten, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft stärker als bei anderen Konzernunternehmen von der Weltwirtschaft abhängig. Im- und Exportaktivitäten der mitteldeutschen Wirtschaft, die über das CTHS zu den deutschen Überseehäfen gelangen, beeinflussen das nachgefragte Umschlags- und Verkehrsvolumen der Gesellschaft ebenso wie temporäre Schwankungen der weltweiten Handelsgeschäfte. Die Hafen Halle GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 11.041,5 T€, die sich damit gegenüber dem Vorjahr um 5.275,7 T€ bzw. 91,5 % erhöhten (2015: 5.765,8 T€). Mit 8.864,9 T€ (Vorjahr: 3.959,3 T€) hatten die Dispositiven Leistungen einen Anteil von 80 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

In den Kern-Leistungsbereichen Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen, in denen wir 94 % des Gesamtumsatzes erzielten, nahm der Umsatz 2016 gegenüber dem Vorjahr um 5.037,1 T€ bzw. 93,9 % auf 10.400,5 T€ zu (2015: 5.363,4 T€).

Im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen sind die Umsätze im Jahresvergleich um mehr als 50 % gewachsen (2016: 637,3 T€, 2015: 401,4 T€). Bestimmend hierfür waren höhere Umsätze aus dem Verkauf von Dieselmotoren und Dieselloks, die sich insbesondere aus regelmäßigen Betankungen von Fremd-Dieselloks ergaben.

Die Gesellschaft erzielte im Jahr 2016 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 422,8 T€ (Vorjahr: 765,5 T€). Neben den positionsbestimmenden Erträgen aus der Auflösung von Fördermitteln (311,6 T€) wurden Versicherungserträge in Höhe von 56,3 T€ und 54,9 T€ sonstige Erträge erzielt.

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr auf 7.921,6 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (2015: 3.410,2 T€).

Die Aufwendungen für Betriebsstoffe und Waren nahmen im Jahresvergleich um 338,1 T€ auf 1.046,7 T€ um 47,7 % zu (Vorjahr: 708,6 T€). Diese Veränderung ist insbesondere auf einen höheren Verbrauch an Dieselmotoren- und Hilfsstoffen (2016: 848,2 T€, 2015: 644,0 T€) zurückzuführen, die sich wie bereits dargestellt im Wesentlichen aus höheren Verkaufsumsätzen ergaben.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen nahmen von 2.701,5 T€ im Vorjahr auf 6.874,8 T€ in 2016 um 4.173,3 T€ bzw. 154,5 % zu. Bestimmende Größe waren wie im Vorjahr die Fremdleistungen (für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte), deren Zunahme mit den erstmals beauftragten Zugverkehren und gestiegenen Umsätzen der Dispositiven Leistungen korrespondiert.

Aufgrund des gestiegenen Leistungsumfanges waren im Jahr 2016 personelle Veränderungen erforderlich, die dazu führten, dass der Personalaufwand mit 1.578,5 T€ um 224,7 T€ höher ausfiel als im Vorjahr (1.353,8 T€). Die Abschreibungen blieben im Jahresvergleich nahezu unverändert bei 805,9 T€ (Vorjahr: 804,2 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellten sich in 2016 mit 1.749,1 T€ um 206,1 T€ bzw. 13,4 % über denen des Jahres 2015 ein. Signifikante Abweichungen gegenüber dem Vorjahr waren in den Positionen Mieten/Leasing von Maschinen, Rechts- und Beratungskosten sowie Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen zu verzeichnen. Die Erhöhung der Mieten/Leasing resultiert im Wesentlichen aus der Anmietung eines 3. Reach-Stackers für den Containerumschlag ab April 2016 sowie erweitertem Technikumfang zur Abwicklung von Dispositiven Leistungen im Vor- und Nachlauf des Bahnverkehrs. Bei den Rechts- und Beratungskosten führten insbesondere die Kosten für das BImSchG-Genehmigungsverfahren und die Prüfung des Verwendungsnachweises für die Fördermittelverwendung Gleis 7 und 8 zu überplanmäßigen Kosten. Im Bereich Reparaturen fielen überplanmäßige Kosten insbesondere im Bereich Containerumschlag (Reach-Stacker), im Bereich Lkw-Verkehr sowie für die Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 an.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Zinsergebnis der Gesellschaft wird durch den Zinsaufwand für langfristige Investitions-Darlehen und die Zinsen für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter geprägt. Gegenüber dem Vorjahr sank der Zinsaufwand 2016 um -27,8 T€ bzw. -15,8 % auf 148,1 T€ (2015: 175,9 T€).

4.2.2. Investitionen

Die Hafan Halle GmbH investierte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 288,2 T€, die zu fast drei Vierteln Investitionen für technische Hafaninfrastruktur betrafen und aufgrund der Leistungsentwicklungen erforderlich waren. Etwa 60 T€ wurden in die bedarfsgerechte Anpassung und Erweiterung der bestehenden KV-Software investiert. Damit erfolgt ab dem Jahr 2017 die Bearbeitung sämtlicher in den Bereichen Dispositive Leistungen und Containerumschlag zu erfassenden (und zu berechnenden) Leistungen über eine Software-Lösung. Die in den Planungen für das Jahr 2016 vorgesehenen, aber nicht realisierten Sanierungsinvestitionen an den Zuführungsgleisen der Hafanbahn (sog. „Saalebahn“) sollen nunmehr zusammen mit den für das Jahr 2017 vorgesehenen Maßnahmen realisiert werden. Durch die Bündelung sieht die Gesellschaft hierbei auch Potentiale zur Kostenverringernng.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 7.750 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gesichert.

4.3. Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft verringerte sich 2016 im Vergleich zum Vorjahr um -517,7 T€ bzw. -3,8 % auf 13.048,7 T€ (2015: 13.566,4 T€). Der Grund hierfür ist in den deutlich über dem Investitionsumfang (288,2 T€) liegenden Abschreibungen des Geschäftsjahres (805,9 T€) zu finden.

Mit 3.110,3 T€ lag das Umlaufvermögen im Jahr 2016 um 190,5 T€ bzw. 6,5 % über dem des Vorjahres (2015: 2.919,9 T€). Während sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Jahresvergleich um 381,7 T€ auf 1.555,3 T€ (2015: 1.173,6 T€) erhöhten und die sonstigen Vermögensgegenstände um -180,5 T€ auf 636,0 T€ (2015: 816,5 T€) sanken, blieben die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen im Jahresvergleich annähernd unverändert (2016: 764,4 T€, 2015: 767,8 T€).

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb im Jahresvergleich unverändert bei 731,1 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich 2016 um 229,4 T€ auf 4.216,9 T€ (Vorjahr: 4.446,2 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen entsprechend der Tilgungen von 3.368,6 T€ in 2015 auf 2.999,5 T€ in 2016 um 369,1 T€ ab. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, gegenüber verbundenen Unternehmen und die sonstigen Posten beliefen sich per 31.12.2016 auf insgesamt 7.968,7 T€ und lagen um 200,1 T€ bzw. 2,6 % über dem Vorjahreswert (7.768,6 T€). Dabei hatten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit 7.077,7 T€ (darunter 6.929,5 T€ aus Cash-Pool, Vorjahr: 7.022,1 T€) den überwiegenden Anteil (88,8 %).

Die Bilanzsumme der Gesellschaft stellte sich im Jahr 2016 mit 16.159,6 T€ ein, was gegenüber dem Jahr 2015 einer Abnahme um -329,3 T€ bzw. -2,0 % entspricht.

4.4. Gesamtaussage

Das Jahresergebnis der Hafan Halle GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2016 mit -753,8 T€ gegenüber dem Vorjahr (-765,5 T€) um 11,7 T€ bzw. 1,5 % verbessert.

Mit einer qualitativ hochwertigen Leistungspalette haben wir uns in einem wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich behaupten können. Neben dem hervorzuhebenden Einsatzwillen aller Mitarbeiter hat sich damit die seit Jahren verfolgte Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf den containergestützten Logistikbereich als richtig erwiesen.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z.B. die bahnseitigen Einschränkungen infolge des Knotenumbaus Bahnhof Halle (Saale) – und die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter unverändert große Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Anspruch an unsere Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen.

Im Aufwandsbereich haben wir – soweit es keine mit Leistungssteigerungen oder mit einmaligen Sondereffekten im Zusammenhang stehenden Kosten betrifft – insgesamt eine Stabilisierung und partielle Senkung der Kosten erreicht. Hier erwarten wir die Realisierung weiterer Potentiale.

5. Nachtragsbericht

Zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses sind gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2016 keine für die Beurteilung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Jahr 2016 wesentlichen Veränderungen eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der Hafen Halle GmbH insgesamt 25 Risiken erfasst. Sechs Risiken aus dem Vorjahr sind weggefallen und neun Risiken im Jahr 2016 neu erfasst. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt acht Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	0	0	0
Beschaffungsmarkt	1	0	1
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	2	2	0
Technologische Entwicklungen	1	0	1
Naturereignisse	1	0	1
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	1	2
Gesamt	8	3	5

In der Risikokategorie „Beschaffungsmarkt“ wurde das Risiko der Ersatzbeschaffung Zugleistungen neu identifiziert. Bei Ausfall des per Vertrag gebundenen Zugdienstleisters für die eigenen Zugverkehre kann es zu hohen Ersatzkosten kommen. Es müssten kurzfristig neue Partner gefunden werden, die das gleiche Leistungsspektrum abbilden können.

In die Risikogruppe „Recht und Politik“ wurde zwei neue Risiken mit der Risikogruppe 1 erfasst. Das neue Risiko „Lärm/B-Plan“ betrifft die Diskussion zum Standort des Hafens Halle und der Beeinträchtigung von umliegenden Schutzgütern. Es könnte dazu führen, dass ein B-Plan-Verfahren angestrengt werden muss, um Kontingente für die Bereiche festzulegen. Das Risiko ist dann am höchsten, wenn das B-Plan-Verfahren von der Stadt Halle (Saale) oder einem anderen Dritten angestrengt wird und die Interessen der HFH nicht genügend berücksichtigt werden. Das zweite neue Risiko dieser Gruppe „Aufspaltung der HFH“ beinhaltet die zunehmenden Diskussionen im Rahmen der betrachteten Aufspaltung der Gesellschaft.

Das bereits im Vorjahr erfasste Risiko der (längerfristigen) Verzögerung bzw. des Scheiterns des Ausbauprojekts "Nordring mit Abstellanlage und KV-Terminal II" ist in seiner Bewertung unverändert. Das Teilprojekt „Nordring mit Abstellanlage“ beinhaltet eine neue zweigleisige Hafenanbindung (mit Abstellanlage) mit niveaufreien Querungen verschiedener Straßen. Diese Anbindung soll die vorhandene eingleisige Trasse, die sogenannte „Saalebahn“, die durch Wohngebiete führt und mehrere Straßen quert, ersetzen. Neben den technologischen Schwächen dieser Trasse (Richtungswechsel zur Ein-/Ausfahrt Hafen, Bahnübergänge, Eingleisigkeit) werden für diese Trasse aufgrund ihres Alters (Baujahr 1920) auch in den Folgejahren regelmäßige Sanierungsinvestitionen erforderlich sein.

Die Kategorie „Technologische Entwicklungen“ beinhaltet unverändert zum Vorjahr das Risiko „Brand/Bersten von Industrieanlagen am und im Hafen mit Auswirkung auf Hafen und/oder Ansiedler“. Hier ist in Gruppe 2 das Restrisiko aus möglicherweise unzureichender Risikoabsicherung Dritter erfasst.

Aufgrund der Schäden aus dem Saale-Hochwasser im Juni 2013 wurde der Hafen Halle GmbH durch den Versicherer die Deckung des Risikos „Überschwemmungen“ gekündigt. Trotz anhaltender Bemühungen war es der Gesellschaft bis Ende 2016 nicht gelungen, dieses Risiko zu annehmbaren Konditionen neu einzudecken. Infolge dessen wurde in der Kategorie „Naturereignisse“ das Risiko der „extremen Hochwasser (über HQ₁₀₀)“ aufgenommen (Gruppe 2). Zwischenzeitlich konnte die Gesellschaft auch das Risiko „Überschwemmungen“ zum 01.01.2017 bei einem namhaften Versicherer wieder eindecken.

Die Risikokategorie „Sonstiges“ beinhaltet zwei Risiken der Gruppe 2 und ein Risiko der Gruppe 1. Die „Risiken aus Altlasten (Bodenbeschaffenheit im Hafen und deren Beseitigung)“ sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die beschriebenen Risiken werden auch im Jahr 2017 und den Folgejahren fortbestehen.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr.

Bei den Dispositiven Leistungen ergeben sich Chancen aus der weiteren Akquisition von global agierenden Logistik-Dienstleistern, welche das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Neben der Organisation der Transportketten ergeben sich Ansätze zum weiteren Ausbau terminalspezifischer Dienstleistungen. Der Containerumschlag partizipiert durch den bedarfsgerechten Ausbau der Terminalinfrastruktur insbesondere für unterbrechungsfreie Kühlketten und Nebenleistungen des Umschlags.

Mit der erteilten BImSchG-Genehmigung zur zeitlich begrenzten Zwischenlagerung von Abfällen besteht die Möglichkeit, Stoffströme in der Transportkette Erzeuger – Transporteure – Verwerter/Entsorger bedarfsgerecht zu steuern und die Attraktivität des Terminals deutlich zu erhöhen.

Für die Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den Gewerbepark an der A 14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter Schiffsverkehr erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

Die größten kurzfristigen Risiken für das Jahr 2017 sehen wir derzeit in den Beeinträchtigungen durch den komplexen Um- und Ausbau des Bahnknotens und den Neubau der Zugbildungsanlage Halle (Saale). Auf die hieraus resultierenden kritischen Erfolgsfaktoren und unsere Maßnahmen zur Gegensteuerung wurde bereits unter Punkt 1.2. ausführlich eingegangen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollendung des Saaleausbaus ein. Daneben wird ein nachhaltig geringer Dieselpreis zu weiterem Preisdruck auf die Zugbetreiber und damit auch auf die Hinterland-Terminals führen. Bezüglich der Vollendung des Saaleausbaus gehen wir von einer Realisierung nach dem Jahr 2030 aus.

6.3. Gesamtbild

Die Bewertung der Risiken für die Gesellschaft hat im Jahr 2016 keine signifikanten Änderungen gegenüber dem Vorjahr gezeigt. Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

7. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat anlässlich seiner Sitzung am 18. Dezember 2015 dem Beschlussvorschlag zur Umgestaltung der Hafen Halle GmbH zugestimmt. Wesentliche Eckpunkte des Vorhabens sind die Übertragung des Anlagevermögens der Gesellschaft auf die Stadtwerke Halle GmbH sowie die Gründung einer Betriebsgesellschaft. In die Betriebsgesellschaft soll das operative Geschäft sowie das mobile Anlagevermögen überführt werden. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung waren noch nicht alle Voraussetzungen zum Vollzug des Beschlusses eingetreten. Daher konnte das Vorhaben noch nicht zur Beschlussfassung im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) eingebracht werden.

Insoweit beziehen sich die nachfolgenden Aussagen auf die Fortführung der Gesellschaft im Status Quo.

7.1. Umsatzentwicklung

Für das Jahr 2017 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge ergeben. Im Jahr 2018 haben wir im Containerumschlag Umsätze über etwa 1.394 T€ geplant, die sich in den Folgejahren moderat um durchschnittlich etwa 40 T€ erhöhen. Bei den Umsätzen der Dispositiven Leistungen gehen wir von jährlichen Zuwächsen um 500 T€ aus. Auch bei den Bahnleistungen erwarten wir wieder höhere Umsätze von jährlich über 600 T€.

7.2. Entwicklung des Aufwands

Die Entwicklung des Aufwands für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material erwarten wir in den Folgejahren adäquat zur Leistungsentwicklung und auf annähernd gleichem Niveau.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu etwa 90 % durch die Fremdleistungen in den Dispositiven Leistungen bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Im Jahr 2017 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Großdiesellok BR 232 in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand nur entsprechend der einzuplanenden Lohn- und Gehaltssteigerungen erhöhen. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück und erreichen im Jahr 2021 mit 733 T€ einen um etwa -97 T€ unter dem Wert in 2017 (831 T€) liegenden Betrag. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu über 60 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren entsprechend der einzurechnenden Preisentwicklungen nur geringfügig zu und liegen zwischen etwa 1.645 T€ im Jahr 2017 und 1.668 T€ im Jahr 2021.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 3.750 T€ im Jahr 2017 und 4.301 T€ in 2021 erwarten wir den EBIT zwischen -482 T€ im Jahr 2017 und 18 T€ im Jahr 2021.

Bei ratiertlich sinkenden Zinsaufwendungen erwarten wir für das Jahr 2017 ein Ergebnis von -648,6 T€, das durch die anfallenden Kosten der Neubefristung der Lok BR 232 geprägt ist. Ab dem Jahr 2018 erwarten wir dann wieder signifikante Ergebnisverbesserungen auf -381 T€ (2018) bis -87 T€ (2021).

7.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren auf betriebsnotwendige Maßnahmen zur Erhaltung und Ertüchtigung der bahnseitigen Infrastruktur und vorbeugende Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes konzentrieren. Der Umfang der Investitionen ist für das Jahr 2017 mit 729 T€ vorgesehen. Im Jahr 2018 soll sich der Investitionsumfang auf 250 T€ und dann jährlich auf etwa 150 T€ reduzieren. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

7.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingeschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

7.5. Ergebniserwartung

Wir erwarten mittelfristig eine weitere Verbesserung der Jahresergebnisse der Gesellschaft. Mit dem für 2021 geplanten Ergebnis von -87,0 T€ wird sich der Verlust der Gesellschaft gegenüber den Vorjahren deutlich verringern. Unsere positiven Erwartungen basieren dabei auf weiteren Leistungssteigerungen. Das Geschäftsjahr 2016 hat gezeigt, dass im Jahresvergleich mit annähernd gleichem Bestand an technischer Ausstattung und Personalen noch erhebliche Umsatzsteigerungen erreichbar und bei annähernd gleichbleibendem fixem Aufwand damit auch positive Ergebnisentwicklungen erzielbar sind.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara
		Berend, Stephanie
		Bernstiel, Christoph
		Geier, Egbert
		Hilbig, Stefan
		Koehn, Gottfried
		Lange, Hendrik
		Plath, Manuela
		Ranft, Melanie

Aufsichtsrat:

Raschke, Jens
Weiland, Mathias

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	20	21	20

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	497.400	92	493.430	92	416.912	91	3.970	1
Umlaufvermögen	41.672	8	39.755	8	40.014	9	1.917	5
Rechnungsabgrenzungsposten	528	0	699	0	652	0	-171	-24

Bilanzsumme

539.600	100	533.884	100	457.578	100	5.716	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	85.907	16	84.333	16	74.198	16	1.574	2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.837	1	6.234	1	6.569	1	-397	-6
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	130.676	24	126.891	24	71.083	16	3.785	3
Rückstellungen	22.616	4	21.335	4	22.121	5	1.281	6
Verbindlichkeiten	282.636	53	283.290	53	274.599	60	-654	0
Rechnungsabgrenzungsposten	11.928	2	11.801	2	9.008	2	127	1

Bilanzsumme

539.600	100	533.884	100	457.578	100	5.716	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	118.374	113.593	118.708
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	9	16	24
andere aktivierte Eigenleistungen	809	1.014	462
sonstige betriebliche Erträge	8.561	7.437	7.340
Materialaufwand	30.516	28.354	29.123
Personalaufwand	30.698	28.772	29.889
Abschreibungen	19.925	18.539	18.396
sonstige betriebliche Aufwendungen	25.077	25.509	27.303
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	314	282	438
Erträge aus Beteiligungen	12	29	152
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	23	51
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.660	11.293	11.434
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.927	11.030
außerordentliche Erträge		246	474
außerordentliche Aufwendungen		343	1.601
außerordentliches Ergebnis		-97	-1.127
Ergebnis nach Steuern	10.234		
sonstige Steuern	137	351	213
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10.097	9.479	9.690
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,53	8,34	8,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,75	11,24	13,06	%
Cash-Flow:	30.023	28.018	28.086	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	226	212	209	T€
Personalaufwandsquote:	24,03	23,57	23,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,00	92,27	90,94	%
Eigenkapitalquote:	15,92	15,80	16,22	%
Fremdkapitalquote:	84,08	84,20	83,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.338,00	9.896,00	9.501,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	18.197,00	17.648,00	16.763,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlagen	15.000,00	14.853,00	15.298,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.652,00	7.103,00	6.659,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.343,00	36.508,00	38.031,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	179.324,00	173.664,00	161.339,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	62.393.000,00	67.312.578,00	68.878.620,00	m ²
Hausanschlüsse	27.660,00	27.831,00	50.612,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	6.723.485,34	6.829.418,00	6.695.438,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	57.658,00	57.854,00	59.100,00	KKm (Kehr-Kilometer)

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser
 - 1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung/ Straßenreinigung und Winterdienst
 - 1.1.2.3. Geschäftsbereich Behälterservice/Sortieranlage
 - 1.1.2.4. Geschäftsbereich Gebäudereinigung
 - 1.1.2.5. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf
 - 1.1.2.6. Geschäftsbereich Vertrieb
 - 1.1.2.7. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Frauenquote

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

5.2. Finanzlage

5.2.1. Kapitalstruktur

5.2.2. Liquidität

5.3. Vermögenslage

5.4. Gesamtaussage

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

6.2. Chancen und Risiken

6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

7.2. Investitionen

7.3. Finanzierung

7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100 %iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), das insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser und Abfall) tätig ist. In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über die Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) sowie der RAB Halle GmbH (RAB). Darüber hinaus arbeitet die HWS intensiv mit der RES GmbH im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der SWH GmbH und dem Landkreis Mansfeld-Südharz zusammen.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Wasser-und Haustechnik GmbH (W+H), Halle (Saale). Die W+H realisiert die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasserzählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS. Des Weiteren gehören Installations-, Instandhaltungs- und Serviceleistungen im Fernwärmenetz sowie die Errichtung von Hausanschlüssen zum Aufgabenspektrum der W+H. Das Unternehmen ist sowohl für die HWS, die EVH GmbH, die EVH Netz GmbH als auch für Dritte tätig.

Darüber hinaus hält die HWS 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen in der Logistik und der Gebäudereinigung.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der Wertstoffeffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u. a. für Altgläserfassung und -sammlung.

12,5 % der Geschäftsanteile hält die HWS an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafterin ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Im Auftrag der Geschäftsleitung agieren die Stabsstellen für Beauftragtenwesen/Arbeitssicherheit, Systemtechnik, Referat der Geschäftsführung sowie das Zentrallabor.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Sekundärrohstoffe. Die Geschäftsfelder werden strukturell über nachstehende Geschäftsbereiche geführt.

1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetz- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung wurden mit der Stadt Halle (Saale) langfristige Konzessionsverträge geschlossen. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung wahr. Insofern ist die HWS für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen als auch die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen im Umland. Die Abwasserableitung und -behandlung wird über ein 1.025 Kilometer langes Kanalnetz sichergestellt. Die Behandlung des Abwassers erfolgt im Klärwerk Nord sowie den Kläranlagen Raßnitz und Benndorf. Das Klärwerk Nord ist für 300.000 Einwohnergleichwerte ausgelegt und vollständig ausgelastet. Zum Transport des Abwassers und zur Rückhaltung von Oberflächenwasser bei Starkniederschlagsereignissen gehören zum Netz 177 Pumpstationen sowie 37 Regenrückhaltebecken. Im Jahr 2016 wurden 15 Mio. m³ (Trockenwetter) Abwasser umweltgerecht gereinigt und in die Vorfluter entlassen.

Die Trinkwasserversorgung wird in Halle über ein 780 Kilometer langes Rohrleitungsnetz sowie über 2 Pump- und Druckerhöhungsstationen sichergestellt. Der Bezug des Trinkwassers erfolgt ausschließlich von der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. 2016 hat die HWS 18,2 Mio. m³ Wasser im Stadtgebiet und im Umland verkauft. Das ab 2007 außer Betrieb genommene Wasserwerk Beesen wird als Reserve vorgehalten.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird durch die Abteilungen Wassertechnik, Abwassertechnik, Klärwerke, Automatisierungs- und Elektrotechnik, Investitionen und Geodienstleistungen sichergestellt. Im Geschäftsbereich wurden 2016 164 Mitarbeiter beschäftigt.

1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung/ Straßenreinigung und Winterdienst

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin führt der Bereich Recyclingleistungen aus. Für die Erfüllung dieser Aufgaben werden 30 Müllpressfahrzeuge incl. 2 Frontladerfahrzeuge, 46 LKWs sowie 13 Kleintransporter unterschiedlicher technischer Konfiguration genutzt. Darüber hinaus stehen 12 Straßenkehrmaschinen zur Verfügung. Aus dem Fuhrpark wurden 8 Fahrzeuge und 4 Kleintransporter für den Winterdienst genutzt. Für das Einsammeln der Abfälle im kommunalen und gewerblichen Bereich stehen 115.000 MGB unterschiedlicher Größe zur Verfügung. Für die Straßenreinigung kommen 8 Kehrmaschinen und 4 Kleinkehrmaschinen zum Einsatz. 2016 wurden 57.658 Km Straßenreinigungsleistungen erbracht.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt, die seit 2015 die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge für die SWH wahrnimmt, führt sämtliche anfallenden Wartungen, Reparaturen und Überprüfungen einschließlich Reifendienst im Wesentlichen selbst aus bzw. übernimmt die Koordination der Fremdvergabe. Das hier ebenfalls angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Tochterunternehmen des SWH-Konzerns für reifengebundene Fahrzeuge. Insgesamt werden über das zentrale Fuhrparkmanagement und die Zentralwerkstatt 590 Fahrzeuge betreut und gewartet. Im Geschäftsbereich wurden 2016 166 Mitarbeiter beschäftigt.

1.1.2.3. Geschäftsbereich Behälterservice/Sortieranlage

Der Geschäftsbereich Behälterservice/Sortieranlage wartet und pflegt die 115.000 Müllgroßbehälter im kommunalen und gewerblichen Bereich und führt Serviceleistungen gegenüber den Kunden, wie Behältergestaltung, aus. Darüber hinaus wird durch diesen Bereich die Reinigung der 321 Depotcontainerstandplätze wahrgenommen. In den Aufgabenbereich fallen ferner der Recyclingprozess für Papier und Folien sowie der Betrieb der Elektronikschrottsartieranlage als Erstbehandlungsanlage nach Elektro- und Elektronik-gerätegesetz (ElektroG). Im Geschäftsbereich wurden 2016 27 Mitarbeiter beschäftigt.

1.1.2.4. Geschäftsbereich Gebäudereinigung

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH GmbH und die Tochtergesellschaften (Dritte) im Stadtgebiet erbracht. Insgesamt wurden durch den Bereich 275 Objekte betreut. In den halleschen Schulen betrug die Flächenleistung 2016 31 Mio. m², bei den Kindergärten 7,7 Mio. m², in den Verwaltungsgebäuden 7,6 Mio. m², in den sonstigen städtischen Einrichtungen 8,4 Mio. m² sowie für Dritte 7,5 Mio. m². Im Geschäftsbereich wurden 2016 66 Mitarbeiter beschäftigt.

1.1.2.5. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

In diesem Geschäftsbereich erfolgt die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens. Darüber hinaus koordiniert der Bereich die Umsetzung der operativen Exzellenz sowie die für die Erreichung der Ziele der operativen Exzellenz umzusetzenden HWS 2020 Projekte.

Auf der Grundlage eines Kennzahlensystems mit über 300 Effektivitäts- und Effizienzkennziffern, der monatlich exakten Kontrolle, der Planvorgaben und der konsequenten Durchführung von Quartalsgesprächen auf Geschäftsleitungsebene wird eine kennzifferorientierte Steuerung des Unternehmens gesichert. Strategisch wird die Aussteuerung über eine jährlich fortgeschriebene 30-Jahresplanung vorgenommen.

Im Geschäftsbereich ist der Zentraleinkauf angesiedelt, welcher sämtliche vergabepflichtigen Einkaufsprozesse koordiniert und durchführt. Zum Bereich gehört ebenfalls das zentrale Facilitymanagement der HWS. Im Geschäftsbereich wurden 2016 47 Mitarbeiter beschäftigt.

1.1.2.6. Geschäftsbereich Vertrieb

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Kundenbetreuung im weitesten Sinne und damit für die Akquise von Neuverträgen, das Stoffstrommanagement, das Hausanschlusswesen und die Wertstoffmärkte zuständig. In diesem Bereich ist die permanente Betreuung der Key-Accounts (Stadt Halle (Saale), Wohnungsgesellschaften, Industriebetriebe, Schuleinrichtungen, Krankenhäuser etc.), die Neuaquise von Verträgen im gewerblichen Bereich, Verhandlung von Dienstleistungsverträgen wie auch die Einführung und Kontrolle von Serviceleveln der HWS angesiedelt.

Darüber hinaus führt der Bereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch und betreibt und entwickelt die drei Wertstoffmärkte der HWS. Der Vertrieb organisiert, betreibt und koordiniert das Stoffstrommanagement. Im Geschäftsbereich wurden 2016 57 Mitarbeiter beschäftigt.

1.1.2.7. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

2016 wurden die Voraussetzungen geschaffen, die Stabstellen der Geschäftsführung in den Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung zu integrieren.

Das Referat der Geschäftsführung ist somit verantwortlich für das Richtlinienmanagement, das Qualitäts- und Sicherheitsmanagement des Unternehmens, wie auch für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben der HWS wahr. Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS. Im Geschäftsbereich wurden 2016 10 Mitarbeiter beschäftigt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), die Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber, die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Umsatz- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Substanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.



Der Versorgungssicherheit mit Trinkwasser und die Entsorgungssicherheit des Schmutz- und Niederschlagswassers wurde in den zurückliegenden Jahren sichergestellt.

Die Preise für Trinkwasser im Versorgungsgebiet der HWS GmbH waren in den letzten 10 Jahren stabil. Unterbrochen wurde diese nur vom Jahr der Einführung des sogenannten „Wassercents“ durch die Landesregierung 2012. Im Jahr 2015 wurde der Trinkwasserpreis gesenkt.

Der Schmutzwasserpreis konnte nach einer Senkung im Jahr 2013 ebenfalls konstant gehalten werden. Der Niederschlagswasserpreis wurde 2015 gesenkt.

Wie auch in den Vorjahren konnte das geplante Ergebnis 2016 erfüllt und überboten werden. Die Ergebniserwartung des Gesellschafters wurde mit 373 TEUR übererfüllt.

Durch konsequente Umsetzung des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS 2020 war es möglich, Umsatz- und Kostensenkungspotenziale zu erschließen. Diese wurden unter anderem eingesetzt, um Kostensteigerungen zu kompensieren, damit die Preise auf einem moderaten Niveau gehalten und zugleich die Ergebniserwartung des Gesellschafters erfüllt werden können. Durch Umsetzung des Paktes zur Schuldenreduzierung wurde darüber hinaus die Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens weiter verbessert.

Im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses SWH-Kompass 2020 besteht für die HWS die Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz zu gestalten. Das strategische Ziel der operativen Exzellenz formuliert dabei „Wir gehören innerhalb der jeweiligen Branche zu den 25 % der Besten in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz). Operative Exzellenz heißt maximale Effektivität und Effizienz in allen Prozessen.“

Basierend auf dem vorhandenen Kennziffersystem der HWS sowie durch Marktanalysen und Benchmarking wurden Ausgangs- und Zielwerte der operativen Exzellenz pro Abteilung festgelegt und damit die Voraussetzungen geschaffen, dass die HWS ab 2017 mit der Umsetzung dieses strategischen Zieles beginnen kann.

Die inhaltliche Umsetzung der operativen Exzellenz wird nach wie vor über die Einzelprojekte des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS 2020 vorgenommen.

Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 45 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die normale betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 50 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	5	2	6	11
Kundenorientierung & Servicequalität	2	1	0	4
Betriebsoptimierung	3	4	16	25
Langfristige Investitionsplanung	1	0	0	2
Personalentwicklung, Führung & Organisation	0	4	3	1
Interne & externe Kommunikation	1	0	2	2
Gesamt:	12	11	27	45

In den Strategieworkshops der HWS im Juni und Dezember 2016 wurden zahlreiche neue Ideen in den Themenfeldern Demografie und Digitalisierung entwickelt. Diese werden derzeit priorisiert und im Anschluss im Rahmen des Maßnahmenmanagement bearbeitet.

Als eine wesentliche Maßnahme zur Sicherung der Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens plant die HWS, ab dem Kalenderjahr 2019 die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) auf Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW) umzustellen. Die Möglichkeit der Umstellung auf diese Abschreibungsmethode ist in § 5 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) geregelt. 2016 konnte die Analysetätigkeit und die Berechnung der Wiederbeschaffungszeitwerte einschließlich der Beurteilung der sogenannten „Mehrerlöse“ abgeschlossen werden. Diese Mehrerlöse können investiv verwendet werden. Damit kann die Eigenkapitalbasis der HWS gestärkt und die Fremdverschuldung auch bei Steigerung der Investitionen im Rahmen des Substanzwerterhaltungsprogramms im Abwasserbereich gesenkt werden.

Aus der HWS 2020 Maßnahme „Kostenoptimierung Kanalreparatur“ wurde das Strategieprojekt „Instandhaltungsstrategie Kanalnetz“ 2016 weiter entwickelt. Über 5,6 km Länge wurde 2016 punktuell repariert. Ziel des Projektes ist es, mit geringem Aufwand möglichst viele Leitungen in ihren Zustandsklassen zu verbessern. Nach Abschluss des Pilotprojektes in 2017 wird in einer Mittelfristplanung die weitere Vorgehensweise festgelegt.

2016 wurde darüber hinaus die Einführung einer prognosegestützten Sanierungsstrategie (Alterungsmodell) weiter vorbereitet. Ziel hierbei ist es, auf Grundlage des Alterungsmodells eine langfristige Erneuerungs-, Renovations- und Instandhaltungsplanung zu erarbeiten und zur gesamtwirtschaftlichen Planung und Ausrichtung der HWS mit der langfristigen Finanzplanung des Unternehmens zu verbinden.

Zur weiteren Optimierung der Tourenplanung im Abfallbereich wurde 2016 die Phase 3 des Optimierungsmodells, welches mit der Hochschule Merseburg erarbeitet wird, abgeschlossen und die Phase 4 begonnen. Unter Nutzung des 2015 und 2016 eingeführten Behälteridentsystems soll im Ergebnis der Phase 4 die Flexibilität in der operativen Tourenplangestaltung erhöht werden.

1.3. Steuerung

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Analog der in 1.1. dargestellten Unternehmensstruktur ist auch die interne Führungsstruktur organisiert. Die Steuerung aller arbeitsorganisatorischen Belange erfolgt somit entsprechend den technischen und kaufmännischen Geschäftsbereichen.

Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen.

Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die Strategische -, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere umfasst die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Mittelfristplanung wird für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 300 Effektivitäts- und Effizienzkennziffern abgebildet, welche monatlich ausgewertet werden. Die strategische Planung umfasst einen Zeitraum von 30 Jahren.

Die Kalkulation der Abwasser-, Niederschlagswasser- und Trinkwasserpreise erfolgt entsprechend der Preisperioden aller 2 Jahre. Die Zuarbeit für die Abfallgebührensatzung für die Stadt Halle (Saale) erfolgt ebenfalls im 2-Jahres-Rhythmus.

Das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung stellt das Risikomanagement eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitern als auch mit den Abteilungsleitern thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der HWS 2020-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, Kennzahlenentwicklung und Umsetzung der Investitionen, werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend behandelt. Die Vorbereitung der Quartalsgespräche erfolgt durch die Abteilung Controlling/Strategie.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der HWS 2020-Projekte. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den in 1.2. genannten sechs Arbeitsschwerpunkten des HWS 2020-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. In speziellen zweimal jährlich stattfindenden Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und deren Abarbeitung festzulegen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf null gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Ein wichtiges organisatorisches Element zur Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt die permanente Überarbeitung des Unternehmensregelwerkes, wie bspw. Dienstanweisungen und Betriebsvereinbarungen, dar. In Abstimmung mit dem Konzern wird dieses regelmäßig überprüft und den aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst. Ebenso werden die Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen zur Nachjustierung der betreffenden Regelungen genutzt. Zusätzlich wird die halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Reklamationen in der Leitungssitzung dazu verwendet, aufgedecktes Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation stets weiter zu erschließen.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitätsmanagements der HWS. Schwerpunkte des Qualitätsmanagements und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Überwachung der Akkreditierung des Zentrallabors durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS)
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgung zum Entsorgungsfachbetrieb und zur anerkannten Behandlungsanlage für Elektroaltgeräte nach ElektroG
- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement.

Halbjährlich wird mit dem Geschäftsbereich das Beschwerdemanagement ausgewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch Umsetzung der HWS 2020 Projekte in das Tagesgeschäft wurden 2016 strukturelle und inhaltliche Veränderungen erforderlich, um Wachstums- oder Effizienzpotentiale zu heben. Darüber hinaus kam es zum Neuabschluss sowie zur Beendigung von Verträgen. Die wesentlichsten davon sind:

Entsorgung

Durch Auslagerung des Mitarbeiterparkplatzes und weiterführende Optimierungsmaßnahmen wurden in den Jahren 2014 bis 2016 am Standort Äußere Hordorfer Straße ca. 6.000 m² gewerbliche Nutzfläche geschaffen. Sie war notwendig, da die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit ihrem Standort in der Äußeren Hordorfer Straße in den letzten Jahren ständig steigende Abfallströme zu verzeichnen hatte und darüber hinaus eine verstärkte Annahme über die Wertstoffmärkte feststellbar ist. In Fortführung des Programms wurden im September 2016 drei Umgestaltungsmaßnahmen auf dem Betriebsgelände begonnen, mit deren Fertigstellung im Dezember 2016 weitere 800 m² Nutzfläche gewonnen werden konnten. Damit wird der stärkeren Frequentierung des Betriebshofes durch den Werkverkehr, den Privatverkehr und den Verkehr aus Industrie und Gewerbe, verbunden mit der ständig steigenden Wertschöpfungstiefe, entsprochen. Durch den Bau einer neuen Waage wurden darüber hinaus Gefährdungspotenziale vermindert und die innere Sicherheit des Objektes erhöht.

Flächenerweiterungen jedoch waren aufgrund fehlender Zukaufsmöglichkeiten direkt angrenzender Grundstücke am Entsorgungsstandort nicht mehr gegeben. Um künftigen logistischen Problemen, bedingt durch mögliche Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie die Einführung einer gesonderten Wertstofftonne, Erhöhung der Abfallfraktionen durch gesetzliche Trennungsvorgaben bereits beim Abbruch etc., entgegenzuwirken, hat die HWS 2016 ein weiteres benachbartes Grundstück, mit einer Fläche von 8.267 m² erworben. Diese Fläche kann bis zu einer endgültigen Verwendung für Zwischenlagerungen genutzt werden. Vor allem bei den in den nächsten vier Jahren zu erwartenden erheblichen Bauaktivitäten (Stadtbahnprogramm, Fluthilfe, sonstige Maßnahmen) ist ein Zwischenlagerungsstandort, der der gesamten SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt werden kann und verkehrsgünstig liegt, von Vorteil.

Seit dem Jahr 2016 arbeitet die HWS in der Sortieranlage für Elektroaltgeräte mit dem Unternehmen STRABAG auf der Grundlage sowohl eines neuen Dienstleistungsvertrages als auch eines Verwertungsvertrages zusammen. Damit ist die Fortsetzung der Tätigkeit der HWS auf diesem Gebiet für zunächst zwei weitere Jahre gesichert. Im Berichtsjahr stand insbesondere im Fokus, die Arbeits- und Prozessabläufe bei den Anliefer- und Sortiervorgängen zu überprüfen und zu optimieren.

Mit dem 2016 abgeschlossenen Pilotprojekt für die Erreichung der Ziele der operativen Exzellenz, Optimierung der Abteilung Containerdienst, konnte eine wahrnehmbare Effizienzerhöhung erreicht werden. Wesentlich hierfür sind eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Schnittstellen (Vertrieb/Logistik), eine Veränderung in der Tourengestaltung sowie eine kundenorientierte Tätigkeit aller beteiligten Bereiche. Erreicht wurde ebenso eine verbesserte, gleichmäßige Verteilung der Tätigkeiten im Zeitrahmen des vorhandenen Zwei-Schicht-Systems. Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Steigerung des Umsatzes. 2016 konnte hier bereits eine Steigerung um ca. 22 % erreicht werden.

Wasser/Abwasser

Trotz Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung im Bereich Trinkwasser durch den Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) zum 01. Januar 2015 hat die HWS über einen faktisch zustande gekommenen „Notwasserlieferungsvertrag“ den WAZV mit Wasser beliefert. Der Preis wurde durch den WAZV strittig erklärt und somit die Rechnung nur zum Teil beglichen. Im Ergebnis der mündlichen Verhandlung zum Rechtsstreit zwischen HWS und WAZV auf Zahlung von erfolgten Wasserlieferungen vor dem Landgericht Halle konnte ein Vergleich vereinbart werden, der im Mai 2016 zum Abschluss eines 10-jährigen Wasserlieferungsvertrages (auf der Grundlage des Notwasserlieferungsvertrages) führte. Damit ist die Wasserlieferung an den WAZV bis 2025 sichergestellt. In diesem Zusammenhang wurde der Liefervertrag zwischen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH und der HWS, welcher 2017 zur Verlängerung anstand, vorfristig bis 2025 verlängert.

Ein Klageverfahren HWS ./. WAZV, das Abrechnungsgebiet Landsberg betreffend, fand im Jahr 2016 in Form eines Vergleiches für die Jahresendabrechnungen 2013 und 2014 seinen Abschluss. Hintergrund des Verfahrens waren unterschiedliche Rechtsauffassungen hinsichtlich des Vertragsübergangs von der Stadt Landsberg (AöR) auf den WAZV Saalkreis und der damit im Zusammenhang stehenden Leistungsabrechnung im Rahmen des Betriebsführungsvertrages. Die Betriebsführungsvereinbarung mit dem AZV Götschetal wurde durch den WAZV fristgerecht zum 31. Dezember 2015 gekündigt, sodass ab 01. Januar 2016 der WAZV diese Aufgaben selbst übernommen hat. Des Weiteren hat der WAZV den Betriebsführungsvertrag Lieskau zum 31. Dezember 2016 gekündigt sowie in beiderseitigem Einverständnis den kaufmännischen Teil des Betriebsführungsvertrages Landsberg aufgehoben (der Vertrag endet am 31. Mai 2017). Die Zusammenarbeit für die Wartung, Instandhaltung und Pflege des Kanalnetzes und der Pumpwerke (Betriebsdienstvertrag) für das Gebiet des ehemaligen AZV Salza wurde durch die HWS per 31.12.2016 gekündigt. Ab dem zweiten Quartal 2017 wird die bisherige Zusammenarbeit im Bereich der Abwasserentsorgung (kaufmännische und technische Betriebsführung) mit dem WAZV Saalkreis für alle bisher betreuten Aufgabengebiete beendet. Laufende Verträge zur Abwassereinleitung sind davon ausgenommen.

Die HWS hat die Aufhebung der Betriebsführungsvereinbarungen bzw. -verträge im Abwasserbereich aktiv mit herbeigeführt, da die Beendigung nicht zur wirtschaftlichen Schlechterstellung des Unternehmens geführt hat.

Die Schlichtungsverfahren „Eigenkapitalverzinsung“ und „Netztrennungskosten“ im Rahmen der Kündigung der Betriebsführungsvereinbarung Trinkwasser durch den WAZV wurden 2016 durchgeführt. Im Ergebnis des Schlichtungsverfahrens „Netztrennungskosten“ konnte keine Einigung erzielt werden, so dass 2017 durch die HWS das Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet wird. Im Schlichtungsverfahren „Eigenkapitalverzinsung“ ist 2017 der Schlichtungsvorschlag des Schlichters zu erwarten.

Der Bereich Betriebsführung wurde infolge der Reduzierung der Betriebsführungsvereinbarungen 2016 weiter verkleinert. 2017 wird dieser Bereich vollständig aufgelöst. Durch Übertragung anderer Aufgaben und Ablösung von Fremdleistungen sowie Personaltransfer in andere Gesellschaften des Konzerns erfolgt die Veränderung der Struktur sozialverträglich und unkompliziert.

Die Zusammenarbeit mit dem AZV Elster-Kabelsketal konnte auf Grund des Abschlusses der Zweckvereinbarung wesentlich vertieft und auf die nächsten 20 Jahre festgeschrieben werden.

Das HWS 2020-Projekt zur technischen und personellen Zusammenlegung der Leitwarten Trinkwasser und Abwasser zu einer zentralen Leitwarte mit gemeinsamem Standort auf der Kläranlage Nord wurde im Jahr 2016 weiter umgesetzt. Der Abschluss der Maßnahme ist für 2017 vorgesehen.

Die Installation eines einheitlichen Prozessleitsystems Wasser/Abwasser am Standort Klärwerk Nord wurde 2016 begonnen und wird Ende 2017 abgeschlossen.

Sonstige Geschäftsbereiche

Im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf wurde der Referent für Unternehmenssteuerung 2016 etabliert. Durch diesen Mitarbeiter werden die HWS 2020 Maßnahmen und die operative Exzellenz koordiniert sowie die Langfristplanung der HWS weiterentwickelt und nachjustiert.

Im Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung wurde 2016 die Voraussetzung geschaffen, dass 2017 sämtliche Stabstellen, einschließlich des Zentrallabors, in diesen Bereich integriert werden. Mit dieser tiefgreifenden Strukturveränderung sind Effizienzsteigerungspotenziale sowie weitere Qualitätsverbesserungen durch tiefere inhaltliche Durchdringung verbunden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1 % im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die geplanten Jahreszielstellungen der HWS konnten im Geschäftsverlauf des Jahres 2016 im Wesentlichen erreicht und überboten werden.

Das Jahresergebnis vor EAV beträgt 10.097 TEUR. Damit konnte das geplante Ergebnis um 373 TEUR überboten werden. Das sind 4 % mehr als geplant. Die Ergebnisübererfüllung resultiert im Wesentlichen aus der Übererfüllung der geplanten Umsätze sowie der Einsparung aus Personal und Fixkosten. Positiv ist hervorzuheben, dass an der Übererfüllung der Umsätze fast alle Bereiche beteiligt sind. Bei der Umsetzung der strategischen Zielstellungen wurden wie im Vorangegangenen bereits dargestellt, weitere erhebliche Fortschritte erzielt. So konnten 2016 die Voraussetzungen geschaffen werden, um die operative Exzellenz in der HWS ab 2017 umzusetzen. Das Effizienz-, Effektivitäts- und Entwicklungsprogramm HWS 2020 wurde vollständig in das Tagesgeschäft der HWS in 2016 übernommen. Mit der Etablierung des Referenten für Unternehmenssteuerung werden die wesentlichsten Schwerpunkte der operative Exzellenz HWS 2020 zentral koordiniert und mit der permanenten weiter zu entwickelnden Langfristplanung abgestimmt. Für die Umsetzung der prognosegesteuerten Substanzwerterhaltung im Wasser- und Abwasserbereich wurden mit dem vorbereiteten Tätigkeiten für die Einführung eines Alterungsmodelles und der Vertiefung der Erkenntnisse aus der Reparaturstrategie wesentliche Voraussetzungen geschaffen, auch im materiellen Bereich ein langfristige strategisches Planungstool zu schaffen. Zur Optimierung von Prozessabläufen und auch als Antwort auf die demografische Entwicklung wurde 2016 die Intensivierung der Digitalisierung in der HWS diskutiert. In Form von HWS 2020 Projekten wurden in fast allen Bereichen Voraussetzungen geschaffen, diesen Prozess auch in den kommenden Jahren zielstrebig weiter fortzuführen.

Die im Ergebnis der Effizienzprogramme geschaffene wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens war die Voraussetzung dafür, dass die im Jahre 2016 vollzogene Preiskalkulation für die Preisperiode 2017/18 wieder bei Trink- und Schmutzwasser konstante Preise sicherstellt. Bei Niederschlagswasser konnte der Preis das zweite Mal in Folge gesenkt werden. Aufgrund der Marktsituation am Abfallwirtschaftsmarkt war eine Erhöhung der Gebühr für die Abfallentsorgung notwendig. Diese Gebührenerhöhung ist jedoch fast ausschließlich auf marktbedingte Entsorgungspreise und nicht auf Kostensteigerung in den Leistungen der HWS zurück zu führen.

Trotz erheblicher Anstrengungen des Unternehmens zur weiteren Verbesserung des betrieblichen Gesundheitsmanagements war im Jahr 2016 wieder ein Anstieg des Krankenstandes, insbesondere hervorgerufen durch Langzeitkranke, zu verzeichnen. Durch unterschiedliche personelle Maßnahmen konnten die Stellen von Langzeitkranken und Leistungsgeminderten neu oder befristet besetzt werden. Trotzdem bleibt die vorbeugende Tätigkeit im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements, sowie die konsequente und kontinuierliche Abarbeitung der Nachfolgeplanung ein wesentlicher Schwerpunkt in der Arbeit der HWS.

Wasser/Abwasser

Im Jahr 2016 wurden rund 18,2 Mio. m³ Trinkwasser abgesetzt. Der Wasserabsatz liegt damit 2016 in Höhe von 839 Tm³ über dem Planansatz. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Wasserabsatz insgesamt um 455 Tm³ gesteigert werden. Die Umsatzerlöse im Wasser wurden damit mit 1,2 Mio. EUR über dem Planansatz realisiert. Die Schmutzwasserentsorgung wurde um 534 Tm³ gegenüber der Planmenge gesteigert. Die Untererfüllung der Umsatzerlöse in Höhe von 2,21 Mio. EUR zum Plan, resultiert aus der Planabweichung für die Kostenüberdeckung. Diese ist zu passivieren und mindert damit die Umsatzerlöse. Die im Rahmen der HWS 2020 Maßnahmen avisierten Optimierungsziele im Geschäftsbereich Wasser/Abwasser wurden erreicht und finden im Gesamtergebnis des Bereiches ihren Niederschlag. Die Beendigung der Betriebsführungen im Abwasserbereich des WAZV haben auf Grund der parallel dazu vorgenommenen Anpassungsmaßnahmen in der HWS, keine negativen Auswirkungen auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis. Durch den Abschluss des Wasserlieferungsvertrages mit dem WAZV, sowie des Belieferungsvertrages mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, konnte für die HWS die Planungs- und Kalkulationssicherheit erhöht werden.

In zielgerichteten Verhandlungen mit den Wohnungsgesellschaften konnten 2016, bis auf eine Gesellschaft, zivilrechtliche Vereinbarungen zur I-Gang Problematik abgeschlossen werden. Auch dadurch konnten erhebliche rechtliche Risiken minimiert werden. Durch eine Wohnungsgesellschaft wurden rechtliche Maßnahmen ergriffen.

Im Bereich Trink- und Abwasser wurden 2016 19,8 Mio. EUR Investitionen getätigt. Diese beinhalten sowohl Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, als auch Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes der HAVAG und die Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013.

Zur Beseitigung von Rohrbruchschwerpunkten im Trinkwasserbereich ist die jährliche Auswertung der Schadensstatistik (Anzahl, Dichte und Reparaturkosten) maßgebend. Im Jahr 2016 wurde die Erneuerung von überalterten und störanfälligen Trinkwasserleitungen u.a. im Immenweg, Nelkenstraße, Südstraße und im Blumenauweg umgesetzt. Die Realisierung der Maßnahmen Wolfstraße und Ammendorfer Weg wurde im IV.Quartal begonnen.

Das Programm zur Sanierung von Großrohrleitungen > DN 400 erfolgt in Abhängigkeit einer schadensbezogenen Bewertung, der Bedeutung für die Versorgungssicherheit und einer hydraulischen Bewertung. Die Schwerpunkte werden u.a. für einen Teil des Magistralenkollektors gesetzt. Als Vorleistung zum Stadtbahnprogramm wurde die Doppelleitung DN 600 vor dem ehemaligen Maritim Hotel redimensioniert.

Mit dem Stadtbahnprogramm der HAVAG wurde ein umfangreiches Maßnahmenprogramm bis zum Jahr 2019 aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms wurden im Jahr 2016 Maßnahmen im Bereich des Böllberger Weges, der Dessauer Straße, der Veszpremer Straße realisiert bzw. begonnen. Die Arbeit am Steintor wurde planmäßig fortgeführt.

Auch aus der Koordinierungsplanung innerhalb der Stadtwerkegruppe resultieren weitere Baumaßnahmen. Gemeinsam mit der EVH/EVH/N (Sparte Gas) wurde die Trinkwasserleitung in der Wolfensteinstraße, in der Bernhardystraße und in der Mozartstraße ausgewechselt. Gemeinsam mit dem Abwasserkanal wurde Auswechslung der TWL in der Dorflage und im Kurzen Rain in Halle Büschdorf begonnen.

Die Mitwirkung bei städtischen Erschließungs-, Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie innerstädtischen Maßnahmen im Rahmen des Konzessionsvertrages (z.B. Schulstraße; Salzmünder Straße, B6 Raffineriestraße und B 100 Birkhahnweg) wurde wie in den vorangegangenen Jahren sichergestellt.

Das Meßstellenprogramm im Bereich Trinkwasser wurde auch im Jahr 2016 weitergeführt.

Für die Sanierung und den Neubau von Trinkwasserhausanschlüssen sowie die Auswechslung von Anschlussleitungen wurde im Jahr 2016 741 TEUR investiert.

Die Überwachungswerte der Kläranlage Halle Nord sind auch zukünftig sicher einzuhalten. Die Anlagenkapazität ist derzeit ausgeschöpft. Am Ende des Jahres 2014 war dem Landesverwaltungsamt ein Maßnahmeplan zur geforderten Einhaltung des Stickstoffwertes (ges. N= 13 mg/l) und zur geplanten Anlagenerweiterung vorzulegen. Im Jahr 2016 erfolgte die Planung und Ausschreibung für die vorgenannten Maßnahmen. Entsprechend des Maßnahmeplans ist ein Bauende im IV. Quartal des Jahres 2018 geplant. Das Klärwerk Nord wird bis zu diesem Zeitpunkt um 40.000 EWG erweitert.

Parallel dazu sind Maßnahmen zur Verbesserung der Klärschlammwässerung vorzusehen. Im Jahr 2016 wurde eine Studie für diese Maßnahmen beauftragt.

Um der vorrangigen Zielstellung, einer Reduzierung der Kanalhaltungen in den Zustandsklassen mit höchster Sanierungspriorität Rechnung zu tragen, wurde neben den Renovierungs- und Erneuerungsmaßnahmen, die substanzwerterhaltend wirken, die Reparaturstrategie ausgebaut. Für ca. 446 TEUR wurden Kanalnetze unter Einsatz von Kamertechnik befahren und gebietsbezogenen Maßnahmepakete zur Reparatur vorbereitet und umgesetzt.

Um an dem Aspekt einer langfristig wirtschaftlichen Sanierungsstrategie weiterhin festzuhalten, werden für Sanierungsvorhaben Variantenuntersuchungen erarbeitet, die einer Kostenvergleichsrechnung (KVR) unterzogen werden. Zielstellung ist, trotz der begrenzten finanziellen Ressourcen, die langfristig wirtschaftlichste Variante umzusetzen.

Im Jahr 2016 wurde das schadhafte Kanalnetz mehrerer Straßenzüge renoviert bzw. erneuert. Hierzu zählen die Dorflage in Halle Büschdorf, der RWK in der Hafenstraße, der Bereich Sandberg sowie das Areal Fleischerstraße/Große Wallstraße inkl. der Nebenstraßen. Die bautechnische und hydraulische Sanierung des Kanals in der Thomasiusstraße (Komplexbaumaßnahme mit der Stadt Halle) musste auf das Jahr 2017 verschoben werden.

Der 2.Kanalbauabschnitt in der Helmut-Just-Straße wurde im Jahr 2016 fertiggestellt und leistet einen entscheidenden Beitrag zur hydraulischen Sanierung des zugehörigen Einzugsgebietes.

Die HWS hat sich, wie auch im Trinkwasser, im Jahr 2016 weiterhin an den Komplexbaumaßnahmen anderer Maßnahmeträger (Stadt, DB) zur Sanierung der Infrastruktur beteiligt.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt im Bereich Wasser/Abwasser war die konsequente Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung von Hochwasserschäden 2013 des Landes Sachsen-Anhalt. Im Ergebnis liegen derzeit 32 Bewilligungsbescheide im Umfang von 35,8 Mio. EUR des Landesverwaltungsamtes vor. Erhöhungsanträge mit einem Umfang von weiteren 2,0 Mio. EUR werden derzeit durch das Landesverwaltungsamt bearbeitet. Fluthilfemittel in Höhe von 8,8 Mio. EUR wurden bisher abgerufen. Über Versicherungsleistungen wurden Schäden in Höhe von 608 TEUR ausgeglichen. 16 der bewilligten 32 Maßnahmen konnten bereits abgeschlossen und die entsprechenden Verwendungsnachweise beim Landesverwaltungsamt eingereicht werden.

Bei den Projekten des Fluthilfeprogramms stand im abgelaufenen Geschäftsjahr der Baubeginn und die weitere Umsetzung für den Ersatzneubau der Trinkwasserleitung und der Abwasserdruckleitung Gimritzer Damm an, die Erneuerung der Trinkwasserleitungen Elsteraue, der Start für den Ersatzneubau Hauptsammelkanal Brachwitzer Straße sowie die Franz-Schubert-Straße in der Klausvorstadt. Der Ersatzneubau der Trinkwasserleitung auf der Peißnitzinsel konnte abgeschlossen werden.

Mit einer Auslesung von Wasserzählern per Funk befasste sich im Jahr 2016 ein Pilotprojekt der HWS. Hintergrund war der jährliche Aufwand von ca. 112 TEUR, der mit der Ablesung und der Nachbereitung mangelhafter Vertragsabrechnungen verbunden ist. Durch Ausschluss der Fehlerquelle durch manuelle Erfassungen im Ableseprozess sollen Mängel in der Vertragsabrechnung und damit der Aufwand wesentlich reduziert werden. Daher wurden zu Beginn des vierten Quartals 2016 gemeinsam mit der EVH in einem repräsentativen halleschen Wohngebiet die Hausanschlüsse mit elektronischen Wasserzählern ausgerüstet. Etwa 200 Wasserzähler mit induktiver Durchflussmessung und zusätzlich eine kleine Anzahl mit Ultraschalltechnologie wurden in die Kundenanlagen installiert. Die Funknahauslesung, die Auslesung erfolgt im Vorbeifahren mittels eines im PKW platzierten Auslesegerätes (Handheld, Tablet, Laptop), erwies sich bislang als vielversprechend. Erste Ausleseversuche lieferten eine Ablesequote von 99%. Eine Auswertung des Pilotprojektes erfolgt im Frühjahr 2017.

Gemeinsam mit der IT-Consult Halle GmbH hat die HWS eine Überarbeitung des Mahnverfahrens für Wasser, Abwasser und Niederschlagswasser durchgeführt. Ziel war, den Mahndurchlauf für in Verzug befindliche Rechnungen deutlich zu beschleunigen. Weiterhin wurde die Mahngebühr gesenkt und die Berechnung von Verzugszinsen eingeführt. Das neue Vorgehen wird ab dem 01.01.2017 in Anwendung gebracht.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt im Geschäftsbereich Trink- und Abwasser war die Übernahme der Aufgaben durch Erweiterung des Konzessionsvertrages mit der Stadt Halle (Saale) auf das Gebiet des AZV Elster-Kabelsketal. Die fachliche Betreuung, Wartung, Pflege und Erneuerung des Abwassernetzes der beiden Kläranlagen ist nun Aufgabe des Bereiches Wasser/Abwasser, genauso wie die Planung von Investitionen, Einholung behördlicher Genehmigungen, Wasserrechte etc.

Konsequent wurden im Geschäftsbereich die HWS Maßnahmen 2020 fortgeführt. 2016 konnten die Maßnahmen:

- Fremdwasserbekämpfung
- Optimierung der Struktur Abteilung TWK
- Optimierung des Prozesses zur TV-Untersuchung des Abwassernetzes

weitestgehend abgeschlossen werden und in den normalen Geschäftsbetrieb überführt werden. Neben den bereits wiederholt aufgeführten strategischen Schwerpunkten, wie Alterungsmodell und Reparaturstrategie wurden im Zuge der Digitalisierung neue Maßnahmen begonnen, wie die Einführung eines Betriebsinformationssystems, sowie in Verbindung mit dem Bereich Kaufmann zur Sicherung der Zusammenführung langfristiger strategischer Planung, die HWS Maßnahme strategisches Anlagenmanagement für Trink- und Abwasseranlagen.

Entsorgung (incl. Reinigung)

Im Bereich Entsorgung und Reinigung wurden 1,2 Mio. Umsätze mehr realisiert, als geplant. Das entspricht 7,7 %. Ergänzt wird diese positive Entwicklung der erbrachten Umsatzleistungen durch die Übererfüllung im Stoffstrommanagement in Höhe von 674 TEUR, das entspricht 9,7 % gegenüber dem Plan.

Die Mehrerlöse für die Entsorgung und Reinigung sind unter anderem auf gestiegene Containerleistungen in Folge der HWS 2020 Maßnahme (+ 401 TEUR; + 34,5 %), Reinigungsleistung (+149 TEUR; + 2,9 %), Behälterleistungen (+284 TEUR; + 3,8 %) und Fahrzeugservice, wesentlich geprägt durch HWS 2020 Maßnahmen zentrales Fuhrparkmanagement und Zentralwerkstatt zurück zu führen. Für die drei Wertstoffmärkte der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, wurden 2016 mehr als 21.9007 t Abfälle erfasst. Die Anzahl der Kunden konnte 2016 erneut um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Der Umsatz stieg im Vergleich zu Vorjahreszeitraum um 5,8 % auf knapp 4.994 TEUR bis 31.12.2016. Diese positive Entwicklung schließt auch gewerbliche Umsätze ein. Sie haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 % erhöht. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hat der Verkauf von Produkten, der mit über 20,8 % in den Gesamtumsatz einfließt. Die HWS hat nach wie vor die kundenfreundlichsten Öffnungszeiten der Wertstoffmärkte in Deutschland, sie betragen:

Standorte: Schieferstraße 2, Äußere Radeweller Straße 15, Äußere Hordorfer Straße 12

Montag - Freitag: 6.00 - 21.00 Uhr

Samstag: 7.00 - 12.00 Uhr

Durch Einführung des Identsystems und Scharfschalten des Kippstopps konnten seit der Einführung 1.211 Behälter, die ungerechtfertigt zur Abholung bereitgestellt wurden, identifiziert werden. Davon waren 757 Behälter im gebührenpflichtigen Bereich. Durch die Einziehung dieser Behälter wurden nicht nur der Gebührengerechtigkeit entsprochen, sondern auch erhebliche Kosten, die durch die Solidargemeinschaft getragen werden musste, eliminiert. Die Auswertung der Daten aus dem Behältersystem werden in den nächsten Jahren insbesondere zur Tourenoptimierung eingesetzt.

Für eine kurzfristige Störung in den Betriebsabläufen führte ein Brandereignis am 07. Juni 2016 auf dem Gelände der Äußeren Hordorfer Straße. Dort war zunächst der Sperrmüll in Brand geraten, im weiteren Verlauf fand auch ein Übergriff auf benachbarte Fraktionen statt. Es kam zu Sachschäden an einer naheliegenden Halle sowie den vorsorglich aus Feuerschutzgründen errichteten Prall- und Brandschutzwänden. Personen wurden nicht verletzt. Während des Brandes wurden permanente Emissionsmessungen durchgeführt, die jedoch keine Gefährdungspotentiale aufwiesen. Die Entsorgungssicherheit der Stadt Halle war zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Planmäßig eingehende Stoffströme wurden umgeleitet. Ca. 500 t verbranntes Material musste sechs Wochen zwischengelagert werden, bevor das Material als Brandabfall in die Verbrennung gebracht werden konnte. Der normale Tagesbetrieb konnte bereits am nächsten Tag wieder aufgenommen werden. Die Versicherung der HWS wurde unverzüglich einbezogen, der Abschluss der Schadenregulierung wird für das 1. Quartal 2017 erwartet. Als Brandursache wird eine Selbstentzündung im Sperrmüll vermutet.

Das Jahr 2016 stand im Zeichen einer Entsorgungskampagne. Unter dem Motto „Mit uns läuft's“ wurden den Bürgern auf verschiedenen Veranstaltungen, Aktionen und Publikationen einerseits die Dienstleistungen der HWS im Bereich Entsorgung vorgestellt, andererseits die Leistungen der HWS-Beschäftigten in ihrer täglichen Arbeit auf den Gebieten der Müllentsorgung und Straßenreinigung der Stadt nahegebracht. Die Monatsmotive der Kampagne sind ebenfalls im HWS-Kundenkalender für das Jahr 2017 aufgenommen worden.

Ein Testprojekt zur Untersuchung von Nutzen und Wirtschaftlichkeit beim Einsatz externer (Carsharing-)Fahrzeuge gegenüber eigenen Dienstfahrzeugen ist nach Auswertung der ersten Testphase sehr erfolgreich verlaufen. Die Nutzung des Carsharing ist bis zu einer bestimmten, sogenannten effektiven Kilometerleistung kostengünstiger, bei geringer Fahrleistung sogar signifikant günstiger als der Einsatz von Dienstfahrzeugen. Ein weiterer Vorteil sind die Serviceleistungen des Carsharing-Unternehmens, dessen Flotte zudem stets aktuell ist, da der Fahrzeugbestand alle zwei Jahre erneuert wird. Die Testphase wird nun bis zum 30. Juni 2017 verlängert. Bis dahin werden die beiden Fahrzeuge der ersten Testphase weiterhin im Einsatz bleiben und ab dem 1. Quartal 2017 weitere drei externe Fahrzeuge vier alte Dienstfahrzeuge ablösen. Nach umfassender Auswertung der Testphase nach dem 30. Juni 2017 ist geplant, bei Bestätigung des Projekterfolgs bis zum Ende des nächsten Jahres den Einsatz von Carsharing-Poolfahrzeugen im Unternehmen weiter zu verbreiten. Eine regelmäßige Auswertung der Wirtschaftlichkeit und der Praktikabilität in den Standorten wird vorgenommen.

Im Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller verhängte die EU-Kommission am 19. Juli 2016 Bußgelder wegen aufgedeckter Preisabsprachen. Die Absprachen betrafen den gesamten europäischen Wirtschaftsraum und bezogen sich auf mittelschwere und schwere LKW. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche gegen die jeweiligen Hersteller geltend zu machen. Auch die Fahrzeuge der Stadtwerkeunternehmen sind hiervon betroffen. In Konsequenz daraus hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH die erforderlichen Daten erfasst, um über eine Rechtsanwaltskanzlei Schadenersatz gegenüber den Herstellern geltend zu machen. Alle erforderlichen Schritte zur Fristwahrung werden in Absprache mit den Rechtsanwälten vorgenommen. Im SWH-Bereich betrifft dies ca. 70 Fahrzeuge.

Im vergangenen Jahr wurden verstärkt Aktivitäten unternommen, um auch die Entsorgung von Abfällen über Unterflursysteme anzubieten und zu installieren. Die großvolumigen Behälter, die sich unter der Erdoberfläche befinden, bieten mehrere Vorteile: Sie ermöglichen eine barrierefreie Sammlung und Entsorgung, bieten einen größeren Schutz vor Vandalismus als herkömmliche Kunststoffbehälter, vermindern Geruchsbelastungen und tragen zu einer optischen Aufwertung von Wohnanlagen bei. Das Konzept der Unterfluranlagen wurde den Wohnungsgesellschaften in Halle ausführlich vorgestellt, Anforderungen und Möglichkeiten wurden besprochen. Derzeit werden geeignete Sammelplätze abgestimmt, eine Ausschreibung für die Errichtung der Anlagen ist in Vorbereitung. In die im Dezember im Stadtrat bestätigten Abfallsatzungen wurde das Unterflurbehältersystem als alternative Entsorgungsart aufgenommen. Ziel ist es für das kommende Jahr, eine erste Anlage zu etablieren.

Gebäudereinigung

Dem im Vorjahr bis 2021 verlängerten Gebäudereinigungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) entsprechend, traten 2016 erstmals die vereinbarten Reduzierungen in der Häufigkeit bei der Reinigung von Verkehrswegen und Büroflächen in Kraft. Durch Übernahme anderer Aufgaben im Bereich der Schulen und der Verwaltung konnte der geplante Umsatz dennoch übererfüllt werden. In den Sommerferien des Berichtsjahres erfolgten planmäßig die Jahressonderreinigungen von Schulen und Turnhallen, hinzu war ab diesem Jahr zusätzlich die Beräumung der zu reinigenden Räume vereinbart.

2016 erfolgte eine europaweite Ausschreibung von Glas- und Rahmenreinigungen in Objekten der Stadt Halle. Entsprechend der Novellierung und Modernisierung des Vergaberechts wurde die Leistung in 13 Lose aufgeteilt. Die Auftragsvergabe wurde vorgenommen, sodass die beauftragten Arbeiten planmäßig vom 01. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018 erfolgen können.

Geschäftsbereichsübergreifend

Auf dem Gelände der Äußeren Hordorfer Straße wurde der Ersatz der bestehenden Gaskesselanlagen durch hocheffiziente Brennwertanlagen und die Errichtung eines neuen, erdgasbetriebenen Blockheizkraftwerkes (BHKW) vorgenommen. Die Inbetriebnahme des BHKW ist Ende September 2016 erfolgt. Nach erfolgreichem Probetrieb arbeitet die Anlage seit dem letzten Quartal 2016 stabil und ist in das Heizungs- und Warmwassersystem des Standortes sowie die Eigenstromerzeugung und Stromeinspeisung eingebunden. Mit dem hier verfolgten Modell werden in der HWS Aufwendungen für KWK-Zuschläge, EEG Einspeisevergütung sowie Erdgassteuer eingespart.

Nutzerfreundlich und optisch aufgeräumt ist die neue Internetseite der HWS ab 12. Oktober 2016 unter www.hws-halle.de zu finden und entspricht damit dem Standard in der SWH-Gruppe.

Der Internetauftritt der HWS wurde komplett erneuert. Die Seitenstruktur und der Inhalt wurden von Grund auf überarbeitet, damit alle Nutzer schnell die gesuchten Informationen finden. Die Homepage unterteilt sich in die Hauptmenüs Wasser, Entsorgung/Reinigung, Container, Wertstoffmärkte, Kundenservice und Unternehmen. Hierbei wurde auf die vertriebliche Orientierung sehr viel Wert gelegt. Die Bereiche Labordienstleistungen, Containerdienst und Wertstoffmarkt wurden sehr zentral platziert, so dass diese dem Betrachter gleich ins Auge fallen. Auf der Startseite befindet sich ein Servicebutton, der die wichtigsten Informationen für die Kunden der HWS bereithält. Themenboxen auf der Startseite sind mit den Inhalten Shop, Entsorgungskalender, Labor und Kläranlage gefüllt.

Neu sind der Entsorgungskalender inklusive moderner Funktionen sowie Shop, über den man viele Produkte und Dienstleistungen rund um die Themen Labordienstleistungen, Haus/Grundstück, Sperrmüll, Behältersysteme, Containerdienst oder Wertstoffmarkt leicht beziehen kann. Beim Shop kann der Nutzer über Antragsformulare leicht einen Kontakt zur HWS herstellen. Durch diese Formulare wird dem Nutzer die Möglichkeit gegeben, seine Anliegen und Wünsche schnell und strukturiert zu übermitteln. Die Verteilung der Anfragen erfolgt direkt zum Vertrieb beziehungsweise zum Auftragservice, um eine schnelle und direkte Bearbeitung zu ermöglichen. Der Entsorgungskalender bietet eine Druckversion, eine mobile Version (jeder Nutzer kann ihn in den Kalender übernehmen) und eine Version als pdf-Datei. Der Nutzer hat somit vielfältige Möglichkeiten, seine Entsorgungstermine im Blick zu behalten.

Unter dem Schwerpunkt „Zukünftige Herausforderungen der Abwasserwirtschaft“ fand im April 2016 auf dem Klärwerk Nord das 6. Hallesche Werkstattgespräch der HWS statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde die Abwasserwirtschaft im Spannungsfeld zwischen den umweltpolitischen Anforderungen, dem Erneuerungsbedarf im Abwassernetz und effizientem Kosteneinsatz zur Sicherung einer moderaten Gebühren- und Preisentwicklung thematisiert. In Vorträgen und Diskussionen mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft wurden technische und wirtschaftliche Aspekte künftiger Anforderungen an die Abwasserwirtschaft erörtert. Die Veranstaltung fand bei allen Teilnehmern einen großen Anklang.

Ein unerwartetes Lob von externer Seite erhielt die HWS im Sommer 2016: Die Stiftung Warentest hat im Juli die Ergebnisse aus einem Trinkwassertest (Leitungswasser vs. Flaschenmineralwasser) veröffentlicht. Auch das Trinkwasser in Halle war Bestandteil des Tests und hat überzeugt: Es hat sehr gute Qualität, ist immer verfügbar und günstig. Diese Beurteilung wertete die HWS, insbesondere vor dem Hintergrund der im Jahr 2015 durchgeführten Trinkwasserkampagne, als eine Bestätigung für die hochwertige geleistete Arbeit des Unternehmens und seiner Beschäftigten.

Durch den Pakt zur Schuldenreduzierung wurden mittel- und langfristige Lösungen gefunden, um die Finanzierbarkeit und Sicherung der Substanzentwicklung des Unternehmens zu gewährleisten. Im Rahmen der strategischen Langfristplanung hat sich die HWS verstärkt darauf konzentriert, zur Sicherung des Investment Grade der Stadtwerkegruppe insgesamt Ratingzahlen im Vorgriff auf BASEL III als Zielgrößen für die Mittel- und Langfristplanung zu etablieren.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund des leichten Bevölkerungswachstums in der Stadt Halle (Saale) und der guten Wetterbedingungen im Jahr 2016, war wiederum eine positive Entwicklung des Wasserabsatzes und damit verbunden auch der zu reinigten Abwassermengen sichergestellt. Die Entwicklung der wesentlichsten Kostenparameter wie Personal, Energie und Treibstoff gestaltete sich planmäßig.

Aufgrund der Konjunkturlage ist ein wesentlicher Anstieg des Baupreisindex zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex von 2015 auf 2016 um 11,7 %. Diese Situation wirkt insbesondere auf die von der HWS geplanten Investitionen. Durch eine solide Vorbereitung der dazu notwendigen Ausschreibungen und konsequent geführten Bietergesprächen konnte 2016 erreicht werden, dass nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Kostenschätzungen hingenommen werden muss.

Im Entsorgungsbereich gestaltet sich die Marktentwicklung wie folgt:

Die Vergütungen für aufbereitetes Altholz sind im vierten Quartal 2016 weiter gesunken. Inzwischen muss flächendeckend von einer Zuzahlung bei der thermischen Verwertung für alle Qualitäten ausgegangen werden, während im Vorjahreszeitraum noch Vergütungen oberhalb der 10 EUR/t realisierbar waren. Auch für PPK sind wieder zurückgehende Preise zu beobachten. Die Preise für die thermische Verwertung von Gewerbeabfällen (Baumischabfall, Restmüll, Sperrmüll) sind unvermindert hoch und haben im 4. Quartal nahezu eine 100-prozentige Steigerung gegenüber 2015 erfahren. Die weitere Entwicklung hängt einerseits vom Gesamtaufkommen sowie vom Importverhalten ab. Letzteres dürfte sich kurzfristig nicht ändern, sodass weiterhin mit hohen Entsorgungspreisen zu rechnen ist. Die Rohstoffpreise für Stahlschrott sind im 4. Quartal 2016 wieder etwas angestiegen und können nahezu das Niveau des 2. Quartals erreichen, auch für das erste Quartal 2017 wird von einer stabilen Entwicklung ausgegangen. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt auf Grund von Rohstoffspekulationen an den Börsen weiterhin kurzfristigen Schwankungen unterworfen.

Die Entsorgung von Abfällen wird durch die HWS in der Regel ausgeschrieben und über Jahres- bzw. Zweijahresverträge fest vereinbart. Lediglich Mengen, die über den Ausschreibungs- oder Vertragsrahmen hinausgehen, waren unterjährigen Preisschwankungen unterworfen (z. B. Baumischabfall). Die HWS hat aufgrund von vertraglichen Bindungen (kurzfristig) im Jahr 2016 teils deutliche Mengensteigerungen realisiert (z.B. Baumischabfälle ca. 50 % über Plan). Diese Übermengen sind nicht über die Ausschreibung gedeckt und unterliegen somit Preisschwankungen (Spotmengen).

Um der Preisentwicklung entgegen zu wirken, wurden Preisanpassungen gegenüber den Kunden durchgesetzt. Aufgrund der Markt- bzw. Wettbewerbssituation konnten die Preissteigerungen nicht immer 1:1 umgesetzt werden.

Die Vergütung im Wertstoffbereich erfolgt auf Grundlage der Bindung an den Euwid bzw. der entsprechenden Indizes, sodass Marktschwankungen weitergegeben werden können.

In Umsetzung des Kreislaufabfallwirtschaftsgesetzes hat die Stadt Halle (Saale) und die von ihr beauftragte HWS in den letzten Jahren sehr intensiv daran gearbeitet, durch bürgernahe Erfassungssysteme eine qualitativ hochwertige Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf zu organisieren. Das trifft u.a. auch auf die Erfassung von Altpapier über die blaue Tonne zu. Obwohl die Stadt Halle eine konstante Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren aufweist, ist nach wie vor festzustellen, dass die Mengen an erfasstem Altpapier trotz der haushaltsnahen Erfassung permanent rückläufig sind. Die mit der Mengenreduzierung einhergehende Verringerung der Erlöse für das Altpapier führt zu zwei wesentlichen Effekten:

1. wird die Kosten-Nutzen-Relation für die bürgerfreundlich-haushaltsnahe Erfassung damit wesentlich negativ beeinflusst und
2. können die Müllgebühren über den Verkauf immer geringer werdender Mengen an Altpapier nicht mehr im gleichen Maße gestützt werden. Die Folge ist, dass es zu Gebührenerhöhungen kommen muss.

Hauptgrund für die deutlich gesunkenen Altpapiermengen sind die privaten Aufkäufer, die zwischenzeitlich in Halle auf 9 angewachsen sind. Es ist davon auszugehen, dass allein im vorigen Jahr rund 3.500 t, das ist ein Drittel der Gesamtaltpapiermenge, über diese Kanäle verkauft wurden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) und auch der Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale) haben sich wiederholt an das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVwA) gewandt und dieses gebeten, entsprechend der in acht Fällen abgegebenen fristgerechten Stellungnahmen eine Entscheidung im öffentlichen Interesse zur Untersagung der gewerblichen Sammlung zu fällen. Mit Verweis auf Überlastung der Behörde und die vom Gesetzgeber horrenden Anforderungen an eine Untersagung der gewerblichen Abfallsammlung wurde seitens des LVwA eine schnelle Lösung des Problems nicht in Aussicht gestellt.

Seit dem Jahr 2016 arbeitet die HWS in der Elektrosortieranlage mit dem Unternehmen STRABAG AG auf der Grundlage eines neuen Dienstleistungsvertrages sowie eines Verwertungsvertrages zusammen. Damit ist die Fortsetzung der Tätigkeit der HWS auf diesem Gebiet für zunächst zwei weitere Jahre gesichert. Gleichzeitig wurde 2015 im Vorgriff auf das neue Elektrogesetz ein bürgernahes Erfassungssystem für Elektrokleingeräte eingerichtet, was im Jahr 2016 noch erweitert wurde.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Durch das neue beschlossene ElektroG traten Änderungen bei der Zusammensetzung der Sammelgruppen im Februar 2016 in Kraft:

- SG3 ausschließlich Bildschirmgeräte
- SG5 Kleingeräte, IT- und UT-Geräte
- neu: SG 6 (PV Module)

Durch die Veränderung der Zusammensetzung und der Werthaltigkeit wurden die Optierungen durch die öffentlich rechtlichen Entsorgungssysteme in Frage gestellt.

Dadurch wurde ein Vertrag mit einem öffentlich rechtlichen Entsorgungsunternehmen nicht mehr verlängert und zwei Verträge mussten hinsichtlich der zu verwertenden Sammelgruppen (Reduzierung) angepasst werden.

Die bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen wird aufgrund bereits geltender als auch geplanter gesetzlicher Regelungen im Abfall- und Düngerecht zunehmend eingengt. Obwohl der Klärschlamm aus der Kläranlage Halle Nord sowohl den abfallrechtlichen als auch düngerechtlichen Anforderungen genügt und durch den Hersteller dem zur Entwässerung genutzten Polymer zwischenzeitlich der ausreichende Abbaugrad bescheinigt wird, sind die laufenden Novellierungsverfahren zur Klärschlammverordnung (AbfKlärV) und der Düngemittelverordnung (DÜMV) wegweisend, intern den Ausstieg aus der bodenbezogenen Verwertung vorzubereiten. Einerseits behält sich der Gesetzgeber in der zur Notifizierung vorliegenden DÜMV vor, zum 01. Januar 2020 grundsätzliche Neuregelungen zum Polymereinsatz zu treffen, andererseits ist bereits jetzt sicher, dass die Klärschlammnovelle verpflichtend die Klärschlammverbrennung und Phosphorrückgewinnung für bestimmte Anlagen einführen wird. Erwartet wird, dass mit einer Übergangsfrist von 10 Jahren ab Inkrafttreten der Verordnung als Ultima Ratio für Kläranlagen >50.000 EW nur die Verbrennung bleibt. Für die Kläranlage Halle Nord mit 300.000 Einwohnerwerte (EW) scheidet daher perspektivisch die bodenbezogene Verwertung aus. Und es ist künftig die Phosphorrückgewinnung aus dem Klärschlamm oder der Klärschlammverbrennungssasche sicherzustellen. Die HWS arbeitet im Klärschlamm-Netzwerk Nord-Ost mit, um gemeinschaftlich mit anderen Kläranlagenbetreibern ein regional integriertes, technisch-wirtschaftliches Klärschlammverwertungskonzept zu entwickeln und umzusetzen. Voraussichtlich bis zum 31. Dezember 2023 muss der Behörde ein Erstbericht vorgelegt werden, mit welchen Mitteln und Zielvorgaben die gesetzeskonforme Klärschlamm Entsorgung sichergestellt werden soll.

Die aktuelle Rechtsprechung veranlasste die HWS, die „Ergänzenden Bestimmungen der HWS zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV)“ um einen Punkt zu erweitern. Es handelt sich um die Problematik, dass ein Kunde nach Wechsel des Wasserzählers auch im Nachhinein die Richtigkeit des abgelesenen Zählerwertes in Zweifel ziehen kann. Da der Versorger ausgebaute Wasserzähler nur über einen begrenzten Zeitraum lagert, besteht das Risiko, dass der Wasserzähler bei Eintreffen der Reklamation bereits entsorgt ist. Das Wasserversorgungsunternehmen (WVU) riskiert dann, keinen Beweis mehr antreten zu können. Zur Minderung dieses Risikos wird der Kunde im neu hinzugefügten Punkt 11. der Ergänzenden Bestimmungen informiert, dass Beanstandungen bis spätestens zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist des Wasserzählers von 3 Monaten ab Ausbautag möglich sind. Außerdem wurden die ergänzenden Bestimmungen hinsichtlich der Verfahrensweise zur Einforderung von Anschlussbeiträgen für die Auswechslung von vor dem 03. Oktober 1990 verlegten Trinkwasser-Hausanschlüssen nach den AVBWasserV § 10 ausgerichtet. Demnach wird die Rohrverlegung einschließlich erforderlicher Erdarbeiten auf dem Privatgrundstück nunmehr genau wie im öffentlichen Bereich von der HWS finanziert. Der Anschlussnehmer wird nur noch für Leistungen finanziell in Anspruch genommen, die unmittelbar seiner Privatsphäre zuzuordnen sind (befestigte Oberflächen, Wasserzählerbügel, Verbindung des Hausanschlusses mit der Kundenanlage).

Eine vom Gesetzgeber vorgenommene Änderung der Einstufung von HBCD-haltigen Styroporabfällen (Baustyropor) ab dem 30.09.2016 als gefährlicher Abfall führte zu Entsorgungsnotständen. Verbrennungsanlagen lehnten Styropor in Baumischabfällen ab, aber auch Monoware konnte nicht entsorgt werden. Das Landesverwaltungsamt entschied im Nachgang, dass bei einem Anteil von unter 20 Vol.-% keine Gefährlichkeit vorliegt. Verbrennungsanlagen akzeptierten daraufhin ab November wieder bis 10 % Baustyropor-Anteil in Baumischabfällen. Die HWS zeigte dem Landesverwaltungsamt die Behandlung durch Beimischung an, woraufhin eine positive Entscheidung im Dezember einging. In Kalenderwoche 50 des Berichtsjahres beschließt der Bundesrat ein einjähriges Moratorium, das besagt, dass Styropor 2017 nicht mehr als gefährlich einzustufen ist. Einen wesentlichen Einfluss auf die aktuelle Entsorgungssituation wird durch die HWS dadurch jedoch nicht erwartet.

Entsprechend der Vergabeordnung des Landes Sachsen-Anhalt wurden die Leistungen in der Unterhaltsreinigung (Schulen, Turnhallen, Kitas und Verwaltungen) im Herbst 2015, im Zuge einer europaweiten Ausschreibung, für 3 Jahre (mit der Option für ein weiteres Jahr) ausgeschrieben und neu vergeben. Zum 01. August 2016 bzw. zum Schuljahresbeginn und bei den Kitas nach den Betriebsferien, kam es in vielen Objekten zu einem Wechsel der ausführenden Firmen. Dieser Wechsel wurde intensiv vorbereitet, um die Betreiber mit den Besonderheiten der einzelnen Objekten vertraut zu machen. Insgesamt werden von der HWS GmbH ca. 230 städtische Objekte betreut.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das bereits mehrfach erwähnte Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS 2020, die konsequente Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der einzelnen Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der mit den Projekten anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Effizienz- und Effektivitätssteigerungspotenzialen geführt. Klare Leitungsstrukturen, die zielstrebige Nutzung der betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Qualitätskennziffern als Steuerungsinstrument, die Einbindung aller Führungskräfte und der Mitarbeiter in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Mit der Umsetzung der operativen Exzellenz ab 2017 ist eine weitere Qualitätserhöhung in der strategischen Ausrichtung der HWS erreicht. 74 Effektivitäts- und Effizienz-kennziffern der operativen Exzellenz, welche auf die einzelnen Abteilungen der HWS heruntergebrochen wurden und somit deren strategische Ausrichtung bestimmen, werden durch HWS 2020 Maßnahmen zur Zielerreichung umgesetzt. Zum Treiber der Weiterentwicklung des Unternehmens, sind die Aktivitäten zur Erreichung zu den 25 % der Besten der Branche zu gehören, einzuordnen.

Ein umfangreiches Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeiter und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den Talentpool, stellen gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter sicher. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement die Einführung von Serviceleveln die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Kampagnen (Wasserkampagne/Müllwerkerkampagne) verbesserten Internetauftritt und Nutzung moderner Einrichtungen, wie Social Networks wird darüber hinaus eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Die HWS verkennt jedoch nicht, dass auch äußere Einflussfaktoren zu Erfolgsfaktoren zählen. Gerade bei der bedeutsamen Branche Wasser / Abwasser sind witterungsbedingt Schwankungen zu berücksichtigen. Im Geschäftsjahr waren diese Bedingungen für das Unternehmen sehr positiv.

Die grundsätzliche Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale), ist ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

3.5. Forschung und Entwicklung

Mit dem Ziel der Optimierung von Prozessen und Arbeitsabläufen und der damit verbundenen Steigerung der Wirtschaftlichkeit ist die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an innovativen Verfahren und Prozessen interessiert und will diese mitgestalten. Als regionalwirtschaftlich bedeutendes Unternehmen kooperiert die HWS mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Region, um innovative Projekte mit Bezug zu verschiedenen unternehmerischen Aufgabenfeldern zu entwickeln.

Aktuell im Berichtsjahr und darüber hinaus laufende Projekte sind:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälterentsorgung (Partner: Hochschule Merseburg)
- Entwicklung eines PCR-basierten Schnelltestes zum quantitativen Nachweis von Legionellen und Legionella pneumophila in Trinkwasserproben (Partner: BioSolutions Halle GmbH)
- Erstellung einer umfassenden Recherche und Analyse zur regionalen Verwertung von Biomasse (Garten- und Parkabfälle, einschließlich Grünschnitt) im Sinne der Kreislaufwirtschaft (Partner: MUEG Mitteldeutsche Umwelt- und Entsorgung GmbH, Merseburger Entsorgungsgesellschaft mbH, Univation) Das Projekt wurde 2016 abgeschlossen.
- Entwicklung einer DIN-Norm zur Bestimmung des leicht freisetzbaren Sulfids in Zusammenarbeit mit dem DIN-Normenausschuss Wasserwesen (Partner: ECH GmbH Halle)
- Rohrschweißen mit Laserstrahlung unter Baustellenbedingungen (Partner: SLV Halle GmbH)
- Alterungsmodell – Auswahl des Modells mit Unterstützung der Hochschule Aachen

Im Pilotprojekt HTC-Anlage (Hydrothermale Carbonisierung) konnte im vergangenen Geschäftsjahr keine nennenswerte Entwicklung verzeichnet werden. Auf Grund verschiedener technischer Probleme ist es auch im Jahr 2016 nicht gelungen, die HTC-Anlage in einen stabilen Regelbetrieb zu überführen. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten des Anlagenbauers sowie das negative Ergebnis der TÜV-Abnahme im September veranlassten die HWS dazu, die Zusammenarbeit mit dem Anlagenbauer zu beenden. Ende des Jahres wurden erste Verhandlungen mit einem potentiellen Partner zur Weiterentwicklung des Projektes aufgenommen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie auch in den Vorjahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwartenden Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2016 33 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter 2 duale Studenten. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Anlagenmechaniker/-in, Industriemechaniker/-in, KFZ-Mechatroniker/-in und Kauffrau/-mann für Büromanagement sowie über duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen.

2016 waren im Unternehmen im Durchschnitt 643 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt.

Zur Entwicklung der Führungskräfte wurde eine vielfältige Auswahl an Veranstaltungen zur Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten, der Mitarbeiterförderung, der Veränderungs-kompetenz, der Innovationsfähigkeit sowie der übertragenen Unternehmerpflichten 2016 angeboten. Insgesamt fanden zwischen Februar und November 2016 50 Schulungsveranstaltungen im Rahmen der Führungskräfteentwicklung statt.

2016 wurde der im September begonnene 2. TalentPool fortgesetzt. Die aktive Phase umfasste bereits eine große Bandbreite an Trainings, Talent-Werkstätten und Projekten, welche jeden Einzelnen forderten und förderten, sowie regelmäßige Erfahrungsaustauschtreffen mit den Talenten und Vorgesetzten. Die Teilnehmer/-innen haben im Rahmen der TalentPool-Arbeit ein TalentPool-Leitbild und ein Talent-/Mitarbeiterprofil erarbeitet. Diese fließen in die Arbeit des zukünftigen zweiten TalentPools ein. Seitens der HWS wurden 6 MA im TalentPool aufgenommen.

Im betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde die Arbeit mit und in den eingerichteten Gesundheitszirkeln verstärkt. Deren Mitglieder sind die Ansprechpartner für alle Beschäftigten bei Anliegen rund um Maßnahmen für Gesundheit und Wohlbefinden im Arbeitsalltag. Um noch mehr Anreize für die Erhaltung der Gesundheit und damit der Leistungsfähigkeit zu bieten, entwickelte die HWS ein Bonusheft, in dem eine Vielzahl von Maßnahmen für die Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgestempelt werden können, was bei Erreichen bestimmter Punktzahlen das Erlangen festgelegter Preise sicherstellt.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2016 bestand in der Ergreifung von Maßnahmen zur Veränderung des Überalterungsprozesses und zur Senkung des Langzeitkrankenstandes. Für leistungsgeminderte Mitarbeiter wurde im zentralen Facilitymanagement ein Team Objekt- und Hausdienste geschaffen. Gegenstand dieses Teams ist es, Grünflächenpflege in den umfangreichen Liegenschaften der HWS zu betreiben bzw. kleinere Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen vorzunehmen. In diesem Team kann eine leistungsgerechte Zuweisung von Arbeiten für die betreffenden Mitarbeiter vorgenommen werden. Die Gegenfinanzierung erfolgt zum großen Teil durch Ablösung von Fremdleistungen und sonstige Sozialleistungen der Kassen und Rententräger. Für dieses Team wurden 6 Stellen zusätzlich geschaffen. Darüber hinaus wurden im Kalenderjahr 2016 7 Altersteilzeitverträge und 3 Aufhebungsverträge mit Abfindungen abgeschlossen. Darüber hinaus wurden für 7 Langzeitkranke befristete Einstellungen von 1-2 Jahren vorgenommen.

4. Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe und von Frauen Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil im Oktober 2015 bei 50 %. Durch das vorzeitige Ausscheiden eines Leiters und der gleichzeitigen Besetzung einer bis dahin mit einer Frau besetzten Bereichsleiterstelle in der Nachfolge mit einem männlichen Mitarbeiter liegt der Anteil per 31. Dezember 2016 leicht darunter bei 44,44 %. Auf der 2. Führungsebene konnte die Quote von 33 % gehalten werden.

Anstelle von Zielen zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden.

Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH liegt per 31. Dezember 2016 bei sehr guten 33,3 %. Ziel soll es sein, diese Quote per 30. Juni 2017 und in den darauffolgenden 5 Jahren per 30. Juni 2022 zu halten.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2015	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	113.593	118.374	5.781	4,2
Übrige betriebliche Erträge	8.490	9.379	889	10,5
Materialaufwand	28.354	30.516	2.162	7,6
Personalaufwand	28.669	30.698	2.029	7,1
Übrige betriebliche Aufwendungen	25.508	25.077	-431	-1,7
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	311	325	14	4,5
EBITDA	39.853	41.787	1.924	4,8
Abschreibungen	18.539	19.925	1.386	7,5
EBIT	21.324	21.862	538	2,5
Zinsergebnis	-11.494	-11.628	-134	-1,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.830	10.234	404	4,1
Sonstige Steuern	351	137	-214	-61,0
Ergebnis vor Gewinnabführung	9.479	10.097	618	6,5

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Absatzmengen für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte ließen eine positive Entwicklung der Erlöse Trinkwasser eintreten. Hohe Erlöskorrekturen für Vorjahre führten allerdings zu einer kumulierten Verringerung der Umsatzerlöse in dieser Sparte um 377 TEUR.

Die Umsatzerlöse der Abwasserentsorgung sind im Vergleich zum Vorjahr um 3.966 TEUR gestiegen. Der Anstieg der Erlöse gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge der Entwicklung der Kosten der Sparte Abwasser sowie der höheren Absatzmengen.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung / Reinigung ist eine steigende Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich zu konstatieren. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen, Gebäudereinigung, Stadtreinigung, Entsorgung und Verwertung sowie Sortierung, Behandlung und Umladung führen zu einer Steigerung der Umsatzerlöse von insgesamt 1.065 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2016 sind infolge der erstmaligen Anwendung der Regelungen des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG)in von 459 TEUR positiv beeinflusst.

Die übrigen betrieblichen Erträge konnten um 912 TEUR gesteigert werden. Dies ist im Wesentlichen auf erhöhte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie der Auflösung von Einzelwertberichtigungen zurückzuführen.

Der Materialaufwand ist unter anderem aufgrund erhöhter Aufwendungen für den Strombezug durch Wegfall der Scheibenpacht (+1.104 TEUR), erhöhter Aufwendungen für Reparatur- und Wartungsleistungen (+377 TEUR) sowie erhöhter Aufwendungen für Personalüberlassung (+350 TEUR) um 2.162 TEUR gestiegen.

Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2.029 TEUR. Im Personalaufwand sind Zuführungen zu Rückstellungen für Maßnahmen der strategischen Personalentwicklung i. H. v. 1.819 TEUR enthalten. Diese wurden im Rahmen der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes aus dem Außerordentlichen Ergebnis in den Personalaufwand umgegliedert. Weiterhin sind tarifliche Lohnsteigerungen enthalten.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. In der Position sind Aufwendungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Prozessrisiken i. H. v. 1.897 TEUR enthalten.

Die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen stiegen um 14 TEUR.

Das EBITDA wird mit 41.787 TEUR ausgewiesen und konnte damit im Vergleich zum Vorjahr um 1.947 TEUR gesteigert werden.

Die Erhöhung der Abschreibungen ist neben im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Investitionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013, auf die Vermögensübertragung des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal (AZV) zum 01.09.2015 zurückzuführen. Im Kalenderjahr 2016 ist damit erstmals der volle Abschreibungsbetrag (in 2015 nur 4 Monate) enthalten.

Die Entwicklung des Zinsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr i.H.v. -157 TEUR resultiert hauptsächlich aus höheren Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen (+299 TEUR) und aus dem höheren Zinsaufwand für Darlehen, welche im Rahmen der Vermögensübertragung des AZV Elster-Kabelsketal übernommen wurden (305 TEUR). Als gegenläufiger Effekt konnten durch das Übergehen weiterer Grundgeschäfte in den im Jahr 2013 abgeschlossenen Portfolio-Swap positive Zinsentwicklungen (122 TEUR) verzeichnet werden.

Die sonstigen Steuern sind um 214 TEUR gesunken. Im Vorjahr beeinflusste der Stromsteueraufwand als Resultat des Scheibenpachtmodells diese Position maßgeblich.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung von 10.097 TEUR überschreitet das Vorjahresergebnis um 618 TEUR.

Das geplante Ergebnis der HWS von 9.724 TEUR wurde um 373 TEUR überschritten. Die HWS blickt damit auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurück.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr erhielt die HWS eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 1.740 TEUR, welche der Kapitalrücklage zugeführt wurde. Diese Einlage und die nachträgliche Wertaufholung von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015, führten im Jahr 2017 zu einer Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um insgesamt 1.574 TEUR.

Weiterhin stieg der Sonderposten für Baukosten- und Investitionszuschüsse bei planmäßiger Auflösung um 3.785 TEUR. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Zugänge von Fördergeldern im Rahmen der Beseitigung von Schäden des Hochwassers 2013 zurückzuführen.

Kumulativ erhöhte sich damit das wirtschaftliche Eigenkapital um 4.962 TEUR auf 222.420 TEUR, was einem Anstieg der Eigenkapitalquote von 40,8 % auf 41,2 % entspricht.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100% an die SWH abgeführt.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 317.180 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten incl. Zinsabgrenzung 282.468 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden ein Darlehen in Höhe von 7.850 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres und ein Darlehen in Höhe von 1.750 TEUR zur Refinanzierung eines auslaufenden Kreditgeschäftes aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2017 drei Darlehen nach auslaufender Zinsbindung in variabel verzinsliche Vereinbarungen umgewandelt, um sie planmäßig als Grundgeschäft dem seit 2013 bestehenden Portfolioswap zuzuführen.

Der Portfolioswap wurde in 2013 zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit infolge des Strategieprogramms HWS 2020 abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und steigt im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.987 TEUR. Zum 31. Dezember 2016 betrug er 53.151 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2015	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	261.389	256.365	-5.024	-1,9
Liquide Mittel	21.861	25.584	3.723	17,0
Nettoschulden	239.528	230.781	-8.747	-3,7
EBITDA	39.840	41.787	2.049	5,2
Nettoschulden/EBITDA	6,0	5,5	-0,5	-8,3

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr um 5.025 TEUR auf 212.727 TEUR reduziert werden. Damit hat die HWS einen weiteren Beitrag zur Schuldenreduzierung als zentraler Bestandteil des Entwicklungs- und Effizienzprogramms HWS 2020 geleistet.

5.2.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2016 verfügte die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 24.593 TEUR (Vorjahr: 20.826) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer sehr stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

5.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 5.548 TEUR auf 539.432 TEUR. Das entspricht einem Anstieg von 1,0 %.

Diese Steigerung resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens um 3.970 TEUR. Dabei stehen Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 24.019 TEUR Abschreibungen von 19.925 TEUR und Buchwertgänge von 123 TEUR gegenüber.

Die Entwicklung des Umlaufvermögens im Berichtsjahr ist durch gegenläufig wirkende Effekte geprägt. Auf der einen Seite führten Optimierungen der Lagerwirtschaft und der Abrechnungsverfahren zu Reduzierungen der Vorräte um 88 TEUR (4,6%) und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1.874 TEUR (4,9%). Auf der anderen Seite erhöhte sich das Cash-Pool-Vermögen im Vergleich zum Vorjahr um 3.723 TEUR auf 24.521 TEUR. Das entspricht einem Anstieg von 17,9%.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2015	2016	Veränderung in %
	in %	in %	
Anlagevermögen	92,4	92,2	-0,2
Umlaufvermögen	7,6	7,8	+2,7

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 1,4% im Jahr 2016 sehr positiv zu werten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2015	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	493.430	497.400	+3.970	+0,8
Wirtschaftliches Eigenkapital	217.458	222.421	+4.963	+2,3
Deckungsgrad	44,1 %	44,7 %		+1,4

5.4. Gesamtaussage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH im Geschäftsjahr 2016 stellt sich insgesamt positiv dar.

Das geplante Ergebnis wurde mit 371 TEUR überboten, das sind 3,8 % mehr als geplant. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 618 TEUR Mehrergebnis erwirtschaftet, was einer Entwicklung um 6,5 % entspricht.

Im Rahmen des Paktes zur Entschuldung konnten die Finanzverbindlichkeiten um 5 Mio. EUR reduziert werden, das sind -1,9 %. Gleichzeitig wurde das wirtschaftliche Eigenkapital um 5 Mio. EUR erhöht und beträgt zum 31.12.2016 41,2 % der Bilanzsumme.

Mit nicht zweckgebundenen Zahlungsmitteln in Höhe von 24,6 Mio. EUR verfügt die HWS über eine stabile Liquidität. Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2016 weiter positiv entwickelt wurde.

Die Preise für Trinkwasser und Abwasser konnten im Berichtszeitraum konstant gehalten werden. Der Niederschlagswasserpreis wurde 2015 gesenkt. Darüber hinaus wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass in der Kalkulationsperiode 2017/2018 wiederum stabile Trink- und Abwasserpreise und Senkungen im Niederschlagswasserpreis vollzogen werden können. Die Gebühren für die Abfallentsorgung mussten marktbedingt erhöht werden.

Als Grundlage für eine stabile Entwicklung der HWS wurde das Effizienz- und Effektivitätsprogramm HWS 2020 weiter entwickelt und in die tägliche Steuerung der HWS vollständig übernommen. Durch die im Bericht aufgezeigten HWS 2020-Projekte ist eine mittelfristige, stabile Entwicklung des Unternehmens gewährleistet.

Mit der ab 01. Januar 2017 vollzogenen Umsetzung der operativen Exzellenz ist eine weitere Qualitätserhöhung in der strategischen Ausrichtung der HWS erreicht. Als Treiber der Weiterentwicklung des Unternehmens sind die Aktivitäten zur Erreichung des Zieles, zu den 25 % der Besten der Branche zu gehören, einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der permanenten Weiterentwicklung der 30-jährigen Geschäftsplanung und der Entwicklung des Alterungsmodells, zum langfristigen Erfolg des Unternehmens beitragen. Die Implementierung neuer innovativer Technologien und Verfahren sowie die Notwendigkeit der Umsetzung digitaler Prozesse in den Arbeitsalltag sind in den Programmen der HWS verankert, um ablauf- und kostenseitig noch effizientere Resultate in den Arbeitsprozessen zu erzielen.

Die Qualifizierung der Mitarbeiter, die Einbeziehung der Mitarbeiter in die oben genannten strategischen Prozesse und die permanente Auswertung der Ergebnisse sind eine der wesentlichsten Aufgaben, um das wichtigste Kapital, das Knowhow der Beschäftigten, permanent weiterzuentwickeln.

Mit den Ergebnissen des Geschäftsjahres 2016 wurde eine solide Basis geschaffen, um die Ziele der Mittelfrist- und Langfristplanung zu erreichen.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der HWS insgesamt 16 Risiken erfasst (Vorjahr 15), das bedeutete zum Vorjahr eine Zunahme von einem Einzelrisiko. Die Risiken werden in drei Gruppen eingeteilt: In Risikogruppe 1 werden bestandsgefährdende Risiken erfasst, Gruppe 2 dient zur Erfassung schwerwiegender Risiken, während in Gruppe 3 die weniger bedeutsamen Risiken dokumentiert werden. In der folgenden Tabelle werden daher die Risiken der ersten beiden Risikogruppen dargestellt. Demnach ist ein Risiko der Gruppe 1 zuzuordnen, zwei Risiken stellen eine Wertigkeit gemäß Gruppe 2 dar, die weiteren 13 Risiken sind von geringerer Bedeutung.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	4	-	-
Beschaffungsmarkt	-	-	-
Konkurrenzunternehmen	-	-	-
Recht und Politik	5	-	-
Technologische Entwicklungen	-	-	-
Naturereignisse	1	-	1
Kapitalmarkt	-	-	-
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	6	1	1
Gesamt	16	1	2

Bei dem Risiko der Gruppe 1 handelt es sich um mögliche Entschädigungszahlungen für Grunddienstbarkeiten. Bei dem Risiko der Gruppe 2 in der Risikokategorie „Sonstige/Interne Prozesse/Strategie“ handelt es sich um ein laufendes Verfahren mit dem WAZV. Beide Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen zur Risikobegegnung abgesichert. Das Risiko 2 - Risiko in der Risikokategorie „Naturereignisse“ berücksichtigt ein mögliches Hochwasser. Die Eintrittswahrscheinlichkeit für eine Gefährdung der HWS wird mit 1 % und die Schadenshöhe mit 1,8 Mio. EUR eingeschätzt. Zur Früherkennung und Überwachung des Risikos wird die enge Zusammenarbeit mit kommunalen Gebietskörperschaften und dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz gepflegt. Daneben wurde eine tägliche Überwachung des Hochwasserabflussgeschehens eingeleitet und eine qualifizierte Software zur Hochwasservorhersage etabliert.

6.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der HWS wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Für quantifizierbare Risiken aus vorhandenen möglichen Rechtsstreitigkeiten, schwebenden oder vollzogenen Vertragsbeendigungen und ähnliches wurden Rückstellungen gebildet. Kaufmännische Risiken wurden in den Kalkulationen eingebunden. Das aktuelle Risikomanagementsystem der HWS benennt keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

7. Prognosebericht

Die HWS erstellt den Wirtschaftsplan 2017 sowie die Vorschau für die Jahre 2018 bis 2021 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2016, die für den Zeitraum bis 2021 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

7.1. Umsatzentwicklung

Die Planung der Umsatzerlöse Trinkwasser erfolgt auf der Grundlage der prognostizierten Entwicklung der Verkaufsmengen. Die HWS geht für das Jahr 2017 von einer steigenden Entwicklung des Wasserabsatzes von 2,3 % im Vergleich zum Plan 2016 aus. Der Trinkwasserpreis setzt sich aus einem Grundpreis und einem Leistungspreis zusammen. Im Planungszeitraum ist keine Änderung dieser Preisstruktur vorgesehen. Der Leistungspreis verbleibt voraussichtlich bis in das Kalenderjahr 2020 konstant bei 1,39 EUR/m³ (brutto).

Im Abwasser sind im gesamten Planungszeitraum keine Erhöhungen der Entgelte geplant. Der Preis für die Schmutzwassereinleitung aus Haushalt, Kleingewerbe und Industrie verbleibt im Planungszeitraum unverändert bei 3,46 EUR/m³ (brutto). Der Preis für Niederschlagswasser wird ab dem 01.01.2017 um 5 Cent (brutto) auf 1,33 EUR/m³ (brutto) gesenkt und bleibt dann unverändert.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen ab dem Jahr 2017 eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 % angenommen.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgte mit dem Anspruch einer steten Leistungserbringung und einhergehender Preisstabilität gegenüber der Stadt Halle (Saale).

Das Stoffstrommanagement der HWS wird zum einen vom ab 2017 erzielten Ausschreibungsergebnis bei der PPK-Verwertung und zum anderen vom eigenen Vertrag über die Klärschlamm Entsorgung geprägt. Bei anderen Umsatzbestandteilen geht die HWS von leicht steigenden Erlösen bei leicht sinkenden Entsorgungsmengen aus, so dass ein konstantes Umsatzniveau erreicht wird.

Aufgrund des Erwerbs der Kläranlage Nord im Jahr 2019 ist ab dann ein Rückgang der sonstigen Umsatzerlöse berücksichtigt (Wegfall der Weiterberechnung an die TELONON GmbH).

Insgesamt wird von einem geplanten Jahresumsatz von 122.280 TEUR sowie eine geplante Jahresgesamtleistung von 125.876 TEUR ausgegangen.

7.2. Investitionen

Für die Wasserversorgung sind für das Jahr 2017 Investitionsmittel in Höhe von 4.461 TEUR geplant. Darin sind avisierte Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen in Höhe von 801 TEUR enthalten.

Für die Abwasserbeseitigung ist für das Jahr 2017 ein Investitionsvolumen in Höhe von 9.630 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle eingeordnet. Darin sind avisierte Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen in Höhe von 150 TEUR enthalten. Darunter sind für das Kanalnetz des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal Investitionen in Höhe von 190 TEUR geplant.

Dieses Investitionsvolumen sieht neben der Umsetzung der wichtigsten geforderten Maßnahmen auch eine Beteiligung der HWS an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen. Eine Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG ist derzeit für 2017 vorgesehen.

Eine gesondert abgegrenzte Position in den Wirtschaftsplänen ab dem Jahr 2014 stellen die Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden 2013 dar.

Die Investitionen in Höhe von 1.763 TEUR in den Bereichen Entsorgung/Sortierung/Reinigung sind vorwiegend geprägt von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark.

Die unentgeltlichen Übernahmen von Anlagevermögen wurden für 2017 in Höhe von 617 TEUR geplant. Diese beinhalten hauptsächlich die Übernahmen der Anlagen für Trink- und Abwasser in Erschließungsgebieten für Wohnbebauung, sowie für den Golfplatz am Hufeisensee und die Brücke B6 Raffineriestraße.

7.3. Finanzierung

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit ist gekennzeichnet durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse vor allem im Planjahr 2017. Hierbei werden vor allem die erwarteten Fördermittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 berücksichtigt.

7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL 2017	Vorschau 2018	2019	2020	2021
HWS	10.072	10.257	10.286	10.247	10.241

Die Planungsgrößen beinhalten die im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke-Gruppe definierte Zielvorgabe eines zusätzlichen Ergebnisbeitrages in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Auch für das Jahr 2017 wird die HWS in einer Vielzahl von Einzelprojekten im Rahmen des Programms HWS 2020 konsequent an der Umsetzung der Zielvorgaben arbeiten.

Das für das Jahr 2016 geplante Jahresergebnis vor Ergebnisabführung war mit 9.725 TEUR veranschlagt, erzielt wurden 10.097 T€. Das bedeutet eine Übererfüllung des Planes um 373 TEUR oder 3,8 %.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:	Kuschel, Hagen	(bis 08.06.2016)
	Siegert, Peter	(seit 09.06.2016 bis 19.12.2016)
Technische Geschäftsführung:	Thiel, Hans-Ulrich	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	14.419	71	13.793	75	24.991	78	626	5
Umlaufvermögen	5.693	28	4.373	24	7.129	22	1.320	30
Rechnungsabgrenzungsposten	82	1	100	1	119	0	-18	-18

Bilanzsumme	20.194	100	18.266	100	32.239	100	1.928	11
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.713	23	331	2	2.192	7	4.382	1.324
Rückstellungen	1.377	7	1.000	5	3.426	11	377	38
Verbindlichkeiten	14.104	70	16.935	93	26.621	82	-2.831	-17

Bilanzsumme	20.194	100	18.266	100	32.239	100	1.928	11
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.232	25.817	39.590
sonstige betriebliche Erträge	3.317	8.525	300
Materialaufwand	17.727	22.496	32.959
Personalaufwand	7	12	13
Abschreibungen	2.401	11.411	2.151
sonstige betriebliche Aufwendungen	762	1.715	3.098
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	270	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	437	382	505
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.674	1.164
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-55	18	3
Ergebnis nach Steuern	4.540		
sonstige Steuern	158	168	119
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.382	-1.860	1.042
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.382	-1.860	1.042

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	19,71	-7,21	2,63	%
Eigenkapitalrentabilität:	1.322,82	-84,89	90,71	%
Cash-Flow:	6.783	9.550	3.193	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,03	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,40	75,51	77,52	%
Eigenkapitalquote:	23,34	1,81	6,80	%
Fremdkapitalquote:	76,66	98,19	93,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Absatz Fernwärme	223,00	191,00	286,00	GWh
Absatz Strom	238,00	213,00	351,00	GWh

e) Lagebericht

1 Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der Gesellschaft ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Am 19. Dezember 2016 erwarb die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) den 50 %-Anteil der VNG – Verbundnetz Gas AG (VNG) an der gemeinsamen Gesellschaft Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) und legte die gesamten Anteile in die EVH ein. Die Gesellschaft ist nunmehr mit Wirkung zum 1. Januar 2016 ein 100 %iges Tochterunternehmen der EVH. In diesen Zusammenhang endete die nunmehr fünfjährige Zusammenarbeit im Rahmen des Joint-Ventures mit VNG.

Am 9. Juni 2016 wechselte der von VNG gestellte Geschäftsführer. Herr Hagen Kuschel legte sein Amt nieder und Herr Peter Siegert wurde zum Geschäftsführer bestellt.

Mit Verkauf der VNG-Anteile an SWH erklärte Herr Peter Siegert seine Amtsniederlegung. Ab diesem Zeitpunkt war Herr Hans-Ulrich Thiel alleiniger Geschäftsführer.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2 Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 Prozent im Vorjahr auf 6,1 Prozent im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 Prozent erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

2.3 Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft wurde einer Betriebsprüfung (Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer) für die Jahre 2007 bis 2010 durch das Finanzamt Halle unterzogen. Der Gesellschaft liegt ein Bericht über die durchgeführte Prüfung vom 30. Dezember 2016 vor. Die Auswirkungen der Feststellungen wurden im Jahresabschluss verarbeitet und führten zu einer außerplanmäßigen Ergebnisverbesserung.

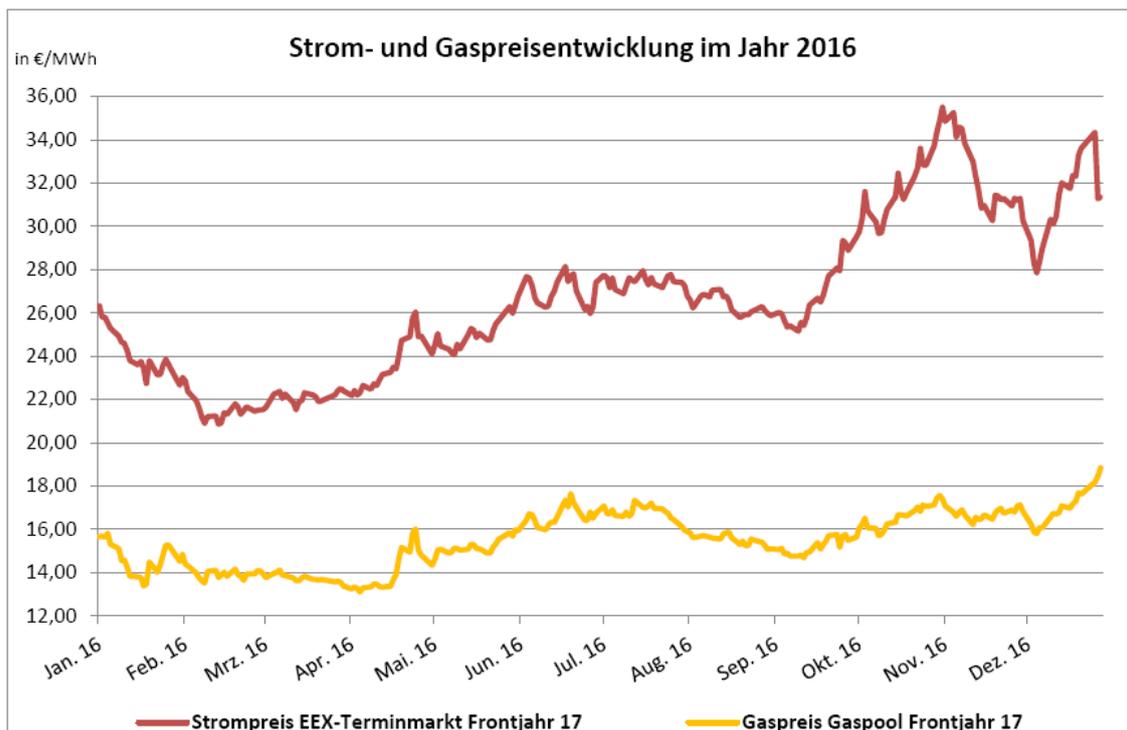
Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 ist das neue Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) in Kraft getreten. Unter anderem kann KWT von der Bestandsförderung profitieren. Darüber hinaus bietet das Gesetz die Möglichkeit, durch erneute Modernisierung an weiteren Förderungsmöglichkeiten zu partizipieren. Ein diesbezügliches Konzept wird derzeit im Zusammenhang mit dem Projekt „KWKG 35“ der EVH erarbeitet.

Eine Zuschreibung auf das Anlagevermögen war aufgrund der neuen Bedingungen im aktuellen Geschäftsjahr notwendig, da die Gründe der in 2015 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibung zum Teil entfallen sind.

Im September 2016 wurde planmäßig die Heißeilinstandsetzung an der Gasturbine durchgeführt.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Subventionierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und zu Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2016 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für KWT erfolgsrelevanten Spark-Spread für die Stromerzeugung. In der zweiten Jahreshälfte stieg dieser bis zu seinem Höchstwert von 14,28 € pro MWh im November an. Kurz danach verfiel der Spark-Spread auf 7,81 € pro MWh im Dezember. Die volatile Entwicklung zeigt die weiterhin wirtschaftlich schwierige Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken bei gleichzeitig steigenden Flexibilitätsanforderungen.

3.3 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Spark-Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom und Gas. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWK-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

3.4 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2016 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) von Januar bis April sowie von Oktober bis Dezember Strom und Fernwärme. In den übrigen Monaten von Mai bis September war die GuD-Anlage planmäßig nicht in Betrieb. Im gesamten Jahr 2016 wurden 238 GWh Strom (Vorjahr 213 GWh) und 208 GWh (Vorjahr 174 GWh) Wärme produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 570 GWh (Vorjahr 500 GWh). Daraus ergab sich ein Gesamtbrennstoffnutzungsgrad von 86,5 Prozent. Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 15 GWh (Vorjahr 17 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 20 GWh (Vorjahr 22 GWh).

4.2 Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2016 weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von 4,4 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -1,9 Mio. €) aus. Die Verbesserung der Ertragslage hat außerordentliche sowie operative Gründe. Eine Zuschreibung von Anlagenteilen der GuD-Anlage war notwendig, da die Gründe der in 2015 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibung zum Teil entfallen sind. Weiterhin realisierte KWT außerplanmäßige Erträge resultierend aus der Betriebsprüfung 2007 bis 2010 durch das Finanzamt. Dem entgegen wirkten periodenfremde Aufwendungen für Steuernachzahlungen betreffend das Jahr 2015. Neben diesen außerordentlichen Effekten beeinflusste die operative Entwicklung die Ertragslage. Im Unterschied zum Vorjahr war die GuD-Anlage ca. einen Monat länger in Betrieb, so dass deutlich mehr KWK-Förderung in 2016 in Anspruch genommen wurde. Zusätzlich zu den vorgenannten Effekten wirkten sich die von der Geschäftsführung veranlassten Optimierungsmaßnahmen für KWT positiv aus. Zu diesen gehört die gesteigerte Wärmeleistung bei gleichbleibendem Gaseinsatz durch den Austausch des Niederdruck-Läufers der Dampfturbine, die erfolgreiche Teilnahme an der Vermarktung von Sekundärregelleistung, Kosteneinsparungen bei der Entnahme von Kühlwasser aus der Saale sowie Portfoliooptimierungen.

Die Umsatzerlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Mio. € auf 22,2 Mio. € zurück. Hauptursache war der Preisverfall für Strom und Wärme gegenüber dem Vorjahr. Dem gegenüber stiegen sowohl die KWK-Erlöse aufgrund der Fahrweise als auch die Erlöse für vermiedene Netznutzung im Zuge erhöhter Leistungspreise.

Korrespondierend zu den Umsatzerlösen entwickelten sich die Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. In der GuD-Anlage sowie in der Spitzenkesselanlage wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 590 GWh (Vorjahr: 522 GWh) Erdgas verbraucht. Aufgrund der geringeren Gaspreise betrug der Gasbezugsaufwand 13,8 Mio. € (Vorjahr: 14,7 Mio. €).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (2,5 Mio. €), für sonstige betriebliche Aufwendungen (0,8 Mio. €) sowie für Zinsen (0,4 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert.

4.3 Finanzlage

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und betrug im Berichtsjahr 2,1 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €).

Im Rahmen der Investitionstätigkeit wurden 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) für die Modernisierung der GuD-Anlage aufgewendet.

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) gegenüber Kreditinstituten und dem verbundenem Unternehmen SWH sowie den gezahlten Zinsen von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) zusammen.

Die Cash-Pool-Verbindlichkeiten erhöhten sich geringfügig im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Mio. € auf nunmehr 4,5 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €) zum 31. Dezember 2016.

4.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 20,2 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mio. € erhöht. Hauptgrund für den Zuwachs der Bilanzsumme ist die Zuschreibung auf das Anlagevermögen der GuD-Anlage.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 14,4 Mio. € (Vorjahr: 13,8 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Auch das Umlaufvermögen erhöhte sich im Vergleich zu 2015 um 1,3 Mio. € auf 5,7 Mio. €.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresergebnisses von 4,4 Mio. € auf 4,7 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €). Die Rückstellungen stiegen um 0,4 Mio. € auf 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €). Hingegen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr von 16,9 Mio. € auf 14,1 Mio. €, was auf die planmäßige Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen zurückzuführen ist.

4.5 Gesamtaussage

Das Gesamtergebnis der KWT wurde im Wesentlichen durch außerplanmäßige Effekte geprägt. Darüber hinaus wurde durch Effizienzmaßnahmen und die operative Entwicklung das Planergebnis deutlich übertroffen.

5 Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für KWT aus den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Seit diesem Zeitpunkt erhält KWT keine kostenfreien Emissionsberechtigungen für die Stromproduktion. Für die Wärmeerzeugung erfolgt die Zuteilung unentgeltlicher Zertifikate abnehmend bis zum Jahr 2020. Daher besteht die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat den Referentenentwurf für ein Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NEMoG) vorgelegt. Dieser umfasst auch das Einfrieren der vermiedenen Netzentgelte bereits rückwirkend ab dem Jahr 2017 auf dem Niveau von 2015. Anschließend soll ab dem Jahr 2021 eine schrittweise Verminderung mit dem Ziel erfolgen, vermiedene Netznutzung ab dem Jahr 2030 nicht mehr zu vergüten. Derzeit werden die Vorschläge politisch heftig diskutiert. KWT wäre von dieser Einschränkung direkt betroffen.

Chancen bestehen aufgrund der bereits beschriebenen verbesserten Fördersituation (KWKG) für modernisierte Anlagen.

6 Prognosebericht

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha nunmehr in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Das Geschäftsjahr 2017 wird von einer konsequenten Umsetzung der Einsatzstrategie geprägt sein. Dies umfasst den Betrieb der GuD-Anlage über einen Zeitraum von mindestens acht Monaten (Produktion von 220 GWh Fernwärme und 271 GWh Strom) im Jahr 2017. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung. Auch weiterhin wird KWT wie bisher am Markt für Sekundärregelleistung teilnehmen. Auf Basis der bis einschließlich 2019 getätigten Sicherungsgeschäfte wird die Gesellschaft ferner von positiven Deckungsbeiträgen profitieren.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist weiterhin von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen abhängig.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Optimierungsmaßnahmen, der preislich abgesicherten Produktion und der KWK-Förderung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bornknechtstraße 5
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.733	22	2.248	20	511	6	485	22
Umlaufvermögen	9.394	76	8.988	78	8.333	93	406	5
Rechnungsabgrenzungsposten	269	2	226	2	121	1	43	19

Bilanzsumme	12.396	100	11.462	100	8.965	100	934	8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	4	522	5	522	6	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.251	10	1.308	11			-57	-4
Rückstellungen	4.648	37	4.344	38	4.188	47	304	7
Verbindlichkeiten	5.912	48	5.203	45	4.150	46	709	14
Rechnungsabgrenzungsposten	63	1	85	1	105	1	-22	-26

Bilanzsumme	12.396	100	11.462	100	8.965	100	934	8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	26.202	24.131	23.254
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-382	602	-10
sonstige betriebliche Erträge	470	558	635
Materialaufwand	9.386	8.622	8.084
Personalaufwand	11.377	10.804	10.849
Abschreibungen	333	291	245
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.424	3.308	3.102
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	64	76	78
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.191	1.524
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	2.707		
sonstige Steuern	3	2	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.704	2.189	1.522
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,32	9,07	6,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	518,38	419,62	291,80	%
Cash-Flow:	3.037	2.479	1.767	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	133	134	126	T€
Personalaufwandsquote:	43,28	42,72	45,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,12	19,13	4,89	%
Eigenkapitalquote:	4,21	4,55	5,82	%
Fremdkapitalquote:	95,79	95,45	94,18	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Jahresergebnis
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) als IT-Komplettanbieter erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für die Stadt Halle (Saale), die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH) und weitere kommunale und privatwirtschaftliche Kunden. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (EVHN) und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft (HWS) GmbH.

Die ITC ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH. Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens reicht von der Prozess- und IT-Beratung über die Entwicklung und Implementierung innovativer IT-Lösungen bis hin zum Erbringen kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen im Outsourcing.

Kern-Handlungsfelder der ITC sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT-bezogene Themen wie zum Beispiel die Erneuerung der IT-Infrastruktur.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen – der so genannten Arbeit 4.0 – nehmen dabei an Bedeutung zu. Damit verbunden sind Beratungsangebote zur Informationssicherheit und zum Datenschutz.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Mit dem Geschäftsfeld Abrechnungsdienstleistungen werden energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um die Bearbeitung von Abrechnungsprozessen für die Gesellschaften EVH und EVHN. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist stärker denn je auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- die Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie,
- die Unterstützung der Unternehmen der SWH sowie der Stadt Halle (Saale) bei der Wahrnehmung sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die Erbringung von professionellen IT-Beratungs- und IT-Dienstleistungen für kommunale Kunden, für Stadtwerke- und andere mittelständische Unternehmen, insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Standardsoftware (Microsoft, SAP etc.), der Entwicklung und Nutzung von sicheren webbasierten Lösungen im Internet oder Intranet und der geografischen Informationsverarbeitung,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

Der weltweite Trend der so genannten industriellen Revolution 4.0 hat im Jahr 2016 zunehmend den Mittelstand erreicht und auch die Geschäftsprozesse der SWH und der Stadt Halle beeinflusst. Innovative Ideen sind gefragt wie nie, mit Digitalisierung und Internet of Things (IoT), digitaler Vernetzung sowie modernen Arbeitsformen soll den stets wachsenden Anforderungen des Marktes begegnet werden. Die zunehmende Verschmelzung zwischen Business und IT sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken lassen die Einflussmöglichkeiten eines kompetenten und leistungsstarken Servicepartners stetig wachsen.

In diesem Umfeld positioniert sich auch die ITC seit Mitte des Jahres 2016 neu. Die Gesellschaft will den Kundenfokus über ein modernes IT-Anforderungsmanagement weiter schärfen, mit der Implementierung professioneller Serviceprozesse innovativ, flexibler und schneller werden und dabei Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch nutzen.

1.3. Steuerung

Das Kerngeschäft der ITC spiegelt sich in der Struktur der Gesellschaft wider: sie besteht aus den vier fachlich ausgerichteten Organisationseinheiten SAP, Anwendungsbetreuung, Abrechnungsdienstleistungen und IT-Infrastruktur sowie den drei Querschnittsbereichen Kaufmännischer Bereich, Vertrieb/Marketing sowie Integriertes Managementsystem/Datenschutz. Wichtige Funktionen sind zusätzlich über das Beauftragtenwesen etabliert (z.B. für die Informationssicherheit).

Der alleinige Geschäftsführer der ITC ist Herr Jörg Siebenhüner.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt 198 Mitarbeiter und 3 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30.08.2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und zunächst der EVH sowie ab dem 01.01.2012 der SWH bestanden im Geschäftsjahr 2016 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 500.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit den Auswertungen einer Kunden- sowie einer internen Mitarbeiterbefragung begann in der ITC ab Mitte 2016 ein Prozess der Neuausrichtung und Fokussierung auf die Bedürfnisse der Gesellschafterkunden. Insbesondere die Unternehmen der SWH erwarten hiernach neben einer stabilen IT-Infrastruktur eine stärkere Unterstützung durch innovative und branchenorientierte Lösungen. Dabei bilden die vorhandenen Prozesskenntnisse der Beschäftigten der ITC eine wichtige Basis, welche kontinuierlich ausgebaut und um die erforderlichen Fach- und Methodenkompetenzen ergänzt werden soll. Zusätzlich werden nun vorhandene Kommunikationsprozesse und -schnittstellen an die Erfordernisse eines modernen IT-Anforderungsmanagements angepasst. Damit sollen Anforderungen der Kunden besser hinterfragt, strukturiert und ergebnisorientiert gelenkt werden können. Parallel werden in einem ITC-internen Programm verschiedene Projekte zur Etablierung professioneller Servicemanagementprozesse durchgeführt. Die hierfür erforderlichen Personalentwicklungsmaßnahmen erfolgen in enger Abstimmung mit den Shared Service Bereichen der SWH Gruppe.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die EVHN und die HWS, die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte.

Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die weitere Anpassung des internen Managementsystems sowie der betrieblichen Organisation zur Optimierung der eigenen Geschäftsprozesse waren weitere Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2016 mit Erfolg den Umstieg auf die modernisierte DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung einschließlich der ISO/IEC 27001:2013 (IT-Sicherheit), beide in Form eines integrierten Managementsystems, sowie die Re-Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Ebenfalls für die Stadtverwaltung Halle wurde ein Projekt zur stadtweiten Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung aufgesetzt. Dies beinhaltet die Ausweitung der bestehenden Interflex-Software- und Zeiterfassungsterminallandschaft auf die gesamte Verwaltung und die Implementierung eines alternativen Angebotes zur Arbeitszeiterfassung mittels Weblösung (SAP-Portal alternativ zur bisher genutzten Interflexportallösung). Zusätzlich soll die Schnittstelle zur SAP-Zeitwirtschaft implementiert werden. Das Projekt läuft planmäßig. Die Umsetzung ist bis Ende 2017 mit der Abbildung von unplanmäßigen Arbeitszeitmodellen vorgesehen. Parallel dazu wurden Aktivitäten zur weiteren Optimierung der personalwirtschaftlichen Prozesse aufgenommen, so z.B. die elektronische Verarbeitung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen.

Für die Stadtverwaltung Halle wird auf der Grundlage der Erfahrungen des Personalbereiches der SWH eine Lösung zum Online-Bewerbermanagement (interne und externe) auf der Basis von SAP entwickelt. Die Produktivsetzung ist für Februar 2017 geplant.

Für die Stadtverwaltung Halle wurde zum 01.04.2016 in einem Pilotbereich (Fachbereich Einwohnerwesen) die elektronische Rechnungseingangsbearbeitung eingeführt. Aufbauend auf den umfangreichen und langjährigen Erfahrungen bei der elektronischen Unterstützung für diesen Geschäftsprozess in den Unternehmen der SWH Gruppe, implementiert die ITC bis Ende 2017 in der gesamten Stadtverwaltung und fachbereichsübergreifend eine auf modernster Technologie basierende Softwarelösung. Diese ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: webbasiert im SAP-Portal, automatische Texterkennung und Rechnerklassifizierung und digitale Rechnungsverarbeitung mit der Bundesdruckerei.

Im Rahmen der Schaffung optimaler Voraussetzungen für elektronische Dienste für Bürger und Unternehmen wird ein Projekt zum Aufbau eines Serviceportals für die Stadtverwaltung Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Basiskomponenten (Bezahlungsfunktion, Authentifizierung und Formularserver) gestartet und bis Ende 2017 zur Umsetzung gebracht.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Die Implementierung und Umstellung der bisherigen Internetpräsenzen der Unternehmen der SWH Gruppe wird im Rahmen der abgestimmten Projektpläne umgesetzt. Die neuen Präsenzen von EVH, SWH, HAVAG, HWS, AWH und ITC sind bereits online. Nachfolgend soll die EVHN-Internetpräsenz umgestellt werden.

Das Projekt zur Umstellung der technischen Datenbanken (ENTIS+) für den Netzservice der SWH-Gruppe (Netzgesellschaft) und die Erweiterung für eine mobile Nutzung verläuft nach aktualisiertem Projektplan. Die Fertigstellung ist bis spätestens Mitte 2018 geplant.

Das Projekt zur Einführung der betriebswirtschaftlichen Software SAP bei der HAVAG wurde produktiv gesetzt. Vorbereitungen zum Einsatz von prozessverbessernden Funktionalitäten - wie der elektronischen Rechnungseingangsbearbeitung - laufen. Die Umsetzung soll in 2017 erfolgen.

Darüber hinaus sind für alle implementierten elektronischen Rechnungseingangsszenarien in den anderen Stadtwerkeunternehmen Verbesserungen und Optimierungen geplant (Texterkennung).

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der ersten Phase (Anforderungsanalyse) des Projektes zur konzernweiten Implementierung der d.3 Dokumentenmanagementsoftware für die Bereiche Vertragsmanagement, gelenkte Dokumente und Mitarbeiterqualifikation vor der Geschäftsführung der SWH wird hier planmäßig die nächste Projektphase bearbeitet.

Umfeldaktivitäten

Im Jahr 2016 beteiligte sich die ITC mit eigenem Ausstellungsstand an der Messe „FLORIAN“ in Dresden (Fachmesse für Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz) mit der eigenentwickelten Softwarelösung BRAVO+ und der „conHIT“, der Messe für Medizin IT in Berlin. Es wurden neun eigene Kundenveranstaltungen und Workshops für Kunden und Interessenten in den Themenbereichen eGovernment, KomGIS+®, DMS, Datenschutz, IT-Sicherheit und Personalwirtschaft organisiert.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM® wurde weiter gefestigt, und es fand ein Partnertreffen der Unternehmen Dresden-IT, Bsys, Make IT und ITC in Halle statt. Die Zusammenarbeit wurde durch gemeinsame Projekte, Ausschreibungsbeteiligungen und Veranstaltungen weiter gestärkt.

Die Mitarbeit im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V. wurde 2016 intensiviert und ausgebaut. Dort findet ein reger Austausch mit Marktteilnehmern statt und verschiedene Veranstaltungsformate und Arbeitskreise konnten aktiv genutzt werden z.B. die Jahrestagung IT-Wirtschaft Mitteldeutschland in Leipzig und der Branchentreff Halle. Gemeinsam können sich die Unternehmen für die spezifischen Interessen der Branche einsetzen und effektiv angehen. dazu zählt z.B. die Fachkräftegewinnung, die Schaffung moderner IT-Strukturen oder die Interessenvertretung gegenüber Politik und Wirtschaft.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die ITC betreute zum Jahresende 2016 mehr als 250 Kunden. Die regionale Kundenverteilung ist aktuell:

54% Sachsen-Anhalt, 28% Sachsen, 18% sonstige Bundesländer.

Die aktive Beteiligung an Ausschreibungen ist ein wichtiger Schwerpunkt der Vertriebsaktivitäten. 2016 beteiligte sich die ITC an 12 Verfahren in den Themenbereichen SAP Betrieb, SAP-Betreuung, SAP-Einführung, IT-Sicherheit, DMS, IT-Beratung, Datenschutzberatung und Webseitengestaltung. Dabei konnten im Zuge dessen die Verträge mit der Bundeskunsthalle Bonn zum Betrieb und der Betreuung des SAP Personalwesens (HCM) verlängert werden.

Ein ganzjähriges Ausschreibungsverfahren wurde für die Landeshauptstadt Dresden bearbeitet. Diese beabsichtigt als Ergebnis Anfang 2017 den Zuschlag für die Einführung von SAP HCM (Personalwesen) an die ITC zu vergeben. Dabei konnte sich die ITC in einem europaweiten Verhandlungsverfahren als führender Bieter durchsetzen. Das Projekt hat eine Laufzeit bis mindestens 2020.

Weitere Neukundenabschlüsse gab es 2016 in den Bereichen SAP-Beratung und Betreuung, Datenschutzberatung, GIS-Dienstleistungen, IT-Sicherheitsberatung, IT-Infrastruktur und Rechenzentrumsbetrieb in den Branchen Öffentlicher Dienst, Versorger und Industrie.

Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Die ARGE erhielt Ende 2014 vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land bis 2019 weiter zu führen. Zum Ende des Jahres 2016 betrieb die ITC für 114 Kommunen in Sachsen-Anhalt (93%) diese Anwendung in ihren Rechenzentren.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit Geltung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ab dem 25. Mai 2018 haben sich Unternehmen und öffentliche Stellen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erstmals unmittelbar an europäisches Recht zu halten. Das bis dahin geltende Bundesdatenschutzgesetz verliert seine Gültigkeit.

Die Anpassungsphase beinhaltet die Anpassung bestehender unternehmensinterner Prozesse und IT-Systeme an die Vorgaben der DSGVO. Wichtige Inhalte, wie zum Beispiel

- erhöhte Risiken durch immens gestiegene Bußgeldrahmen,
- die verstärkte Rechenschaftspflicht,
- erweiterte Informations- und Dokumentationspflichten oder
- die Erweiterung der Betroffenenrechte,

sind zu analysieren und im Rahmen eines internen Projektes umzusetzen.

Darüber hinaus gelten derzeit unverändert folgende gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der SWH-Gruppe:

- Etablierung geeigneter Mechanismen zur anforderungsgerechten Behandlung informationssicherheitsrelevanter Risiken,
- Implementierung angemessener technischer, organisatorischer und infrastruktureller Maßnahmen zum Schutz IT-gestützter Geschäftsprozesse sowie eingesetzter Informations- und Kommunikationssysteme.

Wesentliche Gesetzesgrundlagen hierfür sind u.a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
 - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
 - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
 - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden
- Handelsgesetzbuch (HGB)
 - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zugriffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
 - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
 - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
 - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Diensteanbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
 - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
 - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sind die störungsfreie und termingerechte Bereitstellung der Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Betreuung der komplexen IT-Infrastrukturen der Kunden. Hier setzen sich immer mehr die Vereinbarung geeigneter Service Level Agreements in den Dienstleistungsverträgen durch.

Im wesentlich margenträchtigeren Projektgeschäft lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zum einen die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtiger Erfolgsfaktor identifizieren. Hier agiert das Unternehmen derzeit immer noch häufig im mittleren bis unteren Bereich der marktüblichen Verrechnungssätze. Vor dem Hintergrund der steten Bemühungen zur Beibehaltung der angemessenen Kostenstrukturen, gelang es dem Unternehmen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr aus diesem scheinbaren Nachteil bei diversen Auftragsvergaben einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

Darüber hinaus ergeben sich die Erfolgsfaktoren für diesen Bereich der Geschäftstätigkeit des Unternehmens aus dem klassischen Spannungsfeld des Projekterfolgs aus Terminen, Qualität und Kosten. Die ITC setzt zur Sicherung der Erfolge in den Projekten für ihre Kunden eine Vielzahl von Mitarbeitern mit hoher Methodenkompetenz im Projektmanagement ein. Für die Teams SAP-Kompetenzzentrum, IT-Infrastruktur und Anwendungsbetreuung werden unter Anwendung einer Matrixorganisationsform zertifizierte Projektmanager für die Steuerung eingesetzt.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 eine Projektskizze für ein Projekt im Rahmen des Förderprogramms „Forschung und Entwicklung“ erstellt und beim Land Sachsen-Anhalt eingereicht.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2016 beschäftigte die ITC 198 Mitarbeiter. Das sind 9 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotentiale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden Mitarbeiter der ITC neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die ITC weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Absatz/Umsatz/Erträge

Die Umsatzerlöse des Unternehmens stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 % auf T€ 26.202. Darin enthalten sind sonstige Umsatzerlöse in Höhe von T€ 29 aus Vermietung und Verpachtung.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 5.219. Dies sind T€ 339 mehr als im Vorjahr (T€ 4.880).

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Zum 31.12.2016 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH Gruppe T€ 13.409. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 11.909) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 1.500.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 3.065 konnten das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.908) leicht gesteigert werden. Die Steigerung betrug T€ 157.

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH Gruppe und der Stadtverwaltung Halle stieg im Geschäftsjahr 2016 (T€ 4.480) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.433) leicht um T€ 47.

Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der ITC Aufwendungen für Material und bezogenen Leistungen in Höhe von T€ 9.387 an (Vorjahr T€ 8.673).

Der Materialaufwand im Geschäftsjahr 2016 (T€ 4.670) sank im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.776) leicht um T€ 106. Die Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen und Drittkunden wurde in gleichbleibenden Umfang realisiert.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 4.717 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 3.898) waren das T€ 819 mehr, was vor allem auf die Unterstützung von externen Beratern und IT-Dienstleistern zur Realisierung von deutlich mehr Projekten und Aufträgen für unsere Kunden zurückzuführen war. Darüber hinaus spiegelt sich auch die Umgliederung von Konten im Rahmen des BilRUG wider.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 11.378 und befinden sich damit auf dem Niveau des Vorjahres (T€ 10.804). Die Steigerung in Höhe von T€ 574 steht im Ergebnis der Kompensation von im Verlauf des Geschäftsjahres unbesetzten Stellen mit erhöhten Aufwendungen für Mehrstunden, Projektprämien und Rückstellungen für Altersteilzeit und Neueinstellungen.

Abschreibungen

Die Abschreibungen beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf T€ 333 und lagen mit T€ 43 über dem Vorjahreswert (T€ 290).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2016 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 2.424 und fielen somit um T€ 832 niedriger aus als im Vorjahr (T€ 3.256). Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für Instandhaltungen, Mieten und Pachten und Dienstleistungen für Telekommunikation und Datenleitungen sowie Aus- und Weiterbildung. Die Verringerung hat seine Ursache im Wesentlichen durch erforderliche Umgliederungen vor dem Hintergrund des BilRUG.

4.1.1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 2.704 und lag damit T€ 515 über dem Vorjahreswert (T€ 2.189).

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die ITC wies zum 31. Dezember 2016 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.773. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 14,3 %. Gegenüber dem Vorjahr (16 %) verringerte sich diese um 1,7 %.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 817 T€ vorgenommen.

Die Abweichung um -190 T€ (Plan 1.007 T€) begründet sich im Wesentlichen in der, gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Planung, später abgeschlossenen Ausschreibung für die neue zentrale Telekommunikationsanlage der SWH-Gruppe. Hier konnte erst im Dezember 2016 der Zuschlag zur Ausschreibung erteilt werden.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2016 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

Die SWH stellt der ITC einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 500 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 12.396 und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 11.462) um T€ 934.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um T€ 484 auf T€ 2.733 und das Umlaufvermögen von T€ 8.988 auf T€ 9.394. Die Erhöhung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf der Investition in die neue zentrale Telekommunikationsanlage der SWH Gruppe. Die Steigerung im Umlaufvermögen (+ T€ 406) ist vor allem auf die Bewertung unfertiger Leistungen im Rahmen von Projekten zurückzuführen.

Die Passivseite stieg im Wesentlichen durch höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+ T€ 156) und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+ T€ 474) insbesondere wegen der Ergebnisabführung an die SWH sowie höhere Rückstellungen für Garantien (+ T€ 303).

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2016 die positive Ergebnisentwicklung fort. Das Unternehmen konnte sich mit weiteren erfolgreich akquirierten und realisierten großen Kundenaufträgen als anerkannter Marktteilnehmer etablieren.

Eine Ende des Jahres 2015 durchgeführte Kundenzufriedenheitsbefragung im Gesellschafterumfeld (Stadt Halle und Unternehmen der SWH Gruppe) gab wertvolle Indikationen und Impulse für die Verbesserung der Dienstleistungen der ITC in den nächsten Jahren.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeiter entwickelt werden.

Das geplante positive Jahresergebnis für 2016 wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der ITC insgesamt 15 Risiken ermittelt (Vorjahr 14). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 6 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	3	2	0
Beschaffungsmarkt	3	0	1
Konkurrenzunternehmen	2	0	0
Recht und Politik	2	0	1
Technologische Entwicklungen	1	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	4	0	2
Gesamt	15	2	4

In der Risikokategorie des Absatzmarktes bestehen durch die Abhängigkeit von Großkunden aufgrund der Geschäftsgrundlage der ITC große Risiken durch einen möglichen Wegfall der Beauftragungen durch die Stadt Halle oder der Unternehmen der SWH Gruppe. Allerdings ist die Eintrittswahrscheinlichkeit sehr gering.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen weiterhin:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der SWH, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, EVHN und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen:

- die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ablauforganisation und des effektiven und effizienten Softwareeinsatzes für die Unternehmen der Stadtwerke Gruppe;
- der Ausbau des IT-Beratungsgeschäfts (Projektmanagement, Prozessberatung, IT-Sicherheit, Datenschutz);
- die Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- die Vermarktung und Weiterentwicklung des Produktes EnTAM+, eines energietechnischen Informationssystems für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- die Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);

- die Entwicklung spezieller Lösungen für human- und sportmedizinische Einrichtungen sowie
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet die Schaffung und Vermarktung weiterer vermarktungsfähiger Lösungen.

6.1. Umsatzentwicklung

Der Umsatz 2017 gliedert sich in vier Hauptkategorien. Dies sind die Umsätze aus dem

- Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle (2017: ca. 5,4 Mio.€)
- Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe (2017: ca. 13,5 Mio.€),
- Projektgeschäft für die Stadt Halle (2017: ca. 2,4 Mio. €),
- Projektgeschäft für die SWH-Gruppe (2017: ca. 0,5 Mio. €) sowie
- Dienstleistungen und Projekte für Dritte (2017: ca. 2,6 Mio. €).

Die Erhöhung des Gesamtumsatzes mit den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe resultiert maßgeblich aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegen Umfang der von ITC angefragten Leistungen, dem Projektgeschäft (Enhancement Packages Upgrade SAP Core, SAP IS-U), dem Betrieb des Abrechnungssystems der HWS, der Übernahme zusätzlicher Abrechnungsdienstleistungen (z.B.: EEG-Abrechnung) und der Übernahme des Einkaufes für Hard- und Software.

6.2. Investitionen

Die Investitionen sind notwendig, um die geplanten Dienstleistungen zu erbringen (ASP – Application Service Providing, Cloud+), die wachsenden Anforderungen unserer Internetdienstleistungen zu sichern, dem benötigten erhöhten Speicherbedarf und der notwendigen Prozessorleistung Rechnung zu tragen, das Telekommunikationskonzept der Stadtwerke umzusetzen und die technische Ausrüstung der Mitarbeiter auf dem Stand der Technik zu gewährleisten. Für die Erneuerung von Servern (Druckaufbereitung, ESX-Verwaltungsserver, Server für Fachanwendungen Archivsystem, Domaincontroller) ist 2017 ein Investitionsvolumen von ca. 90 T€, für die aktive Netzwerktechnik ca. 50 T€, für TK-Technik ca. 794 T€, für die Ausrüstung der Mitarbeiter der ITC sind 54 T€ und für Softwarelizenzen ca. 111 T€ geplant.

Der gegenüber normalen Planjahren erhöhte Investitionsbedarf in 2017 in Höhe von insgesamt 1.099 T€ resultiert aus den geplanten anteiligen Investitionskosten (794 T€) für eine neue zentrale Telefonanlage für den Stadtwerkekonzern.

6.3. Finanzierung

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist nicht notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.692.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

M-Exchange AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Sonnenplatz 1 61118 Bad Vilbel		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	100		
Gesellschafter:		T€	%
	WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
	Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

Gegenstand des Unternehmens:

Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierleistungen und der Handel mit Hard- und Software.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Dold, Markus	(bis 01.08.2016)
	Kofler, Michael	(bis 16.11.2016)
	Vogdt, Tilo	(seit 12.09.2016)

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	stellv. Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold
		Bettelhäuser, Heinrich
		Helbig, Andreas
		Meier-Berberich, Jörn
		Pehlke, Guntram

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	14	16	17

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	401	43	422	42	460	58	-21	-5
Umlaufvermögen	500	53	539	53	317	40	-39	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	10	1	51	5	18	2	-41	-80
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	23	3					23	

Bilanzsumme	934	100	1.012	100	795	100	-78	-8
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	0	0	310	31	287	36	-310	-100
Rückstellungen	186	20	153	15	102	13	33	22
Verbindlichkeiten	734	79	473	47	392	49	261	55
Rechnungsabgrenzungsposten	14	1	76	7	14	2	-62	-82

Bilanzsumme	934	100	1.012	100	795	100	-78	-8
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.811	1.852	1.247
sonstige betriebliche Erträge	329	103	112
Materialaufwand	257	568	188
Personalaufwand	701	419	306
Abschreibungen	163	142	91
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.340	807	750
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	11	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	7	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		23	23
Ergebnis nach Steuern	-333		
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-333	23	23
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	199	178	156
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	2	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-134	199	178

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-18,41	1,23	1,87	%
Eigenkapitalrentabilität:	-248,91	20,56	21,30	%
Cash-Flow:	-170	165	114	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	535	326	453	T€
Personalaufwandsquote:	32,75	21,43	22,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,85	1,39	1,31	%
Eigenkapitalquote:	0,00	30,61	36,13	%
Fremdkapitalquote:	100,00	69,39	63,87	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	300					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">300</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	300	100,00
T€	%					
300	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.330	70	2.386	77	2.600	76	-56	-2
Umlaufvermögen	1.016	30	717	23	843	24	299	42
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme	3.346	100	3.103	100	3.443	100	243	8
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.708	51	1.708	55	1.708	50	0	0
Rückstellungen	129	4	197	6	100	3	-68	-35
Verbindlichkeiten	1.509	45	1.198	39	1.635	47	311	26

Bilanzsumme	3.346	100	3.103	100	3.443	100	243	8
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.296	5.080	4.920
sonstige betriebliche Erträge	44	59	141
Materialaufwand	4.147	3.849	3.706
Personalaufwand	188	206	180
Abschreibungen	578	589	543
sonstige betriebliche Aufwendungen	262	237	277
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13	23	32
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		237	324
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	9	10
Ergebnis nach Steuern	155		
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	152	225	311
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,88	4,43	6,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,93	13,17	18,22	%
Cash-Flow:	730	814	854	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.335	1.285	1.265	T€
Personalaufwandsquote:	3,53	4,00	3,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,58	76,86	75,49	%
Eigenkapitalquote:	51,04	55,05	49,60	%
Fremdkapitalquote:	48,96	44,95	50,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	63.248,00	64.694,00	61.705,09	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Sortierung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Spotmengen aus unterschiedlichen Produktionsbereichen. Mit verschiedenen Alternativen wie der Herstellung von Fraktionen für die Vergärung, die reine Verbrennung oder die Mitverbrennung als Ersatzbrennstoffe bietet die Gesellschaft qualifizierte Wahlmöglichkeiten.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft strebt über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus und will mit einem hohen Grad die stoffliche Verwertung forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit einem Sekundärrohstoff unterstützen. In der effizienten Nutzung von Biogas oder mittelkalorischem Ersatzbrennstoff für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Sicherung des umfangreichen Leistungsportfolios hat die RAB Halle GmbH bereits im Geschäftsjahr 2012 mit dem Aufbau eines eigenen Mitarbeiterstammes begonnen und im Geschäftsjahr 2014 vorerst abgeschlossen. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 liefen die im Rahmen einer EU-Ausschreibung vergebenen Entsorgungswege aus, welches eine Neuausschreibung notwendig machte. Eine europaweite Ausschreibung wurde im zweiten Quartal des Geschäftsjahres veröffentlicht. Den Überlegungen der Gesellschaft wurde im Ergebnis der Ausschreibung Rechnung getragen. Durch die Aufspaltung von bisher zwei auf drei Outputstoffströme im Rahmen der Behandlung der kommunalen Siedlungsabfälle konnte die Gesellschaft ein besseres Ergebnis im Bereich der Endverwertungspreise im Vergleich zur Beibehaltung des derzeitigen Sortiermodells erreichen. Gewinner der Endverwertung je Outputstoffstrom sind regionale Verbrennungs- und Mitverbrennungsanlagen. Die erzielten Endverwertungspreise lagen innerhalb der avisierten Prognosen und unterhalb des Marktniveaus, allerdings erheblich über dem Niveau der Ergebnisse aus den Jahren 2011 bis 2016.

Die unterjährigen Investitionen in Höhe von 523 TEUR sind hauptsächlich durch notwendige Ersatzinvestitionen in die vorhandene Anlagen- und Mobiltechnik (z. Bsp. Radlader; 223 TEUR) sowie für Investitionen in den Umbau der Behandlungsanlage (Siebtrommel und Bandumbau, 190 TEUR) gekennzeichnet. Weitere Investitionen des Geschäftsjahres wurden auf Grund von seitens der Regulierungsbehörde beauftragten Umbauarbeiten an den Lagerflächen der RAB Halle GmbH (70 TEUR) notwendig.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen, um zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Struktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung konnte die RAB Halle GmbH wichtiges Knowhow in der Gesellschaft binden und einen nahezu reibungslosen Geschäftsbetrieb gewährleisten. Auch die vertragliche Vergabe von kaufmännischen Dienstleistungen im Konzernverbund hat sich in der Vergangenheit bewährt. In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2016 daher keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2016 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechts und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Trotz aller gesetzlichen Bestrebungen und einer umfangreichen Aufklärungsarbeit wird ein nicht geringer Teil von Wertstoffen weiterhin durch Fehlwürfe in die Restmülltonne entsorgt. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Sortierung der Wertstofftonnen und führt derzeit zahlreiche Gespräche, um eine hinreichende Sortierleistung zu generieren. Dabei gehen die Überlegungen des Unternehmens sowohl auf die mögliche Veränderung im Input aus der Fraktion Restmüll, als auch auf die Entwicklung eines geeigneten Sortiermodells für die Wertstofftonne ein.

Auf Grund der angestrebten gesetzlichen Verankerung im Kreislaufwirtschaftsgesetz über Regelungen zur getrennten Erfassung von Metall- und Kunststoffabfällen, welche den stoffgleichen Nichtverpackungen zuzuordnen sind, plant die RAB Halle GmbH nach Rücksprache mit dem Umweltamt der Stadt Halle (Saale) mit einer nötigen Sortiererweiterung um diesen Anforderungen zukünftig gerecht zu werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch Spotmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2015 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 57.417 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2016 auf 57.380 Mg sank. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen eine Reduzierung der Jahrestonnage um 354 Mg zu verzeichnen. Hingegen ist beim Sperrmüll ein Anstieg um 317 Mg zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Siedlungsabfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 einen Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Besonders im Bereich der Abfälle aus der mechanischen Behandlung konnte die Jahrestonnage des Geschäftsjahres von 2015 in Höhe von 7.277 Mg mit 5.868 Mg im Geschäftsjahr 2016 nicht erreicht werden.

Entgegen der Entwicklungen in den Bereichen der kommunalen Siedlungsabfälle und der gewerblichen Siedlungsabfälle ist ein signifikanter Anstieg beim Rücklauf an getrockneter Nativorganik aus der Geschäftsbeziehung mit der C.A.R.E. Biogas GmbH zu verzeichnen. Die Inputtonnage beläuft sich hierbei auf einen Wert von 22.351 Mg. Dies bedeutet einen Anstieg in Höhe von 7.929 Mg im Vergleich zum Vorjahr.

Ein weiterer Leistungsindikator besteht in der Gewinnung metallischer Sekundärrohstoffe im Rahmen der Abfallbehandlung. Die geplanten Erlöse aus der Verwertung von ausgeschleusten metallischen Sekundärrohstoffen konnte im Geschäftsjahr 2016 auf Grund der anhaltend negativen Entwicklung der Weltschrottmarktpreise nicht erreicht werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung werden nicht entfaltet.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 hat die Gesellschaft einen Personalbestand von 4 Beschäftigten zu verzeichnen, welche die operative Führungsebene abdecken. Hierbei handelt es sich um einen Betriebsleiter sowie um 3 Schichtleiter. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Anlagenfahrer, Monteure und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 5.296 TEUR, wobei 4.310 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 416 TEUR aus der Herstellung eines nativorganischen Ersatzbrennstoffes und 570 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten resultieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung der Gesellschaft in Höhe von 5.339 TEUR um 200 TEUR gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist hauptsächlich durch die Steigerung der Annahmepreise für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle des gewerblichen Bereiches begründet. Dies bedeutet einen Anstieg der Umsatzerlöse um 147 TEUR im Vergleich zum Vorjahr. Eine negative Beeinflussung des Umsatzes ist im Bereich der Umsatzerlöse aus der Verwertung der metallischen Sekundärrohstoffe zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist, bei nahezu identischer Gewinnung an metallischen Sekundärrohstoffen, ein Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von 20 TEUR zu verzeichnen.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 298 TEUR und ist hauptsächlich durch Preisanstiege für Endverwertungskosten der Outputstoffströme außerhalb der kommunalen Ausschreibung, sowie durch signifikant gestiegene Aufwendungen für Reparaturmaterialien und Fremdstandhaltungen (+117 TEUR) begründet.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 577 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 12 TEUR niedrigere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Kostensteigerung zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stellten hierbei notwendige Kosten für die rechtliche Betreuung der europaweiten Ausschreibung für die Entsorgung der Outputstoffströme ab dem 01.01.2017, sowie die Prüfung der Selbstkostenfestpreiskalkulation der Entgelte für den öffentlichen Auftraggeber eine Mehrbelastung dar. Die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung gestaltete sich erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2016 auf 262 TEUR. Dies entspricht einer Kostensteigerung von 30 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Die positive Entwicklung der Gesamtleistung der Gesellschaft konnten die Mehrkosten der Gesellschaft für Reparaturmaterialien und Fremdstandhaltungskosten sowie die Mehrkosten für die Endverwertung nicht kompensieren.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 129 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (13 TEUR, Vorjahr 13 TEUR), Personalarückstellungen (30 TEUR; Vorjahr 30 TEUR) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (86 TEUR; Vorjahr 155 TEUR) abgebildet.

Bei der Betrachtung der Verbindlichkeiten ist zunächst über die Tilgung des Kredites mit einem Umfang in Höhe von 314 TEUR zu berichten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 561 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 191 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen werden 685 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies ein Anstieg in Höhe von 488 TEUR dar.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Rückgang in Höhe von 53 TEUR auf 28 TEUR zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Das Investitionsvolumen der Gesellschaft betrug im Geschäftsjahr 2016 kumuliert 523 TEUR. Diese sind hauptsächlich durch notwendige Ersatzinvestitionen in die vorhandene Anlagen- und Mobiltechnik (z. Bsp. Radlader: 220 TEUR) sowie für Investitionen in den Umbau der Behandlungsanlage (Siebtrommel und Bandumbau, 190 TEUR) gekennzeichnet. Weitere Investitionen des Geschäftsjahres wurden auf Grund von beauftragten Umbauarbeiten durch die Regulierungsbehörde an den Lagerflächen der RAB Halle GmbH (70 TEUR) notwendig.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 um 267 TEUR gesunken und stellt zum Bilanzstichtag eine Verbindlichkeit im Rahmen des CashPools in Höhe von 339 TEUR dar. Begründet ist dies durch den erhöhten Finanzmittelbedarf im Rahmen der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2016. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der CashPool-Vereinbarungen war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2016 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.330	2.386	-56
Kurzfristiges Vermögen	1.016	717	299
Gesamtvermögen	3.346	3.103	243
Langfristiges Kapital	1.944	2.258	-314
Kurzfristiges Kapital	1.402	845	557
Gesamtkapital	3.346	3.103	243

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände das Investitionsvolumen des Geschäftsjahres 2016. Im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 2.386 TEUR beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.330 TEUR.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Erhöhung des Bilanzwertes in Höhe von 243 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch den Anstieg bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie im Bereich der Verbindlichkeiten aus Liefer- und Leistungsverhältnissen.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 307 TEUR konnte die Gesellschaft nicht vollumfänglich realisieren.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein schwieriges Geschäftsjahr zurück. Die positiven Ergebniseffekte aus der überplanmäßigen Annahme und Behandlung vom kommunalen und gewerblichen Siedlungsabfällen wurden durch den Rückgang der Verwertungserlöse im Bereich der metallischen Sekundärrohstoffe als auch durch signifikant gestiegene Kosten für Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltungen übertroffen.

Somit schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Ergebnis in Höhe von 152 TEUR vor Gewinnabführung ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der RAB Halle GmbH insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr 10). Unter diesen Risiken lässt sich ein Einzelrisiko der Gruppe 2 zuordnen. Ein Risiko der Gruppe 1 wurde nicht identifiziert. Nachfolgend dargestellte Risikokategorien und Risikogruppen der Gruppen 1 und 2 wurden bei der RAB Halle GmbH identifiziert und unterteilt:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	4	-	1
Absatzmarkt/Vertrieb	2	-	-
Wettbewerb/Konkurrenz	-	-	-
Gesetzgebung/Recht/Steuern	2	-	-
Kapitalmarkt	-	-	-
Technologie	1	-	-
Naturereignisse/Umwelt	-	-	-
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	-	-
Gesamt	10	-	1

Die Gesellschaft sieht insbesondere auf dem Beschaffungsmarkt ein Risiko der Gruppe 2. Eine verlässliche Prognose der kommunalen und gewerblichen Siedlungsabfälle ist selten möglich. Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass bei einer gleichbleibenden Einwohnerzahl im Stadtgebiet Halle (Saale) die Abfallmengen dennoch stetig abnehmen. Sollte es zu einer Unterschreitung der geplanten Abfallmengen von 5 % (- 2.250 Mg) kommen bedeutet dies für die Gesellschaft Mindererlöse in Höhe von 214 TEUR.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2017 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen inkl. zugehöriger Sekundärleistungen Umsatzerlöse in Höhe von 6.377 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2017. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 mit Umsatzerlösen im Bereich der Abfallbehandlung in Höhe von 4.779 TEUR plant die Gesellschaft mit einer preis- und mengenindizierten Umsatzsteigerung in Höhe von 1.598 TEUR.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2017 mit keinen Erlösen aus der bionativen Ersatzbrennstoffaufbereitung. In 2016 betragen die daraus resultierenden Erlöse 416 TEUR. Im Rahmen der Optimierung des Sortierkonzeptes ist eine nachträgliche Aufbereitung der getrockneten Nativorganik zu einem bionativen Ersatzbrennstoff überflüssig. Die daraus gewonnenen Kapazitäten sollen durch anderweitige sonstige Gewerbeabfälle kompensiert werden.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsätzen aus Dienstleistungen für Verwiegung und Verladung im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 95 TEUR. Die anhaltend negative Entwicklung der Weltschrottmarktpreise für die metallischen Sekundärrohstoffe der Gesellschaft fand in der Wirtschaftsplanung 2017 Berücksichtigung. Insbesondere für Eisenmetalle plant die Gesellschaft zukünftig keinen positiven Erlösbeitrag ein. Lediglich für Nicht-Eisenmetalle plant die Gesellschaft mit Erlösen in Höhe von 5 TEUR.

Kumuliert betrachtet plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 mit Umsatzerlösen in Höhe von 6.478 TEUR.

6.2. Investitionen

Auslastungsbedingt und in Anlehnung an die aktuellen Wartungs- und Instandhaltungskonzepte der mobilen Verlade- und Transporttechnik plant die Gesellschaft mit einer sukzessiven Erneuerung derer. Die geplante Investitionssumme im Geschäftsjahr 2017 beträgt 400 TEUR und ist hauptsächlich durch die Ersatzbeschaffung eines Umschlagbaggers (150 TEUR) sowie eines Lastkraftwagens (100 TEUR) begründet. Des Weiteren plant die Gesellschaft weitere Optimierung an der Behandlungsanlage vorzunehmen (150 TEUR).

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2017 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen soll der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 302 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen voran zu treiben, um zusätzliche Möglichkeiten zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2017 mit beeinflussen und den Fortschritt sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Hasentorstraße 9
 06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Hülsbusch, Peter
	Kotzur, Klaus
	Petri, Martina
	Quenzel, Benjamin
	Schulze, Jörg

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.951	53	2.100	53	2.254	52	-149	-7
Umlaufvermögen	1.698	46	1.831	46	2.006	46	-133	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	15	1	29	1	109	2	-14	-48

Bilanzsumme	3.664	100	3.960	100	4.369	100	-296	-7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.162	86	3.012	76	2.757	63	150	5
Rückstellungen	65	2	207	5	99	2	-142	-69
Verbindlichkeiten	437	12	741	19	1.513	35	-304	-41

Bilanzsumme	3.664	100	3.960	100	4.369	100	-296	-7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.623	4.541	4.601
sonstige betriebliche Erträge	77	217	62
Materialaufwand	744	697	779
Personalaufwand	1.950	1.920	1.881
Abschreibungen	672	572	530
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.002	926	1.009
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16	69	85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		576	383
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	90	237	102
Ergebnis nach Steuern	227		
sonstige Steuern	14	16	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	213	323	265
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	213	323	265

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,60	7,11	5,76	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,21	12,01	10,63	%
Cash-Flow:	884	895	795	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94	93	90	T€
Personalaufwandsquote:	41,50	40,36	40,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	53,20	52,92	51,54	%
Eigenkapitalquote:	86,30	76,06	63,10	%
Fremdkapitalquote:	13,70	23,94	36,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Bioabfall	6.313,96	6.178,48	6.579,62	t
Pappe, Papier	8.642,68	8.695,62	8.850,28	t
Restabfall	25.255,02	25.606,74	25.958,88	t

e) Lagebericht**Wirtschaftsbericht****I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)**

Das Geschäftsjahr 2016 war gekennzeichnet von weiteren Diskussionen rund um das Wertstoffgesetz, der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes hinsichtlich der flächendeckenden Einführung der Bioabfallentsorgung sowie im Zusammenhang mit dem Forstbestand der Dualen Systeme die Verpackungsverordnung. Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden umfangreiche Argumentationen durch die Vertreter der kommunalen und privaten Entsorgungsbetriebe vorgelegt, um die Gesetzgebung maßgeblich in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Letztendlich fehlen jedoch bis heute konkrete Beschlüsse bzw. Richtlinien, wodurch die Arbeit zunehmend erschwert wird.

Die Dualen Systeme haben weiterhin Bestand. Hier werden in der nächsten Zeit Grundsatzurteile zum tatsächlichen Eigentum an den Wertstoffen erwartet.

In vielen Kommunen wird, wie auch in den vergangenen Jahren, der Trend zur Rekommunalisierung beobachtet. Gleichzeitig spielt die Umsetzung der neusten technischen Entwicklungen eine immer größere Rolle, um die vorhandene Effektivität nicht einzubüßen. Beim Einsammeln und Transportieren ist der Trend eindeutig zu Ident-Systemen mit chip-basierenden Behältersystemen zu erkennen.

Hinsichtlich der Einführung der Pflichtbiotonne ist zu beobachten, dass die kommunalen Aufsichtsbehörden den Druck zur Einführung verstärkt haben, so dass sich mittelfristig kaum ein Entsorgungsgebiet dieser gesetzlichen Vorgabe entziehen kann.

Die Rohstoffpreise auf dem Sekundärrohstoffmarkt sind im Jahr 2016 relativ konstant geblieben. Im Bereich der Papierverwertung sind schwankende Tendenzen im 10 %igen Bereich zu verzeichnen.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2016 konnte von der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES GmbH) wiederum mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden.

Wie in den vergangenen Jahren wurde konsequent an der Optimierung und Rationalisierung sowie der Beibehaltung der erzielten Standards in den betrieblichen Abläufen gearbeitet.

Das Ergebnis dieser Bemühungen spiegelt sich auch im Jahresergebnis wider.

Der wichtigste Baustein im Jahr 2016 war die weitere Sicherung der Inhousefähigkeit der RES GmbH über das Jahr 2017 hinaus als Grundlage für die Sicherung der Arbeitsplätze und eines langjährigen Neuvertrages ab dem Jahr 2018.

Um die Inhousefähigkeit weiter zu festigen wurde die Umsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Halle vertieft.

In diesem Zusammenhang sind mehrere umfangreiche konzeptionelle Maßnahmen erarbeitet worden, welche derzeit nach rechtlicher Prüfung in der Umsetzung begriffen sind.

Im Ergebnis der bisherigen Gespräche und der positiven Bilanz der Aufgabenerfüllung durch die RES GmbH wurde durch den Landkreis und den Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft des Landkreises Mansfeld-Südharz der Wille zur neuvertraglichen Regelung ab dem Jahr 2017 im Rahmen der Inhousevergabe zum Ausdruck gebracht.

In der Aufsichtsratsitzung und Gesellschafterversammlung im September 2016 wurde durch die Aufsichtsratsmitglieder und die Vertreter des Landkreises Mansfeld-Südharz und der Stadtwerke Halle GmbH ein klares Bekenntnis gegenüber der RES GmbH zur Beauftragung auch über das Jahr 2018 hinaus gegeben. Dieses Bekenntnis zur künftigen Zusammenarbeit hat erheblich zur positiven Motivationsentwicklung im Unternehmen beigetragen.

Im Rahmen der erfolgreichen Altlastenarchivierung des Grundstückes „Tonloch“ konnte dieses für die nächsten 20 Jahre einer neuen Nutzung als Photovoltaikanlage zugeführt werden.

Im ersten Halbjahr des Jahres 2016 wurde in der RES GmbH das eingeführte interne Kontrollsystem überarbeitet und konkretisiert.

Auch das Risikofrüherkennungssystem wurde überarbeitet und angepasst.

Im Anschluss wurde das interne Kontrollsystem gemäß IDW PS 951 und das Risikofrüherkennungssystem gemäß IDW PS 340 durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen erfolgreich geprüft und bewertet.

Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bescheinigt der RES GmbH in beiden Prüfungen einen sehr guten Standard.

Entgegen der befürchteten Entwicklung hat sich die Situation auf dem Papiermarkt stabilisiert. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung konnten die Ergebnisse für die Papierverwertung ab April 2017 nochmals verbessert werden. Die Erlöse aufgrund des kommunalen Vertrages sind relativ konstant geblieben.

Die Umsetzung des Entsorgungsvertrages wurde auch im Jahr 2016 ohne Preisveränderung in den Schwerpunktfractionen Restmüll, PPK und Bioabfälle sichergestellt. Dadurch gewährleistete die RES GmbH bereits im siebenten Jahr in Folge stabile Preise.

Die Tatsache, dass die Entwicklung der Abfallmengen weniger rückläufig war als geplant, hat zu einer nahezu konstanten Umsatzentwicklung und somit einem Plus gegenüber dem Plan von 5,05 % beigetragen. Hier ist aber auch auf die Ölpreisentwicklung und damit die niedrigeren Dieselpreise hinzuweisen.

Wie in vielen Branchen hat sich auch in der RES GmbH gezeigt, dass es immer schwieriger wird, qualifizierte Berufskraftfahrer zu ersetzen. Durch langfristig angesetzte Personalplanung und gezielte Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit wird versucht, diesem allgemeinen Trend entgegenzuwirken.

Das Ergebnis der Betriebsprüfung des Finanzamtes aus dem Jahr 2014 mit einer Nachzahlung in Höhe von 68.532,00 Euro und einer Zinszahlung von 9.876 Euro befindet sich weiterhin im Einspruchsverfahren. Es wird damit gerechnet, dass in der ersten Jahreshälfte 2017 hierzu eine Entscheidung getroffen wird.

Das in diesem Zusammenhang neu zu bewertete Darlehen aus dem Jahr 2001 zwischen der RES GmbH und der WAE Wertstoffaufbereitung Edersleben GmbH wird weiterhin parallel auf seine Fälligkeit geprüft. In diesem Zusammenhang werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafter als Entscheidungsträger ständig von der Geschäftsleitung über den Abarbeitungsstand informiert.

Im Rahmen der Verwertung und Entsorgung wird die RES GmbH auch weiterhin als zuverlässiger Partner und kompetenter Partner in der Entsorgung der Region tätig sein.

a.) allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz.

Alle Aufgaben wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart erfüllt.

Die Beauftragung für die Abfuhr der Container von den Wertstoffhöfen des Landkreises wurde durch den Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft bis Dezember 2017 verlängert und soll auch danach fortgesetzt werden. Ab April 2016 wurde durch die RES GmbH allerdings nur noch der Transport der Container durchgeführt, die Entsorgung erfolgte ab diesem Zeitpunkt durch vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft beauftragte Dritte.

Das Jahr 2016 konnte mit einem positiven Betriebsergebnis von 212.754,23 € beendet werden.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss mit einem deutlich geringeren Ergebnis gerechnet werden. Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark werden insbesondere auf das Jahr 2017 Auswirkungen haben, da wie in der Vergangenheit die Preisanpassungsklausel laut Vertrag mit dem Landkreis nicht wirksam wird. Auch ist eine Abkehr von den bisherigen Mineralölpreisen zu erkennen.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2016 die geplanten Investitionen umgesetzt. Die Anschaffung des Schadstoffmobiles aus dem Investitionsplan 2015 erfolgte, wie in den Gremien vorgetragen, erst im Jahr 2016.

Ebenfalls aus dem Jahr 2015 resultiert die Zahlung der Aufbauten für 2 Müllfahrzeuge im Monat März in Höhe von 170.972,16 €.

Im Monat Juli wurde aufgrund eines Motorschadens zusätzlich ein gebrauchter Transporter angeschafft. Die Investitionssumme betrug 19.957,34 €.

Wie geplant erfolgte im November die Anschaffung eines PKW für 34.381,74 €.

Im Ergebnis der Ausschreibung für ein Müllfahrzeug wurde im Dezember 2016 der LKW MSH-AB 420 für 190.941,64 € angeschafft.

Außerdem wurden wie vorgesehen Müllbehälter für 30.114,95 € und geringwertige Wirtschaftsgüter für 1.280,18 € gekauft.

Die Gesamtinvestition belief sich 2016 auf 526.658,71 €, durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 56.743,48 € erzielt. Der Restbetrag in Höhe von 469.915,23 € wurde aus freier Liquidität verwendet.

Im Einzelnen werden die Investitionen des Wirtschaftsplanes 2016 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investitionen	Differenz
Fahrzeuge	212.000,-€	245.280,72 €	33.280,72 €
Betriebs- und Geschäftsausst.	24.000,- €	31.395,13 €	7.395,13 €
EDV	5.000,- €	0,00 €	-5.000,00 €
aus 2015			
Fahrzeuge	174.000,- €	170.972,16 €	-3.027,84 €
Schadstoffmobil	114.270,- €	79.010,70 €	-35.259,30 €
Gesamt	529.270,- €	526.658,71 €	-2.611,29 €

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2016 49 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2016 war 50 (ohne Geschäftsführer).

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt.

Unser Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2016 auf **1.950.350,29** Euro.

Pro Beschäftigten fielen Personalkosten in Höhe von **38.242,16** Euro an. Abfindungszahlungen wurden nicht geleistet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von

59.684,08 Euro.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 1 Arbeitnehmer und hat sich bis zum Jahresende nicht geändert. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz nicht erfüllt.

d.) Umweltschutz

Unser Unternehmen hat sich auch im Jahr 2016 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz hinsichtlich der Sicherheit verpflichtet. So wurden die Neuinvestitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht.

Bei allen Zulieferern wurde die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im November 2016 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Mit der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes wurde die Pflicht zur Durchführung eines periodischen Energieaudits eingeführt. Demnach war die RES verpflichtet, bis zum 15.12.2015 erstmals ein Energieaudit durchführen zu lassen.

Das Audit wurde am 04.08.2015 und am 08.10.2015 in der RES GmbH erfolgreich durchgeführt und ist aller 4 Jahre zu wiederholen.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Durch konsequente Kostenkontrolle und Umsetzung der geplanten Effizienzmaßnahmen wurde im Jahr 2016 das geplante Betriebsergebnis übertroffen und beträgt somit **212.754,23 €**.

Die RES GmbH hat mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, PPK, Bioabfall und Sperrmüll bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption. In den Bereichen Sonderabfall, Elektroaltgeräte und Grünabfall wurde die RES ab 01.01.2015 bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption neu beauftragt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 93,64 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2016 über kommunale Verträge generiert.

Bis zum 31.03.2016 wurde mit Option der Auftrag des Landkreises zum Transport der Container von den Wertstoffhöfen verlängert. Anschließend ist dieser Vertrag reduziert um die Entsorgungsleistungen wieder an die RES GmbH neu vergeben worden. Der Erlös in diesem Bereich lag bei 100.267,77 € und wird für 2017 konstant bleiben.

Die Mengenentwicklung aufgrund des Rückgangs der Bevölkerungszahlen lag mit Ausnahme der PPK- und Bio-Abfälle im Bereich der Planungen. Die PPK-Mengen sind entgegen dem erwarteten Rückgang von 4 % nur um 0,6 % gesunken. Leider konnte die positive Erwartung im Bereich der Bio-Tonne nicht erfüllt werden. Hier lag die Steigerung statt der erwarteten 247 Mg nur bei 135 Mg.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2017 in den Bereichen Restabfall und Papier die Mengenentwicklung in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung weiterhin sinken wird. Bisherige Bemühungen zur Steigerung des Anschlussgrades für die Biotonne werden fortgesetzt.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2016	Tonnage 2016	Leerungen 2015	Tonnage 2015
Restmüll	978.781	25.255,02	969.405	25.606,74
PPK	493.862	8.642,68	484.072	8.696
Bioabfall	285.791	6.313,96	266.920	6.178,48
Grünabfall	0	1.601,35	0	1.680,39
Sperrmüll	0	3.205,12	0	3.120,90
Elektroaltgeräte	0	374,83	0	341,61

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2016 hat sich weiter positiv entwickelt.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt **53,25 %**.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben zum Ende des Geschäftsjahres einen Anteil von **24,27 %**

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich zum 31.12.2016 im Vergleich zum Jahresabschluss 2015 in Kennzahlen wie folgt dar:

		2015	2016
Eigenkapitalquote	Grundkapital	620.000,00	620.000,00
	satzm. Rücklag.	62.000,00	62.000,00
	andere Rücklag.	1.170.609,64	1.170.609,64
	Gewinnvortrag	836.645,48	1.096.713,86
	Jahresüberschuss	322.944,96	212.754,23
	Bilanzgewinn	0,00	0,00
	Eigenkapital	3.012.200,08	3.162.077,73
	Rückstellungen	206.557,01	64.729,85
	Verbindlichkeiten	345.445,65	239.016,99
	Fremdfinanzierung	396.096,00	198.048,00
	Fremdkapital	948.098,66	501.794,84
	Gesamtkapital	3.960.298,74	3.663.872,57
	Eigenkapitalquote	76,06	86,30

Verschuldungsgrad	verzinsl. Fremdkapit.	396.096,00	198.048,00
	sonst. Fremdkapit.	345.445,65	239.016,99
	Wirtsch. Fremdkapit.	741.541,65	437.064,99
	Eigenkapital	3.012.200,08	3.162.077,73
	Verschuldungsgrad %	24,62	13,82
Liquidität	Flüssige Mittel, sonst. Vermögensgegenst.	1.795.153,15	1.669.634,26
	kurzfristiges Fremdkapit.	749.588,06	501.794,84
	Liquidität 2. Grades	239,49	332,73
Nettoverschuldung	Fremdmittel	948.098,66	501.794,84
	Flüssige Mittel	1.251.500,54	780.229,59
	Nettoverschuldung (Nettoliiquidität)	-303.401,88	-278.434,75
Eigenkapitalrentabilität	Jahresüberschuss	322.944,96	212.754,23
	Eigenkapital	3.012.200,08	3.162.077,73
	Eigenkapitalrentabilität	10,72	6,73

Die Finanzlage des Unternehmens hat sich zum 31.12.2016 verbessert.

g.) Beteiligungen

Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen

Die Gesellschaft befindet sich derzeit in Liquidation. Die Gesellschafteranteile wurden aufgrund der Insolvenz mit einem niedrigeren Teilwert eingestellt. In 2016 wurden diese auf Grund der Liquidation vollständig ausgebucht.

Die Gesellschafteranteile an der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben wurden bereits im Jahr 2009 vor der Insolvenz der RES GmbH veräußert. Hier besteht lediglich ein nachrangiges Gesellschafterdarlehen an die WAE GmbH. Die Möglichkeit der Fälligkeit und Rückzahlung wurde durch die Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH in 2016 erneut geprüft. Das Ergebnis der Prüfung steht noch aus. Aufgrund einer vorhandenen Rangrücktrittserklärung wird eine sofortige Fälligkeit aber eher negativ bewertet.

Im Rahmen der Betriebsprüfung bei der RES GmbH wurde das Darlehen vom Finanzamt als nicht abzugsfähig eingestuft. Mit der Geschäftsführung der WAE GmbH Edersleben sind im Jahr 2016 Gespräche zu möglichen Lösungen geführt worden. Diese sollen 2017 fortgesetzt werden.

III. Risikobericht

Im Jahr 2016 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass eine positive Prognose für die Folgejahre besteht.

Für das Jahr 2017 liegt die Unsicherheit für das Unternehmen im Bereich möglicher Kostensteigerung im Fuhrpark, hauptsächlich durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten. Weiterhin stellt ein gewisses Risiko die Bevölkerungsentwicklung des gesamten Landkreises dar.

Durch die zugesagte Neubeauftragung der RES GmbH ab dem Jahr 2018 können wesentliche Kostenentwicklungen in der Kalkulation zum Vertrag berücksichtigt werden.

Eine Unsicherheit besteht bezüglich der Erlössituation im gewerblichen Bereich, die hier erzielten Umsätze durch Kehrleistungen könnten aufgrund der 2017 stattfindenden Neuausschreibung möglicherweise entfallen.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Die Verträge der RES sind bis zum 31.12.2017 gesichert.

Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2017 von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. Die Wirtschaftspläne wurden aufgrund der gegebenen Willenserklärung zur weiteren Beauftragung der RES GmbH gefertigt. Für das Jahr 2017 wird ein positives Betriebsergebnis erwartet. Die RES GmbH wird auch im Jahr 2017 keine Preiserhöhung erhalten.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem deutlich geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden.

Bereits ab dem Monat März 2017 sollen Gespräche zur Vorbereitung der Gestaltung der Auftragsvergabe ab 2018 mit dem EAW stattfinden, so dass derzeit von einer Neuvergabe an die RES GmbH ausgegangen werden kann.

Zu berücksichtigen ist auch, dass ab dem Jahr 2018 die Transportleistungen für die Wertstoffhöfe ebenfalls neu vergeben werden. Auch hier rechnet die Geschäftsführung mit einer Fortsetzung der Beauftragung

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird eine positive Unternehmensentwicklung prognostiziert.

Zwingend notwendig für die Realisierung der Aufgaben ab 01.01.2018 ist die vertragliche Beauftragung der RES GmbH bis zum 30.06.2017, da ansonsten der Geschäftsführung durch den Gesetzgeber Maßnahmen aufgezwungen werden, welche die künftige Arbeit deutlich erschweren und die Prognoseaussichten erheblich verschlechtern.

IV. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes am 03.03.2017 sind keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

V. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt Euro 212.754,23 €

Von dem Jahresüberschuss werden 3 % bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von **58.473,24 €** an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und **154.280,99 €** auf neue Rechnung vorgetragen.

VI. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

SHS Energiedienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und -lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6	1	5	0	21	2	1	20
Umlaufvermögen	411	38	533	43	395	33	-122	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	649	61	720	57	791	65	-71	-10

Bilanzsumme	1.066	100	1.258	100	1.207	100	-192	-15
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	2	25	2	25	2	0	0
Rückstellungen	584	55	582	46	384	32	2	0
Verbindlichkeiten	457	43	651	52	798	66	-194	-30

Bilanzsumme	1.066	100	1.258	100	1.207	100	-192	-15
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.926	2.958	2.736
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-13	33	3
sonstige betriebliche Erträge	76	115	185
Materialaufwand	2.384	1.973	2.109
Personalaufwand	462	435	437
Abschreibungen	2	3	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	87	481	240
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	6	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		208	123
Ergebnis nach Steuern	50		
sonstige Steuern	0	172	87
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	50	36	33
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,70	1,21	1,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	198,82	143,32	162,75	%
Cash-Flow:	51	39	45	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	427	444	418	T€
Personalaufwandsquote:	15,48	14,00	14,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,60	0,39	1,74	%
Eigenkapitalquote:	2,34	1,99	2,07	%
Fremdkapitalquote:	97,66	98,01	97,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Lichtpunkte	23.217	23.156	22.998	Stk.

e) Lagebericht

1. Grundlagen der SHS

1.1. Geschäftsmodell

Die SHS Energiedienste GmbH (SHS) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere Stadtbeleuchtung, die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterscheidet zwei Geschäftsfelder. Kerngeschäft ist das Geschäftsfeld zur Erbringung von Dienstleistungen für Kunden im Stadtgebiet Halle und für die Stadt Halle (Saale) betreffend die öffentliche technische Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung. Derzeit wird geprüft, ob die Möglichkeit besteht ein weiteres Geschäftsfeld aufzubauen. Dieses hat die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in deren Alleineigentum stehenden Gesellschaften zum Inhalt.

Alleinige Gesellschafterin der SHS ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die SHS nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung der Stadtbeleuchtung im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die Steigerung deren Energieeffizienz.

Eine weitere Zielstellung der SHS ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Der Geschäftsführer der SHS ist Herr Jens Böttcher. Die Gesellschaft beschäftigt sieben gewerbliche Mitarbeiter und bezieht kaufmännische und technische Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Darüber hinaus wird das neue Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen durch zwei Mitarbeiter, welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut.

Die Geschäftsbesorgungsverträge zwischen der SHS und der EVH GmbH (EVH) sowie der Energieversorgung Halle Netz GmbH bestanden im Geschäftsjahr 2016 fort.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Struktur/Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt. Änderungen wurden deshalb nur mit dem Ziel der Einführung des neuen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ vorgenommen. Diesem sind zwei Mitarbeiter mit einem Stellenanteil von jeweils 50 Prozent zugeordnet.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 Prozent im Vorjahr auf 6,1 Prozent im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 Prozent erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das in 2014 begründete Modell zur Eigenversorgung mit Elektroenergie lief zum 31. Dezember 2015 aus. Somit endeten zum 31. Dezember 2015 einvernehmlich die damit verbundenen Verträge. Die SHS bezieht ihren Strom ab 2016 wieder in vollem Umfang von der EVH.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2016 kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der SHS wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Einspareffekt an elektrischer Energie, welcher maßgeblich von den getätigten Energieeffizienzmaßnahmen und der Sonnenscheindauer beeinflusst wird.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2016 beschäftigte die SHS sieben Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl blieb zum Stichtag unverändert gegenüber dem Vorjahr (7 Mitarbeiter).

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die dem Aufbau des neuen strategischen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ dienen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die SHS Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 2.926 (Vorjahr: T€ 2.958), wovon der Hauptanteil auf den Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) entfiel.

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf T€ 2.384 (Vorjahr: T€ 1.974). Für fixe Aufwendungen (Personal, Abschreibungen sonstige betriebliche Aufwendungen) wurden insgesamt T€ 551 (Vorjahr: T€ 919) aufgebracht.

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Gewinn in Höhe von T€ 50 (Vorjahr: T€ 36), welcher aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird.

4.2. Finanzlage

Die SHS verfügt über ein Eigenkapital in Höhe von T€ 25, woraus sich eine Eigenkapitalquote von 2,3 Prozent ergibt.

Zum 31. Dezember 2016 ergibt sich ein negativer Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 268 (Vorjahr: T€ 199). Die gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechterte Liquidität des Unternehmens ergibt sich aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ -100 (Vorjahr: T€ -45), aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ 68 (Vorjahr: T€ 95) sowie aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von T€ -37 (Vorjahr: T€ -35).

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2016 auf T€ 1.066 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 192 vermindert. Den wertmäßig größten Anteil nimmt mit T€ 649 der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ein. Aufgrund des zwischen der SHS und der Stadt Halle (Saale) abgeschlossenen Beleuchtungsvertrages (Vertragslaufzeit 15 Jahre) führte die SHS in den Vorjahren Investitionen zur Effizienzsteigerung durch. Diese Investitionen werden bei der SHS als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über die Laufzeit abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von T€ 3 getätigt (Vorjahr: T€ 2). Diese betrafen Werkzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2016 der Trend einer leichten Verbesserung des Jahresergebnisses fort und das geplante Jahresergebnis wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

5. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der SHS insgesamt zwei Risiken der Gruppe 2 erfasst, was keine Veränderung zum Vorjahr bedeutet. Beide Risiken werden dem Beschaffungsmarkt zugeordnet. Das erste Risiko betrifft die Kalkulation bzw. die Prognose des Energieverbrauches aufgrund sinkender Sonnenscheinstunden. Das zweite Risiko bezieht sich auf die steigenden Material- und Dienstleistungspreise.

Beide Risiken gefährden nicht den Bestand der Gesellschaft bzw. beeinträchtigen die Entwicklung der Gesellschaft.

6. Prognosebericht

Die Erfolgsrechnung umfasst zum einen die Einnahmen aus dem Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale), der von der Anzahl der geplanten Lichtpunkte abhängig ist. Zum anderen wurden Umsatzerlöse aus dem neuen Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“ geplant. Aus heutiger Sicht ist die Umsetzung des neuen Geschäftsfeldes erst im Jahr 2018 möglich.

Im Geschäftsjahr 2017 sollen Investitionen in Höhe von T€ 3 getätigt werden.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt auch unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Kreditlinie der SWH. Eine zusätzliche Aufnahme von Fremdmitteln ist derzeit nicht vorgesehen.

Die Gesellschaft geht davon aus, für das Jahr 2017 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in etwa des Vorjahresniveaus zu erzielen und auch mittelfristig ein positives Jahresergebnis realisieren zu können.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	607	100	1.115	100	645	100	-508	-46

Bilanzsumme	607	100	1.115	100	645	100	-508	-46
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	4	26	2	26	4	0	0
Rückstellungen	8	1	8	1	9	1	0	0
Verbindlichkeiten	573	95	1.081	97	610	95	-508	-47

Bilanzsumme	607	100	1.115	100	645	100	-508	-46
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.749	3.679	3.086
sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Materialaufwand	3.570	3.546	2.959
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	152	106	104
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		21	16
Ergebnis nach Steuern	20		
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinn- oder abgeführte Gewinne	17	18	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,46	0,49	0,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	67,78	69,90	52,20	%
Cash-Flow:	17	18	13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,20	0,20	0,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	4,21	2,29	3,97	%
Fremdkapitalquote:	95,79	97,71	96,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
behandeltes Mischwasser	17,02	17,10	17,27	Mio. m ³
Klärgas	2,28	2,14	2,19	Mio. m ³
Klärschlamm	17.116,35	18.416,00	16.957,00	t
Stromerzeugung	5,02	5,12	5,16	Mio. kWh

e) Lagebericht

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON) wurde mit dem Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 1996 von der OKKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Grünwald (Landkreis München) in die TELONON Abwasserbehandlung GmbH umbenannt. Der Sitz der Firma wurde nach Halle verlegt. Der Eintrag ins Handelsregister B erfolgte am 10.07.1997.

Die TELONON ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Mit der SWH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

1.1.2. Geschäftsfelder

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH mit Sitz in Grünwald den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch. Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden.

1.2. Ziele und Strategien

Die TELONON überwacht für die Kläranlage Halle-Nord GmbH den von der HWS durchgeführten technischen und kaufmännischen Betrieb der Kläranlage auf Ordnungsmäßigkeit. Die Kläranlage Halle-Nord GmbH ist Eigentümerin der Kläranlage Halle-Nord bis zum 31.12.2018.

Ziel ist es, den kaufmännischen und technischen Betrieb der Abwasserreinigungsanlage wirtschaftlich und effizient zu führen und dafür zu sorgen, dass das hierfür erforderliche Betriebspersonal zur Verfügung steht. Die Aufgaben der TELONON ergeben sich aus dem Betriebsführungsvertrag vom 30.04.1996.

1.3. Steuerung

Die TELONON besitzt außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal.

Auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der HWS kommen deren Organisationsaufbau und Regelungen bezüglich der Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse zum Tragen.

Die TELONON erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1 % im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10%-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2016 traten für die TELONON Abwasserbehandlung GmbH keine besonderen Ereignisse auf.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es nicht.

Durch die hohe Auslastung der Kläranlage wurden durch die HWS in den Jahren 2013/2014 Investitionen von 1,2 Mio. EUR für einen zusätzlichen Nacheindicker und einen neuen Schlammspeicher getätigt.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden vorrangig die Planungen an der Erweiterung der biologischen Anlage bearbeitet. Der Baubeginn für das neue Belebungsbecken erfolgt im I. Quartal 2017.

Im Jahr 2016 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 17,02 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2015 = 17,1 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 41.005 m³/d (2015 = 40.720 m³/d).

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2016 wurden 119.766 m³ Sickerwasser (2015 = 95.970 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2016 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es wurden keine Überwachungswerte der wasserrechtlichen Genehmigung überschritten.

Im Jahr 2016 wurden 62,23 t Rechengut und 588,23 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 17.116,35 t Klärschlamm an, die in der Kompostierung und in der Landwirtschaft verwertet wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,28 Mio. m³) wurden im Jahr 2016 in den Blockheizkraftwerken 5,02 Mio. kWh Strom erzeugt (2015: 5,12 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2016 52 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2016 betrug diese Menge 9.615 m³ (2015: 17.069 m³).

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2016 ordnungsgemäß erfüllt.

Für den Anstieg der Betriebskosten in einzelnen Positionen sind im Wesentlichen die gestiegenen Instandhaltungs- und Reparaturkosten ursächlich, die auf das Alter der Kläranlage zurück zu führen sind. Durch zahlreiche umgesetzte Einzelmaßnahmen zur Betriebsoptimierung wurden Erfolge erzielt, die im Ergebnis weitere Kostensteigerungen verhindern konnten.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle wird sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der Kläranlage auswirken.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus Gewerbeansiedlung in Halle und von einigen Gemeinden des Saalekreises noch weiter erhöhen.

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf den Betriebsführungsvertrag der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern. Derzeit laufen die Planungen und Ausschreibungen zur Erweiterung der biologischen Anlage.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH hat außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal. Sie bedient sich zur Erfüllung ihrer Betriebsführungsaufgaben des Personals der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die TELONON erzielte im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 3.749,0 TEUR. Diese betreffen ausschließlich die Erlöse aus der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der TELONON für die Kläranlage Halle-Nord GmbH. Der Anstieg zum Vorjahr um 69,7 TEUR ist durch die etwas höheren Aufwendungen für den Betrieb der Kläranlage begründet.

Der variable Aufwand (Materialaufwand abzgl. Fremdpersonal) in Höhe von 2.239,8 TEUR wurde zum Vorjahr um 44,2 TEUR leicht überschritten. Geringerer Materialaufwand kompensierte gestiegene Fremdleistungsaufwendungen. Ursache für höhere Fremdleistungen sind die vor allem in den Sommermonaten vorgenommenen notwendigen Reparatur-, Wartungs- und Montagearbeiten auf der Kläranlage.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 151,6 TEUR führte im Vergleich zum Vorjahr die Position Mieten/Leasing durch den Einsatz einer Mietzentrifuge zur Schlammwässerung zu gestiegenen Kosten.

Insgesamt hat die TELONON im Jahr 2016 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 17,3 TEUR erreicht. Das sind 7,3 TEUR mehr als geplant und entspricht einer Planübererfüllung von 73 %.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt 25.564,59 EUR und wird von der Stadtwerke Halle GmbH gehalten.

4.2.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der TELONON und der Stadtwerke Halle GmbH eine Cash-Pool-Vereinbarung abgeschlossen. Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Zusätzliche Kreditvereinbarungen gibt es keine.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringert sich zum Vorjahr um 508 TEUR auf 607 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zurückzuführen.

4.4. Gesamtaussage

Der TELONON werden die laufenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kläranlage Halle-Nord in Höhe der tatsächlich anfallenden Aufwendungen durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH erstattet. Das Jahresergebnis unterliegt damit keinem Einfluss durch die der TELONON von der HWS berechneten Kosten aus der technischen Geschäftsbesorgung. Das Jahresergebnis wird ausschließlich durch die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der kaufmännischen Betriebsführung beeinflusst, da die kaufmännische Betriebsführung über ein pauschales Entgelt durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH abgegolten wird.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2016 wurde eingehalten.

Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresgewinn in Höhe von 17.328,51 EUR wird an die Gesellschafterin abgeführt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurde bei der TELONON Abwasserbehandlung GmbH insgesamt ein Risiko ermittelt (Vorjahr: 1). Dies bedeutet zum Vorjahr keine Zu-/Abnahme von Einzelrisiken. Dieses Risiko lässt sich der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien verteilt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die bestehenden Risiken der Gruppen 1 und 2 für das Jahr 2017 aus der Riskmap 2017-2021 eingetragen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	0	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	0	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	0	1
Gesamt	1	0	1

Das wesentliche Risiko besteht im Ausfall der Zahlungen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an die Kläranlage Halle-Nord GmbH und damit der Ausfall der Zahlungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH an die TELONON aus dem Betriebsführungsvertrag.

Mit dem 31.12.2018 endet der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Kläranlage Halle-Nord GmbH. Ab 01.01.2019 übernimmt die HWS die Kläranlage Halle-Nord in ihre Verantwortung. Damit endet auch die Betriebsführung durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

5.3. Gesamtbild

Das Risikomanagementsystem der TELONON benennt für das Jahr 2016 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsatzentwicklung in den Folgejahren gestaltet sich gleichbleibend. Mögliche Kostenanstiege u.a. für Strom, Chemikalien und Instandhaltung wurden in der Planung berücksichtigt.

6.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt. Wirtschaftliche Auswirkungen durch Kredite sind daher nicht zu erwarten.

6.3. Finanzierung

Die Finanzierung der TELONON erfolgt komplett aus Eigenmitteln. Es sind keine Kreditaufnahmen erforderlich.

6.4. Ergebniserwartung

Bis 2018 sind keine Veränderungen zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens absehbar.

Die Wirtschaftsplanung weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 10,0 TEUR für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 aus. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die SWH GmbH abgeführt.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau GmbH	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,54
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit dem Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Trianel Onshore
Windkraftwerke
Verwaltungs GmbH

*(vertreten durch
Dr. Hakes, Markus)*

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		51,00

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	25	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	51.803	92	48.100	79	23.616	85	3.703	8
Umlaufvermögen	4.799	8	12.853	21	4.073	15	-8.054	-63
Bilanzsumme	56.602	100	60.953	100	27.689	100	-4.351	-7

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	55.607	98	55.867	92	24.672	89	-260	0
Rückstellungen	40	0	1.821	3	297	1	-1.781	-98
Verbindlichkeiten	955	2	3.265	5	2.720	10	-2.310	-71
Bilanzsumme	56.602	100	60.953	100	27.689	100	-4.351	-7

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.488	50	1
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2.384	2.384	0
sonstige betriebliche Erträge	1.796	586	47
Materialaufwand	407	0	0
Abschreibungen	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.122	2.897	2.405
Erträge aus Beteiligungen	677	1.304	1.426
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	435	67	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	65	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.429	-931
Ergebnis nach Steuern	483		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	483	1.429	-931
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	483	1.429	-931

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	32,46	2.871,79	-66.478,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,88	2,63	-3,64	%
Cash-Flow:	483	1.494	-931	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00			%
Eigenkapitalquote:	98,24	91,66	89,11	%
Fremdkapitalquote:	1,76	8,34	10,89	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Grundlagen der TOW

1.1 Grundlagen des Unternehmens

Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG („TOW“ oder „Gesellschaft“) wurde am 9. Juli 2013 gegründet.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH (TOWV) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100 %ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Finanzierung ist durch Einlagen der Kommanditisten gesichert. Kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen sind Kommanditisten der TOW. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten. Die Kommanditisten haben zum Bilanzstichtag zusammen sowohl TEUR 5.468 als Haftungseinlage in das Kapital I (Festkapitalanteil) als auch TEUR 49.207 in das Kapital II der Gesellschaft eingezahlt.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal. Der Geschäftsführer wird mittels eines Dienstleistungsvertrages über die TOWV seitens der Trianel GmbH gestellt. Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Hr. Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt.

1.2 Unternehmensziele, Ziele und Strategien

Unternehmensgegenstand der TOW ist

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

1.3 Wesentliche Verträge

Die Gesellschafter haben im Rahmen der Gründung der TOW einen Gesellschaftsvertrag und einen Konsortialvertrag geschlossen. Die Bedingungen des Gesellschaftsvertrages regeln insbesondere die gesellschaftsrechtlichen Rechte und Pflichten, die Bedingungen des Konsortialvertrages hingegen regeln die sich im Zusammenhang mit der konkreten Realisierung des Projektvorhabens ergebenden Rechte und Pflichten und haben mit erfolgter Realisierung des Projektes faktisch keine Bedeutung mehr.

Als kaufmännischer Betriebsführer wurde seitens der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG die Trianel GmbH beauftragt. Der zugrundeliegende KBF-Vertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2014 geschlossen und endete am 31.12.2016. Ab 01.01.2017 hat die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH in Arbeitsgemeinschaft mit CPC Germania GmbH & Co. KG einen Vertrag über die kaufmännische Betriebsführung abgeschlossen. Diese übernimmt somit ab dem 1. Januar 2017 die kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft.

Des Weiteren wurde am 17. Januar 2014 mit einem Gesellschafter ein Projektentwicklungsauftrag abgeschlossen. Dieser regelte die Akquisition, Analyse und Entwicklung von Onshore-Projekten. Mit Datum 26. Mai 2014, 16. Dezember 2015 und 8. Dezember 2017 wurde jeweils eine Ergänzungsvereinbarung zu dem Projektentwicklungsauftrag geschlossen. Der Projektentwicklungsauftrag wurde im Jahr 2016 endabgerechnet und ist somit bis auf noch offene an Trianel GmbH zu leistende Zahlungen vollständig erfüllt.

Im Jahr 2016 wurde ein Kooperationsvertrag mit der Trianel Erneuerbare Energie GmbH & Co. KG (kurz „TEE“) geschlossen. Inhalt dieser Vereinbarung ist die gemeinsame Nutzung von personellen Ressourcen zur Steuerung und Bewirtschaftung des jeweiligen Portfolios ab dem Jahr 2017. Das Personal ist dabei bei der TOW angesiedelt und wird anhand von Stundenaufzeichnungen an TEE verrechnet. Die TEE hat vertraglich eine Mindestabnahme von Leistungen zugesichert, so dass die Kosten für die TOW kalkulierbar und begrenzt sind.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährlichen Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Ab dem Jahr 2017 ist die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren zu ermitteln. Alle Windparkprojekte von TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, so dass das sog. Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2016 wurden mit der Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG und der Windpark Twerberg GmbH & Co. KG in die letzten beiden TOW Windparks investiert. Die TOW hat ihre gesteckten Ziele erreicht und die Investitionstätigkeit wurde bis auf ausstehende Restarbeiten beendet.

Die weiteren in der Projektentwicklung befindlichen Projekte wurden über einen Trilateralen Vertrag zwischen Trianel GmbH, Trianel Erneuerbaren Energien GmbH & Co. KG (TEE) und TOW verwertet. Die drei Parteien sind übereingekommen, dass die unter der zweiten Ergänzungsvereinbarung zum Projektenwicklungsauftrag TOW entwickelten und beschriebenen Projekte unter der TEE weitergeführt werden und an diese verkauft werden. Der am 16.12.2015 abgeschlossene Vertrag wurde im Wesentlichen in 2015 ertragswirksam erfasst. Die Abwicklung und der Zahlungszufluss an die TOW fanden im Geschäftsjahr 2016 statt.

Die Komplementärin Trianel Onshore Süddeutschland Verwaltungs GmbH ist am 7.12.2016 aus der Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG ausgetreten. Aufgrund des Austritts ist das Vermögen der Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG bei der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG angewachsen. Die Eintragung im Handelsregister (HRA 8338) des Amtsgerichts Aachen erfolgte am 29.12.2016. Die dazugehörige Verwaltungsgesellschaft „Trianel Onshore Süddeutschland Verwaltungs GmbH“ wurde mit Gesellschaftsbeschluss vom 5.12.2016 auf die „Trianel Standort Verwaltungs GmbH“ verschmolzen. Die Eintragung im Handelsregister (HRB 18491) des Amtsgerichts Aachen erfolgte am 9.1.2017.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde eine Kapitalherabsetzung des Kapitalanteils der Trianel GmbH, Aachen, um EUR 5.536.800,00 beschlossen und durchgeführt. Dabei wurden anteilig stille Reserven in Höhe von EUR 1.450.000,00 aufgedeckt und auf die Beteiligungen aktiviert. Die anteiligen stillen Reserven wurden gemeinsam mit der Kapitalrückzahlung an die Trianel GmbH, Aachen, ausgezahlt.

Aus dem in 2015 entwickelten Windparkprojekt Plauerhagen besteht eine offene Forderung in Höhe von TEUR 2.067 an die eno energy GmbH (eno). Im Zuge des Jahresabschlusses 2015 wurde der damit einhergehenden Unsicherheit der Forderungserfüllung durch Abwertung auf TEUR 1.900 Rechnung getragen. TOW hat in 2016 einen gerichtlichen Vergleich erwirkt, welcher die Gesamtsumme von TEUR 2.067 zzgl. 8% Zinsen ab 01.01.2016 zur Rückzahlung in drei Raten vorsieht.

Das Geschäftsjahr 2016 zeichnete sich durch einen stark unterdurchschnittlichen Windertrag aus. Lediglich der Windpark Bendorf erreichte annähernd seine Windertragsprognose und war damit hinsichtlich des Windertrags der im Portfolio beste Windpark. Alle anderen Windparks litten unter dem schwachen Windertrag, welcher sich in deutlich niedrigeren Beteiligungserträgen als geplant bemerkbar machte.

2.2.1 Ertragslage

Als Steuerung der TOW wird als wesentlichste finanzielle Leistungsindikatoren auf die Eigenkapitalrendite und auf das Jahresergebnis, welches zukünftig maßgeblich durch Beteiligungserträge beeinflusst sein wird, abgestellt.

Der geplante Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von TEUR 2.728 wurde mit einem Jahresüberschuss von TEUR 483 wesentlich unterschritten. Die Eigenkapitalrendite zum 31. Dezember 2016 betrug 0,87% (i. Vj. 2,56%).

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 war wesentlich geprägt durch die unterplanmäßigen Erträge aus den Beteiligungen in Höhe von TEUR 677 (i. Vj. TEUR 1.304, Plan für 2016 laut Wirtschaftsplan TEUR 2.251), die eine direkte Folge des schwachen Windertrags im Jahr 2016 sind. Des Weiteren wurden Windparkprojekte an einen Dritten verkauft, Erträge aus der Erbringung verschiedener Dienstleistungen für Beteiligungen sowie Zinserträge in Höhe von TEUR 435 erzielt. Dem standen Materialaufwendungen aus bezogenen Leistungen (TEUR 407; i. Vj. TEUR 0) und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.123 (i. Vj. TEUR 2.898) gegenüber, die im Wesentlichen Aufwendungen für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit Projektentwicklungen beinhalten.

Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2016 Zinserträge aus der Ausleihung von Darlehen in Höhe von TEUR 270 (i. Vj. TEUR 67) und aus der Verzinsung einer offenen Forderung (TEUR 165, i. Vj. TEUR 0) erzielt.

Als positiv im Geschäftsjahr 2016 ist der Erwerb der Beteiligungen an den Windparks GKN und Twerberg anzusehen die zukünftig die Ertragslage der Gesellschaft verbessern werden.

2.2.2 Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 558 (i. Vj. TEUR -3.815).

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR -4.278 (i. Vj. TEUR -23.561) resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen in die Beteiligungen an den Windparks Twerberg und Groß-Kleinniedesheim.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von TEUR -743 (i. Vj. TEUR 30.400) ergibt sich aus der Eigenkapitalherabsetzung in Höhe von TEUR -5.587 des Kommanditisten Trianel GmbH und vorheriger Kapitalerhöhung in Höhe von TEUR 4.844 (i. Vj. TEUR 30.400) durch die Kommanditisten.

Insgesamt verminderten sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2016 um TEUR 4.463 auf TEUR 815.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

2.2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2016 TEUR 56.602 (i. Vj. TEUR 60.953).

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 51.802 (i. Vj. TEUR 48.100) betrifft im Wesentlichen die Beteiligungen an den Windparks Eisleben, Bendorf-Oersdorf, Wendorfer Berg, Gerdshagen/Falkenhagen II, Hünfelden, Rabenau, GKN, Twerberg sowie diverse Verwaltungsgesellschaften einiger Projektgesellschaften. Zusätzlich gibt es langfristige Ausleihungen von Darlehen an den Windpark Rabenau. Die Anlagenquote beträgt 91,5 % nach 78,9 % im Vorjahr.

Das Umlaufvermögen in Höhe von TEUR 4.799 (i. Vj. TEUR 12.853) setzt sich im Wesentlichen zusammen aus den sonstigen Vermögensgegenständen (TEUR 2.487, i. Vj. TEUR 2.325), den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen in Höhe von TEUR 1.435 (i. Vj. TEUR 2.804) und den liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 815 (i. Vj. TEUR 5.279). Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen eine Forderung für geleistete Zahlungen aus einem nicht realisierten Windparkprojekt, welche im Vorjahr um TEUR 167 auf TEUR 1.900 wertberichtigt wurde.

Die Eigenkapitalquote stieg zum 31. Dezember 2016 auf 98,2 % (i. Vj. 91,7 %). Der Verlustvortrag des Vorjahres wurde mit dem Jahresüberschuss 2015 ausgeglichen. Der Restbetrag des Jahresüberschusses 2015 wurde in die Rücklagen eingestellt.

Zum 31. Dezember 2016 wurden Rückstellungen in Höhe von TEUR 40 (i. Vj. TEUR 1.821) passiviert. Im Berichtsjahr betreffen die sonstigen Rückstellungen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie der Erstellung der Steuererklärungen. Im Vorjahr wurden Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus dem trilateralen Vertrag, dem Kauf des Windparks Bendorf und für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses gebildet. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern beinhalten die Aufwendungen für die Projektentwicklung.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde mit der Übernahmen des Windparks Groß-Kleinniedesheim und die Beteiligung am Windpark Twerberg erreicht. Durch die Veräußerung aller Projektrechte und die Beendigung des Projektentwicklungsvertrags mit Trianel GmbH bestehen keine weiteren Risiken aus der Projektentwicklungsphase der Gesellschaft.

Im Jahr 2017 wird von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.342 ausgegangen. Mit weiterhin positiven Jahresergebnissen wird für die Geschäftsjahre 2018 bis 2021 geplant, da das Windparkportfolio schrittweise aus den operativen Betriebsergebnissen Gewinnausschüttungen an die TOW auskehren wird. Bei einer für 2017 geplanten Bilanzsumme in Höhe von TEUR 51.939 ergibt sich für das Geschäftsjahr 2016 eine geplante Eigenkapitalrendite in Höhe von 2,6%

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung und der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 6 % vor Kostenreduktionsmaßnahmen.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftige Winderträge als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

Entsprechend der Planung erfolgte Ende 2016 ein Übergang von der bisherigen Projektentwicklungsphase in den Betrieb. Um der Betriebsphase gerecht zu werden wurden in 2016 der Kooperationsvertrag mit TEE sowie ein Eigenpersonalkonzept beschossen. Diese beiden Elemente führen in Verbindung mit den Ausschreibungen von Kaufmännischer Betriebsführung, Technischer Betriebsführung und einem Überwachungssystem ab 2017 zu einer dauerhaften Kostenreduktion jährlich in Höhe von etwa TEUR 250 nach Beendigung der Übergangsphase gegenüber dem bisherigen Konzept.

3.2 Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken dieser Gesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind produzierten Strommengen. Die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering.

3.3 Risikomanagementsystem

Zurzeit wird das Risikomanagement durch das Projektcontrolling des Kaufmännischen Betriebsführers durchgeführt. Im Laufe des nächsten Geschäftsjahres werden diese Tätigkeiten durch weiterführende Maßnahmen im Rahmen eines Risikomanagementsystems erweitert, welches direkt auf die Bedürfnisse von Projektgesellschaften abgestellt ist.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen ausschließlich originäre Finanzinstrumente.

Die originären Finanzinstrumente beinhalten auf der Aktivseite die Forderungen, die sonstigen Vermögensgegenstände und Guthaben bei Kreditinstituten. Auf der Passivseite enthalten die originären Finanzinstrumente im Wesentlichen die zum Rückzahlungsbetrag bewerteten Verbindlichkeiten. Die Höhe der finanziellen Vermögenswerte in der Bilanz gibt das maximale Ausfallrisiko an. Sollten hier Ausfallrisiken bestehen, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung folgenden, öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke & Co. KG	GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	63	100	50	100	48	100	13	26

Bilanzsumme	63	100	50	100	48	100	13	26
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	41	65	37	73	33	67	4	11
Rückstellungen	6	10	5	10	7	15	1	20
Verbindlichkeiten	16	25	8	17	8	18	8	100

Bilanzsumme	63	100	50	100	48	100	13	26
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	82	55	62
sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Materialaufwand	68	44	50
sonstige betriebliche Aufwendungen	9	7	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		5	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	1	1
Ergebnis nach Steuern	4		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	4	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4	4	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,12	7,59	5,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,46	12,94	11,36	%
Cash-Flow:	4	4	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	65,18	73,31	67,33	%
Fremdkapitalquote:	34,82	26,69	32,67	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

2. Gesellschafterstruktur und Eigenkapital

Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit einem Stammkapital von EUR 25.000,00. Die Gesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG und Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH sind als sog. „Einheits-KG“ strukturiert. Die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte aus den Geschäftsanteilen an der Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, die der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG gehören, erfolgt durch die Kommanditisten der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG. Der Geschäftsführer hat sich als solcher insoweit der Ausübung von Rechten zu enthalten.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Solange die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH ausschließlich für die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG tätig ist, werden ihr von dieser sämtliche marktangemessenen Ausgaben und Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sobald diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG eine feste jährliche Vergütung in Höhe von EUR 5.000,00.

Die Gesellschaft wird über den finanziellen Leistungsindikator Jahresüberschuss gesteuert.

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von EUR 4.209,00.

Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2016 betrug EUR 40.944,85.

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 EUR 39.448,83.

Liquiditätsprobleme bestanden nicht.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft wird insgesamt als positiv bewertet.

4. Zukünftige Entwicklung sowie wesentliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG tätig; hieraus ergibt sich auch ihr Geschäftsrisiko. Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG wurde ebenfalls am 9. Juli 2013 errichtet und hat als Unternehmensgegenstand

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Neben der festen jährlichen Vergütung erhält die Gesellschaft Erstattungen für sämtliche ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstehenden Ausgaben und Aufwendungen. Somit ist auch für die zukünftigen Geschäftsjahre mit Jahresüberschüssen, etwa in der Größenordnung des abgelaufenen Geschäftsjahres, zu rechnen.

Auch für die Vermögens- und Finanzlage werden für die zukünftigen Geschäftsjahre keine wesentlichen Änderungen erwartet.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, deren gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen,

ist. Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass der Geschäftsführer durch die Geschäftsführung der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt (seit 01.01.2016)

Handlungsbevollmächtigter: Günther, Peter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5	1	10	2	14	3	-5	-50
Umlaufvermögen	516	99	500	98	544	97	16	3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	522	100	511	100	559	100	11	2
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	466	89	462	90	490	88	4	1
Rückstellungen	42	8	30	6	53	9	12	40
Verbindlichkeiten	14	3	19	4	16	3	-5	-26

Bilanzsumme	522	100	511	100	559	100	11	2
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	191	188	184
sonstige betriebliche Erträge	18	22	47
Materialaufwand	87	91	90
Personalaufwand	22	16	18
Abschreibungen	4	4	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	64	69	58
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		30	62
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	9	14
Ergebnis nach Steuern	25		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	25	21	48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	25	21	48

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,86	10,92	26,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,55	4,64	10,94	%
Cash-Flow:	29	25	51	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	104	105	115	T€
Personalaufwandsquote:	10,29	7,68	7,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,03	1,88	2,47	%
Eigenkapitalquote:	89,23	90,44	87,62	%
Fremdkapitalquote:	10,77	9,56	12,38	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.631,80	3.631,30	3.720,00	Mg

e) Lagebericht

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Dienstleister für die Erfassung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale). Als Unternehmen der Daseinsvorsorge ergänzt die Gesellschaft das Portfolio der Sparte Wasser und Entsorgung der Konzerngruppe der Stadtwerke Halle (Saale). Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, welche zugleich mit 60,0 Prozent Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung der Sekundärrohstoffe und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40,0 Prozent der Anteile an der Gesellschaft beteiligt.

Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen. Vertreten wird die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer und einen Handlungsbevollmächtigten und bedient sich somit einer flachen und effizienten Unternehmensleitung.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale). Über diese Tätigkeit der Daseinsvorsorge hinaus ergänzen Logistikleistungen zur Verwertung das Geschäft der Gesellschaft. Für die Erfassung der Altglasmengen ist eine gut ausgebauten Infrastruktur mit Depotcontainern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotentialen. Ziel dieser Überarbeitung sind die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und bediente sich somit ihrer Position im Markt.

Zum 31. Dezember 2015 wurde aufgrund der Beschlussfassungen des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Gesellschafterversammlung der WER Halle GmbH der langjährige Geschäftsführer, Herr Thomas Winter, von seinem Amt abberufen. Zugleich wurde zum 01. Januar 2016 Herr Burkhardt Jänicke zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Herr Jänicke ist zugleich Prokurist und Bereichsleiter Vertrieb des Gesellschafters Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und verfügt über eine langjährige Berufserfahrung in der Entsorgungsbranche und insbesondere Erfahrungen auf dem Gebiet der Erfassung von Sekundärrohstoffen. Dieser Personalwechsel basiert auf einem Generationswechsel und demonstriert die strategische Ausrichtung der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 Prozent im Vorjahr auf 6,1 Prozent im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 Prozent erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Auf der Grundlage von Leistungsverträgen über die Sammlung von Verkaufsverpackungen aus Glas steht die WER Halle GmbH mit den aktiven dualen Systemen in Geschäftsbeziehungen. Derzeit nutzen neun Systempartner, die DSD GmbH, die Landbell AG, die ISD Interseroh Dienstleistung GmbH, die BellandVision GmbH, die Reclay Systems GmbH, die Zentek GmbH & Co. KG, die Veolia Umweltservice Dual GmbH, die RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG und die ELS GmbH das Erfassungssystem der WER Halle GmbH. Zwar ist seit Jahresmitte 2015 mit der NOVENTIZ Dual GmbH ein weiterer Systempartner in Sachsen-Anhalt lizenziert und steht mit der Gesellschaft in vertraglichen Beziehungen, hat aber seine operative Tätigkeit im Bundesland erst mit dem Jahresbeginn 2017 aufgenommen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal 2016 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 23. Februar 2016 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die recycelte Gesamttonnage an gebrauchten Verpackungen aus Glas beträgt in Deutschland jährlich ca. zwei Millionen Tonnen. Diese werden gesammelt, aufbereitet, eingeschmolzen und zu neuen Glasverpackungen verarbeitet. Eine neue Glasverpackung kann aus bis zu 90 Prozent Recyclingglas bestehen. Zur Unterstützung des Recyclingprozesses ist die Getrennterfassung in den Farben Weiß, Grün und Braun unerlässlich. Je sortenreiner die Scherben nach der Sammlung an die Aufbereitung übergeben werden, desto höhere Qualitäten lassen sich in den Sortieranlagen erreichen. Ebenso bedeutend für die Qualität ist die geringe Menge an Fremdstoffen in den Erfassungsmengen. Dazu sind die Erfassungsbehälter mit Aufklebern versehen, die über die wichtigsten Regeln informieren. Da die Altglasmengen beliebig oft wiederverwertet werden können, resultiert daraus ein doppelter Nachhaltigkeitseffekt, da mit diesem Recyclingprozess sowohl der Rohstoff- als auch der Energieeinsatz reduziert werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Kurz vor Jahresende 2016 wurde im Bundeskabinett das Verpackungsgesetz beschlossen und parallel dazu der Gesetzesentwurf bei der Europäischen Kommission notifiziert. Als klar definiertes Ziel ist die Steigerung des Recycling und der Druck auf die Hersteller formuliert, stärker auf ökologische Aspekte zu achten. Zugleich ist mit dem Verpackungsgesetz das angestrebte weiterreichende Wertstoffgesetz an der Zuordnung der Verantwortlichkeit für die Erfassung gescheitert. Focus ist nunmehr der Umweltschutz über die Steigerung der Recyclingquote sowie die Festlegung der Umsetzungszeiträume. Speziell für Glasverpackungen soll die Recyclingquote bis zum Jahr 2022 auf 90,0 Prozent verbindlich angehoben werden.

Wie bisher, so auch zukünftig wird die Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen im Wettbewerb ausgeschrieben. Den fairen Wettbewerb und die konsequente Umsetzung soll zukünftig eine zentrale Stelle garantieren, welche eigens dazu eingerichtet werden soll. Über die Vergabe hinaus wird somit eine zentrale Registrierungs- und Standardisierungsstelle installiert.

Wenn das vorliegende Verpackungsgesetz vom Bundestag verabschiedet wird, soll es zum Jahresbeginn 2019 in Kraft treten und die langjährige Verpackungsverordnung ablösen. Aus den derzeitigen Formulierungen sind für die WER Halle GmbH keine geänderten Rahmenbedingungen zu entnehmen oder unmittelbar geänderte Ausschreibungsmechanismen zu erwarten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Mit Jahresbeginn des Geschäftsjahres 2014 begann die Leistungserfüllung der Vertragsverhältnisse aus dem Ausschreibungszeitraum vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016 der WER Halle GmbH gegenüber den genannten Systembetreibern, welche sich im Geschäftsjahr 2016 nahtlos fortsetzte. Im Jahr 2013 setzte sich die Gesellschaft dazu in einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb durch und sicherte den Auftrag für die Erfassung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) für die folgenden drei Jahre. Als Leistungspartner für das duale System knüpfte die WER Halle GmbH für den Sammelauftrag an die erfolgreiche Leistungserbringung der Vorjahre an. Die bewährten Prozessabläufe konnten fortgeführt werden und die vertragskonforme Erfüllung sichern.

Gleichfalls konnte eine konsequente Anpassung der Sammellogistik an die vorhandenen Erfassungsmengen den Grundstein für das Agieren der Gesellschaft im Jahr 2016 legen. Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.360 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instand setzen.

Allen dualen Kunden wird das Getrenntsammlsystem der WER Halle GmbH gemeinschaftlich zur Verfügung gestellt und entsprechend der gemeldeten Marktanteile ordnet sich die Tonnageleistung den einzelnen Partnern zu. Im abgelaufenen Jahr entwickelte sich der Mengenstrom der einzelnen Partner unterschiedlich, was der nachfolgenden Übersicht der Gesamttonnage des Jahres 2016 zu entnehmen ist.

Systempartner	Jahrestonnage
Duales System	1.372,9 Mg
Deutschland GmbH	
BellandVision GmbH	674,4 Mg
Reclay System GmbH	460,3 Mg
ELS GmbH	388,2 Mg
RKD Recycling Kontor	305,2 Mg
Dual GmbH & Co. KG	
Interseroh Dienstleistungs GmbH	200,7 Mg
Landbell AG	137,9 Mg
Zentek GmbH & Co. KG	88,4 Mg
Veolia Umweltservice Dual GmbH	3,8 Mg
Summe	3.631,8 Mg



Die erfasste Altglasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2016 ist mit einer Sammelleistung von 3.632 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.631 Mg nahezu identisch. Somit kann dieser Wert als Bestätigung der Konstanz in der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr angesehen werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die nahezu unveränderte Sammelmenge des Jahres 2016. Auf die Kernleistung der Sammlung hat die Mengenentwicklung keine direkte Auswirkung, da die Leistungen als Jahresdienstleistung pauschal definiert sind.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2016 im Stadtgebiet 320 öffentliche Standplätze und 136 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 der Verpackungsverordnung und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Die leichte Veränderung um drei Standplätze gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zahlreiche Standplätze wurden umgebaut oder verlegt, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert.

Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung der Glasmengen. Da die Verwertungsleistungen im Jahresrhythmus vakant sind, variierten auch zu Beginn des Jahres 2016 die Verwertungswege. Erfolgreich behauptete die WER Halle GmbH einen Großteil der Transportaufträge von gesammelten Altglasmengen zur Verwertungsanlage, die sie somit der regional günstig gelegenen Verwertungsgesellschaft Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG in Bennstedt (Saalekreis) als Direktanlieferung anbieten konnte. Aus logistikoptimalen Gründen ergibt sich somit die Möglichkeit, Regiefahrten einzusparen und Lagerflächen zu reduzieren. Seit einigen Jahren trennen die Betreiber des dualen Systems die vormals zusammengefassten Leistungen des Transportes und der Verwertung. Ziel dabei ist die wettbewerbliche Vergabe der Logistikleistungen an Speditionsunternehmen. Als Konsequenz daraus resultiert für das Erfassungsunternehmen ein zusätzlicher Verwaltungsakt und die erschwerte Disposition aus dem Ungleichgewicht zwischen logistisch praktikablen Transporteinheiten und dem systembetreibereigenen Verwertungsauftrag.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2016 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Unabhängig von der nahezu konstanten Sammelleistung steigern sich die Umsätze im abgelaufenen Geschäftsjahr, da die vertraglichen Regelungen der Sammelleistung auf einen fixierten Jahrespreis ausgerichtet sind und somit nicht der Schwankung der Tonnage unterliegen. Ergänzt werden die Erlöse aus der Sammlung durch die Erlöse für die Transporte zur Verwertung.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2015	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	187,8	190,5	2,7	1,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige betriebliche Erträge	22,5	18,0	-4,5	-19,9
Materialaufwand	90,8	87,4	-3,4	-3,8
Personalaufwand	16,2	21,4	5,2	32,1
Übrige betriebliche Aufwendungen	68,9	63,8	-5,1	-7,4
Beteiligungsergebnis und Zins- erträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA⁽¹⁾	34,4	35,9	1,5	4,4
Abschreibungen	4,2	4,2	0,0	0,0
EBIT⁽²⁾	30,2	31,7	1,5	5,0
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30,2	31,7	1,5	5,0
Ertragssteuern	9,7	7,2	-2,5	-25,8
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	20,5	24,5	4,0	19,5

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Insgesamt wurden im Jahr 2016 Umsatzerlöse von T€ 190 erwirtschaftet, was gegenüber dem Vorjahr einen leichten Anstieg bedeutet. Im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die sonstigen Erträge von T€ 22 im Jahr 2015 auf T€ 18 im Jahr 2016. Einen markanten Einfluss auf die Erträge hat dabei der Rückgang der Auflösung von Rückstellungen.

Aufgrund der geringfügigen Veränderung der Gesamtmenge an gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist auf einen nahezu konstanten Aufwand für die bezogenen Leistungen der Sammeltätigkeit von T€ 84 zu schließen. Aus der Varianz der Quartalsquoten der einzelnen Systembetreiber für die Erfassungsmengen resultiert die Tonnage der Direkttransporte zum Verwerter. Wesentlich für die rückläufige Entwicklung des Materialaufwandes zum Vorjahr sind die Leistungen für die Reparatur der Betriebsausstattung von T€ 3 im Vorjahr.

Der Personalaufwand von T€ 21, die Abschreibungen von T€ 4 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von T€ 64 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Zusammen betrachtet, betragen diese Aufwandspositionen T€ 89 wie im Vorjahr. Dabei wirken insbesondere die Aufwendungen zur Instandhaltung der Depotcontainer und die Aufwendungen für die Abschluss- und Prüfungsleistungen. Die Steigerung des Personalaufwandes um T€ 5 ist auf ein zeitweise ruhendes Arbeitsverhältnis im Vorjahr zurückzuführen.

Weder aus Beteiligungen noch aus Ausleihungen kann die Gesellschaft das EBITDA oder das EBIT beeinflussen. Gleichfalls ergeben sich keine außerordentlichen Sachverhalte, die in der Erfolgsrechnung der WER Halle GmbH dargestellt werden können.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis von T€ 25. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, erneut seine Wirtschaftskraft unter Beweis und erfüllt damit die gesteckten Ziele, indem bei einem geplanten Ergebnis nach Steuern von T€ 1 die Übererfüllung wiederholt deutlich ausfällt. Da die Gesellschaft keinem Ergebnisabführungsvertrag unterliegt, ergeben sich keine resultierenden Verpflichtungen aus der Verlustübernahme oder der Gewinnabführung.

4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen.

Die WER Halle GmbH verfügt über einen umfassenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen musste.

Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist bislang keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine hervorragende Eigenkapitalquote berichten.

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich entwickelt. Das lang- und mittelfristige Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der Stadtwerkegruppe.

Nettoschulden	2015	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	438,0	449,6	11,6	2,6
Nettoschulden	-438,0	-449,6	-11,6	-2,6
EBITDA	34,4	35,9	1,5	4,4
Nettoschulden/EBITDA	-12,7	-12,5		+1,7

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch die Entwicklung des Jahresüberschusses verändert. Die Eigenkapitalquote bestätigt mit 89,1 Prozent den Vorjahreswert von 90,4 Prozent.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2016 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, wurden aber bis zum Jahresende nicht ausgelöst.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Liquiditätsentwicklung	2015	2016
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-10,9	32,1
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-48,3	-20,5
Zahlungswirksame Veränderungen	-59,2	11,6
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	497,2	430,0
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	438,0	449,6

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der Stadtwerkegruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geld-beziehungsweise Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag T€ 450 und ist als Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

4.3. Vermögenslage

Von T€ 511 zum Vorjahresstichtag steigt die Bilanzsumme um T€ 12 auf T€ 523 zum 31. Dezember 2016. Ohne Investitionen im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein Rückgang des Anlagevermögens um T€ 4 zu erkennen.

Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um T€ 12 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite bestätigt der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital. Dagegen ist der Bestand an Pflichtrückstellungen mit T€ 43 gegenüber dem Bilanzstichtag 2015, als er mit einem Wert von T€ 30 notierte, höher ausgefallen. Nachfolgend ist die Veränderung von Anlagevermögen und Umlaufvermögen dargestellt.

Anteil an der Bilanzsumme	2015	2016	Veränderung
	%	%	%
Anlagevermögen	1,9	1,0	-44,4
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	98,1	99,0	0,8

Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur marginal verändert.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war eine konsequente Umsetzung des Leistungsauftrages durch die WER Halle GmbH unerlässlich, um die Kundenzufriedenheit auf einem hohen Niveau zu realisieren. Über die direkte Auftragsvergabe gegenüber den Systempartnern hinaus erweitert die Gesellschaft den Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind. Kontinuierlich steht für das Unternehmen die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau im Blickpunkt, wobei strikte Termintreue, kurze Reaktionszeiten auf Kundenanfragen und eine besonders niedrige Reklamationsrate als direkter Gradmesser dienen. Gegenüber den Systembetreibern muss eine permanente, fehlerfreie und insbesondere unverzügliche Datenmeldung erfolgen. Weder für die Bürger der Stadt Halle (Saale) noch die vertraglich gebundenen Systembetreiber ergab sich im Jahr 2016 ein Anlass der Beanstandung. Die für die Leistungserfüllung erforderlichen Meldungen wurden fristgerecht zur Verfügung gestellt. Alle gestellten Parameter konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr umfassend erfüllen und schließt deshalb ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der WER Halle GmbH insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr: vier). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihrer Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Das bei der WER Halle GmbH implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen.

Durch die Geschäftsführung wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht. Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der WER Halle GmbH werden die Risiken und die Chancen sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schaden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung.

Im Frühjahr 2016 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung vom 01. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2019 ausgeschrieben. Mit der Meldung vom 25. November 2016 wurde die WER Halle GmbH informiert, dass sie nicht der Bestbieter für den Auftrag ist. Da die Gesellschaft diesen Umstand im Jahresverlauf antizipierte, hat sie sich mit den potentiellen Marktteilnehmern in Verbindung gesetzt. Schlussendlich konnte mit dem Bestbieter ein Subauftragnehmeverhältnis verhandelt werden, welches die Sammelleistung und die Vermietung des Behältersystems für die kommenden drei Jahre regelt. Damit kann die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung im Jahr 2016 verschärft. Der Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 – 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Nur mit einer frühzeitigen Auseinandersetzung kann der Leistungsauftrag 2020 – 2022 in der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2019 zurückgewonnen und das Risiko für das Unternehmen minimiert werden. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich durch ein regionales Wachstum entwickeln zu können und um Synergiepotentiale in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu erschließen.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2017 – 2021 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes auf dem Niveau der Vorjahre fortzusetzen. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) gegenüber dem Subauftraggeber und ist zudem bemüht die tendenziell rückläufige Entwicklung der Umsätze mit entsprechenden Anpassungen der Aufwendungen aufzufangen. Dazu geht die Gesellschaft bei einer sich gering entwickelnden Einwohnerzahl von leicht steigenden Sammelmengen aufgrund des bewussteren Andienungsverhaltens durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) aus.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von jährlich T€ 3.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt die kontinuierliche Fortsetzung der Sammelleistung und damit die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge in der Stadt Halle (Saale). Dazu muss die bewährte Geschäftspolitik in den drei Folgejahren mit dem Ziel einer stets positiven Ergebnisentwicklung verlassen werden. Alle Anstrengungen der Gesellschaft werden auf die Optimierung des Aufwandes gerichtet sein.

Die Weiterführung der Geschäftstätigkeit hat sich die Gesellschaft mit dem Subauftrag bis zum 31. Dezember 2019 gesichert. Über diesen Zeitraum hinaus wird eine Ausschreibung der Leistung im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2019 entscheiden. Hierbei plant die WER Halle GmbH die erfolgreiche Bewerbung um den Direktauftrag mit dem dualen System. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 12. Dezember 2016 dem Wirtschaftsplan 2017 und der Vorschau 2018 – 2021 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2017 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von T€ -25, welches für das Jahr 2018 ähnlich erwartet wird. Daraus leitet die Gesellschaft ab, den dreijährigen Zwischenschritt für eine strategische Ausrichtung mit positiven Ergebnissen zu gestalten.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Liebenauer Straße 130
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kloß, Romy
Kuschnik, Jens

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	227	21	232	25	215	16	-5	-2
Umlaufvermögen	844	78	702	74	1.078	83	142	20
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1	7	1	11	1	-2	-29

Bilanzsumme	1.076	100	941	100	1.304	100	135	14
--------------------	--------------	------------	------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	225	21	225	24	225	17	0	0
Rückstellungen	297	28	263	28	350	27	34	13
Verbindlichkeiten	554	51	453	48	729	56	101	22

Bilanzsumme	1.076	100	941	100	1.304	100	135	14
--------------------	--------------	------------	------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.574	3.578	4.111
sonstige betriebliche Erträge	56	58	75
Materialaufwand	1.038	1.158	1.280
Personalaufwand	1.843	1.839	2.072
Abschreibungen	71	48	54
sonstige betriebliche Aufwendungen	354	360	430
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		230	349
außerordentliche Erträge		0	72
außerordentliches Ergebnis		0	72
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	320		
sonstige Steuern	6	8	6
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	314	222	415
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,78	6,20	10,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	139,68	98,85	184,81	%
Cash-Flow:	385	270	469	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	76	74	78	T€
Personalaufwandsquote:	50,79	50,57	49,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,08	24,70	16,47	%
Eigenkapitalquote:	20,87	23,88	17,23	%
Fremdkapitalquote:	79,13	76,12	82,77	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	1.510,00	4.230,00	9.680,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	12.327,00	9.862,00	34.760,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	640,00	660,00	1.000,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	4.290,00	4.200,00	8.470,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W +H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser (Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Reparatur von Trinkwasserleitungen)
- Sammelkanal (Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle)
- Fernwärme/Gas (Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen)
- Hausanschlüsse/Tief- und Rohrleitungsbau (Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen/Trinkwasserhausanschlüssen/Erbringung von Tiefbau- und Reparaturleistungen)

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W+H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Versorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W+H Wasser- und Haustechnik GmbH wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen auf dem Markt und innerhalb der Stadtwerkegruppe tätig sein, sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Wie im Unternehmensbild verankert ist, wird u.a. die regionale Erweiterung von Marktanteilen angestrebt. Dazu sollen die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Nutzung von Entwicklungen und Innovationen des Marktes sowie eine Erweiterung der Auftragsituation innerhalb der SWH-Gruppe beitragen. Die Gewinnung von Marktanteilen sowie die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W+H weiter verbessert wird und eine langfristige Bindung zu den Kunden, insbesondere innerhalb der SWH – Gruppe, hergestellt wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet werden die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, der Energiedienstleistungen sowie im Tiefbau- und Reparaturbereich.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W+H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der mit Wirkung zum 01.07.2013 eingeführte Dienstleistungstarifvertrag gilt auch für die W+H. Im aktuellen Dienstleistungstarifvertrag ist geregelt, dass die Besitzstände der Mitarbeiter bis zum 31.12.2016, mit 25% in Höhe der Tarifsteigerung abgeschmolzen werden. Entsprechend der aktuellen Tarifentwicklungen erfolgt ab dem 01.01.2017 bis auf weiteres grundsätzlich keine Verrechnung mit dem Besitzstand der Mitarbeiter.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Durch die Änderung von Rahmenbedingungen wurde zu Beginn des Jahres 2016 eingeschätzt, dass die geplanten Umsatzerlöse nicht in allen Sparten erreicht werden können.

So reduzierte sich z.B. in der Sparte Gas die Anzahl der zu wechselnden Zähler aufgrund bestandener Stichprobenprüfungen. Anstelle von ca. 4.300 geplanten Zählern wurden nur 1.560 Zähler gewechselt.

Die geplanten Umsatzerlöse für die Sparte Haustechnik konnten ebenfalls nicht erreicht werden. Seitens der HWG wurde signalisiert, dass die in 2016 geplanten Investitionen für mehrere Hausanschlussstationen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Bei den für 2016 geplanten Umsatzerlösen in der Sparte Hausanschlüsse / Tiefbau waren Anfang des Jahres Umsatzreduzierungen absehbar. Die HWS, als bedeutender Auftraggeber für diese Sparte, plante in 2016 hauptsächlich Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes sowie im Rahmen größerer Baumaßnahmen. Jedoch wurde, durch die im Jahresverlauf auftretenden Havarien, die Auswechslung von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen im Stadtgebiet erforderlich. Weiterhin konnte die W+H im Rahmen der Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle zusätzliche Umsatzerlöse generieren.

Durch zusätzliche Auftragseingänge, insbesondere von verbundenen Unternehmen, konnten im Berichtszeitraum außerplanmäßige Umsatzerlöse generiert werden. Dabei handelt es sich u.a. um die außerplanmäßige Realisierung von Tiefbauleistungen, die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH -Gruppe sowie die Übernahme zusätzlicher Leistungen im Sammelkanal und im Rahmen des Wasserzählermanagements.

Die für das Gesamtunternehmen geplanten Umsatzerlöse konnten somit erreicht bzw. übererfüllt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle hat sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W+H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte die Auslastung der Mitarbeiter sichergestellt werden.

Aus den Änderungen des Mess- und Eichrechtes ergeben sich u.a. für die Wasserzählerprüfstelle neue Leistungsangebote. Durch eine in 2016 begonnene Werbekampagne wurden bei verschiedenen Trinkwasserversorgungsunternehmen in Mitteldeutschland zusätzliche Leistungen akquiriert. Da in Sachsen – Anhalt derzeit nur noch zwei Wasserzählerprüfstellen existieren, ist es vorgesehen das Leistungsangebot der Prüfstelle noch weiter auszubauen um hier zusätzliche Umsatzerlöse zu erzielen.

(Ein Kurzbericht der Geschäftstätigkeit 2016 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf die Geschäftsfelder der W+H.

Die W+H ist Mitglied der IHK Halle - Dessau, der Handwerkskammer Halle, der Energiegemeinschaft Halle/Saale e.V. und ab 01.01.2016 in der Berufsgenossenschaft der Unfallkasse Sachsen-Anhalt (vormals Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse).

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W+H ist der im Dezember 2011 um weitere 6 Jahre bis zum 31.12.2017 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS. Mit Datum vom 03.12.2015 wurde der bestehende Rahmenvertrag dahingehend ergänzt, dass die Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler zum 01.01.2016 in den Rahmenvertrag aufgenommen wurde.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle konnte mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 01.01.2015 eine neue Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang abgeschlossen werden. Die Leistungspauschale wurde in diesem Zusammenhang angepasst. Für 2017 ist vorgesehen, mittels Preisgleitklausel die Wartungspauschale anzupassen. Verhandlungen zur Ausgestaltung der Preisgleitklausel mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH sollen Anfang 2017 beginnen.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H zur Verlegung von Trinkwasserhausanschlüssen bzw. zur Beseitigung von Störungen an Trinkwasserleitungen im Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde bis 30.06.2017 verlängert. Es ist vorgesehen, diesen Rahmenvertrag bezüglich Laufzeit und Vergütung zu aktualisieren mit dem Ziel, dass dieser ab 01.07.2017 wirksam wird.

Durch die flexible Einsatzfähigkeit der Mitarbeiter konnte in 2016 ein weiteres Geschäftsfeld in der Abwassersparte eröffnet werden. Mit einem Pilotprojekt wurde die Auswechslung von Schachtabdeckungen im Kanalnetz der Stadt Halle begonnen. Ein zukünftiger Ausbau dieser Tätigkeiten ist geplant.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die besonders hervorzuhebende Motivation der Belegschaft. Diese spiegelt sich in einer hohen Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter wider.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W+H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2016 waren im Unternehmen 47 Mitarbeiter (Vorjahr: 49 Mitarbeiter) und 3 Auszubildende (Vorjahr: 3 Auszubildende) beschäftigt.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2016 bestand in der Ergreifung von Maßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur des Personalbestandes einschließlich der Reduzierung des Krankenstandes. So konnten zwei Mitarbeiter in 2016 ihre Rente beginnen. Die ersten Altersabgangsregelungen (z.B. Kündigung mit rätlicher Abfindung, Aufhebungsverträge mit Abfindungen) wurden bereits im Jahr 2014 umgesetzt und weitere Maßnahmen sind auch für die Folgejahre vorgesehen.

Die kompetenzbasierte Entwicklung der W+H-Mitarbeiter war eines der zentralen Handlungsfelder der Personalarbeit im Jahr 2016. Die Entwicklungsmaßnahmen erfolgten dabei sowohl unter strategischen als auch operativen Gesichtspunkten.

Wie auch in den Vorjahren ist die W+H bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die W+H setzt dabei auch auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2016 3 Auszubildende bei der W+H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Anlagenmechaniker, Sanitär-, Klima- und Heizungstechniker und Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal konnte aber auch durch Einstellung externer Mitarbeiter gewonnen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

<u>in TEUR</u>	<u>2016</u>	<u>2015</u>
Hausanschlüsse	612,5	629,7
Wasser	1.002,5	950,7
Sammelkanal	648,1	489,5
Haustechnik	1.269,9	1.430,7
Gas	37,4	90,1
Bäderbewirtschaftung	0,0	0,4
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	4,0	-12,6
Summe Umsatzerlöse	3.573,9	3.578,5

Die Umsatzerlöse der W+H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4,6 TEUR (-0,1 %) reduziert. Dieser Rückgang steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der geringeren Auftragserteilung in den Sparten Hausanschlüsse, Haustechnik und Gas. Diese Umsatzrückgänge konnten durch zusätzliche Auftragsengänge insbesondere von verbundenen Unternehmen nahezu ausgeglichen werden.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Hausanschlüsse wurden in Höhe von 612,5 TEUR realisiert. Diese Umsatzerlöse liegen mit 17,2 TEUR (-2,7%) unter dem Vorjahreswert. Der Grund hierfür war die Reduzierung des Auftragsvolumens durch die HWS. Die Beauftragung zur Auswechslung kleinerer Versorgungsleitungen, welche das Leistungsspektrum der W+H darstellen, musste infolge der Umsetzung komplexer Baumaßnahmen wie z.B. das Stadtbahnprogramm zurückgestellt werden.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen mit 51,3 TEUR (+5,4%) über dem Vorjahreswert. Dies resultiert aus zusätzlichen Erlösen bei der Vermietung von Standrohren, der zusätzlichen Leistungserbringung der Prüfstelle sowie Sonderleistungen im Zusammenhang mit dem Laternenfest sowie dem Pilotprojekt zum „Smart Metering“.

In der Sparte Sammelkanal konnten durch zusätzliche Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen höhere Umsatzerlöse generiert werden. Insbesondere wurden zusätzliche Leistungen gegenüber der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Rückbau von ELT-Kabel im Sammelkanal) erbracht und damit ein Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 158,6 TEUR (+32,4%) erwirtschaftet werden.

Die Sparte Haustechnik erzielte gegenüber dem Vorjahr um 160,8 TEUR (-11,2%) geringere Umsatzerlöse. Ursache hierfür ist die geringere Auftragserteilung für die Errichtung von Hausanschlussstationen durch die HWG. Die fehlenden Umsatzerlöse wurden teilweise durch andere Maßnahmen kompensiert.

Aufgrund geringerer Auftragserteilung für die Wechslung von Gaszählern durch die Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden die Umsatzerlöse in der Sparte Gas gegenüber dem Vorjahr um 52,7 TEUR (-58,5%) nicht erreicht. Im Wirtschaftsjahr wurden infolge bestandener Stichproben nur 1.560 Gaszähler gewechselt (Vj. 3.900 Stück).

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 55,8 TEUR erzielt, sie liegen mit 2,1 TEUR (-3,7%) unter dem Vorjahreswert. Sie umfassen im Wesentlichen Versicherungserträge, Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus geldwertem Vorteil.

Der Materialaufwand liegt mit 121,5 TEUR (-10,5%) unter dem Vorjahr. Davon entfallen 5,8 TEUR (-0,7 %) auf die niedrigeren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie 121,5 TEUR (-10,5%) auf geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe umfasst das Material für die Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie die Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze, im Anlagenbau in der Sparte Haustechnik, den Kauf von Wasserzähler, Wasserverbrauch im Standrohrausleih, Kraftstoffe, Kleinstmaterialien etc. Der Verbrauch liegt nahezu auf Vorjahresniveau.

Der Rückgang bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen steht im Zusammenhang mit geringerer Leistungserbringung durch Dritte, hier insbesondere bedingt durch weniger Bauaufträge in der Sparte Haustechnik und den damit verbundenen geringeren Ingenieurdienstleistungen zur Planung von Hausanschlussstationen. Weiterhin konnten Kfz- Reparaturleistungen reduziert werden und der Einkauf von Personaldienstleistungen entfallen.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr in nahezu gleicher Höhe wie im Vorjahr (+3,9 TEUR; +0,2%) realisiert. Die Einsparungen durch den geringeren durchschnittlichen Personalbestand wurden durch Mehraufwendungen für die Ablesung der Wasserzähler im Dezember 2016, die zu erhöhten Rückstellungen für Zeitguthaben und Urlaubstage der Mitarbeiter führten, für eine höhere durchschnittliche Leistungserbringung sowie für die Rückstellung für die Leistungszulage vom Dezember 2016 ausgeglichen. Ab 01.01.2016 erfolgte entsprechend aktuellem Dienstleistungstarifvertrag eine Sockelbetragserhöhung für die Vergütungsgruppen 2 und 3 in Höhe von 90 EUR und für die restlichen Vergütungsgruppen von 50 EUR sowie die Abschmelzung der Besitzstände der Mitarbeiter mit 25% in Höhe der Tarifsteigerung.

Die Abschreibungen liegen mit 22,8 TEUR (+47,3%) über dem Vorjahreswert. Ursache hierfür sind die höheren realisierten Investitionen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen nahezu auf Vorjahresniveau (-6,4 TEUR; -1,8%). Einsparungen wurden in unterschiedlichen Aufwandspositionen erzielt. Damit konnten die Überschreitungen in einzelnen Positionen ausgeglichen werden.

Auf Grund von Aufzinsungen für langfristige Rückstellungen liegen Zinsen und ähnliche Aufwendungen mit 3,2 TEUR (>100,0%) über dem Vorjahr.

Das Ergebnis nach Steuern liegt mit 90,7 TEUR (+39,5 %) über dem Vorjahr.

Das Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag liegt um 91,7 TEUR (+41,3 %) über dem Vorjahreswert. Ursache sind insbesondere die zusätzlich generierten Umsatzerlöse im 4.Quartal. Das Ergebnis entspricht einer Umsatzrentabilität von 8,8 %.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst. Die Erhöhung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr um 91,7 TEUR (+41,3%) auf 313,7 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für die Erhöhung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Somit verringert sich die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 3,0 Prozentpunkte auf 20,9 % (Vj. 23,9 %)

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 65,5 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 5,5 TEUR (+9,2 %). Es wurden drei gebrauchte Ersatzfahrzeuge für die Sparte Fernwärme und Wasserzählerbewirtschaftung, zwei Pumpen für die Wasserzählerprüfstelle sowie verschiedene Ausrüstungen angeschafft.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W+H und den Stadtwerken 2001 eine Cash – Pool – Vereinbarung abgeschlossen. Diese wurde zum 01.03.2013 ergänzt. Darin vereinbaren die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 250 TEUR. Um die Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr zu sichern, wurde der interne Kreditrahmen 2mal kurzfristig in Anspruch genommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 14,4 % bzw. um 135,5 TEUR auf 1.076,2 TEUR. Im Wesentlichen ist die Erhöhung der Bilanzsumme auf den Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (644,7 TEUR; Vorjahr 519,1 TEUR), insbesondere gegenüber der Energieversorgung Halle Netz GmbH, auf Grund zusätzlich erbrachter Leistungen im Dezember 2016 zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch die Höhe der Ergebnisabführung an die HWS.

4.4. Gesamtaussage

Durch die positive Entwicklung der Auftragslage im Jahresverlauf 2016 konnten die geplanten Umsatzerlöse des Unternehmens von 3.475 TEUR insgesamt erreicht und darüber hinaus zusätzliche Erlöse von 99 TEUR generiert werden. Eine Planerfüllung war jedoch aufgrund verschiedener Randbedingungen nicht in allen Sparten möglich. Durch die Flexibilität der Mitarbeiter konnten diese Defizite durch Leistungen innerhalb der anderen Sparten kompensiert werden.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Die Fortführung bzw. der Neuabschluss von Verträgen sind ein Zeichen der Zufriedenheit und des Vertrauens unserer Kunden und Vertragspartner. Auch im Jahr 2016 konnten hier die Grundlagen für eine weitere stabile Zusammenarbeit geschaffen werden. Um den Wünschen und Anforderungen unserer Kunden auch zukünftig gerecht werden zu können, werden die von uns angebotenen Dienstleistungen ständig weiterentwickelt. Durch eine hohe Flexibilität der Mitarbeiter konnten bestehende Leistungen ausgebaut und neue Aufgabengebiete erschlossen werden. So wurden z.B. erste Dienstleistungen für die Abwassersparte der HWS erbracht, welche zukünftig noch erweitert werden sollen. Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Unternehmens sind die Mitarbeiter. Die in der W+H beschäftigten Mitarbeiter sind zum größten Teil langjährige Mitarbeiter. Hoch qualifiziert und motiviert verfügen sie über das notwendige Know how in den jeweiligen Fachbereichen. Aufgrund des relativ hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur erforderlich. Die ersten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt (z.B. Umsetzung von Altersregelungen; Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern; Einstellung qualifizierter Facharbeiter; Ausbildung von Azubis für einen zukünftigen Einsatz im Unternehmen). Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 313,7 TEUR wird eine sehr gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet die Unternehmen Maßnahmen zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken vorzunehmen und Festlegungen zur Risikobegegnung systematisch zu überwachen. Das Risikomanagement des Unternehmens ist im konzernweiten System der SWH integriert.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement- Prozess und –Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Aus der Zusammenfassung der bereichsspezifischen Risikounterlagen sowie der anschließenden Beurteilung der Geschäftsführung wird eine Riskmap für das Unternehmen und das betreffende Jahr erstellt, die jene Risiken enthält, welche bestandsgefährdende oder schwerwiegende Auswirkungen auf den Erfolg bzw. die Ziele des Unternehmens haben können.

In der nachfolgenden Tabelle sind aus der Riskmap 2017-2021 die bestehenden Risiken eingetragen. Risiken der Gruppen 1 und 2 bestehen bei der W+H für das Jahr 2017 nicht.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	2	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	3	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	1	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	0	0
Gesamt	7	0	0

5.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der W+H wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Das Risikomanagementsystem der W+H benennt für das Jahr 2017 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

6. Prognosebericht

Die W+H erstellt den Wirtschaftsplan 2017 sowie die Vorschau für die Jahre 2018 bis 2021 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2016, die für den Zeitraum bis 2022 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, der Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH, des Gaszählerwechsels sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W+H wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder auszubauen und weiter zu entwickeln. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

1. Weiterer Ausbau des Geschäftsfeldes „Spartenübergreifender Zählerwechsel“ (Wassermähler, Garten- und Brauchwassermähler; Gaszähler und Stromzähler)
2. Verstärkung der Aktivitäten im Bereich Energie – und Elektrodienstleistung
3. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Sammelkanäle
4. Spezialisierung der Leistungen in der Sparte Haustechnik
5. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Trinkwasser (Angebot zusätzlicher Dienstleistungen der Wassermählerprüfstelle; Umsetzung neuer Technologien im Rahmen des Smart Meterings)
6. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Tiefbau / Hausanschlüsse um Tätigkeiten im Abwasserbereich (z.B. Auswechslung von Schachtabdeckungen sowie weitere Kleinreparaturen im Kanalnetz)
7. Optimierung des Personaleinsatzes durch eine nachhaltige Personalentwicklung sowie eine fristgerechte Nachfolgeplanung“

6.2. Investitionen

Für die W+H sind im Wirtschaftsjahr 2017 sowie in den Folgejahren jeweils 70 TEUR im Investitionsplan angesetzt. Das entspricht dem durchschnittlichen Niveau der letzten Jahre mit steigender Tendenz. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Kauf von mobiler Technik und sonstiger Ausrüstungen, um die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der Geschäftsabläufe zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL	Vorschau			
	2017	2018	2019	2020	2021
W+H	153,5	155,2	157,9	160,1	162,8

Der Wirtschaftsplan 2017 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 153,5 TEUR aus. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von 4,3 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2021 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2017 -2021 detailliert untersucht und dargestellt. Anhand der Übersicht ist erkennbar, dass in den kommenden Jahren eine Reduzierung der Ergebnisse eintreten wird. Gründe dafür sind vor allem die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie die Erhöhung der konzerninternen Umlagen. Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen. Ziel soll es sein, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH – Gruppe anzubieten.

Das für 2016 geplante Jahresergebnis von 292 TEUR wurde um 22 TEUR übererfüllt, wobei den um 121 TEUR gestiegenen betrieblichen Erträgen um 99 TEUR höhere betriebliche Aufwendungen gegenüberstehen.

Das erwirtschaftete Ergebnis wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit

		2016	2015	2014	2013	2012
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.745	27.782	50.609	50.180	50.164
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	4.290	4.200	8.470	7.350	8.130
operativer Zählerwechsel	Stück	640	660	1.000	1.020	1.150
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	29	96	52	74	98
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	135	139			
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	1.510	4.230	9.680	10.854	10.063
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	102	113	138	126	166
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	150				
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	781				
Installationsleistungen Wasser für Drittkunden						
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	12.327	9.862	34.760	10.670	10.400
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasserentgeltminderung der HWS	Stück	8.326	8.071	7.506	7.409	7.412
Sammelkanal Bewirtschaftung						
Fernwärmeservice Neubau	Stück	6	9			
Fernwärmeservice Übergabestellen / Primärleitung	Stück	15				
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	692	669	717	678	678
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	91	92	74	0	0
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	1.560	3.900	2.970	905	0

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Flugplatz 12
 06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Scherbel, Renate

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Stäglin, Uwe	
stellv. Vorsitzender	Wege, Johannes	
	Bernstiel, Christoph	
	Bujak, Frank	(seit 07.12.2016)
	Kieslich, Marcel	
	Kupski, Christian	
	Leipnitz, Ulli	
	Moron-Wernicke, Daniela	(bis 31.08.2016)
	Müller, Peter	
	Wolff, Alfons-Josef	(bis 07.12.2016)
	Zander, Kurt-Jürgen	(seit 01.09.2016)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.771	90	1.787	92	1.879	92	-16	-1
Umlaufvermögen	186	10	161	8	151	8	25	16
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	6	0	0	0

Bilanzsumme	1.958	100	1.949	100	2.036	100	9	0
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	----------	----------

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.330	68	1.214	62	1.157	57	116	10
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	144	7	154	8	165	8	-10	-6
Rückstellungen	29	2	23	1	23	1	6	26
Verbindlichkeiten	373	19	470	24	612	30	-97	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	0	0	0	-1	-50
Passive latente Steuern	81	4	86	5	79	4	-5	-6

Bilanzsumme	1.958	100	1.949	100	2.036	100	9	0
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	----------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	689	599	576
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	17
sonstige betriebliche Erträge	21	69	75
Personalaufwand	285	284	285
Abschreibungen	84	94	95
sonstige betriebliche Aufwendungen	195	189	215
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	20	27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		81	46
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	17	-6
Ergebnis nach Steuern	122		
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	116	58	46
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	116	58	46

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,78	9,61	7,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,52	4,98	4,10	%
Cash-Flow:	200	152	141	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	79	84	83	T€
Personalaufwandsquote:	40,07	42,38	42,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,43	91,68	92,32	%
Eigenkapitalquote:	67,92	62,31	56,82	%
Fremdkapitalquote:	32,08	37,69	43,18	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Flugbewegungen	28.982,00	28.908,00	26.716,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,55	4,11	4,13	EUR
Kraftstoffverkauf	292.129,00	290.315,00	285.153,00	Liter

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen bleibt die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele weiter im Focus der Nutzer unseres Flugplatzes. Aber auch die theoretische und praktische Ausbildung von Privatpiloten für Flugzeuge und Hubschrauber, sowie die Wartung und Instandhaltung der Maschinen sind am Flugplatz Halle/Oppin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Nicht zuletzt haben dazu auch die am Flugplatz ansässigen Firmen beigetragen, die damit eine weiterhin stabile Entwicklung der Allgemeinen Luftfahrt bestätigen. So wurden am Flugplatz Halle/Oppin im Jahr 2016 insgesamt 29.982 Flugbewegungen registriert, unwesentlich mehr als die Flugbewegungszahlen des Vorjahres.

Jedoch ist nicht zu übersehen, dass die Struktur der Flugbewegungen im Jahr 2016 relativ starke Schwankungen aufweist. Während in den Bereichen Segelflug und Klasse E ein Rückgang zwischen 10 und 11 % zu verzeichnen ist wurde bei den Drehflüglern (Hubschrauber) eine Steigerung um 25 % registriert.

Dies führte einerseits dazu, dass der Erlös pro Flugbewegung im Jahr 2016 auf 4,55 Euro gestiegen ist (Vorjahr 4,11 Euro) und andererseits die durch den Mehrverkauf von Flugkraftstoff JET A1 erzielten Provisionserlöse, im Vergleich zum Vorjahr, um 9,84 % gestiegen sind.

Die Zusammenarbeit mit den am Flugplatz ansässigen Firmen ist positiv, sorgt für Stabilität in der täglichen Arbeit und für Kontinuität in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Hinsichtlich des von der Firma Air Lloyd/MCO im Jahr 2012 erworbenen Grundstücks gab es im Jahr 2016 keinerlei Bautätigkeit, die Firma arbeitet aber an Planungsunterlagen.

Die ADAC Luftfahrttechnik GmbH plant mittelfristig den Ausbau ihres Standortes am Flugplatz Halle/Oppin und hat einen entsprechenden Kaufantrag gestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden von der Geschäftsführung in Abstimmung mit Aufsichtsrat und Gesellschaftern der Flugplatzgesellschaft mbH geführt.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Auch weiterhin zählen die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien zu den wichtigsten Einnahmequellen und gleichen vorhandene Defizite aus dem fliegerischen Bereich damit zum Teil aus.

Lang- und mittelfristige Verträge bei der Vermietung der vorhandenen Objekte sowie eine Erhöhung des Vermietungsstandes im Wohnblock haben insgesamt zur Stärkung und Stabilisierung der Erlössituation beigetragen.

Am 31. Dezember 2016 betrug der Leerstand im Wohnblock 7,5 % - dies entspricht drei Wohnungen, wovon eine sich in der Grundinstandsetzung befindet.

Da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum durchaus gegeben ist muss dieser Fakt weiter genutzt werden, um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen. Auch muss die Außenansicht des Wohnblocks, vor allem der Nordseite, unbedingt verbessert werden.

Die Vermietung in den Flugzeugabstellhallen mit Einzelhangars ist gleichbleibend stabil. Im Rundhangar wurden bis zum Jahresende 2016 insgesamt 5 Stellplätze fest vermietet und für 2017 liegen weitere Anfragen vor.

Die Gaststätte „Schnitzel-Tower“ erfreut sich auch weiterhin großer Beliebtheit und bringt vor allem den Rundflugunternehmen und damit auch dem Flugplatz an sich, einen guten Kundenzulauf.

Der Winter 2015/2016 war wiederum nicht sehr kalt so dass sich die Heizkosten nur unwesentlich erhöht haben. Auch eine Kostenreduzierung im Bereich Wasser und Abwasser führte bei den Betriebskostenabrechnungen 2016 zu teils recht erheblichen Rückzahlungen an die Mieter. Insgesamt wurden Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von rund 22 T€ zurückerstattet.

Vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wurde für das Personal der Luftaufsicht ein Personalkostenzuschuß in Höhe von 46 T€ gewährt. Mit Blick auf die wirtschaftliche Gesamtsituation der Gesellschaft und mangels der Aufbringung erforderlicher Eigenanteile, erfolgte im Jahr 2016 nur eine geringfügige Inanspruchnahme von Fördermitteln (Hangarschlösser nach Einbruch).

Hinzu kam, dass durch den Defekt der alten Feuerwehr schnellstmöglich eine Ersatzbeschaffung erfolgen musste und dies im Rahmen realisierbarer finanzieller Möglichkeiten.

Ein generalüberholtes Tanklöschfahrzeug konnte im Dezember 2016 in Betrieb genommen werden.

Das Gesellschafterdarlehen vom Saalekreis aus dem Jahr 2013, mit einer Laufzeit von 10 Jahren, wird regelmäßig monatlich getilgt und zusätzlich am Jahresende mit einer Sondertilgung in Höhe von 6 T€ bedient.

Von den übrigen 6 Darlehen, die ebenfalls regelmäßig getilgt werden, laufen drei im Jahr 2017, eins im Jahr 2018 und die letzten zwei im Jahr 2020 aus. Die sich daraus ergebenden Entlastungen des Finanzhaushaltes können zum Teil für notwendige Ersatzbeschaffungen genutzt werden.

Die liquide Situation der Gesellschaft war auch im Jahr 2016 weiter stabil.

Jedoch sind in der täglichen Arbeit weiterhin die Sicherung der Umsatzerlöse und auch

Sparsamkeit geboten, um die anstehenden Aufgaben zu lösen und eine positive Entwicklung der Gesellschaft fort zu setzen.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die Tatsache, dass in dem 2013 errichteten Rundhangar nunmehr fünf Abstellplätze fest vermietet werden konnten unterstreicht eindeutig, dass, mittel- und langfristig betrachtet, der Bau des Rundhangars eine gute Investition in die Infrastruktur der Region und die Attraktivität des Flugplatzes war.

Die Entwicklung der Nachfrage nach Abstellplätzen ist zu beobachten, um gegebenenfalls mittelfristig mit dem Bau einer weiteren Abstellhalle zu reagieren. Nur so können potentielle Kunden an den Flugplatz gebunden werden und zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Die Firmen MCO/Air Lloyd/Helitec und die ADAC Luftfahrt Technik GmbH haben, im Interesse einer weiteren langfristigen Arbeit am Flugplatz Halle/Oppin auch im Jahr 2016 an ihren Planungen zum Standortausbau weiter gearbeitet.

Insofern wird davon ausgegangen, dass sich bis zum Jahr 2020 entsprechende Veränderungen ergeben, die die wirtschaftliche Entwicklung der Flugplatz GmbH in den kommenden Jahren positiv beeinflussen könnten.

Ein Risiko für die Gesellschaft wären eventuell auftretende Schäden an Gebäuden oder Technik, die jedoch durch ständige Kontrollen und gegebenenfalls Einleitung notwendiger Maßnahmen vermieden werden sollen.

Im Rahmen der Planung zur Umsetzung der Energieeinsparungsverordnung 2014 - Heizanlagen betreffend -, stellte sich heraus, dass der Austausch von Gasheizkesseln für Heizungsanlagen nur bis zu einer Kesselleistung von 400 kW vorgeschrieben ist. Die Anlage der Flugplatz GmbH hat eine Leistung von 470 kW, ein Austausch ist daher nicht zwingend erforderlich.

Da die Kessel länger als 30 Jahre und die Brenner bereits 20 Jahre in Betrieb sind, sollte, entsprechend den finanziellen Möglichkeiten weiter der Austausch mindestens einer Kesselanlage in Betracht gezogen werden, um auch im Sinne der Umweltentlastung den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Sollten die Ergebnisse der jährlichen Abgasuntersuchung durch den Schornsteinfeger jedoch nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften entsprechen könnte der sofortige Austausch einer Anlage erforderlich werden.

Kritisch im Auge zu behalten ist ebenfalls die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen (hohe Altersstruktur bei den Fluglehrern) sowie deren mögliche Auswirkungen auf den Fortbestand der betreffenden Firmen. Bei sich diesbezüglich ergebenden Problemen kann dies in der Perspektive, durch unter Umständen sinkende Flugbewegungszahlen, durchaus auch zu Erlöseinbußen beim Flugplatz führen.

Die Personalstruktur wurde im Jahr 2016 nicht verändert.

Die auf Grund der geplanten Inanspruchnahme von Altersrenten im Jahr 2017/2018 anstehenden Personalveränderungen wurden in den Sitzungen von Aufsichtsrat und Gesellschaftern beraten und erste Vorschläge zum zeitlichen Ablauf der Personalwechsel in den Bereichen Luftaufsicht und Geschäftsführung erarbeitet.

Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Freimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)	
Rechtsform:	AG	
Stammkapital in T€:	51.200	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<u>51.200 100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Aldag, Wolfgang
		Dr. Wend, Detlef
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Hilbig, Stefan
		Krimmling-Schoeffler, Anja
		Peinhardt, Ulrich
		Thielemann, Dirk

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	<u>17</u>	<u>16</u>	<u>16</u>

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	25	100,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
mittelbar	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	0,76

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	280.257	92	284.329	95	290.108	95	-4.072	-1
Umlaufvermögen	24.207	8	16.055	5	14.003	5	8.152	51
Rechnungsabgrenzungsposten	93	0	190	0	121	0	-97	-51
Aktiver Unterschiedsbetrag Vermögensverrechnung					75	0		

Bilanzsumme

304.557	100	300.574	100	304.307	100	3.983	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	83.583	27	83.583	28	83.583	27	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	173.524	57	175.371	58	183.994	61	-1.847	-1
Rückstellungen	9.027	3	9.277	3	9.164	3	-250	-3
Verbindlichkeiten	36.405	12	27.999	9	23.206	8	8.406	30
Rechnungsabgrenzungsposten	2.018	1	4.344	2	4.360	1	-2.326	-54

Bilanzsumme

304.557	100	300.574	100	304.307	100	3.983	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	51.394	41.631	39.307
andere aktivierte Eigenleistungen	355	270	228
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	15.295	21.953	13.230
Zuschüsse Gesellschafter	22.275	22.528	22.766
Materialaufwand	22.490	24.988	24.253
Personalaufwand	34.060	32.374	30.777
Abschreibungen	8.530	7.663	8.442
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	21.641	20.621	11.114
Erträge aus Beteiligungen	73	63	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	141	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	26	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	597	821	873
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		145	223
Ergebnis nach Steuern	2.098		
sonstige Steuern	-2	82	200
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.100	63	23
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2016: 8.731 T€; 2015: 5.757 T€; 2014: 843 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2016: 11.259 T€; 2015: 6.800 T€; 2014: 1.235 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,09	0,15	0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,51	0,08	0,03	%
Cash-Flow:	10.630	7.726	8.465	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	93	90	73	T€
Personalaufwandsquote:	50,80	50,70	58,33	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,44	93,88	93,72	%
Eigenkapitalquote:	27,44	27,81	27,47	%
Fremdkapitalquote:	72,56	72,19	72,53	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Beförderte Personen	53.803,06	52.191,28	51.773,90	in 1.000
Fahrplan-km	8.630,14	8.641,37	8.571,81	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.025,89	10.079,38	9.896,70	in 1.000
Personen-km	306,66	303,63	327,75	in Mio.
Platz-km	1.212,98	1.234,34	1.227,15	in Mio.

e) Lagebericht**1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft**

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100 prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale). Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) angewiesen.

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und drei Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt und die Gesellschaft stellt somit eine flache aber effiziente Unternehmensleitung auf. Für die Vertretung der Gesellschaft wirken neben dem Vorstand vier Prokuristen.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale), der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale), und der Saalebus GmbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb, eine moderne Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den strengen umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage und eines Blockheizkraftwerkes, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Abs. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieunternehmen darstellt. Entsprechend des § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Kernaufgabe der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Dieses vor dem Hintergrund der inflationären Steigerung der Preise für Waren und Dienstleistungen und der Anerkennung der tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen zu gewährleisten, ist für die Gesellschaft eine fortwährende Herausforderung. Eine permanente Überprüfung der Prozesse und eingesetzten Kapazitäten ermöglicht die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziele dieser Überprüfung sind die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragsteigerung zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes und zum effektiven Ressourceneinsatz. Alle Anstrengungen leisten einen strategischen Wertebeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Begrenzung des Betriebskostenzuschusses.

Zur strategischen Neuausrichtung der HAVAG wurde im Jahr 2013 ein Strategieentwicklungsprozess ‚Zukunftsdialog HAVAG 2018‘ initiiert, der im Ergebnis strategische Ziele und die wesentlichen Grundausrichtungen hervorbrachte. Das Strategiepapier beinhaltet strategische Projekte und operative Maßnahmen, die in den vergangenen drei Jahren fast vollständig abgearbeitet beziehungsweise in die operative Umsetzung überführt wurden. In einer weiteren Strategieklausur im Jahr 2015 wurden neun weiterführende strategische Maßnahmen entwickelt, die mit besonderer Priorität herausgestellt wurden. Unter anderem sind diese mit der Erlössteigerung durch Tarif und Vertrieb, der Angebotsplanung (inklusive Fahrzeugkonzept), dem Instandhaltungskonzept 2025 (Fahrzeuge und Infrastruktur), der Erstellung einer Machbarkeitsstudie für inter- und multimodulare Angebote und dem Konzept der Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr 2021 fokussiert. Gleichzeitig ist das Programm ‚Exzellenz Plus 20‘ der Stadtwerkegruppe in die Gesellschaft eingebettet worden, welches ebenfalls mit Projekten und Maßnahmen das Ziel der Stärkung der langfristigen Ertragskraft verfolgt. Mit den daraus resultierenden Ergebniseffekten wird eine Stabilisierung des mittelfristigen Zuschussbedarfes beabsichtigt. Vornehmliches Ziel im Rahmen des Strategieprozesses ‚Zukunftsdialog HAVAG 2018‘ war und ist für die HAVAG die Steigerung der operativen Exzellenz, also die maximale Effektivität und Effizienz in allen Prozessen. Effektivität ist dabei der Grad der Zielerreichung, Effizienz der notwendige Mitteleinsatz zur Zielerreichung. Ziel der HAVAG ist es, innerhalb Ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25,0 Prozent zu gehören. Mit externer Unterstützung wurde im Jahr 2016 mit der Messbarkeit des Erfüllungsgrades dieser Zielstellung begonnen, indem in einem Unternehmensvergleich Zahlen, Daten und Fakten zusammengestellt wurden.

1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete der mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag wurde aufgrund einer notwendigen Anpassung an den Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) im Oktober 2015 durch eine zweite Änderungsvereinbarung ergänzt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 01. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Einschätzung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und konnte im Jahr 2016 den geforderten Merkmalen entsprechen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit dem ‚Stadtbahnprogramm Halle 2019‘ ist mit dem grundhaften Ausbau der halleschen Straßenbahninfrastruktur begonnen worden. Das Projekt wird unter anderem mit dem Einsatz von Fördermitteln für den öffentlichen Personennahverkehr von Bund und Land finanziert und bedingt den Einsatz von Eigenmitteln. Gemäß dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Aus der Umsetzung der Maßnahmen in diesem Programm ergeben sich für die HAVAG umfangreiche zusätzliche Aufgaben. Im Zuge einer mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossenen Maßnahmenträgerrahmenregelung tritt dabei die Gesellschaft als Träger für die einzelnen Maßnahmen auf. Die Trägerschaft beinhaltet auch die Gesamtverantwortung für die Projekte anderer Konzernunternehmen sowie Dritter, die innerhalb des Stadtbahnprogramms abgewickelt werden. Damit liegt die gesamte verwaltungstechnische Abwicklung, einschließlich der erforderlichen Berichterstattungen für die Inanspruchnahme der Fördermittel und deren detaillierte Erarbeitung, der entsprechend der Vergabe notwendigen Verwendungsnachweise für die entsprechenden Verwaltungsstrukturen beim Land und beim Bund, allein in der Hand des Maßnahmenträgers.

Das betrifft gleichermaßen die Vorbereitung und Durchführung jeglicher Vergabe- und Ausschreibungsprozesse innerhalb des Programms, bei denen aufgrund der wirtschaftlichen Größenordnungen in fast allen Einzelfällen eine europaweite Ausschreibung zum Ansatz gebracht werden muss.

Zum Ende des Jahres 2016 startete die HAVAG die Einführungsphase der neuen mobilen Fahrkartenautomaten. Dazu sollen im Folgenden alle Straßenbahnen und Bussen der HAVAG mit modernen Geräten ausgerüstet werden, um einen der wichtigsten Vertriebswege für den Ticketverkauf zu stärken und neu zu ordnen. Ergänzend kommen in diesem Investitionsprogramm an ausgewählten Haltestellen stationäre Automaten hinzu, welche ab Jahresmitte 2017 sukzessive errichtet werden. Den Fahrgästen wird eine aktuelle Automatengeneration mit Bargeldfunktion und bedienerfreundlicher Systemoberfläche angeboten. Die neu entwickelte Bedienerführung wird einfach, intuitiv und am Ende der Einführungsphase zweisprachig (deutsch und englisch) ausgeführt. Wesentlich ist zudem, dass für Blinde und Sehbehinderte der Zugang erleichtert und ein weiterer Baustein der Barrierefreiheit umgesetzt wird.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 Prozent im Vorjahr auf 6,1 Prozent im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 Prozent erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

In Abstimmung mit dem Landkreis Saalekreis und der Genehmigungsbehörde wurde die Umsetzung der Kürzung des Fahrplanangebotes der Linie 5 und die Entbindung der Betriebspflicht der Linie 15 diskutiert und einvernehmlich im Rahmen des Fahrplanwechsels zum 02. Mai 2016 damit die angestrebte Optimierung umgesetzt.

Mit dem Fahrplanwechsel zum 19. Dezember 2016 setzt die HAVAG eine Neuordnung des Busnetzes Halle-Süd und Halle-Ost um und zielt damit auf eine Anpassung ihrer Verkehrsleistung an die geänderte Nachfrageentwicklung der Fahrgäste. Wesentliche Prämissen der vorgenommenen Optimierung sind die Neuordnung der Linienführungen Bus zu einem bedarfsgerechten Angebot, der Abbau von Parallelverkehren, die Stärkung des innerstädtischen öffentlichen Personennahverkehrs durch Schnittstellenabstimmung und Taktverdichtung sowie letztlich die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Die beschriebene Neuordnung der Busverkehre sichert die Erschließung der bebauten Gebiete vollständig ab, entspricht dem derzeitigen Fahrgastverhalten und den Forderungen des Nahverkehrsplans der Stadt Halle (Saale). Aufgrund von Aufforderungen und Anfragen der Bürger richtete die HAVAG, ergänzend zum neuen Buskonzept ab dem 19. Dezember 2016 die Buslinie 44 ein. Diese Linie bedient die Relation zwischen dem Hauptbahnhof/Einkaufspark HEP/Messe Handelszentrum/S-Bahnhof Halle Messe von Montag bis Freitag in der Hauptverkehrszeit. Zusätzlich wurde die Buslinie 31 in einem modifizierten Linienverlauf beibehalten.

Mit Wirkung vom 12. August 2016 wurde das Cross-Border-Lease zwischen der HAVAG und dem ehemaligen Investor der Fifth Third Leasing Company vorzeitig beendet. Das Cross-Border-Lease-Geschäft wurde im Jahr 2002, mit einer Laufzeit bis 2029 abgeschlossen. Inhalt des Geschäftes war das Sale and Lease Back von 16 Straßenbahnfahrzeugen des Typs MGT6D.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Für die Einwohner der Stadt Halle (Saale) bietet die HAVAG einen attraktiven Personennahverkehr mit zahlreichen Angeboten. Entsprechend des persönlichen Verbraucherverhaltens kann der Kunde aus einer Vielzahl von Tarifprodukten auswählen. Der umweltverträgliche Personennahverkehr bietet dabei die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr.

Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Um das gute Niveau zu halten und weiter auszubauen, muss das Unternehmen stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Zusätzliche Diskussionen um eine Neuordnung, von an den Zweck des öffentlichen Personennahverkehrs gebundenen Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes zur Finanzierung der Unternehmensleistung und Investitionen, lassen erkennen, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum in den nächsten Jahren einengen könnte. Hinzu kommen politische Diskussionen, die sich für eine moderatere Preisanpassung der Tarifprodukte des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in der Zukunft einsetzen.

Für die zukunftsweisende Entwicklung unterstützte die HAVAG im Jahr 2016 den Aufgabenträger bei der Formulierung von ‚Verkehrspolitischen Leitlinien‘ für die Stadt Halle (Saale). Dabei wurde die Absicht verfolgt, die Rahmenbedingungen für die künftigen verkehrspolitischen Grundsätze der Stadt zu beschreiben. Wesentlicher Kern der 15 Leitlinien bildet die Stärkung des Umweltverbundes, zu dem Fußgänger, Radfahrer und der öffentliche Personennahverkehr gehören. Erklärtes Ziel ist es, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt um 5,0 Prozent zu verringern und im gleichen Verhältnis den Anteil des Umweltverbundes zu steigern, wobei der öffentliche Personennahverkehr hierzu den Hauptbeitrag leisten soll.

Konsequenterweise ergeben sich im Weiteren aus diesem Grundsatzpapier der Verkehrsentwicklung die Rückschlüsse auf den Nahverkehrsplan. Darin ist von der Stadt Halle (Saale) als Aufgabenträger die beauftragte Verkehrsleistung in Ergänzung zum Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag detailliert beschrieben. Ein weiterer Aspekt, welcher bei der kommenden Überarbeitung des Nahverkehrsplanes Berücksichtigung finden soll, ist die Erklärung der Direktvergabe des öffentlichen Personennahverkehrs vom Träger der kommunalen Aufgabe zur Daseinsvorsorgen nach dem 31. Dezember 2021.

Im Jahr 2016 sind die Fahrgastzahlen bundesweit im öffentlichen Personennahverkehr deutlich gestiegen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen bilanziert einen Fahrgastrekorde bei seinen Mitgliedsunternehmen und spricht im Vergleich zum Vorjahr von einer Steigerung von 1,8 Prozent. Für die HAVAG kann im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 ein Fahrgastzuwachs über dem Bundesdurchschnitt von 3,1 Prozent bilanziert werden. Sowohl für den Verband im Allgemeinen wie für die HAVAG im Speziellen ist diese Zunahme der Fahrgäste ein Beleg für die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Nahverkehrsunternehmens und zeigt die Akzeptanz des verlässlichen Angebotes zu angemessenen Preisen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Im Entwurf des Haushaltsplanes der Landesregierung Sachsen-Anhalt ist für die Jahre 2017 und 2018 die Steigerung der verfügbaren Mittel deutlich erkennbar, sodass die Umsetzung der zum Jahresende 2015 beschlossenen höheren Beträge für den öffentlichen Personennahverkehr ihre Wirkung zeigt. Für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 8 des ÖPNV-Gesetzes LSA, welche sich unmittelbar aus den Regionalisierungsmitteln speist, sind für die Zukunft Veränderungen in der Zuweisung enthalten.

Andererseits zeigt der aktuelle Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zwar eine Fortführung über das Jahr 2019 hinaus, aber gleichzeitig sollen diese Mittel von bundesweit jährlich 330 Millionen Euro bis zum Jahr 2025, also acht weitere Jahre, auf demselben Niveau eingefroren werden. Wichtig sind diese Zuwendungen maßgeblich für den Neu- und Ausbau des städtischen Nahverkehrs. Explizit für die HAVAG ist daran die Fortführung des Stadtbahnprogramms über das Jahr 2019 hinaus geknüpft.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

In Zusammenarbeit der Fachbereiche der HAVAG, den Vertretern des Aufgabenträgers und eines externen Beraters wurde im Jahr 2016 an der strategischen Entwicklung eines Nahverkehrsangebotes für die Jahre 2020/2030 gearbeitet. Unter Verwendung der aktuellen Prognosedaten sowie der Erkenntnis aus der Verkehrsmodellierung wurden stadtteilkonkrete Szenarien zu einem bedarfsorientierten strategischen Angebotskonzept zusammengefasst.

Das Verkehrsangebot des Jahres 2016 erstreckte sich auf 15 Straßenbahn- und 22 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 341,7 Kilometern.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung entsprechend des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages im Straßenbahnbereich um -234,6 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer und somit um 4,4 Prozent reduziert. Dieser Rückgang auf 5.094,0 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit dem umfangreicheren Baugeschehen im abgelaufenen Geschäftsjahr begründet.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich entsprechend des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages weist die Gesellschaft eine Steigerung von 6,7 Prozent gegenüber dem Jahr 2015 somit um 223,4 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf die höheren Schienenersatzverkehrsleistungen im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zurückzuführen ist und somit mit dem Rückgang bei der Verkehrsleistung der Straßenbahn korrespondiert. Gleichzeitig konnte die HAVAG im Jahr 2016 die ergänzenden Leistungen für Sonderverkehre, für den freigestellten Schülerverkehr und für den Gelegenheitsverkehr weitestgehend bestätigen.

Das Jahr 2016 war in der Stadt Halle (Saale) ein Jahr mit vielen Baustellen. Trotz der umfangreichen Auswirkungen des Baugeschehens ist es gelungen, den öffentlichen Personennahverkehr aufzuwerten. Mit dem Umsteigerticket und der Bartarifkampagne konnten gezielt Kunden im Abonnement sowie im Bartarif gewonnen werden.

Die mit Beginn des Schul-/Studienjahres 2014/2015 (September/Oktober 2014) eingeführten Produkte für die Schülerinnen und Schüler in der Stadt Halle (Saale) und die Studentinnen und Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben sich im Geschäftsjahr 2016 weiter etabliert. Ziel der Einführung diverser Angebote war die Bindung der jungen Kundengruppe für eine umfangreiche Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bediengebiet und damit eine Erhöhung der Anzahl von Beförderungsfällen in diesem Segment.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag im Jahr 2016 im Ausbau des Angebotes der ‚Jobtickets‘. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potentiellen Unternehmen im Bediengebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Angestellten nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren wesentlich ausgebaut werden soll.

Das beschriebene Leistungsangebot nutzten im Jahr 2016 insgesamt 53,8 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 1,6 Mio. Beförderungsfälle dar. Damit konnten zum zweiten Mal in Folge steigende Fahrgastzahlen verzeichnet werden. Gleichfalls waren im Jahr 2016 innerhalb der Kundengruppen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Für die Kundengruppe ‚Stammkunden Erwachsene‘ ist aus den erreichten Beförderungszahlen eine Steigerung von Monatskarten gegenüber einer Abnahme von Jahreskarten zu beobachten. In der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ sind die Zuwächse durch die eingeführten Produkte ‚MiniCard‘ und ‚MaxiMobilCard‘ erkennbar, wobei die Nutzerzahlen dem allgemeinen Trend des Anstieges an Schülern der Stadt Halle (Saale) folgen. Mit dem Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist die Entwicklung dieser Kundengruppe gekoppelt. Die Steigerung der Beförderungsfälle beim ‚Semestervollticket‘ ist auf die geringfügige Steigerung der Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

Generell konnte die HAVAG im Jahr 2016 aus der Stärkung des Anteils der ‚ABO-Monatskarten‘ sowie der ‚Jobtickets‘ einen weiteren Ausbau der Stammkunden erkennen. Für das Unternehmen leitet sich daraus eine positive Resonanz auf die Bindung von Stammkunden ab. Parallel dazu ist eine Steigerung im ‚Bartarif‘ erkennbar. Statistisch gekoppelt ergeben sich aufgrund der Entwicklung der Fahrgastzahlen entsprechende Steigerungen bei den Schwerbehinderten sowie den Übersteigern von anderen Verkehrsunternehmen, wie zum Beispiel der S-Bahn.

Damit verbunden kann die HAVAG feststellen, dass das gestellte Planziel von 52,2 Mio. Fahrgästen überschritten wurde. Ursachen dafür sieht die Gesellschaft in der gezielten Kundenbindung sowie in der leicht gestiegenen Anzahl der Bevölkerung.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2016 einen Wert von 0,79 EUR je Fahrgast und kann somit den Vorjahreswert um 0,05 EUR je Fahrgast steigern.

Für die Erbringung der Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr standen im Jahr 2016 durchschnittlich 112 Straßenbahntriebwagen sowie 58 Omnibusse zur Verfügung.

3.5. Forschung und Entwicklung

Unter dem Oberbegriff ‚Elektromobilität‘ beendete die Projektgruppe der Stadtwerke Halle GmbH im September 2016 planmäßig das Bundesforschungsprojekt ‚Grüne Mobilitätskette‘. Mit sieben weiteren Partnern aus Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde das Thema Elektromobilität in der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Unter der Federführung der HAVAG wurden in der Stadtwerkengruppe neue Geschäftsmodelle für die Elektromobilität entwickelt.

Das Gemeinschaftsforschungsprojekt mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Umweltschutz zur urbanen Klimaentwicklung in der Region wurde erfolgreich fortgesetzt. Mittlerweile konnten den Projektpartnern durch die drei Straßenbahnen mit Messeinrichtungen Milliarden von Daten zur Verfügung gestellt werden. Eine Fahrgastbefragung zum subjektiven Empfinden von Temperaturen wurde in diesem Zusammenhang im Sommer 2016 durchgeführt.

Mit dem beschriebenen Engagement der HAVAG auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung wird gleichfalls ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Seit November 2015 ist die HAVAG Projektpartner bei der Initiative des Landes Sachsen-Anhalt zur Einführung von Elektrobussen. Die Voruntersuchungen zur Einführung von Elektrobussen sind mittlerweile abgeschlossen. Zurzeit werden die Anforderungen und Hinweise der HAVAG zum Teil in die Umsetzungsplanungen der NASA integriert, um fortführend den Einsatz von eBussen und die damit verbundene Eignung für den Linienverkehr zu untersuchen.

Weiterhin haben sich die Tochterunternehmen der Stadtwerkegruppe unter der Projektleitung der HAVAG, gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) um die Ausschreibung des Bundes für das Testfeld für autonomes Fahren beworben. Insbesondere die Teilnahme am Galileo Testfeld Sachsen-Anhalt qualifizierte die HAVAG für die Projektkoordination.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehr auf die Umwelt möglichst weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich. Dazu setzte sich die HAVAG im Jahr 2016 mit der Senkung des Energieverbrauches und der Reduzierung der Schall- und Abgasemission aktiv auseinander. Durch den Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage auf dem Dach der Straßenbahnabstellhalle konnte im Jahr 2016 eine Kohlendioxidreduzierung von 64 Mg erzielt werden. Eine weitere Maßnahme für einen umweltschonenden Prozess ist der Einsatz von Regenwasser für die Außenreinigung der Straßenbahnen. So konnten im Jahr 2016 in der Waschanlage zirka 190 m³ Trinkwasser durch Regenwasser ersetzt werden.

Mit den Investitionen in sechs Omnibussen des Modells, ‚Citaro 2 EURO VI‘ von Mercedes Benz setzt die HAVAG eine kohlendioxidarme und energieeffiziente Fahrzeugtechnologie ein. Die Einhaltung der EU Abgasnorm EURO 6 ist gewährleistet und das Modell ‚MB Citaro 2 EURO VI‘ wurde zudem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, mit dem Umweltlabel ‚Der Blaue Engel‘ ausgezeichnet.

Im Jahr 2015 ließ sich die HAVAG im Energieaudit nach der DIN 16247-1 zertifizieren. Die daraus empfohlenen Maßnahmen wurden im Jahr 2016 fortgeführt. Im Wesentlichen sind dabei der Austausch von Heizungspumpen durch Hocheffizienzpumpen, der Ersatz zweier Niederdruck-Heizkessel durch einen 1.400-kW-Brennwertkessel und die Errichtung eines Pufferspeichers anstelle der hydraulischen Weiche und Erneuerung des Direct Digital Control-Reglers in der Heizanlage hervorzuheben. Mit der letztgenannten Maßnahme, wird im betrieblichen Optimum des Blockheizkraftwerkes und der Verzicht auf Stromkäufe von ca. 350.000 kWh erreicht.

Weiter wurden an den Standorten Freimfelder Straße, Rosengarten und Seebener Straße kontinuierlich die herkömmlichen Leuchtstoffröhren durch moderne hocheffiziente LED-Leuchten ersetzt. Im Jahr 2016 legte die HAVAG mit dem Austausch von 2.486 LED-Leuchten die Basis für die zukünftige Energieeinsparung. Rein rechnerisch resultiert bei einer durchschnittlichen Einschaltdauer von 3.000 Stunden eine jährliche Stromersparung von rund 150.000 kWh und einer Kohlendioxidreduzierung von 38,4 Mg. Infolge der bereits umgesetzten und teilweise noch in Planung befindlichen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung beim Energieeinsatz, wird die vertragliche Strombezugsmenge für 2018 um 2.000 MWh reduziert, das entspricht einer Kohlendioxidreduzierung um 512 Mg.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2016 sind in der HAVAG 717 Mitarbeiter beschäftigt. Unter Hinzurechnung der 40 Auszubildenden ergibt sich eine Belegschaft von 757 aktiven Mitarbeitern. Dies stellt einen Aufwuchs der Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 11 Mitarbeiter dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist eine gegensätzliche Entwicklung von 695,4 zum Vorjahresstichtag auf 688,9 im Jahr 2016 zu verzeichnen. Der angestrebte Planwert von 690,9 Vollzeitbeschäftigten konnte dabei um 2,0 Vollzeitbeschäftigteneinheiten unterschritten werden. Grund für die minimale Unterschreitung sind geplante aber verzögerte Einstellungen. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens durch Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle sind im Jahr 2016 weitere Fortschritte erzielt worden, indem drei weitere Altersteilzeitverträge im Rahmen der Restrukturierung abgeschlossen werden konnten. Gleichzeitig unterstützen diese Maßnahmen die gesteckten Ziele des Programms ‚Exzellenz Plus 20‘ in der Stadtwerkegruppe.

Acht Auszubildende beendeten im Jahr 2016 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sechs Auszubildende in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes und unter Berücksichtigung einer Fluktuationsrate von 1,5 Prozent lag das Durchschnittsalter im Jahr 2016 bei 47 Jahren. Diese Angabe hat sich damit gegenüber dem Jahr 2015 (48 Jahre) nahezu konstant gehalten, was ebenfalls durch den Bestand der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 22 Jahren erklärt wird.

Aufgrund unterstützender Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement konnten die durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit gegenüber dem Jahr 2015 auf einem konstanten Niveau gehalten werden. Einschließlich langzeiterkrankter Mitarbeiter bestätigten die durchschnittlichen Fehlzeiten von 8,7 Prozent den Vorjahrswert von 8,6 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2014 konnte die erreichte Reduzierung von 0,8 Prozent stabilisiert werden.

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifabschluss des Entgelttarifvertrages zum Tarifvertrag Nahverkehr des Landes Sachsen-Anhalt, welcher mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017 abgeschlossen wurde. Es ist die Anwendung einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden geregelt.

Frauenquote

Am 01. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Vorstandsebene der HAVAG betrug und beträgt die Quote 0,0 Prozent. Auf der ersten Führungsebene lag der Frauenanteil im Oktober 2015 bei 12,5 Prozent. Hier gibt es zum 31. Dezember 2016 keine Veränderung. Auf der zweiten Führungsebene konnte der Anteil von 15,4 Prozent auf 25,0 Prozent gesteigert werden. Dabei wurden im Zuge der Neuausrichtung des Bereiches Marketing/Vertrieb Frauen auf der Abteilungsleitersebene eingesetzt.

Mit Stand 31. Dezember 2016 liegt der Frauenanteil in der SWH-Gruppe leicht über dem Wert von 2015 bei 31,5 Prozent. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2016 bei 11,1 Prozent. Ziel soll es sein, diese Quote per 30. Juni 2017 zu halten und in den nächsten fünf Jahren bis zum 30. Juni 2022 auf 15,0 Prozent zu erhöhen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein erfolgreiches Jahr 2016 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 2.100 abschließen und somit einen positiven Beitrag zum Ergebnis der Stadtwerkegruppe leisten.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2015	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	41.631,1	51.394,1	9.763,0	23,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	270,0	354,6	84,6	31,3
Übrige betriebliche Erträge	21.952,5	15.294,8	-6.657,7	-30,3
Betriebskostenzuschüsse	22.528,3	22.274,8	-253,5	-1,1
Materialaufwand	24.987,8	22.490,3	-2.497,5	-10,0
Personalaufwand	32.373,6	34.059,6	1.686,0	5,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	20.621,6	21.640,7	1.019,1	4,9
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	203,5	72,7	-130,8	-64,3
EBITDA⁽¹⁾	8.602,4	11.200,4	2.598,0	30,2
Abschreibungen	7.662,8	8.529,4	866,6	11,3
EBIT⁽²⁾	939,6	2.671,0	1.731,4	184,3
Zinsergebnis	-794,5	-573,2	221,3	27,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	145,1	2.097,8	1.952,7	> 100,0
sonstige Steuern	81,6	-2,5	-84,1	> - 100,0
Aufwand aus Gewinnabführung	63,5	2.100,3	2.036,8	> 100,0
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization (Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Insgesamt wurden im Jahr 2016 Umsatzerlöse von T€ 51.394 erwirtschaftet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um T€ 9.763 ist sowohl mit den gestiegenen Erlösen aus dem Straßenbahn- und Omnibusbetrieb zu erklären sowie auf die Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes ab dem Jahresabschluss 2016 zurückzuführen. Aufgrund der im Rahmen des mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifierungen zum 01. August 2015 beziehungsweise 01. August 2016 in Verbindung mit dem höheren Fahrgastaufkommen sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb um T€ 3.142 gestiegen. Zusätzlich wirkt sich die Umgliederung der bisherigen sonstigen Erträge nunmehr in die Umsatzerlöse aus. Größte Einzelposition ist dabei der Umsatzerlös aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 4.445.

Daraus leitet sich der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um T€ 6.658 ab. Dennoch dominieren weiterhin die Erstattung von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen, die Auflösung des Cross-Border-Lease, die Zuschüsse des Landkreises Saalekreis, die Schadensersatzleistungen und die Auflösungen von Rückstellungen die übrigen betrieblichen Erträge.

Der notwendige Betriebskostenzuschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 22.275 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 253 gesunken.

Für den Materialaufwand von T€ 22.490 ist eine Verringerung von T€ 2.498 gegenüber dem Jahr 2015 ausgewiesen. Dieser Entwicklung ist im Wesentlichen durch den Rückgang der Fremdleistungen für den Betriebshof Rosengarten erklärt, da hierfür mit dem Jahresbeginn 2016 der Grundpreis entfällt.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages und unter Berücksichtigung einmaliger Personalanpassungsmaßnahmen stieg der Personalaufwand um T€ 1.686 an. Für das abgeschlossene Jahr 2016 ergibt sich damit ein Personalaufwand von T€ 34.060, wobei die geltende Tarifsteigerung durch den Rückgang des durchschnittlichen Personalbestandes gedämpft wurde.

Der Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 1.019 ist im Wesentlichen durch die Berücksichtigung einmaliger Aufwendungen für die Sicherung von Betriebsstätten, den höheren Rechts- und Beratungsleistungen und den ebenfalls umfangreicheren Aufwand aus abgerechneten Verkehrsbaumaßnahmen begründet. Die Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes führt gleichzeitig zur Reduzierung der Ausgleichsleistungen für Erträge aus Investitionen, aufgrund der parallelen Verschiebung zum Materialaufwand.

Gegenüber dem Vorjahr konnte der EBITDA um T€ 2.598 gesteigert werden, wobei die nahezu konstanten Gesamtaufwendungen von der markant gesteigerten Gesamtleistung übertroffen wurde.

Die Abschreibungen steigen im Vorjahresvergleich um T€ 867 an. In dem Jahreswert von T€ 8.529 sind die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie die Erträge aus der Auflösung von Zuschüssen saldiert dargestellt.

Der Vergleich zum Plan des Jahres 2016 zeigt für die Ertragslage eine durchgehend positive Entwicklung. Weit übertroffen wurden die gesteckten Umsatzziele der Fahrgeldeinnahmen. Zusätzlich begründet die Ablösung des Cross-Border-Lease wesentliche Planabweichungen der übrigen betrieblichen Erträge sowie der Beratungsleistungen und der übrigen betrieblichen Aufwendungen. Im Saldo resultiert daraus ein positiver Ergebnisbeitrag von T€ 1.379. Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2016 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

Der Betriebskostenzuschuss gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag ist im Vergleich zum Vorjahr um T€ 253 gesunken. Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welche auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2016 erstellt wird, hat die HAVAG die Einhaltung der ermittelten Soll-Kosten eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens nachgewiesen.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, des Ergebnisausgleiches am Jahresende sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 71,0 Prozent. Gegenüber dem Vorjahreswert von 69,6 Prozent ist somit eine positive Entwicklung festzuhalten.

Im Geschäftsjahr 2016 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 19.449 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes, des Landes und der Kommune abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von T€ 19.149 Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuschüssen und Mitteln nach dem ÖPNV-Gesetz LSA von T€ 300, der Kredite von T€ 2.422 sowie der Eigenmittel, sind investive Leistungen in Höhe von T€ 27.263 abgerechnet worden.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash-Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abschluss der Investitionen erfolgt die Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2015 ergab sich ein Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2016. Der Darlehnsbestand bei Kreditinstituten lag nach der Neuaufnahmen für sechs Stadtlinienbusse von T€ 1.415, der Neuaufnahme des Finanzierungsbedarfes aus dem Stadtbahnprogramm von T€ 1.007 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 18.781 und stieg damit zur vorjährigen Betrachtung um T€ 22 planmäßig.

Nettoschulden	2015	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	18.759	18.781	22	0,1
Liquide Mittel	5.869	15.133	9.264	157,8
Nettoschulden	12.890	3.648	-9.242	-71,7
EBITDA	8.602	11.201	2.599	30,2
Nettoschulden/EBITDA	1,5	0,3		-78,3

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt nach Ablauf des Jahres 2016 konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 27,4 Prozent. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 84,4 Prozent.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 18.759 auf T€ 18.781 aufgrund der höheren Neuaufnahme gegenüber der Tilgung und bei gleichzeitigem Anstieg der Liquididen Mittel um T€ 9.264 berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 3.648. Im Jahresverlauf stellt dieses einen Rückgang um T€ 9.242 dar. Unter Berücksichtigung des EBITDA hat sich der dynamische Verschuldungsgrad des Unternehmens im Jahr 2016 auf einen Wert von 0,3 Jahren entwickelt und konnte somit zum Bilanzstichtag den Bonitätsnachweis markant verbessern.

4.2.2. Investitionen

Mit dem Fortschritt des Stadtbahnprogramms werden hauptsächlich Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Nennenswerte Einzelmaßnahmen sind dabei die Investitionen für den Verkehrsknotenpunkt Steintor und die Verkehrsanlagen Böllberger Weg sowie Dessauer Straße und Vespzremer Straße/Schleife Südstadt. Weitere Planungsleistungen von Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms wurden im Geschäftsjahr realisiert. Ergänzt werden die genannten Komplexbaumaßnahmen des Stadtbahnprogramms durch weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie Fahrleitungsanlagen, Bahnstromkabelanlagen, die Erneuerung von Kommunikationsanlagen sowie die Erneuerung von Signalanlagen und Anlagen zur Weichensteuerung. Im Jahr 2016 wurden die Arbeiten am Knoten Berliner Straße/Paracelsusstraße (Verkehrsknotenpunkt Steintor) beendet und die Gleisanlage am Böllberger Weg und in der Dessauer Straße wurden planmäßig freigegeben. Zum Fahrplanwechsel am 19. Dezember 2016 konnte der Linienverkehr der Straßenbahn bis auf die Linie 12 im Regelfahrplan wieder aufgenommen werden.

Im Bereich der mobilen Technik und der stationären Anlagen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem in den Kauf von sechs neuen Stadtliniensbussen als Ersatzbeschaffung investiert. Weiter sind die Nachrüstung der Straßenbahnen vom Typ MGTK und MGT6D mit Klapprampen beziehungsweise mobilen Rampen zur Spaltüberbrückung für eine barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr zu erwähnen.

Der Gesamtplanansatz mit einem bestätigten Volumen von T€ 37.584 wurde mit T€ 10.322 unterschritten, welches einer Erfüllung von 72,5 Prozent entspricht. Hauptgrund für die unterplanmäßige Erfüllung ist die Entwicklung innerhalb des Geschäftsjahres durch die zeitliche Verschiebung von Einzelmaßnahmen im Stadtbahnprogramm.

Nicht realisiert werden konnte zudem der Einbau von 65 mobilen Fahrausweisautomaten, da die geforderte Anzahl aufgrund von Qualitätsproblemen des Herstellers und den damit verbundenen Lieferschwierigkeiten nicht in Betrieb genommen werden konnte.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für der Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 148 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der Stadtwerkegruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2015	2016
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-14.694	-10.124
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-18.701	-21.661
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	34.003	41.049
Zahlungswirksame Veränderungen	608	9.264
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	5.261	5.869
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	5.869	15.133

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Liquidität habe die zum Ende des Jahres erhaltenen Fördermittel.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2016 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 304.557 aus. Dieser Wert erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.983 und ist auf der Aktivseite wesentlich durch einen höheren Bestand an liquiden Mitteln bei Rückgängen des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In der Position Sonderposten für Investitionszuschüssen ist ein stärkerer Verbrauch im Vergleich zur Zuführung angezeigt, und somit resultiert daraus die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Anteil an	2015	2016	Veränderung
	%	%	
Bilanzsumme			
Anlagevermögen	94,6	92,0	-2,7
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	5,4	8,0	47,6

Eine leicht rückläufige Entwicklung ist für die Rückstellungen zum Bilanzstichtag von T€ 9.027 zu verzeichnen. Für die Steigerung der Verbindlichkeiten sind insbesondere die vermehrten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausschlaggebend.

Entwicklung	2015	2016	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Anlagendeckungsgrad				
Anlagevermögen	284.329,4	280.256,9	-4.072,5	-1,4
wirtschaftliches Eigenkapital	258.953,2	257.106,6	-1.846,6	-0,8
Deckungsgrad	91,1%	91,7%		-0,6

4.4. Gesamtaussage

Mit einer zufriedenstellenden Gesamtbeurteilung schließt die HAVAG ein ereignis- und maßnahmenreiches Jahr ab. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Einschätzung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2015 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte im Jahr 2016 untermauert werden, sodass der Zuwachs an Fahrgästen von 3,1 Prozent in diesem Jahr deutlicher ausfällt.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2016 vereinbarten Sollkosten, die denen eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens gemäß des Kriteriums Vier des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist eingehalten werden konnten. Insgesamt konnte die HAVAG ein Ergebnis in Höhe von T€ 2.100 vor Ergebnisabführung erzielen. Damit schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2016 mit hoher Zufriedenheit ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurde bei der HAVAG insgesamt acht Risiken ermittelt (Vorjahr sieben). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt ein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilt:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	-	-	-
Absatzmarkt/Vertrieb	-	-	-
Wettbewerb/Konkurrenz	-	-	-
Gesetzgebung/Recht/Steuern	1	-	1
Kapitalmarkt	-	-	-
Technologie	-	-	-
Naturereignisse/Umwelt	-	-	-
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	-	-	-
Gesamt	1	-	1

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Unternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoeerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuchs in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Auch um sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen, sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix ist das Risiko im Zusammenhang mit der Nichtanerkennung der Vorsteuerabzugsberechtigung des Maßnahmenträgers für die Folgemaßnahmen eingestuft.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Die im vorgenannten Strategieentwicklungsprozess und Effizienzsteigerungsprogramm beschriebenen Maßnahmen werden sukzessive bearbeitet. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der strategischen Einzelmaßnahmen soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit großen Erwartungen an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2017 – 2021 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz. Alle Projekte leisten einen strategischen Wertebeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Stabilisierung des Betriebskostenzuschusses.

Auf der Grundlage eines bedarfsgerechten Fahrplanangebotes, mit der Vorhaltung und Weiterentwicklung von kundenorientierten Tarifprodukten sowie der Verbesserung der Vertriebswege zum Ticketverkauf, beabsichtigt die HAVAG eine weitere kontinuierliche Steigerung der Fahrgastzahlen. Die Entwicklung der Beförderungsfälle, eine gezielte Kundenansprache zur Neukundengewinnung, die weitere Erhöhung der Bestandskundenquote, die Erleichterungen beim Ticketkauf durch neue Vertriebstechnik und eine angemessene Preisanpassung sollen in den folgenden Jahren die Fahrgeldeinnahmen der Gesellschaft steigern. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandsteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau des notwendigen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 14. Oktober 2016 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2017 sieht einen Betriebskostenzuschuss von T€ 22.370 vor. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2017 Investitionen von T€ 57.227 geplant. Hauptindikator dieser Investitionssumme ist die Umsetzung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerkegruppe. Schwerpunkte des Stadtbahnprogramms im Jahr 2017 sind der Ausbau und die Umgestaltung der Endstelle und der Verkehrspunkt Veszpremer Straße/Schleife Südstadt, der Dessauer Straße/Frohe Zukunft sowie der Ausbau des Gimritzer Damms.

Darüber hinaus sind im Wesentlichen der Kauf von sechs Linienomnibussen und die Beschaffung von mobilen und stationären Fahrausweisautomaten, mit den Optionen der Bargeldzahlung und des E-Ticketsystems, beabsichtigt.

6.3. Finanzierung

Aufgrund der zentralen Position des Stadtbahnprogramms werden in den folgenden Jahren nur bedingt darüber hinausgehende Investitionen möglich sein, die in den Finanzierungsrahmen aufgenommen werden können. Im Vordergrund werden Ersatzinvestitionen für Stadtlinienbusse stehen, welche die variablen Kosten für den Betrieb mittelfristig senken. Investitionen, die über das Kerngeschäft hinausgehen, sind nicht geplant. Somit geht die HAVAG in den nächsten Jahren von einer vertretbaren Fremdkapitalaufnahme aus. Zur Unterstützung der Finanzierung steht die Gesellschaft in einem ständigen Kontakt zu möglichen Fördermittelgebern.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens, will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern.

Im zweiten Jahr in Folge weist die HAVAG einen Zuwachs an Fahrgästen aus. Aufgrund der aktuellen Nachfrage- und Marktentwicklung lässt sich für die HAVAG erkennen, dass auch in den kommenden Jahren von weiteren Wachstumsmöglichkeiten auszugehen ist.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:
Anschrift:	Freimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Prager Straße 8 04103 Leipzig

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	74

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	13	17,55
Stadt Halle (Saale)	11	15,92
Hallesche Verkehrs-AG	9	12,45
DB Regio Aktiengesellschaft	8	10,95
Burgenlandkreis	4	5,44
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	3	3,54
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	2,99
Regionalbus Leipzig GmbH	2	2,99
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,50
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold oHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,50
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,50
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,50
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1	1,16
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,40
Transdev GmbH	0	0,40

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dubrau, Dorothee	
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Behrens, Arne	(bis 30.09.2016)
	Bog, Stephan	
	Böhm, Thomas	
	Däumler, Lutz	
	Dr. Menke, Norbert	
	Handschak, Hartmut	
	Hecht, Michael	(seit 01.01.2016 bis 31.12.2016)
	Hoffmann, Joachim	
	Juhrs, Ronald	(seit 09.12.2016)
	Klingenhöfer, Frank	
	Kultscher, Andreas	
	Maciejewski, Ansbert	
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Middelberg, Ulf	
	Mietzsch, Oliver	
	Peinhardt, Ulrich	
	Riekewald, Franziska	
	Riese, Lothar	
	Schäfer, Gundula	(seit 11.10.2016)
	Schütze, Karsten	
	Stäglin, Uwe	
	Stoye, Angelika	
	Völker, Andreas	(seit 30.09.2016)
beratendes Mitglied	Jendretzki, Edward	
beratendes Mitglied	Prof. Kummer, Klaus	
beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd	

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	3	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	863	40	771	40	511	29	92	12
Umlaufvermögen	1.295	60	1.160	59	1.240	70	135	12
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0	20	1	9	1	-8	-40

Bilanzsumme	2.170	100	1.951	100	1.760	100	219	11
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	3.829		3.783		3.463		46	1
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	----	---

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	461	21	461	24	461	26	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	648	30	574	29	368	21	74	13
Rückstellungen	130	6	160	8	120	7	-30	-19
Verbindlichkeiten	801	37	627	32	681	39	174	28
Rechnungsabgrenzungsposten	130	6	129	7	130	7	1	1

Bilanzsumme	2.170	100	1.951	100	1.760	100	219	11
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	3.829		3.783		3.463		46	1
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	----	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	781	594	609
Zuschüsse Gesellschafter	2.370	2.163	2.228
andere aktivierte Eigenleistungen	44	43	16
sonstige betriebliche Erträge	523	504	520
Materialaufwand	1.311	1.211	1.400
Personalaufwand	1.861	1.658	1.514
Abschreibungen	156	77	99
sonstige betriebliche Aufwendungen	388	356	360
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0	0
Ergebnis nach Steuern	1		
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	156	77	99	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	41	36	38	T€
Personalaufwandsquote:	138,08	145,29	132,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,64	4,94	3,42	%
Eigenkapitalquote:	21,26	23,65	26,21	%
Fremdkapitalquote:	78,74	76,35	73,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Fahrgastaufkommen	225,00	211,00	200,00	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2016

Mit einer außerordentlich positiven Entwicklung sowohl in der Steigerung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen war das Jahr 2016 das erfolgreichste des Verbundes bisher. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2016 mit EUR 15,1 Mio (rd. 7,5 %) über dem Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2016 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 14.730 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 16,9 %. Insbesondere liegt der Zuwachs im Bereich der Premium-Kunden und Senioren weiterhin bei 34 % bzw. 23,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2016 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Im Jahr 2015 wurden verschiedene **Gutachten** zu möglichen **ergänzenden ÖPNV-Finanzierungsmodellen in Auftrag gegeben**, die im Jahr 2016 abgeschlossen werden konnten. Besonderes Augenmerk galt dabei den Potenzialen von ÖV-Beiträgen, von Bürgertickets, von Grundsteueranhebungen sowie einer ÖV-Steuer für Touristen. Die Gutachten wurden an die Gesellschafter übergeben. Diese haben in eigener Organisation ihre jeweiligen Gremien über die Inhalte informiert, wobei die Geschäftsstelle teilweise unterstützend mitwirkte.

Für die Prüfung einer auf den SPNV bezogene **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) wurde im Jahr 2016 eine Gesamtkonzeption erstellt. Diese soll im Jahr 2017 weiter vertieft werden mit dem Ziel, eine Entscheidung zur Verbunderweiterung in den MDV-Gremien herbeizuführen.

Im Rahmen der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde im Jahr 2016 an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten weiter gearbeitet:

1. Organisation & Planung mit dem Ziel einer besseren Verzahnung der Planungsarbeiten und Abstimmungen zwischen den Aufgabenträgern
 - Hier hat der MDV im Rahmen einer Kooperation mit allen 5 LK die **Erarbeitung der NVP** für die Zukunft federführend übernommen.
 - Es wurde gemeinsam eine **verbundweite Empfehlung** zur Herstellung der **Barrierefreiheit** erarbeitet.
 - Mitwirkung bei der Fortschreibung des **ÖPNV-Plans im Land Sachsen-Anhalt**.
2. Tarif mit dem Ziel einer marktgerechten Weiterentwicklung des bestehenden Tarifsystems
 - Gemeinsam wurden die Preise des bestehenden Tarifs fortgeschrieben.
 - Außerdem wurden verschiedene Tarifprodukte überarbeitet bzw. neuentwickelt (kurze Wege, Anreiz Stammkunden) und zur internen Diskussion gestellt.
3. Strategisches Marketing & Controlling mit dem Ziel der Potentialermittlung für bessere Zielgruppenbearbeitung
 - Hierzu wurde eine Studienarbeit in Abstimmung mit verschiedenen VU/AT in Auftrag gegeben, die als Grundlage für eine Segmentierung des Mobilitätsmarktes in verschiedene Zielgruppen dienen soll.
4. Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, schneller, transparenter und einfacher Informationen zur Mobilität und zur Nutzung des ÖPNV vermitteln
 - Eine AG, welche einen besseren Systemzugang zum ÖPNV herausarbeiten soll, wurde installiert und hat mit verschiedenen Arbeiten begonnen.
 - Die Bereitstellung der „digitalen Sollfahrplandaten“ an Dritte mit entsprechenden Schnittstellen ist konzipiert und umgesetzt.
 - Die Pressearbeit der großen Unternehmen und des MDV wurde inhaltlich und organisatorisch neu aufgestellt (Pressesprecher-AG).

5. Innovative Infrastruktur mit dem Ziel die Zukunftsfähigkeit der verbundweiten Vertriebs- und Informationssysteme herstellen
 - Eine Projektgruppe erstellt aktuell Varianten des möglichen zukünftigen Vertriebs und Tarifs für den Verbundraum, wobei diese die Möglichkeiten der Digitalisierung aufnehmen soll.
 - Nicht möglich war in einem ersten Anlauf, die Beschaffung der neuen Fahrscheinautomaten nach einheitlicheren Bedienoberflächen zu beauftragen. Hier soll ein erneuter Anlauf im Jahr 2017/18 initiiert werden.
 - Verschiedene Projekte wurden begonnen, die Lösungen für inter- und multimodale Dienste berücksichtigen.
6. Produkt mit dem Ziel, die Verkehrsangebote im Verbundraum weiter zu entwickeln
 - In verschiedenen Landkreisen (LK L, BLK, ABG) wurden neue Verkehrskonzeptionen erstellt, die eine spürbar stärkere Vernetzung zwischen den Bus- und Bahnangeboten beinhalten.
 - Pilothaft wurden auch Konzepte für die Erschließung völlig neuer Räume und Zugangspunkte in den Landkreisen erstellt.
 - Eine AG erarbeitete Vorschläge, um die über 1.000 in den Landkreisen verkehrenden Busse künftig etwa 2-4 Produktgruppen zuzuordnen und diese entsprechend am Verkehrsmarkt zu kommunizieren.
7. Einbindung der Politik mit dem Ziel, die politischen Entscheider auf Kommunal- und Landesebene für die Belange des ÖPNV zu sensibilisieren
 - Einbindung der Politik und Verwaltungsspitzen hinsichtlich der „Studien zu den ergänzenden Finanzierungswegen im ÖPNV“
 - Mitwirkung und Interessensvertretung im Rahmen der ÖPNV-Strategiekommision in Sachsen
 - Erfolgreiche Einbindung der westsächsischen Interessen bei der Erstellung des Doppelhaushalts 2017/18
8. Querschnitt mit dem Ziel der Steuerung relevanter Querschnittsthemen zur Weiterentwicklung der Verbundgesellschaft
 - Vorbereitung einer Beschlussfassung zu einer möglichen Verbunderweiterung

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich auch im Jahr 2016 auf die Umsetzung der Teilprojekte des **Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Die zentrale Datendrehscheibe wurde 2016 um die Schnittstellen (Auskunft und Anschlusssicherung) für Abellio Rail und die Mitteldeutsche Regiobahn (Transdev) erweitert.

Die größten Verzögerungen gab es weiterhin im Teilprojekt Beschaffung neuer Bordrechner, wo sich die Verkehrsunternehmen Anfang 2016 entschlossen haben, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Die Abnahme mit dem neuen Lieferanten ist für dieses Teilprojekt nun für 2017 geplant.

Ein großer Fortschritt wurde auch im Bereich des **regionalen eTicketing** erreicht. Das Kundenverwaltungssystem ReTSy wurde insofern in Betrieb genommen, dass in den Landkreisen Leipzig und Altenburg alle Schüler mit Chipkarten versorgt worden. Diese können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden durchgeführt werden. Im Jahr 2017 werden auch die ABO-Kunden in den benannten Landkreisen ihre Chipkarten erhalten und nach Inbetriebnahme der Bordrechner im Landkreis Nordsachsen auch die dortigen Schüler und Abonnenten.

Seit der Einführung des **handybasiereten Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2016 wurde ein neuer Ansatz in easy.GO umgesetzt: das ABO-Flex wurde als ABO-Produkt incl. Registrierungsmöglichkeit in easy.GO integriert.

Der Umsatz mit Tickets in easy.Go von 1,9 Mio. Euro lag 2016 in der Größenordnung von 2015. Im Dezember 2016 wurden erstmalig 220.000 € Umsatz erreicht. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit weiterhin bei ca. 3 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die 33 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2016 (5 Mio mehr Auskünfte als in 2015) betrachtet. Die Zahl der aktiven Käufer stieg auf über 62.000 (Vorjahr 48.000).

Die im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement erfolgten Arbeiten des MDV am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** umfassten insbesondere Arbeiten an dem Baustein Barrierefreiheit, zu denen Abstimmungen zu den Lieferungen der angepassten Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, Abstimmung von Haltestellenerhebungen, Klärung der Datenaufbereitung im INSA-System sowie der Finanzierung gehörten. Darüber hinaus wurden aus der KOV-VM heraus das P+R Routing sowie die Darstellung von geografisch exakten Linienverläufen des ÖPNV beauftragt.

Gemeinsam mit den Partnern der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland (KOV-VM)** erfolgte eine umfassende Überarbeitung der Zielsetzungen der Kooperation. Dabei wurden sowohl die laufenden Aufgaben des Geschäftsbesorgers aktualisiert als auch thematische Schwerpunkte für die kommenden Jahre gesetzt, die den aktuellen Trends auf dem Mobilitätsmarkt folgen.

Auf Grundlage der beschlossenen **Freigabe von ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer konnten Fahrplandaten (Soll-Fahrpläne) mehreren Datenabnehmern zur Verfügung gestellt werden. Fahrplandaten im GTFS-Format werden bereits von freien Entwicklern und Hochschulen, aber auch durch Unternehmen wie Microsoft, bezogen. Die vertragliche Grundlage bilden im MDV abgestimmte Nutzungsbedingungen.

Der MDV beteiligt sich an den mehreren Projekten, die eine **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden.

Der MDV untersuchte auch die Möglichkeiten von digitalgestützten **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV. Hierzu fand ein Workshop mit den Aufgabenträgern sowie Anbietern von flexiblen Bedienformen statt. In 2017 wird an dem Thema weitergearbeitet.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Fertigstellung der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die 2014 begonnen wurde. Die Funktionalität der neuen Datenbank wurde Ende 2016 durch einen externen Gutachter geprüft und testiert.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2016 mit der Marktsondierung und mit der Beschreibung der möglichen alternativen Herangehensweisen begonnen. Diese Arbeiten werden im Jahr 2017 in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und einem externen Gutachter fortgeführt, um eine Zeit- und Kostenplanung zu erstellen.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2016 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Das 2013 begonnene **Projekt „Muldental in Fahrt“** – ehemals „Muldentaldreieck“ (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) wurde im Dezember 2016 in einer ersten Stufe (vier vertaktete Linien) in Betrieb genommen. Im August 2017 werden alle 28 Linien umgesetzt, sodass ca. 100.000 Einwohner von einem systematisch vertakteten Angebot im Regionalverkehr (straßengebundener ÖPNV und SPNV) profitieren. Die Feinerschließung innerhalb der oben genannten Städte soll durch eigene Stadtbussysteme erfolgen, die im Kernbereich der Städte im 30-min-Takt alle wichtigen Ziele und Aufkommensschwerpunkte (Wohnen, Arbeiten, Schule, Einkaufen, Erholung) abdecken. Eine Umsetzung ist ab Ende 2017 in Teilschritten vorgesehen. Der Freistaat Sachsen unterstützt für solche Vorhaben die Regionen mit zusätzlichen Mitteln.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt „Muldental in Fahrt“ wurde in Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaletal mobil“** vom MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Städten Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA GmbH mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Das Planungsprojekt wurde im Dezember 2015 beendet. Der Gedanke des Ortsbusses Hohenmölsen wurde in 2016 weiter verfolgt und soll 2018 durch die PVG Burgenlandkreis pilothaft umgesetzt werden.

Die Kerngedanken eines systematisch vertakteten ÖPNV-Systems wurden im Nachfolgeprojekt **„Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“** aufgegriffen. Die Planungen werden im 2. Quartal 2017 abgeschlossen. Sie werden Bestandteil des neuen Nahverkehrsplans werden. Eine Umsetzung ist für 2019 vorgesehen. Die Vorbereitungen dazu starten ab Sommer 2017.

Im November 2015 haben die ÖPNV-Aufgabenträger der Landkreise und der MDV eine Kooperation zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** mit dem Ziel geschlossen, die Nahverkehrspläne besser aufeinander abzustimmen und Synergieeffekte zu nutzen. Beginnend ab 2016 sind die Nahverkehrspläne für den Landkreis Nordsachsen und den Saalekreis in Bearbeitung. Beide Pläne sollen bis Ende 2017 fertiggestellt werden.

Analog zum Projekt „Muldental in Fahrt“ wurde mit Förderung des Freistaats Thüringen das Projekt **„Schmölln macht mobil“** in 2015 gestartet. Auch hier soll pilothaft eine Konzeption erarbeitet werden, wie im Gebiet des Altkreises Schmölln der ÖPNV so umstrukturiert werden kann, dass dieser neben der Schülerbeförderung auch die Anforderungen weiterer Zielgruppen erfüllen kann („ÖPNV für alle“). Bis zum 2. Quartal 2017 wird das neue Liniennetz durch den MDV in Abstimmung mit der THÜSAC und dem Landkreis entwickelt.

Für die Umsetzung des Projekts wurden dem MDV weitere Fördermittel durch den Freistaat Thüringen zugesagt. Das Vorhaben ist für 2019 zur Umsetzung vorgesehen.

In 2016 fand eine **Evaluierung der <+>PlusBus-Linien** im MDV statt.

Die Auswertung der Nachfrageentwicklung zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen dem Durchschnitt über alle <+>PlusBus-Linien und den im Angebot deutlich verbesserten Linien gibt:

Nachfragezuwächse	alle Linien	aufgewertete Linien
seit 2013	Mo-Fr: +2,8%	Mo-Fr: +6,9%
	Sa: +8,9%	Sa: +23,0%
	So/Ft: +14,2%	So/Ft: +10,8%

Prinzipiell gibt es stärkere regionale Schwankungen, jedoch zeigt sich, dass insbesondere im Samstagsverkehr aufgrund seiner hohen Bedeutung im Freizeit-/Einkaufsbereich große Fahrgastpotenziale liegen.

Im Dezember 2015 startete das neue **ÖPNV-Konzept für die Stadt Markkleeberg**. Herausragendes Merkmal ist die Einrichtung der neuen Stadtbuslinie 106. Diese Linie hat sich innerhalb eines Jahres zu einer der aufkommensstärksten Linien des Verkehrsunternehmens Regionalbus Leipzig entwickelt. Im Bereich des **südlichen Leipziger Neuseenlands** wurde federführend durch den Landkreis Leipzig ebenfalls ein ÖPNV-Konzept in Auftrag gegeben, bei dem sich der MDV stark einbringt. Auch hier ist es das Ziel, neben den Schülerinnen und Schülern mehr neue Fahrgäste (Pendler, Einkäufer, Touristen etc.) durch eine neue Angebotsstruktur zu gewinnen. Die Planungen hierzu sollen bis zum Ende des 2. Quartals 2017 abgeschlossen werden. Eine Umsetzung wird für die Jahre 2018 bzw. 2019 angestrebt. Politische Beschlüsse dazu stehen noch aus.

Für die **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden Zuarbeiten für verschiedene Szenarien des zukünftigen ÖPNV-Angebots als Ergänzungsnetz zum SPNV geleistet und in den entsprechenden Arbeitskreisen mitgewirkt.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2016 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV-Betrieb
- Bestandsaufnahme zur Fahrradmitnahme im SPNV
- Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Eilenburg und Grimma.

Die Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** lagen im Jahr 2016 auf folgenden Handlungsfeldern:

Beratung

- **neues MDV-Infomobil** hat Betrieb aufgenommen (ganzjährige verbundweite Mobilitätsberatung, Pressemeldung)
- **neue kostenfreie Telefonnummer am MDV-Infotelefon** eingeführt (0341-91353591)

Publikationen und Kampagnen

- **Tarifwechsel 1.8.2016** (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- **Fahrplanwechsel** im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen)
- Erarbeitung einer achtsprachigen **Basisinformation zum Nahverkehr in Mitteldeutschland für Migranten** (Broschüre, Webseite, Dolmetscherzettel für Busfahrer, Schulungsangebot, Pressearbeit)
- Kommunikation zur Einführung der **UmweltCard Gold und Junior** im LK Leipzig und LK Altenburger Land (Pilotprojekte an Schulen, Pressearbeit)
- **MDV-Freizeitbroschüre „Ausgeflogen“** (inkl. Wandertouren, Pressemeldung)

- **Kampagne zur 1. Umsetzungsstufe im Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“** (Busbeklebung, Flyer, Freifahrt, online Anzeigen, Pressefahrt mit Landrat Graichen und Bürgermeistern)
- Verschiedene Termine mit Pressemedien

Freizeit und Mobilität

- Neu zur Anwendung kommt die interaktive Freizeitkarte auf der Webseite www.mdv.de. Sie erteilt Interessierten umfangreiche Tipps zur Freizeitgestaltung (Radtouren, Ausflüge, Konzerte etc.) mit den passenden ÖPNV-Anreiseempfehlungen.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2016

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 2. Dezember 2015 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2016 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2016 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.476,8** basiert auf dem Vorjahresbetrag zzgl. der geplanten Gehaltsanpassung von TEUR 190 und einer Anpassung von 2,5 %. Mit dem Wirtschaftsplan 2016 und dem Gesellschafterbeschluss vom 29. Juni 2016 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Mittel der Vorjahre von TEUR 71 für 2016 übertragen.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Freistaates Thüringen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2016/2017 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der regionalen Partner an den Strategiprojekten Muldental in Fahrt und Schmölln macht mobil.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.718 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.348 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten (TEUR 2.477) und aus den Vorjahren nach 2016 übertragenen Zuschüsse (TEUR 71) mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.370 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. **Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 178 wurde passiviert.** Über die Verwendung werden die Gesellschafter entscheiden.

Zusätzlich hatte die Gesellschafterversammlung bereits am 2. Dezember 2015 und 29. Juni 2016 beschlossen, zum 31.12.2015 nicht verbrauchte Mittel von insgesamt **TEUR 236 auf die Jahre 2017 bis 2019** zu übertragen. Davon betreffen TEUR 71 Mittel aus dem Dilax-Vergleich für die Weiterentwicklung des AFZ-Systems und TEUR 165 wurden vorgesehen, um damit auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zu verzichten und künftige Erhöhungen der Betriebskostenzuschüsse abzumindern.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2016 und 2015 von TEUR 444 wurden 2016 TEUR 266 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2017 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 178 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2017 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 101 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2017 enthalten. Der Übertrag von TEUR 178 betrifft im Wesentlichen Vorhaben im Strategieprozess (TEUR 82), die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (TEUR 6) und laufende Aufwendungen für easy.GO (TEUR 25), für die in den Projektlenkungskreisen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde. TEUR 65 sollen 2017 als Eigenmittel für das Projekt Digitalisierung und die Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes für den Burgenlandkreis verwendet werden.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.170 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.951) um 11 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens auf der Aktivseite für die Erweiterungen der Datendrehscheibe, den aktivierten Eigenleistungen für die Aktualisierung der Tarif- und EAV-Datenbank sowie Anzahlungen im Telematikvorhaben. Für die Datendrehscheibe und das Telematikvorhaben sind entsprechende Förderungen passiviert und erhöhen insofern den Sonderposten für Investitionszuschüsse auf der Passivseite. Weiterhin erhöhen die nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern. Auf der Aktivseite schlägt sich dies in einer Erhöhung der Guthaben bei Kreditinstituten bzw. wegen erst im Januar 2017 geleisteter Zahlungen von Betriebskostenzuschüssen in steigenden offenen Forderungen gegen Gesellschaftern nieder.

Ausblick auf 2017 und 2018

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden auch weiterhin wesentlich durch die im **Strategieprozess „MDV 2025“** definierten **Schwerpunkte** bestimmt sein. So wird im Jahr 2017 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang/Benutzeroberfläche fortgeführt.

Im Rahmen der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement** Mitteldeutschland sollen 2017 folgende Themen bearbeitet werden:

- Ausbau und Veröffentlichung (Silent Release) des Mobilitätsportals Mitteldeutschland
- Vollständige Ablösung des MOSAIQUE Vermittlungsknotens
- Barrierefreiheit im Auskunftssystem
- Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrslagedaten
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben
- Carsharing & Gesetzeslage
- Open Data im MIV Bereich
- Untersuchung von Konzeptionen für die „letzte Meile“ im ÖPNV

Darüber soll ein stärkerer Austausch mit der Forschung und Wirtschaft erreicht werden.

In den Jahren 2017 und 2018 wird sich die Gesellschaft im Rahmen der **Förderinitiative des BMVI „eTicketing und Digitalisierung“**, gemeinsam mit DB Regio und Abellio unter der Federführung der NASA am Projekt MobilitätsHub beteiligen. Bei diesem Fördervorhaben handelt es sich um ein länderübergreifendes Projekt zur Entwicklung einer durchgehenden und intermodalen Auskunft, Durchtarifierung sowie Buchung und Bezahlung von ÖPNV und intermodalen Angeboten in Mitteldeutschland. Das Ziel ist, die modular angelegte Lösung in die bestehende Applandschaft zu integrieren.

Die Digitalisierung ist auch Gegenstand einer **Zusammenarbeit im Rahmen der Vernetzungsinitiative des VDV**.

Die Fahrplandaten werden sukzessiv im Rahmen der **Freigabe von ÖPNV-Daten** weiteren Anbietern von Informationsplattformen wie Google oder Apple angeboten. Auch die Beschaffung einer Echtzeitdatenschnittstelle für die ÖPNV-Auskunft auf Plattformen Dritter wird vorbereitet.

Schwerpunktthemen im Fachbereich Verkehrsplanung werden in 2017 die **Umsetzung der neuen ÖPNV-Konzeptionen** „Mulden in Fahrt“ und „Schmölln macht mobil“ sowie das Projekt „Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“ sein. Zudem sind die Arbeiten an den **Nahverkehrsplänen der Landkreise** Nordsachsen und Saalekreis fortzuführen. Die Bearbeitung des Nahverkehrsplans für den Burgenlandkreis startet im April 2017.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2021 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 wurde von der Gesellschafterversammlung am 8. Dezember 2016 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2017 sieht konstante durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.477 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 236, wovon TEUR 151 auf das Jahr 2017 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland weiter zu entwickeln und zu einem integrierten Gesamtsystem auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert einschließlich der Erfüllung der Verbundaufgaben durch den MDV folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Kaolinstraße 12
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	15	51,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	15	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

- I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.
- II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.
- III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Vetter, Wolfdietrich

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,50

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.523	77	7.613	78	7.802	77	-90	-1
Umlaufvermögen	2.228	23	2.201	22	2.265	23	27	1
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	1	0	1	0	10	1.000

Bilanzsumme	9.762	100	9.815	100	10.068	100	-53	-1
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.011	51	4.969	51	4.950	49	42	1
Sonderposten für Investitionszulagen	999	10	1.096	11	1.309	13	-97	-9
Rückstellungen	49	1	52	1	45	1	-3	-6
Verbindlichkeiten	3.702	38	3.697	37	3.755	37	5	0
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	9	0	0	0

Bilanzsumme	9.762	100	9.815	100	10.068	100	-53	-1
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12.077	11.655	11.663
sonstige betriebliche Erträge	599	888	921
Materialaufwand	6.787	6.672	6.882
Personalaufwand	3.529	3.436	3.263
Abschreibungen	1.253	1.407	1.356
sonstige betriebliche Aufwendungen	799	750	775
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	15
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	37	38	38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80	92	113
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		151	172
Ergebnis nach Steuern	194		
sonstige Steuern	9	9	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	185	142	163
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	-468
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	0	-428
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	185	142	123

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,53	1,22	1,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,83	2,95	3,37	%
Cash-Flow:	1.438	1.549	1.519	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	115	117	115	T€
Personalaufwandsquote:	27,84	27,39	25,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,42	77,24	77,17	%
Eigenkapitalquote:	51,34	50,63	49,16	%
Fremdkapitalquote:	48,66	49,37	50,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Fahrplan-km	3.949.000,00	3.958.000,00	3.987.000,00	km

e) Lagebericht

Geschäftsmodell

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ist ein Unternehmen in öffentlich/privater Partnerschaft. Dieses Geschäftsmodell ist darauf gerichtet, die regionalen Beförderungsinteressen der Gesellschafter zu bündeln und durch die Ausnutzung von Synergien wirtschaftliche Vorteile zu erreichen.

Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt Linienverkehrsleistungen im Rahmen der mit dem Landkreis Saalekreis vereinbarten Verkehrsfinanzierungssatzung für den Genehmigungszeitraum bis 30. April 2019. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand werden sich auch im Jahr 2017 die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, welche durch das Nahverkehrsgesetz Sachsen-Anhalt bestimmt sind, nicht verändern.

Insofern sind die Markt- und Rahmenbedingungen für das Unternehmen konstant. Im Auftragsverkehr für die HAVAG haben sich die vertraglichen Festleistungen im Wirtschaftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten des Unternehmens wird durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen im Auftragsverkehr für die HAVAG, im Schienenersatz- und Gelegenheitsverkehr verbessert.

Im Jahr 2016 wurden rd. 3.949.000 Fahrplankilometer (Vj.: 3.958.000 Fahrplankilometer) realisiert, darunter 297.000 Kilometer (Vj.: 306.000 Kilometer) im Bedarfsverkehr. Damit sind die im Wettbewerbsverfahren festgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch die Anschaffung von sieben neuen Omnibussen im Geschäftsjahr 2016 geprägt.

Die Auslieferung dieser Low-Entry-Fahrzeuge vom Typ SOR CN 12,3 mit Diesel-Antrieb erfolgte im Juli und die Inbetriebnahme im August.

Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2016 TEUR 1.070. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung von zwei Neufahrzeugen wurde der Gesellschaft 2016 durch den Landkreis Saalekreis ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 200 bewilligt, der Ende August ausgezahlt wurde.

Die Fahrzeuge wurden entsprechend den Anforderungen des Nahverkehrsplanes und der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis angeschafft.

Die Wertberichtigungsquote für KOM erhöhte sich dennoch weiter leicht von 67 % im Jahr 2015 auf 69 % im Geschäftsjahr 2016.

Zum 31. Dezember 2016 verfügt das Unternehmen über insgesamt 98 Omnibusse.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH beabsichtigt, zur Erneuerung des Fuhrparks im Jahr 2017 sieben weitere Low-Entry-Omnibusse anzuschaffen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des regionalen eTicketing-Systems (ReTSy) sowie der dafür notwendigen Ausrüstung der Fahrzeuge mit neuer Bordrechner-technik sind bereits in den Jahren 2013 bis 2016 vorbereitende Investitionen und Anzahlungen in Hard- und Software realisiert worden.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) erweitert das landesweite Nahverkehrs-Informationssystem INSA zu einer landesweiten Echtzeit-Fahrplaninformation („INSAplus“).

Damit wird die aktuelle Fahrgastinformation unter Verwendung von Echtzeitdaten ermöglicht.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH hat die Ausrüstung des Fuhrparks mit den dafür geeigneten Vertriebssystemen im Jahr 2015 abgeschlossen, derzeit wird jedoch noch immer an der Umsetzung von Detailfragen gearbeitet. Die Bordrechnersysteme werden von der NASA gemietet. Die Lieferung von Echtzeitdaten an INSAplus kann damit mittlerweile stabil gewährleistet werden. Die organisatorischen Vorbereitungen zur Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements für Stammkunden des Unternehmens, speziell für die Abo- und Schülerfahrkartenverwaltung werden in Zusammenarbeit mit dem MDV weitergeführt. In diesem Zusammenhang wurde im Geschäftsjahr 2016 Software für Ertüchtigung der Bordrechner zur Gültigkeitsprüfung von elektronischen Fahrkarten angeschafft.

Ein PKW des internen Fuhrparks wurde durch ein neuwertiges Gebrauchtfahrzeug ersetzt. Ein weiteres Fahrzeug wurde für den Bereich IT/Projektkoordination erworben.

Im Dezember 2016 wurde eine neue Tankanlage für die Betankung der Omnibusse mit Öl für die Innenraumheizung angeschafft und in Betrieb genommen.

Vermögenslage und Liquidität

Im Geschäftsjahr 2016 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2015 um TEUR 54.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um TEUR 2.610. Infolge der Umfirmierung der GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH in GEFA BANK GmbH wurde in 2016 eine Umgliederung der Verbindlichkeiten (TEUR 2.693) gegenüber diesem Unternehmen aus den Sonstigen Verbindlichkeiten in die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten vorgenommen.

Bei einer Investitionskreditaufnahme in Höhe von insgesamt TEUR 847 erfolgte eine Tilgung in Höhe von TEUR 968. Im Geschäftsjahr 2017 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 1.024 betragen.

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 leicht auf 38,4 % (Vj.: 38,2 %).

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2016 beträgt TEUR 1.386 (Vj.: TEUR 1.389). Der Bestand an liquiden Mitteln entwickelte sich im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr stabil.

Die Finanzmittelausstattung durch den Aufgabenträger erfolgte auf annähernd gleichem Niveau wie im vorigen Geschäftsjahr.

Zum 31. Dezember 2016 bestand eine saldierte Verbindlichkeit gegenüber dem Finanzamt in Höhe von TEUR 17. Davon entfallen TEUR 45 auf Forderungen aus Umsatzsteuer sowie Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag und TEUR 63 auf Verbindlichkeiten aus Lohnsteuer.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich um TEUR 85 auf TEUR 1.278 (Vj.: TEUR 1.363) vermindert, was wesentlich durch die Verminderung der Abschreibungen sowie gegenläufig dazu durch den geringeren Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse verursacht wird.

Er reichte zur Tilgung bestehender Kredite (TEUR 968), für Zinszahlungen (TEUR 80) und zur Ausschüttung an die Gesellschafter (TEUR 142) aus. In Höhe von TEUR 847 wurden neue Darlehen aufgenommen. Die Einzahlungen aus Investitionszuschüssen betragen TEUR 200.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 422 auf TEUR 12.077. Im Jahr 2016 wurde die Zuordnung der Erlöspositionen nach den aktuellen Bestimmungen des BilRUG vorgenommen. Der Vorjahreswert ist dementsprechend nicht angepasst worden.

Die Fahrgeldeinnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 108. Das entspricht einer Steigerung um 2,54 %. Davon entfallen auf Einnahmen aus eigenen Verkäufen TEUR 12 und auf Erlöse aus dem Einnahmeanspruch aus der Einnahmeverteilung im MDV TEUR 96.

Die Ausgleichszahlungen für die Beförderung von Schülern gemäß § 9 ÖPNVG sowie der Ausgleich verbundbedingter Belastungen aufgrund von Durchtarifierungsverlusten durch den Landkreis Saalekreis wurden in gleicher Höhe wie in den Vorjahren gezahlt.

Im Bereich der Subunternehmerleistungen im Auftrag der HAVAG erfolgt die Erbringung der vertraglichen Leistungen unter Einhaltung der aktualisierten Rahmenbedingungen, die ein Entlohnungsniveau unter Berücksichtigung der Vorgaben der Stadt Halle (Saale) beinhalten. Es wurden rd. 354.000 km (Vj.: 326.000 km) beauftragt. Zusätzliche Leistungen für Straßenbahnersatzverkehre wurden dem Unternehmen in einer Größenordnung von 109.000 km übertragen (Vj.: 150.000 km für zusätzliche Leistungen im Stadtlinienvorkehr sowie Straßenbahnersatzverkehre).

In diesem Geschäftsfeld kommt kein Fahrpersonal aus der Subunternehmerstruktur mehr zum Einsatz. Dadurch verringert sich der Erlös aus der Vermietung von Fahrzeugen an Subunternehmer.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist um 1,7 % (TEUR 114) gestiegen. Der Aufwand für Treibstoffe sank im Wirtschaftsjahr 2016 um 5,8 % (TEUR 92). Durch eine Dieselpreisbindung im Unternehmensverbund bestand in dieser Position Planungssicherheit.

Der Aufwand für bezogene Leistungen erhöhte sich um 4,4 % (TEUR 182).

Die Aufwendungen für Reparaturmaterial enthalten überplanmäßig hohe Aufwendungen für Instandsetzungsleistungen aufgrund von Kaskoschäden an Omnibussen sowie nennenswerte kostenintensive, turnusmäßige Reparaturen mit hohem Materialeinsatz an Fahrzeugen mit Erdgasantrieb.

Der variable Aufwand wird außerdem maßgeblich durch die Aufwendungen für Fremdpersonal i. R. der Erbringung von Subunternehmerleistungen für die HAVAG unter Berücksichtigung der Vorgaben der Stadt Halle (Saale) bezüglich der Entlohnung des eingesetzten Fahrpersonals beeinflusst.

Der Aufwand für eigenes Personal stieg im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 3.436) um 2,7 % auf TEUR 3.529. Im Resultat der Tarifverhandlungen mit der ver.di ergibt sich für 2016 eine Lohntarifierhöhung um 3,8 %. Der Tarifvertrag wurde in 2015 für drei Jahre mit Wirkung bis zum 31. Dezember 2017 abgeschlossen. Somit besteht auch in dieser Position Planungssicherheit. Bei einem um 2,5 VBE höherem Personalbestand im Vergleich zum Vorjahr waren im Jahresverlauf mehr passive Mitarbeiter (Langzeiterkrankte/Elternzeit), die nicht durch das Unternehmen zu entlohnen waren, als im Vorjahr zu verzeichnen (2,5 VBE). Der Bestand an aktivem Personal entspricht somit dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in diesem Geschäftsjahr um 6,5 % (TEUR 49) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Wert wird maßgeblich durch höhere Aufwendungen für Fahrzeugversicherungen bzw. Selbstbeteiligungen (TEUR 31) sowie die Aufwendungen für die Anmietung von Kassentechnik beeinflusst (TEUR 64). Durch Einsparungen in anderen Aufwandspositionen konnten diese höheren Kosten teilweise kompensiert werden.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2016 TEUR	2015 TEUR
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	3	63
Verkehrsleistungen im Auftrag der HAVAG	75	25
Mietwagen-/Gelegenheits-/Schienenersatzverkehr	46	42
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	61	12

Das Spartenergebnis im Regionalverkehr wurde unter Einhaltung der Anforderungen der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis erzielt.

Auch im Geschäftsjahr 2016 blieb der Umfang der vertraglich vereinbarten Leistungen im Auftrag der HAVAG stabil. Durch zusätzlich beauftragte Straßenbahnersatzverkehrsleistungen wurde ein weiterer positiver Deckungsbeitrag in dieser Sparte erzielt.

Wie in den Vorjahren war die Betriebsführung darauf gerichtet, durch Leistungen außerhalb des Linienverkehrs einen weiteren Kostendeckungsbeitrag zu leisten. Das Ergebnis im Gelegenheitsverkehr sowie im Schienenersatzverkehr trägt zum positiven Betriebsergebnis bei. Das erzielte Ergebnis in der Position Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung resultiert im Wesentlichen aus den Einnahmen aus Vermietung der Gebäude der Omnibuswerkstatt an die ONC Omnibus & Nutzfahrzeug Centrum GmbH. Hier fallen keine Abschreibungen mehr an.

Prognosebericht

Die für das Jahr 2017 eingeschätzte Geschäftsentwicklung basiert auf der Entwicklung der Jahre 2015 und 2016. Die Ursachen für die insgesamt tatsächlich bessere Geschäftsentwicklung 2016 als im Lagebericht 2015 prognostiziert, – prognostiziert wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 52 – wurden vorstehend erläutert. Das Ergebnis 2016 lässt jedoch keine direkte Fortschreibung für die Folgejahre zu. Insgesamt schätzt die Geschäftsleitung jedoch ein, dass auch in den Folgejahren eine stabile Geschäftsentwicklung zu erwarten ist.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung und Berichterstattung gegenüber den Gesellschaftern arbeitet das Unternehmen mit einer mittelfristigen Wirtschaftsplanung. Für das Jahr 2017 erwartet das Unternehmen ein annäherndes ausgeglichenes Ergebnis in Höhe von TEUR 6. Der bisherige wirtschaftliche Verlauf im Wirtschaftsjahr 2017 bestätigt dieses. Generell ist die Geschäftstätigkeit auf die Sicherung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses gerichtet.

Chancen- und Risikobericht

Gemäß Verkaufs- und Abtretungsvertrag von Geschäftsanteilen vom 16. Januar 2017 wird der Gesellschafter Hallesche Verkehrs-AG seine Anteile an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2017 (wirtschaftlicher Übertragungstichtag) an den Gesellschafter Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb veräußern.

Eine Zustimmung des Kartellamtes zu der Veräußerung ist nicht notwendig. Derzeit erfolgt noch eine dementsprechende Anpassung der vertraglichen Vereinbarungen. Es wird davon ausgegangen, dass der dingliche Übertragungszeitpunkt mit Zahlung des Kaufpreises im Juni/Juli eintreten wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die Veräußerung der Geschäftsanteile keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft haben wird. Vielmehr sieht die Geschäftsführung in dem Gesellschafterwechsel wirtschaftliche Vorteile für die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden bereits Maßnahmen zur Veränderung der Personalstruktur der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH eingeleitet.

Zusätzliche wirtschaftliche Risiken für die Ergebniserwirtschaftung sind gegenüber dem Jahr 2016 nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht zu erwarten.

Im Jahr 2017 werden weiterhin Subunternehmerleistungen im Stadtverkehr Halle im Auftrag der HAVAG unter den von der Stadt Halle (Saale) geforderten lohn tarifrechtlichen Bedingungen erbracht. Für den Zeitraum ab 2018 erfolgt durch die HAVAG eine Ausschreibung dieser Leistungen. Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH hat ein Angebot für diese Leistungen abgegeben. Eine Entscheidung über die Vergabe steht derzeit noch aus.

Auch für das Jahr 2016 und darüber hinaus erfolgt eine Dieselpreisbindung. Die Preisbindung für das Jahr 2017 bewegt sich unterhalb des derzeitigen Marktpreises.

Bereits im Jahr 2017 bereitet sich das Unternehmen auf den Genehmigungswettbewerb zur Erbringung eigenwirtschaftlicher Verkehrsleistungen ab dem 1. April 2019 vor. Nach jetziger Erkenntnis wird der Wettbewerb im Zeitraum von Ende 2017 bis Frühjahr 2018 stattfinden. Zur Vorbereitung darauf werden durch den Unternehmensverbund der Vetter Verkehrsbetriebe Gruppe Maßnahmen eingeleitet, das Unternehmen durch die Erschließung von Synergien zu stabilisieren und seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Eine wesentliche Aufgabe hierbei im Jahr 2017 wird darin bestehen, über die Tarifverhandlungen ab dem Jahr 2018 eine Flexibilisierung der Unternehmensstruktur zu erreichen.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Freiimfelde 9
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 50

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	25,5	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	24,5	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	149	35	147	27	189	46	2	1
Umlaufvermögen	263	61	361	66	188	46	-98	-27
Rechnungsabgrenzungsposten	18	4	36	7	30	8	-18	-50
Aktive latente Steuern	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	431	100	545	100	408	100	-114	-21
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	132	31	132	24	132	32	0	0
Rückstellungen	156	36	175	32	171	42	-19	-11
Verbindlichkeiten	97	23	158	29	59	15	-61	-39
Rechnungsabgrenzungsposten	45	10	79	15	45	11	-34	-43
Passive latente Steuern	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	431	100	545	100	408	100	-114	-21
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.600	2.220	1.938
sonstige betriebliche Erträge	83	94	337
Materialaufwand	282	236	280
Personalaufwand	2.137	1.812	1.762
Abschreibungen	54	51	35
sonstige betriebliche Aufwendungen	202	212	192
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3	6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	0	1
Ergebnis nach Steuern	3		
sonstige Steuern	3	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	-0,00	0,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,06	-0,03	1,38	%
Cash-Flow:	54	51	37	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	33	32	36	T€
Personalaufwandsquote:	79,63	78,30	77,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	34,40	26,53	45,63	%
Eigenkapitalquote:	30,63	24,23	32,34	%
Fremdkapitalquote:	69,37	75,77	67,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,32	0,12	0,31	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	26,12	30,83	30,76	TEUR

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Unterteilt wird dies in der Gesellschaft nach den Bereichen Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstigen Leistungen, dies betrifft überwiegend saisonale Geschäfte bzw. sich im Aufbau befindliche Bereiche.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glasrahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-Entfernung, Vandalismusbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten.

Gesellschafter sind die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) und die Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH. Die SGS ist ein wesentlicher Partner der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Reinigung und kann als Spezialist im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau dieses Bereiches ist mit der Neuausrichtung daher in den Vordergrund gerückt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Optimierung des Services für die Fahrgäste ein Ziel der Servicegesellschaft Saale mbH. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verbunds tätig.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich im Aufbau bei der SGS. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können. Hierzu zählen vor allem Bewachungstätigkeiten im Konzern innerhalb des neu aufgesetzten Werkschutzes der SWH sowie die Geldversorgung und Geldentsorgung für den Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend des Geschäftsfelds in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2016 wurde der Geschäftsführer, Herr Thomas Milewski, bei der SGS angestellt. Damit tritt der Managementvertrag mit der SWH außer Kraft.

Mit der Beauftragung der Gebäudereinigung von 26 kommunalen Einrichtungen durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist es notwendig gewesen, den Bereich der Reinigung neu aufzustellen. Es wurde eine Organisationsanpassung durchgeführt, welche zum 01. Juni 2016 in Kraft trat.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 Prozent im Vorjahr auf 6,1 Prozent im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 Prozent erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 Prozent).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Jahr 2015 wurden der Tarifvertrag über Tabellenvergütungen des Dienstleistungstarifvertrages und der Tarifvertrag der Gebäudereinigung neu verhandelt, welche jeweils zum 01. Januar 2016 in Kraft traten. Im Geltungsbereich des Dienstleistungstarifvertrages der SWH gab es eine Tarifsteigerung von 8,7 Prozent. Der Tarif in der Gebäudereinigung wurde um 2,35 Prozent erhöht.

Ab dem 01. Januar 2016 entfiel die Beistellung der Reinigungsmaterialien von der HAVAG. Zum 01. Januar 2016 wurde deshalb bei der SGS ein Lager für die Reinigungsmaterialien eingeführt.

Die Gesellschaft hat für die HAVAG mit der Erstellung des Sicherheitskonzeptes begonnen. Es wurde die Vorstudie erarbeitet und übergeben. Es sollen die Anfertigung des Bedrohungsportfolios sowie die anschließende Erstellung des Sicherheitskonzeptes folgen.

Für die Geldentsorgung an den neuen mobilen Fahrscheinautomaten wurde nach zweijähriger intensiver Bearbeitung von Seiten der HAVAG das Vergabefahren bis auf weiteres gestoppt. Dies ist auf die zeitliche Verzögerung bei der Anschaffung der neuen Automaten zurückzuführen. Die HAVAG hat versichert, dass sie zum gegebenen Zeitpunkt mit der SGS über die Geldversorgung sowie Geldentsorgung verhandeln möchte.

Die Gesellschaft wurde von der HWS mit der Unterhaltreinigung von kommunalen Einrichtungen beauftragt. Dieser sehr umfangreiche Auftrag brachte einige Veränderungen für die Gesellschaft mit sich, und es war eine Vielzahl von Abläufen anzupassen und neu zu organisieren.

Die Gesellschaft hat nach eingehender Rechtsprüfung die Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung beantragt und diese zunächst befristet für ein Jahr erhalten. Es wird eine unbefristete Arbeitnehmerüberlassung angestrebt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden mehr Investitionen getätigt als geplant. Dabei wurden im Berichtszeitraum vor allem in Reinigungsgeräte sowie in den Ausbau eines neuen Haltestellenfahrzeuges und in den Ausbau des Lagers investiert. Des Weiteren wurden Investitionen in zusätzliche Fahrzeuge und Büroausstattung getätigt.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Der in 2015 eingeführte Mindestlohn wurde im vergangenen Jahr erstmalig neu verhandelt und für die kommenden Geschäftsjahre angepasst. So gilt ab dem 01. Januar 2017 ein tariflicher Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dieses Vorgabenprogramm wurde um die Busreinigung erweitert. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertig gestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden.

Durch die HAVAG erfolgte im Geschäftsjahr die Beauftragung für eine Vorstudie zur Erstellung eines allumfassenden Sicherheitskonzeptes. Erste Dienstleistungen im Bereich der Sicherheit wurden für die EVH GmbH durchgeführt.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 87 (Vorjahr 76) Arbeitnehmer beschäftigt; zum 31. Dezember 2016 waren es 93 (Vorjahr 83). Darin enthalten sind 4 Gehaltsempfänger sowie 3 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 2.136,8 (Vorjahr T€ 1.812,0). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die übergegangenen Mitarbeiter. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen T€ 11,7 im Geschäftsjahr.

Die für Mitarbeiter im Rahmentarifvertrag der Stadtwerke Halle vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer für die Mitarbeiter abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr hat sich kein schwerer Arbeitsunfall ereignet. Berufskrankheiten mit schweren Auswirkungen sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 2.600 (Vorjahr T€ 2.220) verzeichnen. Davon entfielen T€ 1.354 (Vorjahr T€ 1.130) auf die Fahrzeug- und Gebäudereinigung, T€ 924 (Vorjahr T€ 828) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 94 (Vorjahr T€ 76) auf den Winterdienst und T€ 97 (Vorjahr T€ 89) auf die Vegetationspflege sowie T€ 131 (Vorjahr T€ 97) auf Poststelle und den Empfang. Aufgrund von Vertragsanpassungen in der Reinigung und der Fahrausweisprüfung sowie über den geplanten Umfang hinaus erbrachte Leistungen kommt es zu erhöhten Umsatzerlösen. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der Halle sowie Leistungen in der Fahrausweisprüfung gegenüber Dritten.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 132,1 (Vorjahr T€ 132,0). Das Anlagevermögen ist damit zu 89 Prozent (Vorjahr 90 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 56,6 (Vorjahr T€ 11,9) getätigt.

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2016 belaufen sich auf T€ 76,3 (Vorjahr T€ 123,5). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 97,4 (Vorjahr T€ 158,1). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 78 Prozent (Vorjahr 78 Prozent). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 113,6 bzw. 20,8 Prozent auf T€ 431,2 gefallen. Dieser Rückgang ist auf die Verringerung der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie auf die niedrigeren Rückstellungen zurückzuführen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2016 beträgt T€ 149,0 (Vorjahr T€ 146,7). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 150,7 (Vorjahr T€ 163,0).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt im Geschäftsjahr T€ 8,3 (Vorjahr T€ 2,6). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,32 Prozent (Vorjahr 0,12 Prozent). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr 79,89 Euro (Vorjahr Jahresfehlbetrag 40,02 Euro).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird konsequent angewendet. Monatlich erfolgen eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen. Die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen wird permanent überprüft.

5.2. Chancen und Risiken

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Dies wird vor allem im Bereich der Haltestellenreinigung sowie von Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, gesehen. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der Stadtwerke Halle angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu schaffen.

Die im Juni 2016 durch die Mindestlohnkommission beschlossene Anpassung des Mindestlohns mit Wirkung zum 01. Januar 2017 wird keinen Einfluss auf die Vergütung in der Fahrausweisprüfung und Gebäudereinigung haben. Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Dadurch wird der Umsatz gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit den Konzernunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Die Grundlage dafür ist, dass die Servicegesellschaft Saale mbH weiter eng mit dem Hauptgesellschafter Hallesche Verkehrs-AG zusammenarbeitet. Des Weiteren hat die SGS geprüft, welche Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Somit ergeben sich Möglichkeiten, weitere Synergien bei Leistungsbeziehungen zu schaffen.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Software geplant. Darin sind vor allem die Silo- und Streuanlagen für den Winterdienst enthalten. Ebenso wird ein Fahrzeug aus einem laufenden Leasingvertrag übernommen.

In den kommenden fünf Jahren sind ausschließlich Ersatzbeschaffungen für Geräte und Technik aus dem aktuellen Anlagenbestand geplant. Dies betrifft in 2019 die Fahrausweisprüfung mit den mobilen Datenerfassungsgeräten. Es ist beabsichtigt, den Bestand an Spezialfahrzeugen je nach Beauftragung zu erweitern.

Das Betriebsergebnis im kommenden Geschäftsjahr ist mit T€ 8,2 geplant. Im vorigen Geschäftsjahr plante die Gesellschaft für 2016 ein Betriebsergebnis von T€ 6,4, welches zu rd. 50 % erreicht wurde. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich im kommenden Jahr aus dem operativen Geschäft ergeben können, ist davon auszugehen, dass diese positive Entwicklung gesteigert werden kann. Einen weiteren maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg werden die Personalkosten und die damit verbundenen Einflussfaktoren wie Fluktuation und Krankenstand haben.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Kaolinstraße 4
 06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	115	8	144	11	167	12	-29	-20
Umlaufvermögen	1.224	90	1.151	87	1.230	86	73	6
Rechnungsabgrenzungsposten	20	2	23	2	24	2	-3	-13

Bilanzsumme	1.359	100	1.318	100	1.421	100	41	3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandvermögen	7		7		7		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	526	39	526	40	526	37	0	0
Rückstellungen	313	23	406	31	464	33	-93	-23
Verbindlichkeiten	520	38	386	29	431	30	134	35

Bilanzsumme	1.359	100	1.318	100	1.421	100	41	3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	7		7		7		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.252	2.900	3.017
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-176	-63	-60
sonstige betriebliche Erträge	232	83	119
Materialaufwand	1.251	1.248	1.353
Personalaufwand	1.180	1.063	1.009
Abschreibungen	56	64	66
sonstige betriebliche Aufwendungen	453	355	430
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		191	218
Ergebnis nach Steuern	368		
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	364	187	214
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,20	6,46	7,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	69,29	35,67	40,73	%
Cash-Flow:	420	251	280	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	110	97	110	T€
Personalaufwandsquote:	35,68	36,41	32,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,42	10,87	11,68	%
Eigenkapitalquote:	38,67	39,90	36,98	%
Fremdkapitalquote:	61,33	60,10	63,02	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe effektiv gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	3.027 (93 %)
Umsatz Sonstige	T€	225 (7 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragsspitzen gebunden.

Im Rahmen der Restrukturierung wurden auf Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes weitere notwendige Personal- und Strukturanpassungen vorgenommen. So wurde unter anderem eine zusätzliche Stelle im Bereich Elektro geschaffen und mit der Einstellung eines neuen Mitarbeiters besetzt. Durch die Weiterentwicklung der Gesellschaft in den letzten Jahren wurde die Entscheidung getroffen, eine wesentliche Maßnahme aus dem Personalentwicklungskonzept nicht umzusetzen. Somit sind nun alle Maßnahmen abgeschlossen und die Auflösung des Restbetrages der Rückstellung für Restrukturierung in Höhe von T€ 133 wurde notwendig.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2016 für die Mitarbeiter und Führungskräfte der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.359 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.318) um 3,1 % erhöht. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 41 erhöhte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 38,7 % (Vorjahr 39,9 %) verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen durch die Erhöhung des Finanzmittelfonds (um T€ 114). Dem gegenüber stehen die Verringerungen des Anlagevermögens um T€ 29, der Vorräte um T€ 29 sowie der Forderungen um T€ 13. Auf der Passivseite wurde die Erhöhung der Bilanzsumme durch die um T€ 134 gestiegenen Verbindlichkeiten sowie die um 92 T€ gesunkenen sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 982.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 110 erreicht werden konnte. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 368 (Vorjahr T€ 191). Die Erhöhung zum Vorjahr ist im Wesentlichen geprägt durch die Auflösung der Rückstellung für Restrukturierung in Höhe von T€ 133 sowie der notwendigen Ausbuchung von Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsansprüchen in Höhe von T€ 49. Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 364 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Die für das Geschäftsjahr 2017 möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2016 zwischen der GWG und der BHT abgestimmt und durch die Vergabekommission der GWG bestätigt. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2017 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 100 abschließen wird.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Mitarbeiter können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem muss entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt werden.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz							
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)							
Rechtsform:	GmbH							
Stammkapital in T€:	12.782							
Gesellschafter:		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">T€</th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Stadt Halle (Saale)</td> <td style="text-align: center;">12.782</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>		T€	%	Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00
	T€	%						
Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00						

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
		Dr. Kranich, Sebastian (bis 01.09.2016)
		Dr. Wiegand, Bernd
		Kriedemann, Angelika
		Rupsch, Marko (seit 01.09.2016)
		Schachtschneider, Andreas

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Senius, Kay
Thielecke, Carsten
Töpper, Gernot

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	16

c) Beteiligungen
unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	291.344	90	291.313	90	291.212	90	31	0
Umlaufvermögen	32.630	10	33.405	10	33.803	10	-775	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	94	0	93	0	70	0	1	1

Bilanzsumme	324.068	100	324.811	100	325.085	100	-743	0
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Treuhandvermögen	4.970		4.873		4.609		97	2
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	----	---

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	171.688	53	169.309	52	166.928	51	2.379	1
Sonderposten für Investitionszulagen	7.860	3	8.068	3	8.316	3	-208	-3
Rückstellungen	983	0	1.214	0	3.451	1	-231	-19
Verbindlichkeiten	142.654	44	145.307	45	145.417	45	-2.653	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	883	0	913	0	973	0	-30	-3

Bilanzsumme	324.068	100	324.811	100	325.085	100	-743	0
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	4.970		4.873		4.609		97	2
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	----	---

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	49.055	47.096	47.307
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-187	419	-553
andere aktivierte Eigenleistungen	0	124	99
sonstige betriebliche Erträge	2.421	2.448	1.981
Materialaufwand	27.117	25.243	23.019
Personalaufwand	5.782	5.455	5.026
Abschreibungen	7.211	6.463	6.490
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.684	1.860	1.738
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	364	187	214
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	327	319	289
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.385	4.939	5.323
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		6.633	7.741
außerordentliche Erträge		2.164	170
außerordentliche Aufwendungen		4.182	4.582
außerordentliches Ergebnis		-2.018	-4.412
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	409	231	159
Ergebnis nach Steuern	4.392		
sonstige Steuern	13	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.379	4.382	3.168
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	708
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	438	439	316
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.941	3.943	3.560

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,93	9,30	6,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,61	2,65	1,94	%
Cash-Flow:	11.590	10.845 ¹⁾	9.658 ¹⁾	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	488	501	493	T€
Personalaufwandsquote:	11,27	10,89	10,29	%

¹⁾ ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,63	89,45	89,40	%
Eigenkapitalquote:	52,98	52,13	51,35	%
Fremdkapitalquote:	47,02	47,87	48,65	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Wohneinheiten	9.708	9.684	9.825	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	4,20	4,90	5,80	%
Gewerbeeinheiten	110	152	156	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	8,20	5,00	10,30	%

e) Lagebericht

Inhalt

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Prognosebericht
- 4 Risikobericht
 - 4.1 Risikomanagementsystem
 - 4.2 Risiken
 - 4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten
- 5 Chancenbericht

1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt am 02.05.1990 gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt. Aus den bewirtschafteten Mietwohnungen werden 97 Prozent der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, KFZ-Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit über 25 Jahren erfolgreich die Aufgabe, in Halle-Neustadt das stadtbildprägende Unternehmen zu sein.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes

Die deutsche Wirtschaft hat ihr solides Wachstum auch in 2016 fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde nach ersten Berechnungen des statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Vorjahr in 2016 um 1,9 Prozent gesteigert. Für das Folgejahr werden von verschiedenen Forschungsinstituten sowie von der Bundesregierung Wachstumsraten von über einem Prozent prognostiziert.

Die **Grundstücks- und Immobilienwirtschaft** stellt einen der **größten Wirtschaftszweige in Deutschland** dar. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich in 2016 auf 307 Milliarden €. Das entspricht einem Anteil von **11 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung**. Die Wachstumsraten in der Grundstücks- und Immobilienwirtschaft fallen mit 0,8 Prozent im Berichtsjahr sowie mit 0,9 Prozent im Vorjahr tendenziell etwas geringer aus als die gesamtdeutschen Wachstumsraten. Sie sind jedoch wesentlich robuster gegenüber konjunkturellen Schwankungen.

Die **kommunale Wohnungswirtschaft** investiert **langfristig** und schafft damit **attraktive Wohnbestände**. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung zu pflegen ist. Wohnungen sind ein **langlebiges Wirtschaftsgut**, deshalb handelt und finanziert die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft langfristig. Sie bietet zusätzlich zum Wohnraum gute Nachbarschaften, **Sozialbetreuung** und **zielgruppengerechte Dienstleistungen** an. Aufgabe der Gesellschaft ist es, Wohnangebote entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle (Saale), vor allem in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

In den vergangenen Jahren wurde der **demografische Wandel** als einer der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte ausgewiesen. Seit Mitte 2015 hat Deutschland eine bisher nicht gekannte Zuwanderung aus mehreren Kriegs- und Krisengebieten der Welt zu bewältigen, die das Land voraussichtlich auch für viele Jahre prägen wird. Durch bestehende Verteilungsschlüssel ist das Land Sachsen-Anhalt und damit auch die Stadt Halle (Saale) im Vergleich zu gleich großen Städten anderer Bundesländer im Bereich der Zuwanderung geringer belastet. Dennoch ist für die Stadt und ihre Wohnungsgesellschaft die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nur unter großen Anstrengungen möglich gewesen. Im Ergebnis kann verzeichnet werden, dass in Halle (Saale) eine Willkommenskultur gelebt und praktiziert wird, die vorbildhaft ist.

Die Stadt Halle (Saale) kann seit mehreren Jahren in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Im Jahr 2016 konnte für den Stadtteil Halle-Neustadt wie auch im Vorjahr eine wachsende Bevölkerung festgestellt werden. In der gesamten Stadt Halle (Saale) wie auch in Halle-Neustadt sind die Zuwächse der Bevölkerungszahlen auch auf die Zuwanderung zurückzuführen.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2006	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016
Stadt Halle (Saale)	233.874	232.705	233.552	238.321	239.738
davon Halle-Neustadt	48.931	44.159	44.198	45.025	45.918

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) ist mit 44,9 Jahren (per 31.12.2016) etwas geringer als das Durchschnittsalter der Halle-Neustädter, welches bei 46,6 Jahren (per 31.12.2016) liegt.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2016 erneut sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 4.379 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2016 eingestellten Zielwert von 3.042 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 1.337 T€.

Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestands und auf eine kundenorientierte Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes zurückzuführen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf nicht geplante Veräußerungen von zwei Wohngebäuden sowie dem hohen Beteiligungsergebnis der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH zurückzuführen.

2.3.2 Unternehmensentwicklung

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das bestimmende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Die Veränderung der Haushaltsgrößen und gleichzeitige Zunahme der älteren Einwohner hat die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in der Vergangenheit und auch in 2016 stark verändert. Waren in Sachsen-Anhalt in den 1990er Jahren noch durchschnittlich 29 Prozent aller Haushalte durch Singles bewohnt, stieg diese Zahl gemäß letztem Mikrozensus bis 2015 auf 37 Prozent an. Auch die rückläufige Zahl von durchschnittlich in einem Haushalt lebenden Personen ist mit 1,89 Personen deutlich niedriger als noch in 1995 mit 2,28 Personen.

Quantitative und qualitative Anpassungen des Wohnungsangebotes sind nach Auffassung der Gesellschaft auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können.

Die Bevölkerungsgruppe der Senioren im Alter von über 60 Jahren sorgt in hohem Maße für eine stabile Ertragssäule der Wohnungsunternehmen, auch der GWG. Die Gesellschaft setzt deshalb maßgeblich in ihrer Investitionspolitik auf die hohe regionale Identität ihrer Mieter, die aufgrund der immer höheren Lebenserwartung Unterstützung im täglichen Leben bei der Überwindung von Barrieren dankend annehmen. Die Zielgruppe der Familien, Studenten und Berufsschüler ist in gleichem Maße für die GWG bedeutsam, um den Altersdurchschnitt der Mieter in ihrem Wohnungsbestand weiter zu stabilisieren.

Mit dem „Wohngucker“, einem Ladengeschäft im nahe gelegenen Neustadt Centrum, startete die Gesellschaft in 2016 ein Projekt, um für ihre Kunden in und außerhalb der gewöhnlichen Öffnungszeiten Ansprechpartner bereitzuhalten, den Stadtteil Halle-Neustadt zu bewerben und über aktuelle Bauprojekte zu informieren. Zielgruppe für den Wohngucker sind Bestandskunden und Interessenten, die sich bereits langfristig vor ihrem Wohnungswechsel über Angebote der GWG informieren können.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ im Herzen von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen vom SV Halle e.V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und seit 2016 den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2016 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Anzahl	Fläche (m ²)	Anzahl	Fläche (m ²)
Wohneinheiten	9.708	545.692	9.684	545.214
Gewerbeeinheiten	110	22.837	110	22.837
	9.818	568.529	9.794	568.051

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag zehn Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit insgesamt 270 Wohnungen auf einer Fläche von 16.655 m².

Durch die kontinuierliche Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes ist es der Gesellschaft gelungen, den Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 4,9 Prozent per 31.12.2015 auf **4,3 Prozent per 31.12.2016** zu reduzieren. Die durch den Leerstand im Jahr 2016 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **4,2 Prozent** (5,1 Prozent im Jahr 2015). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft konnte ebenfalls stichtagsbezogen auf 9,2 Prozent (9,9 Prozent per 31.12.2015) verringert werden.

Die Gesellschaft investierte auch in 2016 umfangreich in den Wohnungsbestand. Insgesamt 17 Mio. € wurden für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung und Modernisierung des GWG-Bestandes umgesetzt.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2016 wieder besonderen Wert auf den Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen.

Zu Beginn des Geschäftsjahres konnte mit dem Ankauf der vermieteten Immobilie Hubertusplatz 6-8 das Wohngebiet am Hubertusplatz arrondiert werden. Die Gesellschaft vermietet damit an diesem Standort insgesamt 32 Wohnungen in bester Lage.

Der in 2015 begonnene Neubau einer Wohn- und Gewerbeimmobilie Am Steintor 9 wurde planmäßig im September 2016 abgeschlossen und zum 1.10.2016 erfolgreich vermietet.

Mit dem Ankauf einer weiteren leerstehenden Immobilie im Myrtenweg 1a hat die Gesellschaft die Grundlage geschaffen, um auch in der nördlichen Neustadt demenzerkrankten Menschen sowie deren Angehörigen voraussichtlich ab 2019 Betreuung und Wohnung am gleichen Ort in Kombination anbieten zu können.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, wurden wieder zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt. In strategischer Abstimmung mit der Energieversorgung Halle GmbH wurde in einem weiteren Wohngebäude die Kochgasversorgung entfernt und die Leistungsfähigkeit der elektrischen Anschlüsse erhöht. Beide städtische Unternehmen profitieren langfristig von dieser Strategie.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2016 getätigten Ausschreibungen konnten ca. 85 Prozent der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt vergeben werden.

Im Wesentlichen wurden folgende größere Baumaßnahmen im Jahr 2016 realisiert:

- Komplexer Umbau mit Teilabbruch Azaleenstraße 1-9 (Fertigstellung in 2017),
- Energetische Sanierung Punkthochhaus Am Tulpenbrunnen 7,
- Anbau von Aufzügen und Balkonen Burger Hof 6-13,
- Sanierung von Leerwohnungen im Rahmen der Neuvermietung.

Im Geschäftsjahr wurde begonnen, neben der seit vielen Jahren realisierten Verbesserung des Wohnraums durch Individualsanierung, umfangreiche Instandsetzungen der Gebäudehülle sowie der Treppenhäuser im Wohnungsbestand vorzunehmen. Dieses Investitionsprogramm wird in den nächsten Jahren weiter fortgesetzt. Die GWG verfolgt damit das Ziel, ihre Quartiere optisch und baulich aufzuwerten.

Die Gesellschaft veräußerte in 2016 ein Wohngebäude. Der Eigentumsübergang vollzog sich zum 1.1.2017. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2016 sieben Eigentumswohnungen verkauft.

2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und **sozial verantwortbare Wohnungsversorgung** breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur **Sicherung der wirtschaftlichen Existenz** ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpreisgestaltung die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Um Mieterhöhungen auch realisieren zu können, wurden interne Mietobergrenzen definiert und darüber hinaus gehende Erhöhungsmöglichkeiten zu Lasten des Unternehmens gekappt. Diese Kappung der Mieten zu Lasten des Unternehmens ist zwar ergebniswirksam, erfüllt jedoch gleichzeitig die Anforderung, sozial ausgewogene und verträgliche Mieten im Wohnungsbestand und im Stadtgebiet zu gewährleisten. Die **engen finanziellen Grenzen** der Stadt Halle (Saale) für die **Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU)** nach SGB II verstärken die Segregation. Die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen attraktiv zu halten.

Das **intensive Forderungsmanagement** der Gesellschaft ermöglichte per 31.12.2016 eine **Mietenrückstandsquote** von **0,7 Prozent** (0,8 Prozent per 31.12.2015). Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von 350 T€ (386 T€ per 31.12.2015) zu verzeichnen.

2.3.5 Personalentwicklung und Familienfreundlichkeit

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2016 insgesamt 118 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter acht Auszubildende sowie drei geringfügig Beschäftigte. 58,5 Prozent des gesamten Personals sind weiblich. 44 Prozent der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt.

Seit 2006 trägt die Gesellschaft das Zertifikat „berufundfamilie®“ und praktiziert moderne Personalentwicklungsmethoden, welche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und fördern. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten sowie individuelle Fördermaßnahmen für die Beschäftigten sind Eckpfeiler dieser familienbewussten Personalpolitik.

2.3.6 Stadtentwicklung in Halle (Saale)

Das Netzwerk Stadtentwicklung Halle (Saale) wurde auch in 2016 wieder intensiv von der GWG mitgestaltet. Die Gesellschaft leitete weiterhin die „Arbeitsgruppe Halle-Neustadt“, die auf eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung orientiert und mehrfach im Jahr berät. Das wohnungspolitische Konzept, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept sowie die Entwicklung des Mietspiegels waren wichtige Themen in der Netzwerkarbeit.

2.3.7 Ergebnis der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresergebnis in Höhe von 364 T€ (geplant: 110 T€, Vorjahr: 187 T€). Die Planabweichung ist auf ertragswirksame Einmaleffekte im Geschäftsjahr 2016 zurückzuführen.

2.3.8 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für die Stadt, weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinaus. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil positive Effekte für die Stadt Halle (Saale) bringen. Die Stadttrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmung geprüft, bewertet und jährlich aktualisiert.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von 4.379 T€ ab, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 8.572 T€ aus, der sich gegenüber dem Vorjahr um 1.362 T€ verringert hat. Dies ist insbesondere auf höhere Instandhaltungsaufwendungen zurück zu führen.

Das negative Finanzergebnis von 3.693 T€ resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen (im Ergebnis des derzeitigen Zinsniveaus) nur unwesentliche Zinserträge gegenüber stehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf rückläufige Zinsaufwendungen in Höhe von 554 T€ (durch Umschuldungen und Prolongationen von Darlehen) zurückzuführen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 38,7 Prozent.

Insbesondere der Rückgang außerplanmäßiger Abschreibungen führte zu einem verbessertem neutralen Ergebnis in Höhe von 572 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2016 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität für das Geschäftsjahr 2016 beträgt 2,7 Prozent.

2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2016 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 13.445 T€ (Vorjahr: 14.479 T€) reichte aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 5.795 T€ zu decken. Planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen für die aufgenommenen Darlehen von 12.962 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ führten trotz Neuvaluierungen zu einem Mittelabfluss im Bereich der Finanzierungstätigkeit von 8.141 T€. Danach ergab sich insgesamt ein Mittelabfluss in 2016, was zu einem Rückgang des Finanzmittelfonds um 491 T€ am Ende der Periode führte.

2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2015 um 743 T€ verringert.

Auf der Aktivseite war insbesondere bei den flüssigen Mitteln (um 491 T€) und den unfertigen Leistungen (um 186 T€) ein Rückgang zu verzeichnen. Die Passivseite verringerte sich vor allem im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 2.262 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der planmäßigen Tilgungen um 8.577 T€, die durch Neuaufnahmen von Darlehen in Höhe von 6.654 T€ erhöht wurden.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 487,89 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 216,82 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristige verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulage / Gesamtkapital) wird mit 55,4 Prozent ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2016:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,04	4,93
Erlösschmälerung der Sollmiete	Prozent	4,2	5,3
Verschuldungsgrad	Prozent	38,6	41,6
Eigenkapitalquote	Prozent	55,4	53,5
Gesamtkapitalrentabilität	Prozent	2,7	2,3

3 Prognosebericht

Die Gesellschaft geht auch für die folgenden Geschäftsjahre von einer weiterhin stabilen Unternehmensentwicklung aus. Die von der Gesellschafterin erwartete Ausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 2,0 Mio. € geplant. Bei einer veränderten Ausschüttungshöhe sind die im Folgenden bezifferten Prognosewerte unter Vorbehalt zu sehen.

Für 2017 erwartet die Gesellschaft wieder eine Erhöhung der Bevölkerungszahl von Halle (Saale) und dem für die GWG relevantesten Stadtteil Halle-Neustadt. Der Zuwachs wird jedoch durch die stagnierende Zahl von Migranten und Asylsuchenden nicht mehr das Niveau der beiden Vorjahre erreichen. In der Vergangenheit leerstehende Wohngebäude im Stadtgebiet von Halle-Neustadt wurden durch deren Eigentümer in den letzten Jahren schrittweise wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt. Die GWG erwartet, dass aus diesem verbreiterten Wohnungsangebot lediglich eine Binnenwanderung von Wohnungsmietern im Stadtgebiet zu verzeichnen sein wird. Der hinzugekommene Wohnungsbestand weist keine großen Potenziale auf, um den Zuzug aus dem Umland zu befördern.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird in 2017 ein Wert von 35,0 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,06 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht weiterhin von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 4,7 % in 2017 aus. Der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund wird sich voraussichtlich langfristig erhöhen.

Die Gesellschaft wird in 2017 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 17,6 Mio. € aufnehmen und damit den Verschuldungsgrad anheben. Ein Anteil von 9,3 Mio. € sind dabei Valutierungen von Kreditmitteln aus Vertragsabschlüssen im Geschäftsjahr 2016. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von voraussichtlich 53,6 % zum Ende des Geschäftsjahres 2017.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten in 2017 auf das 9,0fache der Jahresnettokaltmiete geplant. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich zum 31.12.2017 ein Wert in Höhe des 4,1fachen der Jahresnettokaltmiete einstellt.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

4.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegelung stellt die Gesellschaft bei ihren Aufgaben für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu bedienen sein.

Im Stadtteil Halle-Neustadt wird bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von 10 bis 12 Prozent prognostiziert. Durch die seit 2015 erhöhte Immigration ist dieser Wert möglicherweise nicht mehr zutreffend. Für die Gesellschaft kann dies dennoch bedeuten, dass ca. 1.000 Wohnungen durch Abriss und Rückbau bis 2030 vom Markt genommen werden müssen. Zur Vorbereitung dieses Umstrukturierungsprozesses hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem installiert, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt. Mittelfristig sieht die Gesellschaft kein weiteres Erfordernis zum Abriss von eigenen Wohngebäuden.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialbetreuer auch in 2017 weiter erhöhen werden. Damit einher geht auch ein steigender Anteil an kaum oder nicht einbringlichen Mietforderungen.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2016 zur eigenen Haushaltskonsolidierung knapp 50 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

5 Chancenbericht

Seit 2015 vollzieht die deutsche Wirtschaft eine vor allem durch das Zinstief beförderte Konjunktur. Infolge zahlreicher Investitionen in der Stadt durch die öffentliche Hand und durch die private Wirtschaft werden die Arbeitsplatzzahlen in 2017 voraussichtlich leicht steigen. Für die Gesellschaft ergibt sich daraus die Chance, dass der Prozentsatz ihrer Bestandsmieter, die selbst ihre Miete erwirtschaften können, ansteigt.

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt sind weiterhin verstärkte Aktivitäten zu verzeichnen, von denen die Gesellschaft auch in 2017 partizipieren kann. Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Erwerb von Grundstücken, dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien - auch außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das Immobilienportfolio weiter zu diversifizieren. Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiterverfolgen. Das Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt.

Zu den Herausforderungen der Gesellschaft zählt der Umgang mit älter und in Teilen ärmer werdenden Mietern. Diese wachsende Kundengruppe benötigt eine qualifizierte Betreuung und Begleitung im Alltag. Die seit Jahren erfolgreich agierende Seniorenbetreuung ist die Basis für eine langfristige Mieterbindung.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	102.259	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 102.259 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Wahlen, Heinrich	(bis 30.06.2016)
		Marx, Jürgen	(seit 01.07.2016)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	
		David, Dirk	
		Feigl, Christian	
		Fritz, Melanie	
		Haupt, Ute	
		Krause, Johannes	
		Nagel, Elisabeth	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Rothe, Uwe
Sänger, Frank
Sommer, Manfred
Sprung, Michael

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	24	24	25

c) Beteiligungen
unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	544.197	91	541.213	91	516.324	91	2.984	1
Umlaufvermögen	37.693	6	35.621	6	38.758	7	2.072	6
Rechnungsabgrenzungsposten	15.633	3	14.840	3	13.753	2	793	5
Bilanzsumme	597.523	100	591.674	100	568.835	100	5.849	1
Passiva								
Eigenkapital	265.064	44	258.773	44	252.072	44	6.291	2
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	11.498	2	11.753	2	12.016	2	-255	-2
Rückstellungen	4.692	1	3.209	0	4.266	1	1.483	46
Verbindlichkeiten	315.149	53	317.606	54	300.168	53	-2.457	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.120	0	333	0	313	0	787	236
Bilanzsumme	597.523	100	591.674	100	568.835	100	5.849	1

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	87.389	82.393	82.707
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	484	806	-1.224
andere aktivierte Eigenleistungen	1.034	1.409	1.434
sonstige betriebliche Erträge	7.341	7.038	5.313
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	43.196	36.810	35.700
Personalaufwand	13.332	12.684	12.480
Abschreibungen	12.305	10.127	9.894
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.068	9.270	8.825
Erträge aus Beteiligungen	128	106	104
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	356	323	222
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.957	10.385	10.059
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		12.799	11.598
außerordentliche Erträge		887	2.307
außerordentliche Aufwendungen		1.405	4.029
außerordentliches Ergebnis		-518	-1.722
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	577	573	423
Ergebnis nach Steuern	11.297		
sonstige Steuern	6	7	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.291	11.701	9.448
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	19.977	14.446	10.943
Ausschüttung	5.000	5.000	5.000
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.129	1.170	945
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	25.139	19.977	14.446

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,92	14,20	11,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,71	4,90	3,98	%
Cash-Flow:	23.596	21.828	19.342	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	415	395	384	T€
Personalaufwandsquote:	13,85	13,84	14,15	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,32	90,72	90,41	%
Eigenkapitalquote:	44,36	43,74	44,31	%
Fremdkapitalquote:	55,64	56,26	55,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Wohneinheiten	15.498	15.618	15.824	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,6	8,0	9,2	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.240	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,5	2,2	2,1	%
Gewerbeeinheiten	258	269	292	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	11,6	13,8	17,8	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	20	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,0	0,0	0,0	%

e) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2016

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung
 - 2.3.3 Personal, Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Nachhaltigkeitsbericht
4. Chancen- und Risikobericht
5. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt in Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten. Er besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

Die alleinige Gesellschafterin der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich schwerpunktmäßig am sozialen Wohnraumversorgungsauftrag. Das Portfolio der Gesellschaft ist entsprechend überwiegend auf die Wohnraumversorgung im unteren und mittleren Preissegment ausgerichtet. Demnach gehören nicht ausschließlich Renditeerwartungen zum Geschäftsmodell der Gesellschaft. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet jedoch die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement. Ziel der Gesellschaft ist deshalb auch die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite für den Gesellschafter.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Zur Berücksichtigung von wirtschaftlichen und sozialen Komponenten bedarf es eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für eine differenzierte Zielgruppe umfasst.

Zu den wichtigsten Zielen der Unternehmens- und Portfolioentwicklung gehören daher die qualitative Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes sowie die Gewährleistung bezahlbaren Wohnens. Dies gelingt am effektivsten in zusammenhängenden Quartieren. Quartiere sind demzufolge die Handlungsebene der Gesellschaft.

Das Sozial- und Quartiersmanagement ist ein wesentlicher Bestandteil der Bestandsbewirtschaftung der Gesellschaft.

Die Umsetzung eines qualifizierten Personalentwicklungskonzeptes sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind weitere Unternehmensziele.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) und die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH, Halle (Saale), (HGWS) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG	HGWS
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH	HWG mbH
Anteile	100 Prozent	99,9 Prozent	50 Prozent
Stammeinlage	102.259.000 Euro	9.990 Euro	50.000 Euro

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bestände werden durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind nicht bei der HGWS angestellt. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung für die HGWS erfolgt durch die HWG mbH.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die Stadt Halle (Saale), ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, ist ein wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Insbesondere die Bedeutung der Stadt als Wissenschafts-, Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen.

Die positive Standortentwicklung spiegelt sich in der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Halle (Saale) wider. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich. Der Zuwachs bei der Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2016 ist nach dem von der Flüchtlingsbewegung geprägten Vorjahr der höchste Zuwachs seit Bestehen dieses Trends.

Die Bevölkerung der Stadt nahm um mehr als 1.400 Einwohner bzw. ca. 0,6 Prozent zu. Der deutlichste Bevölkerungszuwachs entfiel dabei mit mehr als drei Prozent auf die Bevölkerungsgruppe der bis 18-Jährigen. Vor diesem Hintergrund ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung im zweiten Jahr in Folge leicht gesunken.

Der Bevölkerungszuwachs wird getragen von einem positiven Wanderungssaldo. Die natürliche Bevölkerungsbewegung weist weiterhin ein Geburtendefizit aus, wobei auch hier ein leicht positiver Trend zu verzeichnen ist.

Die positive Bevölkerungsentwicklung sowie der gleichzeitig leicht rückläufige Wohnungsbestand in der Stadt Halle (Saale) führen zunehmend zu einer Verknappung von Wohnraum. Dies zeigt sich auch in der verstärkt differenzierten Entwicklung der Stadtteile.

Die Wohnungsmarktlage hat sich weiter verbessert. Der Leerstand in der Stadt Halle (Saale) ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 0,8 Prozentpunkte gesunken. Damit fällt der Leerstand in der Stadt Halle (Saale) Ende 2016 nach dem Leerstandshöhepunkt im Jahr 2003 erstmals unter die 10-Prozent-Marke.

In diesem Marktumfeld sind die Mieten in den letzten Jahren gestiegen. Im vergangenen Jahr betrug der Anstieg in Sachsen-Anhalt durchschnittlich 1,2 Prozent und damit auf dem bundesweiten Durchschnitt sowie deutlich über der Entwicklung des Verbraucherpreisindex mit 0,5 Prozent.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen die seit mehr als einem Jahrzehnt positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Seit dem Jahr 2008 wird die Entwicklungsgeschwindigkeit durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Im Zeitraum von 2008 bis 2016 lag die Gewinnausschüttung durchschnittlich bei 8 Mio. Euro jährlich und damit bei etwa 80 Prozent der Jahresergebnisse. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben in den letzten drei Jahren mit 5 Mio. Euro unverändert. Eine Gewinnausschüttung ist in der mittelfristigen Planung der Gesellschaft berücksichtigt.

Die Entwicklung am halleschen Immobilienmarkt zeigt weiterhin eine zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Stadtteilen. In den Stadtrandlagen sind Nachfragerückgänge spürbar. Hier hat sich die Gesellschaft bereits in der Vergangenheit sukzessive von Beständen getrennt.

Innenstadtnahe Stadtteile weisen hingegen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Die Stadtteile im Stadtbezirk Mitte verzeichneten seit Jahren den größten Zuwachs an Einwohnern. Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre ihren Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Die Gesellschaft investiert auch in Stadtumbauquartieren. Dieser Teilmarkt hat sich durch diese Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. Er bleibt bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages.

2.3 Geschäftsverlauf

Erwartungsgemäß hat sich der Geschäftsverlauf der HWG mbH und des Konzerns positiv entwickelt. Im Geschäftsjahr 2016 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. In der Hausbewirtschaftung wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Leistungsziele erreicht, teilweise übertroffen. Die geplante Realisierung von Sanierungsmaßnahmen wurde umgesetzt.

In 2016 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 11.291 (Vj. TEUR 11.701). Das Jahresergebnis fällt damit um mehr als drei Millionen Euro höher aus als geplant.

Das überplanmäßige Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus verbesserten Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung sowie aus höheren Gewinnen aus Grundstücksverkäufen. Dazu wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie im angemieteten Bestand des Tochterunternehmens HWG KG.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete Bestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Verkäufe und Sanierungen um weitere 131 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2016 verfügt der Konzern über 17.738 Wohneinheiten (Vj. 17.858) und 278 Gewerbeeinheiten (Vj. 289).

HWG mbH	Wohnungen	Gewerbe	sonstige
eigener Bestand	15.498	258	1.909
angemieteter Bestand HWG KG	2.240	20	222
Konzern 2016	17.738	278	2.131
Konzern 2015	17.858	289	2.308
Veränderung	-120	-11	-177

Der Leerstand in dem vom Konzern bewirtschafteten Bestand ist im Jahr 2016 um 1,2 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent (Vj. 7,3 Prozent) und damit etwa im Umfang des Vorjahres gesunken. Damit hält der langfristig bestehende rückläufige Trend an. Die Leerstandsquote liegt deutlich unter dem Durchschnitt in der Stadt Halle (Saale).

Die im Rahmen der Jahresplanung 2016 angestrebte Zielgröße zur Leerstandssenkung (6,0 Prozent) wurde damit im Wesentlichen erreicht. Bei der geringfügigen Differenz handelt es sich lediglich um stichtagsbezogene Effekte aus dem Verschieben eines Fertigstellungstermins für eine größere Instandsetzungsmaßnahme in das Folgejahr.

Teile des Leerstandes sind investitionsbedingt. Hier befinden sich leer stehende Wohnungen aufgrund bevorstehender oder laufender Investitionsmaßnahmen nicht im Angebot. Im Bereich des vermietbaren Leerstandes liegt die Leerstandsquote im Jahr 2016 bei 3,2 Prozent (Vj. 4,7 Prozent). Damit wurde nahezu eine Vollvermietung erreicht.

Die Leerstandssenkung wurde im Wesentlichen durch Neuvermietungen nach wohnwertverbessernden Investitionsmaßnahmen sowie durch die Umsetzung der Rahmenvereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) zur Unterbringung von Flüchtlingen erreicht. Die Anschlussvermietungsquote, das Verhältnis zwischen der Anzahl neu begründeter Mietverhältnisse und der Anzahl beendeter Mietverhältnisse, lag im Jahr 2016 bei ca. 107 Prozent (Vj. 103 Prozent) und damit deutlich über dem Vorjahreswert sowie im zweiten Jahr in Folge über einhundert Prozent.

Die Umsatzerlöse entfallen überwiegend auf die Hausbewirtschaftung. Sie entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände positiv.

Der wesentliche Teil entfiel dabei auf die Umsätze aus Sollmieten. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.908 bzw. 3,0 % angestiegen. Die Entwicklung der Leerstandsverluste auf Sollmieten war um TEUR 836 bzw. 19 Prozent rückläufig und wirkte sich damit ebenso positiv auf die Umsatzentwicklung in der Gesellschaft aus.

Die Umsatzerlöse werden überwiegend mit der Vermietung von Wohnraum erwirtschaftet. Somit haben sich auch die durchschnittlichen Sollmieten für Wohnungen positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr 5,13 Euro/m² (Vj. 4,94 Euro/m²).

2.3.2 Stadtbau und Stadtentwicklung

Bauinvestitionen

Zur Sicherung der Mieterzufriedenheit sowie zur Neukundengewinnung und damit auch zur Festigung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Diese Investitionstätigkeit bildet eine wesentliche Grundlage für die Stabilisierung des Kerngeschäfts.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2016 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 15.345 (Vj. TEUR 32.740) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr weniger in ihren Bestand.

Neben der Bautätigkeit der HWG mbH hat die Tochtergesellschaft HGWS im Geschäftsjahr 2016 die Sanierungs- und Neubauarbeiten im Paulusviertel fortgesetzt. Für Anlagen im Bau der HGWS wurden im Konzern im Geschäftsjahr TEUR 14.299 aktiviert (Vj. TEUR 3.686). Der Abschluss der Investitionsmaßnahme ist für das II./III. Quartal 2017 vorgesehen.

Die Bautätigkeit der HWG mbH umfasste mehr als 260 Wohnungen (nach Fertigstellung durch Grundrissänderungen etwa 200 Wohnungen) in unterschiedlichsten Quartieren und Lagen in der Stadt Halle (Saale), bei denen Investitionen im Jahr 2016 abgeschlossen oder begonnen wurden. Hierzu gehörten Projekte in der Südstadt und im Altstadtkern. Darüber hinaus wurde ein Verwaltungsgebäude für die Stadt Halle (Saale) instand gesetzt und an diese vermietet.

Mit der Bautätigkeit der HGWS entstehen mehr als 100 Wohnungen, welche die HWG mbH mit dem bereits abgeschlossenen Mietvertrag im Jahr 2017 in die Verwaltung mittels Anmietungsvertrag übernimmt.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden erreicht und zum Teil übertroffen.

Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind differenziert. Zum einen steigt der Bedarf an preiswertem Wohnraum. Zum anderen kann der Wohnraumbedarf im gehobenen Segment nicht gedeckt werden. Entsprechend differenziert fällt auch die weitere Investitionsausrichtung der Gesellschaft aus. Der Schwerpunkt liegt bei niedrighschwelligigen Investitionen zur Sicherung des Wohnraumversorgungsauftrages.

Im Geschäftsjahr 2017 soll das Bauinvestitionsprogramm der HWG mbH Maßnahmen im Wertumfang von ca. 28 Mio. Euro umfassen. Diese Investitionen betreffen etwa 600 Wohnungen. Die Investitionen fallen damit wieder deutlich höher aus als im Vorjahr. Aufgrund der differenzierten Investitionsstrategie liegen die Baukosten je Wohnung im Bereich der Sanierungsmaßnahmen (ohne Neubau) jedoch unter dem Vorjahresniveau, womit eine höhere Anzahl von Wohnungen Wohnwertverbesserungen erfahren können.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen hat die Muttergesellschaft HWG mbH für die eigenen und die angemieteten Bestände der HWG KG im Berichtsjahr TEUR 13.306 (Vj. TEUR 11.405) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 12,79 Euro (Vj. 10,94 Euro/m²).

Der Instandhaltungsaufwand fiel damit im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr höher aus als geplant. Diese erhöhten Aufwendungen gehen einher mit der nicht geplanten Umsatzsteigerung. Höhere Einnahmen aus Sollmieten wurden wieder in den Bestand der Gesellschaft investiert.

Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms waren Maßnahmen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes. Des Weiteren erfolgte die Instandhaltung/Instandsetzung leer stehender Wohnungen, welche aufgrund des veränderten Wohnungsbedarfs kurzfristig benötigt wurden.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2016 außerplanmäßig mit zwei Rückbaumaßnahmen begonnen bzw. diese umgesetzt. Eine Maßnahme dient einer zukünftigen Projektentwicklung, die zweite Maßnahme der Aufwertung des Wohnumfeldes. Die im Geschäftsjahr angefallenen Kosten belaufen sich auf TEUR 163.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr 2016 wurden 24 Grundstücksverkaufsverträge über 9 Grundstücke mit Wohnbauten/Eigentumswohnungen und mehrere unbebaute Grundstücksflächen abgeschlossen. Hierbei wurden Kaufpreise in Höhe von insgesamt ca. 6,0 Mio. Euro vereinbart.

Verkauft wurden unrentable oder nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung sowie Grundstücksflächen, bei denen die Gesellschaft keine eigene Nutzungsstrategie verfolgt.

Die Verkäufe aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr umfassen auch einen außerplanmäßigen Verkauf eines Projektentwicklungsgrundstückes am Riebeckplatz.

Planmäßig erfolgte mit der Stadt Halle (Saale) ein Flächentausch im Bereich des innerstädtischen Steggeländes, welcher der Neuordnung der Eigentümerstrukturen diene. Der Stadt Halle (Saale) wurde damit die Verbesserung der Sozialinfrastruktur ermöglicht. Die Gesellschaft erhält ein zusammenhängendes Baugrundstück.

Ankaufsmittel wurden nur in geringem Umfang für ein Arrondierungsgrundstück verwendet.

2.3.3 Personal, Organisation

Zum 31. Dezember 2016 waren im Konzern 234 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter per 31.12. des Jahres	2016 Anzahl	2015 Anzahl	Veränderung Anzahl
HWG mbH			
Geschäftsführer	1	1	0
Kaufmännische Angestellte	138	144	-6
Technische Angestellte	27	25	2
Gewerbliche Mitarbeiter	63	64	-1
Summe	229	234	-5
Auszubildende	5	5	0

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Qualifiziertes, leistungsfähiges und motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Vor diesem Hintergrund nimmt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung des Personals im Unternehmen einen hohen Stellenwert ein.

Seit dem Jahr 2012 ist die Gesellschaft für ihre familienorientierte Personalführung zertifiziert (Audit „Beruf und Familie“). Im Jahr 2016 erfolgte die Re-Auditierung.

Das im Jahr 2013 beschlossene Personalentwicklungskonzept wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konsequent weiterverfolgt. 2016 haben 20 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen begonnen oder diese abgeschlossen.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend aktualisiert wird.

Bereits im Jahr 2014 wurde damit begonnen, das Profil der Abteilung Regiebetrieb und deren organisatorische Strukturen zukunftsfähig anzupassen. Den Schwerpunkt bildete dabei die Übernahme des technischen Gebäudemanagements. Bezüglich der daraus resultierenden unternehmensinternen Prozesse und neuen Strukturen erfolgte im Jahr 2016 eine Nachbetrachtung und Überprüfung der Zielerreichung. Im Ergebnis dessen werden die Prozesse und Strukturen im Jahr 2017 weiter optimiert.

Bei der Grundlagensoftware für das Kerngeschäft war bis zum Ablauf des Jahres 2017 ein Systemwechsel erforderlich. Die Gesellschaft hat deshalb im Jahr 2016 planmäßig ein neues ERP-System (WODIS Sigma) eingeführt. Die umfangreiche Systemumstellung mit Implementierung des neuen Softwaresystems, Übernahme sämtlicher Unternehmensdaten und der Schulung aller Mitarbeiter wurde im November 2016 erfolgreich abgeschlossen.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	615.593	95,1	606.896	94,9	8.697
Langfristige Forderungen	106	0,0	114	0,0	-8
Vorräte	25.372	3,9	24.878	3,9	494
kurzfristige Forderungen	1.411	0,2	1.851	0,3	-440
Flüssige Mittel	4.710	0,7	5.116	0,8	-406
Übrige Aktiva (RAP)	514	0,1	726	0,1	-212
Gesamtvermögen	647.706	100,0	639.581	100,0	8.125

Konzern	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	256.685	39,6	251.768	39,3	4.917
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	334.114	51,6	334.321	52,3	-207
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	56.907	8,8	53.492	8,4	3.415
Gesamtkapital	647.706	100,0	639.581	100,0	8.125

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	544.197	91,1	541.213	91,5	2.984
Langfristige Forderungen	6.345	1,1	4.899	0,8	1.446
Vorräte	25.372	4,2	24.878	4,2	494
kurzfristige Forderungen	1.396	0,2	1.841	0,3	-445
Flüssige Mittel	4.580	0,8	4.003	0,7	577
Übrige Aktiva (RAP)	15.633	2,6	14.840	2,5	793
Gesamtvermögen	597.523	100,0	591.674	100,0	5.849

HWG mbH	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	276.562	46,3	270.526	45,7	6.036
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	267.799	44,8	271.132	45,8	-3.333
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	53.162	8,9	50.016	8,5	3.146
Gesamtkapital	597.523	100,0	591.674	100,0	5.849

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss gestiegen. Die Eigenkapitalquoten haben sich leicht erhöht.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Es wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Investitionen beeinflusst. Besonders beim Konzern wirkte sich im Geschäftsjahr die Bautätigkeit der Tochtergesellschaft HGWS zur Errichtung des „Wohnparks im Paulusviertel“ aus.

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen sowie den Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen geprägt.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Rückbauobjekte der strategischen Planung wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Wie in den Vorjahren erfolgte auch im Geschäftsjahr 2016 im gesamten Portfolio der HWG mbH ein Abgleich der bilanzierten Bodenbuchwerte mit der Entwicklung der amtlichen Bodenrichtwerte. Im Kernbestand festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden als außerordentliche Abschreibungen bilanziert. Verkaufsobjekte des Folgejahres wurden zum Bilanzstichtag im Hinblick auf den geplanten Kaufpreis bewertet und – sofern erforderlich – abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 861 (Vj. TEUR 1.405) auf Wohn- und Geschäftsbauten sowie auf Grundstücke gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

Konzern und HWG mbH	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	TEUR	TEUR	
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	347	499	-152
nach dem Ertragswertverfahren	163	510	-347
Bodenabwertung nach Rückbau	64	0	64
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	1	6	-5
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke und Gebäude	286	390	-104
Gesamt	861	1.405	-544

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von TEUR 1.759 (Vj. TEUR 887).

Konzern und HWG mbH	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR	Veränderung
nach dem Ertragswertverfahren	1.383	703	680
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	376	184	192
Gesamt	1.759	887	872

Erstmals ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von TEUR 898 positiv beeinflusst (Vj. TEUR -518).

Ergänzend wird die Vermögens- und Kapitalstruktur mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

HWG mbH	2016	2015	Erläuterung
Sachanlagenintensität	90,3	90,7 %	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	44,4	43,7 %	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	55,6	56,3 %	(Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x 100/Bilanzsumme

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2016 TEUR	2015 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	32.706	33.322	-616
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-17.263	-31.399	14.136
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-15.849	-4.101	-11.748
Zahlungswirksame Veränderungen	-406	-2.178	1.772
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.116	7.294	-2.178
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.710	5.116	-406

HWG mbH	2016 TEUR	2015 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	26.650	26.920	-270
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-10.196	-32.084	21.888
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-15.877	2.072	-17.949
Zahlungswirksame Veränderungen	577	-3.092	3.669
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.003	7.095	-3.092
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.580	4.003	577

Der Finanzmittelbestand des Mutterunternehmens beträgt am 31. Dezember 2016 TEUR 4.580 (Vj. TEUR 4.003).

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** sind sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH im Wesentlichen stabil.

Die **Cashflows aus der Investitionstätigkeit** haben sich im Konzern und bei der HWG mbH erhöht. Dies resultiert aus den im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Bauinvestitionen (siehe auch 2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung).

Auch die **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** veränderten sich im Konzern und bei der HWG mbH deutlich. Korrespondierend mit den Bauinvestitionen fielen die Mittelzuflüsse für Kredite niedriger aus.

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	8,3	9,6	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	10,8	13,0	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	384.280	380.006	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP
HWG mbH	31.12.2016	31.12.2015	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	8,6	8,0	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	11,2	11,7	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	293.006	295.565	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 282.763 (Vj. TEUR 284.684). Die Gesellschaft arbeitet mit elf Kreditpartnern – darunter mit zwei Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten – zusammen. Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut fristenkongruente Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben im Anlagevermögen einwerben und dabei günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Wo immer möglich und sinnvoll, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung.

Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement gesenkt werden (siehe auch Ertragslage). Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Die Annuitäten konnten dabei trotz Zunahme der Tilgungsaufwendungen (TEUR 15.067; Vj. TEUR 14.228) stabil bleiben.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 9.375 (Vj. TEUR 9.333) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden.

Die HGWS hat zum Berichtsstichtag Darlehen in Höhe von TEUR 7.600 (Vj. TEUR 20.000) vertraglich vereinbart und noch nicht abgerufen. Davon entfällt die Hälfte auf den Konzern.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Verfügungsbeschränkungen bestehen für liquide Mittel in Höhe von TEUR 101 (Vj. TEUR 101). Sie betreffen Verkaufserlöse, die bis zur endgültigen Klärung vermögensrechtlicher Angelegenheiten auf Sperrkonten liegen.

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage zeigen folgende Übersichten:

Konzern	2016		2015 BilRUG		2015 a. F.		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	87.370	98,3	83.728	97,4	82.389	97,4	3.642
Bestandsveränderung	484	0,5	806	0,9	806	0,9	-322
Eigenleistung	1.071	1,2	1.409	1,7	1.409	1,7	-338
Gesamtleistung	88.925	100,0	85.943	100,0	84.604	100,0	2.982
Materialaufwand	39.523	44,5	36.966	43,0	36.824	43,5	2.557
Personalaufwand	13.332	15,0	12.683	14,8	12.683	15,0	649
Abschreibungen	13.736	15,4	13.016	15,1	11.610	13,7	720
sonstiger betrieblicher Aufwand	5.639	6,3	3.660	4,3	3.795	4,5	1.979
./.. sonstige betriebliche Erträge	-5.540	-6,2	-4.530	-5,3	-3.994	-4,7	-1.010
Steuern (ohne Ertragsteuern)	6	0,0	7	0,0	7	0,0	-1
Betrieblicher Aufwand	66.696	75,0	61.802	71,9	60.925	72,0	4.894
Betriebsergebnis	22.229	25,0	24.141	28,1	23.679	28,0	-1.912
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-11.761		-13.569		-13.569		1.808
außerordentliches/Bewertungsergebnis*					-518		
Neutrales Ergebnis	281		153		1.133		128
Ergebnis vor Ertragsteuern	10.749		10.725		10.725		24
Ertragsteuern	577		573		573		4
Jahresergebnis	10.172		10.152		10.152		20

HWG mbH	2016		2015 BilRUG		2015 a. F.		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	87.389	98,3	83.788	97,4	82.393	97,4	3.601
Bestandsveränderung	484	0,5	806	0,9	806	0,9	-322
Eigenleistung	1.034	1,2	1.409	1,7	1.409	1,7	-375
Gesamtleistung	88.907	100,0	86.003	100,0	84.608	100,0	2.904
Materialaufwand	43.196	48,6	40.706	47,3	36.810	43,5	2.490
Personalaufwand	13.332	15,0	12.684	14,8	12.684	15,0	648
Abschreibungen	12.305	13,8	11.532	13,4	10.127	12,0	773
sonstiger betrieblicher Aufwand	5.525	6,2	3.519	4,1	7.407	8,8	2.006
./.. sonstige betriebliche Erträge	-5.519	-6,2	-4.370	-5,1	-4.040	-4,8	-1.149
Steuern (ohne Ertragsteuern)	6	0,0	7	0,0	7	0,0	-1
Betrieblicher Aufwand	68.845	77,4	64.078	74,5	62.995	74,5	4.767
Betriebsergebnis	20.062	22,6	21.925	25,5	21.613	25,5	-1.863
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-8.473		-9.956		-9.956		1.483
außerordentliches/Bewertungsergebnis*					-518		
Neutrales Ergebnis	279		305		1.135		-26
Ergebnis vor Ertragsteuern	11.868		12.274		12.274		-406
Ertragsteuern	577		573		573		4
Jahresergebnis	11.291		11.701		11.701		-410

* Das Bewertungsergebnis ist mit Umsetzung des BilRUG Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 861 (Vj. TEUR 0). Die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen in Höhe von TEUR 1.759 (Vj. TEUR 0). Das Bewertungsergebnis beträgt damit TEUR 898 (Vj. TEUR -518). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

Konzern und HWG mbH weisen erneut deutliche Jahresüberschüsse aus (TEUR 11.291; Vj. TEUR 11.701, Konzern TEUR 10.172; Vj. TEUR 10.152).

Der im Vergleich zur HWG mbH geringere Jahresüberschuss im Konzernabschluss ist im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf die Konsolidierung mit der HWG KG zurückzuführen. Im Konzernabschluss ist der Zinsaufwand durch die Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft HWG KG höher als beim Jahresabschluss. Dies beeinflusst das Ergebnis des Konzerns negativ. Neutralisiert wird im Konzernabschluss der Leasingaufwand, der bei der HWG mbH zur Anmietung der Bestände von der HWG KG anfällt. Dieser Aufwand führt bei der HWG KG zu Umsatzerlösen und ist handelsrechtlich im Konzernabschluss nicht darzustellen. Zusammengefasst und bereinigt werden im Konzernabschluss die handelsrechtlich vorgeschriebenen planmäßigen Abschreibungen für die Objekte des Anlagevermögens. Die HWG mbH führt die Objekte für die Laufzeit des Mietvertrages nicht in ihrem Anlagevermögen und hat deshalb auch keinen Abschreibungsaufwand. Im Konzern werden die Objekte abgeschrieben und so behandelt, als hätten sie die HWG mbH nicht verlassen.

Mit der Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) beginnend mit dem Geschäftsjahr 2016 haben sich die Umsatzerlöse erhöht. Durch die veränderten Definitionen der Umsatzerlöse werden Erträge, die vormals in der Position „sonstige betriebliche Erträge“ waren, nun als Umsatzerlöse ausgewiesen.

99,5 % der **Umsatzerlöse** 2016 der HWG mbH stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,9 %, nach BilRUG 99,5 %), im Konzern 99,5 % (Vj. 99,9 %, nach BilRUG 99,6 %).

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 4,3 % gestiegen (siehe auch 2.3.1 Hausbewirtschaftung).

Die Entwicklung der Mieten ist damit wesentliche Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der Tochterunternehmen

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen im Wesentlichen die Leasingrate, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt und dort im Materialaufwand (vor BilRUG: sonstiger betrieblicher Aufwand) erfasst. Nach BilRUG erfasst die HWG KG auch Erträge aus Weiterberechnungen in Höhe von TEUR 10 (Vj. TEUR 10) als Umsatzerlöse (vor BilRUG: sonstiger betrieblicher Ertrag)

Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Die HGWS hatte im Geschäftsjahr wie im Vorjahr keine Umsatzerlöse. Diese werden erst ab 2017 nach Abschluss der Bautätigkeit erwartet.

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung sowie Aufwand für Rückbau. Seit BilRUG ist hier bei der HWG mbH die Leasingrate zur Anmietung der Bestände der HWG KG zugeordnet. Die Position befand sich vorher im sonstigen betrieblichen Aufwand und wird im Konzernabschluss neutralisiert. Erhöhungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren vor allem aus erhöhten Instandhaltungsaufwendungen sowie Vorleistungen zur Ausstattung von Wohnraum für Flüchtlinge, dem Umsatzerlöse daraus gegenüberstehen.

Die Leistungen des eigenen Regiebetriebes finden sich im Personalaufwand.

Der **Personalaufwand** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch erneute Tarifsteigerungen (2,2 % zum 1. Juli 2016).

Die Zunahme der **planmäßigen Abschreibungen** im Geschäftsjahr resultiert im Wesentlichen aus der Investitionstätigkeit des letzten Jahres. Die Position Abschreibungen enthält nach BilRUG auch die außerplanmäßigen Abschreibungen (siehe Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand** hat sich im Geschäftsjahr erhöht. Maßgeblich dafür sind die einmalige Bildung einer Rückstellung für Sanierungsausgleichsbeiträge (TEUR 1.189) sowie Anlageabgänge wegen nicht umsetzbarer Sanierungsplanungen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind wie im Vorjahr wesentlich durch die Erträge aus Grundstücksverkäufen geprägt (TEUR 3.626; Vj. TEUR 3.268). Diese Position enthält nach BilRUG auch die **außerplanmäßigen** Zuschreibungen (siehe Vermögenslage).

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird bei der HWG mbH durch die deutliche Senkung der Zinsaufwendungen positiv beeinflusst (TEUR 8.957; Vj. TEUR 10.385).

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen und Erträge, die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählen auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (HWG mbH TEUR 521; Vj. TEUR 735), Erträge aus Wertschöpfungen für Gestattungen (HWG mbH TEUR 151; Vj. TEUR 113) sowie Erträge aus Entschädigungen nach Grundbuchbereinigungsgesetz (HWG mbH TEUR 187; Vj. TEUR 19).

Ergänzend wird die Ertragslage der Muttergesellschaft mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

	2016	2015 BilRUG	2015 a. F.	Erläuterung
Gesamtleistung	96.248	92.541	91.646	TEUR Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge
Umsatzrentabilität	12,9	13,9	14,2	% Jahresüberschuss/Umsatzerlöse x 100
Eigenkapitalrentabilität	4,7	4,9	4,9	% Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn) x 100
Cashflow	23.596	23.234	21.829	TEUR Jahresüberschuss + Abschreibungen auf AV/UV
Gesamtleistung je Mitarbeiter	415	399	395	TEUR Gesamtleistung/Ø Mitarbeiter (mit geringf. Beschäftigte/Hilfskräfte ohne Auszubildende)
Personalaufwandsquote	13,9	13,7	13,8	% Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

Der Bestand und der Leerstand haben sich bei der HWG mbH und der HWG KG wie folgt entwickelt:

Bestand und Leerstand	2016	2015
HWG mbH		
Wohneinheiten	15.498	15.618 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,6	8,0 %
Gewerbeeinheiten	258	269 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	11,6	13,8 %
HWG KG		
Wohneinheiten	2.240	2.240 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	2,5	2,2 %
Gewerbeeinheiten	20	20 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	0	0,0 %

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage insgesamt ist überplanmäßig und wird damit als positiv eingeschätzt. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Nachhaltigkeitsbericht

Die vielfältigen Erwartungen und Ansprüche unterschiedlicher Stakeholder an ein kommunales Wohnungsunternehmen sind hoch und stehen häufig auch in Konkurrenz zueinander.

Zweck der Gesellschaft laut Gesellschaftsvertrag ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Zudem achtet der Gesellschafter auf die Beiträge der Gesellschaft zur Erfüllung städtebaulicher Ziele und zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Für andere Interessensgruppen, wie z. B. Mieter und Mitarbeiter, sind eher ökologische oder soziokulturelle Themen von Bedeutung. Für Geschäfts- und Finanzierungspartner ist die wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit entscheidend.

Grundlage für eine dauerhaft erfolgreiche Unternehmensentwicklung ist deshalb, dass alle Nachhaltigkeitsthemen bei unternehmerischen Entscheidungen und unternehmerischem Handeln in einem angemessenen Verhältnis Berücksichtigung finden.

Ökonomie

Die Unternehmensstrategie ist entsprechend des Gesellschaftsvertrages auf eine langfristige Vermietung und Verwaltung von Wohnungen mit dem Ziel der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung ausgerichtet.

Eine Anpassung des Wohnungsbestandes der Gesellschaft und damit des Wohnungsangebotes für die nachfragende Bevölkerung durch Modernisierung ist Voraussetzung für ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Zielgerichtete An- und Verkäufe sowie Neubau sind ebenso Instrumente zur Portfoliooptimierung.

Die Nachfragergruppen entwickeln geänderte Vorstellungen und Anforderungen an Wohnstandort und Wohnqualität. Der Bedarf an seniorenfreundlichem und seniorengerechtem, aber auch an bezahlbarem Wohnraum wächst. Neben dem demografischen Wandel wird die Wohnungsnachfrage aber auch immer mehr durch das Wissen um ökologische Zusammenhänge und die umweltbewusste Einstellung zum Klimawandel beeinflusst.

Die Gesellschaft richtet ihr jährliches Investitionsprogramm unter anderem daran aus. Investiert wird dabei unter Berücksichtigung von städtebaulichen Aspekten vorrangig in innerstädtischen und innenstadtnahen Stadtteilen, entsprechend der Zielgruppenausrichtung aber auch in allen anderen Stadtteilen, in denen die Gesellschaft Bestände hält. Mit diesen Maßnahmen werden der Wert des Immobilienbestandes der Gesellschaft und damit der Wert des Anlagevermögens gesteigert. Bei den Beständen, bei denen im jeweiligen Jahr keine Maßnahmen zur Verbesserung erfolgen, wird die Bauqualität der Immobilien durch Instandhaltungsmaßnahmen gesichert.

Ökologie

Mit den unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft werden gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen der Energieverbräuche und sonstigen Ressourcennutzungen für die Mieter verbessert. Unternehmerisch nachhaltig handeln bedeutet deshalb auch, bei allen Entscheidungen und bei allem Handeln Überlegungen zum Schutz der Umwelt und zum sorgfältigen Umgang mit Ressourcen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Vorbereitung von investiven Maßnahmen erstellt die Gesellschaft deshalb für jedes Quartier/jede Immobilie ein individuelles Energiekonzept, welches unter Berücksichtigung einer Kosten-, Ressourcen- und Nutzenabwägung zu einem reduzierten Energiebedarf der jeweiligen Immobilie führen soll. Zu allen investiven Maßnahmen aus dem jährlichen Investitionsprogramm der Gesellschaft gehört eine energetische Verbesserung der Immobilien. Der reduzierte Energiebedarf schützt die Umwelt und senkt zudem in der Folge die Wohnnebenkosten.

Im Jahr 2016 wurde in der Stadt Halle (Saale) die „Energie-Initiative Halle (Saale)“ ins Leben gerufen. An dieser Initiative beteiligen sich neben der Gesellschaft weitere Akteure der halleschen Wohnungswirtschaft sowie Industrieunternehmen, Forschungseinrichtungen, die Stadt Halle (Saale), die Stadtwerke Halle (Saale), die Energieversorgung Halle und weitere Institutionen. Die Partner der Initiative bekennen sich dazu, auch in Zukunft die energetisch effiziente Fernwärme zu nutzen und unterstützen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Praktische Beispiele in der Umsetzung durch die Gesellschaft sind die Ausbauaktivitäten des Fernwärmesystems bei dem Neubauprojekt „Wohnpark im Paulusviertel“ sowie bei den aktuellen Sanierungsmaßnahmen in der Südstadt.

Soziales

Die Gesellschaft fühlt sich der Stadt Halle (Saale) und ihren Bürgerinnen und Bürgern im besonderen Maße verbunden und verpflichtet. Im Mittelpunkt steht die Absicherung einer sozial verantwortbaren Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten.

Ziel der Gesellschaft ist eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur. In den bewirtschafteten Quartieren schafft die Gesellschaft durch Sanierung zum einen qualitätsvollen Wohnraum, stellt gleichzeitig aber weiterhin preiswerten Wohnraum zur Verfügung. Bei fast der Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes der Gesellschaft entsprechen die Mieten den aktuellen städtischen Richtwerten der Unterkunfts-kosten für Leistungsempfänger. Das Angebot der Gesellschaft in diesem Wohnungsmarktsegment liegt damit weit über ihrem Marktanteil.

Im Selbstverständnis der Gesellschaft gehen ihre Aufgaben über die Wohnraumversorgung und die wirtschaftliche Perspektive hinaus. Wohnen ist in der heutigen Zeit nicht nur ein rein wirtschaftliches Gut. Es geht auch um das Miteinander unterschiedlicher sozialer Gruppen in einem Quartier. Die Gesellschaft setzt vor diesem Hintergrund verstärkt auf ein Quartiers- und Sozialmanagement und arbeitet dabei mit einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden sowie der Stadt Halle (Saale) zusammen.

Als größter Vermieter Halles hat die Gesellschaft ein Interesse, die Wahrnehmung und das Erscheinungsbild der Stadt nach innen und außen positiv mitzugestalten. Vereine und gemeinnützige Institutionen sind wichtige Akteure hierbei.

Die Gesellschaft engagiert sich daher seit vielen Jahren in Form von Sponsorings oder Spenden – so auch im Jahr 2016. Neben eigenen Aktivitäten wie dem Nachbarschaftstreff und den zahlreichen Mieterfesten in den eigenen Quartieren unterstützte die Gesellschaft Vereine und gemeinnützige Institutionen aus dem sozial-gesellschaftlichen Bereich, aus der weitläufigen städtischen Kulturlandschaft sowie aus dem Amateur- und Profisport.

4. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken analog des Vorjahres umgesetzt. Neben der Überwachung von Risiken mit kurzfristigen Auswirkungen werden einmal jährlich auch mittel- und langfristige Gefahrenpotentiale bewertet. Dies erfolgt im Rahmen der Risikoinventur im ersten Quartal eines Geschäftsjahres.

Die für die Geschäftstätigkeit typischen immobilienwirtschaftlichen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Die Einschätzung hinsichtlich ihres generellen Schadenspotentials wird überprüft. Risiken mit einem mittleren bis hohen Schadenspotential werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und vorhandener bzw. im Eintrittsfall möglicher Steuerungsmaßnahmen näher betrachtet.

Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkung dieser Risiken auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt wird.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Die Gesellschaft beobachtet die Entwicklung dieser Risiken unterjährig und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit.

Dazu gehörten im Jahr 2016 das Mietertrags-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Abgeleitet aus der Jahresplanung werden Messgrößen und Schwellenwerte definiert. Eine Über- oder Unterschreitung der Schwellenwerte führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkung dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen als gering eingeschätzt.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur zu Beginn des Geschäftsjahres wurde dem Mietertragsrisiko eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Am halleschen Wohnungsmarkt ist weiterhin ein struktureller Leerstand vorhanden, welcher in der bisherigen demografischen Entwicklung begründet ist. Damit besteht grundsätzlich ein Leerstandsrisiko und somit das Risiko steigender Erlösschmälerungen. Die seit dem Jahr 2010 bestehende positive Bevölkerungsentwicklung, welche in den vergangenen zwei Jahren an Dynamik gewonnen hat, führte zu einem leicht rückläufigen Leerstand in der Stadt Halle (Saale) und reduziert damit zunehmend dieses Risiko. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos wird als gering eingeschätzt. Die Gesellschaft hat dem bereits in der Vergangenheit durch die ständige Verbesserung der Servicequalität und der Portfolioqualität entgegengewirkt.

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft eine Rahmenvereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) über die Vermietung von mehr als 600 Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen abgeschlossen. Hierdurch wurde die Leerstands- und die Mietertragsentwicklung positiv beeinflusst. Die Vermietungen sind befristet. Eine Fortsetzung der Vereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) und/oder der Abschluss von individuellen Mietverträgen mit den jeweiligen Bewohnern und damit die Nachhaltigkeit dieser Erträge ist noch ungewiss. Dies wurde in der Jahresplanung für das Geschäftsjahr 2017 berücksichtigt.

Ein weiteres Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. vorgenommen werden.

Die aktuelle Wohnungsmarktentwicklung in der Stadt Halle (Saale) mit einer zunehmenden Verknappung von Wohnraum - in einigen Stadtteilen und Marktsegmenten ist bereits eine Anspannung zu verzeichnen - führt in Folge zu steigenden Mieten. Weiterhin besteht Nachfrage nach qualitativem Wohnraum. Dies zeigen die große Akzeptanz der Investitionen der Gesellschaft bei den Nachfragern und die häufig überplanmäßigen Renditen. Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden.

Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert. Der Mietspiegel aus dem Jahr 2010 bildet nicht mehr die tatsächlichen Marktverhältnisse ab. Dies birgt langfristig Risiken für die Gesellschaft. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat im Oktober 2016 mit Beschlussfassung die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines neuen qualifizierten Mietspiegels bis zum 31. Dezember 2017 beauftragt.

Die Muttergesellschaft trägt für die Gesellschaften des Konzerns das Mietertragsrisiko. Die HWG KG erhält von der Muttergesellschaft Leasingraten, die HGWS wird Mietzahlungen erhalten.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko kann unternehmensinterne Ursachen haben, beispielsweise durch Fehlplanungen oder Fehleinschätzungen im Rahmen der Sanierungskonzeption, oder durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst werden, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes.

Die Baupreise haben sich in den letzten Jahren moderat entwickelt. Gemäß Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt belief sich der Anstieg in den letzten drei Jahren im Durchschnitt auf etwa 1,5 Prozent pro Jahr. In dieser Größenordnung berücksichtigt die Gesellschaft Baukostenentwicklungen in ihren Planungen.

In einigen Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes übersteigt seit Ende des vergangenen Jahres die Nachfrage die Leistungsangebote. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Dies führt aktuell teilweise zu Preissteigerungen.

Die Ursache für die aktuelle Entwicklung ist unter anderem in der im Vergleich zu Vorjahren umfangreicheren Bautätigkeit zu sehen. Im Jahr 2016 wurden in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu 2015 für wesentlich mehr Wohnungen Baugenehmigungen erteilt (Anstieg von etwa 13 Prozent).

Umfang und Dauer dieser Entwicklungen können derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Die Gesellschaft wird deshalb den Markt vorerst weiter beobachten. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

Im Unternehmen werden Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Mit der Erarbeitung von Investitions- und Bewirtschaftungskonzepten wird deshalb gemäß dem QHB-Prozess Bestandsentwicklung frühzeitig und unter Beteiligung verschiedener Fachabteilungen begonnen. Die Umsetzung der Investitionsmaßnahmen erfolgt anschließend nach Maßgabe des QHB-Prozesses Projektrealisierung. Dieser stellt den Handlungsrahmen für alle am Prozess beteiligten Unternehmensbereiche und definiert Kontroll- und Entscheidungspunkte.

Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Überwachung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant. Die HWG KG tätigt selbst keine Investitionen. Bei der HGWS wird das Baukostenrisiko durch den Bauvertrag mit Schlüsselfertigkeitsvereinbarung und einem garantierten Maximalpreis begrenzt.

Liquiditätsrisiko

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahme- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist das Portfolio der Gesellschaft. Mit dem lagebegünstigten Portfolio hebt sich die Gesellschaft vom Wettbewerb ab. Auch kann die Gesellschaft damit auf die Nachfrage nach Wohnraum flexibel reagieren.

So stellt beispielsweise der im Vergleich zu anderen Wettbewerbern höhere Sanierungsrückstand im Portfolio derzeit eher einen Wettbewerbsvorteil dar. Die Gesellschaft hat die Chance, zum einen die Investitionen zu einem Zeitpunkt mit historisch günstigen Zinsen zu tätigen und zum anderen in einem von Anspruchsänderungen geprägten Markt den eigenen Immobilienstand an die neuesten technischen, insbesondere energetischen Standards sowie die derzeitigen und zukünftigen zielgruppenspezifischen Anforderungen an Wohnraum anzupassen.

Andererseits werden die aktuellen Marktentwicklungen mit der daraus folgenden Verknappung von Wohnraum nicht im bisherigen Umfang qualitativ hochwertige und an den hohen Anforderungen der Nachfrager ausgerichtete Sanierungen erfordern. Objekte können auch mit geringeren Mitteln wieder in einen vermietungsfähigen Zustand versetzt und dem Markt zugeführt werden. Dies sehen die Planungen der Gesellschaft vor.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

5. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Oktober 2016 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2017 genehmigt. Über die darüber hinausgehende strategische Ausrichtung der Gesellschaft sowie die zukünftigen Schwerpunkte der Unternehmensentwicklung werden Geschäftsführung und Aufsichtsrat im Rahmen einer Klausur im Mai 2017 beraten.

Die Planung für das Jahr 2017, insbesondere das zugrunde liegende Investitionsprogramm, ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen am Wohnungsmarkt stärker als bisher am Gesellschaftsauftrag, der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung, ausgerichtet. Insgesamt umfassen das Investitionsprogramm 2017 ca. 600 Wohnungen und ein Investitionsvolumen in Höhe von ca. 28 Mio. Euro.

Die Gesellschaft plant verstärkt auf breite Bevölkerungsschichten ausgerichtete Investitionen – insbesondere in Form der energetischen Verbesserung von Bestandsobjekten. Damit sollen die Wohn- und Lebensqualität für die Mieterinnen und Mieter gesteigert und gleichzeitig die Bezahlbarkeit von Wohnraum für die unteren und mittleren Einkommensschichten der Bevölkerung gesichert werden. Darüber hinaus ist dies ein Beitrag zu einer deutlichen Verbesserung der ökologischen Bilanz. Diese Investitionsprojekte werden im Jahr 2017 mehr als 300 Wohnungen umfassen.

Ergänzend dazu ist vorgesehen, die hohe Qualitätsstandards vorschreibenden Investitionskonzepte der letzten Jahre fortzusetzen. Hier sind ebenfalls Nachfragepotentiale vorhanden. Zu diesem Zweck werden etwa 200 weitere Wohnungen durch Investitionen Aufwertungen erfahren. Dabei steht eine an der Nachfrage orientierte Qualifizierung im Vordergrund.

Mit einem Neubauprojekt am Riebeckplatz wird das Portfolio weiter diversifiziert. Für geplante Investitionen der Folgejahre werden bauvorbereitende Maßnahmen umgesetzt.

Das Instandhaltungsbudget wurde mit ca. 9 Mio. Euro geplant. Schwerpunkt ist die Instandsetzung und Instandhaltung mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes.

Verkäufe zur Portfoliobereinigung und zur Liquiditätsbeschaffung sind im Jahr 2017 geplant. Für den Erwerb von Immobilien wurden in der Planung erneut Mittel bereitgestellt.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden voraussichtlich einen Leerstandsabbau unterstützen. Zum Ende des Jahres 2017 wird eine Leerstandsquote von ca. 5,4 Prozent angestrebt. Investitionen und Leerstandsabbau werden zu einer weiteren Steigerung der Umsatzerlöse führen.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein leicht steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein deutlicher Jahresüberschuss in Höhe von ca. 11,6 Mio. Euro (HWG mbH) bzw. ca. 10,7 Mio. Euro (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2016 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von fünf Millionen Euro aus.

Auch für den Folgezeitraum plant die Gesellschaft eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und entsprechenden Jahresüberschüssen. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Dr. Wahlen, Heinrich (bis 30.06.2016) Marx, Jürgen (seit 01.07.2016))</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian und Heumann, Florian)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Soethe, Robert, Goldbrunner, Christian und Kober, Peter)</i>
	Zeigermann, Christian	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	69.429	100	70.790	100	72.151	100	-1.361	-2
Umlaufvermögen	12	0	12	0	13	0	0	0
Bilanzsumme	69.441	100	70.802	100	72.164	100	-1.361	-2
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	69.431	100	70.792	100	72.154	100	-1.361	-2
Bilanzsumme	69.441	100	70.802	100	72.164	100	-1.361	-2

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.723	5.073	5.465
sonstige betriebliche Erträge	0	10	10
Abschreibungen	1.361	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	112	108	109
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	78	227	398
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.328	3.841	4.403
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0	0
Ergebnis nach Steuern	0		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.361	1.361	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

c) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.978	70	7.571	73	7.164	67	-593	-8
Umlaufvermögen	3.004	30	2.754	27	3.494	33	250	9
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	7	0			-5	-71
Bilanzsumme	9.984	100	10.332	100	10.658	100	-348	-3
Passiva								
Eigenkapital	6.814	68	6.745	65	6.644	62	69	1
Sonderposten für Investitionszulagen	2.690	27	3.128	30	3.566	34	-438	-14
Rückstellungen	120	1	169	2	200	2	-49	-29
Verbindlichkeiten	351	4	281	3	248	2	70	25
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	9	0			0	0
Bilanzsumme	9.984	100	10.332	100	10.658	100	-348	-3

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.775	1.779	1.810
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	7	-27	-20
sonstige betriebliche Erträge	12	24	35
Personalaufwand	88	48	54
Abschreibungen	155	156	156
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.468	1.440	1.513
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	6	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		138	112
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	36	29
Ergebnis nach Steuern	68		
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	68	102	83
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	68	102	83
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,86	5,71	4,57	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,00	1,51	1,25	%
Cash-Flow:	223	258	239	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	718	888	912	T€
Personalaufwandsquote:	4,89	2,69	2,97	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	59,86	63,57	67,19	%
Eigenkapitalquote:	68,25	65,29	62,33	%
Fremdkapitalquote:	31,75	34,71	37,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	99,84	99,51	99,08	%

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
 - A.1 Gegenstand des Unternehmens
 - A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden
 - A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation
- B. Wirtschaftsbericht
 - B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
 - B.3 Lage
 - B.3.1 Ertragslage
 - B.3.2 Finanzlage
 - B.3.3 Vermögenslage
 - B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - B.5 Gesamtaussage
- C. Prognosebericht
- D. Chancen- und Risikobericht
 - D.1 Chancenbericht
 - D.2 Risikobericht
 - D.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institut der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die Bio-Zentrum Halle GmbH schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 28,0 Mio. € wurden ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 – Labore sowie Gewächshäuser angeboten. Insgesamt zeichnet sich aber im Technologiepark Weinberg Campus eine biotechnologische / biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von Start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen. Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit geraumer Zeit keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der neu firmierten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert. Die Bio-Mitteldeutschland GmbH firmiert seit 2012 unter dem Namen BMD GmbH, um eine Öffnung für die Zusammenarbeit bei Projekten mit den Bundesländern Sachsen und Thüringen zu ermöglichen, welches unter dem Anspruch und damit verbundenen Namen "Mitteldeutschland" nicht möglich war.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur CeBIT in Hannover, kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in San Francisco und zur BIO Europe in München genannt. Darüber hinaus veranstaltete die Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr das Natural Science Entrepreneurship Forum Mitteldeutschland in der Nationalen Akademie der Wissenschaften in Halle (Saale) und beteiligte sich als Mitveranstalter und Partnerregion an den Deutschen Biotechnologietagen in Leipzig. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Bio-Zentrum Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Bio-Zentrum Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum diene die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes "Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs einer Gründerwerkstatt im Schwerpunktfeld Biowissenschaften.

B. Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland wird in 2017 voraussichtlich insgesamt zunehmen, aber noch verhalten bleiben. Denn die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Dies wird die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen.

In der Biotechnologie und in angrenzenden Gebieten war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und fördertechischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren auch zukünftig die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten. Hinzu kommt ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die interessante Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen.

B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität, wobei wirtschaftliche Entwicklungen von Unternehmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen.

Der Mietzins konnte auch im Jahr 2016 beibehalten werden, obwohl höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur macht zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Insbesondere das 1998 fertiggestellte Forschungsverfügungsgebäude im Weinbergweg 22 ist nach über 18 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel z.B. zur Modernisierung bzw. zur Umgestaltung der Gebäude sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2017 werden diese Bemühungen fortgesetzt. Bauseitig sind noch keine gravierenden Mängel erkennbar, die den ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten.

Darüber hinaus nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein. Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag zu 99,84% ausgelastet sind.

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

B.3 Lage

B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	879	49,0%	873	49,2%	6	0,7%
+ Mietnebenkosten	892	49,7%	906	51,0%	-14	-1,5%
+ = UMSATZERLÖSE	1.771	98,7%	1.779	100,2%	-8	-0,4%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	7	0,4%	-27	-1,5%	34	-125,9%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	16	0,9%	24	1,4%	-8	-33,3%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.794	100,0%	1.776	100,0%	18	1,0%
+ Personalkosten	88	4,9%	48	2,7%	40	83,3%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	994	55,4%	960	54,1%	34	3,5%
+ Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	7	0,4%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	125	7,0%	153	8,6%	-28	-18,3%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,2%	5	0,3%	-2	-40,0%
+ Werbe- und Reisekosten	13	0,7%	6	0,3%	7	116,7%
+ sonstige Kosten	327	18,2%	310	17,5%	17	5,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.557	86,8%	1.489	83,8%	68	4,6%
= EBITDA	237	13,2%	287	16,2%	-50	-17,4%
+ Abschreibungen planmäßige Auflösung der Rücklagen für + Investitionszuschüsse	-438	-24,4%	-438	-24,7%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	155	8,6%	156	8,8%	-1	-0,6%
= EBIT	82	4,6%	131	8,8%	-49	-37,4%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	6	100,0%	6	100,0%	0	0,0%
+ = FINANZERGEBNIS	6	100,0%	6	100,0%	0	0,0%
= EBT	88	4,9%	137	7,7%	-49	-35,8%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	20	22,7%	36	26,3%	-16	-44,4%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	20	22,7%	36	26,3%	-16	-44,4%
= JAHRESÜBERSCHUSS	68	3,8%	101	5,7%	-33	-32,7%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2015 um 18 T-€ (+1,0 %) auf 1.794 T-€ erhöht. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um 6 T-€, die abgerechneten Mietnebenkosten haben sich dagegen um 14 T-€ vermindert. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Mietnebenkosten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 34 T-€, die sonstigen betrieblichen Erträge gingen um 8 T-€ zurück. Gegenüber dem Wirtschaftsplan für 2016 lag die Gesamtleistung um 37 T-€ unter dem Planansatz. Dies lag ausschließlich an den Mietnebenkosten, die um 76 T-€ unter Plan lagen. Die Mieten übertrafen den Planansatz um 23 T-€.

Die **betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 68 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Personalkosten (+40 T-€), die Raumkosten (+34 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+7 T-€) und die sonstigen Kosten (+17 T-€) erhöht. Die Instandhaltungsaufwendungen (-28 T-€) haben sich hingegen vermindert. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben. Der Planansatz wurde um 116 T-€ unterschritten. Dies lag im Wesentlichen an den Raumkosten (71 T-€ unter Plan), den Reparatur- und Instandhaltungskosten (35 T-€ unter Plan) und den Werbe- und Reisekosten (22 T-€ unter Plan).

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2015 um 50 T-€ auf 237 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 593 T-€ (Vorjahr: 594 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie bisher 438 T-€.

Die saldierten Abschreibungen lagen somit mit 155 T-€ um 1 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** lag folglich bei 88 T-€ gegenüber 137 T-€ im Vorjahr. Gegenüber dem Planansatz i.H.v. 4 T-€ gab es hier eine positive Abweichung von 84 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (6 T-€) nicht geändert und entspricht dem Planansatz.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich aufgrund der Verminderung des EBIT um 16 T-€ auf 20 T-€ vermindert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 22,7 % gegenüber 26,3 % im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 33 T-€ auf 68 T-€ verschlechtert, liegt damit um 61 T-€ über dem Planansatz.

B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.697,4 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 161,2 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2016		Bilanz zum 31.12.2015		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TC	%	TC	%	TC	%
Eigenkapital	6.813,8	68,4	6.745,3	65,3	68,5	1,0
Sonderposten mit Rücklageanteil	2.689,7	26,9	3.128,1	30,3	-438,4	-14,0
Rückstellungen	120,3	1,2	169,4	1,6	-49,1	-29,0
Erhaltene Anzahlungen	129,1	1,3	165,3	1,6	-36,2	-21,9
Lieferverbindlichkeiten	130,4	1,3	61,2	0,6	69,2	113,1
Sonstige Verbindlichkeiten	91,7	0,9	54,4	0,5	37,3	68,6
Summe Verbindlichkeiten	351,2	3,5	280,9	2,7	70,3	32,2
Rechnungsabgrenzungsposten	8,5	0,1	8,4	0,1	0,1	1,2
Summe Passiva = Gesamtkapital	9.983,5	100,0	10.332,1	100,0	-348,6	-3,4

B.3.3 Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2016		Bilanz zum 31.12.2015		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	5.975,7	59,9	6.568,6	63,6	-592,9	-9,0
Finanzanlagen	1.002,3	10,0	1.002,3	9,7	0,0	0,0
Summe Anlagevermögen	6.978,0	69,9	7.570,9	73,3	-592,9	-9,0
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	306,4	3,1	218,3	2,1	88,1	40,4
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	2.697,4	27,0	2.536,2	24,5	161,2	6,4
Summe Umlaufvermögen	3.003,8	30,1	2.754,5	26,7	249,3	9,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	6,7	0,1	-5,0	-74,6
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	9.983,5	100,0	10.332,1	100,0	-348,6	-3,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 348,6 T-€ (= -3,4 %) auf 9.983,5 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-592,9 T-€) auf nunmehr 69,9 % (Vorjahr: 73,3 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 63,6 % im Vorjahr auf 59,9 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** blieb unverändert. Der Anteil am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 9,7% auf 10,0 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (0,5 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 593,4 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 592,9 T-€ auf einen Betrag von 5.975,7 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 249,3 T-€ oder 9,0 % auf 3.003,8 T-€ erhöht. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 3,6 T-€ haben sich um 3,1 T-€, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 85,0 T-€ auf 302,8 T-€ erhöht.

Bei den Sonstigen Vermögensgegenständen haben sich die Steuerforderungen um 26,5 T-€ auf 30,1 T-€ erhöht, die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände sind mit 4,3 T-€ im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 2.697,4 T-€ (Vorjahr: 2.536,2 T-€) und nahmen damit um 161,2 T-€ zu.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 1,7 T-€ auszuweisen (Vorjahr: 6,7 T-€).

B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 ist kaum Leerstand zu verzeichnen. Die Auslastung beträgt 99,84 %, wobei der Jahresdurchschnitt bei 99,70 % liegt.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie)	57,14%
- Services	21,43%
- Ingenieurdienstleistungen	14,29%
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	7,14%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 15 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Die weiteren finanziellen Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

B.5 Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

C. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2017 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2018 bis 2022 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2017	1.831	1.803	6	34
2018	1.831	1.837	6	0
2019	1.831	1.820	6	17
2020	1.831	1.820	6	17
2021	1.831	1.820	6	17
2022	1.831	1.820	6	17

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt verhalten eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der Bio-Zentrum Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Berichtszeitraum entwickelten Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert. Nun gilt es, diese Strategie in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Bio-Zentrum Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2017 das Ziel der Ansiedlung von ein bis zwei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Des Weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch die Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Bio-Zentrum Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, insbesondere die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Um dem latenten Leerstandsrisiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung die Bestandsunternehmen bei der Investorensuche sowie bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Darüber hinaus steht die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH im Fokus der Aktivitäten der Geschäftsleitung.

Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht 2017 die abschließende Diskussion und der Beschluss des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Bio-Zentrum Halle GmbH und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten im kommunalen Innovationsschwerpunkt Life Sciences ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur ist mittelfristig mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2017 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können.

D. Chancen- und Risikobericht

D.1 Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences und Biotechnologie sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zur Zeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Insbesondere Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen im Bereich Biotechnologie / Life Sciences verfügen aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf. Chancen für die Bio-Zentrum Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen Bereich als auch in der Verbindung mit weiteren Technologieschwerpunkten, insbesondere in der IT und Softwareentwicklung. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur.

Zu diesem Zweck kooperiert die Bio-Zentrum Halle GmbH eng mit der TGZ Halle GmbH, die aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umbaut, welche wiederum in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen, u.a. im biotechnologisch / pharmazeutischen Bereich fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den Jahren 2017/2018 als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den relevanten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Bio-Zentrum Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Berichtszeitraum gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH entwickelten Zukunftsstrategie, die es in den Folgejahren umzusetzen gilt.

D.2 Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- / Life-Sciences ausgerichtete Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der Bio-Zentrum Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Dieses gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

D.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	(vertreten durch Götte, Dieter)
--------------------------	---	------------------------------------

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	21.106	99	20.006	99	19.389	99	1.100	5
Rechnungsabgrenzungsposten	209	1	242	1	263	1	-33	-14

Bilanzsumme	21.315	100	20.248	100	19.652	100	1.067	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	20.590	97	19.454	96	18.715	95	1.136	6
Rückstellungen	113	0	92	0	109	1	21	23
Verbindlichkeiten	612	3	702	4	828	4	-90	-13

Bilanzsumme	21.315	100	20.248	100	19.652	100	1.067	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.616	5.467	3.207
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.144	-3.305	-1.422
sonstige betriebliche Erträge	13	52	34
Materialaufwand	814	752	564
sonstige betriebliche Aufwendungen	535	723	293
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		739	975
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1.136		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.136	739	975
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.136	739	975

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	31,42	13,52	30,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,84	3,95	5,50	%
Cash-Flow:	1.136	739	975	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	96,60	96,08	95,23	%
Fremdkapitalquote:	3,40	3,92	4,77	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	287,30	300,60	321,30	ha
erworbene Fläche	2,50	0,00	2,60	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	15,80	20,70	20,50	ha

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Standortanfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt.

Ein erster Zuwendungsbescheid über die beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattete unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst eine erste Grunderschließung in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltete, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden inneren Erschließung wurde vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden. In Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Versorgungsinfrastruktur wurde damit auf eine veränderte Nachfrage des Marktes hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha reagiert.

Nach Vorliegen eines entsprechenden Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011 wurde diese Maßnahme entsprechend umgesetzt.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür lag seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Die Erschließung des Star Park wurde dementsprechend Ende 2014 zum Abschluss gebracht.

Die vorgeschriebene Erstellung und Prüfung des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder wurde fristgerecht zum 30.06.2015 mit Einreichung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erledigt. Diesbezüglich zwischenzeitlich durch die Investitionsbank ergangene Nachfragen wurden fristgerecht beantwortet. Ein formaler Bescheid der Investitionsbank zum Verwendungsnachweis liegt bisher nicht vor.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EglG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuern Mittel, waren entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und wurden der EglG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleichernden Rechnungen zur Verfügung gestellt. Nach Abschluss der Investitionsphase Ende 2014 erfolgten in 2015 zum Projekt ausschließlich restliche finanzielle Transaktionen.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgte seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil waren in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestanchen in den städtischen Haushalt eingestellt und wurden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses jeweils rechtzeitig zur Begleichung anstehender Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Restaktivitäten der inneren Erschließung des Star Park wurden materiell in 2014 abgeschlossen, im Geschäftsjahr 2015 erfolgten dazu lediglich die letzten Finanzierungen. Insofern ist die Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“ der Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr 2016 geprägt von den geplanten Folgeaufwendungen der öffentlichen Erschließung, soweit sie der Gesellschaft zugewiesen wurden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen übertragen worden. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben, da eine Übertragung an die Netzgesellschaft der EVH GmbH vorerst aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dieser Anlagen und noch zu klärender rechtlicher Rahmenbedingungen scheitert.

Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 übergegangen.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2016 Bestand, wobei Teilaufkündigungen infolge erreichter Ansiedlungserfolge vorgenommen wurden. Die erzielten Pachteinahmen sind unter „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Jahr 2016 konnten weitere Teilflächen mit insgesamt ca. 15,8 ha Größe verkauft werden. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse werden im 1. Halbjahr 2017 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2017 und folgende. Da den dabei erzielten Erlösen aufgrund der zuvor beschriebenen Effekte aus den erhaltenen Fördergeldern nur in geringem Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis in 2016 entsprechend positiv beeinflusst.

Außerdem konnte im Jahr 2016 mit einem namhaften Unternehmen aus dem Automotivbereich ein notariell beurkundetes Grundstückssicherungsgeschäft über 23 ha Fläche abgeschlossen werden. Der diesem Unternehmen befristet angebotene Erwerb dieser Fläche wird voraussichtlich im 2. Quartal 2017 vollzogen.

Aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2016 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 1.136 T€ erzielt werden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2016 gesichert.

Die Gesellschaft wies per 31.12.2016 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 3.919 T€ (Vorjahr: 2.082 T€) aus. Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2016 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2015 und der Wirtschaftsplanung 2017 und der Mittelfristplanung 2017 bis 2021.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt 5 ordentlichen Sitzungen und 2 außerordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2017 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Im Auftrag der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) wurde durch die Rauschenbach & Kollegen GmbH im September 2014 ein Unternehmenskonzept zur Neuausrichtung der EVG vorgelegt, von den zuständigen Organen in mehreren Sitzungen beraten und letztendlich mit der Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 bestätigt und mit der Wirtschaftsplanung 2016 fortgeschrieben.

Dieses Konzept sieht für die EVG die Übernahme der Federführung insbesondere bei der Vermarktung der Gewerbeflächen der EglG (Star Park) vor. Die dafür erforderliche Anstellung geeigneter Mitarbeiter ist inzwischen erfolgt. Der EglG kommt insofern die ausschließliche Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Mittel- bis langfristig sollen auch die als einzige Erschließungsanlagen noch bei der Gesellschaft verbliebenen Energieanlagen an die dafür im städtischen Beteiligungsportfolio zuständige Netzgesellschaft übertragen werden.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 ist pro Jahr ein Flächenverkauf im Star Park von 25 ha geplant, dessen Realisierung intensivster Anstrengungen bedarf.

Der aktuelle Angebotsstand zu Flächen im Star Park weist 195 ha bei noch verfügbaren 140 ha aus. Es besteht die berechnete Aussicht, dass der Star Park zeitnah vollständig oder überwiegend mit Ansiedlungen ausgelastet werden kann. Die Stadt Halle hat daher im Rahmen einer Machbarkeitsstudie Potentialflächen für die zügige Beplanung und Erschließung als Gewerbegebiet untersuchen lassen.

Die EglG ist daraus abgeleitet beauftragt worden, eine vertiefende Machbarkeitsuntersuchung (MBU) für eine der ausgewiesenen Potentialflächen, die sich durch für Logistikunternehmen besonders interessante Standortmerkmale auszeichnet, anzustellen.

Diese MBU wurde zu Beginn des Jahres 2017 ausgeschrieben, vergeben und befindet sich in der Ausführung. Ergebnisse werden für Mitte 2017 erwartet.

Mit dieser Gebietsentwicklung soll einerseits dem sich abzeichnenden Flächenverzehr im Star Park begegnet werden. Andererseits soll ein Alternativflächenangebot für Logistiksiedlungen geschaffen werden, die aktuell den Schwerpunkt an Anfragen für den Star Park bilden.

Die im Star Park dafür nach Wirtschaftsförderungskonzept ausgewiesenen Flächen sind jedoch bereits nahezu vollständig ausgeschöpft.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Da das Industriegebiet markungsübergreifend geplant wurde und inzwischen auch erschlossen wurde, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den beteiligten Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt.

Diese Regelungen betreffen die Vereinheitlichung von Zuständigkeiten (z. B. Brandschutzbekämpfung, Lehrlingsausbildung etc.) im Sinne klarer Regelungen für Ansiedlungsunternehmen und eine eindeutige Zuordnung von Kosten der Erschließung, Folgekosten sowie konsequenterweise auch aller Ertragspotentiale aus der Erschließung und Vermarktung des Star Park zur Stadt Halle.

Auf der Grundlage entsprechender Gremienbeschlüsse hat sich die Gesellschaft entschlossen, ein bereits im Jahr 2013 verkauftes Grundstück im Star Park zurück zu kaufen. Grundlage dieser Rückkaufentscheidung war eine entsprechende Rückübertragungsklausel im Kaufvertrag für den Fall, dass der Erwerber des Grundstücks nicht innerhalb einer festgelegten Frist nachhaltig mit der geplanten Investition beginnt. Trotz bereits um ein Jahr verlängerter Frist bestand keine Aussicht auf eine zeitnahe zweckbestimmte Nutzung des Grundstücks. Der Erwerbsvorgang der 2,5 ha großen Fläche, für derartige Flächengrößen gibt es eine gute Nachfrage und somit entsprechende Vermarktungschancen, wurde im Januar 2016 rechtsverbindlich beurkundet.

Für das Unternehmen wurde durch das zuständige Finanzamt Halle eine Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2011 bis 2014 angeordnet, die im Jahr 2016 begonnen wurde und noch zu keinem formalen Abschluss gelangte. Ein Prüfungsbericht oder –bescheid liegt noch nicht vor.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		<u>T€</u> <u>%</u>
	Stadt Halle (Saale)	25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Götte, Dieter	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Sprung, Michael
		Bystron, Bernhard (bis 25.05.2016)
		Cierpinski, André
		Hintz, Katharina
		Nagel, Elisabeth
		Rupsch, Marko (seit 25.05.2016)

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>8</u>

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	84	31	38	19	0	0	46	121
Umlaufvermögen	186	68	160	80	152	98	26	16
Rechnungsabgrenzungsposten	3	1	2	1	2	2	1	50

Bilanzsumme	273	100	200	100	155	100	73	37
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	109	40	71	36	70	45	38	54
Rückstellungen	70	26	89	44	67	43	-19	-21
Verbindlichkeiten	94	34	40	20	18	12	54	135

Bilanzsumme	273	100	200	100	155	100	73	37
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	759	0	0
sonstige betriebliche Erträge	28	683	282
Materialaufwand	200	0	0
Personalaufwand	318	340	174
Abschreibungen	15	6	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	216	336	107
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1	2
Ergebnis nach Steuern	38		
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	38	1	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	38	1	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,95			%
Eigenkapitalrentabilität:	52,55	1,82	2,84	%
Cash-Flow:	52	8	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	197	137	141	T€
Personalaufwandsquote:	40,39	49,70	61,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,91	1,52	0,00	%
Eigenkapitalquote:	39,92	35,72	45,42	%
Fremdkapitalquote:	60,08	64,28	54,58	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2016 in 5 ordentlichen Sitzungen und 2 außerordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2015 und dem Wirtschaftsplan 2017 sowie der Mittelfristplanung bis 2021, der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heid-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks im Jahr 2007 beauftragt. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor. Die investive Erschließung des Star Park wurde fristgerecht zum Jahresende 2014 abgeschlossen. Der darauffolgend zu erstellende Verwendungsnachweis über die erhaltenen Fördermittel wurde ebenso fristgerecht im Juni 2015 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt übergeben.

Erstmals in 09/2016 gab es dazu Nachfragen, die vollständig abgearbeitet wurden. Weitergehende Aktivitäten seitens der Investitionsbank erfolgten bis zu Erstellung des Jahresabschlusses 2016 nicht.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wurde in 2014 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH ein Beratungsvertrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und zur fachlichen Begleitung bei der Umsetzung dieses Konzeptes (siehe Abschnitt A.) abgeschlossen. Dieses Konzept liegt vor und wurde in mehreren Aufsichtsratssitzungen beraten. Die sich daraus begründende Schaffung von mehreren Mitarbeiterstellen für Akquise und Standortmarketing wurde noch in 2014 zur Stellenausschreibung geführt und das Personalauswahlverfahren wurde Anfang 2015 abgeschlossen.

Dessen Ergebnisse wurden in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17.02.2015 gebilligt.

Die mit dem Unternehmenskonzept einhergehende Unternehmensplanung für den Mittelfristzeitraum 2015-2019 wurde sowohl vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, wie durch den Finanzausschuss des Stadtrates als dem nach der Hauptsatzung des Stadtrates zuständigen Gremium in dessen Sitzung am 20.01.2015 festgestellt.

Diese Planung wurde im Zuge der anstehenden Wirtschaftsplanung für 2016 und die Mittelfristplanung bis 2020 fortgeschrieben. Auch hierzu ergingen einschließlich der in der Planung berücksichtigten Aufwands- und Ertragspositionen aus der in Treuhanderschaft für die Stadt Halle ab 01.01.2016 zu übernehmenden Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd alle erforderlichen Gremienbeschlüsse.

Das übergreifende Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle wurde in der Sitzung des Stadtrates im Mai 2016 verabschiedet, woraus sich für die Gesellschaft eingeschränkte Aufgabenzuordnungen im Bereich von Neuansiedlungen außerhalb des Star Park ergaben, die im operativen Geschäft entsprechend umgesetzt wurden. Damit sind für die Gesellschaft alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des ausgearbeiteten Unternehmenskonzeptes gefasst.

Aus den gemeinsam mit der Stadt Halle im Jahr 2015 betriebenen Akquisebemühungen resultiert in 2016 eine weitere Neuansiedlung im Star Park auf ca. 14 ha Fläche. Ein Bestandsunternehmen im Star Park machte von einer ihm eingeräumten Kaufoption Gebrauch und erwarb weitere 1,8 ha Fläche. Die betriebenen Akquiseaktivitäten führten weiter zu einem Ende Januar 2017 vollzogenen Vertragsabschluss über die Ansiedlung eines Herstellers von Tiefkühlbackwaren (4,5 ha + 3,1 ha Option) und einem notariell beurkundeten Grundstückskaufvertragsangebot über 23 ha Fläche mit einem namhaften Automotive-Unternehmen.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf.

Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten termingerecht abgearbeitet werden.

Die Arbeiten konzentrierten sich dabei im Wesentlichen auf die Begleitung des laufenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 32.6 für das letzte zu erschließende Wohngebiet am Grünen Dreieck.

Der Jahresabschluss 2016 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 38 (im Vorjahr: TEUR 1) aus.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vereinbarte pauschale Jahreshonorar führte zu dem gegenüber dem Wirtschaftsplan deutlich höheren Ergebnis, da die darin einkalkulierten eigenen Aufwendungen der EVG aufgrund der über das gesamte Jahr 2016 nicht besetzten Projektleiterstelle nicht vollständig zum Tragen kamen.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 46 (Vorjahr TEUR 50). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2016 gesichert.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, nach Abschluss der Erschließung des Star Park insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, wurde durch die zuständigen Organe der Gesellschaft insbesondere die Erarbeitung einer Konzeption zur Neuausrichtung der Gesellschaft mit dem Schwerpunkt der Akquise um Ansiedlungsunternehmen beschlossen.

Über ein erarbeitetes und in ständiger Anpassung befindliches Standortmarketingkonzept sowie die sich darauf begründende verstärkte Akquisetätigkeit um Ansiedlungen speziell für das Industriegebiet Star Park sind die Grundlagen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit von EVG und EglG aus ausschließlich eigenen Mittelaufkommen zu schaffen. Die Gesellschaft schätzt ein, dass die Umsetzung des festgestellten Wirtschaftsplanes 2017 ohne Inanspruchnahme von Fremdmitteln aus den bereits realisierten und sich weiter abzeichnenden Verkaufserlösen finanziert werden können.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet.

Hieran setzt eine bereits im Jahr 2015 begonnene Umsatzsteuersonderprüfung des Finanzamtes Halle an. Erste Prüfungshandlungen gehen auf die Aufwandsweiterberechnung der EVG an die EglG ein und hinterfragen das Prinzip der vollständigen Aufwandsberechnung der EVG an EglG. Prüfungsfeststellungen oder einen Abschlussbericht gibt es noch nicht.

Die EVG hat das Erschließungsprojekt Star Park im Jahr 2014 entsprechend Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt investiv beendet. Die Erstellung des Verwendungsnachweises der erhaltenen Fördergelder ist per 30.06.2015 erfolgt, der Nachweis ist der Investitionsbank fristgerecht zugereicht worden.

Der Verwendungsnachweis ist durch die Investitionsbank zu prüfen, woraus sich bei aller an den Tag gelegten Sorgfalt bei der förderrechtskonformen Umsetzung des Erschließungsprojektes nicht prognostizierbare Forderungen auf Rückführung gewährter Fördergelder ergeben können, die allerdings dem Zuwendungsempfänger Stadt Halle angelastet werden würden. Wie bereits ausgeführt, liegt ein Prüfungsergebnis oder gar ein Prüfbescheid noch nicht vor.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2017 und der Mittelfristplanung bis 2021 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die darin insgesamt für die EVG und in deren Verantwortung vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Dieses Konzept wurde im Mai 2016 vom Stadtrat der Stadt Halle beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind in der Wirtschaftsplanung für 2017 ff. berücksichtigt.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen.

Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle vertraglich vereinbarten, kostendeckenden Entgelt ausführen.

Insgesamt wird damit von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike
		Ahrens, Steffen
		Boßmann, Claus Peter
		Dr. Fikentscher, Rüdiger
		Krischok, Marion
		Loeser, Tony
		Raszat, Leif
		Sund, Sven

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	9	8	10

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	11.113	95	10.284	93	6.406	85	829	8
Umlaufvermögen	559	5	809	7	1.156	15	-250	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	24	0	0	0	-5	-21

Bilanzsumme	11.691	100	11.117	100	7.562	100	574	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	811	7	863	8	1.084	14	-52	-6
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.693	83	9.012	81	5.315	70	681	8
Rückstellungen	390	3	388	3	436	6	2	1
Verbindlichkeiten	795	7	852	8	725	10	-57	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	2	0	0	0

Bilanzsumme	11.691	100	11.117	100	7.562	100	574	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	631	403	361
andere aktivierte Eigenleistungen	41	0	0
sonstige betriebliche Erträge	345	361	607
Personalaufwand	269	264	266
Abschreibungen	366	330	334
sonstige betriebliche Aufwendungen	409	373	488
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	6	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-208	-121
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-39		
sonstige Steuern	13	13	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-52	-221	-133
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-52	-221	-133

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-6,23	-54,80	-36,82	%
Eigenkapitalrentabilität:	-4,62	-20,37	-10,93	%
Cash-Flow:	327	109	201	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	254	191	242	T€
Personalaufwandsquote:	26,40	34,52	27,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,03	92,51	84,71	%
Eigenkapitalquote:	6,94	7,76	14,33	%
Fremdkapitalquote:	93,06	92,24	85,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
vermietbare Fläche	4.287,72	3.700,00	3.700,00	m ²
Auslastung	99,30	98,20	97,90	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Nachdem im Vorjahr die Postproduktionsstudios wieder eröffnet wurden, stand die Vermarktung und Auslastung dieser Bereiche im Fokus des Geschäftsjahres 2016. Ein weiterer Schwerpunkt im Geschäftsjahr war die kontinuierliche Auslastung der zur Verfügung stehenden Büroräume. Darüber hinaus wurde im Jahr 2016 der zweite Fördermittelantrag für die weitere Wiederherstellung erarbeitet und beim Fördermittelgeber eingereicht. Dies erforderte insbesondere im ersten Quartal 2016 eine intensive Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachplanern. Aufgrund der Komplexität des Vorhabens konnte bis Ende des Geschäftsjahres noch kein abschließender Fördermittelbescheid ausgehändigt werden.

In insgesamt vier ordentlichen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft die Entwicklung des Mitteldeutschen Multimediazentrums begleitet und die Geschäftsführung unterstützt sowie beraten. Neben den Beratungen zu den einzelnen Maßnahmen, wurden alle nötigen Freigaben zur weiteren Planung unter Einbeziehung der Projektsteuerung dem Gremium erläutert und durch dieses beschlossen.

Der Jahresabschluss 2016 schließt bei einer Bilanzsumme von 11.691.113,51 Euro und mit einem Jahresfehlbetrag von 51.841,37 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind weiterhin die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsatzerlöse der Tiefgarage, der Veranstaltungsbereiche und der eingeschränkten Vermietung zu benennen. Hingegen konnten die Umsatzerlöse aus den Postproduktionsstudios (Ton und Bild) zur Ergebnisverbesserung beitragen. Ebenso wirkte sich die hohe Auslastung bei der Bürovermietung positiv auf das Jahresergebnis aus. Durch die kontinuierliche Kostenkontrolle und Kostenreduzierung konnten weitere Effekte erzielt werden.

Analog zum Vorjahr wurde seitens der Gesellschafterin im Geschäftsjahr 2016 kein Verwaltungskostenzuschuss gezahlt.

Am Ende des Jahres beschäftigte die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH inklusive des Geschäftsführers fünf Personen. Davon ist eine Mitarbeiterin zu 100 Prozent über die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt finanziert und ausschließlich für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt tätig. Der seit 01.01.2013 bestehende und ursprünglich auf zwei Jahre befristete Vertrag, wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2017 verlängert.

Die Rückzahlungsfrist des gewährten Gesellschafterdarlehens (Flutsoforthilfe) in Höhe von 500 TEUR wurde bereits im Vorjahr durch die Gesellschafterin verlängert. Darüber hinaus wurde dem Unternehmen ein Darlehen in Höhe von 100.000 Euro durch die Saalesparkasse bereitgestellt. Ein weiteres Darlehen der Saalesparkasse über 100.000 Euro wurde für 2017 in Aussicht gestellt. Die ausgereichten finanziellen Mittel dienen der Überbrückung des Wiederherstellungszeitraumes und sind beginnend ab dem Jahr 2020 zurückzuzahlen.

1. Ertragslage

Die gute Vermietungssituation insbesondere in den Studiobereichen für Bild – und Tonpostproduktion trug zur Umsatzsteigerung bei. Der Gesamtumsatz im Jahr 2016 beziffert sich auf 631 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum konnten die Umsätze um 184 TEUR (Vorjahr 447 TEUR) gesteigert werden.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 51.841,37 Euro.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2016 erhöht sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 71 auf TEUR -64 (Vorjahr -135 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-1.195 TEUR) lag um 3.012 TEUR unter dem Vorjahreswert (-4.207 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verminderte sich um 3.057 TEUR (Vorjahr 4.046 TEUR) auf TEUR 989 und speist sich aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen von TEUR 989 (Vorjahr TEUR 3.214).

Die Zahlungsmittel waren mit 495 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2015 (Vorjahr TEUR 765) um 270 TEUR geringer.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse, ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahr 2015 erhöht sich die Bilanzsumme um 574 TEUR auf 11.691 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 1.195 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Investitionen für den ersten Projektabschnitt beinhalten.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung des Sonderpostens „Aufbauhilfe Hochwasser“ um 994,7 TEUR. Inklusive der Auflösung für geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 9.693 TEUR (Vorjahr 9.013 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhen sich zum Vorjahr (388 TEUR) um 2 TEUR auf 390 TEUR.

Die Verbindlichkeiten sinken gegenüber dem Vorjahr (852 TEUR) um 57 TEUR. Grund hierfür sind insbesondere Tilgungsleistungen für den Straßenausbaukostenzuschuss.

2. Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebs-wirtschaftlichen Situation im MMZ

Nach dem ersten Projektabschnitt, bei welchem die Studiobereiche und Teile der Haustechnik wiederhergestellt wurden, konnten im Geschäftsjahr 2016 die Planungen für die Leistungsphasen 1 bis 4 für den zweiten Projektabschnitt bzw. für die Gesamtanierung vorangebracht und dem Fördermittelgeber zur Prüfung sowie Bescheidung übergeben werden. Ein vorläufiger Bescheid liegt seit dem 30.06.2016 vor. Dieser steht unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden baufachlichen Prüfung durch den Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen- Anhalt (BLSA). Aufgrund der Klärung von Detailfragen steht zum Zeitpunkt der Berichterstattung ein abschließender Bescheid noch aus.

Im Juli 2016 wurde der zugehörige Bauantrag bei der Stadt Halle (Saale) eingereicht. Dieser wurde am 09. Dezember 2016 genehmigt. In dem Bauantrag sind die Wiederherstellung der Untergeschosse Ebene -4 bis -1 sowie die Errichtung von zwei Aufbauten auf den Plateauflächen enthalten. Ein entsprechender Befreiungsbescheid für die beiden Ergänzungsbauten auf den Plateauflächen konnte mit Zustimmung des unmittelbaren Nachbarn, Herrn Prof. Köhli (Ankerhofhotel), herbeigeführt werden.

3. Vermietungsgeschäft

Mit der Wiederherstellung der Studiobereiche erhöhte sich die aktuell vermietbare Fläche auf 4.287,72 m². Dabei bieten die kleinen Büroflächen mit ca. 20 m² Grundfläche weiterhin die Grundlage für die Einmietung von Existenzgründern und deren kontinuierliche Entwicklung. Dies spiegelte sich auch im Geschäftsjahr 2016 in der hohen Auslastungsquote wieder.

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Die Auslastung der Büro – und Arbeitsflächen (ca. 3.600 m²) konnte das dritte Jahr in Folge gesteigert werden. Trotz der seit 2013 reduzierten Mietfläche konnte die Vermietungsquote auf 99,3 % im Jahresdurchschnitt gesteigert werden. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber Vorjahr (98,2) von 1,1 Prozentpunkten. Gleichzeitig konnten auch die durchschnittlichen Mieterlöse pro m² mit 4,55 Euro im Vergleich zum Vorjahr (4,42 Euro) gesteigert werden. Die Steigerung basiert hauptsächlich im Abschluss von Staffelmietverträgen für Existenzgründer.

3.2. Produktionsbereiche

Die in 2015 fertiggestellten Studiobereiche trugen im Geschäftsjahr 2016 erheblich zur Umsatz- und Ergebnisverbesserung bei. Es konnten Umsatzerlöse in Höhe von 159.185,00 Euro erzielt werden (Vgl. Vorjahr 4.Quartal 2015 - 18 TEUR). Das Umsatzziel von 110 TEUR für das Geschäftsjahr 2016 wurde mit plus 44% erfüllt. Die Projektverschiebungen aus dem Vorjahr konnten so kompensiert werden.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Die Umsatzerlöse aus Veranstaltungen konnten im Jahr 2016 auf 22.327,29 Euro gesteigert werden (Vorjahr 19 TEUR). Insbesondere der einzig zur Verfügung stehende Veranstaltungsraum (Panoramasaal mit ca. 100 m²), die neuen Flächen im Kubus und die Vermietung des Sheddachraumes als Produktionsraum für Internetfotographie trugen zur Umsatzsteigerung bei.

Die Wiederherstellung der beim Umbau genutzten und umfunktionierten Veranstaltungsräume ist für den zweiten Abschnitt des Wiederaufbaus vorgesehen.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Eine Wiederinbetriebnahme der Tiefgarage ist erst mit Umsetzung des zweiten Projektabschnitts möglich. Im Geschäftsjahr 2016 konnten keine Umsatzerlöse erzielt werden.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Die Netzwerk- und Projektarbeit im Jahr 2016 konzentrierte sich auf drei Kernziele:

1. Die Vermarktung der im September 2015 wiedereröffneten MMZ-Studios.
2. Die Stärkung der ortsansässigen Webwirtschaft.
3. Unterstützung der halleschen Bewerbung für ein internationales Wissenschafts-Medien-Festival.

Die Vermarktung der Studios erfolgte kontinuierlich über das gesamte Geschäftsjahr. Hervorzuheben sind ein Messestand auf dem Empfang der Mitteldeutschen Medienförderung [MDM], während der Berlinale 2016, ein internationaler Postproduktionsworkshop und die Unterstützung des Nachwuchsfilmprojekts „24 Wochen“.

Das Format des „Web-Montags“ wurde im Berichtszeitraum dauerhaft unterstützt und weiterentwickelt. Die Organisatoren haben im Oktober ein „Barcamp“ zum Thema „Digitale Stadt“ im MMZ durchgeführt, das von ca. 150 Teilnehmern besucht wurde. Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit mit dem Verband der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e.V. [VITM] weiter intensiviert.

Seit einigen Jahren engagiert sich die Gesellschaft im science2media Netzwerk, um die Vernetzung von Wissenschaft und Medien voranzubringen. Die unterschiedlichen Aktivitäten in diesem Bereich (u.a. Nanospot-Festival, science2movie Akademie, Foresight Filmfestival) führten dazu, dass die Stadt Halle (Saale) in die finale Auswahlrunde für ein internationales Wissenschafts-Medien-Festival der Robert Bosch Stiftung aufgenommen wurde. Die Gesellschaft unterstützte den Bewerbungsprozess sowohl inhaltlich als auch personell.

Neben den drei Kernzielen wurden erneut zahlreiche Projekte und Initiativen von Kooperationspartnern wie der Univations GmbH, den Wirtschaftsjunioren Halle (Saale) e.V., dem Department für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther Universität Halle – Wittenberg oder der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt unterstützt.

Als neues Format für die MMZ-Mieter wurde in 2016 die Mittagsveranstaltung „Bratwurst und Networking“ erfolgreich eingeführt.

Darüber hinaus engagierte sich die Gesellschaft im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], in der International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW] und seit 2016 auch im Verein prohalle e.V.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Die im Konzept „zur Fortführung des MMZ“ fixierten inhaltlichen Schwerpunkte werden seit dem Jahr 2014 kontinuierlich umgesetzt. Dabei fließen die Erfahrungen der letzten Betriebsjahre und die aktuelle sowie zukünftige Entwicklung der Medienbranche in die Prozesse ein, sodass Optimierungspotentiale schnell umgesetzt werden können. Die kompakte Unternehmensstruktur bietet dafür aufgrund ihrer kurzen Entscheidungswege eine gute Voraussetzung.

So konnte der Schwerpunkt in 2016 durch gezielten Personaleinsatz auf die Auslastung, der im deutschsprachigen Raum einmaligen, Dolby Atmos Premium Kinomischung gelegt werden. Die hervorragende technischen Ausstattung und die professionelle Betreuung bieten ideale Produktionsbedingungen für nationale und internationale Kunden. Darüber hinaus konnte durch Unterstützungsmaßnahmen für junge Akteure der Branche eine Basis für die Weiterentwicklung des Postproduktionsstandortes Halle geschaffen werden.

Die Ende des Vorjahres begonnenen Planungsleistungen für die Gesamtwiederherstellung, konnten mit Hilfe der beauftragten Fachplaner, bis zur Leistungsphase 4 im ersten Quartal 2016 abgeschlossen werden. Im Ergebnis wurde ein qualifizierter Fördermittelantrag für die Beseitigung der Flutschäden bei der Bewilligungsbehörde eingereicht.

Erste Schwerpunkte für die Wiederherstellung sind die Errichtung eines geeigneten und ausreichenden Hochwasserschutzes und die umgehende Reaktivierung der Tiefgarage. Die Wiederinbetriebnahme der seit fast vier Jahren geschlossenen Tiefgarage, soll zeitnah die angespannte Parkplatzsituation lösen und gleichzeitig zur Ergebnisverbesserung der Gesellschaft beitragen.

In weiteren Schritten werden das erste Untergeschoss neu erschlossen und Ersatzflächen mit zwei Aufbauten auf den Plateauflächen geschaffen. Im ersten Untergeschoss wird ein in sich geschlossener Veranstaltungsbereich mit entsprechender Infrastruktur (Toiletten, Vorbereitungsraum Catering) seine Verortung finden. So können zukünftig Veranstaltungen unabhängig vom allgemeinen Tagesgeschäft im MMZ durchgeführt werden. Die mobilen Trennwände bieten darüber hinaus die Möglichkeit, verschiedene Veranstaltungsgrößen bedienen zu können. Es werden Veranstaltungen für 20 Personen ebenso möglich sein, wie Kongresse mit bis zu 220 Teilnehmern. Die Außenanlagen zur Saalseite runden den Veranstaltungsbereich ab und bieten Platz für erholsame Pausen.

Darüber hinaus werden Büro- und Probenräume sowie ein Coworking- Bereich im ersten Untergeschoss errichtet. Ergänzt wird der Bereich um eine kleine Gastronomie. Als Vervollständigung wird der neu geplante Eventraum gesehen. Die ehemalige Kinomischung, welche sich über zwei Ebenen (Ebene -2 bis -1) erstreckt, kann so einer neuen Nutzung zugeführt werden. Mittels einer Treppe und einer Galerie soll der Raum auf zwei Ebenen für verschiedene Konzepte wie beispielsweise Ausstellungen und Präsentationen genutzt werden. Ziel ist es, das erste Untergeschoss so zu entwickeln, dass es dort zwar mehrere getrennte aber dennoch lebhaft Zonen gibt. Die verschiedenen Möglichkeiten bieten Raum für neue kreative Konzepte und dienen parallel zur Umsatzsteigerung im Veranstaltungssegment.

In den beiden Plateaufbauten werden Büroräume untergebracht und eine kleine Regie integriert, welche das Postproduktionsportfolio, durch die Möglichkeit von Sprachaufnahmen, erweitern soll.

Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen kann erst nach Prüfung und Bescheidung durch die Landesbehörden (Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen Anhalt und Investitionsbank Sachsen – Anhalt) erfolgen.

Für die weitere Ausrichtung orientiert sich das Mitteldeutsche Multimедиаzentrum an den Anforderungen der Entwicklungsbranchen Medientechnologie und IT sowie der Postproduktion von Kinofilmen. Die Bedarfe wurden aus der Studie „Spezifische Anforderungen an Unternehmen der Kreativwirtschaft in Sachsen- Anhalt“ abgeleitet und in die Unternehmenskonzeption übernommen. Insbesondere die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur, Unterstützung bei Akquise und Auftragsentwicklung sowie die Aus- und Weiterbildung von Personal wurden als Handlungsfelder identifiziert. Darüber hinaus spielen bei den weichen Standortfaktoren neben der privaten Verankerung, vorhandene Geschäftskontakte sowie das Vorhandensein eines Netzwerkes eine besondere Rolle. Eine gute Infrastruktur mit niedrigen Miet- bzw. Objektkosten, die Nähe zu potentiellen Kunden und der Universität mit den Forschungseinrichtungen stehen bei den harten Faktoren im Fokus.

Als unterstützende Funktionen werden dabei die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen gesehen. Die Existenzgründerberatung und das Herstellen von Erstkontakten zählen dabei ebenso dazu, wie die Netzwerk- und Projektarbeit. Diese wird weiter mit dem Ziel betrieben, das MMZ und den Standort Halle (Saale) langfristig zum erfolgreichen Medienstandort zu entwickeln bzw. zu stabilisieren. Diese Grundlagen und Anforderungen wurden entsprechend im Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale) berücksichtigt.

2. Vermietungsgeschäft

Auch zukünftig wird der Vermietungsschwerpunkt bei kleinteiligen Büroflächen von rund 20 m² liegen. Dies gibt insbesondere den Wachstumsbranchen, wie Software- bzw. Online- Entwicklung, Grafik- und Kommunikationsdesign, Web- und Filmwirtschaft, den notwendigen Raum für ihre weitere Entwicklung. Da die Einmietdauer, aufgrund der Förderrichtlinien der Europäischen Union, innerhalb des Zweckbindungszeitraumes, begrenzt ist, werden auch in den kommenden Jahren weitere Mieter das Mitteldeutsche Multimедиаzentrum Halle verlassen müssen. Allerdings wurden zwischenzeitlich die Restriktionen durch den Fördermittelgeber gelockert, sodass eine längere Mietdauer unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist.

Die Einmietung der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg mit dem neu strukturierten Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften (IMMS), Abteilung Medien- und Kommunikations-wissenschaften, ist dabei ein wichtiger Anker für Kooperationen und Projektrealisierungen. Das Gründerzentrum bietet mit seinen kurzen Wegen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sehr gute Voraussetzungen für das Wachstum junger Unternehmen.

Für die Auslastung der Postproduktionsbereiche hat insbesondere die Entwicklung der Filmförderung in Mitteldeutschland einen maßgeblichen Einfluss. Mit der Unterstützung junger erfolversprechender Projekte, trägt die Gesellschaft ebenfalls zur dauerhaften Ansiedlung von Unternehmen und der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze bei.

3. Bewirtschaftung der Immobilie

Die im Wirtschaftsplan 2017 bis 2023 aufgezeigte positive Entwicklung ist an die Bewilligung und Ausreichung der Fluthilfen gekoppelt. Durch die im Vergleich zum Budget erzielte IST- Situation in den Jahren 2015 und 2016 lassen sich die aktuellen Verschiebungen kompensieren. Dennoch ist es wichtig zeitnah mit den wichtigen Themen Hochwasserschutz, Wiederherstellung der Infrastruktur, speziell der Tiefgarage, und Optimierung des Geschäftsbetriebes zu beginnen, denn in den kommenden Jahren werden diese eine zentrale und zeitbindende Rolle einnehmen. Grundvoraussetzung für eine positive Entwicklung ist die weiterhin gute Auslastung der Mietbereiche, insbesondere während der Bauphase. Auch in Bezug auf die Bewirtschaftungs-kosten werden die Bedarfsanpassungen und Modernisierungen von technischen Anlagen einen großen Einfluss haben. Zahlreiche Optimierungsmaßnahmen und Modernisierungen können nur durch die Bewilligung der Fördermittel für den Wiederaufbau realisiert werden. Auf die Kooperationsmöglichkeiten und Synergien im Konzern Stadt Halle (Saale) wird schon heute zurückgegriffen. Oberste Zielstellung für die Gesellschaft bleibt weiterhin die Zuschussfreiheit.

4. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Das Landgericht Halle hat den seit 2008 anhängigen Rechtsstreit mit dem ehemaligen Architektenbüro erstinstanzlich entschieden. Im Vorfeld hatte das Gericht Bemühungen unternommen, einen Vergleichsvorschlag zu unterbreiten, welcher allerdings für die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH nicht akzeptabel war und daher auf Anraten der Rechtsvertretung vom Aufsichtsrat abgelehnt wurde. Mit Urteil vom 20. Juli 2016 wurde die Gesellschaft nunmehr verurteilt, an das Architekturbüro einen Betrag in Höhe von 527.461,86 Euro nebst Zinsen in Höhe von acht Prozentpunkten über dem Basiszins seit 10.11.2006 zu zahlen und einen Anteil von 72% der Prozesskosten zu tragen. Hingegen wurde der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH im gekoppelten Rechtsstreit bezüglich der mangelhaften Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper ein Betrag von 184.900,00 Euro zzgl. acht Prozentpunkte Zinsen über dem Basiszinssatz seit dem 27. Juli 2006 sowie außergerichtliche Anwaltskosten in Höhe von 2.327,63 Euro nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszins seit 28.01.2012 zugesprochen. Nach Prüfung des Urteils und Wechsel der Rechtsvertretung wurde am 24.08.2016 fristgerecht Berufung gegen das Urteil beim Oberlandesgericht Naumburg eingelegt und nach erfolgter Fristverlängerung die Berufsbegründung am 18. November 2016 eingereicht. Hierbei geht die Gesellschaft im Honorarstreit weiterhin von einer Überzahlung des Architekturbüros in Höhe von 284.369,44 Euro zzgl. Zinsen aus. Im Sachverhalt zu den mangelhaften Kippfenstern werden die erstinstanzlichen Forderungen gleichfalls geltend gemacht.

Straßenausbaubeitrag Mansfelder Straße

Der bis 31.12.2015 gestundete Straßenausbaubeitrag für den „Ausbau der Verkehrsanlage Mansfelder Straße zwischen Schieferbrücke und Ankerstraße“ in Höhe von 157.336,42 Euro wird seit dem 01.01.2016 in 62 monatlich fälligen Raten zu je 2.500,00 Euro und einer Schlussrate in Höhe von 2.336,42 Euro fristgerecht getilgt. Die Stundung wird zinsfrei gewährt.

III. Besondere Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ereignet.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Marktplatz 13
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Voß, Stefan

Beirat:

Bartl, Harald	(seit 24.11.2016)
Dr. Brock, Inés	(seit 24.11.2016)
Häder, Denis	(seit 24.11.2016)
Hintz, Katharina	(seit 24.11.2016)
Schramm, Rudenz	(seit 24.11.2016)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

c) Beteiligungen

unmittelbar

Genossenschaft Volksbank Halle e. G.

T€	%
0	0,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	29	10	45	13	59	20	-16	-36
Umlaufvermögen	261	88	291	85	223	78	-30	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	6	2	6	2	5	2	0	0

Bilanzsumme

296	100	342	100	287	100	-46	-13
------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	154	52	176	51	125	44	-22	-13
Rückstellungen	58	20	68	20	73	25	-10	-15
Verbindlichkeiten	84	28	98	29	89	31	-14	-14

Bilanzsumme

296	100	342	100	287	100	-46	-13
------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	793	890	764
sonstige betriebliche Erträge	1.176	1.181	1.169
Materialaufwand	319	329	284
Personalaufwand	811	780	767
Abschreibungen	23	23	27
sonstige betriebliche Aufwendungen	837	887	857
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		52	-2
Ergebnis nach Steuern	-21		
sonstige Steuern	1	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-22	51	-2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-22	51	-2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,72	5,72	-0,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	-12,25	40,80	-1,82	%
Cash-Flow:	1	74	25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83	98	85	T€
Personalaufwandsquote:	41,21	37,66	39,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,64	11,57	16,52	%
Eigenkapitalquote:	52,19	51,48	43,55	%
Fremdkapitalquote:	47,81	48,52	56,45	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Anzahl Messteilnahmen	11,00	15,00	15,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	66,00	69,00	63,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	33.901,00	39.937,00	34.290,00	Anzahl

e) Lagebericht

Lagebericht fürs Geschäftsjahr 2016 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) richtete ihren Fokus im Geschäftsjahr 2016 auf eine große Bandbreite touristischer und studentischer Akquise-Aktionen: die Akquisition und Betreuung neuer Reiseveranstalter, von Tagungen und Kongressen, Reisejournalisten sowie neuer Studenten für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Vermarktung der halleschen Stätten der Reformation im Rahmen des Reformationsjubiläums, der Internationalen Händel-Festspiele, des Laternenfests, des Konzerts der Prinzen zum Tag der Deutsche Einheit sowie des Halleschen Weihnachtsmarktes.

Nach monatelangen Verhandlungen gelang es der SMG im April 2016, den Zuschlag für die Ausrichtung des 6. Zentraleuropa-Workshops der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) zu erhalten, der zweitgrößten Reiseeinkäufer-Veranstaltung der DZT nach dem German Travel Mart. Dazu tagten am 16./17.10.2016 insgesamt 160 internationale Reiseeinkäufer und Journalisten aus Mitteleuropa sowie deutsche Anbieter und das Organisationsteam der DZT in Halle. Hierfür musste die SMG außerplanmäßig 28.400 Euro für die Gesamtorganisation aufbringen, die sie größtenteils aus eigener Kraft zu finanzieren hatte. Ca. 8.800 Euro konnten als Sponsorenleistung eingeworben werden. Zur Organisation gehörten Reisekostenbeteiligungen für 110 Einkäufer, drei Pre-Convention-Tours für internationale Einkäufer und Journalisten vom 14.-16.10., vier exklusive Sightseeing-Touren für internationale Teilnehmer u. Anbieter sowie die exklusive Abendveranstaltung in der Leopoldina inkl. Catering und Show-Acts am 16.10., die Kosten für den Workshop am 17.10. in der Georg-Friedrich-Händel-Halle inkl. Miete, Auf- und Abbau, das ganztägige Journalisten-Programm für 25 Redakteure inkl. Catering am 17.10., Shuttle-Services für 160 Personen vom/zum Airport, Hauptbahnhof und Veranstaltungsorten sowie Give-Aways für 160 Personen. Der Zentraleuropa-Workshop war ein großer Erfolg für die Stadt Halle (Saale), die nun fester Bestandteil des Portfolios vieler ostmitteleuropäischer Reiseeinkäufer und der Berichterstattung diverser Reisejournalisten geworden ist. Leider konnte bei der Kürze des Vorlaufs keine Refinanzierung des Zentraleuropa-Workshop über Premium-Partner erzielt werden.

Über die bundesweite und teilweise international ausstrahlende Kampagne des Netzwerks „Kulturhüuptlinge“ (www.nurbeiuns.de), das die größten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen der Stadt bündelt, sowie das Netzwerk „Stadtsprung“ der sieben touristische Leuchttürme Sachsen-Anhalts (Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode) hat die SMG die Händelstadt Halle einmal mehr direkt in den Zielmärkten Deutschland, Niederlande, Österreich und der Schweiz vermarktet.

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und vor Ort in der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsweisenden tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region war die Bündelung der Akteure für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie der aktiv-, natur- und wasser-touristischen Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer und Fahrgastschiffe.

Des Weiteren hat die SMG 2016 einen Kooperationsvertrag mit dem Bergzoo Halle geschlossen. Gegenstand des Vertrages ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit von SMG und Zoo bei der Entwicklung und Gestaltung von Kooperationen zum gegenseitigen Nutzen. Dazu wurden gemeinsame Maßnahmen zur Außendarstellung und Positionierung der Stadt Halle entwickelt.

So wirbt und verkauft die SMG Zoo-Eintritts- und Veranstaltungskarten via Tourist-Information (TI), bindet den Bergzoo redaktionell in die quartalsweise erscheinende SMG-Broschüre zur Bewerbung der Stadtführungen ein (Auflage: jeweils 10.000 Exemplare), nimmt den Zoo als „Station“ in der Broschüre „Halle an einem Tag“ auf und verbreitet „Image-Flyer“ und „Programm-Flyer“ des Zoo in der TI. Zudem bindet die SMG den Zoo noch stärker mit in Messen und Workshops ein. Weitere Leistungen wie die Präsentation der Zoo-Produkte auf der SMG-Website www.halle-tourismus.de, auf dem TV-Flatscreen in der TI, das Bereitstellen von Medialeistungen aus dem Kulturkontingent der Stadt Halle (Saale) oder die Aufnahme von Zoo-Marketing-Produkten für den Verkauf über den Shop der TI runden das Paket ab.

Höhepunkt des Geschäftsjahres 2016 der SMG ist die Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt, die am 01.03.2017 vorfristig und leider ohne Information der touristischen Partner veröffentlicht wurde. Eine solche Verlautbarungspraxis führte leider zu kurzfristigen Fehldeutungen in vereinzelt Medien. Fakt ist: Die Ankünfte stiegen in Halle auf einen niemals zuvor erzielten Rekordstand von 219.553, d. h. 2,4 % gegenüber dem Vorjahresallzeithoch. Noch nie checkten so viele Ausländer (24.562 Ankünfte; + 6,5 %) in halleschen Herbergen ein. Bei den Übernachtungen (402.095) wurde das Vorjahres-Allzeithoch bis auf 0,7 % eingestellt, bei den ausländischen Gästen (58.781 Übernachtungen; + 15,3%) ein Rekordzuwachs und eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 2,4 Nächten erreicht. Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe insgesamt stieg 2016 um weitere 1,5 % auf 42,5 % an, die Auslastung der Hotels sogar von 43,6 % auf 44,2 %, die der Hotels garnis (mit Frühstück) von 44,4% auf 45 % sowie die der Pensionen von 34,8 % auf 46,1 % an!

Diese Ankünfte, Übernachtungszahlen und vor allem die Auslastung sind landesweit spitze und spiegeln die wachsende Bedeutung der Stadt Halle (Saale) gerade für den Freizeit- und Kulturtourismus. Die Ankünfte in der Stadt Halle (Saale) stellen ein Plus um 5.037 Ankünfte gegenüber dem Jahr 2015 (214.448) dar. Misst man die Zahl der Ankünfte am Jahr 2014 (202.516 Ankünfte), als letztmals 1.850 Hotelbetten zur Verfügung standen, dann handelt es sich 2016 sogar um einen Zuwachs von 17.037 Ankünften (+ 8,4 %). Im Vergleich zu den Ankünften des Jahres 2008 (152.806) ergibt sich 2016 ein Plus von 66.747 Ankünften (+ 44 %). Die touristischen Ankünfte in Halles Beherbergungsbetrieben sind damit seit 2008 auf einen ostdeutschen Rekordwert gestiegen.

Ähnlich sieht es bei den Übernachtungen aus. Diese sind seit 2008 von 285.812 (2008) auf 402.095 (2016) gestiegen: ein Zuwachs um 116.283 Übernachtungen (= 41 %). Gegenüber dem Jahr 2014 (390.918 Übernachtungen) ist dies ein Plus von 11.177 Übernachtungen (+ 2,9 %). Der winzige Rückgang von 405.260 Übernachtungen (2015) auf 402.095 Übernachtungen (2016), also gerade einmal um 0,78 %, stellt ein angesichts der Schließung des mit 400 Betten sowie Tagungs- und Kongressräumen größten Tagungs- und Kongresshotels der Stadt Halle im September 2015 nicht für möglich gehaltenes Spitzenergebnis und noch dazu das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Stadt Halle dar.

Zum Vergleich: Im September 2015 verzeichnete die Stadt Halle (Saale) noch 1.913 Hotelbetten (mit Maritim), im Dezember 2016 waren es nur noch 1.450 Hotelbetten. Seit dem Jahr 2008 gingen Besucher-Ankünfte und Übernachtungen in Halle jährlich im Schnitt um 5 % und 2014 sogar um fast 10 % nach oben. 2015 stellte den vorläufigen Rekord mit erstmaligem Überschreiten der 400.000-Übernachtungen-Marke dar. Dieser Übernachtungsrekord wurde 2016 bis auf eine Nuance von 0,78 % eingestellt, woraus die MZ ableitete, dass „immer weniger Besucher in Halle übernachten wollen“: Dabei hat die Stadt Halle dieses Resultat mit 463 Hotelbetten weniger erzielt.

Auch die Behauptung der MZ vom 02.03.2017: „Bei 40 Prozent lag die Auslastung der Hotels im letzten Jahr – eine schlechte Quote“ war ein „Fake“. Die Quote liegt laut Statistischem Landesamt Sachsen-Anhalt insgesamt betriebsübergreifend bei 42,5 % - ein niemals dagewesener Rekordstand und um 1,5 % über dem Vorjahreswert. Selbst ohne Berücksichtigung der 45%-Rekordmarke der Hotels (garnis) ist dies ein landesweiter und ostdeutscher Spitzenwert.

Diese Fast-Einstellung des Allzeithochs 2016 gelang unter dramatisch schlechten Rahmenbedingungen. Mitte September 2015 ging mit dem Maritim Hotel Halle (Saale) das größte Tagungs- und Kongresshotel der Stadt Halle verloren. Das Maritim Hotel Halle verfügte über 202 Einzelzimmer sowie 96 Doppel- und Dreibettzimmer, d.h. insgesamt 400 Betten, und war damit das größte Hotel für Geschäftstourismus in Halle. Für das Jahr 2015 hatte das Maritim Buchungen von mehr als 60.000 Nächtigungen. Diese, die das Maritim Hotel über seine bundesweiten Netzwerke gezogen hat, setzten sich vor allem (zu 86 %) aus Geschäftsreisenden und Tagungen zusammen, die der Stadt Halle (Saale) genau wie die Netzwerke auf einen Schlag verloren gingen. Die erlittenen Verluste lagen vor allem im Cargo-Geschäft, in Kooperationen mit Pilotenvereinigungen und Firmengeschäften mit Gruppenstärken von 150 bis 500 Geschäftsreisenden.

Mit Freizeit- und Kulturtourismus haben die Einbußen des Maritim sowie 0,7 % gegenüber dem Allzeithoch 2015 am allerwenigsten zu tun: Im Maritim deckte dieses Segment gerade einmal 14 %. Hier geht die von vereinzelt Hoteliers der Stadt Halle (Saale) geführte Diskussion über Kulturtouristen voll an den Realitäten vorbei. Selbst wenn man den großzügig kalkulierten Zahlen des Europäischen Instituts für Tagungswirtschaft Glauben schenkt, liegt der Anteil des Freizeit- und Kulturtourismus stadtweit nur bei 31 %. Die verlustigen ca. 14 % Kulturtouristen des Maritim Hotels Halle konnte die SMG überwiegend auf die anderen Häuser der Stadt verteilen und hier offenbar sogar zweistellige Zuwächse im Freizeit- und Kulturtourismus insgesamt erzielen.

Das Problem ist der Anteil der 86 % Geschäftsreisenden, die mit der Maritim-Schließung verlustig gegangen sind. Hier konnten die SMG und die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2016 durch stark forcierte Tagungs- und Kongress-Akquise-Aktivitäten das Gros der Verluste ausgleichen, was unter regulären Bedingungen gleicher Hotelkapazitäten zu zweistelligen Zuwachsraten geführt hätte. Ein Teil der Geschäftsreisenden des Maritim Hotels Halle wechselte die Location innerhalb der Stadt Halle (Saale), der größere Teil peppte die von der SMG ebenfalls mitvermarktete Peripherie der Stadt Halle (Saale) auf: z. B. das H+, das Mercure Hotel und das Hotel Konsul. Die in Halles Speckgürtel erzielten Zuwachsraten, die auch und gerade Ausflüge nach Halle (Saale) unternehmen, zahlen nicht auf die Beherbergungsstatistik von Halle (Saale) ein. Sie erklären jedoch, dass Halle/Saale-Unstrut zusammen 2016 Zuwachsraten von 3,6 % und Halle nebst Peripherie-Hotels ca. 600.000 Übernachtungen im Jahr verbuchen.

Beispielhaft hierfür ist eine Veranstaltung der halleschen Dögel GmbH („Working-dog“), deren 50 Mitarbeiter nicht nur globale IT-Innovationen und Zukunftstechnologien entwickeln, sondern mit großem persönlichen Engagement z. B. die Rassehunde-WM vom 26.-30.04.2017 nach Halle holen. Flankiert von „Working-dog“, der weltweit größten interaktiven Webplattform für Hundesportler, Züchter und Liebhaber mit täglich mehr als einer halben Million Pageimpressions, müssen die ca. 1.200 WM-Teilnehmer und Begleiter auf einen Radius von 60 Kilometern verteilt werden.

Insgesamt verfügt die Stadt Halle (Saale) über fünf 4-Sterne-Häuser, von denen vier über keine 200 Betten verfügen. Dies ist für auswärtige Agenturen, die im MICE-Geschäft Tagungen und Kongresse vermitteln, ein Ausschlusskriterium bei der Standortsuche. Insgesamt stehen diesen fünf Vier-Sterne-Häusern ganze 821 Betten zur Verfügung. Im Vergleich dazu: Allein das Maritim Hotel Magdeburg verfügt über 514 Zimmer mit 1.020 Betten! Ein einziges Vier-Sterne-Hotel in Magdeburg hat 50 % mehr Betten als alle halleschen Vier-Sterne-Häuser zusammen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Apart Hotel Halle und das City Hotel „Am Wasserturm“ über gar keine Veranstaltungs- und Tagungskapazitäten verfügen. So müsste ein Kongress mit mehr als 1.000 Teilnehmern auf 10 bis 15 – wohlgemerkt vollumfänglich leere – Häuser über das gesamte Stadtgebiet und den Saalekreis verteilt werden. Hier fällt Halle beim Eignungstest, Kategorisierung und Listung nahezu sämtlicher deutscher Veranstaltungsagenturen raus. Die als moderne Kongresshalle konzipierte Georg-Friedrich-Händel-Halle verkommt somit zur reinen Konzerthalle.

Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2016

Der aus dem Jahresabschluss 2015 resultierende Gewinnvortrag von 150.841,45 Euro wurde 2016 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Höhe des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle (Saale) blieb unverändert bei 1.111.300 Euro. Nach Erarbeitung des Wirtschaftsplanes 2016 im Sommer 2015 sowie nach Zustimmung aller Gesellschafter in der Gesellschaftsversammlung vom 25. September 2015 erhielt die SMG am 11. November 2015 ein Schreiben vom Förderverein Pro Halle e.V. Darin wird mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit (einschließlich der finanziellen Beteiligung) mit der SMG grundhaft neu zu ordnen ist. Diese Neuordnung beinhaltet folgende Elemente:

1. Pro Halle entwickelt selbst, mit seinen Mitgliedern und/ oder mit der SMG Projekte/ Themen, die Gegenstand der (gemeinsamen) Arbeit des Jahres und der Folgejahre werden.
2. Grundsätzlich werden (nur) diese Themen/ Projekte auch finanziell unterstützt.
3. Diese Regelung gilt schon für das Jahr 2016.

In dem von allen Gesellschaftern (auch Pro Halle e.V.) bestätigten Wirtschaftsplan 2016 wurden jedoch ein institutioneller Zuschuss von Pro Halle in Höhe von 5.000 Euro sowie Einnahmen von Pro Halle von netto 54.621,85 Euro für projektbezogene Maßnahmen laut Projektplan eingeplant. Diese geplanten Einnahmen der SMG konnten auf Grund des Schreibens vom 11. November 2015 nicht realisiert werden.

Da die Umsetzungsphase vieler Projekte der SMG einen Vorlauf von mindestens sechs Monaten benötigt, waren die eingeplanten Projekte, an denen eine Reihe von Projektpartnern finanziell, materiell und personell beteiligt sind, nicht mehr zu stoppen. Wie sehr die SMG von der planmäßigen Zahlung der Zuschüsse abhängig ist, zeigt die Übersicht über die Betriebsergebnisse pro Monat 2016:

Stichtag	Überschuss	Fehlbetrag
31.01.2016	1.958,80 €	
29.02.2016		14.371,61 €
31.03.2016		33.192,63 €
30.04.2016		29.435,85 €
31.05.2016		36.600,34 €
30.06.2016		59.573,89 €
31.07.2016		51.802,49 €
31.08.2016		28.267,07 €
30.09.2016		11.300,56 €
31.10.2016		62.929,76 €
30.11.2016		27.860,76 €
31.12.2016		21.540,94 €

Unserer Empfehlung aus dem Lagebericht zum Geschäftsjahr 2015, die prozentuale Verteilung der institutionellen Zuschüsse pro Quartal anzupassen, ist die Stadtverwaltung per Schreiben vom 13. Mai 2016 mit Wirksamkeit ab 2017 gefolgt. Somit erhält die SMG ab 2017 für die ersten beiden Quartale je 30% und im dritten und vierten Quartal je 20% des Zuschusses.

Betrachtung der Einnahmen

Die Umsatzerlöse der SMG gingen 2016 im Vergleich zu 2015 auf 89,04 % zurück (2015: 890.223,47 Euro und 2016: 792.674,03 Euro). Der Hauptgrund liegt in den 2015 vom Förderverein Pro Halle e. V. noch gezahlten projektbezogenen Zuschuss von netto 54.621,85 Euro, der 2016 entfiel.

Dennoch wurden 2016 rund 7.700,00 Euro mehr finanzielle Mittel für Projekte über Kooperationsverträge akquiriert als planmäßig vorgesehen.

Die enorme Übererfüllung der geplanten Einnahmen aus „Sonstige Werbung“ mit 243,52 % (109.584,70 Euro) beruht auf Werbevereinbarungen anlässlich des „Prinzen“-Konzertes am 03.10.2016 auf dem Marktplatz Halle. Die Einnahmen aus Werbevereinbarungen betragen 83.403,36 Euro netto (Vorjahr 105.000,00 Euro, daher Rückgang der Umsatzerlöse zu 2015). Großen Anteil an den Umsatzerlösen hatten die Einnahmen aus gruppentouristischen Leistungen einschließlich der Stadtführungen, die mit 104,79 % (335.312,19 Euro) über dem Jahresplan lagen. Auch die Verkaufserlöse in der TI waren positiv. Der Jahresplan wurde mit 114,61 % (159.311,09 Euro) erfüllt: eine Steigerung gegenüber 2015 um 13,51 %.

Der Plan der Erlöse aus Messebeteiligungen 2016 sah vor, dass 10.500 Euro durch gemeinsame Messestände mit Kooperationspartnern (Weiterberechnung an sog. Anschließern) sowie 30.000 Euro zur Unterstützung des Zentraleuropa-Workshops aus der örtlichen Wirtschaft eingeworben werden. Aufgrund fehlender Anschließern und von Personalengpässen besuchte die SMG 2016 vier Messen weniger als 2015, so dass auch die Einnahmen aus Anschließern (Kooperationspartnern) aus diesen vier Messen fehlen.

Bereits avisierte Einnahmen aus der Beteiligung der Wirtschaft am Zentraleuropa-Workshop blieben aufgrund der späten Vergabe an die SMG aus, so dass ca. 20.000 Euro nicht eingeworben werden konnten.

Die Provisionserlöse für z.B. Zimmervermittlungen wurden in fast gleicher Höhe des Vorjahres erzielt. Provisionen aus der Gesamtbetreuung einer Tagung fielen nicht an.

Die Erstattung für Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen in Höhe von 48.739,03 Euro (Vorjahr 37.083,38 Euro) werden in der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ erfasst und stellen somit indirekt eine Senkung der Personalkosten dar.

Insgesamt konnte die SMG die geplanten Einnahmen (Zuschuss und Eigenerlöse) in Höhe von 1.826.000 Euro mit 1.968.705,14 Euro übererfüllen. Dies sind 107,82 % zum Plan.

Betrachtung der Ausgaben

Die geplanten Personalkosten für 2016 in Höhe von 710.000 Euro für fest angestelltes Personal (ohne geringfügig Beschäftigte und Gästeführer) wurden mit 724.290,04 Euro in Anspruch genommen. Nach Abzug der Erstattung von Lohnfortzahlungen in Höhe von 48.739,03 Euro ergeben sich Lohnkosten in Höhe von 675.551,01 Euro.

Die Turbulenzen im Personalbereich setzten sich auch 2016 fort. Im Geschäftsjahr 2016 waren vier Mitarbeiter/-innen (davon drei Abteilungsleiter) zeitweise oder vollständig in Elternzeit. Dazu kommen Krankschreibungen durch chronische Erkrankungen (nicht arbeitsbedingt) und durch Unfall. Einen Teil der Ausfälle wurden durch Zeitarbeitsverträge oder durch geringfügig Beschäftigte (Ausgaben rund 5.000 Euro über dem Plan) teilweise kompensiert. Jeder neu eingestellte Mitarbeiter musste dazu eingearbeitet und unterstützt werden, so dass sich große Belastungen für das verbliebene Stammpersonal ergaben.

Auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der SMG vom 08.05.2014 erhielt die SMG 10.361,34 Euro netto für die Betreuung des Uni-Shops über den Tourist-Info-Point. Der Zuschuss wird hälftig zur Deckung der Personalkosten für fest angestellte Mitarbeiter sowie für geringfügig Beschäftigte verwendet.

Die Kosten für den Wareneinkauf liegen mit 110,95 % über der Plangröße, da auch die Umsatzerlöse gestiegen sind. Der Gewinn aus dem Warenverkauf (ca. 65.000 Euro) stieg gegenüber dem Vorjahr um ca. 19.000 Euro an.

Ebenso liegen die Kosten für Gruppentourismus/Stadtführungen mit ca. 40.000 Euro über dem Plan, da auch hier die Umsatzerlöse stiegen. Außergewöhnliche Kosten (Raummiete + Schulungspersonal) fielen für mehrere externe Schulungen der Gästeführer in Vorbereitung der Reformationsjubiläums an.

Die erhöhten Ausgaben für projektbezogene Maßnahmen wurden durch die höheren Einnahmen für Projekte in Höhe von ca. 8.000 Euro sowie durch Kosteneinsparungen z.B. Investitionen, Kfz-Kosten oder Büromaterial finanziert.

Die hohen Ausgaben in der Position „Sonstige Werbung“ sind auf die Ausgaben für das „Prinzen“-Konzert am 03.10.2016 auf dem Marktplatz Halle zurückzuführen. Diese Ausgaben waren außerplanmäßig und betrugen 90.925,23 Euro (netto).

Die Ausgaben für Mieten und Raumnebenkosten, Reinigung, Energie, Versicherungen, Kfz, Porto, Telefon, Büromaterial, Rechtsberatung und Weiterbildung erfolgten im geplanten Rahmen.

Die SMG schließt das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von 21.540,94 Euro ab. Es wird beantragt, diesen Fehlbetrag mit dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von 150.841,45 Euro zu verrechnen und mit einer Summe von 129.300,51 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der SMG mit Kennziffern der Jahre 2012 bis 2016:

Kennziffer/ Jahr	2016	2015	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	792.000 €	890.000 €	764.000 €	530.000 €	589.000 €
Sonstige betriebliche Erträge	1.176.000 €	1.181.000 €	1.169.000 €	1.164.000 €	1.211.000 €
Materialaufwand	318.000 €	329.000 €	284.000 €	174.000 €	174.000 €
Personalaufwand mit Gästeführer	811.000 €	780.000 €	767.000 €	757.000 €	747.000 €
Abschreibungen	23.000 €	23.000 €	27.000 €	16.000 €	12.000 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	837.000 €	887.000 €	858.000 €	757.000 €	844.000 €
Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	0 €	0 €	1.000 €	2.000 €	0 €
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-21.000 €	52.000 €	-2.000 €	-7.000 €	24.000 €
Sonstige Steuern	1.000 €	1.000 €	0 €	1.000 €	1.000 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-22.000 €	51.000 €	-2.000 €	-8.000 €	23.000 €

Da das Geschäftsjahr 2016 mit einem Fehlbetrag von 22.000 Euro abgeschlossen wurde, fällt die Ertragslage schlechter aus als im Vorjahr. Der Fehlbetrag wird aus dem bestehenden Gewinnvortrag gedeckt.

Kennzahlen der Ertragslage:

Kennziffer	2016	2015	2014	2013	2012
Umsatzrentabilität	-2,72 %	5,72 %	-0,30 %	-1,43 %	3,95 %
Eigenkapitalrentabilität	-12,25 %	40,8 %	-1,82 %	5,61 %	20,88 %
Cash-Flow	1.000 €	74.000 €	25.000 €	8.000 €	35.000 €

Der Cash-Flow (Selbstfinanzierungskraft der SMG) ist durch den Wegfall des Pro-Halle-Zuschusses enorm gesunken.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Kennziffer	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Sachanlagen-Intensität	9,65	11,57	16,52	13,54	10,62
Eigenkapitalquote	52,19	51,48	43,55	36,74	40,96
Fremdkapitalquote	47,81	48,52	56,45	63,26	59,04

Mit der sinkenden Sachanlagen-Intensität 2016 sinkt die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel sinken damit auch die Fixkosten. Die gewachsene Eigenkapitalquote ist der gestiegene Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Damit ist umgekehrt der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gesunken.

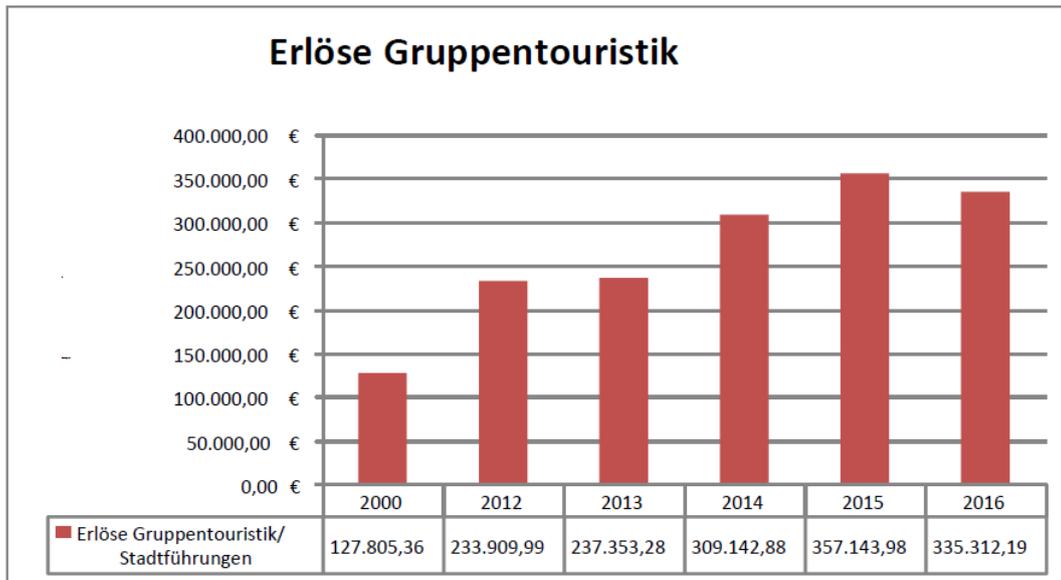
Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge für das Jahr 2016 erfasst.

Tourismus

Erlöse Gruppentouristik

Die Erlöse aus dem gruppentouristischen Geschäft gingen mit 335.312,19 Euro gegenüber dem Vorjahr um 6 % zurück (-21.831,79 Euro). Der Rückgang der gruppentouristischen Erlöse lässt sich auf mehrere Ursachen zurückführen, so z. B. auf den Ausfall der Hallunken-Schunke aufgrund eines Unfalls, lang andauernde Reparaturarbeiten und eine verkürzte Fahrsaison von April bis lediglich August und nicht wie geplant bis Oktober.

Ein weiterer Grund ist, dass vermehrt Reiseveranstalter mit eigenen Reiseleitern Halle besuchen und auf gruppentouristische Angebote der SMG verzichten. Somit entfallen für die Reiseveranstalter die Kosten für eine gebuchte Stadtführung und der SMG entgehen Einnahmen.



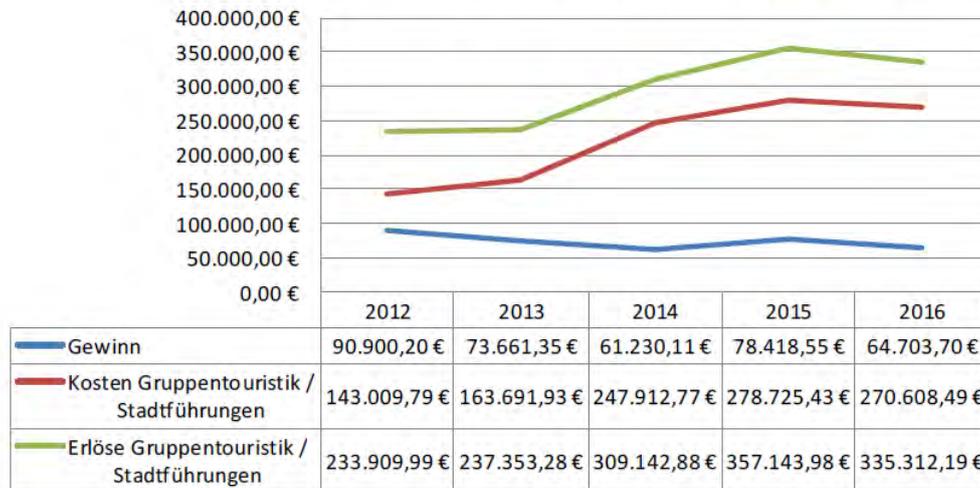
Generell gilt das Augenmerk der SMG dem veränderten Besuchsverhalten der Gäste. Immer mehr Besucher und Reiseveranstalter setzen auf eigene Internet-Recherchen, um Städte zu erkunden und sich über Gratisinformationen wie über die Website der SMG (www.halle-tourismus.de) auf ihren Besuch vorzubereiten. So dient der beliebte SMG-„Audio-Guide Halle“, der sich über die SMG-Website oder die Broschüre „Halle an einem Tag“ runterladen lässt und von im Schnitt 1.000 Besuchern im Monat genutzt wird, zwar zur Einstimmung auf den Halle-Besuch, ersetzt aber andererseits eine Stadtführung. Zudem gingen der SMG mit der Schließung des Maritim Provisionserlöse verloren.

2016 betragen die Kosten für Stadtführungen 270.608,49 Euro (2015: 278.725,43 Euro). Der Kostenrückgang lag bei 2,9 %. Die Kostenerhöhung 2015 – hervorgerufen durch Anstieg der Buchungszahlen, Preissteigerungen einzelner Angebotsbausteine und Anhebung des Gästeführerhonorars um 15 % – konnte in 2016 kompensiert werden. Im November 2016 wurden die Gästeführerhonorare erneut angepasst.

Aufgrund neuer Preiskalkulationen touristischer Dienstleister wird in 2017 auch die SMG gefordert sein, die Preise für Stadtführungen und Gruppenangebote anzupassen, um einen erneuten Erlösrückgang in 2017 zu kompensieren.

In 2016 bot die SMG dem Gästeführer-Pool ein Weiterbildungsworkshop zum Reformationsjubiläum. Die Kosten dafür entstanden 2016, die Erlöse werden erst im Reformationsjahr 2017 wirksam.

Vergleich: Gewinn - Kosten - Erlöse



Generell positiv: Die kontinuierliche Prüfung der gruppentouristischen Angebote auf deren Wirtschaftlichkeit und die Auswertung der Kundennachfragen und Buchungen beeinflusste positiv das breit gefächerte Angebotsspektrum. Erfolgreich ist das Konzept, die Führungsangebote der SMG und der touristischen Partner in einer saisonal erscheinenden Broschüre zu bündeln. So erhalten die Kunden und Gäste der Stadt auch weiterhin alle aktuellen Führungen, thematisch geordnet, aufgelistet. Neue Leistungen können so schnell am Markt etabliert werden und sorgen für stete Abwechslung bei den Bestandskunden. Eine parallel laufende Pressearbeit unterstützt diese Maßnahmen.

Auswertung touristischer Führungen

Im Jahr 2016 organisierte die SMG 2.766 Führungen mit 33.901 Gästen gegenüber 2.498 Führungen mit 30.021 Gästen im Jahr 2015. Dies entspricht einer Steigerung von 12 % gegenüber dem Vorjahr. Ein Grund für das positive Ergebnis war das Angebot „Hallunken-Schunke!“ (April 2014 bis August 2016). Immer mehr Gäste nutzten das Angebot. Viele Reisegruppen und Individualtouristen wollten in kurzer Zeit möglichst viele Sehenswürdigkeiten sehen – besonders Gäste mit Mobilitätseinschränkungen. Das Durchschnittsalter dieser Gäste lag bei über 60 Jahren.

In der Saison 2016 (April bis August) haben 7.230 Besucher (Saison 2015: April bis Oktober: 8.528) per Touristenbus die Stadt erkundet. Der Passagierückgang ist auf die verkürzte Betriebszeit zurückzuführen. Werden die Gästezahlen der „Hallunken-Schunke!“ und Gästeanzahlen der Stadtführungen aus 2016 kumuliert, stieg die Zahl der Führungsgäste um 6,7 % und +2.582 Gäste zum Vorjahr 2015. Ziel für 2017 ist es, einen neuen Betreiber für eine Touristen-Bahn zu finden.

Die SMG bietet täglich bis zu sechs öffentliche Führungen an. Weiterhin sehr beliebt sind die ganztägig geöffneten Hausmannstürme an den Wochenenden von April bis Oktober sowie zu den Adventswochenenden. Auch 2016 wurde stichprobenhaft evaluiert, woher die Besucher der Hausmannstürme stammen. Die Gäste kamen aus allen Bundesländern. Den Blick von den Hausmannstürmen genießen vor allem Sachsen-Anhalter, gefolgt von Gästen aus Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Touristischer Ausblick 2017

Nach wie vor reagiert die Abteilung Tourismus- und Tagungsservice im Bereich Stadtführungen und Gästeführervermittlungen auf Trends am Markt und auf Kundenwünsche. Dabei stehen Qualität, Service und Wirtschaftlichkeit bei den Führungen an oberster Stelle.

2017 finden verstärkt Führungen zur Reformationsgeschichte wie „Am Anfang war das Wort und Halle war der Ort“ statt, z. T. kostümiert durch Martin Luther und Kardinal Albrecht. Ferner ist eine Neuentwicklung der Führung „Halles Grüne Ringe“ in Arbeit. Des Weiteren wird ab 2017 das Landestourismus-Thema „Moderne 2019“ aufgegriffen. Geplant ist außerdem ein regelmäßiges Angebot mit einer puppenspielenden Gästeführerin, die mit ihrer Puppe „Halleloren Salzig“ die Gäste auf eine Entdeckertour durch Halle entführt. Diese Führung ist als Familienangebot sowohl für Kinder und Erwachsene geeignet.

Produkteinführungen 2016

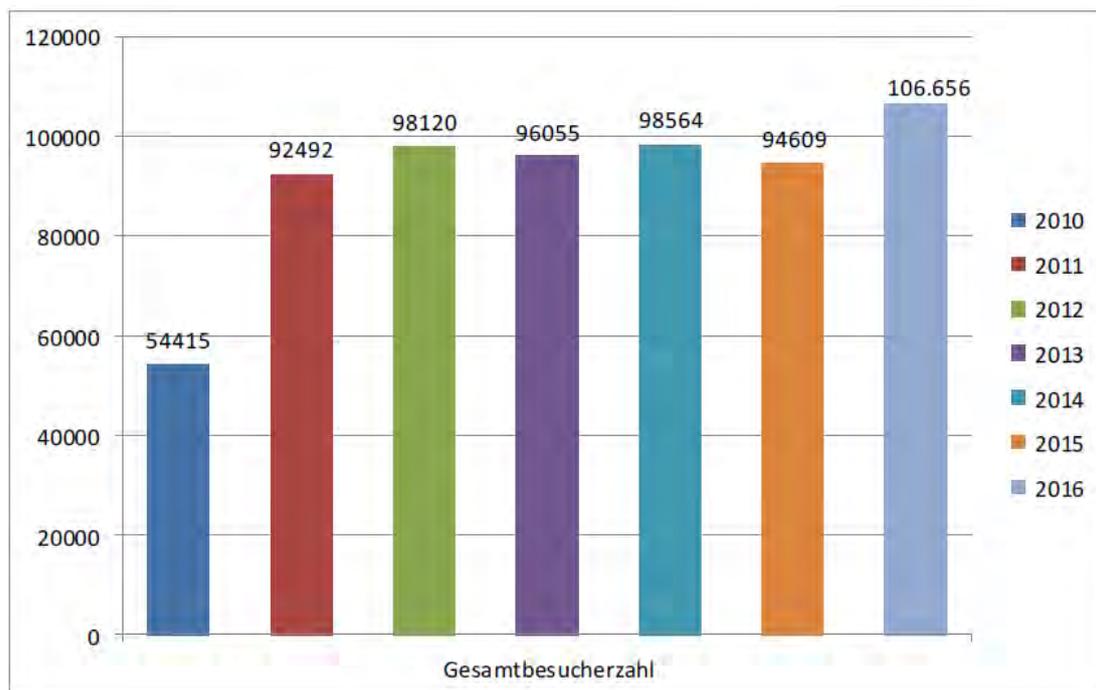
„Romantischer Sektempfang auf den Hausmannstürmen“, „Sieben Brücken – Wo einst die Mühlen klapperten“ und Altstadtbummel mit Reformationsbezug

Die beliebtesten Führungen 2016

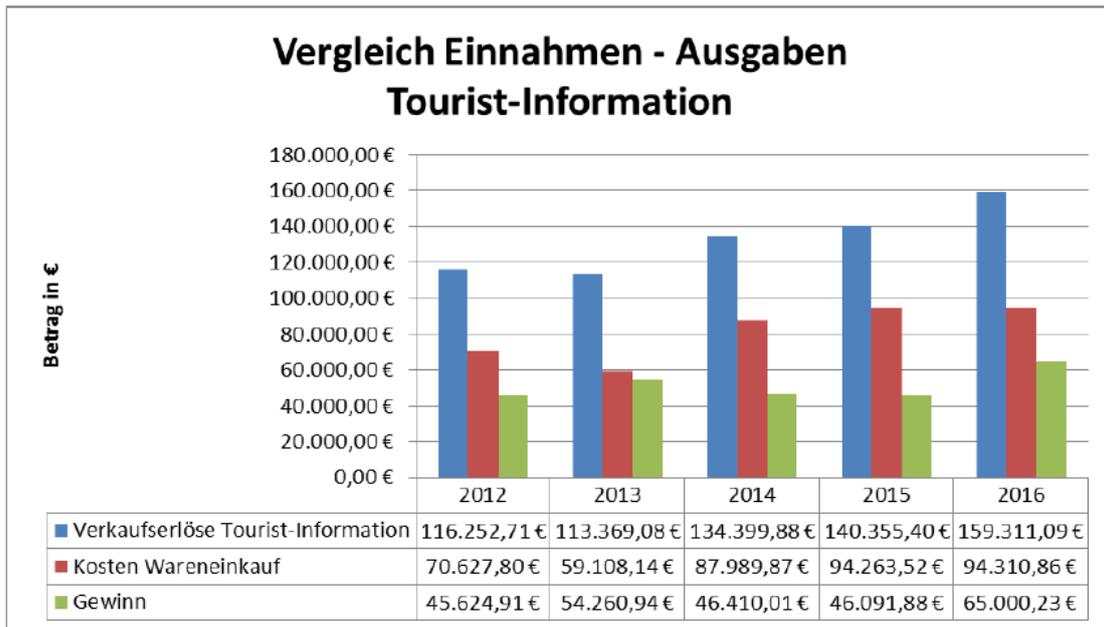
Verliebt in Halle – Classic (Arrangement: 182 Teilnehmer / 96 Führungen)
 Verliebt in Halle – Premium (Arrangement: 183 Teilnehmer / 90 Führungen)
 Stadtrundfahrt mit der Straßenbahn (3.650 Teilnehmer / 134 Führungen)
 Stadtrundfahrt mit der Hallunken-Schunkel (7.230 Teilnehmer, Fahrten nur bis August 2016)
 Kombinierte Altstadtführung (7.154 Teilnehmer / 189 Führungen)
 Hoch hinaus auf die Hausmannstürme (ohne Führung: 10.197 Teilnehmer, 4.328 Tn. / 772 Führungen)
 Wo Justitia zu Hause ist - Führung durch das Landgericht Halle (625 Teilnehmer /30 Führungen)
 Hier spielt die Musik - Halle die Musik- und Händelstadt (452 Teilnehmer / 38 Führungen)
 Rundgang durch die Historische Altstadt (11.630 Teilnehmer / 998 Führungen)
 Rundgang für Nachtschwärmer (1.177 Teilnehmer / 76 Führungen)
 Camposanto - Die Geheimnisse des Stadtgottesackers (328 Teilnehmer / 27 Führungen)
 Georg Friedrich Händel auf der Spur - 'uff Hall'sch' (90 Teilnehmer / 8 Führungen)

Tourist-Information Halle (Saale)

Die Gästezahlen in Halles Tourist-Information (TI) haben in 2016 mit 106.655 gezählten Gästen erstmals die 100.000-Marke überschritten (2015: 94.609). Mehr als 12.047 Besucher (+12,7 % gegenüber 2015) nahmen den Service der Tourist-Info in Anspruch. Dabei nahmen die Zahlen in allen Besuchergruppen zu: + 11 % „Best Ager“, + 16 % Erwachsene und + 7 % Radtouristen.



Die Verkaufserlöse sind in der TI weiterhin beachtlich (2016: 159.311,09 Euro) und gegenüber den Vorjahren weiter gestiegen (2014: 134.399,88 Euro; 2015: 140.355,40 Euro) – bei nahezu identischem Wareneinkaufswert 2016 (94.310,86 Euro) zu 2015 (94.263,52 Euro). Trotz Preiserhöhungen der Lieferanten werden Preisanpassungen stetig hart verhandelt. Das Shop-Sortiment umfasst aktuell mehr als 570 Souvenir-Artikel und wird saisonal und zu bestimmten Anlässen stetig angepasst und erweitert. Aktuell zum 500-jährigen Reformationsjubiläum in 2017.



Das 2014 auf Kommissionsbasis übernommene Warensortiment des Uni-Shops der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde 2015 und 2016 Stück für Stück erweitert. 2016 wurden 9 % des Gesamtgewinns der Tourist-Information über den Verkauf dieser Produkte generiert.

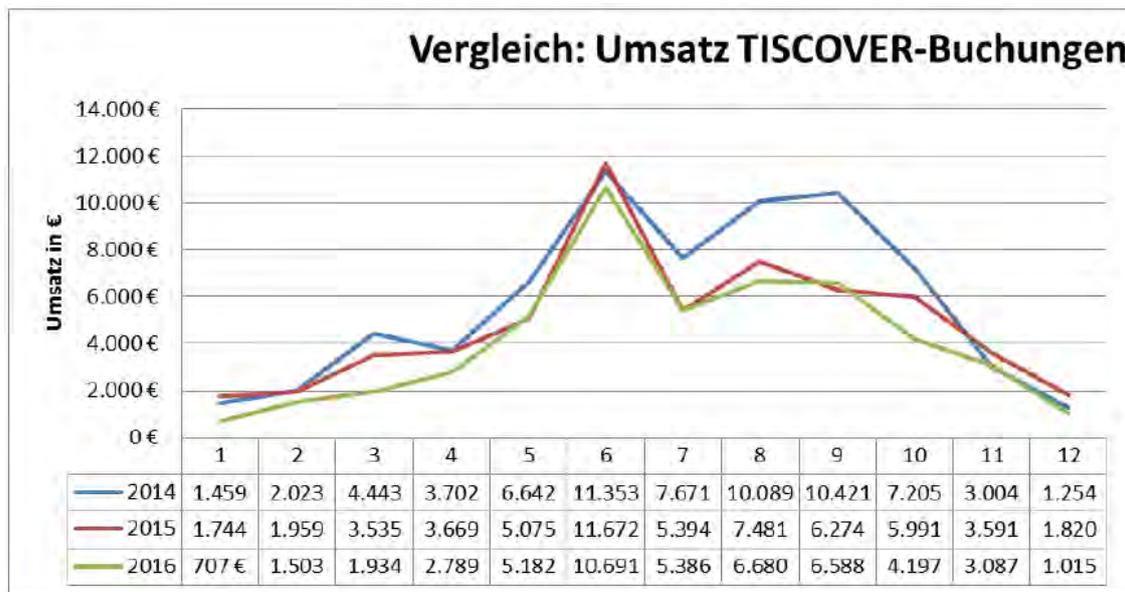
2016 hat gezeigt, dass das Konzept der neu gestalteten Tourist-Information gut funktioniert. So wurden die im Zuge des Umbaus 2014 geschaffenen Fenster-Sitznischen dankbar von den Gästen angenommen: sei es für eine kurze Verschnaufpause oder für ein längeres Informationsgespräch. Dies erhöht spürbar die Verweildauer der Gäste – auch um neue Produkte wie die Serie „Halle-Malereien“ hallescher Künstler anzusehen. Die „Halle-Galerie“ der Tourist-Info ist eine neue hochwertige Produktserie, die seit 2016 das Warensortiment ergänzt. In 2016 zeichnete sich das Team durch einen beständigen und festen Personalstamm aus. Auch die Pauschalkräfte konnten dauerhaft fürs Team gewonnen werden. Dies schafft eine deutliche Nähe zum Unternehmen und bietet bessere und intensivere Beratung für die Gäste und schafft mehr Kaufanreize.

Die beliebtesten Produkte 2016

1. Salzsäckchen (groß und klein) = 2.446 verkauft
2. Tassen Weihnachtsmarkt 2016 = 1.112 verkauft
3. Adventskalender 2016 = 628 verkauft

Provisionserlöse werden durch die Posten Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung über Tiscover erzielt. Hier setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort, dass sich das Buchungsverhalten der Touristen vermehrt auf Direktbuchungen auf den hoteleigenen Homepages, über Internetportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com, booking.com etc. konzentriert. Der Buchungsservice der Tourist-Info beschränkt sich daher bei Übernachtungen vor allem auf den Bereich der Vermittlung von Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels. Dies geht zulasten der Provisionserlöse.

Alle Buchungen der Tourist-Information werden über das Buchungssystem TISCOVER generiert. Der buchungsstärkste Monat 2016 war der Juni wie auch in den Vorjahren.



Für das hallesche Gastgewerbe generierte die SMG 2016 einen Gesamtumsatz über Tiscover von 49.757,80 Euro. (2015: 58.205,55 Euro). Der Rückgang liegt darin begründet, dass die Investitions- und Marketinggesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt den Hoteliers 2016 dazu riet, die Kooperation mit Tiscover zum Jahresende zu kündigen. Somit schrumpfte leider auch die Motivation der Hoteliers, dieses System zu pflegen.

Messen, Expedienten-Reisen, Famtrips

Zu den Kernzielen der touristischen Arbeit der SMG gehören die Erschließung zusätzlicher Märkte und Destinationen sowie die Erlössteigerung als Reiseveranstalter. Expedienten-Reisen und Famtrips sind die erfolgreichsten Methoden, Reiseunternehmern das Reiseziel Halle (Saale) vorzustellen sowie Reisejournalisten Themen für ihre Berichterstattungen anzubieten. Die Kooperation mit den Kultureinrichtungen der Stadt, die die Reiseinhalte zur Vermarktung durch die SMG liefern, ist daher Voraussetzung für diese Kunden-Akquise.

Bereits zum sechsten Mal organisierte die SMG 2016 den „Halle-Reiseworkshop“ für ausgewählte Busreiseunternehmen in Kooperation mit einem halleschen Vier-Sterne-Hotel und weiteren touristischen Leistungsträgern. In 2016 folgten 17 Reiseveranstalter der Einladung nach Halle und informierten sich über zwei Tage, u. a. bei einem „Speed-Dating“ mit 14 Leistungsträgern aus Halle und der Region, über touristische Höhepunkte und kommende Veranstaltungen. Im Ergebnis werden daraus Pauschalangebote in Reisekatalogen der Reiseveranstalter. Für das Jahr 2017 ist geplant, gleich zwei „Halle-Reiseworkshops“ anzubieten, um der großen Nachfrage gerecht zu werden.

Bei Messeauftritten setzt die SMG unvermindert auf Kooperationspartner bzw. Anschließter (Mitaussteller) wie hallesche Hotels und Kulturpartner – darunter die „Kulturhüuptlinge“. Dies ermöglicht eine Verteilung der Messekosten und Standbetreuung auf mehrere Partner und dadurch die vermehrte Teilnahme an weiteren ausgesuchten Messen.

Auf folgenden 15 ausgewählten Messen war die SMG 2016 vertreten:

vakantiebeurs (Utrecht, Niederlande), Ferienmesse, Wien (Österreich), Germany Travel Show, London (Großbritannien), Internationale Tourismusbörse - ITB (Berlin), Leipziger Buchmesse, Germany Travel Mart - GTM (Magdeburg), Roadshow (Österreich), Verkaufsreise (Niederlande), Verkaufsreise (Nordrheinwestfalen), Sachsen-Anhalt-Tag (Sangerhausen), Internationaler Hansetag (Bergen, Norwegen), Hansetag Bockenem (Niedersachsen), B.T.B. - Business-to-Business (München), RDA-Workshop (Köln), Zentraleuropa-Workshop (Halle)

Die Kosten für diese Messeauftritte, davon vier Auslandsmessen, beliefen sich 2016 auf 63.873,08 Euro (2015: 32.473,57 Euro). 2016 konnten über Anschließter-Gebühren 18.593,50 Euro zur Refinanzierung eingenommen werden. Es wurden 12.936,59 Euro mehr Einnahmen als 2015 (+ 43,7 %) erzielt.

Da die SMG Ausrichter und Mitausrichter zweier großer Messen in Halle war, sind die Messekosten in 2016 stark erhöht. Dies waren der Zentraleuropa-Workshop, ein erfolgreiches Marketinginstrument für die Bearbeitung der zentral- und südosteuropäischen Märkte, sowie der Germany Travel Mart (GTM), der wichtigste Treff für internationale Reiseeinkäufer in Deutschland, der 2016 in Magdeburg stattfand. Auch dort spielte die Präsentation der Händelstadt eine große Rolle.

Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, der weltweit größten Reisemesse, brachte sich die SMG 2016 wie jedes Jahr ein. Dort präsentierte sich die Händelstadt Halle (Saale) mit ihren touristischen Themen im Rahmen der Landespräsentation Sachsen-Anhalts. Ein zusätzlicher und separater Gesprächsbereich ermöglicht intensivere Verkaufs- und Informationsgespräche mit nationalen und internationalen Reiseveranstaltern.

Der größte Teil der Finanzierung der Messebeteiligungen in Österreich und den Niederlanden erfolgte über die Kooperation „Stadtsprung“ der Städte Dessau-Roßlau, Halberstadt, Halle (Saale), Magdeburg, Naumburg (Saale), Quedlinburg und Wernigerode. Sie war auch 2016 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich „Kultur- und Städtetourismus“ auf Landesebene und hat es sich weiter als das stärkste touristische Städtenetzwerk Sachsen-Anhalts etabliert.

Als Kooperationspartner der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) übernahm „Stadtsprung“ für das Land Sachsen-Anhalt im zehnten Jahr die gesamte touristische Quellmarktbearbeitung in der Schweiz und Österreich und seit 2014 auch in den Niederlanden. Die Mitarbeit im Netzwerk hat für die Stadt Halle einen großen Mehrwert bei vergleichsweise geringem Personal- und Finanzaufwand.

Auf Grundlage der regelmäßigen Befragungen des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) schloss sich die SMG dem Studienergebnis an und forcierte die Teilnahme an touristischen Leitmessen. Messebesuche werden nach der eigenen Homepage als die stärkste Plattform für B2B-Kontaktpflege (Business-to-Business) angegeben. Außerdem bildet der gesunde Mix aus Konsumentenmessen und B2B-Messen/Reisefachmessen wie GTM, RDA oder Reise-Workshops auch in 2017 wieder die Grundlage für eine intensive Marktbearbeitung.

Tagungen

2016 betreute die SMG vor allem kleinere und mittlere Tagungen und Kongresse. Die Aussicht auf große nationale und internationale Kongresse bleibt mangels Kongresszentrum, durch die Kleinteiligkeit innerstädtischer Hotels sowie die geringe Gesamtzahl an Hotelbetten (1.809 in Halle gegenüber 14.864 in Leipzig; Stand: Dezember 2016) weiterhin gering.

Seit Frühjahr 2016 sind die neu erarbeiteten, modular anpassbaren Tagungsmappen für die Akquise und bevorstehende Verkaufsgespräche im Einsatz. Zudem wurde die Präsentation der firmeneigenen Homepage auf Nachfragen potenzieller Tagungsveranstalter optimiert.

2016 unterstützte die SMG folgende Tagungen:

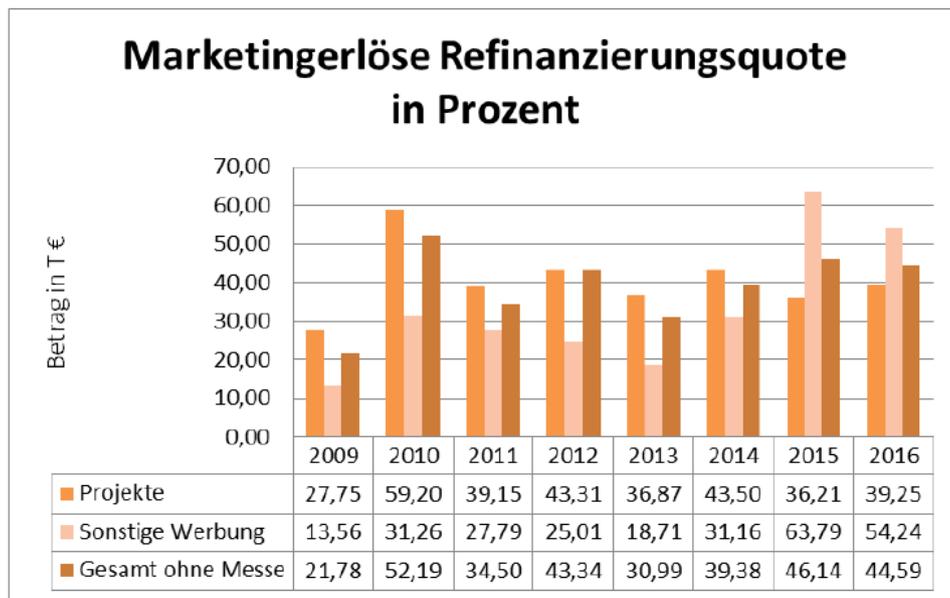
Zeitraum	Zimmer	Tagung / Kongress
25.–27.02.2016	20	AG Braille/ MLU Fachtagung Blinden-und Sehbehindertenpädagogik
03.–05.03.2016	80	MLU-Italianistentag
21.–23.06.2016	150	MLU- KoWi-Bundestagung 2016
06.–10.09.2016	120	Dachverband Deutscher Avifaunisten „EBBC Conference“
19.–23.09.2016	150	Zimmer und Tagungsvermittlung (Händelhalle) für Fraunhofer Institut - Fehleranalysekonferenz „ESREF“
20.–23.09.2016	280	MLU – 60. „Pflanzenschutztagung“
14.– 17.10.2016	140	Zimmer + Organisation: ZEW „Zentraleuropa-Workshop“
11.–13.11.2016	80	Apothekerkammer Sachsen-Anhalt (WEWS)
Gesamt	1.020	+ kleinere Zimmervermittlungen & Händel-Festspiele 2016

Das Tagungsgeschäft verläuft azyklisch: Jährliche, verlässliche Steigerungen der Erlöse sind hier dauerhaft nicht zu erwarten. Gegenüber 2015 sind Vermittlungsgeschäft und Provisionserlöse nahezu gleichgeblieben mit 26.630,36 Euro in 2016 (2015: 26.392,36 Euro). Da der Fokus der SMG auf dem touristischen Kerngeschäft gelegt ist, kann eine Erhöhung der Provisionserlöse nur mit einer Erweiterung der Abteilung einhergehen. Eine über die Jahre konstante Erlöszahl zeigt hier die Obergrenze an. Dennoch wird versucht, mit Außenwerbung, wie z.B. durch Anzeigenschaltung außerhalb und innerhalb der Stadtgrenze, dieses Angebot der SMG publikler zu machen. Dadurch ist aber nur ein geringer Anstieg zu erwarten.

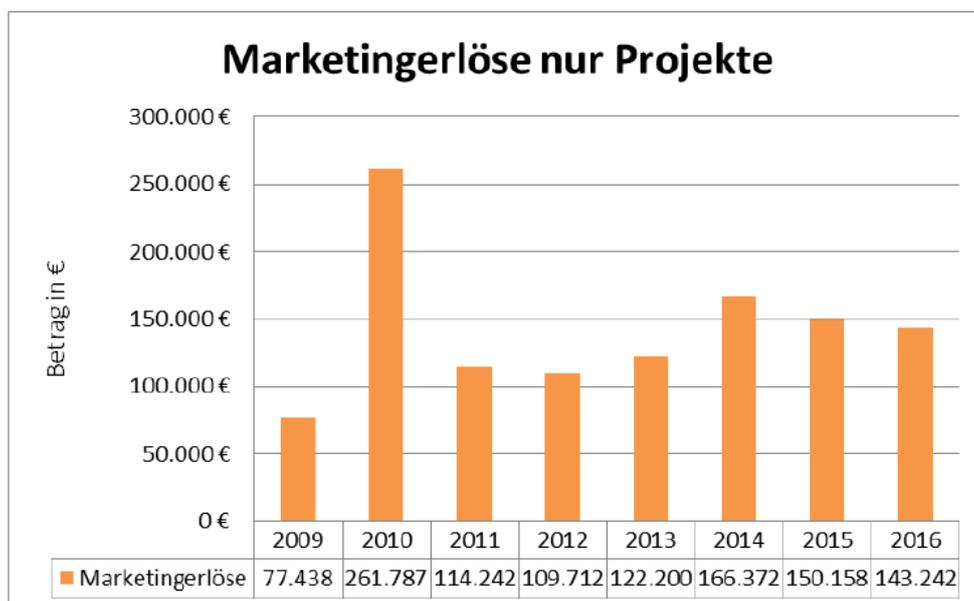
Marketingprojekte und –Kampagnen

„Halle – wo ist das denn?“ – heißt es schon einmal augenzwinkernd auf Werbemitteln der SMG. Diese nur auf den ersten Blick durch eine vermeintliche Understatement-Strategie geprägte Kommunikation deutet in Wahrheit eine der Kernaufgaben an: die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt. Die Profilierung des unverwechselbaren Stadt-Images beruht dabei auf mehrjährig angelegte Kampagnen und Projekte, deren langfristige Wirkungen auf Tourismus und Ansiedlungen kaum zu evaluieren sind. So sind Beziehungssysteme zwischen eingesetzten Marketingmitteln und Effekten in Touristenzahlen, Verkaufserlösen in der Tourist-Information oder Buchungen im umfangreichen Angebot an Führungen nicht darzustellen.

Ein Indikator ist allerdings der stetig hohe Betrag an Drittmitteln, der das Vertrauen in die Markenbildung und deren Effekte spiegelt. Insofern geben die nachfolgenden Zahlen des Geschäftsjahres 2016 auch Aufschluss über den Marketing Erfolg der SMG auf konstant hohem Niveau.



Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2016 insgesamt 503.138,71 Euro eingesetzt. Davon konnten 252.826,89 Euro (ohne Messebeteiligungen) und damit 44,59 % (Vorjahr: 39,38 %) fremdfinanziert und eingeworben werden. Der Großteil der finanziellen Aufwendungen und Einnahmen entfällt auf klar definierte Projekte. Ausgaben in Höhe von 364.969,24 Euro stehen 143.242,19 Euro Einnahmen gegenüber mit einer Refinanzierungsquote von 39,25 %, was vor allem guten Konzeptideen, der Entwicklung eines strategischen Plans zur Zielerreichung sowie der intensiven Akquise und Pflege eines Partnernetzwerkes zu verdanken ist.



Im Bereich Marketing wurden die guten Kooperationen der vergangenen Jahre gerade in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Allerdings bleibt stets in der „Erfolgsstatistik“ zu beachten, dass der Zweck der SMG keinesfalls Gewinnerzielung ist. Die zusätzlichen Mittel sind notwendig, um Budgets einzusammeln, mit denen erst einmal eine Arbeitsfähigkeit erzielt wird, um gestellte Projektziele zu erreichen. Zudem hängt die Beteiligungsrate von der Art der Projekte ab. Hier sind langfristige Ziele auch mit geringer Refinanzierung als mehrjährige Investitionen in künftige Werbeeinflüsse für Halle zu sehen, die sich nicht zwingend in Wirtschaftszahlen der SMG wiederfinden müssen. Ein strukturelles Problem zeigt sich deutlich in der Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter durch ein hausgemachtes und eigentlich richtiges Agieren in langfristig angelegten Projekten. Die SMG darf keine Eintagsfliegen produzieren und Budget für kurzfristige Effekte einsetzen. Viele Projekte sind mehrjährig angelegt (inkl. Verbesserung und Steigerung). Dies lässt das Arbeitsvolumen stetig steigen und durch neue Jahres-/Dekaden-Themen (Luther, Moderne 2019, Trends im Tourismus) immer wieder neue ganzheitliche Großprojekte hinzukommen, die alle Abteilungen bis zur Finanzbuchhaltung berühren.

Eine strukturelle Lösung, Erfassung des Status quo und Planung für die Zukunft ist hier unumgänglich und dringlich. Grob gesprochen geht nur die schwierige Ablösung der SMG von Projekten und Themen oder die personelle Aufstockung intern oder extern, z. B. in Form von verantwortlichen Projektkoordinatoren bei entwicklungsfähigen mehrjährigen Großprojekten.

Hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten Marketing-Projekte 2016, die auf die Markensäulen der SMG zurückzuführen sind.

Wissenschaftsmarketing

Insgesamt wurden für das Hochschulmarketing seitens der SMG 30.911,24 Euro mit einem Erlösanteil von 58,14 % aufgewendet – für eine Vielzahl von Projekten, die auf Neustudenten-Akquise und -Betreuung abzielen und aufeinander aufbauen. Der Bereich Hochschulmarketing ist ein Paradebeispiel für das bereits beschriebene Dilemma der personellen Betreuung von Projekten. Es hätte weitaus mehr Budget von beiden Seiten für gute Ideen zur Verfügung gestanden; es mangelt schlichtweg an Zeit. Mit einer Entscheidung des Stadtrats, städtische Mittel für einen Studentenbonus umzuwidmen für aktives Hochschulmarketing, ist hier unter Einbindung der Hochschulen, des DLZ Wissenschaft der Stadt und der SMG möglicherweise eine Lösung in Sicht. Ein Gremium unter Beteiligung der SMG arbeitet an Strukturvorschlägen und ersten Maßnahmenplanungen.

Dennoch war der Fortbestand gelernter und guter Projekte mit jährlich neu entstehender Zielgruppe in Form von Erstsemestern der MLU nicht gefährdet.

Hochschulinformationstag (HIT)

Zum HIT stellte die SMG allen Studieninteressierten die Händelstadt Halle mittels kostenloser Stadtführungen per pedes oder Bus vor. Dabei waren die jungen Gästeführer selbst Studierende. Alle Studieninteressierten wurden „uff Hallesch“ mit Halloren Kugeln und kleinen Salzsäckchen empfangen. Außerdem wurde den auswärtigen HIT-Gästen kostenfreies Parken in direkter Campusnähe auf dem Friedemann-Bach-Platz angeboten – dazu hilfreiche Tipps zur Stadt.

„Welcome Day“ auf dem Laternenfest

Zum Laternenfest organisierten MLU und SMG zum siebten Mal in Folge erfolgreich den „Welcome Day“. Zum schönsten Volksfest Mitteldeutschlands konnten sich Studieninteressierte in der großzügigen „hallesaaale*-Lounge“ am Saaleufer über Studien- und Wohnungsangebote informieren. Städtische Wohnungsgesellschaften und -unternehmen sowie die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt präsentierten ihre Angebote für Studenten. Dem „Welcome Day“ voraus ging ein gemeinsames Einladungs-Mailing zum „Welcome Day“ zum Laternenfest von SMG und MLU an ca. 8.000 Studieninteressierte. 465 Interessierte nahmen an den kostenfreien Stadtrundfahrten und Wohnungsbesichtigungen teil, ca. 900 Studenten besuchten die „Welcome Lounge“ an der Saale; ca. 1.400 Eltern und Freunde begleiteten die künftigen Erstsemester auf ihrem Besuch in Halle.

Verteilung von „Welcome Bags“



In der ersten Studienwoche im Oktober 2016 verteilten MLU und SMG an alle Erstsemester „Welcome Bags“ als Willkommensgruß der neuen Wahl-Heimat. Die Tasche war gefüllt mit Nützlichem und kleinen Snacks durch Beigaben hallescher Partner aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft.



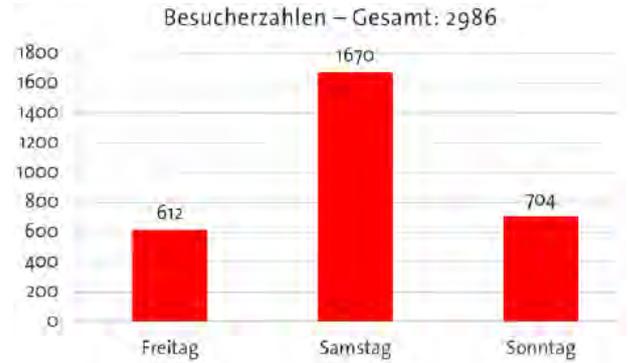
Kampagne „Nur bei uns“: Sieben Kulturhauptlinge für Halle

Mit sieben farbigen Federn – symbolisch für die kulturellen Hauptlinge der Händelstadt Halle – präsentieren sich die Kulturhauptlinge bereits seit 2009 und damit im siebten Jahr. Seit 2008 stehen Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, das Kunstmuseum Moritzburg, das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – gemeinsam für die Marke „nur bei uns.“. Die aktive Kooperation, gebündelte Budgets und Marketing-Knowhow zur nationalen Vermarktung eröffnen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst jene Werbung, Schlagkraft und Aufmerksamkeit, die jede einzelne Einrichtung für sich kaum erreichen würde. Die eingesetzten Mittel belaufen sich auf ca. 45.000 Euro, von denen 21.000 Euro die beteiligten Partner tragen. Es wurde(n):

- rund 30.000 Broschüren und Einleger verteilt
- 85.000 Mal nurbeiuns-Werbung in Zeitschriften beigelegt
- die ITB, die Leipziger Buchmesse und viele weitere Messen besucht
- Zugfahrende in Bahnhöfen und Zügen in ganz Deutschland beworben
- diverse Anzeigenschaltungen deutschlandweit geschaltet.

Sachsen-Anhalt-Tag 2016 in Sangerhausen

Sangerhausen war vom 9.-11.09.2016 Gastgeber des 20. Sachsen-Anhalt-Tages. 140.000 Besucher kamen zum Landesfest „Sachsen-Anhalt trifft Rose“. In den fünf Regionaldörfern präsentierten die Landkreise Sachsen-Anhalts ihre Region. Außerdem wurde die jeweilige Region hier kulinarisch, kulturell und touristisch beworben. Auf verschiedenen Bühnen erwarteten die Besucher des Landesfestes abwechslungsreiche Programme. Höhepunkt war der Festumzug am Sonntag. Die SMG bot das Präsentations-Modul „hallesaale-Lounge“ mit Verweilqualität und Service an. Insgesamt wurden 28 kg Siedesalz für mehr als 400 Fußbäder verbraucht. Außerdem waren Badesalz und Siedesalzsäckchen sehr für die Anwendung zu Hause gefragt.



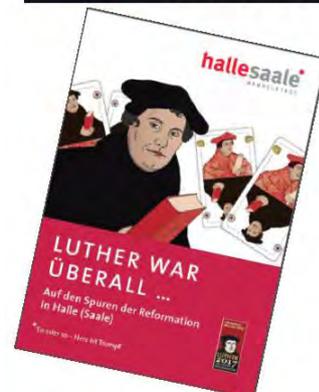
Luther 2017

Seit 2010 hat sich die SMG der Erarbeitung des Themas „Luther und die Reformation“ verschrieben. Neben der lokalen Erarbeitung und der Entwicklung einer image-bildenden und touristisch relevanten Kampagne ist es vor allem eine Netzwerkarbeit im mitteldeutschen Raum. Innerhalb dieser Netzwerke (kirchenseitig z.B. r2017.org; staatlich: Staatliche Geschäftsstelle „Luther 2017“).

Präsentation in Halles Tourist-Information



2016 wurde mit fieberhaftem Eifer das Jahr 2017 vorbereitet. Kommunikativ und produktpolitisch sind die Stadt Halle und die SMG hervorragend aufgestellt. Printbroschüren und innovative digitale Produkte wie eine eigene Luther-App mit Virtual Reality, wurden 2016 entwickelt und 2017 ins Englische übersetzt.



Die hohen Kosten (37.503,53 Euro) bei vergleichsweise niedrigen Einnahmen von 2.796,27 Euro sind geplant und wenig beunruhigend. Die Reformation ist seit spätestens 2010 eine Investition in den Kulturtourismus 2017 ff.



„Hier unten leuchten wir...“ - und wie! Stadtmarketing mit dem Laternenfest

Am Saale-Ufer fungierte die „hallesaale*-Lounge“ als Info-Punkt und bot Raum und Ruhe, um sich in Liegestühlen zu entspannen. Die üblichen SMG-Licht-Aktionen wie das „Lightwriting“ schafften emotionale Momente bei den Gästen.

2016 wurden leuchtende Postkarten produziert, die an einem improvisierten Postamt von der SMG entgegengenommen und später verschickt wurden. Insgesamt wurden 2.000 Postkarten verkauft, 1.693 wurden direkt via hallesaale*-Postamt verschickt, 77 % davon bundesweit – zumeist nach Nord-, Mittel- und Westdeutschland. 13 % (228 Postkarten) wurden innerhalb Halles, 10 % (161 Postkarten) international verschickt; vorne lagen England, Italien, Frankreich, Tschechien, die Niederlande. Die am weitesten fliegenden Karten reisten nach Jamaica, Brasilien, USA, Afghanistan, China, Neuseeland, Indien, Japan und Kenia.

Die Kampagne und das Laternenfest wurden überregional mit 1.000 Plakaten, Anzeigen, einer Sondersendung auf TV-Halle und 170.000 Programmheften als Beilage in der MZ flankiert. Die Werbeleistung erhöhte sich somit auf ganz Mitteldeutschland. Die Projektkosten in Höhe von 44.568,49 Euro wurden 37 % gegenfinanziert.



Das Projekt „Laternenfest“ ist das Paradebeispiel für die Arbeit und Orientierung der SMG. Nicht die eigene wirtschaftliche Bilanz ist hier entscheidend, sondern der Erfolg der kommunikativen Maßnahmen (Werbung, Plakatwettbewerb, Postkartenaktion), die für steigende Besucherzahlen beim größten Volksfest der Stadt sorgen. Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen bis in den Saalekreis vermelden eine 98-prozentige Bettenauslastung rund ums Laternenfest-Wochenende. Allein die Sondersendung des Mitteldeutschen Rundfunks (inkl. SMG-Interview in der hallesaale*-Lounge) ist ein unbezahlbarer Mediawert.

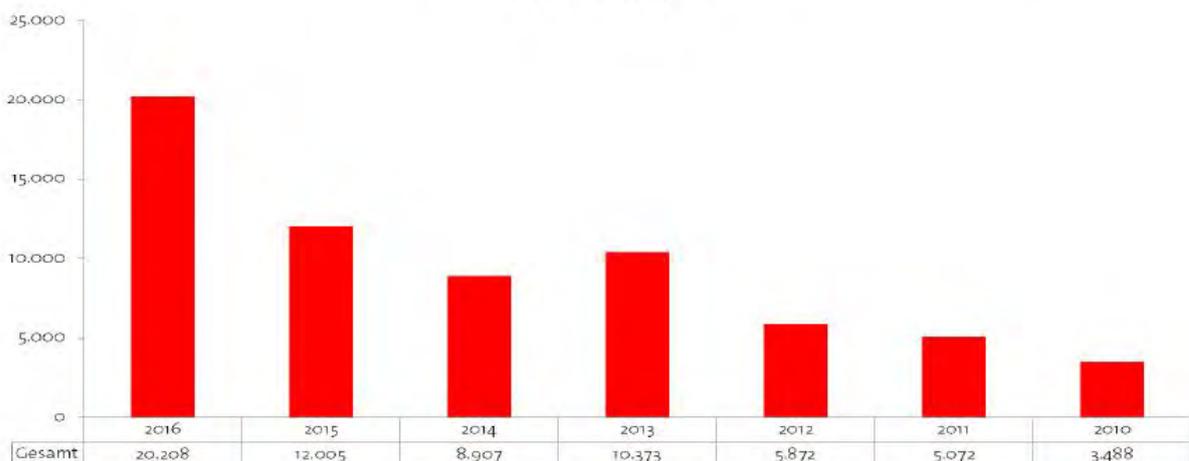
Hallesaale*-Lounge auf der Leipziger Buchmesse – 1.000 Gespräche am Tag

Neben der Präsenz der Kultur- und Verlagslandschaft der Stadt Halle leistet die SMG auf der Leipziger Buchmesse vor allem touristische Werbung. 87 % der Besucher des SMG-Standes kamen 2016 nicht aus Halle und sind eine begehrte Zielgruppe reisewilliger, kulturraffiner Touristen. 6.000 Flyer wurden verteilt, ca. 4.000 Gespräche geführt. Deutlicher als mit der Bahnhofs- und Zuglandschaft in Gestaltung des Messestandes ließ sich der touristische Kommunikationsanspruch auf der Buchmesse nicht proklamieren.

Inklusive Lesefest „Halle liest mit“ und einer umfangreichen Werbekampagne mit vielfältigem Image-Nutzen (ca. 25.000 Euro) und der Standpräsenz (ca. 19.000 Euro Messekosten) wurden ca. 44.000 Euro bei Einnahmen von ca. 6.800 Euro (Kooperationsgeschäft) eingesetzt.



Anzahl Besucher hallesaale-Lounge*
2010 - 2016



Die sympathischste Werbung der Stadt: der hallesche Weihnachtsmarkt

Finni & Rudi bleiben die Dauerrenner im Weihnachtssortiment. Insbesondere die Weihnachtsmarktassen werben seit 2010 für ein familienfreundliches Halle. Über 33.000 Tassen wanderten 2016 wieder in private Haushalte und werben täglich aus dem Küchenschrank für die Händelstadt Halle (Saale). Damit sind auch alle SMG-Reserven aufgebraucht, was bei der Bestellung für 2017 zu beachten ist, da es nicht zu Engpässen kommen darf (höhere Auflage, höhere Investition).



WM-Tasse 2016	Anzahl
Erstlieferung Motiv 2016, 16.11.	25.056
Nachlieferung Motiv 2016, 12.12.	5.747
Auffüllung durch Altbestand WM-Tassen 2010-2015	2.893
Summe	33.696

2016 wurden mit großem Erfolg und reger Beteiligung von 1.101 Besuchern des Weihnachtsmarktes die schönste Weihnachtsmarkthütte gewählt. Der Gewinner hat damit die Zusage zur Teilnahme 2017 bereits in der Tasche.

Eine umfangreiche regionale Bewerbung sorgt für Umsatz- und Besucherrekorde auf dem halleschen Weihnachtsmarkt. Eine effektive und erfolgreiche Citymarketing-Maßnahme ist damit geglückt und wird weiter ausgebaut. Mittlerweile erzielen alle Maßnahmen rund um den Weihnachtsmarkt einen Erlösanteil von 87,46 % (2015: 77,26 % / 2014: 67 %).



Bestand	2016	2015	2014
Gesamtauflage	10.000	7500	8.500
davon Edeka	1.230	1.440	1.450
davon Schäfers	1.190	1.500	1.900
Thalia	600	/	/
Staudenmayer	460	/	/
Tourist-information	526	640	520
Marketing	493	293	319
SMG-Hütte	131	127	91
davon Halloren Schokoladenfabrik	5.370	3.500	4.200
Rest	0	0	20

Online und in den Startlöchern

Die Aktivitäten im Online-Bereich nehmen für die Gesamtdarstellung der SMG, aber auch innerhalb der einzelnen Projekte stetig zu. Online-Content ist Ware und guter Online-Content erfüllt den Zweck des „Gefundenwerdens“ im Internet genauso wie den der Image-Bildung.

Die SMG geht viele Maßnahmen crossmedial an. Flyer („Halle einem Tag“ deutsch und englisch) werden mit Audio-Inhalten und digitalen Bildern fürs Smartphone aufgearbeitet, den Tagungsstätten und Sehenswürdigkeiten 360-Grad-Panoramabilder zur Verfügung gestellt, Reformationsstätten mit der Virtual-Reality-App „Luther virtuell“ zum Leben erweckt etc.

Im März 2016 wurde die neue Website halle-tourismus.de gelauncht, 2017 folgt die englische Version. Anders als bei Buchveröffentlichungen ist das virtuelle Projekt nie abgeschlossen, da die technische Entwicklung rasant fortschreitet und starke inhaltliche Reaktion notwendig ist, um den Sichtbarkeitsindex und die Nutzerzahlen stetig voranzubringen.

Erstmals sind mit den neuen Webseiten der SMG komplexere und vor allem einheitlich kommunizierende Buchungsvorgänge möglich. Noch nicht jeder Mitarbeiter ist geschult (auch aufgrund der Fluktuation und Vertretungen) und hinter den Kulissen (Backend) müssen Kinderkrankheiten ausgeräumt werden.

Erste Erfolge zeichnen sich aber ab. So konnten die Verkäufe im Online-Shop seit dessen Relaunch im März 2016 stark gesteigert werden. Dass diese Vorgänge vollends beschwerdefrei laufen, verlangt nicht nur nach automatisierten Prozessen, sondern eben auch nach geschulten Mitarbeitern der Tourist-Information, für die die Vorgänge (Zusammenstellen, Verpacken, Verschicken, Rechnung erstellen) in Wahrheit komplexer und zeitaufwendiger sind als der Verkauf am Point of Sale.

Geschäftsjahr	Umsatz über Onlineshop	Veränderung in %
2016	4.127,14 Euro	+364,96
2015	1.130,82 Euro	-9,06
2014	1.243,41 Euro	/

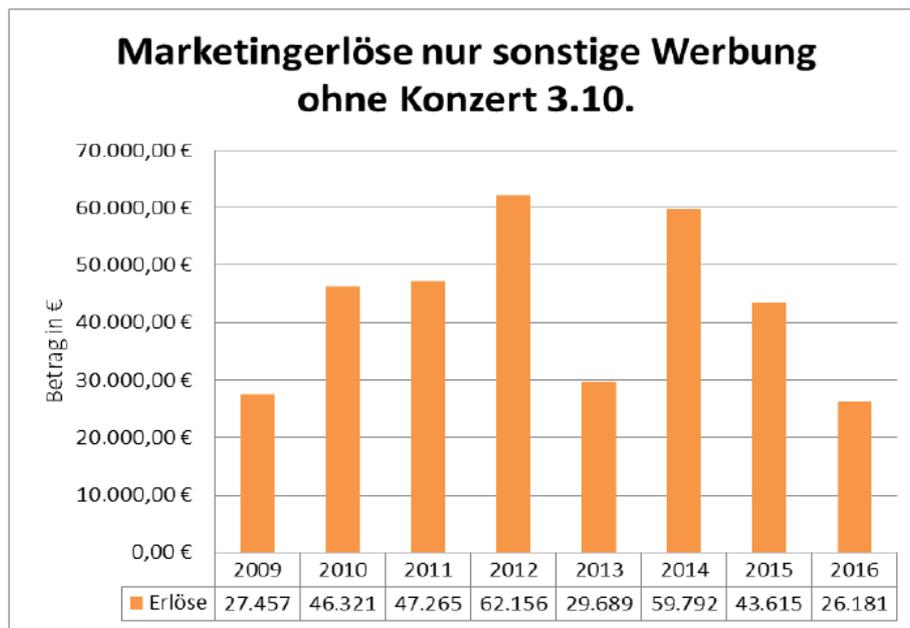
Die Projektgelder „Online-Marketing“ konnten nicht wie erhofft zur Vermarktung (insbesondere der neuen Website) im Netz eingesetzt werden. So wurden auch anvisierte Einnahmen durch Werbeflächenverkauf auf halle-tourismus.de noch nicht erreicht. Hierfür bedarf es vorzeigbarer Statistiken und eines fehlerfreien Funktionierens der Seite. Gelder wurden 2016 vor allem für externes Personal fürs Eintragen und Kontrollieren von Web-Content benötigt (11.880 Euro), um Content zu aktualisieren (Audioguide: 2.630 Euro) oder die Inhalte ins Englische übersetzen zu lassen (3.400 Euro). Um ein schnelles und reibungsloses Agieren in Zukunft zu gewährleisten, muss jedes Jahr Budget für Wartung und Erweiterungen eingestellt werden. Oftmals sind Maßnahmen zudem nicht planbar (Updates der Provider, CMS-Programmierung, Schnittstellen-Management). Zusätzlich sollte der Bereich Online-Marketing 2017 stärker beachtet werden.

Sonstige Werbung

Unter „Sonstige Werbung“ werden alle Aktivitäten verbucht, die sich keinem konkreten Projekt zuordnen lassen, sondern dem Zweck der Image-Profilierung der Stadt Halle und der Bewerbung der touristischen Services in der Händelstadt dienen. Hierzu zählen vor allem Printprodukte und Werbekampagnen. So gehen beispielsweise jedes Jahr im Bereich der touristischen Service-Broschüren ca. 50.000 Flyer „Halle an einem Tag“ inkl. Audioguide sowie 70.000 Stadtpläne des Formats A3 kostenlos an Touristen.

Von den Ausgaben für diese Werbemaßnahmen (2016: 111.117,32 Euro; 2015: 142.964,08 Euro; bereinigt um die Veranstaltung „Konzert zum Tag der Deutschen Einheit“) kommen 64.857,78 Euro der Tourismuswerbung zugute. Der Erlös lässt sich nicht direkt messen, sondern spiegelt sich u. a. in den Übernachtungszahlen in Halle und der Region. Mit dem restlichen Budget werden Markenpflege, Image-Kampagnen, Anzeigen, Online-Werbung, Betreuung von Journalisten sowie Famtrips mit Reisejournalisten forciert. So wurde mit 26.181,34 Euro (Vorjahr: 43.615,15 Euro) Einnahmen über Kooperationen (ebenfalls bereinigt) auch dieser Bereich mit 23,56 % (Vorjahr: 30,50 %) refinanziert. Der Rückgang der Refinanzierung hat mit den Maßnahmen zu tun. In summa sind dies Gelder, die in der wirtschaftlichen Gesamtanalyse des Jahres 2016 fehlen. Vor allem bedingen Kooperationsabsprachen auch Personal und freie Zeit.





Chancen und Risiken 2016

Die SMG hat 2016 trotz eines Jahresfehlbetrags von 21.540,94 Euro solide gewirtschaftet. Der Rückgang der Umsatzerlöse um ca. 11 % liegt vor allem am 2015 vom Förderverein Pro Halle e. V. noch gezahlten projektbezogenen Zuschuss von netto 54.621,85 Euro, der 2016 entfiel. Dennoch wurden 2016 rund 7.700,00 Euro mehr finanzielle Mittel für Projekte über Kooperationsverträge akquiriert als planmäßig vorgesehen. Die Einnahmen aus „Sonstige Werbung“, aus gruppentouristischen Leistungen einschließlich Stadtführungen und aus Verkaufserlösen in der Tourist-Information entwickelten sich positiv. Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden zu 44,6 % fremdfinanziert.

Das bundesweite Image und die Presseberichterstattungen über Halle wurden mit Kampagnen, dem Zentraleuropa-Workshop, Famtrips und Presse-Services gesteigert, der historische Höchststand der touristischen Übernachtungszahlen von 2015 bis auf 0,7 % eingestellt – und dies bei nur noch 1.809 verfügbaren Hotel(-garnis)-Betten gegenüber 2.260 Hotelbetten im Jahr zuvor. Hier waren nicht nur fast ein Viertel der Hotelkapazitäten, sondern auch der jährlich über 60.000 Übernachtungen (davon 86 % Geschäftsreisende) des Maritim Hotels Halle sowie dessen Netzwerke und Personal zu kompensieren. Dies ist der Stadt Halle, der SMG und deren Partnern bis 0,78 Prozent Übernachtungen gegenüber dem Allzeithoch 2015 gelungen – das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten – bei ungleich weniger Betten.

Auch die Ansprache von Reiseveranstaltern, Journalisten, Unternehmen und Verbänden sowie die offensive Studenten-Akquise erreichten neue Höchststände. Zur Akquise von Reiseveranstaltern besuchten Touristiker der SMG mit Kooperationspartnern wie halleschen Hotels, den Kulturpartnern „Kulturhüuptlinge“, dem Städtenetzwerk „Stadtsp rung“ oder der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) abermals 15 Reisemessen und holten mit dem Zentraleuropa-Workshop (ZEW) noch dazu die zweitwichtigste Reiseeinkäufer-Messe der DZT nach Halle. Die Erlöse aus Messebeteiligungen blieben 2016 dennoch hinter den Erwartungen zurück, da 1. vier Messen weniger als 2015 besucht und 2. keine 25.000 Euro zur Unterstützung des ZEW aus der örtlichen Wirtschaft eingeworben wurden, bedingt durch den späten Vergabetermin des ZEW sowie andere Prioritäten der Wirtschaft. Insgesamt konnte die SMG die geplanten Einnahmen (Zuschuss und Eigenerlöse) in Höhe von 1.826.000 Euro mit 1.968.705,14 Euro um 7,82 % übererfüllen.

Die ständige Zunahme an SMG-Projekten sowie vielfach kurzfristige Sonderausgaben z. B. für Besucherbefragungen und Informationssysteme für die Händel-Festspiele (Ausgaben 11.200 Euro netto, Einnahmen 2.600 Euro netto), die Luther-Woche (Ausgaben 37.500 Euro netto, Einnahmen 2.800 Euro netto), Kampagnen für/ mit dem Bergzoo (8.000 Euro netto), das Konzert zum Tag der Deutschen Einheit (Ausgaben 91.000 Euro netto/ Einnahmen 83.400 Euro), den Zentraleuropa-Workshop (Ausgaben 28.400 Euro netto, Einnahmen 8.800 Euro netto), Augmented-Reality-App, Halle-360-Grad-Panoramen etc. werden begleitet von kontinuierlich steigenden Kosten für Online-Marketing, Gästeführer, Messen, Schulungen, Printprodukte, Mieten, Raumnebenkosten, Reinigung, Energie, Büromaterial etc. Daher erweist sich der Ausfall institutioneller und projektbezogener Mittel von Pro Halle in Höhe von brutto 65.000 Euro als besonders folgenschwer. Die Selbstfinanzierungskraft der SMG wie Eigenkapital- und Umsatzrentabilität ist dadurch erheblich gesunken, der Cash-Flow der SMG mit 1.000 Euro dramatisch niedrig.

Auch kommt es aufgrund der SMG-Altersstruktur immer wieder zu Turbulenzen beim Personal – wie 2016 durch die Elternzeit von vier Mitarbeiter/Innen (davon drei Abteilungsleiter) sowie Unfälle und Erkrankungen, die durch Zeitarbeitsverträge oder geringfügig Beschäftigte nur teilweise zu kompensieren waren.

Wie also könnte eine nachhaltige finanzielle und personelle Stabilisierung der SMG zum Wohle der Stadt Halle (Saale) aussehen?

Die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stadt Halle (Saale), der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und der SMG müssten um eine bundesweit weg- und zukunftsweisende Facette bereichert werden: um eine bei der SMG zu schaffende Wissenschaftsabteilung, um sich professionell für den Erhalt und Ausbau des Wissenschaftsstandortes Halle (Saale) aufzustellen. Bisher unterstützen sich Stadt, Stadtmarketing und Wissenschaft bei der Kongressförderung (Förderkulissen der Stadt Halle, Vermittlungs- und Betreuungs-Services der SMG, gemeinsame Veranstaltungen „Schöner Tagen in Halle“ mit Konzertprogramm für Dekane und Direktoren), bei der Akquisition neuer Studenten über den Hochschulinformationstag („Welcome Bags“) und den „Welcome Day“ auf dem Laternenfest oder über den von der SMG betriebenen Uni-Shop am Tourist-Info-Point. Diese Vorarbeit ist kostbar, aber nur der Anfang des Möglichen und Notwendigen.

Von den ca. 20.000 Studierenden an der MLU, die jährlich jeweils im Schnitt 8.000 Euro in Halle ausgeben, haben 80 % ihren Hauptwohnsitz in Halle. Für jeden dieser 16.000 Studierenden mit Hauptwohnsitz Halle (Saale) nimmt die Stadt zusätzlich 677,65 Euro im Jahr aus dem Kommunalfinanzausgleich ein. Daraus ergeben sich jährlich ca. 10,85 Mio. Euro aus dem Kommunalfinanzausgleich sowie nochmals ca. 160 Mio. Euro, die sämtliche Studierende mit Haupt- und Nebenwohnsitz in Halle (Saale) ausgeben. Die für das Jahr 2020 angekündigte Streichung von Marketingmitteln aus dem Hochschulpakt sowie der – angesichts des demographischen Wandels – zu befürchtende Rückgang an Studienbewerbern zwingt die MLU, die Stadt und das Stadtmarketing, sich im Wettstreit mit anderen Hochschulen, Kommunen und Bundesländern noch attraktiver und professioneller aufzustellen. Bereits ein Rückgang von 1.000 Studierenden würde pro Jahr 8,68 Mio. Euro weniger Einnahmen und Wirtschaftskraft für die Stadt Halle (Saale) bedeuten.

Der Stadtrat Halle hat auch deshalb am 17.12.2014 (TOP 6.2 „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung“) beschlossen, die Bedeutung des Wissenschaftsmarketings bei der SMG mit 40% zu gewichten, so dass sich die Aufgabenschwerpunkte bei der SMG gemäß Gesellschafterversammlung vom 08.10.2013 zu je 30 % auf Tourismus-, Wissenschafts- und Wirtschafts-/ Standortmarketing sowie zu je 5 % auf City- und Eventmarketing verteilen. Die Aufwertung der SMG im Bereich Wissenschaftsmarketing verkennt allerdings deren finanzielle und personelle Ressourcen. Die Akquise- und Vertriebspartnerschaft mit der MLU lässt sich nur durch optimal integrierte Wertschöpfungsketten und die grundlegende Aufstockung von Bordmitteln und Personal schultern.

Zwar hat die SMG für Hochschulmarketing im Geschäftsjahr 2016 bereits 30.911 Euro mit einem Erlösanteil von 58,14 % für eine Vielzahl von Projekten zur Neustudenten-Akquise und -Betreuung sowie Kongress-Akquise aufgewendet, jedoch ließe sich dieses Budget bei einer Neuausrichtung und Aufstockung des SMG-Wissenschaftsmarketings um den Faktor 25 steigern. Voraussetzung wäre, dass die Stadt Halle (Saale) ihren Anteil von 286.000 Euro am Begrüßungspaket für Neustudierende an das Wissenschaftsmarketing der SMG überträgt. Die MLU würde diesen Anteil ihrerseits um weitere 286.000 Euro erhöhen, so dass der SMG ein festes Budget von 572.000 Euro für Personal und Projekte des Wissenschaftsmarketings zur Verfügung stünde. Sinnvoll wäre ferner ein erfolgsabhängiger Budget-Zuschuss z. B. von 80 Euro pro neu gewonnenen Studierenden mit Hauptwohnsitz Halle – ein Bruchteil der 677,65 Euro Zuschuss pro Hauptwohnsitzstudenten aus dem Kommunalfinanzausgleich. Die Gesamtsumme von ca. 800.000 Euro jährlich stünde für Kongress-, Tagungs- und Studierenden-Gewinnung, Kampagne-Pitches, die Vermarktung des Tagungs- und Kongressstandorts Halle auf nationalen MICE-Messen (Meetings, Incentives, Congress & Events) sowie die Ausrichtung der Langen Nacht der Wissenschaften zur Verfügung.

Die städtischen Mittel für den Studentenbonus in diese Richtung umzuwidmen im Sinne eines aktiven, schlagkräftigen Hochschulmarketings unter Einbindung der Hochschulen, des DLZ Wissenschaft der Stadt und der SMG wäre ein innovativer, nachhaltiger Strukturwandel, der der SMG zugleich Eigenkapital- und Umsatzrentabilität sowie einen angemessenen Cash-Flow sichern würde.

Eine weitere Steigerung der finanziellen Substanz der SMG wäre die Erweiterung der Gesellschafterstruktur z. B. um einen Außenwerber. Dazu müssten – wie in Magdeburg – bei der Ausschreibung um die Vergabe von städtischen Werbeflächen der Zuschlag für die Werberechte im öffentlichen Raum nicht nur an das höchste Gebot sondern auch die Bereitschaft zum Gesellschafterstatus bei der SMG geknüpft werden. Die Vorteile wären vielfältig – gerade was die Verbundenheit des Außenwerbers mit der Stadt Halle (Saale) und deren Vermarktung betrifft.

Jedoch hängt der kontinuierliche (inter-)nationale Image-Aufbau der Händelstadt Halle nicht nur von institutionellen und Projektzuschüssen der Stadt Halle (Saale), der Gesellschafterstruktur, Studentenbonus und der Akquisition von Fremdmitteln ab, sondern zunehmend auch von der Beherbergungssituation in Halle. Mit 38 geöffneten Herbergen und 2.562 Betten, davon ganzen 1.450 Hotel-Betten und 359 Hotel-garnis-Betten, hat Halle gegenüber 1994 mehr als doppelt so viele Gästeankünfte und 1,62 mal so vielen Übernachtungen (1994: 248.250; 2016: 402.095), aber immer noch genauso wenig Betriebe und Betten, obwohl Halle heute ungleich bekannter und beliebter ist. Hinzu kommt, dass es kein Tagungs- und Kongresszentrum in Halle mehr gibt, das 1.000 Tagungsbesucher fasst und auf einen Schlag 400 Gäste beherbergen kann. Dies ist für Tagungen und Kongresse von mehr als 500 Teilnehmern allerdings Voraussetzung.

SMG-intern brachte das Geschäftsjahr 2016 die Erneuerung und zeitliche Befristung des Betrauungsakts, der für Klarheit im Beihilferecht und bei Überkompensationen sorgt. Ferner hat die SMG den Beschluss des halleschen Stadtrates umgesetzt, eine Geschäftsordnung für einen SMG-Beirat und dessen Konstituierung auf den Weg zu bringen. Die konstituierende Sitzung fand am 24.03.2017 bei der SMG statt.

Angesichts der schwachen Selbstfinanzierungskraft der SMG und größtmöglicher Flexibilität und Transparenz hat die SMG für 2017 ihr rechnungslegungsbezogenes Internes Kontrollsystem aktualisiert, das u. a. Finanz-, Personal-, Kosten- und Marktrisiken Rechnung trägt.

Finanzrisiken ergeben sich – wie oben dargestellt – aus der Abhängigkeit von institutionellen und Projektzuschüssen, eher weniger durch den Hauptgesellschafter Stadt Halle (Saale) als – wie gesehen – durch strukturelle Veränderungen in der Zusammenarbeit mit unserem kostbaren Förderverein Pro Halle e.V.. Maßnahmen sind hier die Schaffung neuer und stabiler finanzieller Säulen wie mit Wissenschaftsmarketing – nach Möglichkeit mit einer erfolgsabhängigen Komponente sowie die andauernde Akquise und der rechtzeitige Abschluss von (Projekt-)Verträgen zur Steigerung der Ertragslage. Eine weitere Maßnahme wäre die Erweiterung der Gesellschafterstruktur z. B. um einen Außenwerber.

Personalrisiken ergeben sich bedingt durch die Altersstruktur und Elternzeiten sowie krankheitsbedingte Ausfälle. Die SMG reagiert hier regelmäßig mit Einstellungen auf Basis von Zeitarbeitsverträgen, wobei leitende Angestellte befristet kaum zu kompensieren sind und für die verbleibenden Mitarbeiter erheblicher Mehraufwand durch Übernahme von Arbeitsbereichen sowie die Einarbeitung der neuen Kollegen entsteht. Hier kann die Geschäftsführung bei kaum frei werdenden Stellen nur sporadisch durch verstärkte Beachtung der Altersstruktur reagieren. Dieses Risiko wird in den kommenden Jahren noch mittelschwer sein.

Risiken der Kostenüberschreitung treten bei der Abgrenzung von Verantwortlichkeiten der Abteilungsleiter auf, sobald Projekte ressort-übergreifend sind und Abteilungsleiter nach ihren Stellenbeschreibungen jeweils mitzuständig sind. In aller Regel werden sämtliche Kosten pro Projekt auf der Grundlage des SMG-Projektplanes erfasst. Dies wird nach Möglichkeit in der Kostenplanung des Wirtschaftsplans sowie in der monatlichen Abrechnung und Kontrolle durch die Abteilungsleiter, Finanzbuchhaltung und Geschäftsführung geprüft. Quartalsweise erfolgt eine Meldung an die Beteiligungs-Management-Anstalt (BMA). Zusätzlich werden die Planabweichungen vom Wirtschaftsplan in jeder Gesellschafterversammlung begründet. Das Risiko der Kostenüberschreitung erwies sich bisher als gering.

Marktrisiken beruhen auf konkurrierenden Angeboten und Akquise-Tätigkeiten von Wissenschaftseinrichtungen, die eigene Konditionen z. B. mit Beherbergungsbetrieben vereinbaren, mit Gästeführer-Verbänden oder Reiseunternehmen, die ihrerseits Stadtführungen anbieten. Hier schaffen Stadt Halle (Saale), SMG und MLU Abhilfe durch Informationsveranstaltungen mit Dekanen, Fakultätsleitern und Direktoren von Wissenschaftseinrichtungen, um für „Schöner Tagen in Halle“ zu werben, auf denen die Förderkulissen von Stadt und Stadtmarketing, Veranstaltungsorte, SMG-Services wie Zimmervermittlung, Rahmenprogramme und Stadtführungen nahe gebracht werden. Die Marktrisiken werden einstweilen als gering eingeschätzt.

Ohne die skizzierte Umnutzung des Studentenbonus' für aktives Hochschulmarketing, ohne Steigerung der finanziellen Substanz der SMG durch potente Gesellschafter oder Außenwerber sieht die SMG bei der Eigenkapital- und Umsatzrentabilität sowie dem Cash-Flow unsicheren Zeiten entgegen. Eine wettbewerbsfähige bundesweite Vermarktung ist ohne zusätzliche Finanzausstattung nicht möglich.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	16	60,00
	Saalesparkasse	5	20,00
	envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
	Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Dr. Schmieder, Ulf-Martens

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
 stellv. Vorsitzende Schröder, Barbara
 Brückner, Joachim
 Dr. Fox, Jürgen
 Dr. Lämmerhirt, Michael
 Marquardt, Bertolt
 Schröter, Reinhard
 Senius, Kay

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	7	6	4

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	25.435	84	26.812	86	27.308	84	-1.377	-5
Umlaufvermögen	4.884	16	4.366	14	5.346	16	518	12
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	7	0	6	0	-5	-71
Bilanzsumme	30.321	100	31.185	100	32.660	100	-864	-3

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.544	48	14.498	46	14.447	44	46	0
Sonderposten für Investitionszulagen	14.412	48	15.776	51	17.251	53	-1.364	-9
Rückstellungen	257	1	267	1	348	1	-10	-4
Verbindlichkeiten	1.107	3	643	2	613	2	464	72
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	30.321	100	31.185	100	32.660	100	-864	-3

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.896	3.822	4.018
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-162	5	-195
sonstige betriebliche Erträge	13	24	28
Personalaufwand	326	451	531
Abschreibungen	548	563	578
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.828	2.791	2.714
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	16	24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		62	52
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	10	7
Ergebnis nach Steuern	46		
sonstige Steuern	0	1	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	46	51	43
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	46	51	43
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,18	1,33	1,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,32	0,35	0,30	%
Cash-Flow:	594	613	621	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	625	963	770	T€
Personalaufwandsquote:	8,69	11,72	13,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,94	81,17	83,61	%
Eigenkapitalquote:	47,97	46,49	44,24	%
Fremdkapitalquote:	52,03	53,51	55,76	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	92,42	92,86	96,73	%

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
 - A.1 Gegenstand des Unternehmens
 - A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden
 - A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation
- B. Wirtschaftsbericht
 - B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
 - B.3 Lage
 - B.3.1 Ertragslage
 - B.3.2 Finanzlage
 - B.3.3 Vermögenslage
 - B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - B.5 Gesamtaussage
- C. Prognosebericht
- D. Chancen- und Risikobericht
 - D.1 Chancenbericht
 - D.2 Risikobericht
 - D.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen**A.1 Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle GmbH oder Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarkt nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die TGZ Halle GmbH in deren Räumlichkeiten aufgenommen sowie gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die TGZ Halle GmbH bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Einzel- und Verbundprojekte),
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange der TGZ Halle GmbH rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die TGZ Halle GmbH in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark weinberg campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die TGZ Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für materialwissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die Bio- und Nanotechnologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber im Technologiepark weinberg campus eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur CeBIT in Hannover, kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in San Francisco und zur BIO Europe in München genannt. Darüber hinaus veranstaltete die TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr das Natural Science Entrepreneurship Forum Mitteldeutschland in der Nationalen Akademie der Wissenschaften in Halle (Saale) und beteiligte sich als Mitveranstalter und Partnerregion an den Deutschen Biotechnologietagen in Leipzig. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die TGZ Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes "Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs zweier Gründerwerkstätten in den Schwerpunktfeldern Bio- und Materialwissenschaften.

Die Projektarbeit der TGZ Halle GmbH dient einerseits der Unterstützung der aktuellen Mieter bei der Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte/Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit Erfolgsbeiträge geschaffen werden. Hervorzuheben ist im Berichtsjahr die Beteiligung an einem überregionalen Projekt zur Förderung von Unternehmensgründungen im Bereich der Bioökonomie, welches in Kooperation mit der Handelshochschule Leipzig und dem Spitzen-Cluster Bioökonomie Mitteldeutschland umgesetzt wurde.

B. Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland wird in 2017 voraussichtlich insgesamt zunehmen, aber noch verhalten bleiben. Denn die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Dies wird die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen.

In den vom TGZ fokussierten Wirtschaftsbranchen war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Hinzu kam ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen.

B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Für die TGZ Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen.

Der Mietzins konnte auch im Jahr 2016 beibehalten werden, obwohl zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Reparaturen entstanden.

Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum neben der notwendigen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Sanitäreinrichtungen und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2016 wurden insbesondere das Technologie- und Gründerzentrum I im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen zukunftsfähig gestaltet, damit auch hier weiterhin junge Technologieunternehmen angesiedelt werden können. Den Kern der Aktivitäten bilden die Fertigstellung neuer Labor- und Technikräume sowie der Aufbau eines Inkubators und Akzelerators für Unternehmensgründer und junge Technologieunternehmen. Dies erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Auch im Laufe dieses Berichtsjahres wurden die Schwerpunkte der zukünftigen Positionierung diskutiert, konkrete Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sowie zur Erweiterung des Dienstleistungsportfolios geplant und strategische Partnerschaften intensiviert bzw. neu geschlossen. Die Einarbeitung eines diesbezüglichen Zukunftskonzeptes erfolgte im Einklang mit der strategischen Positionierung der TGZ Halle GmbH und deren wirtschaftspolitischer Aufgabenerfüllung im Rahmen des ebenfalls im Berichtsjahr erarbeiteten Wirtschaftskonzeptes für die Stadt Halle (Saale) sowie als Teil der europäischen Metropolregion Mitteldeutschland.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Umsetzung eines Zukunftskonzeptes für das Technologie- und Gründerzentrum beschlossen. Dessen Fundierung diente u.a. eine Kundenzufriedenheitsanalyse und die Durchführung eines Strategiedialoges mit namhaften Vertretern der Anspruchsgruppen am Standort zu den beiden Handlungsfeldern Gesundheit und Energie. Die Aufnahme einer Mitgliedschaft im Bundesverband der deutschen Innovationszentren und die Mitarbeit im Arbeitskreis der Bio-Regionen zielt auf eine stärkere Positionierung der TGZ Halle GmbH und eine Unterstützung der Bestandsunternehmen mit branchenspezifischen Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten.

Zur Unterstützung der Bestandsunternehmen ist es ein weiteres Ziel der TGZ Halle GmbH, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Da die TGZ Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern bzw. die Übernahme einer Projektträgerschaft auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungsleistungen und die Zusammenarbeit mit Transfereinrichtungen. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperationsvereinbarung mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Laufe des Jahres 2017 inhaltlich neu zu gestalten und weiter auszubauen.

B.3 Lage

B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.510	93,7%	3.539	91,9%	-29	-0,8%
+ Einnahmen Projektleistungen	340	9,1%	230	6,0%	110	47,8%
+ sonstige Dienstleistungen	45	1,2%	53	1,4%	-8	-15,1%
+ = UMSATZERLÖSE	3.895	103,9%	3.822	99,2%	73	1,9%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-162	-4,3%	5	0,1%	-167	-3340,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	14	0,4%	24	0,6%	-10	-41,7%
= BETRIEBSLEISTUNG	3.747	100,0%	3.851	100,0%	-104	-2,7%
+ Personalkosten	326	8,7%	451	11,7%	-125	-27,7%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.206	58,9%	2.325	60,4%	-119	-5,1%
+ Versicherungen / Beiträge	24	0,6%	26	0,7%	-2	-7,7%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	372	9,9%	264	6,9%	108	40,9%
+ Kosten des Fuhrparks	4	0,1%	16	0,4%	-12	-75,0%
+ Werbe- und Reisekosten	24	0,6%	30	0,8%	-6	-20,0%
+ externe Projektkosten	45	1,2%	0	0,0%	45	*
+ sonstige Kosten	154	4,1%	130	3,4%	24	18,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	3.155	84,2%	3.242	84,2%	-87	-2,7%
= EBITDA	592	15,8%	609	15,8%	-17	-2,8%
+ Abschreibungen	1.912	51,0%	2.037	52,9%	-125	-6,1%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.364	-36,4%	-1.474	-38,3%	110	-7,5%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	548	14,6%	563	14,6%	-15	-2,7%
= EBIT	44	1,2%	46	1,6%	-2	-4,3%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	11	100,0%	16	100,0%	-5	-31,3%
+ = FINANZERGEBNIS	11	100,0%	16	100,0%	-5	-31,3%
= EBT	55	1,5%	62	1,6%	-7	-11,3%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	9	16,4%	10	16,1%	-1	-10,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	1	1,6%	-1	*
- = STEUERERGEBNIS	9	16,4%	11	17,7%	-2	-18,2%
= JAHRESÜBERSCHUSS	46	1,2%	51	1,3%	-5	-9,8%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2015 um 2,7% (104 T-€) vermindert und liegt somit bei 3.747 T-€. Dabei haben sich die Mieten und Mietnebenkosten um 29 T-€ vermindert, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen verminderten sich um 8 T-€, die sonstigen betrieblichen Erträge um 10 T-€ und die Bestandsveränderungen aus nicht abgerechneten Mietnebenkosten verminderten sich um 167 T-€. Dagegen erhöhten sich die Projektleistungen um 110 T-€.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2016 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.615 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.348 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 267 T-€ unter dem Planansatz, was nahezu ausschließlich in den geringeren Einnahmen aus Nebenkosten begründet ist, diese lagen um 224 T-€ unter Planansatz. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 94 T-€ über dem Planansatz. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 173 T-€ weniger als geplant.

Die **betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 87 T-€ (+1,4%) auf 3.155 T-€. Erhöhungen gab es bei den Reparaturen und Instandhaltungen (+108 T-€), bei den externen Projektkosten (+45 T-€) und den sonstigen Kosten (+24 T-€). Die Personalkosten (-125 T-€), die Grundstücksaufwendungen (-119 T-€), die Kosten des Fuhrparks (-12 T-€) und die Werbe- und Reisekosten (-6 T-€) haben sich dagegen vermindert.

Im Vergleich zum Planansatz lagen die betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt 3.155 T-€ um 266 T-€ unter dem Planansatz i.H.v. 3.421 T-€. Dies liegt im Wesentlichen an den Personalkosten (-159 T-€), den umlagefähigen Nebenkosten zu Mieten (-127 T-€) sowie auch an anderen Kostenpositionen, die unterschritten werden konnten. Die Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen lagen dagegen um 130 T-€ über dem Planansatz, was durch die umfangreichen Sanierungsarbeiten im Gebäude TGZ I begründet ist.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2015 um 17 T-€ auf 592 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planwert von 499 T-€ ergab sich hierbei eine positive Abweichung in Höhe von 93 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.912 T-€ (Vorjahr: 2.037 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 110 T-€ auf 1.364 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 548 T-€ und liegt damit um 3 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** beträgt mit 44 T-€ im Berichtsjahr 2 T-€ weniger als im Vorjahr, gegenüber dem Planwert gab es eine Abweichung von 90 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 5 T-€ abgenommen und beträgt noch 11 T-€. Der Planwert mit 10 T-€ konnte somit leicht übertroffen werden. Der Rückgang an sich ist durch die sehr geringen Anlagezinsen begründet.

Das **EBT** liegt mit 55 T-€ um 7 T-€ unter dem Vorjahreswert.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1 T-€ auf 9 T-€ vermindert, die **Sonstigen Steuern** verminderten sich um 1 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 46 T-€ und liegt damit um 5 T-€ über dem Vorjahr bzw. 86 T-€ über dem Planwert, der von einem Jahresfehlbetrag von 40 T-€ ausging.

B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 4.025,7 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2016 haben sich die liquiden Mittel um rund 259,7 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2016		31.12.2015		d. Vorjahr in	
	TC	%	TC	%	TC	%
Eigenkapital	14.544,1	48,0	14.498,0	46,5	46,1	0,3
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	14.412,3	47,5	15.776,4	50,6	-1.364,1	-8,6
Rückstellungen	256,9	0,8	266,9	0,9	-10,0	-3,7
Erhaltene Anzahlungen	388,0	1,3	311,6	1,0	76,4	25,4
Lieferverbindlichkeiten	580,5	1,9	215,4	0,7	365,1	169,5
Sonstige Verbindlichkeiten	138,3	0,5	115,6	0,4	22,6	19,6
Summe Verbindlichkeiten	1.106,8	3,7	642,6	2,1	464,1	4,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0
Summe Passiva=Gesamtkapital	30.321,3	100,0	31.185,1	100,0	-863,8	-2,8

B.3.3 Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2016		31.12.2015		d. Vorjahr in	
	TC	%	TC	%	TC	%
Sachanlagen	23.935,5	78,8	25.312,0	81,2	-1.376,5	-5,4
Finanzanlagen	1.500,0	4,9	1.500,0	4,8	0,0	0,0
Summe Anlagevermögen	25.435,5	83,7	26.812,0	86,0	-1.376,5	-5,1
Forderungen	10,6	0,3	8,1	0,1	2,5	30,5
Sonstige Vermögensgegenstände	847,9	2,8	592,3	1,9	255,6	43,1
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	4.025,7	13,2	3.766,0	12,1	259,7	6,9
Summe Umlaufvermögen	4.884,2	16,3	4.366,5	14,0	517,8	11,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	0,0	6,6	0,0	-5,0	-76,3
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	30.321,3	100,0	31.185,1	100,0	-863,8	-2,8

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 863,8 T-€ (= -2,8 %) auf 30.321,3 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.376,5 T-€), und der Rechnungsabgrenzungsposten (-5,0 T-€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+2,5 T-€), die sonstigen Vermögensgegenstände (+255,6 T-€) und die flüssigen Mittel (+259,7 T-€) haben sich dagegen erhöht. Die Finanzanlagen blieben mit 1.500,0 T-€ unverändert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 86,0 % auf 83,9 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 535,9 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.912,4 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 23.935,5 T-€ (-1.376,5 T-€) vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 517,8 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 16,3% gegenüber 14,0% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 2,5 T-€ resultiert sowohl aus den etwas gestiegenen Forderungen aus Mieten (+6,5 T-€) einschließlich darauf gebildeter Wertberichtigungen (+4,0 T€).

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 255,6 T-€ ist sowohl auf die Erhöhung der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+165,4 T-€) als auch auf die Erhöhung angeforderter Projektmittel (+72,5 T-€) zurückzuführen. Die Steuererstattungsansprüche haben sich ebenfalls um 17,7 T-€ erhöht, was hauptsächlich an abzugrenzenden Vorsteuerbeträgen liegt.

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 3.766,0 T-€ auf 4.025,7 T-€ resultiert aus dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** verminderten sich um 5,0 T-€ auf 1,6 T-€.

B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 90,78 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 92,42 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der TGZ Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma)	38,81%
- Services	19,40%
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	16,42%
- Nanotechnologie	8,96%
- Ingenieurdienstleistungen	5,97%
- Analytik und Sensorik	4,48%
- Geräte- und Anlagenbau	4,48%
- Erneuerbare Energien	1,48%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 60 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

B.5 Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

C. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2017 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2018 bis 2022 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2017	4.271	4.244	6	33
2018	4.301	4.264	6	43
2019	4.258	4.196	6	68
2020	4.045	4.039	6	12
2021	4.045	4.014	6	37
2022	4.045	4.014	6	37

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt nach wie vor als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der TGZ Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Berichtszeitraum beschlossenen Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert. Nun gilt es, diese Strategie in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die TGZ Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2017 das Ziel der Ansiedlung von zwei bis drei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Des weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der TGZ Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Bedingt durch die Sparmaßnahmen in der Hochschullandschaft des Landes, die damit verbundene Neustrukturierung der Medizinischen Fakultät und den Bau des Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität deutet sich ein Auszug des Zentrums für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED) aus demselben Gebäude nunmehr für das erste Quartal 2018 an. Dies würde einen zumindest temporären Leerstand im Jahr 2018 verursachen. Eine enge Abstimmung mit der Zentrumsleitung sowie gezielte Akquisitionsaktivitäten reduzieren das Leerstandsrisiko.

In den Prognosen für die Jahre 2018 bzw. 2019 ist zu berücksichtigen, dass ein Unternehmen, dem wegen des Jahrhunderthochwassers im Jahre 2013 und der damit verbundenen Umzugsnotwendigkeit umfangreiche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, ein Grundstück im Technologiepark gekauft hat und dort ein eigenes Gebäude errichten wird. Auch dies wird wegen der notwendigen Umbaumaßnahmen einen größeren zumindest temporären Leerstand im oben genannten Zeitraum zur Folge haben. Die Standortentscheidung wird durch die Geschäftsführung intensiv begleitet, so dass die Akquisition neuer Mieter und notwendige Umbaumaßnahmen rechtzeitig und planbar erfolgen können.

Im Berichtszeitraum sind ca. 1000 m² aufgrund der Insolvenz eines Technologieunternehmens geräumt worden. Der dadurch bedingte Leerstand wird durch umfangreiche Investitionen in Büro- und Laborflächen sowie durch die notwendigen Akquisitionsmaßnahmen erst im 4. Quartal 2017 bereinigt sein.

Für das Jahr 2017 sind umfangreiche Investitionen geplant, die zunächst allerdings zu keiner Erweiterung der Hauptnutzfläche der TGZ Halle GmbH führen. Ziel ist die weitere Modernisierung und bauliche Umgestaltung des Technologie- und Gründerzentrums I im Weinbergweg 23. Zudem werden Räumlichkeiten im Gebäude in der Blücherstraße 26 derart umgestaltet, so dass neue moderne Labor- und Büroflächen für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Startups aus den Fokusbranchen entstehen. Darüber hinaus ist die Errichtung neuer eigener Gebäude geplant. Diesbezüglich notwendige Beschlüsse werden in den Aufsichtsgremien gefasst und sind in den ersten 3 Quartalen 2017 umzusetzen.

Zudem werden Ansiedlungsaktivitäten und Neubauprojekte bestehender Unternehmen unterstützt. In diesem Zusammenhang steht die Erarbeitung eines bedarfsorientierten Konzeptes zur Entwicklung und Erweiterung von Mietflächen für die TGZ Halle GmbH im Technologiepark Weinberg Campus.

Durch die prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien, ist insbesondere im Jahr 2018 mit erhöhten Mindereinnahmen zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein Absinken der Flächenauslastung auf ca. 90% zur Folge.

Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung Unternehmen proaktiv bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht 2017 die Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die TGZ Halle GmbH und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarkt Arbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft und die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume unteretzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2017 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

D. Chancen- und Risikobericht

D.1 Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der TGZ Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences / Biotechnologie, Material Sciences / Nanotechnologie und Informationstechnologie / Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zur Zeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der TGZ Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der TGZ Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie / Life Sciences aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die TGZ Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im TGZ I modernisiert und umgebaut, die in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den Jahren 2017/2018 als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die TGZ Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Berichtszeitraum beschlossenen Zukunftsstrategie, die es in den Folgejahren umzusetzen gilt.

D.2 Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die TGZ Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die TGZ Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

D.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unsers Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bornknechtstraße 5
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat: Berend, Stephanie
 Borggrefe, Fabian
 Dr. Marquardt, Judith
 Embacher, Frank

Beirat:

Friedrich, Holger
 Hülsbusch, Peter
 Meerheim, Sten (seit 09.05.2016)
 Mehlis, Marion
 Misch, Werner
 Nagel, Elisabeth (bis 09.05.2016)
 Walther, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	12.497	91	11.893	88	11.587	90	604	5
Umlaufvermögen	1.193	9	1.636	12	1.244	10	-443	-27
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme	13.690	100	13.529	100	12.831	100	161	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.841	50	6.838	51	6.837	53	3	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.274	16	1.689	12	715	6	585	35
Rückstellungen	644	5	378	3	416	3	266	70
Verbindlichkeiten	3.931	29	4.624	34	4.863	38	-693	-15

Bilanzsumme	13.690	100	13.529	100	12.831	100	161	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.334	1.021	963
sonstige betriebliche Erträge	4.466	4.133	3.968
Materialaufwand	3.004	2.299	2.319
Personalaufwand	1.520	1.489	1.594
Abschreibungen	728	653	487
sonstige betriebliche Aufwendungen	404	598	383
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113	124	120
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-9	35
außerordentliche Erträge		59	0
außerordentliches Ergebnis		59	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29	3	7
Ergebnis nach Steuern	2		
sonstige Steuern	0	45	24
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	2	4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	2	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,16	0,15	0,37	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,03	0,02	0,05	%
Cash-Flow:	730	655	491	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	126	107	105	T€
Personalaufwandsquote:	26,20	28,88	32,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,28	87,90	90,26	%
Eigenkapitalquote:	49,97	50,55	53,28	%
Fremdkapitalquote:	50,03	49,45	46,72	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Besucher	292.745,00	314.663,00	291.801,00	Anzahl

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Für das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde ab 01.03.2015 ein Betreibervertrag über eine Laufzeit von 5 Jahren mit einer Verlängerungsoption von 2x 5 Jahren, mit der Bäder- und Eventmanagement GmbH geschlossen. Die Bäder Halle GmbH wird sich auf den Betrieb der Frei- und Hallenbäder mit Badewasseraufbereitungsanlagen konzentrieren. Die Stadt Halle (Saale) war in den Vergabeprozess eng involviert und hat die Vorgehensweise befürwortet.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH ab 01.08.2014 verpachtet und wird durch die GWG betrieben.

1.2. Ziele und Strategien

Die Bäder Halle GmbH betreibt die ihr von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Bäder mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung dieser Sporteinrichtung für die Grundversorgung der Bevölkerung. Über den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Instandhaltungsmittel soll der Zustand der Bäder erhalten und verbessert werden.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Die Ergebnisse der Planung und Kostenberechnung, die zu Beginn des Jahres 2016 vorgelegt wurde, zeigen einen Finanzbedarf zwischen 18,3 und 19,8 Mio. EUR (netto) für die Gesamtanierung des Stadtbades auf. Dafür stehen der Bäder Halle GmbH keine planmäßigen Mittel zur Verfügung. Aus diesem Grund wurden im Jahr 2016 gemeinsam mit Fachpartnern relevante Fördermittelprogramme untersucht, über die eine Sanierung mit finanziert werden könnte. Im Jahr 2017 soll gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) darüber beraten werden, wie im Gesamtkontext der zukünftigen Stadtplanung mit dieser Immobilie weiter umgegangen werden kann.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Rund 2/3 der Aufwendungen stellen die Medienkosten (Wasser- und Abwasser/ Strom/ Wärme) und Personalaufwendungen in Summe dar und sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Wärmeeaufwendungen für die Hallenbäder stehen zudem in direktem Zusammenhang mit den Außentemperaturen und fallen oder steigen entsprechend der Witterung. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach VbE geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Der Wirtschafts- sowie der Mittelfristplan der Bäder Halle GmbH sieht über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung hinaus derzeit keine Mittel für die Beseitigung der umfangreichen Gesamtschäden am Stadtbad vor.

Die Kostenberechnung für eine Gesamtsanierung des Stadtbades legt dar, dass dafür ein Finanzbedarf in Höhe von 18,3 bis 19,8 Mio. EUR erforderlich ist. Gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) wird weiter nach umsetzbaren Lösungen für die Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen unter Einbeziehung von Fördermittelprogrammen gesucht.

Am 30.09.2015 hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) die Förderung der Sanierung der Fassaden von Turm, Frauen- und Männerhalle sowie Wannenteilung des Stadtbades mit 1,1 Mio. € beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgte maßgeblich im Jahr 2016, witterungsbedingt mussten Restleistungen in das Jahr 2017 verschoben werden.

Die Restleistungen zur Sanierung des Hochwasserschadens von 2013 am Nichtschwimmerbecken im Freibad Saline konnten 2016 vorangetrieben werden. Letzte Maßnahmen werden im Jahr 2017 bis zur Saisonöffnung erfolgen. Ende Juli 2016 wurde am Beckenkopf des Schwimmerbeckens im Freibad Saline eine Absenkung festgestellt. Das in Herbst 2016 erstellte Baugrundgutachten gab Aufschluss darüber, dass die Absenkungen in kausalem Zusammenhang mit dem Hochwasser 2013 stehen. Mit Fachplanern wird zu Beginn des Jahres 2017 ein Sanierungskonzept für die Beseitigung des Schadens und die damit verbundenen Kosten erarbeitet.

Die Dächer der Schwimmhalle Neustadt wurden im Jahr 2016 mit einem Aufwand von 577,5 TEUR instand gesetzt. Dafür wurden der Bäder Halle GmbH zusätzliche Mittel durch die Stadt Halle (Saale), wie bereits im Dezember 2015 verbindlich vereinbart, bereitgestellt.

Die Dienstleistung zur Wasseraufsicht im Freibad Nordbad wurde im Februar 2016 für die Freibadsaison der Jahre 2016 und 2017 ausgeschrieben. Den Zuschlag bekam am 01.04.2016 die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. Das Konzept hat sich in der Saison 2016 sehr gut bewährt. Um für die Jahre 2018/2019 frühzeitig Planungssicherheit zu bekommen, soll diese Dienstleistung für die Jahre 2018/2019 bereits im 2. Quartal 2017 wieder ausgeschrieben werden.

Der Dienstleistungsvertrag für die Robert-Koch-Schwimmhalle wurde für das Jahr 2017 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von 3 Monaten zum Jahresende vor.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Hinsichtlich der marktbezogenen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Sport- und Freibädern gab es im Geschäftsjahr 2016 keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2016 lässt sich insgesamt aufgrund der Witterungsverhältnisse als „schlechter Freibadsommer“ bezeichnen, die Besucherzahlen lagen 2016 rd. 9,8% unter denen des Vorjahres. In diesem Geschäftsbereich wird die Witterung immer einen extremen Einfluss auf die Besucherzahlen haben, ein Gegensteuern ist hier nicht möglich. Die Besucherzahlen in den Hallenbädern lagen um 5,3% unter dem Vorjahr und dieser Rückgang verteilt sich nahezu gleichmäßig über alle 3 Hallenbäder. Als eine Ursache hierfür wird die Verschiebung im Nutzerverhalten, weg vom Besuch im Rahmen des öffentlichen Badebetriebs hin zur Nutzung von Kurs- und Rehabilitationssportangeboten im Rahmen der Vereinszeiten gesehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2016 gab es keine Veränderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die für den Betrieb von Frei- und Hallenbädern Relevanz hatten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Die Eintrittspreise für die Frei- und Hallenbäder blieben auch 2016 für die öffentlichen Nutzer unverändert. In Abstimmung mit den Vereinsnutzern wurde bereits im Jahr 2015 eine stufenweise Anhebung der Betriebskostenbeteiligung für die Jahre 2016 – 2019 um jeweils 25% pro Bahn pro Jahr vereinbart.

Die im Vergleich zu 2015 geringfügig um 2,8% zurückgegangenen Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb sind maßgeblich auf die geringeren Besucherzahlen zurückzuführen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Bäder Halle GmbH.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 waren in der Bäder Halle GmbH 47 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt. In den Monaten April bis August haben im Schnitt 7 Vollzeitsaisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 44 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 12 Jahren.

Die Bäder Halle GmbH arbeitet stetig an der Optimierung des Personaleinsatzes und der Personalkostensituation. Im Rahmen dieses Optimierungsprozesses wurde die Saisonarbeit effizienter gestaltet. Um pünktlich in die Freibadsaison starten zu können, sind bereits im Vorfeld vielfältige Arbeiten an den Außenanlagen zu erledigen, gleiches gilt am Ende der Freibadsaison. Dies wurde in 2016 beim Einsatz der Saisonkräfte berücksichtigt.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit geforderter Qualifikation für die Badeaufsicht zu finden, hat sich die Bäder Halle GmbH dazu entschieden selbst Fachangestellte für Bäderbetrieb auszubilden. Im Jahr 2016 waren durchschnittlich zwei Auszubildende im Unternehmen angestellt.

Die Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe vom 19.02.2013 und zum anderen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD). Der Vergütungsstarifvertrag zum Tarifvertrag für Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe wurde Ende 2015 neu verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bestand aus zwei Teilen. Neben den Tarifsteigerungen zum 01.01.2016 und zum 01.01.2017 wurden auch Zuordnungen der Tätigkeiten zu den Vergütungsgruppen geändert.

Führungskräfteentwicklung

Strukturelle Veränderungen, Auswirkungen des Stadtwerke-Umfelds auf die Sparten sowie der strategisch und operative Zielerreichungsprozess sind Faktoren, die es erforderlich machen, in die Stärkung von Führungskompetenzen zu investieren. Mit den Veranstaltungen und Inhalten der Führungskräfteentwicklung wird den Führungskräften der entsprechende Rahmen geboten.

Angebote des Vorjahres wie die Basismodule 1-3, Führen von Mitarbeitergesprächen, Stressbewältigung oder Wissensmanagement wurden in 2016 fortgesetzt. Mit transfersichernden Maßnahmen in Form von halbtägigen Reflexions-Workshops, kollegialen Beratungen oder vertiefenden Themen (z. B. „Führen generationsgemischter Teams“, „Teamleading als Führungsinstrument“, „Resilienz“ ...) konnten die Führungskräfte auf ein aufeinander abgestimmtes Portfolio an Personalentwicklungsmaßnahmen zurückgreifen.

Für das Kalenderjahr 2017 ist eine Fortführung der Basismodule geplant. Zudem werden die inhaltlichen Schwerpunkte der Seminare weiter am Bedarf der Führungskräfte orientiert. Weiter ausgebaut werden praxisorientierte Seminare und Workshops zur Stärkung der Führungsleistung unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse aller Bäder inkl. Schul- und Vereinsschwimmen betragen 980,0 T€ (Vorjahr: 1.021,0 T€); der Rückgang beruht maßgeblich auf den witterungsbedingt unter Plan liegenden Besucherzahlen in den Frei- und Hallenbädern.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2016 bei 132,9 T€ (Vorjahr: 133,1 T€). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen 161,8 T€ (Vorjahr: 151,8 T€), ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen gegenüber. Durch die Verschiebungen dieser beiden Positionen aus den sonstigen betrieblichen Erlösen in die Umsatzerlöse, infolge der Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) ab 2016, ist nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr möglich.

Unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2016 mit 3.678,0 T€ ausgewiesen (Vorjahr: 3.604,2 T€) sowie der Zuschuss der Stadt Halle (Saale) für die Instandsetzung der Dächer des Schwimmhallenkomplex am Standort Halle Neustadt (577,5 T€).

Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 1.168,2 T€ (Vorjahr: 1.284,4 T€) ausgewiesen. In den Aufwendungen für Elektroenergie, Wärme und Gas kam es 2016 im Vergleich zum Vorjahr zu Verschiebungen aufgrund der Beendigung der Stromversorgung über eine gepachtete Kraftwerksscheibe und die Aufnahme von Stromdirektbezug sowie der Eigenversorgung mit Wärme und Strom am Standort Saline über ein neu errichtetes BHKW.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung in Höhe von 216,6 T€ (Vorjahr: 214,7 T€) sowie Fremdleistungen für Personal in Höhe von 89,5 T€, deren Anstieg zum Vorjahr auf den ab 2016 für 2 Jahre mit der DLRG geschlossenen Dienstleistungsvertrag zur Absicherung der Wasseraufsicht im Freibad Nordbad zurückzuführen ist. Im Gegenzug verringerten sich die eigenen Personalaufwendungen für Saisonkräfte.

Der Instandhaltungsaufwand lag 2016 bei 1.294,5 T€ (Vorjahr: 517,0 T€). Darin enthalten sind die Aufwendungen für die Dachsanierung am Schwimmhallenkomplex Halle Neustadt im Umfang von 577,5 T€ sowie Aufwendungen für außerplanmäßige Maßnahmen zur Instandsetzung der Badewassertechnik in der Frauenschwimmhalle des Stadtbades, um die Anforderungen an die Badewasserqualität sicherstellen zu können.

Die Personalaufwendungen betragen 1.519,4 T€ (Vorjahr: 1.488,6 T€).

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 2,1 T€ im Geschäftsjahr resultiert aus Erlösen der Verpachtung der Ballsporthalle und der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31.12.2016 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.840,6 TEUR, das ist ein Anstieg um 2,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus dem Jahresergebnis 2016. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 50,0% (Vorjahr: 50,7%).

Bei den Sonderposten aus Investitionszuschüssen ist in 2016 ein Anstieg von 584,7 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Freibad Saline hat die Bäder Halle GmbH in 2016 Fördermittel in Höhe von 397,8 TEUR erhalten. Weiterhin wurden in 2016 Fördermittel von 381,1 TEUR zur Finanzierung von Maßnahmen in der Männerhalle und am Turm des Stadtbades vereinnahmt. Den Zugängen stehen planmäßige Auflösungen entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen von 194,2 TEUR gegenüber.

Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr um 266,9 TEUR angestiegen. Dieser Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus der Bildung einer Rückstellung für Sanierungsaufwendungen zur Umsetzung gesundheitsrechtlicher Auflagen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite sind die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2016 kontinuierlich zurückgegangen. Zum 31.12.2016 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 3.497,3 TEUR (Vorjahr: 3.893,3 TEUR). Auch die sonstigen Verbindlichkeiten entwickelten sich rückläufig zum Vorjahr.

4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten 3 Betriebsjahre 2010 – 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 T€ vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Investitionen in Höhe von 352,0 T€ wurden im Jahr 2016 in die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens des Freibades Saline mit Hilfe von Fördermitteln zur Beseitigung von Hochwasserschäden getätigt. Weiterhin begann Ende des Jahres 2015 die Fassadensanierung am Stadtbad – ebenfalls mit Fördermitteln – und verursachte in 2016 Investitionsaufwendungen in Höhe von 830,3 T€. Am Standort Hallenbad Saline konnte für 143,7 T€ ein Blockheizkraftwerk errichtet werden, welches das Hallenbad in den kommenden 10 Jahren mit Wärme versorgt, die Finanzierung erfolgt über eine Ratenzahlungsvereinbarung mit der EVH.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Bäder Halle GmbH ist auf Grund der Zahlung eines jährlichen Betriebskostenzuschusses durch die Stadt Halle entsprechend des Bäderfinanzierungsvertrages gesichert. Unter diesen Bedingungen war die Bäder Halle GmbH im Geschäftsjahr 2016 jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2016 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 13.690,2 TEUR, das ist ein Anstieg um 161,2 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenslage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Im Ergebnis der Investitionen, insbesondere in das Freibad Saline sowie das Stadtbad wurden in 2016 Zugänge des Anlagevermögens in Höhe von 1.333,9 TEUR realisiert. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31.12.2016 ein Anlagenbestand in Höhe von 12.497,0 TEUR ausgewiesen (Vorjahr: 11.892,6 TEUR).

Demgegenüber weist das Umlaufvermögen eine rückläufige Entwicklung auf. Diese resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr.

Infolge der Finanzierung der Investitionen aus Fördermitteln ist auf der Passivseite ein entsprechender Anstieg des Sonderpostens zu verzeichnen. Auch die Rückstellungen weisen einen Zugang zum Vorjahr aus. Dem steht ein Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie der übrigen Verbindlichkeiten gegenüber, so dass insgesamt eine positive Entwicklung der Vermögenslage zu verzeichnen ist.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird.

Ziel für 2017 wird es wieder sein, die Besucherzahlen in den Hallenbädern zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach seinem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z.B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir - die Bäder Halle GmbH - der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohlfühlen.

Leider ist es der Bäder Halle GmbH nur zu wenigen begrenzten Zeiten möglich, Kursangebote z.B. für Kinder zu offerieren, da die Kontingente der Wasserzeiten für die Vereinsnutzung sehr umfangreich sind. So ist eine Ergebnisverbesserung durch höhere Kurseinnahmen kaum zu erzielen. Der durch die Vereine zu zahlende Betriebskostenzuschuss für die Nutzung der Wasserflächen liegt im Vergleich zum Eintrittspreis der Besucher öffentlicher Schwimmzeiten weitaus niedriger.

Im Zeitraum 2016 - 2019 werden die von den Vereinen für die Nutzung der Wasserflächen zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse auf Basis einer mit den Nutzern im Jahr 2015 verhandelten Kompromisslösung schrittweise um 25% der aktuell zu zahlenden Beträge pro Jahr angehoben.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreuung der Bäder wird auch weiterhin langfristig der im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Zuschuss der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diesen Zuschuss werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 8 Risiken ermittelt (Vorjahr 7). Hinzugekommen ist ein Beschaffungsrisiko in der Risikogruppe 3, das aus der Möglichkeit steigender Aufwendungen für Elektroenergie resultiert. Durch die Sanierung der Dächer der Schwimmhalle Neustadt konnte ein Risiko der Kategorie 2 in die Kategorie 3 herabgestuft werden. Unter den ermittelten 8 Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	0	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	0	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	2	0	2
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	2	0	2

Zwei Risiken der Gruppe 2 stellen Naturereignisse dar, die sich nicht versichern lassen. Frei- und Hallenbad Saline befinden sich auf der gleichnamigen Halbinsel, gegen Hochwasserschäden kann sich die Gesellschaft an dieser Stelle nicht versichern. Durch die Einbindung in das Früherkennungs- und Warnsystem der Stadtwerke Halle (Saale) kann hier jedoch vorbeugend gehandelt und bis zu einem bestimmten Wasserpegel Schaden abgewehrt werden. Das Risiko von Sturmschäden durch Unwetter an Gebäuden, Dächern und Anlagen sowie Wasser- und Abwasserleitungen, kann zu Ausfällen der Anlagen sowie hohen Instandsetzungsaufwendungen führen. Das Risiko muss in Teilen akzeptiert werden, möglich ist jedoch das Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen bei Ankündigung von Wetterunbilden über den mobilen technischen Bereitschaftsdienst zur Begrenzung möglicher Schäden.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist nur gesichert, wenn die jährlichen Verluste über den Bäder- finanzierungsvertrag ausgeglichen werden und dieser nicht gekündigt wird.

Weitere bestandsgefährdende Risiken bestehen darüber hinaus nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2017 sowie in der Mittelfristplanung bis 2021 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2017 bis 2021 konstant 296.400 Besucher geplant (Ist 2016: 292.745). Die Umsatzerlöse steigen in der Mittelfristplanung von 2017 in Höhe von 1.342,4 T€ bis 2021 auf 1.379,6 T€ nur marginal aufgrund der vereinbarten Anpassung der Betriebskostenbeteiligungen der Vereinsnutzer an.

6.2. Investitionen

Für das Jahr 2017 sind keine Investitionen geplant. Die Verschiebung von Restmaßnahmen aus der Hochwassersanierung am Nichtschwimmerbecken im Freibad Saline wird zu Investitionen führen, über die jedoch eine Fördermittelvereinbarung besteht. Auch die Restmaßnahmen aus dem mit 1,1 Mio. € geförderten Projekt zur Fassadensanierung am Stadtbad wird zu einer Erhöhung der Investitionen im Jahr 2017 führen.

Über weitere Investitionsmittel ist im Zuge der Wirtschaftsplanung 2017 für die Folgejahre mit der Stadt Halle (Saale) zu verhandeln.

6.3. Finanzierung

Da derzeit langfristig keine Investitionen eingeplant wurden, ist auch keine Darlehensaufnahme geplant. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrentkreditlinie von 300,0 T€.

6.4. Ergebniserwartung

Für den Planungszeitraum 2017-2021 werden jährlich 2,1 T€ Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder ist jährlich mit Verlusten zwischen 3,8 und 3,9 Mio. € zu rechnen. Es wird davon ausgegangen, dass diese im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bugenhagenstraße 30
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.
- (2) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:

Vorsitzende

Dr. Ueberschär, Ina

Bahn, Wolfgang

Battermann, Jens

Baumeister, Lutz

Brederlow, Katharina

(seit 01.01.2016)

Dr. Danek, Simone

Dr. Kehl, Peter

Dr. Streibelt, Marco

Gellrich, Barbara

Ideker, Thomas

Krahl, Hans-Joachim

Stegmann, Jürgen

Verwaltungsrat

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	13.084	84	13.699	82	14.250	77	-615	-4
Umlaufvermögen	2.451	16	2.946	18	4.229	23	-495	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	20	0	10	0	1	5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung					2	0		
Bilanzsumme	15.556	100	16.665	100	18.491	100	-1.109	-7

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.312	34	5.216	31	5.526	30	96	2
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.081	32	5.288	32	5.495	30	-207	-4
Rückstellungen	81	1	73	0	94	0	8	11
Verbindlichkeiten	5.082	33	6.087	37	7.370	40	-1.005	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	6	0	-1	-100
Bilanzsumme	15.556	100	16.665	100	18.491	100	-1.109	-7

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.053	5.627	5.897
sonstige betriebliche Erträge	330	395	386
Materialaufwand	773	700	747
Personalaufwand	3.673	3.715	3.873
Abschreibungen	791	798	853
sonstige betriebliche Aufwendungen	862	920	871
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	53	123
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	185	241	261
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-299	-199
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	4	0
Ergebnis nach Steuern	104		
sonstige Steuern	8	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	96	-309	-205
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	96	-309	-205

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,58	-5,50	-3,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,83	-5,60	-3,57	%
Cash-Flow:	887	489	648	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	97	94	97	T€
Personalaufwandsquote:	57,54	61,69	61,64	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,83	82,11	76,92	%
Eigenkapitalquote:	34,15	31,30	29,88	%
Fremdkapitalquote:	65,85	68,70	70,12	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Abrechnungstage	40.069,00	39.388,00	41.710,00	Tage

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW sieht sich als einen Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gestalten sich weiterhin schwierig. Seit einigen Jahren ist die Belegung im Kerngeschäftsfeld durch Rückgang und Stagnation geprägt. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle(Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2016 die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Das BFW Halle hat mit externer neutraler Unterstützung konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt und 2016 begonnen umzusetzen, die dazu geeignet sind ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften und die Entwicklung des BFW Halle langfristig zu stabilisieren. Es wurden mögliche liquiditätswirksame Potenziale identifiziert.

Im Laufe des Jahres 2016 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen auf Grund intensiver Marketingaktivitäten im Vergleich zum Vorjahr stabilisiert.

Die Bemühungen der letzten Jahre lagen in der Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Flexibilität und Mobilität. Ziel war es, den personellen Aufwand hinter den jeweiligen Tätigkeiten zu minimieren, ohne gleichzeitig wesentliche Abstriche an der Qualität zu machen.

Im Jahr 2016 nahmen durchschnittlich 112 Teilnehmer (im Vj. 109 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Während die Belegung dieser Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr durch die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschlands, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie durch die anderen Träger von Rehabilitationsleistungen nahezu gleich blieb oder geringfügig stieg, sank die Belegung durch die Bundesagentur 2016.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2016 im BFW Halle. Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment - und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle(Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2016 im Bereich des Planungsansatzes.

Die Zertifizierung nach der DIN ISO2001:2008 sowie und die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2016 wieder erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben weiterhin intensiven Marketingmaßnahmen gilt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung des Unterrichts in einen modularen Aufbau wurden 2016 weitergeführt.

2016 waren durchschnittlich 61 (im Vj. 59) Angestellte sowie 5 (im Vj.5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle beschäftigt. Zwei Mitarbeiter unterstützen im Rahmen des Bundesprogrammes Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 19,82 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2016 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 111 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Die Geschäftsstelle in Berlin, welche in Kooperation mit dem dort ansässigen BFW betrieben wird, ist mittlerweile zu einer festen Größe für das BFW Halle (Saale) geworden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind nicht mit dem Vorjahr vergleichbar, da diese durch die Neudefinition gemäß § 277 Abs. 1 HGB erheblich ausgeweitet wurden. Bei Anwendung des § 277 Abs. 1 HGB in der Fassung des BILRUG bereits im Jahr 2015 hätte sich ein als Umsatzerlös auszuweisender Vorjahresbetrag in Höhe von TEUR 5.740 ergeben.

Im Vergleich zum Vorjahr sind damit die Umsatzerlöse um TEUR 313 gestiegen. Dies resultiert aus dem Anstieg der durchschnittlichen Belegung von 109 auf 112 Rehabilitanden in den vorbereitenden und Hauptmaßnahmen bzw. Integrationsmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 40.069 Abrechnungstagen (im Vj. 39.388) ca. 2,0 % mehr Abrechnungstage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahr 2016 nahezu gleich geblieben. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2016 TEUR 207 (im Vj. TEUR 207).

Die Betriebsleistung stieg somit um TEUR 363.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 43 gesunken. Der Personalaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 42. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 58.

Das betriebsgewöhnliche Ergebnis stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 406 auf TEUR 80.

Die Finanzerträge sanken auf Grund der ausgelaufenen Finanzanlagen und der anhaltenden Niedrigzinsphase um TEUR 45. Bei gleichzeitig sinkenden Finanzaufwendungen kam es zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 11.

Die aufgezeigten Entwicklungen führen im Jahr 2016 zu einem Jahresüberschuss von TEUR 96.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2016 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 477 (im Vj. TEUR 80) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2016 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Dies ist auf die Tilgung der Darlehen der Berufsgenossenschaften zurückzuführen. Der Finanzmittelfonds sank um TEUR 721. Die Gesellschaft verfügt 2016 weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Schwerpunkte der Investitionen liegen im Bereich der Qualifizierung und des RehaAssessments.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.109 vermindert.

Dabei sank das langfristig gebundene Vermögen um TEUR 615. Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 177 stehen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 791 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 207, sowie dem im Berichtsjahr erzielten Jahresüberschuss von TEUR 96. Damit sinkt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 111.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2016 TEUR 10.394, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 66,9 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle im Jahr 2016 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den klassischen vorbereitenden - und Hauptmaßnahmen stieg die Belegung im Vergleich zum Vorjahr um 3%. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag im Bereich der Vorjahreszahlen. Damit stabilisiert sich die Zahl der Rehabilitanden im Verlaufe der letzten Jahre auf niedrigem Niveau. Die Geschäftsstelle Berlin stellt eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle dar. Hier lag 2016 die Auslastung leicht unter dem geplanten Ansatz.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität der BFW Halle gGmbH beginnend im Jahr 2016 schrittweise um. Mit diesen Maßnahmen gilt es die Ergebnisseite zu stabilisieren und die Aufwandsseite zu optimieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die Kostensatzentwicklung muss grundsätzlich die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigen. Das BFW Halle ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen zu den Kostensätzen 2017 mit den Rehabilitationsträgern konnten die geplanten Erhöhungen erzielt werden.

Das BFW Halle ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf Grund einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 111 Teilnehmern ist für das Wirtschaftsjahr 2017 ein positives Ergebnis geplant.

Dabei wurde bei der Berechnung der Personalkosten die Tarifsteigerung von 2,35 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 577 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung im Hilfsmittelbereich, im Bereich der Verwaltung sowie für die Geschäftsstelle in Berlin liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2017 von 105 Teilnehmern und mit den derzeit vorliegenden Anmeldungen gehen wir 2017 von einem Ergebnis aus, dass im Rahmen der Planung liegt.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle wird den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2017 weiter ausgebaut.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit anderen Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

Branchenspezifische Risiken:

Als Herausforderung erweist sich die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 35 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle an, sind preislich unter denen des BFW und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt.

Das BFW Halle versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2017 das Kernziel der Gesellschaft. Ein Risiko sieht das BFW Halle darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches am 01. März 2017 gestartet ist, gilt es, dieses Risiko näher zu erforschen und eventuelle Versorgungslücken zu eruieren.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Das BFW Halle ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

Ertragsorientierte Risiken:

Das größte Risiko für das BFW Halle liegt in der Belegung. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Das Berufsförderungswerk Halle (Saale) sieht sich steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert. Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in der fortschreitenden demografischen und der derzeit sehr guten Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können. Eine latente Gefahr der Belegungsschwankungen besteht durch eine gewisse Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie der Überregionalität des BFW Halle. Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle führen. Eine sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Das Berufsförderungswerk hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept erarbeiteten Szenarien sind mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür sind stabile Belegungszahlen.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen und Netzwerke bietet für das BFW Halle weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie die Versorgung von bleiberechtigten Flüchtlingen, können für das BFW Halle zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass sich unter den Flüchtlingen sehbehinderte Menschen befinden, die die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. In der Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes sieht das BFW Halle eine große Chance für die zukünftige Entwicklung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle.

Solange sich die Konjunktur in Deutschland positiv entwickelt, ist davon auszugehen, dass die Kassen der Sozialversicherungsträger gut gefüllt und damit keine Budgeteinschnitte im Bereich der beruflichen Rehabilitation zu erwarten sind.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende Berufsförderungswerk Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Unter der Voraussetzung einer auf dem Niveau von 2016 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsengpässe nicht zu erwarten sind. Das BFW erwartet mit der Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes mittelfristig- bis langfristig eine positive Entwicklung.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das Berufsförderungswerk Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina Bönisch, Bernhard Feigl, Christian Meerheim, Sten Rothe, Bernward Schmeil, Birgit

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2016 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2015.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2015		2014	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	41	1	53	1
Umlaufvermögen	2.714	99	4.503	99
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0

Bilanzsumme	2.755	100	4.556	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

	2015		2014	
	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	1.004	36	1.004	22
Sonderposten für Investitionszulagen	40	2	52	1
Rückstellungen	102	4	157	4
Verbindlichkeiten	1.609	58	3.343	73

Bilanzsumme	2.755	100	4.556	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2015	2014
	T€	T€
Umsatzerlöse	3.737	17.688
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.513	-12.036
sonstige betriebliche Erträge	1.125	1.254
Materialaufwand	594	600
Personalaufwand	2.621	5.132
Abschreibungen	22	23
sonstige betriebliche Aufwendungen	112	184
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	967
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	967
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	967

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	5,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	2.609,93	%
Cash-Flow:	22	990	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	12	18	T€
Personalaufwandsquote:	78,26	74,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,23	0,91	%
Eigenkapitalquote:	36,44	22,04	%
Fremdkapitalquote:	63,56	77,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	27,00	45,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen Beschäftigungsvereinbarungen	37,00	22,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	8,00	12,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2015 erfüllen.

Im Jahr 2015 war der Beigeordnete für Bildung und Soziales, Herr Tobias Kogge, Vorsitzender des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Mai 2015 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüft. Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2014 wurde am 25.11.2015 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 wurde zeitgleich erstellt, parallel zum Haushaltsplan der Stadt in den Stadtrat eingebracht und am 16.12.2015 durch diesen beschlossen.

Der Jahresabschluss 2014 weist einen Jahresgewinn in Höhe von 966.881,96 € aus, der entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2018 für die Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" sowie der 20 städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und, sofern ausreichend, zur Cofinanzierung für Arbeitsgelegenheiten sowie Arbeitsmarktfördermaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt, die ESF gefördert sind, eingesetzt wird. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr ab dem Jahr 2016 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2016 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) hat schon im Januar 2015 die Genehmigung zum Vollzug durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen mit Jahresbeginn umgesetzt werden. Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2016 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2015.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2015 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (1 € Jobs), dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Schaffung und Gestaltung der Bundesprogramme „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und „BIWAQ“ sowie der Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von Arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt.

Prägend für das Geschäftsjahr 2015 war damit der Wechsel der EU Förderperiode, die Einführung neuer Bundesprogramme und vor allem die zeitgleiche Abrechnung der damit auslaufenden Programme und Förderinstrumente, die analog ersetzt werden sollten.

Mit der Schlussrechnung der jahresscheibenübergreifenden, langfristigen und sozialversicherungspflichtigen Fördermaßnahmen „Bürgerarbeit“, „Familien stärken – Perspektiven eröffnen (einschließlich Erprobungsarbeitsplätze)“ sowie „Aktiv zur Rente Plus“ mussten in 2015 Abrechnungen über ein Gesamtvolumina von 15.839.000 € vorgelegt werden. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz und der Anforderungen der Fördermittelgeber beteiligt sich auch das Rechnungsprüfungsamt daran. Nützliches Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Zeitgleich wurden die Beantragungen für 260 sozialversicherungspflichtige Maßnahmeplätze für 36 Monate, bis ins Jahr 2019 hinein, mit einem Fördervolumen von ca. 10.000.000 € realisiert.

Bedingt durch langwierige Debatten und Strukturänderungen auf Ebene der EU, des Bundes und des Landes hat sich die Neuausrichtung der Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt auf das vierte Quartal des Jahres 2015 konzentriert.

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2015 die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden.

Ergänzt durch das Team Personal und Qualität ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2020- und die „Regionale Koordination“ für das Jahr 2015 genannt werden. Beide Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher. Auch die Erstellung der kommunalen Konzepte „Der Hallesche Weg: Zukunft selbst bestimmen“ und „Die Rolle der Stadt Halle bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“, letzteres in fast Wochenfrist, konnte zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau realisiert werden.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsprüfungen umzusetzen. Im November 2015 hat sich der EfA erfolgreich rezertifiziert. Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiter umgesetzt werden.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2015 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Aktiv zur Rente- Plus“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (12 Monate)
- Erprobungsarbeitsplätze tarifgebunden im Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit Teilprojekträgern
- Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ (anteilig)
- Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit
- Bildung und Teilhabe
- Eignungsfeststellungen - Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2015 durchschnittlich nachfolgende Jahresverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

Aktiv zur Rente- Plus*	20 Teilnehmerplätze
Mehraufwand*	203 Teilnehmerplätze
Bundesfreiwilligendienst	6 Teilnehmerplätze
Erprobungsarbeitsplätze FIC*	4 Teilnehmerplätze
Eignungsfeststellungen*	1 Teilnehmerplätze
Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit	2 Teilnehmerplätze
Bundesprogramm Soziale Teilhabe*	5 Teilnehmerplätze
Gesamt:	241 Teilnehmerplätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, daher Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut. Damit wurden im Jahr 2015 in der **Summe 401 Teilnehmerplätze** über den EfA geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 40 Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt.

Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so hatte der EfA im Jahr **2015 insgesamt 573 Beschäftigte**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit die Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe, Jobperspektive 58+“ und weitere angekündigter zu berücksichtigen.

Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum **2014/2015 von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung** aus.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2015	2014
Zuschüsse der Stadt	1.099.500 €	2.333.000 €
Sonstige Einnahmen* der Stadt	193.092 €	236.870 €
Sonstige Einnahmen sonstige	5.741 €	24.273 €
Mittel des Bundes und ESF	170.128 €	2.137.500 €
Mittel des Landes und ESF	765.951 €	1.325.134 €
Mittel des Jobcenter Halle	700.822 €	322.944 €
Summe	2.935.234 €	6.379.721 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogrammen über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen.

Dennoch ist es durch einen guten Maßnahmемix gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2015	2014	2013
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	978,9	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	966,9	0,0
	1.003,9	1.003,9	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2014	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlussprüfung und Prüfung	12,1	12,1	0,0	12,8	12,8
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	102,3	0,0	65,3	0,0	37,0
Übrige Rückstellungen	42,0	23,8	0,0	34,1	52,3
	156,4	35,9	65,3	46,9	102,1

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2015 (TEUR)	2014 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	633,2	316,3
Zuschüsse Land / ESF	2.270,1	56,8
Zuschüsse Bund	13,3	13.574,3
Zuschüsse Stadt	797,8	3.741,0
Sonstige betriebliche Erträge	1.102,6	1.230,8
Verwendete Spenden	22,8	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	21,8	22,7
	4.861,6	18.941,9

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2015	2014
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	280	392
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	2.172,5	4.263,6
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	448,1	868,0
- davon für die Altersversorgung	54,5	59,0
	2.620,6	5.131,6

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2016

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 12.898 Personen arbeitslos, davon werden 10.602 bzw. 82,2% der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Das bedeutet, dass in diesen Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich ca. 22.000 bis 28.000 Menschen betroffen sind. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 11,2 %, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk und dem Landesdurchschnitt (9,9%) und erst recht über dem Bundesdurchschnitt (6,3 %).

„Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht nur auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert werden, sondern soziale Teilhabe sollte auch durch niedrighschwellige Beschäftigungsangebote ermöglicht werden („Teilhabejobs“).“

(Vorbericht zur 164. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie des Deutschen Städtetages Mai 2015)

Im Jahr 2016 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die soziale- und berufliche Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Vorrangig kommen aktuell Menschen aus Syrien und Afghanistan. Neben dem Spracherwerb sollen gemeinsam mit den **Akteuren am Arbeitsmarkt** parallel Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg geschaffen werden. Qualifizierteren Flüchtlingen soll ein schnellerer Berufseinstieg durch unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen ermöglicht werden. Mit dem Einstieg in den Arbeitsmarkt können Flüchtlinge ihren eigenen Beitrag für unsere Stadt und unser Land leisten. Dadurch entstehen soziale Netzwerke und kulturelle Brücken. Da rund 55% der Asylantragsteller bundesweit unter 25 Jahre sind, kommt, neben den bewährten berufsvorbereitenden Maßnahmen, der dualen Ausbildung eine besondere Bedeutung zu.

Außerdem spielen niedrigschwellige Einstiegswege in den Arbeitsmarkt für eine dritte Gruppe von Flüchtlingen – von nicht oder nur sehr wenig ausgebildeten Menschen – eine große Rolle. Hier können Fähigkeiten erprobt werden und erste Schritte auf dem hiesigen Arbeitsmarkt gegangen werden. Gleichzeitig werden wir bereits arbeitssuchende Deutsche nicht vernachlässigen, um die Akzeptanz für unsere Maßnahmen nicht zu gefährden.

Da die Erfahrung zeigt, dass eine Maßnahmeteilnahme allein die Integration in den Arbeitsmarkt nicht immer befördert und sichert, wurden und werden dabei im Bereich „Ganzheitlichkeit“ und „Nachhaltigkeit“ der sozialen Integration Schwerpunkte gesetzt. Zielkonflikte zwischen raschem Integrationserfolg, Nachhaltigkeit und sozialer Teilhabe müssen aufgelöst werden und die Schnittstellen zwischen SGB II, III, VIII und XII in diesem Kontext betrachtet werden.

Ein „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der sowohl vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales als auch vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut, Schulen, Kita u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den Efa.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu sehen.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2016 Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

1.487.068 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen und Förderung des Jobcenters in Höhe von

2.352.000 EURO

und Mittel des Bundes und Landes und Sonstiger in Höhe von

2.204.000 EURO

als sonstige Fördermittel für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2013 bis 2020 sich derzeit wie folgt darstellt.

2013	1.000 Maßnahme- Plätze
2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	772 Maßnahme- Plätze
2017	781 Maßnahme- Plätze
2018	720 Maßnahme- Plätze
2019	432 Maßnahme- Plätze
2020	220 Maßnahme- Plätze

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	(seit 01.01.2016)
		Bohm-Eisenbrandt, Ann-Sophie	(bis 01.07.2016)
		Dr. Bergner, Annegret	
		Dr. Brock, Inés	(seit 31.08.2016)
		Eigendorf, Eric	
		Jahn, Josephine	
		Pätzold, Bettina	
		Schied, Thomas	
		Scholtyssek, Andreas	
		Weiß, Sylvia	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	35.007	88	34.137	94	34.209	90	870	3
Umlaufvermögen	4.579	12	2.318	6	3.874	10	2.261	98
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	3	0	0	0

Bilanzsumme	39.586	100	36.455	100	38.086	100	3.131	9
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	20.073	51	19.987	55	20.468	54	86	0
Sonderposten für Investitionszulagen	11.793	30	9.927	27	10.222	27	1.866	19
Rückstellungen	2.660	7	1.726	5	2.138	6	934	54
Verbindlichkeiten	4.953	12	4.726	13	5.171	13	227	5
Rechnungsabgrenzungsposten	107	0	89	0	87	0	18	20

Bilanzsumme	39.586	100	36.455	100	38.086	100	3.131	9
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	41.921	37.275	35.198
sonstige betriebliche Erträge	2.083	1.316	967
Materialaufwand	88	61	40
Personalaufwand	34.824	32.471	29.985
Abschreibungen	1.409	1.348	1.325
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.444	5.302	5.153
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	183	195	229
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-786	-560
Ergebnis nach Steuern	56		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	56	-786	-560
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	56	-786	-560

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,13	-2,11	-1,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,28	-3,78	-2,66	%
Cash-Flow:	1.465	562	765	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	55	48	46	T€
Personalaufwandsquote:	79,14	84,14	82,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,36	93,53	89,71	%
Eigenkapitalquote:	50,71	54,83	53,74	%
Fremdkapitalquote:	49,29	45,17	46,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Betreuungsstunden	10.590.760,00	10.789.170,00	10.550.207,00	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	4,14	3,66	3,48	€/Std.
davon Personalkosten	3,36	3,04	2,86	€/Std.
davon Sachkosten	0,78	0,62	0,62	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.359,00	5.414,00	5.391,00	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

e) Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
 - Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
 - Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Novellierung KiFöG

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EIGBVO

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle gerade durch die Binnenwanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltungen der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2016, 47 Kindertagesstätten und 5 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß §121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle hat zu diesem Zweck eine Satzung, auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, § 11 Abs. 4 KiFöG.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen kommunalen Vorschriften - insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogrammes des Landes Sachsen-Anhalt. Das Jahr 2016 war von keinen gesetzlichen Reformen geprägt, die Einflussgrößen für die Tätigkeit des Eigenbetriebes waren.

Die stufenweise Anhebung des Personalschlüssels führte bereits ab dem Jahr 2013 zu einem Anstieg des Personalbedarfs.

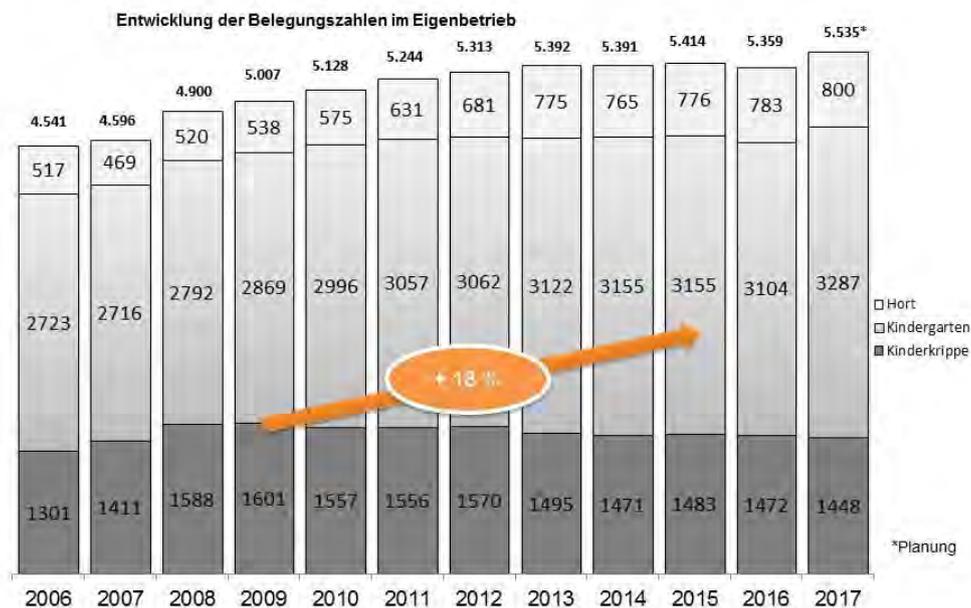
2. Geschäftsverlauf

Der Eigenbetrieb schließt das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 56.233,54 € ab. Die wirtschaftliche Lage zeigte sich insgesamt ausgeglichen.

Die Belegung der Platzkapazitäten in den Kindertagesstätten ist nach wie vor stabil.

Im Durchschnitt wurden im Wirtschaftsjahr 2016 5.359 Kinder betreut. Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 18 Prozent.

Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2016 um 18 Prozent an, absolut um 818 belegte Plätze.

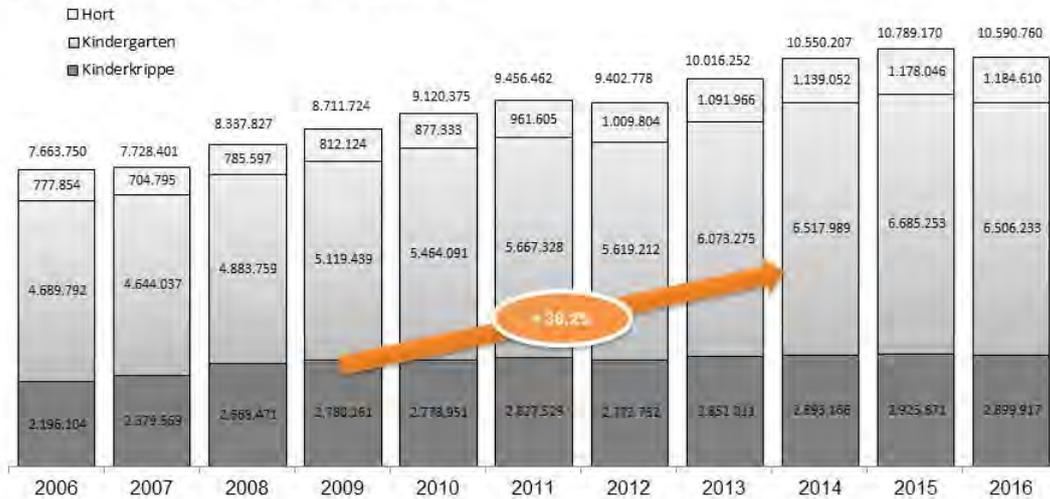


Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war auch im zurückliegenden Wirtschaftsjahr hoch. Trotz aller Bemühungen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten nicht immer in der Lage, einen Platz zum gewünschten Termin in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung zu stellen.

Im Vergleich zum Gründungsjahr wurden im Eigenbetrieb Kindertagesstätten 818 Kinder mehr betreut. Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Die Anzahl der erbrachten **Betreuungsstunden** stieg um **38,2 Prozent**, absolut um **2,9 Mio.** auf **10,59 Mio. Betreuungsstunden**

Entwicklung der Betreuungsstunden im Eigenbetrieb



3. Lage

- **Vermögens,- Finanz,- und Ertragslage**

Das Bilanzbild ist geordnet; gegenüber dem Vorjahresstichtag gibt es keine wesentlichen Verschiebungen. Das Anlagevermögen ist – wie in den Vorjahren – vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

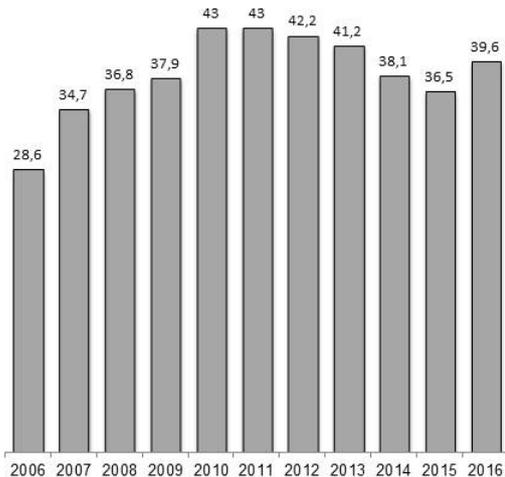
Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Wert in EUR	% Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	% Bilanzsumme
immat.VG	28.234,92 €	0,07%	41.427,51 €	0,11%
Grundstücke / Gebäude	32.783.196,06 €	85,34%	31.570.291,88 €	86,60%
diveres AV	2.195.895,60 €	5,55%	2.525.074,28 €	6,92%
Eigenkapital	20.073.475,02 €	50,71%	20.772.859,95 €	56,98%
Sonderposten	11.792.756,01 €	29,79%	9.926.502,94 €	27,23%
langfr. Verbindlichkeiten	4.250.592,58 €	10,74%	4.508.760,58 €	12,37%

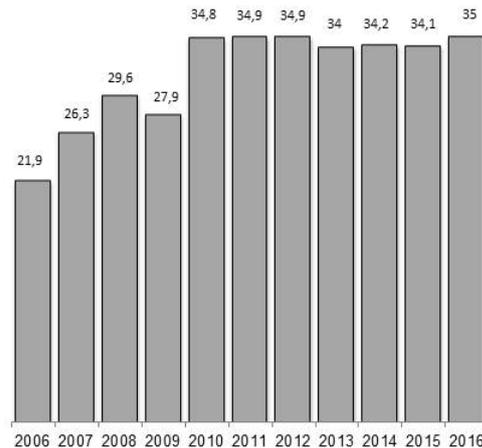
Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 39.586; damit stieg sie um insgesamt TEUR 3.131 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2015.

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 39,6 Mio. EUR. Das Anlagevermögen stieg im gleichen Zeitraum auf aktuell 35 Mio. EUR.

Bilanzsumme in Mio. EUR



Anlagevermögen in Mio. EUR



In folgenden Positionen der **Bilanz** ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2016 TEUR im Bereich der Sachanlagen TEUR 2.283 TEUR. Auf die immateriellen Vermögensgegenstände entfallen TEUR 0,5.

Die Kita „Heide-Süd“ wurde am 01.11.2016 eröffnet. Es wurde hier eine neue Kita geschaffen, die Platz für 40 Krippenkinder und 70 Kindergartenkinder bietet. In dem Stadtteil Heide-Süd wurde in Kooperation mit der SALEG Sachsen-Anhaltinische –Landesentwicklungsgesellschaft mbH die Investition in Höhe von ca. 2,6 Mio. EUR bis zum 31.12.2016 erfolgreich umgesetzt. Auf den Eigenbetrieb Kindertagesstätten entfällt in 2016 ein Eigenanteil in Höhe von TEUR 1.303. Die Außenanlagen können erst im ersten Halbjahr 2017 fertiggestellt werden. Daher ist das Gesamtvolumen der Investition entsprechend höher. Wir gehen von ca. 2,9 Mio. EUR Gesamtinvestition aus.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 475 (Vj. TEUR 1.104) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen im Wirtschaftsjahr 2017 verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2016 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für Forderungen in Höhe von TEUR 80 (Vorjahresstichtag TEUR 78) in 2016 bilanziert worden. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 147 weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge wurden verstärkt abgeschlossen.

Die Forderung gegenüber der Stadt Halle (Saale) aus der Übernahme der Altersteilzeitverpflichtungen ist in 2016 ausgeglichen. Aus dem Jahr 2014 besteht weiterhin noch eine offene Zahlung aus dem Mittelabruf für ATZ in Höhe von 9.328,15 Euro. Ein Ausgleich soll im Geschäftsjahr 2017 erfolgen.

Die flüssigen Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 3.814 (Vorjahr: TEUR 1.057). Grund hierfür sind die im Wirtschaftsjahr erfolgten Nachzahlungen der Sozialagentur für Kinder mit Kostenanerkennung, Zahlung der Lohnkosten aus dem Tarifabschluss 2015 für den Sozial- und Erziehungsdienst, Ausgleich der Forderung aus dem Fehlbedarf 2014 sowie die Zahlung des Zuschusses für Brandschutzmaßnahmen.

Die Kapitalrücklage hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2015 um 30.345 Euro verändert. Grund hierfür ist die Übertragung eines Teilgrundstücks Heide-Süd zum 01.01.2016.

Die Betriebsmittelrücklage wurde gemäß Stadtratsbeschluss vom 14.12.2016 um den Verlust aus dem Jahresabschluss 2015 in Höhe von TEUR 786 vermindert.

Der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens wurde planmäßig aufgelöst (TEUR 302). Die Zuführung zum Sonderposten betrug TEUR 2.168. Zuführt wurden Mittel für den Neubau Heide-Süd, Brandschutzmaßnahmen, sowie den Neubau „Schimmelstraße“.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang. Wesentlichste Veränderungen waren die notwendige Einstellung für behördlich notwendige Brandschutzmaßnahmen in Höhe von TEUR 1.331. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um dringend notwendige Maßnahmen im Bereich Instandsetzung in den Gebäuden. Für die investiven Maßnahmen, 2. Rettungsweg etc. wurde ein Zuschuss in Höhe von TEUR 500 von der Stadt Halle (Saale) gewährt, der gem. der Vereinbarung in den Sonderposten eingestellt wurde.

Des Weiteren musste eine Rückstellung für voraussichtliche Sanierungskosten gem. vorliegendem Gutachten in Höhe von TEUR 150 gebildet werden. Es handelt sich um unser Grundstück „Schimmelstraße“. Während der Baumaßnahmen wurde festgestellt, dass dieses schadstoffbelastet ist und ein teilweiser Austausch des Bodens notwendig wird.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden planmäßig verbraucht und haben 31.12.2016 keinen Bestand mehr.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 226 erhöht. Neben der planmäßigen Tilgung der PPP-Darlehen /Rückgang TEUR -258) kam es bei den sonstigen Verbindlichkeiten stichtagsbedingt (Überweisung der abzuführenden Lohn- und Kirchensteuer im Januar 2017, im Vorjahr bereits im Dezember erfolgt) zu einem Anstieg um TEUR 485.

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2016 gab es vorrangig wesentlichere Abweichungen in den Umsatzerlösen, Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen.

Durch die Neudefinition der Umsatzerlöse aufgrund des BilRUG erfolgte eine Änderung in der Darstellung der Umsatzerlöse. Bisher wurden nur die Erlöse als Umsatzerlöse klassifiziert, die aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit resultierten. Neu nach BilRUG ist, dass künftig alle Erlöse aus dem Verkauf, der Vermietung und Verpachtung sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen als Umsatzerlöse behandelt werden. So zählen ab dem Wirtschaftsjahr 2016 Mieterträge (TEUR 48) zu den Umsatzerlösen.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 4.646 (12,5 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Um einen entsprechenden Vergleich zu ermöglichen, wurden in der Darstellung die Mieterträge für 2015 (TEUR 49) in die Umsatzerlöse aufgenommen. Grund für die Steigerung der Umsatzerlöse sind vor allem die höhere Fehlbedarfsfinanzierung und Erhöhung der Zuweisungen durch die Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes 2016. Der Anstieg resultiert aus den höheren Kinderzahlen infolge der Eröffnung der Kindertagesstätte „Heide-Süd“ zum 01.11.2016.

Umsatzerlöse

Produkte	2016 in TEUR	2015 in TEUR
Kostenbeiträge	4.387	4.347
Zuweisungen KA-Kinder	1.636	1.265
Zuweisungen Land	12.443	11.400
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	4.750	4.673
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	15.061	11.939
Ermäßigungen	3.596	3.650
Erträge aus Mieten und Pachten	48	49
Summe	41.921	37.323

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Nachzahlungen der Sozialagentur für die Kinder mit Kostenanerkennnis TEUR 167. Diese wurden für die Geschäftsjahre 2014-2015 aufgrund vorangegangener Verhandlungen nachgezahlt. Des Weiteren betrafen TEUR 636 die Auflösung von sonstigen Personalarückstellungen (Grund entfallen).

Im Wirtschaftsjahr waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 34.824 (Vj. TEUR 32.471) zu verzeichnen. Die Mehraufwendungen von TEUR 2.353 entfallen hauptsächlich auf den Tarifabschluss zum 01.03.2016.

Darstellung Personalaufwand

Bezeichnung	2016 in TEUR	2015 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.344	1.293
soziale Abgaben	250	242
Aufwendungen Altersversorgung	52	50
Insgesamt Verwaltung	1.646	1.585
Löhne/Gehälter	26.537	24.757
soziale Abgaben	5.365	4.972
Aufwendungen Altersversorgung	1.049	941
Insgesamt Kindertagesstätten	32.951	30.670

Nicht enthalten in der Darstellung ist die Unfallumlage für Beschäftigte. Diese betrug im Wirtschaftsjahr 2016 TEUR 227 (Vj. TEUR 216).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 2.142 gestiegen; hier wirken sich die unter den Rückstellungen beschriebenen Effekte der Rückstellungsbildung für behördliche Auflagen und Bodensanierung aus (in Summe rund 1,5 Mio €). Weiterhin waren gestiegene Kosten für Reinigung und Hausmeisterleistungen zu verzeichnen sowie ein erhöhter Aufwand aus der Einstellung von Leiharbeitern (Erzieher, aufgrund Krankheit und Mutterschutz der eigenen Mitarbeiter), da es immer schwieriger wird, ausgebildetes Personal zu finden.

Das Jahr 2016 schließt der Eigenbetrieb mit einem positiven Jahresergebnis nach Risiko und Bewertung in Höhe von 56.233,54 Euro ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Die Zuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit reichten, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit zu finanzieren und darüber hinaus den Finanzmittelfonds um TEUR 2.757 auf TEUR 3.814 aufzubauen. Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Kontokorrent wird nicht in Anspruch genommen.

- **Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)**

Neben der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 32.172 (Vj. TEUR 27.894) erhielt der Eigenbetrieb Zuweisungen von Stadt und Land in Höhe von TEUR 82 (Vj. TEUR 119), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.596 (Vj. TEUR 3.650) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.636 (Vj. TEUR 1.265).

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Jahr	Ausgleichszahlung	Zuweisungen	KA - Kinder
2015	11.938.794,13 €	15.955.204,82 €	1.265.483,14 €
2016	15.060.672,98 €	17.111.723,39 €	1.636.309,26 €

Des Weiteren wurden Zuschüsse für die brandschutztechnische Sanierung/Planungskosten in Höhe von TEUR 500 gezahlt.

Im Rahmen einer Neuberechnung der Sozialagentur für die KA-Kinder kam es zu einer rückwirkenden Zahlung von Zuweisungen für das Jahr 2015 in Höhe von 167 TEUR.

¹ Kinder mit Kostenanerkennung

- **Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes**

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen	Beschäftigtenzahlen
2015	10.789.170	5.414	799
2016	10.590.760	5.359	794

Zur Entwicklung im Zeitablauf 2006 bis 2016 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Geschäftsverlauf verwiesen.

Für 2016 wurde mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 5.459 gerechnet. Diese Zahl konnte in 2016 (im Ist 5.359) nicht erzielt werden. Ein Grund hierfür ist die Kita „Heide-Süd“, die durch die Bauzeitverlängerung verspätet eröffnet hat.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

4. Baumaßnahmen und Investitionen

Kita „Pauluspark“

Zur Schaffung weiterer Kita-Plätze im Innenstadtbereich wurde im Paulusviertel ein geeignetes Objekt in der Willy-Lohmann-Str. 7 von der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH zum 01.05.2017 angemietet. Die komplette Ausstattung der Kita wird durch den Eigenbetrieb übernommen. Auf einer Fläche von 1.100 qm werden hier 30 Krippen,- und 60 Kindergartenplätze entstehen. Die Inbetriebnahme ist zum 01.08.2017 geplant.

Kita „Schimmelstraße“

Dieses Objekt wurde in 2016 neu begonnen. Das alte Gebäude (ehemaliges Steueramt) wurde abgerissen. Mit dem Neubau wurde im I. Quartal 2017 begonnen. Damit werden im Innenstadtbereich 50 Krippen,- und 80 Kindergartenplätze geschaffen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme soll voraussichtlich im II. Quartal 2018 erfolgen.

STARK III

Im Rahmen des Stark III-Programms wurden Mittel für folgende Kitas beantragt:

- Stadtzwerge
- Kinderinsel
- Traumland
- Sausewind

Diese Projekte sollen in einem Zeitrahmen von 2018 bis 2020 realisiert werden.

U6 – Viertes Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“

In der laufenden Legislaturperiode (ab 2017) unterstützt der Bund bereits den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 550 Millionen Euro aus dem dritten Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung". Zudem erhalten die Länder die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werdenden Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro bis 2018 für Zwecke der Kinderbetreuung. Im Rahmen des „Gesetzes zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung“ soll eine weitere Grundlage für das Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2017 - 2020 geschaffen werden. Im Unterschied zu den bisherigen Investitionsprogrammen umfasst das neue Programm auch Betreuungsplätze für Kinder im Alter von drei Jahren bis Schuleintritt.

Aus dem neuen Förderprogramm U6 wurden in 2017 Mittel beantragt.

Hier sollen die Kitas „Ökolino“, „Mauseloch“, Kinderkrippe „Am Breiten Pfuhl“ und die Kita „Einstein“ modernisiert werden.

Brandschutz – Maßnahmen

Im Bereich Brandschutz, brandschutztechnische Ertüchtigung sind umfassende Maßnahmen geplant und zwingend notwendig. So müssen dringend bestehende Anlagen im Bereich Brandschutz umfangreichen Reparatur,- und Instandhaltungsmaßnahmen unterzogen werden. Diese Maßnahmen unterliegen behördlichen Auflagen, die dem Betrieb einer Kindertagesstätte vorgeschrieben sind. Auch bauliche Veränderungen, wie 2. Rettungsweg und der damit verbundenen Investitionen am Gebäude gehören zu den umfangreichen Maßnahmen. Die Umsetzung hat bereits mit der Planung begonnen – die bauliche Umsetzung erfolgt dann in dem Zeitraum 2017– 2020.

5. Personal

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 794 und damit 5 unter dem Vorjahreswert. Diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebots.

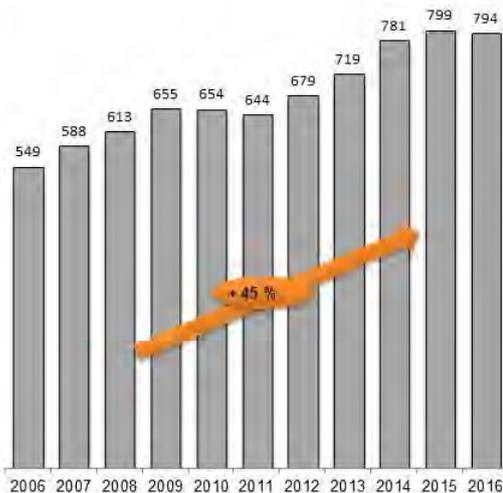
Daher ist eine strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb durch regelmäßige Bewerbungstage konsequent Rechnung. Hier wird der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich deutlich spürbar.

Von den 811 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2016 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten im Jahresdurchschnitt 737 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 25 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsurlaub (durchschnittlich: 49 Mitarbeiterinnen). Vier Mitarbeiter waren über das Bundesprogramm Kita-Sprache-Integration als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach- und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.

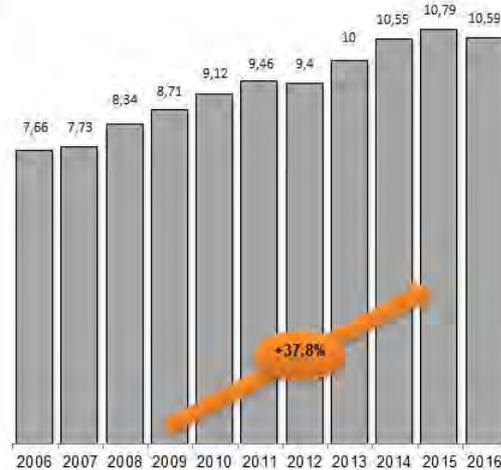
Durch den Einsatz von Leiharbeitern wird kontinuierlich versucht, geeignete Hilfskräfte insbesondere Kinderpfleger/innen oder Sozialassistenten/innen zur Unterstützung bei einer angespannten Personalsituation zur Verfügung zu stellen. Dieser Einsatz erfolgt zur Überbrückung einer durch Langzeiterkrankung oder Beschäftigungsverbot entstandenen personellen Lücke. Von den 811 Planstellen waren in der Verwaltung 30 Stellen vorhanden. In den Kindertageseinrichtungen waren 52 Leiterinnen, 569 Erzieherinnen, 48 Heilpädagogen, 108 Kinderpfleger/Sozialassistenten, 3 Sprechwissenschaftler und eine Mitarbeiterin zur Sprachstandfeststellung beschäftigt.

Die Anzahl der Beschäftigten stieg um 245 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erbrachten Betreuungsstunden in unseren Kitas und Horten stieg im gleichen Zeitraum um 2,9 Mio. Stunden.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen



Entwicklung der Betreuungsstunden in Mio. Stunden



III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2017 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen, insbesondere aus dem Ende 2016 bzw. in 2017 neu eröffneten Kitas, auf 5.535 gerechnet. So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 994 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2017 auf 4,5 Mio. EUR. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen laut Planung 17,4 Mio. EUR, die Ermäßigungen betragen 3,7 Mio. EUR und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt 16,9 Mio. EUR.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannten Reservierungen, aber auch den geplanten Neueröffnungen von Kindertagesstätten kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Novellierung KiFöG

Bis zum 31.12.2017 soll das aktuell geltende KiFöG novelliert werden. Hierzu wurde im Eigenbetrieb Kindertagesstätten ein Arbeitskreis ins Leben gerufen mit dem Ziel, die thematischen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Personalschlüssel, Festlegen einer Vor- und Nachbereitungszeit sowie die Verbesserung der Qualität in der Erzieherausbildung zu berücksichtigen. Wichtiger Punkt ist auch die Umsetzung des aktuellen Bildungsprogramms – Schaffung der Rahmenbedingungen ggf. durch entsprechende Beraterleistungen.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration zielt mit der KiFöG-Novellierung und Weitergabe von Landes- und Bundesmitteln darauf ab, Beitragserhöhungen für Eltern zu vermeiden, eine einfache transparente Finanzierungssystematik für Kitaplätze zu implementieren sowie eine Verbesserung der tatsächlichen Fachkraft-Kind-Relation zu erhalten.

IV. Chancen- Und Risikobericht

1. Chancenbericht

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Im Fokus stehen neben dem Ausbau der Betreuungskapazitäten auch die zunehmenden qualitativen Aspekte, vor allem die frühkindliche Bildung.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 47 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der Montessorie-, Reggio- und Fröbelpädagogik im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita und Kind-Eltern-Zentrum.

Es gibt 7 integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler, andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Die durch den Stadtrat beschlossene Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine AöR (Stadtrat 24.11.2010) wurde zur abschließenden Klärung an das Landesverwaltungsamt übergeben. Ein abschließender Bescheid liegt uns noch nicht vor.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2018 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten kommen. Dieser Anstieg resultiert aus dem zum 28.02.2018 auslaufenden Tarifvertrag und damit verbundenen Tarifverhandlungen. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neuen Kindertageseinrichtungen „Pauluspark“ und „Schimmelstraße“ sowie tariflich bedingte Höherstufungen.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt. Ab dem nächsten Jahr gehen wir von einer Mitarbeiterzahl von 846, davon 1 Azubi-Stelle, aus. Entsprechend dem Stellenplan werden in der Verwaltung 33 Stellen, davon 1 Azubi-Stelle und in den Kindertagesstätten 54 Leiter/innen, 652 Erzieher/innen, 53 Heilpädagogen/innen, 48 Kinderpfleger/Sozialassistenten, 5 Sprechwissenschaftler/ Sprachberater sowie 1 Mitarbeiterin für die Sprachstandfeststellung beschäftigt sein. Dies entspricht einem Vollzeitstellenanteil von 703,83 VbE + 1 VbE (2015: 662,78).

Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2017 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.535 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2017 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität.

Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung können für den Eigenbetrieb in Bezug auf die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst als hoch eingestuft werden. Der derzeit gültige Tarifvertrag läuft bis Ende Februar 2018

Es besteht eine Sanierungsverpflichtung des schadstoffbelasteten Bodens in der Schimmelstraße. Hier liegt ein Bodengutachten vor. Eine Rückstellung in Höhe von TEUR 150 wurde gebildet.

Sonstige Risiken

Zur Sicherung der Energiepreise sind langfristige Verträge mit den verschiedenen Lieferanten abgeschlossen worden. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2017 verbrauchsorientiert eingesetzt.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdenden Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2016 wurde ein Teilgrundstück Heide-Süd in das Sondervermögen übertragen. Wert: 30.345,00 Euro.
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 47 Kindertagesstätten und 5 Horte. Die Auslastungsquote lag in 2016 bei 98,17 %.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie Abschnitt 4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Anhang verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt 3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	60	100	61	100	79	100	-1	-2

Bilanzsumme	60	100	61	100	79	100	-1	-2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	53	88	52	85	51	64	1	2
Rückstellungen	6	10	6	10	5	7	0	0
Verbindlichkeiten	1	2	3	5	23	29	-2	-67

Bilanzsumme	60	100	61	100	79	100	-1	-2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	25	28
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	24	27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,61	3,66	4,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,71	1,81	2,42	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	87,95	85,01	64,08	%
Fremdkapitalquote:	12,05	14,99	35,92	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
6. **Prognosebericht**

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Unternehmensgegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG (Maya mare) ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. **Geschäftsverlauf**

Der Geschäftsverlauf 2016 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co.KG anfallenden Aufwendungen auch in 2016 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den Umsatzerlösen in Höhe von 24,6 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 23,3 TEUR gegenüber, so dass 2016 ein Betriebsergebnis in Höhe von 1,3 TEUR ausgewiesen wird.

Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresgewinn in Höhe von 0,9 TEUR analog dem Vorjahr (2015: 0,9 TEUR).

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 52,7 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 26,3 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2016 in Höhe von 0,9 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Der Rückgang des Fremdkapitals gegenüber dem Vorjahr um 1,9 TEUR resultiert aus dem zum Jahresende 2016 geringeren Bestand an sonstigen Verbindlichkeiten.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5% ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2016 verfügt die FTZ über eine Bilanzsumme von 60,0 TEUR, das entspricht einem geringfügigen Rückgang um 1,0 TEUR zum Vorjahr. Auf der Aktivseite ist zum Stichtag eine Abnahme der offenen Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der geringere Forderungsbestand wird durch eine entsprechende Zunahme der Bankguthaben weitestgehend kompensiert.

Auf der Passivseite resultiert der Rückgang der Bilanzsumme aus der Abnahme der zum Stichtag noch offenen Verbindlichkeiten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als ein Risiko, allerdings mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse von den Gesellschaftern Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare nicht gesichert und würde auf die FTZ durchwirken.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare weiterberechnet. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2017 bis 2021 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.050	94	9.314	94	10.050	94	-264	-3
Umlaufvermögen	508	6	637	6	559	6	-129	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	21	0	28	0	0	0

Bilanzsumme	9.579	100	9.972	100	10.637	100	-393	-4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.517	37	3.517	35	3.517	33	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	2.880	30	3.279	33	3.677	34	-399	-12
Rückstellungen	829	9	609	6	508	5	220	36
Verbindlichkeiten	2.318	24	2.567	26	2.935	28	-249	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	35	0					35	

Bilanzsumme	9.579	100	9.972	100	10.637	100	-393	-4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.255	4.943	4.905
sonstige betriebliche Erträge	1.811	626	617
Materialaufwand	2.389	2.082	2.161
Personalaufwand	2.706	2.523	2.598
Abschreibungen	1.035	1.021	1.105
sonstige betriebliche Aufwendungen	753	811	754
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	140	121	168
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-989	-1.264
außerordentliche Erträge		1.095	1.340
außerordentliches Ergebnis		1.095	1.340
Ergebnis nach Steuern	44		
sonstige Steuern	44	106	76
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.035	1.021	1.105	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	54	45	51	T€
Personalaufwandsquote:	38,30	45,30	47,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,34	93,22	94,36	%
Eigenkapitalquote:	36,72	35,27	33,07	%
Fremdkapitalquote:	63,28	64,73	66,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Besucher	357.273,00	344.860,00	346.107,00	Anzahl

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin ohne Einlage

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades „Maya mare“ zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Freizeitbad Maya mare spricht von Kindern, Jugendlichen und Familien über den erholungsuchenden Erwachsenen bis zur Gruppe der Senioren eine große Besucherbandbreite an. Dies ist auch notwendig, um eine angemessene Auslastung der Freizeitanlage durch Einwohner und Touristen im Einzugsgebiet zu erreichen. Zu den Wettbewerbern zählen neben anderen Erlebnisbädern, Thermen und Fitnessstudios in der Region auch Freizeitangebote wie 3D-Kinos, Hochseilgärten, Boulder- und Kletterhallen, Indoorspielplätze und Freizeitparks. Die Herausforderung im Wettbewerb mit diesen Anbietern besteht darin, das eigene Freizeitangebot sehr attraktiv zu halten und ein hohes Maß an Dienstleistungs- und Servicequalität im täglichen Betrieb sicher zu stellen. Dazu müssen unsere Mitarbeiter in zunehmendem Maße geschult werden und erlernen, dass die fachlichen Kompetenzen nur in enger Verbindung mit einem ausgeprägten Servicedenken optimal zur Wirkung kommen. Die Ansprüche an den Erlebniswert bei der Freizeitgestaltung steigen in nahezu allen Zielgruppen. In möglichst kurzer Zeit ganz intensive Erlebnisse genießen zu können, ist ein sich verstärkender Anspruch der jüngeren Zielgruppe an Anbieter der Freizeitbranche. Für Familien müssen die attraktiven Voraussetzungen des Maya mare als mexikanische Erlebniswelt in den Marketingfokus gestellt werden. Mit der Investition in den neuen Kinder-Erlebnissbereich „Tulumaya“ wurde im Jahr 2016 eine sehr gute Grundlage geschaffen, um insbesondere Familien mit Nachwuchs bis zu einem Alter von 12 Jahren anzusprechen.

Die Ausstattung, z.B. im Fitnessstudio, muss den anspruchsvollen Mitgliedsbeitrag rechtfertigen. Hier müssen Trainingsgeräte vorgehalten werden, die sich auch an den modernen Trainingsmethoden zur Gesunderhaltung orientieren. Regelmäßige Erneuerung von alter Geräteausstattung wird in der Planung berücksichtigt. Fachlich exzellent qualifizierte Mitarbeiter sind in diesem Bereich eine weitere wichtige Voraussetzung, um die Gäste die Wirkungsweisen dieser modernen Geräte mit Hilfe ganzheitlicher Trainingskonzepte auch erfolgreich spüren zu lassen. Die praktizierte kontinuierliche Fortbildungsplanung schafft hierfür die besten Voraussetzungen.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung sowie Reinigung, Technik und Betriebsleitung/Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Besucherzahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die den Umsatzerlös beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

Auch im Jahr 2016 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Das verfügbare Freizeitbudget der Bevölkerung im relevanten Einzugsgebiet stieg aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage leicht an. Niedrige Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und fördern auch den Konsum in der Freizeitbranche.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr wurde durch die Investition in eine neue Kinder-Erlebnislandschaft besonders beeinflusst. Es war die erste umfangreichere Investition im Badbereich seit der Eröffnung des Maya mare im Jahr 1999. Die neue Attraktion spricht jetzt eine breitere Altersgruppe von Kindern bis zu 12 Jahren an und erfreut sich seit seiner Eröffnung am 30.09.2016 großer Beliebtheit. Mit der Umstellung des Zutrittskontrollsystems auf die Software Perfekt 3.0 der Firma Interbrain GmbH im Sommer 2016 und der damit verbundenen Serverinstallation vor Ort im Maya mare wurden die bestmöglichen Voraussetzungen für einen schnellen und fehlerfreien Buchungsablauf geschaffen und somit die Ein- und Auslasskontrolle in Ihrer Funktionsweise optimiert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist nach wie vor in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Das Freizeitbad „Nemo“ in Magdeburg wurde nach der Übernahme durch einen neuen Betreiber im Frühjahr 2016 im Saunabereich zum Jahresende umfassend attraktiviert und setzt damit im relevanten Markt neue Maßstäbe. Mittelfristig muss daher auch im Maya mare im Saunabereich nachgesteuert und insbesondere attraktive Ruhefläche geschaffen werden. Zudem sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial verringern können. Meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen oder kleineren Erlebnisbecken) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für Freizeitbäder üblich sind, zurück. Dadurch erhöht sich der Wettbewerbsdruck und die Durchsetzung von Preissteigerungen für den Eintritt im Maya mare wird erschwert.

Der Investor, der seit mehreren Jahren im Bau befindlichen Freizeitanlage „Sportparadies am Böllberger Weg“ in Halle (Saale), hat einen Kooperationsvertrag mit dem Universitätssportverein (USV) geschlossen und wird Fördermittel für den Weiterbau erhalten. Der USV wird Teile des Neubaus als Vereinstrainingsstätte erhalten. Der private Investor verfolgt sein Ziel eines Freizeitzentrums mit Sauna-, Fitness- und Wellnessangeboten im nördlichen Teil der Anlage weiter. Die dafür notwendige Finanzierung sei jedoch noch nicht gesichert. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Teil nicht vor 2018 in Betrieb gehen kann.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Wirtschaftsjahr 2016 hatten politische und rechtliche Entwicklungen keinen Einfluss von Bedeutung auf das Jahresergebnis.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Der Bekanntheitsgrad des Maya mare im relevanten Einzugsgebiet konnte durch die werblichen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Bau und der Eröffnung des neuen Kinderbereich „Tulumaya“ gesteigert werden. Die Besucherzahlen im Badebereich lagen – und das führen wir auf die neue Attraktion zurück - im 4. Quartal um 12,6% über dem Vorjahreszeitraum.

Die Witterungsverhältnisse im Jahr 2016 waren insbesondere im ersten Halbjahr gut für Freizeitbäder, Winter ohne Schnee zu Jahresbeginn sowie nasse und kühle Witterung im Frühsommer sorgten für guten Besucherzuspruch.

Im Geschäftsjahr 2016 konnten insgesamt 357.273 Besucher gezählt werden (2015: 344.860), was einem Zuwachs von 3,6 % zum Vorjahr entspricht. Im Badebereich lag die Besucherzahl bei 220.434 (2015: 209.895) und damit 5,0 % über dem Vorjahr. Die Zahl der Saunabesucher lag mit 65.640 (2015: 63.393) rd. 3,5 % über dem Vorjahr.

Die Umsätze im Massage- und Wellnessbereich hängen maßgeblich von den Besucherzahlen in der Sauna ab, da sich die entsprechenden Räumlichkeiten für die Anwendungen direkt in diesem Bereich befinden. Jedoch können auch Teile der Badbesucher für eine Anwendung gewonnen werden. Bei den Umsatzerlösen aus Massage- und Wellnessanwendungen konnte 2016 ein Zuwachs von 8,26 % zum Vorjahr erzielt werden.

Im Bereich Fitness stehen wir im Wettbewerb mit über 20 weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um Neukunden für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades inkludiert ist. Mit rund 1.000 Mitgliedern hat der Club auch zum Jahresende 2016 die Anzahl der Austritte durch Neuvertragsabschlüsse kompensieren können. Die Erlöse aus dem Geschäftsbereich „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ konnten 2016 gesteigert werden. Grundstein dafür legten zumeist schon im Jahr 2015 geschlossene Rahmenverträge. Leider werden Krankenkassen in diesem Bereich zunehmend zu Wettbewerbern, da sie den Firmen ebenfalls Direktangebote für „betriebliches Gesundheitsmanagement“ unterbreiten, mit dem Ziel, auf diesem Weg Kunden zu akquirieren. Die Erlöse im Bereich Fitness lagen 2016 bei 768,4 T€ (2015: 745,1 T€) und somit 3,1% über dem Vorjahr.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 141 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt. Darunter befanden sich 43 geringfügig Beschäftigte. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 38 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 5 Jahren. Im Geschäftsjahr 2016 lag die Fluktuationsrate bei 5,23%.

Wie in den vergangenen Jahren auch versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachangestellte für Bäderbetriebe,
- Fachfrau/-mann für Systemgastronomie,
- Sportfachmann/-frau,
- Veranstaltungskaufmann/-frau.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang „Dienstleistungsmanagement“.

Die Mitarbeiter der Maya mare GmbH und Co KG unterliegen den Tarifverträgen für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19.02.2013. Dieser Vergütungstarifvertrag wurde Ende 2015 neu verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bestand aus zwei Teilen. Neben den Tarifsteigerungen zum 01.01.2016 und zum 01.01.2017, wurden auch Zuordnungen der Tätigkeiten zu den Vergütungsgruppen geändert.

Führungskräfteentwicklung

Strukturelle Veränderungen, Auswirkungen des Stadtwerke-Umfelds auf die Sparten sowie der strategisch und operative Zielerreichungsprozess sind Faktoren, die es erforderlich machen, in die Stärkung von Führungskompetenzen zu investieren. Mit den Veranstaltungen und Inhalten der Führungskräfteentwicklung wird den Führungskräften der entsprechende Rahmen geboten.

Angebote des Vorjahres, wie die Basismodule 1-3, Führen von Mitarbeitergesprächen, Stressbewältigung oder Wissensmanagement wurden in 2016 fortgesetzt. Mit transfersichernden Maßnahmen in Form von halbtägigen Reflexions-Workshops, kollegialen Beratungen oder vertiefenden Themen (z. B. „Führen generationsgemischter Teams“, „Teamleading als Führungsinstrument“, „Resilienz“) konnten die Führungskräfte auf ein aufeinander abgestimmtes Portfolio an Personalentwicklungsmaßnahmen zurückgreifen.

Für das Kalenderjahr 2017 ist eine Fortführung der Basismodule geplant. Zudem werden die inhaltlichen Schwerpunkte der Seminare weiter am Bedarf der Führungskräfte orientiert. Weiter ausgebaut werden praxisorientierte Seminare und Workshops zu Stärkung der Führungsleistung unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen.

Rückblick auf die Initiative Perspektive. Ausbildung. Zukunft

Im Februar 2016 startete die Initiative Perspektive. Ausbildung. Zukunft der Stadtwerke Halle GmbH mit dem Ziel, Jugendlichen zwischen 15-26 Jahren eine Ausbildung bei den Stadtwerken zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an die jungen Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen können. Im Laufe der Initiative wurde mit 19 ausgewählten Teilnehmern Kompetenztests durchgeführt, mit deren Hilfe Entscheidungen über berufspraktische Erprobungen in Form von Praktika getroffen wurden. Im Ergebnis dessen konnten Praktika, darunter 3 Praktika in der Maya mare GmbH & Co KG, vermittelt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2016 insgesamt mit 5.254,5 T€ um 6,3 % über dem Vorjahresumsatz (2015: 4.942,9 T€) und um 7,1 % über dem Plan. Ursächlich dafür sind maßgeblich über Plan liegenden Besucherzahlen im Badebereich und der gestiegene pro Kopf-Umsatz im Gastronomiebereich. Der Umsatz in der Gastronomie überstieg die Planerwartungen absolut und pro Kopf, er liegt bei 1.237,3 T€ (2015: 1.160,1 T€) und damit 6,6% über dem Vorjahr. Auch die Nebenumsätze in Boutique und Parkhaus fielen durch die mit 17.873 über Plan realisierten Gesamtbesucherzahlen um 15,7 T€ bzw. 9,8 T€ höher als geplant aus.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Aufgrund der Beendigung des Modells zur Eigenstromversorgung zum 31.12.2015 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu Verschiebungen zwischen einzelnen Aufwandspositionen. Während die Aufwendungen für fremdbezogene Elektroenergie auf T€ 568,4 (2015: T€ 149,2) anstiegen, sanken die Aufwendungen für Gas in diesem Zusammenhang auf 3,0 T€ (2015: 103,8 T€). Andere Aufwandspositionen (z.B. Betriebsführungsaufwendungen, Pacht aufwendungen, Stromsteuer) fielen sogar komplett weg. Die Aufwendungen für Wärme lagen im Jahr 2016 aufgrund des gesunkenen Heizölpreises bei 333,5 T€ (2015: 403,3 T€).

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen inklusive Material durch Fremdfirmen notwendig, der Aufwand 2016 lag bei 618,1 T€ (2015: 619,2 T€). Ursächlich für die Überschreitung zum Plan waren insbesondere notwendige Instandsetzungsarbeiten am Tonnendach der Badumkleide, am Parkhaus sowie an der Zulieferstraße. Hinzu kommen Aufwendungen für die Beseitigung der Wasserschäden aus der Havarie vom Dezember 2015, für die ausgleichend Zahlungen durch die Versicherung in 2016 geleistet wurden.

Der Personalaufwand 2016 beträgt 2.706,1 T€ (2015: 2.522,9 T€). Der Planwert wurde damit um 1,4% unterschritten, ursächlich dafür waren im Wesentlichen Zeitverschiebungen bei der Nachbesetzung freier Stellen.

Die Abschreibungen 2016 liegen mit 1.035,4 T€ geringfügig über dem Vorjahreswert 1.021,0 T€, was auf die Investition in den Kinderbereich zurückzuführen ist.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten einschließlich der Abschreibungen, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die erzielten Umsatzerlöse reichen auch im Geschäftsjahr 2016 nicht aus, um eine Kostendeckung zu erzielen. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die SWH und die HWS in Höhe von insgesamt 1.273,2 T€ (2015: 1.095,1 T€) erzielt werden. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter notwendig sein.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31.12.2016 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,9 TEUR. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,2 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2016 planmäßig in Höhe von 398,4 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2016 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31.12.2016 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 1.375,5 TEUR (Vorjahr: 1.665,0 TEUR).

Dem steht in 2016 ein Anstieg der Rückstellungen zum Vorjahr um 219,9 TEUR sowie der kurzfristigen Verbindlichkeiten um 75,3 TEUR gegenüber.

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2016 eine Eigenkapitalquote von 36,7 % erreicht (Vorjahr: 35,3 %).

4.2.2. Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2016 Investitionen in einer Gesamthöhe von 776,8 T€ getätigt. Davon entfielen 678,2 T€ auf den neuen Kinderbereich. Im Zusammenhang mit der Investition in den Kinderbereich wurden zusätzliche technische Erneuerungen umgesetzt. Da diese Maßnahmen zusätzlich in die Ausschreibungspakete für den Kinderbereich eingeflossen sind, wurden geplante Investitionsmittel aus anderen Bereichen wie Technik und Bad in das Paket Kinderbereich verschoben. Sinnvoll war dies aufgrund der günstigeren Angebotspreise im Gesamtauftragspaket. Ein kleiner Teil der Investitionsmaßnahme am Kinderbereich konnte witterungsbedingt im Jahr 2016 nicht zum Abschluss gebracht werden. Dabei handelt es sich um Arbeiten an der Fensterdurchführung der neuen Rutsche. Dieser nicht in Anspruch genommene Teil des Investitionsbudgets soll aus dem Jahr 2016 in das Jahr 2017 vorgetragen und die Arbeiten im Frühjahr 2017 abgeschlossen werden.

Investitionsmittel in Höhe von 41,6 T€ entfielen auf die Umrüstung des Kassensystems.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co.KG weist zum 31.12.2016 einen Finanzmittelfonds in Höhe von 338,0 TEUR (Vorjahr: 476,7 TEUR) aus. Auch unterjährig verfügte die Gesellschaft über eine ausreichende Liquidität, so dass sie jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht wurde.

Zur Liquiditätssicherung der Maya mare tragen maßgeblich die jährlichen Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS bei. Mit dem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit sowie aus dem vorhandenen Finanzmittelfonds konnte dementsprechend der Mittelabfluss für die laufende Geschäftstätigkeit sowie für die Investitionen in 2016 in vollem Umfang finanziert werden.

Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 T€ gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31.12.2016 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 9.578,9 TEUR, das ist ein Rückgang um 392,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus dem Rückgang des Anlagevermögens, da den Anlagenzugängen aus Investitionen in Höhe von 776,8 TEUR planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.035,4 TEUR gegenüberstehen. Auch die rückläufige Entwicklung des Umlaufvermögens und dabei insbesondere der Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen tragen zur Abnahme der Bilanzsumme der Aktivseite gegenüber dem Vorjahr bei.

Auf der Passivseite wird der Rückgang der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr maßgeblich durch die Abnahme des Sonderpostens infolge seiner planmäßigen Auflösung sowie den Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestimmt.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind nach wie vor aus unserer Freizeitgestaltung nicht wegzudenken, auch wenn der Wettbewerb mit anderen Unterhaltungs- und Erlebnisangeboten weiter zunimmt. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten der einmal erreichten Besucherzahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Im Fitnessbereich müssen weitere Umsatzzuwächse über Angebote aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement generiert werden. Da die langfristige Bindungsbereitschaft (Jahresmitgliedschaften im Fitnessclub) bei jungen Kunden zunehmend schwächer ausgeprägt ist und der Preiskampf im Markt weiter zunimmt, muss der Bestandskundenbindung über einen weiteren Ausbau der Betreuungsqualität Priorität eingeräumt werden. Der Wettbewerbsdruck im Fitnessmarkt der Stadt Halle (Saale) ist durch die Eröffnung eines Studios der standortstärksten Discount Fitnessstudiokette in Deutschland im Januar 2016 am Standort Halle-Neustadt weiter gestiegen.

Im gastronomischen Bereich konnte der Wareneinsatz auf 36,6% gehalten werden. Der pro-Kopf-Erlös lag 2016 bei 3,40 € (2015: 3,30 €). Aufgrund hoher Verschleißerscheinungen der Gastronomieausstattung musste im Jahr 2016 ein umfangreicher Austausch von Geschirr und Sitzmöbel vorgenommen werden, was das Spartenergebnis der Gastronomie 2016 beeinträchtigt hat, jedoch eine ideale Arbeitsgrundlage für den Verkauf in den Folgejahren schafft.

Betrachtet man einzelne Struktureinheiten, so ist festzustellen, dass insbesondere der Bereich Reinigung ein höheres Durchschnittsalter aufweist, was derzeit noch nicht als kritisch anzusehen ist. Mittelfristig ist zu prüfen, ob für diesen Bereich noch ausreichend Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu finden sein werden oder ob über die Alternativen von Fremdreinigung – mit allen Nachteilen – nachgedacht werden muss.

Über die Erweiterung der Verweil- und Liegebereiche im Saunabereich muss mittelfristig nachgedacht und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Der Grund dafür liegt darin, dass die Saunabesucher zunehmend nach einem Aufenthalts- und Rückzugsplatz suchen, welcher für sie während des gesamten Besuches reserviert bleiben kann. Weitere Entscheidungen dazu sind zu treffen, wenn die Besucherzahlen von 66.500 pro Jahr im Saunabereich wieder erreicht sind (Ist 2016: 64.500).

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden müssen geplant und finanziell sichergestellt werden, damit das Maya mare nicht nur mittelfristig sondern auch langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt 23 Risiken erfasst. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 7 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	1
Beschaffungsmarkt	1	0	1
Konkurrenzunternehmen	2	0	2
Recht und Politik	1	0	1
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	2	1	1
Gesamt	7	1	6

Das größte Risiko in Bezug auf den Absatzmarkt wird darin gesehen, dass das Kaufkraftpotenzial der Kunden sinken kann und dann die Eintrittspreise für einen Besuch des Maya mare im Markt nicht mehr durchsetzbar sind. Eine Änderung des Freizeitverhaltens kann die Attraktivität eines Bad- und Saunabesuches negativ beeinflussen und zu Besucherrückgängen führen, die aufgrund des begrenzten Marktpotenzials (Einwohner im relevanten Einzugsgebiet) nicht kompensierbar sind.

Das Risiko „Konkurrenzunternehmen“ wird mit 300,0 T€ und in der Mittelfristplanung steigend auf 730,0 T€ bewertet. Bei dieser Einschätzung wurden Besucherabwanderungen durch mögliche Angebotsaufwertungen bei bestehenden Freizeitbädern/Wellnessanlagen und Fitnessstudios berücksichtigt, ebenso die Entstehung neuer Einrichtungen mit deckungsgleichen bzw. überschneidenden Angeboten. Insbesondere wurden ein mögliches Sauna- und Fitness-Angebot im „Sportpark am Böllberger Weg“ sowie die Schaffung von modernen Sauna- und Wellnessangeboten im Stadtbad Halle als Risiken für die Wirtschaftlichkeit des Maya mare bewertet.

Als ein Risiko mit potentiell hoher Schadenshöhe wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter, Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert. Das Risiko betrifft die Wirtschaftsjahre ab 2018, für das Jahr 2017 sind die Vereinbarungen über die Zahlung der Betriebskostenzuschüsse abgeschlossen.

Als einziges Risiko der Klasse 1 wird die, durch Feuchtigkeit geschädigte Decke einschließlich der Lichtkegel über dem Badebereich, eingestuft. Eine Sanierung wäre mit einer längeren Schließung des Bades und finanziellem Aufwand von geschätzt 500,0 T€ verbunden, der Zustand bleibt ständig zu beobachten. Für die Gäste besteht keine Gefahr.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2017 sowie der Mittelfristplanung bis 2022 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Besucherpotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Besucherzahlen und somit auf die Erlöse haben. Im Jahr 2016 konnten im Badebereich 220.434 Besuche realisiert werden, die einerseits auf die Witterung und andererseits im 4. Quartal auf die Eröffnung der neuen Kinderattraktion „Tulumaya“ zurückgeführt werden. Mittelfristig wurden die Erlöse im Badebereich auf der Grundlage von 200.000 Besuchern geplant. Im Saunabereich konnten 2016 65.640 Besuche gezählt werden, die Mittelfristplanung geht von 66.500 Jahresbesuchen in der Sauna aus.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im oberen mittleren Bereich. Sie werden durchschnittlich alle 2 Jahre angepasst und sind die einzige Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

Die Umsatzerlöse im Bereich Fitness sollen über das Geschäftsfeld „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ mittelfristig stabilisiert werden. Der Viva mare Gesundheitsclub zählt bereits zu den Anbietern im hochpreisigen Markt, was eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Anhebung der Mitgliedsbeiträge begrenzt. Das Marktpotenzial ist aufgrund der beschränkten Einzugsradien von Fitnessstudios nahezu erschöpft, die Neukundenakquise ist auf den Ausgleich der marktüblichen Austrittsquote von Mitgliedern ausgerichtet. Der Wettbewerbsdruck über den Preis steigt durch eine zunehmende Anzahl von Discountern im Fitnessmarkt von Halle (Saale) weiter an. Mit hoher fachlicher Beratungskompetenz durch unsere gut ausgebildeten Mitarbeiter und dem Alleinstellungsmerkmal der Trainingsangebote im Wasser hebt sich das Viva mare gegenüber ihren Wettbewerbern ab und das soll zukünftig deutlich stärker in den Fokus der Werbung gestellt werden.

6.2. Investitionen

Das Maya mare ist zwischenzeitlich fast 18 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten 5-10 Jahren Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Die Erneuerung von Großgeräten im Gastronomiebereich, der Austausch von Lüftungsgeräten, die Erneuerung von Fliesenbelägen im Rutschenturm sowie der Dächer und Lichtkegel stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden.

Jedoch sind Investitionen wie die Schaffung von zusätzlichen Ruheflächen im Saunabereich oder die Erneuerung und zugleich Attraktivierung der Dusch- und WC-Bereiche, notwendige Maßnahmen um den gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren.

In der Mittelfristplanung 2018-2022 wurden pro Jahr 320,0 T€ an Investitionsmitteln berücksichtigt.

6.3. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

6.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der kaum weiter ausbaubaren Erlössituation wird in der Mittelfristplanung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.340,0 T€ im Jahr 2017 bis zu 1.398,0 T€ im Jahr 2021 ausgegangen. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2017 bis 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
	Brederlow, Katharina	(seit 01.01.2016)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	56	311	56	311	57	0	0
Umlaufvermögen	245	44	240	44	231	43	5	2
Bilanzsumme	556	100	551	100	542	100	5	1
Passiva								
Eigenkapital	556	100	551	100	542	100	5	1
Bilanzsumme	556	100	551	100	542	100	5	1

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	18	25	24
sonstige betriebliche Aufwendungen	17	11	15
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		18	15
Ergebnis nach Steuern	5		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	18	15
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7	7	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2	11	9

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,87	3,34	2,82	%
Cash-Flow:	5	18	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,89	56,39	57,36	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Kantstraße 1
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat:

Vorsitzende	Brederlow, Katharina	(seit 01.01.2016)
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
	Haupt, Ute	
	Seidel-Jähnig, Annika	
	Töpper, Gernot	

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	52.558	93	52.394	93	53.706	94	164	0
Umlaufvermögen	3.675	7	3.870	7	3.438	6	-195	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	57	0	53	0	59	0	4	8

Bilanzsumme

56.290	100	56.317	100	57.203	100	-27	0
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

Treuhandvermögen

0		157		0		-157	-100
---	--	-----	--	---	--	------	------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	17.304	31	17.175	30	17.049	30	129	1
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	19.663	35	20.310	36	20.993	37	-647	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	750	1	774	1	799	1	-24	-3
Rückstellungen	844	1	892	2	532	1	-48	-5
Verbindlichkeiten	17.190	31	16.629	30	17.348	30	561	3
Rechnungsabgrenzungsposten	539	1	537	1	482	1	2	0

Bilanzsumme

56.290	100	56.317	100	57.203	100	-27	0
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten

0		157		0		-157	-100
---	--	-----	--	---	--	------	------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	20.702	18.433	17.473
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3	18	-2
sonstige betriebliche Erträge	211	1.735	1.828
Materialaufwand	4.994	5.020	4.945
Personalaufwand	11.448	11.224	10.974
Abschreibungen	1.829	1.800	1.810
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	671	709	790
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.681	2.268	1.673
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	26	6
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	18	30
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	2	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	510	550	588
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		78	136
außerordentliche Erträge		75	63
außerordentliche Aufwendungen		27	59
außerordentliches Ergebnis		48	4
Ergebnis nach Steuern	129		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	129	126	140
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	129	126	140
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,62	0,68	0,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,75	0,74	0,82	%
Cash-Flow:	1.959	1.926	1.950	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	56	56	54	T€
Personalaufwandsquote:	54,75	55,60	56,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,10	92,74	93,59	%
Eigenkapitalquote:	30,74	30,50	29,80	%
Fremdkapitalquote:	69,26	69,50	70,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle (Saale) wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören nach wie vor fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 25 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst mit monatlich rund 100 Klienten.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Wohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und zwei Tagesstätten für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie 21 Plätze für Menschen mit geistiger Behinderung in betreuten Wohnungen an.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 209 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Darüber hinaus vermietet sie Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie.

Die Stiftung ist unverändert 100%iger Gesellschafter der serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste, Hol- und Bringedienst und Pforte erbringt. In der serva GmbH sind 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Bereiche Alten- und Behindertenhilfe sind auf unterschiedliche Weise von sich verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen betroffen.

Insbesondere im Bereich der Altenhilfe gab es im vergangenen Jahr mit dem Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes 2 zum 01.01.2016 tiefgreifende gesetzliche Änderungen. Diese setzen sich auch im Jahr 2017 mit dem Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes 3 fort.

Der Gesetzgeber stellt in der Veränderung der Systematik der Bewertung von Pflegebedürftigkeit ganz klar auf eine Stärkung des ambulanten Sektors ab.

Für die Stiftung wird es in den kommenden Jahren die größte Herausforderung sein, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Dies gilt umso mehr, da der Schwerpunkt der Stiftung mit einem Umsatz von 11.559 TEUR und damit einem Anteil von 55,3 % ganz klar im Bereich der stationären Altenhilfe liegt.

Im Moment ist auch nicht abzusehen, wie sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf das Nachfrageverhalten auswirken. Die Frage ist hier, ob ein signifikanter Rückgang der Auslastung in der stationären Pflege eine Folge der vom Gesetzgeber gewollten Stärkung des ambulanten Bereichs ist.

Die Folgen der Veränderungen sind für die Altenpflege momentan noch nicht abzusehen, da noch Übergangsregelungen gelten, die eher positive wirtschaftliche Effekte für die Stiftung haben.

¹ § 2 Abs. 1 der Satzung

Im Bereich der Behindertenhilfe ist die wichtigste gesetzliche Neuregelung das Bundesteilhabegesetz, das zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist. Aktuell ist nicht davon auszugehen, dass diese Neuregelung unmittelbare Auswirkungen auf den Bereich der Behindertenhilfe haben wird.

Auch im Jahr 2016 wurden seitens des Landes mehrere Verordnungen, die für die Arbeit in den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe der Stiftung wesentliche Auswirkungen haben dürften, noch nicht verabschiedet, obwohl sie seit längerem zur Überarbeitung vorliegen. Es handelt sich hierbei um die Heimmindestbauverordnung und die Heimpersonalverordnung. Es ist momentan nicht abzusehen, ob und wenn ja wann die VO in geänderter Form in Kraft treten.

Insgesamt ist insbesondere für den Bereich Altenpflege deutlich der Wandel in der Altersstruktur in der Stadt Halle (Saale) spürbar. Die Nachfrage nach den Angeboten im Bereich der Altenhilfe ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen und bezieht sich auf alle Angebote der Stiftung, von der stationären Altenpflege bis hin zur Vermietung von altersgerechten Wohnungen.

Die Geschäftsentwicklung verlief, wie auch schon in den Vorjahren, sehr günstig. Hier waren drei Faktoren bestimmend: die erfolgreiche Verhandlung von neuen Pflegesätzen, die in allen Bereichen hohe Nachfrage nach den Angeboten der Stiftung und die gute Positionierung der Stiftung als Komplettanbieter für Leistungen im Bereich der Altenhilfe.

Verstärkt wurde die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote der Stiftung. Damit wird es möglich, für die Kunden maßgeschneiderte Angebote entsprechend des Hilfebedarfs zu gestalten. Durch diese Fokussierung auf die Vernetzung der Angebote der Stiftung konnte erreicht werden, dass der Anteil der Mieter, die in den von der Stiftung vermieteten Wohnungen durch unseren ambulanten Pflegedienst betreut werden, von 42 Patienten auf 63 gestiegen ist.

Hier zeigt sich auch wie wichtig es ist, dass die Stiftung über die Serva auch vermietungsnahe Dienstleistungen erbringen kann. Für zahlreiche Mieter wurden Leistungen wie Essensversorgung, Wäschereiservice und Hausmeisterservice im Jahr 2016 durch die Serva GmbH erbracht. Dies steigert die Attraktivität der Angebote im Bereich Vermietung und unterscheidet die Stiftung von ihren Mitbewerbern.

Die Kooperation insbesondere mit dem Elisabeth-Krankenhaus und Elisabeth Mobil wurde weiter vertieft. Die Stärkung dieser Kooperation wird auch in Zukunft im Fokus der Arbeit liegen.

Enger Kontakt besteht nach wie vor zu Wohnungsunternehmen, hier insbesondere zum Bauverein Halle & Leuna eG, für den die Stiftung auch weiterhin Beratungsleistungen für die Mieter erbringt. Die Kooperation zwischen der Stiftung und der BWG Halle-Merseburg e.G. wurde schon durch die enge Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Grundstücks Bugenhagenstraße gestärkt. Die BWG wird auch in Zukunft einer der wichtigsten Partner der Stiftung sein.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 20.910 TEUR erzielen, was eine Steigerung zum Vorjahr von 724 TEUR bedeutet.

Im Wesentlichen lässt sich die Entwicklung auf nachfolgend aufgeführte Geschäftsfelder aufteilen:

	2016 in TEUR	2015 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	11.559	11.251	+323
Teilstationäre Altenpflege	325	259	+66
Ambulante Pflege	706	681	+25
Behindertenhilfe	6.551	6.243	+308

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind neu verhandelte Pflegesätze sowohl im voll- und teilstationären Bereich sowie neue Investitionskostensätze, insbesondere im Altenpflegeheim Riebeckpark. Darüber hinaus stabilisiert eine weiterhin hervorragende Auslastung von rd. 99 % den Bereich Altenpflege.

Die Steigerung im Behindertenbereich lässt sich ebenfalls durch neue Entgelte im Personal- und Sachkostenbereich erklären. Des Weiteren konnte die Refinanzierung von Sonderinstandhaltungsmaßnahmen (Dachsanierung/Beseitigung Feuchteschäden im Förderwohnheim) in Höhe von 190 TEUR verhandelt werden.

Im Jahr 2016 investierte die Stiftung rd. 1.976 TEUR in das langfristige Vermögen der Stiftung. Ein Großteil wurde dabei für brandschutztechnische Maßnahmen verwendet. So wurden im Altenpflegeheim Riebeckpark rd. 693 TEUR, im Förderwohnheim rd. 119 TEUR und rd. 93 TEUR für das Wohnheim für seelische Behinderte in der Röpziger Straße investiert.

Darüber hinaus wurde am Standort Akazienhof das Blockheizkraftwerk um 2 Module für rd. 175 TEUR erweitert. Ferner wurde mit dem Kauf des Grundstückes in der Bugenhagenstraße für rd. 633 TEUR inklusiver aller Nebenkosten eine grundlegende Investition in die Weiterentwicklung der Stiftung getätigt.

Durch all die genannten Investitionen reduzierte sich der Bestand an Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalente von 3.169 TEUR auf 2.988 TEUR. Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt. So wurde für die brandschutztechnischen Maßnahmen im Riebeckpark langfristiges Fremdkapital in Höhe von 1.200 TEUR aufgenommen. Alle restlichen Investitionen in das langfristige Vermögen konnten aus der vorhandenen Liquidität finanziert werden.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 auf 56.290 TEUR verringert. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 56.317 TEUR. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 17.304 TEUR. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 129 TEUR. Die Erhöhung entspricht dem Jahresüberschuss 2016.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,34 % gestiegen und zeigt den positiven Trend der letzten Jahre.

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	30,74 %	30,50 %	29,82 %	29,16 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Geschäftsjahr erzielte die Stiftung einen Gesamtcashflow in Höhe von -181 TEUR. Dieser setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +1.262 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.810,7 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von +367 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich vor dem Hintergrund der hohen Investitionstätigkeit von 3.168 TEUR auf 2.987 TEUR reduziert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beschäftigte die Stiftung 396 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was einen Anstieg von 19 Personen im Vergleich zum Vorjahr darstellt (+5,0 %). Auf Vollzeitkräfte bezogen, bedeutet dies einen Anstieg von rd. 7 VZK.

Die Mitarbeiterfluktuation bewegt sich dagegen im laufenden Geschäftsjahr auf dem Niveau des Vorjahres. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 52 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im laufenden Jahr 55 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 14,7 % (bezogen auf alle Austritte aus der Stiftung).

Auch im Jahr 2016 fanden in allen stationären Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Pflegedienst Regelprüfungen durch den MDK statt. Die Ergebnisse vielen durchweg sehr gut aus.

Einrichtung	Datum Prüfung	Note
Altenpflegeheim Riebeckpark	April 2016	1,1
Altenpflegeheim im Haus der Generationen	Juni 2016	1,4
Altenpflegeheim Akazienhof	Mai 2016	1,4
Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz	März 2016	1,1
Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz	November 2016	1,3
Ambulante Pflege	November 2016	1,6

Die in der Gesamtnote integrierte Bewohnbefragung erhielt in allen Einrichtungen die Note 1,0.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung drei Fragen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie wirken sich die Veränderungen der Pflegestärkungsgesetze 2 und 3 auf die wirtschaftliche Situation der Stiftung aus?
- II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?
- III. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Zur Frage I. kann festgestellt werden, dass die Stiftung durch die Heterogenität der vorhandenen Angebote gut am Markt platziert ist. Es ist davon auszugehen, dass eine Nachfrage nach stationären Altenpflegeplätzen auch weiterhin bestehen wird. Hier ist anzunehmen, dass die Pflegebedürftigkeit der betreuten Bewohner zunehmen wird. Dieser Trend ist schon jetzt zu verzeichnen. Nicht vorherzusehen ist allerdings momentan, wie der Medizinische Dienst der Krankenkassen die Eingradung der Klienten in Zukunft vornehmen wird. Einige Fachleute gehen davon aus, dass hier Erlösrückgänge von bis zu 6% zu verzeichnen sind (vgl. Rothgang Studie).

In dieser Studie wird zugrunde gelegt, dass Bestandskunden im Zeitverlauf durch identische Neubewohner ausgetauscht werden. Durch die großzügig ausgestaltete Überleitungsregelung des Pflegestärkungsgesetzes 2 für die Pflegebedürftigen (doppelter Stufensprung bei Vorliegen einer eingeschränkten Alltagskompetenz), wird zunächst eine höhere Pflegegradverteilung erreicht, als sie sich bei einer Neubegutachtung ergeben würde. Durch die tendenziell dann niedrigere Eingradung sinken perspektivisch die Erlöse der Einrichtungen.

Hier ist die tatsächliche Entwicklung abzuwarten. Klar ist auch, dass eine kurzfristige Veränderung der Angebotsstruktur nicht möglich ist. Hierfür ist ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren anzusetzen, innerhalb dessen frühestens reagiert werden kann.

Für den Bereich der Altenhilfe gilt es, die vorhandenen Angebote auch in den stationären Angeboten weiter zu differenzieren. Die Schaffung eines Bereichs für invasiv beatmete Patienten ist nur ein erster Schritt (12 Plätze im Altenpflegeheim Akazienhof). Auszubauen sind auch die Angebote für älter werdende Menschen mit psychischen Erkrankungen und der Bereich der spezialisierten Betreuung auf dem Gebiet der Gerontopsychiatrie.

Zu II. ist festzustellen, dass das Bauvorhaben Bugenhagenstraße die größte Investition ist, die die Stiftung sein fast 20 Jahren getätigt hat. Verteilt auf einen Zeitraum von vier Jahren sollen hier in zwei Bauabschnitten insgesamt 81 Wohnungen, eine Tagespflege für ältere Menschen, eine Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen (10 Wohneinheiten), eine Physiotherapie sowie eine Cafeteria geschaffen werden. Die Kosten für das Vorhaben belaufen sich auf voraussichtlich 16,8 Mio. EUR.

Zurzeit finden die Planungen für das Vorhaben und die Verhandlungen zur Finanzierung statt. Mit einer erfolgreichen Umsetzung des Objekts erweitert die Stiftung den Bereich Vermietung um 91 Wohnungen (inkl. Wohngemeinschaft) auf einen Gesamtbestand von 300 Mieteinheiten. Risiken bestehen sowohl bei der Umsetzung als auch bei der Vermietung der Wohnungen. Aktuell ist festzustellen, dass die Baupreise aufgrund der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und der sonstigen Bautätigkeit enorme Zuwächse verzeichnen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen ist es nicht mehr möglich, eine kostendeckende Miete von unter 10,00 EUR zu erzielen. Hier ist derzeit nicht absehbar, ob und wann die Preissteigerungen enden. Die Stiftung muss also die Wohnungen zu einem Mietpreis von über 10,00 EUR Nettokaltmiete je qm am Markt platzieren. Dies wird nur gelingen, wenn die Besonderheiten der Stiftung und der Wohnungen, die die Stiftung vermietet mehr herausgestellt werden. Hierzu wird zurzeit ein Marketingkonzept erarbeitet.

Als Antwort auf die Frage zu III. will die Stiftung eine Vielzahl von Veränderungen zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vornehmen.

So wurde in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat das Zukunftsprogramm 2.0 ins Leben gerufen. Es fußt auf einem wettbewerbsfähigen Angebot in allen unseren Leistungsbereichen, soll die Mitarbeiter stärken und die Stiftung für Fachkräfte interessanter machen.

Mit der Umsetzung des Programms soll in den kommenden fünf Jahren die Attraktivität der Stiftung insgesamt weiter erhöht werden.

Das Programm ruht auf zwei Säulen:

1. kurzfristige Maßnahmen

Schrittweise Anpassung der Betriebsvereinbarung zur Arbeitsordnung mit Entgeltvereinbarung. Bereits ab April 2017 sollen nachfolgende Änderungen greifen:

- Erhöhung der Einstiegsgehälter für Pflegefachkräfte um 10%, für Pflegeassistenten ca. 3%.
- Einführung weiterer Entgeltstufen, sodass eine Weiterentwicklung auch nach 6 Jahren Betriebszugehörigkeit gegeben ist.
- Anpassung der Zuschläge auf ein einheitliches Niveau.
- Anpassung der Zusatzurlaubstage für Schichtarbeit auf ein einheitliches Niveau.

Die Stiftung verfolgt damit das Ziel, neben der Gewinnung von Fachkräften und einer schnellen Besetzung offener Stellen, eine Balance zwischen den Beschäftigtengruppen zu schaffen. Mit der Anpassung der Betriebsvereinbarung zur Arbeitsordnung kann die Stiftung 2/3 der Gesamtbelegschaft erreichen und kommt damit dem Ziel näher, ein Gehaltsgefüge auf gleichem Niveau zu gestalten.

Außerdem ist beabsichtigt, das bisherige Erfolgsentgelt in eine Jahressonderzahlung umzuwandeln. Ziel ist es, den Mitarbeitern, egal welcher Arbeitsvertrag zugrunde liegt, eine feste jährliche Sonderzahlung zuzusichern, die bereits im laufenden Jahr ausgezahlt werden soll. Es ist beabsichtigt, dass Erfolgsentgelt ab 2017 abzulösen.

2. längerfristig angelegte Maßnahmen

Mit einem einheitlichen Entgeltniveau wird perspektivisch eine Gehaltsentwicklung auf Augenhöhe für alle möglich sein.

Mittelfristig zielt dieser Schritt auf eine dynamische Entwicklung an ein tarifliches Niveau.

Parallel zu Entwicklung des eigenen Entgeltsystems wurde die Gastmitgliedschaft beim Kommunalen Arbeitgeberverband vereinbart. Unter Beratung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt e.V. soll eine 5 Jahresplanung für die Entgeltentwicklung erarbeitet werden.

Darüber hinaus soll eine interne Arbeitsgruppe, einen Katalog für künftige Klimaleistungen entwickeln. Ziel ist es, bis Juli 2017 Möglichkeiten für flexibles, gesundes und familienfreundliches Arbeiten vorzustellen.

Entwickelt werden neben Zusatzleistungen außerdem Ideen für:

- die weitere Profilierung der Aus- und Weiterbildung,
- Umgang mit älter werdenden Beschäftigten (u.a. Arbeitszeitmodelle),
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie
- die Weiterentwicklung des Gesundheitsmanagements in der Paul-Riebeck-Stiftung.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Franko, Claudia	(bis 11.03.2016)
	Fritschek, Andreas	(seit 11.03.2016)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	28	9	11	3	17	6	17	155
Umlaufvermögen	300	91	378	97	252	93	-78	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	2	1	-1	-100

Bilanzsumme	328	100	390	100	271	100	-62	-16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	81	25	81	21	81	30	0	0
Rückstellungen	64	19	67	17	49	18	-3	-4
Verbindlichkeiten	150	46	181	46	141	52	-31	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	33	10	61	16	0	0	-28	-46

Bilanzsumme	328	100	390	100	271	100	-62	-16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.923	2.935	2.786
sonstige betriebliche Erträge	15	8	54
Materialaufwand	1.236	1.081	1.083
Personalaufwand	1.602	1.568	1.512
Abschreibungen	7	6	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	95	262	232
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		26	6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-2		
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	2	0	0
aufgrund einer Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	26	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,07	0,88	0,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,55	32,03	7,96	%
Cash-Flow:	5	32	13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	36	39	39	T€
Personalaufwandsquote:	54,53	53,29	53,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,40	2,91	6,13	%
Eigenkapitalquote:	24,59	20,70	29,76	%
Fremdkapitalquote:	75,41	79,30	70,24	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<u>25</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert	
Beirat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Klose, Wilfried	(bis 30.09.2016)
		Bernstiel, Christoph	(seit 01.10.2016)
		Borggreffe, Fabian	(seit 22.06.2016)
		Dr. Diaby, Karamba	(bis 22.06.2016)
		Dr. Schädlich, Michael	(bis 30.09.2016)
		Eigendorf, Eric	(seit 01.10.2016)
		Ettingshausen, Rüdiger	

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2016 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2015.

Beirat:

Hajek, Andreas	
Heinze, Frank	(bis 30.09.2016)
Kerzel, Mario	(seit 01.10.2016)
Plath, Manuela	(seit 01.10.2016)
Ranft, Melanie	
Thymian, Robert	(bis 30.09.2016)

	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€
Beirat	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2015		2014	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	390	30	476	35
Umlaufvermögen	522	39	427	32
Rechnungsabgrenzungsposten	407	31	448	33

Bilanzsumme	1.319	100	1.351	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

	2015		2014	
	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	24	2	24	2
Rückstellungen	22	2	19	1
Verbindlichkeiten	272	20	284	21
Rechnungsabgrenzungsposten	1.001	76	1.024	76

Bilanzsumme	1.319	100	1.351	100
--------------------	--------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2015	2014
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.235	1.058
sonstige betriebliche Erträge	503	503
Personalaufwand	0	0
Abschreibungen	105	106
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.625	1.444
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	105	106	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	29,58	35,20	%
Eigenkapitalquote:	1,84	1,80	%
Fremdkapitalquote:	98,16	98,20	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht**A. Wirtschaftsbericht****1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses**

Das Geschäftsjahr 2015 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und den sportlichen Erfolg des Halleschen FC geprägt gewesen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe sind bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespült.

Der Hallesche FC hat seine Saison 2014/2015 mit dem Verbleib in der 3. Liga abgeschlossen. Auch für die Saison 2015/2016 ist der Klassenerhalt und somit der Verbleib in der 3. Liga angestrebt. Zu den Heimspielen des Halleschen FC kamen im Jahr 2015 dabei im Schnitt ca. 7.300 Zuschauer und damit etwas weniger als in den Vorjahren.

Weiterhin fand das Pokalendspiel des Landespokals Sachsen-Anhalt im ERDGAS Sportpark zwischen dem Halleschen FC und dem VfL Halle 96 e.V. vor fast ausverkaufter Kulisse statt. Veranstalter war hier der Fußballverband Sachsen-Anhalt e. V.

Hervorzuheben ist noch, dass der DFB im Jahr 2015 mit dem EM Qualifikationsspiel Deutschland vs. Ungarn der Frauen Nationalmannschaft ein Länderspiel im ERDGAS Sportpark ausgetragen hat. Das Spiel wurde deutschlandweit live ausgestrahlt. Neben den hervorragenden infrastrukturellen Bedingungen rund um den ERDGAS Sportpark war insbesondere die gute Organisation der bereits im Sportpark durchgeführten Spiele ausschlaggebend für die Entscheidung des DFB, nun bereits zum 4. mal in Halle (Saale) zu spielen. Es ist zu erwarten, dass der DFB auch in den Folgejahren Spiele im ERDGAS Sportpark austragen wird.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden zudem mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden auch im Jahr 2015 erfüllt. Insbesondere das Flair des Stadions als Event Location, der gute Service, ein individuelles Angebot aber auch die gute Parkplatzsituation sind ausschlaggebende Faktoren für diesen Erfolg.

Aufgrund der Sonderveranstaltungen DFB sowie des Pokalendspiels lagen die Einnahmen des Geschäftsjahres 2015 ungefähr gleichauf mit den Einnahmen des Vorjahrs.

Zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls im Stadion wurde im Jahr 2015 im Bereich der Fankurve der dortige Ballfangzaun erweitert.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2015 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC e.V. in der 3. Liga. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 435.

Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr plangemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

Der Stadt Halle (Saale) wurde mit Datum vom 11. März 2015 eine Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zugestellt, mit welcher die Stadt Halle (Saale) angewiesen wird, die Austauschverhältnisse zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH neu zu gestalten bzw. eine Rekommunalisierung der an die Stadion Halle Betriebs GmbH übertragenen Aufgaben mittels Rückkauf der privaten Gesellschafteranteile oder die Aufgabenerledigung durch die Stadt Halle (Saale) selbst vorzunehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hat Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung erhoben. Das Widerspruchsverfahren gegen die Anordnungsverfügung hat das Landesverwaltungsamt ruhend gestellt.

Der Stadt Halle (Saale) wird die Gelegenheit gegeben, die im Zuge der angestrebten Rekommunalisierung zu ändernden Rechtsverhältnisse aufzuarbeiten. Gespräche wurden aufgenommen, um für diese Angelegenheit eine einvernehmliche Lösung zu finden. Hierzu soll die Stadion Halle Betriebs GmbH, an der derzeit auch der Hallesche FC e.V. sowie die Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs- GmbH als Gesellschafter beteiligt sind, mittels Rückkauf dieser privaten Gesellschaftsanteile rekommuniziert werden. Die hierzu erforderlichen Beschlüsse in Beirat und Gesellschafterversammlung wurden im Jahr 2015 entsprechend verabschiedet, die Umsetzung der Anteilsübertragungen an die Stadt Halle (Saale), als dann alleinige Gesellschafterin, ist für Anfang 2016 geplant.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2016 ist weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer hat bisher eine gute Saison gespielt. Es ist zu erwarten, dass der HFC den sportlichen Klassenerhalt schafft.

Auch in 2016 sollen die Angebote rund um Sonderveranstaltungen im Stadion an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und gewissen Anpassungen innerhalb des Stadions geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Die Gesellschaft erhält zur Deckung der laufenden Aufgaben Zuschüsse der Stadt Halle (Saale). Es ist derzeit nicht erkennbar, dass aufgrund des Gesellschaftszweckes/der Tätigkeit der Gesellschaft diesbezüglich ein Tatbestand des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt wäre, da eine grenzüberschreitende Wirkung/Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten nicht gegeben ist.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Der Stadt Halle (Saale) wurde mit Datum vom 11. März 2015 eine Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zugestellt, mit welcher die Stadt Halle (Saale) angewiesen wird, die Austauschverhältnisse zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH neu zu gestalten bzw. eine Rekommunalisierung der an die Stadion Halle Betriebs GmbH übertragenen Aufgaben mittels Rückkauf der privaten Gesellschafteranteile oder die Aufgabenerledigung durch die Stadt Halle (Saale) selbst vorzunehmen. Die Stadt Halle (Saale) hat Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung erhoben, sowie Gespräche aufgenommen, um für diese Angelegenheit eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Anteilsübertragungen der Mitgesellschafter Hallesche FC e.V. sowie die Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs- GmbH an die Stadt Halle (Saale), als dann alleinige Gesellschafterin, ist für Anfang 2016 geplant.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.382

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand : Vorsitzende Brederlow, Katharina (seit 01.01.2016,
seit 22.02.2016
Vorsitzende)

stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Borggrefe, Fabian
Kirchert, Christian
Scholtyssek, Andreas

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	0	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	29.912	96	30.526	96	31.196	97	-614	-2
Umlaufvermögen	1.204	4	1.228	4	870	3	-24	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	81	0	87	0	28	0	-6	-7
Bilanzsumme	31.197	100	31.841	100	32.094	100	-644	-2

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.296	59	18.485	58	18.324	57	-189	-1
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	2.963	9	3.117	10	3.227	10	-154	-5
Rückstellungen	339	1	316	1	171	1	23	7
Verbindlichkeiten	9.425	30	9.747	31	10.248	32	-322	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	174	1	176	0	124	0	-2	-1
Bilanzsumme	31.197	100	31.841	100	32.094	100	-644	-2

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	7.654	6.925	6.459
sonstige betriebliche Erträge	499	864	865
Materialaufwand	2.315	2.090	2.230
Personalaufwand	3.969	3.871	3.432
Abschreibungen	840	817	799
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	133	132	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	909	548	493
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2	2	6
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	444	454	469
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		143	43
außerordentliche Erträge		11	133
außerordentliche Aufwendungen		3	78
außerordentliches Ergebnis		8	55
Ergebnis nach Steuern	-189		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-189	151	98
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-189	151	98

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,47	2,18	1,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,02	0,82	0,54	%
Cash-Flow:	650	968	907	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	91	98	101	T€
Personalaufwandsquote:	48,68	49,70	46,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,50	95,50	96,71	%
Eigenkapitalquote:	58,65	58,06	57,10	%
Fremdkapitalquote:	41,35	41,94	42,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Pflegeplätze	159,00	157,00	157,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	55.183,00	54.752,00	57.682,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	96,30	95,70	97,20	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	96,00	95,00	91,10	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina (seit 01.01.2016)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	65	344	65	344	66	0	0
Umlaufvermögen	183	35	184	35	176	34	-1	-1
Bilanzsumme	527	100	528	100	520	100	-1	0
Passiva								
Eigenkapital	527	100	528	100	520	100	-1	0
Bilanzsumme	527	100	528	100	520	100	-1	0

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	14	22	21
sonstige betriebliche Aufwendungen	18	8	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	2	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		16	13
Ergebnis nach Steuern	-1		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	16	13
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	10	7

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,23	3,03	2,53	%
Cash-Flow:	-1	16	13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	65,21	65,06	66,13	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.462

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens	
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Dorgerloh, Stephan	(bis 21.06.2016)
	stellv. Vorsitzender	Robra, Rainer	(seit 22.06.2016 bis 06.12.2016)
		Dr. Bergner, Annegret	
		Dr. Schellenberger, Gunnar	(seit 07.12.2016)
		Ehrmann, Siegmund	
		Froboese, Klaus	
		Möller, Johann Michael	
		Quäschning, Bettina	

Fachbeirat:

Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
	Kaiser, Angela
	Köhler, Axel
	Prof. Dr. Fontana, Eszter
	Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
	Prof. Schirmer, Ragna
	Quäschning, Bettina
	Voß, Stefan
Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Ausstehende Einlagen	2.439	18	4.920	31	7.429	40	-2.481	-50
Anlagevermögen	8.535	63	8.575	53	8.583	45	-40	0
Umlaufvermögen	2.503	19	2.651	16	2.786	15	-148	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	39	0			-35	-90
Bilanzsumme	13.481	100	16.185	100	18.798	100	-2.704	-17
Passiva								
Eigenkapital	12.972	96	15.655	97	17.861	95	-2.683	-17
Rückstellungen	173	1	182	1	590	3	-9	-5
Verbindlichkeiten	68	1	77	0	62	0	-9	-12
Rechnungsabgrenzungsposten	268	2	271	2	285	2	-3	-1
Bilanzsumme	13.481	100	16.185	100	18.798	100	-2.704	-17

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	100	105	104
Zuschüsse Gesellschafter	2.480	2.510	2.545
sonstige betriebliche Erträge	1.134	1.143	1.176
Personalaufwand	1.161	1.156	1.149
Abschreibungen	234	228	197
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.538	2.266	2.355
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		108	124
Ergebnis nach Steuern	-204		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-204	108	124
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-204	108	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	124

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-204,41	102,65	119,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,57	0,69	0,70	%
Cash-Flow:	30	336	321	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	59	66	67	T€
Personalaufwandsquote:	94,04	92,65	89,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,22	52,87	45,59	%
Eigenkapitalquote:	96,22	96,73	95,02	%
Fremdkapitalquote:	3,78	3,27	4,98	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Bericht Jahresabschluss 2016

(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Der Jahresabschluss 2016 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Scholz & Carell Steuerberater und Partner mbB, Herr Detlef Carell) erstellt. Auf Grundlage eines Beschlusses des Kuratoriums auf seiner Sitzung am 29. Juni 2016 (s. Protokoll TOP 5, Beschluss Nr. 6) wird eine freiwillige Prüfung des steuerlichen Jahresabschlusses 2016, bestehend aus den Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen, der Vermögensrechnungen und dem Stiftungsbericht durch einen Wirtschaftsprüfer vorgenommen. Bei der Berichterstattung sollen die Grundsätze des IDW PS 740 beachtet werden.

Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gerichtet ist gemäß § 63 AO. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 AO.

Der Jahresabschluss wurde gemäß der oben genannten Prüfungsschwerpunkte von Herrn Marcus van den Broek (Henschke & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) geprüft.

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2016 € 13,5 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Ansprüchen auf Einzahlungen in das Stiftungskapital im Rahmen des Stiftungsgeschäfts der Stadt Halle (Saale) in Höhe von € 1,9 Mill. und des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von € 500 T sowie dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses sowie den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette sowie Vorarbeiten für das in den kommenden Jahren neu zu errichtende Tonstudio. Im besonderen Maße wurden im Jahr 2016 Bauleistungen für den Neubau der Toiletten (#120) sowie in abschließende Arbeiten zur Abdichtung des romanischen Gewölbes (#114) erbracht.

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf. In die EDV-Software (# 27) wurden 2016 rund € 10 T investiert.

Durch Ankäufe und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2015 um € 7 T (s. Punkt 8 des vorliegenden Berichts mit den entsprechenden Zuordnungen der Konten).

Neu aufgenommen im Sachanlagenvermögen wurde das Konto Veranstaltungstechnik (# 435), in dem der Ankauf beispielsweise von Leinwand, Tontechnik und Rednerpult für den im Jahr 2016 renovierten Kammermusiksaal berücksichtigt wurden. In die Bürotechnik (#420) wurden im Jahr 2016 € 25 T investiert. Als Gebrauchsmusikinstrument (#422) wurde in Höhe von insgesamt € 2 T eine Drehorgel nebst Drehorgelwagen erworben, die im Rahmen von Veranstaltungen wie den Tag der offenen Tür, Museumsnacht o.ä. gespielt werden kann.

Bei den Anzahlungen ist eine vertraglich vereinbarte Ratenzahlung für den vom Kuratorium beschlossenen Nachbau des Ruckers-Cembalo in Höhe von € 22 T berücksichtigt. Die Fertigstellung ist für 2017 planmäßig vorgesehen.

Die Forderungen in Höhe von unter € 3 T (#650) hängen mit der Abgrenzung zum 31.12.2016 zusammen.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 450 T. Die Anlage in die vorhandene Deka-Bank Stufenzins-Anleihe wurde in ein neu eröffnetes DekaBank Depot überführt und dabei von Konto #915 in das neue Konto #917 aufgenommen. Zusätzlich zur bereits bestehenden Anlage erfolgten gemäß der vom Kuratorium auf seiner Sitzung vom 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie im Herbst 2016 Käufe in folgende Wertpapiere:

- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeitern der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Mit Stichtag 31.12.2016 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe: € 150.901,50
- Deka-Immobilien Europa: € 99.002,40
- Deka-Stiftungen Balance: € 99.939,17
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 54.303,59

Ein aktueller Report vom 28. Februar 2017 ist als Anlage 3 dem Bericht beigelegt.

Der Rechnungsabgrenzungsposten aktiv (#990) enthält im Wesentlichen eine Vorauszahlung für ein Konzert, das bei den Handel-Festspielen 2017 zur Aufführung kommt.

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) steigt um rund € 7 T.

Die Ergebnismittelrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Eine Liste derjenigen vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus den Rücklagen der Vorjahre finanziert werden, ist als Anlage 5 beigelegt. Eine Thesaurierungsrücklage kann eine Stiftung nur im Jahr ihrer Errichtung und in den zwei Folgejahren bilden. Aus diesem Grund können im Jahr 2016 keine weiteren Mittel der Thesaurierungsrücklage zugeführt werden. Insgesamt ist zu konstatieren, dass bereits € 2,4 Mill. aus der Ergebnismittelrücklage verwendet wurden. Dabei floss ein Großteil der Mittel in die Investition der Gebäude und Ausstellungen.

Eine Betriebsmittelrücklage wird gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 116 T gebildet (#1075). Die Betriebsmittelrücklage dient zur Finanzierung steuerbegünstigter, satzungsgemäßer Zwecke und der vom Kuratorium beschlossenen Projekte (s. Anlage 5).

Die freie Rücklage reduziert sich durch den Ankauf von Kunstgut (#1076).

Die satzungsmäßige Rücklage reduziert sich planmäßig um die jährlichen, vertraglich fixierten Zahlungen der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt in das Stiftungsvermögen.

Die Rückstellungen verringern sich auf € 173 T (#1885 und #1220) und setzen sich wie folgt zusammen (s. Tabelle „Rückstellung 2016“ als Anlage 4):

- Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 150.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2016 (€ 2.500)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2016 (€ 7.800)
- Leistungsentgelte gemäß § 18 TVöD AT VKA (€ 13.186,36)

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen (#1340) handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen im Rahmen von Baumaßnahmen mit Abgrenzung zum 31.12.2016. Diese wurden mittlerweile von der Stiftung bezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vorgeschriebene Abgaben (Lohnnebenkosten) für den Dezember 2016, die aber erst im Januar 2017 fällig und dann auch angewiesen wurden.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (#1990) enthält Einnahmen für die Handel-Festspiele 2017, die die Stiftung bereits im Jahr 2016 erhalten hat, sowie ein Restbetrag erhaltener Fördermittel der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für das Dekontaminationsprojekt, die im Jahr 2016 nicht verbraucht wurden (€ 18.685,62).

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 27 T (#2350). Damit wuchs das Spendenaufkommen im Vergleich zum Jahr 2015 um fast € 5 T.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren (#4050) ist zu berücksichtigen, dass der Großteil der Wertpapieranlage der Stiftung erst im Herbst 2016 erfolgte und somit kaum Erträge für das Jahr 2016 aufweisen kann. Außerdem ist weiterhin das weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen. Die langfristigen Mieteinnahmen beliefen sich 2016 laut Verträgen mit der Gastronomie (#4041) auf konstantem Niveau.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen des Stiftungsgeschäfts durch die Stadt Halle (Saale) und durch das Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten Fördermittel in Höhe von € 309 T (# 2355) akquiriert werden.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes belief sich vertragsgemäß im Jahr 2016 auf € 511.300 (#2304).

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen fällt der Eintrittserlös für die Händel-Festspiele nochmals geringfügig höher aus als im Jahr 2015 (# 2010). Es ist der höchste Einnahmeerlös seit Stiftungsgründung. Gestiegen sind die Einnahmen bei den Eintrittsgeldern Museum (#2015) sowie der Einnahmeerlös für Konzerte im Händel-Haus (#2016). Die Erlöse im ideellen Bereich (#2020) von Verkäufen aus dem Museumsshop sind im Gegensatz zu 2015 wieder gesunken.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen im Jahr 2016 einerseits auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD. Andererseits wurde die Stelle des Verwaltungsdirektors erstmals am 1. September 2015 besetzt. Die ganzjährigen Personalkosten dieser Personalstelle werden somit erstmalig für ein Gesamtjahr in 2016 berücksichtigt. Außerdem sei im Vergleich zum Jahr 2015 darauf hingewiesen, dass es im Jahr 2015 zwischen Beendigungen von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsanfängen neuer Mitarbeiter bei der Stiftung größere zeitliche Lücken gab und ferner eine MitarbeiterIn weit über 6 Wochen krankheitsbedingt ausfiel, weshalb die Personalkosten 2015 insgesamt unterplanmäßig niedrig ausfielen.

In den sonstigen Personalkosten (#2557) sind die Leistungsentgelte enthalten gemäß § 18 TVöD für MitarbeiterInnen der Stiftung Händel-Haus, die im Rahmen des Betriebsübergangs nach BGB § 613 als Angestellte der Stadt (Halle) zur Stiftung Händel-Haus wechselten. Der Betrag setzt sich aus einer Einstellung und Auflösung von einer Rückstellung zusammen.

Die Rückstellung von Ausfallkosten der Händel-Festspiele 2013 (#2527) sind im Jahr 2016 vollständig aufgelöst.

In die Kunstsammlung der Stiftung (#2520) wurde im Jahr 2016 finanziert (näheres s. Punkt 8 des Berichts).

Die Kostenstelle #2522 verzeichnet den Einnahmeerlös für Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH, die im Rahmen der Händel-Festspiele 2016 erzielt und an die Theater, Oper und Orchester GmbH abgeführt wurden, da der Ticketverkauf dieser Veranstaltungen kostenlos von den Händel-Festspielen durchgeführt wurde. Die Sachkosten (#2530) und die Honorare für Künstler (#2550) sind gegenüber dem Jahr 2015 gestiegen. Dies hat zwei Gründe: Durch die Erweiterung der Händel-Festspiele auf 17 Veranstaltungstage, wie sie erstmalig planmäßig im Jahr 2016 realisiert wurde ohne dass ein Anrechtskonzert der Staatskapelle inkludiert werden konnte, entstanden Mehrkosten bei den Honoraren, Reise- und Übernachtungskosten. Außerdem stiegen die Hotelpreise nach dem Wegfall des Maritim-Hotels in Halle deutlich um durchschnittlich ca. 17% an. Diese spiegelt sich in beiden Konten wider, da die Verträge mit den Künstlern sehr unterschiedlich gestaltet sind. (Bei einigen sind die Künstlerübernachtungen in Halle enthalten, die dann unter #2550 gebucht werden, bei anderen werden die Übernachtungen zusätzlich von den Festspielen übernommen und unter #2530 gebucht.)

In Bauleistungen (Werterhaltung Gebäude #2667 und Reparaturen Gebäude #2680) wurde im Jahr 2016 wieder vermehrt investiert, nachdem in den Jahren nach 2013 aufgrund des Ausfalls der Händel-Festspiele eher zurückhaltend Investitionen getätigt wurden. Außerdem wurden im Jahr 2016 Bauprojekte realisiert, die bereits für 2015 geplant waren, aber aufgrund eines temporären Baustopps des Denkmalamtes im Jahr 2015 auf das Jahr 2016 verschoben werden mussten. Neu hinzugekommen ist das Konto „Renovierungskosten Barbarasträße“. Dabei handelt es sich um Investitionen für den Umbau des von der Stadt neu angemieteten, zusätzlichen Raumes am Depot der Stiftung Händel-Haus, in dem das Forschungsprojekt zur Dekontamination von Musikinstrumenten mit der Reinigung durchgeführt werden soll. (Weiteres zu diesem Projekt s. Punkt 3.)

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sind niedriger ausgefallen als im Jahr 2015 (#2540). Durch verringerte Marketingaktivitäten und damit geringere Kosten sollten die zusätzlichen und nur bedingt steuerbaren Zusatzkosten der gestiegenen Hotelübernachtungen kompensiert werden.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 27 T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 14 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -291 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 37 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen geringen Gewinn auf (€ 7 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (#2761 und #2762) als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (#8343 und #8344) zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2016 rund € 32 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2016 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Zusammengenommen weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2016 als Stiftungsergebnis in Höhe von € -204.189,04 auf. Liquidität ist vorhanden.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. Aus diesem Grund wird auf eine detaillierte Beschreibung der Projekte verzichtet, sondern die Liste als Anlage 5 dem Bericht beigefügt. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Ergebnisverwendung 2016

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Stiftungsergebnisses** vor:

- Der Gewinn aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb in Höhe von € 7.374,37 soll mit dem Verlustvortrag des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes verrechnet werden.
- Die Gewinne aus dem ideellen Bereich, der Vermögensverwaltung und dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb sollen mit dem Verlust im steuerfreien Zweckbetrieb verrechnet werden.
- Der Restbetrag des Verlustes soll durch Entnahmen aus der Betriebsmittelrücklage (€ 210.597,88) und der freien Rücklage (€ 965,53) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		-204.189,04 €
Entnahme Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	210.597,88 €
Entnahme freie Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	965,53 €
Verrechnung Verlustvortrag wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb		-7.374,37 €
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 €

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Rosinski, Stefan	(seit 01.08.2016)
		Schanne, Stefan	
		Stiska, Rolf	(bis 31.07.2016)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Hirschinger, Frank	
		Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	

Aufsichtsrat:

Dr. Wünscher, Ulrike
Poldrack, Stefan
Schramm, Rudenz

	31.07.2016	31.07.2015	31.07.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	4	4

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	25.800	88	26.634	87	27.266	83	-834	-3
Umlaufvermögen	3.285	11	3.506	12	5.537	17	-221	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	360	1	306	1	196	0	54	18

Bilanzsumme	29.445	100	30.446	100	32.999	100	-1.001	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	22.707	77	23.828	78	25.763	78	-1.121	-5
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	1.823	6	1.900	6	1.977	6	-77	-4
Rückstellungen	865	3	851	3	882	3	14	2
Verbindlichkeiten	942	3	888	3	1.368	4	54	6
Rechnungsabgrenzungsposten	3.108	11	2.979	10	3.009	9	129	4

Bilanzsumme	29.445	100	30.446	100	32.999	100	-1.001	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.571	3.452	3.287
Zuschüsse Gesellschafter	32.164	32.669	30.938
sonstige betriebliche Erträge	552	699	1.119
Materialaufwand	3.599	3.584	3.695
Personalaufwand	29.613	30.769	28.267
Abschreibungen	1.437	1.436	1.417
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.751	2.944	2.933
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.114	-1.914	-960
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	14	0
sonstige Steuern	7	7	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.121	-1.935	-968
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.121	-1.935	-968

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-31,40	-56,06	-29,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	-4,71	-7,51	-3,62	%
Cash-Flow:	316	-499	449	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	8	8	9	T€
Personalaufwandsquote:	718,30	741,13	641,51	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2016	31.7.2015	31.7.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,42	87,28	82,48	%
Eigenkapitalquote:	77,11	78,26	78,07	%
Fremdkapitalquote:	22,89	21,74	21,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2016	31.7.2015	31.7.2014	Angaben in
Besucher	272.604,00	290.837,00	299.608,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.345,00	1.478,00	1.680,00	Anzahl

e) Lagebericht

Lagebericht des Geschäftsjahres 2015/2016

1. Gründung und Entwicklung

Durch den Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 sind mit Beginn des Kalenderjahres 2009 die Oper und die Staatskapelle Halle, das Puppentheater und das neue theater Halle sowie das Thalia Theater Halle in der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zusammengeführt worden. Dies war mit der Zielstellung verbunden, kulturelle und künstlerische Leistungen der Theater und Orchester auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Gemäß der Zielstellung bei der Gründung wurde im Zeitraum von 2009 bis 2013 eine Verringerung der Zuschüsse um 2,1 Mio. Euro von 34,7 Mio. Euro auf 32,6 Mio. Euro erreicht. Zusätzlich zu dieser Zuschussreduzierung um 2,1 Mio. Euro sind auch noch die Kostensteigerungen aus Tarifsteigerungen in diesem Zeitraum aufgefangen worden, die etwa 3,0 Mio. Euro betragen.

Als entscheidender Weg dazu dienten der Personalabbau sowie der Abschluss von Haustarifverträgen für alle Beschäftigten. Durch Personalabbau sind von 2009 bis 2014 96 Stellen eingespart worden. Mit Ausnahme des Haustarifvertrages für die Musiker, der eine Laufzeit bis zum 31. Juli 2017 hat, sind die Haustarifverträge für alle anderen Beschäftigten der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Sommer 2014 ausgelaufen. Ab dem 01. August 2016 wurden mit vielen Beschäftigten, vor allem in den zentralen Bereichen individuelle Teilzeitverträge geschlossen. So konnten Kündigungen in diesen Bereichen vermieden werden und entscheidend zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft beigetragen werden.

Gleichwohl wurde weiter an der Umsetzung des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) gearbeitet.

2. Leistungsentwicklung

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2015/2016 trotz der Sparmaßnahmen des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes wiederum ein sehr umfassendes Leistungsangebot vor.

Mit 26 Neuinszenierungen und einer Vielzahl von Stückübernahmen aus vorangegangenen Spielzeiten auf den Bühnen sowie einem gewohnt reichen Konzertangebot sollten in 1.038 Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen 249.220 Besucher erreicht werden.

Die geplanten Leistungen sind hinsichtlich der Zahl an Neuinszenierungen voll erbracht worden. 1.038 geplanten Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen stehen im Ist 1.345 gegenüber.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle erreichte im Geschäftsjahr 2015/2016 eine Gesamtzahl von 272.604 Besuchern. Das sind 23.384 mehr als der Plan vorsah.

Im Vergleich der zurückliegenden Jahre ordnet sich diese Zahl wie folgt ein:

Besucher

2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16
---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

245.621	239.507	278.622	268.581	299.608	290.837	272.604
---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Der Rückgang der Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr resultiert zum großen Teil aus der geringeren Anzahl von Gastspielen der Staatskapelle (35, Vorjahr 45). Im Thalia-Theater konnte die Besucherzahl trotz Rückgang der Vorstellungszahlen erhöht werden. Hier konnte die in diesem Jahr stattgefundenene Kinderstadt die fehlenden Besucherzahlen kompensieren. Im neuen theater konnte die im Wirtschaftsplan vorgegebene Besucherzahl um 6.677 erhöht werden. Grund hierfür war eine höhere Anzahl von Vorstellungen gegenüber dem Plan. Die Oper konnte die soliden Besucherzahlen aus dem Vorjahr fast erhalten, auch dies bei weniger Vorstellungen.

Die Auslastung der Vorstellungen lag 2015/2016 im Durchschnitt bei 80,02 %.

Von der Gesamtbesucherzahl des Jahres 2015/2016 entfielen 11.959 Personen auf theaterpädagogische und theaternahe Veranstaltungen. Der Rückgang der Besucherzahlen erklärt sich daraus, dass weniger theaterpädagogische Mitarbeiter zur Verfügung stehen und viele Angebote direkt mit dem Abschluss von Vorstellungsbesuchen in Verbindung stehen und sich somit im Kartenverkauf niederschlagen.

Die **Oper Halle** erreichte als Sparte in der Spielzeit 2015/2016 76.788 Besucher. Davon entfallen 53.841 Besucher auf eigene Inszenierungen des Musiktheaters und des Balletts im großen Haus, 1.434 Besucher auf das Operncafé sowie 4.451 Besucher auf sonstige Spielstätten. Bei Gastspielen im Haus und Vermietungen des Opernhauses waren 6.064 Besucher zu verzeichnen und bei eigenen Gastspielen wurden 5.390 Besucher abgerechnet. Bei theaternahen Veranstaltungen wurden 5.608 Besucher gezählt.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Besucherzahl also fast gehalten werden, obwohl es insgesamt 42 Vorstellungen weniger gab.

Mit den eigenen Vorstellungen im Haus und auf Gastspielen erreichte die Oper eine durchschnittliche Auslastung von 72,7 % und konnte somit im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs verzeichnen.

Im Verlaufe der Spielzeit erarbeitete die Opernsparte 8 Neuinszenierungen, davon 6 Produktionen des Musiktheaters und 2 Ballettaufführungen. Bei den Neuinszenierungen wurden folgende Auslastungszahlen erreicht: „Carmen“ 86,98 %, „Adriana Lecouvreur“ 70,96 %, „Die drei Musketiere“ 70,09 %, „Cosi fan Tutte“ 78,69 %. Die Händeloper „Sosarme“ konnte erfolgreiche 100 % Auslastung verbuchen. Die Ballettaufführungen „Lulu“ und „Casanova“ fanden trotz positiver Kritik mit 56,26 % und 52,57 % nicht die erwarteten Auslastungen.

Ein besonderer Höhepunkt in der Spielzeit 2015/2016 waren die im Hof der Moritzburg stattgefundenen Sommernächte der Wiener Operette, der Romantischen Oper und der Opernchöre. Hier wurden Auslastungen von bis zu 90 % erreicht. Insgesamt konnte die Oper trotz gesunkener Vorstellungszahlen die Besucherzahlen halten und trägt mit dem sehr umfangreichen Repertoire entscheidend zum Erfolg der Spielzeit bei.

Die **Staatskapelle Halle** blieb in der Saison 2015/2016 unter den Zahlen des Vorjahres.

Insgesamt fanden in Halle 99 Konzerte statt. Diese sind von 36.090 Hörern besucht worden. Dies lag unter den Zahlen der letzten Spielzeiten. Außerhalb der Stadt Halle gab die Staatskapelle 35 Konzerte vor 21.892 Besuchern. Das waren 10 Gastspiele weniger als im Vorjahr und trug zur Verringerung der Besucherzahlen der Staatskapelle bei. Die durchschnittliche Auslastung der Staatskapelle lag insgesamt bei 77,87 %. Von den 35 Gastspielkonzerten der Staatskapelle entfielen 26 auf Sachsen-Anhalt, darunter 20 Schüler- und Jugendkonzerte, 9 auf Städte in anderen deutschen Bundesländern. Insgesamt wurden in Halle und anderen Orten Sachsen-Anhalts mit den speziellen Schüler- und Jugendkonzerten 3.618 Besucher erreicht. Außerdem wurden 2.733 sonstige Besucher gezählt.

Zentraler künstlerischer Anker sind die Abonnements-Sinfonie-Konzerte in der Händelhalle. Hier wurden 2015/2016 14.245 Besucher gezählt. Die durchschnittliche Auslastung betrug 73,79 %. Den Spitzenplatz in der Platzausnutzung verzeichnen weiterhin die Konzertreihen „Klassisches Erbe“ und „Pavillonkonzerte“ mit einer Durchschnittsauslastung von 89,72 % bzw. 90,23 %. Allerdings war auch bei diesen Reihen ein leichter Rückgang zu vermerken.

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die überaus erfolgreichen Familienkonzerte, deren Auslastungen im Durchschnitt 90,23 % erreichen. Auch die neu eingeführte Reihe „Klassik für Kleine“ trägt dazu bei, dass die Staatskapelle weiter in den Fokus von Familien gerät. Das Projekt „Der Schwan mit der Trompete“, das der Amerikaner Jason Robert Brown komponierte und im Saal der Großen Oper zur Premiere brachte und welches in Koproduktion mit Schauspielern des Thalia-Theaters inszeniert wurde, war ein ganz besonderer Höhepunkt in dieser Spielzeit.

Das **neue theater** ist mit 9 Neuinszenierungen in die Spielzeit gestartet, die fast alle die erwarteten Besucherzahlen erbrachten. So lagen die Auslastungen bei den „Wahlverwandtschaften“ bei 61,12 % „Romeo und Julia“ bei 87,22 %, „Republik des Glücks“ bei 63,97 %, „Bornholmer Straße“ bei 88,77 %, „Schuld und Sühne“ bei 74,38 % und „Der nackte Wahnsinn“ bei 93,86 %. Das Schauspielstudio konnte mit „Frühlings Erwachen“ an die erfolgreichen Produktionen des Vorjahres anknüpfen und mit der Hofproduktion zu Weihnachten „Schneewittchen und die 7 Zwerge“ ist wiederum ein Publikumsrenner entstanden.

Im laufenden Repertoire konnten zahlreiche Inszenierungen erfolgreich weiter gespielt werden. So „Frau Müller muss weg“, „Ewig jung“ oder „Wie im Himmel“, die Auslastungen über 80 % erzielten. Zwei besondere Höhepunkte waren die Gala zum 35. Geburtstag des neuen theaters, bei der die Hallenser gemeinsam mit den Mitarbeitern ihr Theater feierten und der durch die Stadt Halle ausgerichtete Festakt zum 80. Geburtstag des Begründers der Kulturinsel, Peter Sodann. Das neue theater konnte so, trotz gesunkener Vorstellungszahlen, die Anzahl der Besucher erhöhen.

Im **Puppentheater** fand zu Beginn der Spielzeit 2015/2016 die mit Spannung erwartete Premiere der Inszenierung „Das Bauchrednertreffen“ statt. Diese Inszenierung trug ganz entscheidend zu der überaus erfolgreichen Spielzeit des Puppentheaters bei. Sowohl die Einnahmen, als auch die Besucherzahlen erreichten einen Rekord für die Sparte. „Das Bauchrednertreffen“ war mit 51 Vorstellungen zu Gast in Städten Deutschlands, in Frankreich, der Schweiz, in Österreich, Kanada und den USA. Zusammen mit den Vorstellungen in Halle wurden hier 13.596 Besucher gezählt. Dies war ein Kraftakt für das Team, vor allem für die beteiligten Puppenspieler. In dieser, von der allgemeinen Projektförderung der Kulturstiftung des Bundes unterstützten Inszenierung, arbeitete das Puppentheater Halle erstmals mit der französischen Regisseurin und Choreographin Gisèle Vienne zusammen, die mit ihren verstörenden Inszenierungen und Installationen zu den eindrucksvollsten europäischen Theaterkünstlern zählt. Für den Text dieser Uraufführung zeichnet der amerikanische Schriftsteller Dennis Cooper gemeinsam mit den Puppenspielern verantwortlich. Die Inszenierung entstand in einer deutschsprachigen Fassung und in einer englischen Fassung sowie Untertiteln in mehreren Sprachen für Gastspiele im Ausland.

Der Produktionsprozess war von der besonderen Arbeitsweise der Künstlerin Gisèle Vienne und der Überwindung interkultureller sowie institutionell-struktureller Unterschiede gekennzeichnet. 15 Gastspiele mit hauseigenen Inszenierungen erbrachten 1.068 Besucher.

Trotz dieser Anstrengungen zeigte das Puppentheater in Halle Präsenz und konnte die Vorstellungen vor Ort mit 147 Vorstellungen und 13.256 Besuchern gegenüber dem Vorjahr noch einmal leicht steigern. Dabei lagen Inszenierungen wie „Der Besuch der alten Dame“, „Der seltsame Fall des E.T.A. Hoffmann“, „Konzert für eine taube Seele“ weiterhin in der Publikumsgunst weit vorn und erreichten Auslastungen um 98 %. Auch die Vorstellungen für Kinder „Fischbrötchen“ oder „Jorinde und Joringel“ erfreuten sich großer Nachfrage. Neben der Tournee des Bauchrednerensembles konnten in Halle die Premieren „Die Liebe in Zeiten der Cholera“, „Der satanarchäolügenialkohöllische Wunschpunsch“, „1913 – Der Sommer des Jahrhunderts“ und „Geschichten aus tausendundeiner Nacht“ zur Aufführung gebracht werden.

Durch Vermietungen und Gastspielen fremder Ensembles wurden 1.637 Besucher bei 33 Veranstaltungen erreicht.

Die Sparte **Thalia Theater** hat wiederum ganz entscheidend zum guten Leistungsergebnis der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Geschäftsjahr 2015/2016 beigetragen. Die Spielplanung sah neben der Mitwirkung am Eröffnungsspektakel des neuen Theaters und an den Hofinszenierungen „Don Quijote“ 6 Produktionen von großer Vielfalt und für unterschiedliche Altersgruppen vor. Zusammen mit dem übernommenen Repertoire stand damit für alle Altersgruppen ein umfangreiches Angebot zur Verfügung, das in den Spielstätten Opernhaus, Puppentheater, Kammer und Schaufenster des neuen Theaters zur Aufführung kam. Einen unverzichtbaren Platz im Spielplan nahm wiederum der Thalia Fasching in der alten Spielstätte des Thalia Theaters ein. Insgesamt erreicht die Thalia Sparte 38.325 Besucher. Die Premieren erreichten folgende Auslastungen „Tom Sawyer“ 92,09 %, „Mein ziemlich bester Freund Walter“, mittlerweile vom renommierten Kinder und Jugendfestival „Augenblick Mal“ als Eröffnungsproduktion eingeladen, 95,14 %, „Djihad Paradise“ 78,85 %. Außerdem konnte die Inszenierung „Die Schneekönigin“, die im Saal der Oper zur Aufführung kam, nahtlos an den großen Erfolg des Vorjahres „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ anschließen und erreicht eine Auslastung von 85,44 %.

Nicht mehr aus dem Angebot des Thalia Theaters wegzudenken ist der Fasching in der alten Spielstätte des Thalia Theaters, der in diesem Jahr unter dem Motto „Auf der Suche nach Atlantis – Die fantastische Welt der Meere“ stand und voll ausgelastet war, so dass wegen der großen Nachfrage eine Vorstellung mehr angesetzt werden musste.

Außerdem gab es in der Spielzeit 2015/2016 wieder eine Kinderstadt auf der Peißnitz. Das erfolgreiche Format setzte sich auch hier fort und es wurden 11.586 Besucher gezählt.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01. August 2015 bis 31. Juli 2016 sah der Wirtschaftsplan der GmbH Umsatzerlöse in Höhe von 3.342 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres sind Umsatzerlöse von 3.571 T€ mithin also Mehrerlöse von 229 T€ erwirtschaftet worden.

Zugleich liegt dieses Ergebnis um 119 T€ höher als das Ist des Vorjahres, in dem 3.287 T€ erwirtschaftet wurden. Die Eintrittspreise wurden zum 01. August 2015 um durchschnittlich 2 € erhöht

Detailliert betrachtet stellt sich die Entwicklung der Umsatzerlöse wie folgt dar:

	Ist 2012/2013 in €	Ist 2013/2014 in €	Ist 2014/2015 in €	Ist 2015/2016 in €
Einnahmen Kartenverkauf	2.186.423,00	2.524.097,00	2.689.976,86	2.736.760,82
Einnahmen aus Vermietungen/GSP im Haus	96.251,00	99.213,00	109.410,64	102.269,88
Erlöse aus Gastspielen	1.148.225,00	540.563,00	514.321,16	589.432,74
sonst. Theatereinnahmen	11.772,00	48.279,00	36.335,00	27.529,92
Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb	3.442.671,00	3.212.152,00	3.350.043,66	3.455.993,36
Ticket- und Vorverkaufsgebühren	17.007,00	20.082,00	15.554,23	22.294,46
Programm- und Plakatverkauf	58.331,00	55.024,00	45.248,00	40.111,50
Garderobengebühren	-	-	41.468,00	52.781,95
Führungen, Erstattungen	-	-	3.184,86	0,00
Sonstige Umsatzerlöse gesamt	75.338,00	75.106,00	105.455,09	115.187,91
Umsatzerlöse gesamt	3.518.009,00	3.287.258,00	3.455.498,75	3.571.181,27

In den einzelnen Sparten entwickelten sich die Erlöse wie folgt:

Erlöse aus Theaterbetrieb	Plan	Ist	Plan	Ist
	2014/2015	2014/2015	2015/2016	2015/2016
Oper	1.312.100,00	1.328.874,00	1.400.236,00	1.412.559,09
Staatskapelle	700.000,00	803.180,00	702.525,00	687.558,20
neues theater	587.615,00	626.535,91	652.788,00	701.096,96
Puppentheater	234.920,00	207.705,08	260.029,00	341.156,06
Thalia Theater	184.938,00	366.573,00	191.288,00	305.278,96
Spartenübergreifend	-	17.176,00	-	8.344,09
gesamt	3.019.573,00	3.350.043,99	3.206.866,00	3.455.993,36

Von den sonstigen Theatereinnahmen in Höhe von 33 T€ sind 21 T€ direkt den Sparten zugeordnet.

In der **Oper** erhöhten sich die Einnahmen sowohl aus Kartenverkauf als auch aus den Gastspielen.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
Großer Saal	133	53.841	1.134.415,93	21,07
Operncafé	26	1.434	19.417,30	13,54
Vermietungen/GSP im Haus	26	6.064	28.308,31	-
Gastspiele	16	5.390	181.000,00	33,58
sonstige Spielstätten	42	4.451	40.349,63	-
theaterpäd., sonst. Besuche	53	5.608		
sonstige Theatereinnahmen			9.067,92	-
	296	76.788	1.412.559,09	

Die durchschnittlichen Einnahmen je Besucher beliefen sich 2015/2016 im großen Saal der Oper auf 21,07 €. Im Vorjahr betragen sie 18,03 €.

Bei der **Staatskapelle** verminderten sich die Erlöse aus dem Konzertbetrieb im Vergleich zum Vorjahr von 803 T€ um 115 T€ auf 688 T€. Es fanden im Vergleich zum Vorjahr 10 Gastspiele weniger statt. Die Einnahmen aus Gastspielen sanken demzufolge um 81 T€. Auch bei den Konzerten in Halle war ein Rückgang zu vermerken. Die durchschnittlichen Erlöse aus den realisierten Konzerten in Halle betragen 12,25 €.

Spielort	Konzerte	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
Halle	99	39.708	486.344,68	12,25
Gastspiele	35	21.892	192.442,55	8,79
theaterpäd., sonst. Besucher	23	2.733	-	
sonstige Theatereinnahmen			8.770,97	-
gesamt	157	64.333	687.558,20	

Im **neuen theater** erhöhten sich die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr von 626 T€ um 75 T€ auf 701 T€.

Die Ist-Erlöse schlüsseln sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Großer Saal	129	26.626	382.249,59	14,36
Kammer	104	10.937	128.092,92	11,71
Hof	23	7.485	53.445,54	7,14
Schaufenster	25	1.233	9.976,16	8,09
Vermietungen/GSP im Haus	56	6.697	63.635,46	-
Gastspiele	3	852	39.415,00	-
sonst. Spielstätten	25	1.409	24.282,29	17,23
theaterpäd., sonst. Besucher	34	5.313	-	
sonstige Theatereinnahmen				-
gesamt	399	60.552	701.096,96	

Die Erhöhung der Einnahmen beruht zum einen auf der Erhöhung der Eintrittspreise, zum anderen auf der guten bis sehr guten Auslastung im neuen theater. Der in dieser Spielzeit wieder durchgeführte Silvesterball und die Jubiläumsgala zum 35. Bestehen des neuen theaters trugen entscheidend zur Verbesserung der Einnahmen bei.

Das **Puppentheater** konnte vor allem durch die internationale Tournee „Das Bauchrednertreffen“ seine Einnahmen aus Gastspielen enorm erhöhen. Die Einnahmen aus Kartenverkauf konnten ebenfalls gesteigert werden.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Dock 1/2	139	11.681	135.555,90	11,60
Gastspiele	66	14.664	176.575,19	12,04
sonstige Spielstätten	8	1.575	19.386,50	
theaterpäd., sonst. Besucher	12	560		-
Vermietung/GSP im Haus	21	1.077	9.638,47	
sonstige Theatereinnahmen				-
gesamt	246	29.557	341.156,06	

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Einnahmen aus Gastspielen um 132 T€ und die Einnahmen aus dem Kartenverkauf um 6 T€.

Für die Sparte **Thalia Theater** sind die Einnahmeergebnisse weiterhin als außerordentlich positiv anzusehen. Obwohl die Einnahmen aus dem Vorjahr mit 64 T€ unterschritten wurden, lagen sie mit 305 T€ weit über dem Planansatz von 191 T€, trotz gesunkener Vorstellungszahlen. Grund hierfür sind vor allem die Inszenierungen „Fame“ und „Die Schneekönigin“ in der Oper sowie die alle zwei Jahre stattfindende Kinderstadt. Das Ergebnis schlüsselt sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Saal Oper	31	13.834	196.197,92	14,18
Abstecher	4	292	1.460,00	5,00
Dock	11	852	3.229,37	3,79
Kammer	29	3.090	15.570,68	5,04
Schaufenster	53	2.702	13.741,69	5,09
Puschkinhaus	16	5.066	31.856,42	6,29
Kinderstadt	25	11.825	40.537,30	3,43
sonstige Theatereinnahmen				
theaterpäd., sonst. Besucher	11	664	2.685,58	
gesamt	180	38.325	305.278,96	

Außerdem wurden spartenübergreifend 3.049 sonstige Besucher erreicht.

Neben den Erlösen aus eigenen Umsätzen waren für das Geschäftsjahr 2015/2016 **sonstige betriebliche Erlöse** in Höhe von 321 T€ geplant. Im Ergebnis des Geschäftsjahres steht ein Ist in Höhe von 552 T€.

Dies setzt sich wie folgt zusammen:

Spenden, Fördergelder Projekte	172.800,00 €
sonstige Zuschüsse, Sponsoring	64.210,08 €
Mieten Wohnungen und Geschäftsräume	77.350,33 €
Anzeigen	20.340,00 €
Auflösung Sonderposten	77.311,60 €
Kostümverleih/-verkauf	12.789,99 €
sonstige Erträge	24.400,51 €
Erträge aus Mietnebenkosten	32.334,86 €
Erstattung Mutterschaft und SV	47.102,61 €
erhaltene Skonti	8.208,78 €
Auflösung Rückstellungen	14.660,28 €

551.509,04 €

Bei den Fördergeldern und Spenden in Höhe von 173 T€ handelt es sich um Projektförderungen für die Kinderstadt, das Ballett „Lulu“, „Das Bauchrednertreffen“, „Der Schwan mit der Trompete“ sowie für das theaterpädagogische Projekt „Fremde Heimat“. Die entsprechenden Ausgaben spiegeln sich sowohl im Materialaufwand als auch in den sonstigen betrieblichen Ausgaben wieder. Die sonstigen Zuschüsse in Höhe von 64 T€ betreffen Sponsoring für den Fasching und die Unterstützung des Kinder- und Jugendchores der Oper durch den Förderverein der Oper.

Der am 25. Juni 2014 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2015/2016 einen Zuschuss von 29.752 T€ vor. Da die Maßnahmen des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes, insbesondere die personellen Anpassungen aufgrund der Bindungen der Haustarifverträge erst langfristig ihre Wirkung entfalten, besteht seitens der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mittelfristig ein zusätzlicher Zuschussbedarf, um die Zahlungsfähigkeit zu sichern. Diese einmaligen Zuschusszahlungen sind durch die Stadt Halle zu erbringen. Für das Geschäftsjahr 2015/2016 handelte es sich hierbei um einen Betrag von 2.083 T€. Außerdem sah der Wirtschaftsplan einen Zuschuss zur Dynamisierung von der Stadt und vom Land in Höhe von jeweils 165 T€ vor.

	Plan	in €	Ist
Umsatzerlöse	3.342.000,00		3.571.181,27
sonstige betriebliche Erträge	321.000,00		551.509,04
Zuschuss Stadt/Land	29.751.600,00		29.751.600,00
Zuschuss Stadt Liquidität	2.083.000,00		2.083.000,00
Zuschuss Dynamisierung	329.117,00		329.117,00
Zwischensumme	35.826.717,00		36.286.407,31
Zinserträge			130,76
Gesamtsumme Erträge	35.826.717,00		36.286.538,07

Von den Zuschüssen zur Dynamisierung sind zum Stichtag 282 T€ geflossen. Grund hierfür ist der durch das Haushaltsjahr der Stadt Halle abweichende Zahlplan. Der Restbetrag in Höhe von 47 T€ ist als Forderung eingestellt.

Die Aufwendungen stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

	Plan	in €	Ist / €
Materialaufwand	3.420.000,00		3.599.075,48
davon bezogenes Material	770.000,00		786.105,49
davon bezogene Leistungen	2.650.000,00		2.812.969,99
Personalkosten	29.240.262,00		29.613.171,70
Abschreibungen	1.356.000,00		1.437.409,84
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.590.000,00		2.750.664,16
Zwischensumme	36.606.262,00		37.400.321,18
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.000,00		-
sonstige Steuern	-		6.882,50
Zinsaufwand	-		571,38
Gesamtsumme	36.626.262,00		37.407.775,06

Die Mehraufwendungen in Höhe von 1.078 T€ resultieren aus nicht geplanten Kosten für Projekte (139 T€), die sich sowohl im Materialaufwand als auch in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wiederfinden und über Fördergelder und Spenden gedeckt sind. Budgetüberschreitungen gab es außerdem im Bereich Mieten Spielstätten (56 T€). Bei den Abschreibungen wurde im Planansatz die Auflösung des Sonderpostens berücksichtigt, im Ist jedoch als Ertrag gebucht. Ein weiterer Kostenfaktor war die Nachzahlung der Mieten für das Kulissenlager in der Herbert-Post-Straße. Hier kam eine in dem Mietvertrag vom 29. Januar 2015 festgelegte Klausel zum Tragen, nach der für den Zeitraum vom 01. Oktober 2010 bis zum 30. April 2014 der Betrag von 135 T€ fällig wird, wenn keine Einigung zwischen dem Ministerium für Finanzen und der Stadt Halle zustande kommt.

Im Einzelnen stellt sich die Kostenentwicklung wie folgt dar:

Materialaufwendungen	Plan in €	Ist in €
	2015/2016	31.07.2016
Neuinszenierungen	475.000,00	517.246,52
laufende Inszenierungskosten	129.500,00	150.275,27
Werkstätten	22.800,00	29.822,45
Ballettschuhe	12.000,00	12.087,43
Veranstaltungen	0,00	18.648,00
Zwischensumme	639.300,00	728.079,67
zzgl. Projekte	0,00	58.026,00
bezogenes Material gesamt	639.300,00	786.105,67
Instrumentenreparatur/Stimmungen	131.000,00	163.052,17
Honorare inkl. Reisekosten und Übernachtung	1.910.000,00	1.679.950,00
Urhebergebühren/Notenleihe	419.000,00	445.378,00
Miete Spielstätten	160.000,00	216.957,08
Feuerwache	73.000,00	61.381,20
Gastspiele	87.000,00	106.865,78
Zwischensumme	2.780.000,00	2.673.584,23
zzgl. Projekte	0,00	139.384,36
bezogene Leistungen gesamt	2.780.000,00	2.812.968,59
Materialkosten gesamt	3.419.300,00	3.599.074,26

Die mit 3.419 T€ geplanten **Materialkosten** sind bei einem Ist von 3.599 T€ um 180 T€ überschritten worden. Dies resultiert vor allem aus den Ausgaben für Projekte, die im Wirtschaftsplan nicht erfasst waren, da die Anträge bei den Fördergeldgebern noch nicht bestätigt waren und die im Ist durch die Fördergelder gedeckt sind. Außerdem gab es Überschreitungen bei den Mieten Spielstätten und den Instrumentenreparaturen. Die nicht geplanten spartenübergreifenden Veranstaltungen betreffen vor allem das Projekt Industriegebietskinder im Gasometer. Hier reichten die Fördermittel nicht zur Deckung der Kosten aus. Künftig müssen solche Projekte im Vorfeld genauer kalkuliert werden.

Für Neuinszenierungen sind 2015/2016 folgende Mittel eingesetzt worden:

	gesamt		Bühnenbild		Kostüme		Maske/Requisite/Technik	
	Plan	Ist 31.7.	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€	€	€
Oper	310.000,00	286.449,00	226.000,00	192.379,40	62.000,00	62.281,59	13.300,00	28.787,82
nt/Thalia	140.000,00	177.256,97	88.000,00	120.965,84	23.000,00	26.660,80	29.000,00	29.324,92
Puppentheater	35.000,00	53.271,47	31.000,00	41.176,86	1.000,00	5.073,80	1.000,00	2.597,71
gesamt	485.000,00	516.977,44	345.000,00	354.522,10	86.000,00	94.016,19	43.300,00	60.710,45

In den Gesamtaufwendungen von 516.977 € für Neuinszenierungen sind Aufwendungen für Textbücher in Höhe von 1.612 € enthalten.

Bei der Planung der **Personalaufwendungen** für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 ist von einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 486 Mitarbeitern ausgegangen worden. Durch den Haustarifvertrag der Musiker und individuell abgeschlossene Teilzeitverträge mit einem großen Teil der Mitarbeiter aus den zentralen Bereichen ab dem 01. August 2015 wurden die Vergütungen abgesenkt und es waren 452 Mitarbeiter zu finanzieren. Ausgehend hiervon hatte die Hochrechnung eine Plansumme für 2015/2016 in Höhe von 29.241 T€ ergeben.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2015/2016 werden Kosten für Personalaufwendungen in Höhe von 29.613 T€ ausgewiesen. In dieser Summe sind Honoraraufwendungen in Höhe von 661 T€ enthalten, die nicht unter Personalkosten, sondern als bezogene Leistungen geplant wurden. Ohne diese Kosten für Gäste liegt das Ist der Personalkosten bei 28.952 €. Bei dieser Summe ist allerdings zu beachten, dass hierin die aufwandswirksame Veränderung von Rückstellungen in Höhe von 195 T€ enthalten ist. Die realen Personalaufwendungen betragen 29.147 T€ und liegen damit im Plan.

Die Personalkosten schlüsseln sich wie folgt auf die Sparten und Bereiche auf:

	lt. Wipla	Ist
Geschäftsführung	158.823,00 €	162.653,85 €
Staatskapelle	10.910.595,00 €	10.750.076,29 €
Oper	4.255.277,00 €	4.128.630,56 €
Ballett	1.054.619,00 €	1.054.953,33 €
Schauspiel	2.479.874,00 €	2.590.742,79 €
Puppentheater	646.763,00 €	650.579,64 €
Zentraler Bereich	9.496.311,00 €	9.577.021,75 €
sonstige	23.000,00 €	- €
Beiträge Berufsgen.	85.000,00 €	70.357,02 €
Statisten	130.000,00 €	162.085,58 €
abhängig Beschäftigte		660.672,59 €
Saldo Rückstellungen	-	194.601,70 €
	29.240.262,00 €	29.613.171,70 €

In der Spielzeit 2015/2016 konnten mit weiteren 8 Personen Aufhebungsverträge geschlossen werden. Die gezahlten Abfindungen konnten über die Gelder aus den im Strukturanpassungskonzept für Abfindungen gebildeten Rückstellungen finanziert werden und wurden auf Antrag von der Stadt Halle ausgezahlt.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

in €	Wipla 15/16	Ist 31.07.2016	Abweichung
Werbung	330.000,00	320.363,40	9.636,60
Instandhaltung/Wartung/Arbeitsschutz	355.000,00	349.393,49	5.606,51
Bewachung	135.000,00	147.771,09	- 12.771,09
Reinigung/Abfallentsorgung	300.000,00	337.802,76	- 37.802,76
Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom)	665.000,00	597.920,02	67.079,98
Fahrzeuge	55.000,00	47.374,04	7.625,96
Versicherungen/Beiträge	210.000,00	217.479,96	- 7.479,96
Mieten	35.000,00	44.009,08	- 9.009,08
Verwaltung	380.000,00	355.024,13	24.975,87
	<u>2.465.000,00</u>	<u>2.417.137,97</u>	<u>47.862,03</u>
Zwischensumme	2.465.000,00	2.417.137,97	47.862,03
zzgl. Projekte (Verwaltungskosten etc.)	-	53.886,81	- 53.886,81
	<u>2.465.000,00</u>	<u>2.471.024,78</u>	<u>- 6.024,78</u>
periodenfremde Aufwendungen		179.168,90	- 179.168,90
Sonstige (u.a. Leasingraten)	110.000,00	100.470,48	9.529,52
Neutrale Aufwendungen	110.000,00	279.639,38	- 169.639,38
Gesamt:	<u>2.575.000,00</u>	<u>2.750.664,16</u>	<u>- 175.664,16</u>

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen weisen in der Gesamtheit Mehrkosten gegenüber dem Plan von fast 176 T€ aus. Diese rekrutieren sich vor allem aus periodenfremden Aufwendungen, hier vor allem aus einer Mietnachzahlung für das Lager in der Herbert-Post-Straße.

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2015/2016 einen Verlust in Höhe von 499.000 € vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres ist ein Verlust in Höhe von 1.121.235,99 € entstanden.

4. Investitionen

Ort	Maßnahme	Plan €	Ist €	Rest €
Oper	Brandschutztüren	20.000,00	18.269,69	1.730,31
	Aufzugssteuerung	20.000,00	6.025,71	13.974,29
	Tontechnik	25.000,00	27.718,80	-2.718,80
	Mischpult Ton	30.000,00	27.419,20	2.580,80
	Rauchklappen Bühnenturm	25.000,00	3.064,82	21.935,18
	Klimaanlage Zuschauerhaus	188.000,00	211.951,21	-23.951,21
	Frequenzumrichter Bühne	20.000,00	16.100,39	3.899,61
	Gastroausstattung	10.000,00	13.758,53	-3.758,53
	Maschinen/Geräte/Betriebsaus	40.000,00	38.364,97	1.635,03
	Veranstaltungstechnik	30.000,00	27.704,77	2.295,23
	Raubühne	30.000,00	41.217,84	-11.217,84
	Westfassade			28.025,38
	Summe	438.000,00	459.621,31	-21.621,31
Staatskapell	Instrumente und Anlagegegen	13.000,00	10.530,00	2.470,00
	Schließanlage	12.000,00	11.724,64	275,36
	Summe	25.000,00	22.254,64	2.745,36
Kulturinsel	Lichtpult szenische Beleuchtung	50.000,00	49.829,82	170,18
	Brandfallsteuerung	10.000,00	0,00	10.000,00
	Klima/Heizung, Steuerung Anp	20.000,00	17.835,01	2.164,99
	Schließanlage	10.000,00	9.825,37	174,63
	USV/Bühnenboden/Bodeneinla	25.000,00	13.059,89	11.940,11
	Summe	115.000,00	90.550,09	24.449,91
Zentraler	EDV-Ersatz Hardware/Software	30.000,00	30.054,67	-54,67
	Summe	30.000,00	30.054,67	-54,67
	Gesamt	608.000,00	602.480,71	5.519,29

Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2015/2016 Investitionen in Höhe von 450 T€ vor.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 26. Januar 2016 wurde der Plan um 158 T€ erhöht, um die defekte Klimaanlage im Großen Saal der Oper zu ersetzen und die Spielfähigkeit zu gewährleisten. Da der Ersatz durch Nachrüstungen teurer als geplant wurde, musste in anderen Bereichen eingespart werden bzw. Maßnahmen verschoben werden.

5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31. Juli 2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Juli 2016 auf 25.742 T€, das Stammkapital (25 T€) wird zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen. Die Kapitalrücklage (27.074 T€) wird in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel belaufen sich am Ende des Geschäftsjahres 2015/2016 auf 2.992 T€. Hierin ist der Zuschuss für den Monat August 2016 in Höhe von 2.479 T€ bereits enthalten. Die um diesen Betrag und einem Verwahrgeldkonto bereinigte Liquidität betrug damit per 31. Juli 2016 266 T€.

Dieser Kontostand steht für die erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten, die bei der Gesellschaft in dieser Spielzeit immer wieder auftraten und nur mit großen Mühen abgefangen werden konnten.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind im Anhang erläutert.

7. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Betrieb von kulturellen Einrichtungen ist dauerdefizitär und bedarf einer dauernden finanziellen Zuwendung. Risiken bestehen vor allem darin, dass bei weiterer konsequenter Umsetzung des Personalabbaus die geforderten Leistungskennzahlen aus dem Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept (vor allem Besucherzahlen) nicht erreicht werden können. Eine weitere Reduzierung des Personals, vor allem in den technischen Gewerken, gefährdet den reibungslosen Ablauf des Spielbetriebes. Hier wird die neue Geschäftsführung vor große Herausforderungen gestellt. Um eine finanzielle Konsolidierung der Gesellschaft bereits 2017 erreichen zu können, ist eine Umwidmung von Teilmitteln aus dem durch Stadt und Land zur Verfügung gestellten Abfindungsfonds unabdingbar, da sich andernfalls bereits im laufenden Wirtschaftsjahr 2017 eine Unterdeckung der finanziellen Mittel in Höhe von ca. 1,59 Mio € für den Geschäftsbetrieb ergeben würde. Demgemäß sind die begonnenen Gespräche mit dem Land zu einer Revision des geltenden Zuwendungsvertrages zwischen Stadt und Land über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH noch im 1. Halbjahr 2017 abzuschließen. Sollte die Umwidmung der Strukturmittel in Liquiditätsmittel in der angegebenen Größenordnung in diesem Jahr nicht gelingen, droht die Zahlungsunfähigkeit der GmbH.

8. Sonstige Angaben

Mit dem 01. August 2016 stellt die Gesellschaft ihr Geschäftsjahr auf das Kalenderjahr um. Das heißt, dass es vom 01. August 2016 bis zum 31. Dezember 2016 ein Rumpfgeschäftsjahr geben wird. Ab dem 01. Januar 2017 wird dann das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr gleichgestellt. Hier ergeben sich vor allem im Bereich der Finanzen eventuell Verbesserungen, da der Abgleich der Zahlen mit dem Träger und verschiedenen Ämtern und Behörden verbessert werden kann.

Außerdem hat ab dem 01. August 2016 Stefan Rosinski als neuer Geschäftsführer sein Amt angetreten. Der bisherige Geschäftsführer, Rolf Stiska steht der Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung. Herr Rosinski wird dann die schwierige Aufgabe übernehmen, die Gesellschaft weiterhin gemäß den Vorgaben des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes zu führen.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Müller, Dennis
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard
		Bohm-Eisenbrandt, Ann-Sophie (bis 02.09.2016)
		Helmich, Dennis (seit 02.09.2016)
		Hopfgarten, Klaus
		Müller, Katja
		Sänger, Frank

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt.

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	2	2

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	20.996	91	22.387	96	24.026	97	-1.391	-6
Umlaufvermögen	2.071	9	916	4	628	3	1.155	126
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0	21	0	17	0	3	14

Bilanzsumme	23.091	100	23.324	100	24.671	100	-233	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.465	24	4.232	18	3.995	16	1.233	29
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	7.469	33	8.304	36	9.140	37	-835	-10
Sonderposten für Investitionszuschüsse	9.498	41	9.720	42	10.588	43	-222	-2
Rückstellungen	325	1	739	3	652	3	-414	-56
Verbindlichkeiten	264	1	284	1	251	1	-20	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	70	0	45	0	45	0	25	56

Bilanzsumme	23.091	100	23.324	100	24.671	100	-233	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.164	1.639	1.627
sonstige betriebliche Erträge	5.384	5.653	5.162
Materialaufwand	1.056	994	997
Personalaufwand	3.312	3.178	2.991
Abschreibungen	1.841	1.858	1.764
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.095	989	772
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29	27	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		247	257
Ergebnis nach Steuern	1.217		
sonstige Steuern	-16	11	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.233	236	247
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.233	236	247

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:	38,97	14,43	15,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	29,14	5,92	6,58	%
Cash-Flow:	3.074	2.094	2.011	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	76	71	T€
Personalaufwandsquote:	38,74	43,59	44,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,83	95,97	97,37	%
Eigenkapitalquote:	23,67	18,14	16,19	%
Fremdkapitalquote:	76,33	81,86	83,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Besucher	409.632,00	328.733,00	331.425,00	Anzahl
Tierbestand	1.824,00	1.976,00	1.934,00	Anzahl

e) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in der durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegten Parkanlage, hat sich der Zoo von einer klassischen Menagerie längst in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner vergleichsweise geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.700 Tiere in ca. 250 Arten in überwiegend nach zootechnischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und attraktiv zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.055 knapp 60 % des Aufwandes für die Gesellschaft trägt, andererseits die Gesellschaft über die Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirläden, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, weitere 30 % Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet. In diesem Kontext ist in der Vergangenheit bereits mehrfach auf die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Entwicklung des räumlichen Umfeldes und der Besucherentwicklung in den Zoologischen Gärten des deutschsprachigen Raumes hingewiesen worden.

Die in den letzten drei Jahren zu verzeichnende Entwicklung beim Reallohnindex findet, ohne die speziellen Faktoren der jeweiligen Einrichtung zu vernachlässigen, auch in den Besucherzahlen und den Finanzergebnissen ihren Niederschlag. Die Tatsache, dass sich die Zahlen am Arbeitsmarkt in Halle im Jahr 2016 gegenüber 2015 ebenfalls leicht verbessert haben, bekräftigt die Gesamtsituation. Ungeachtet dieser positiven Aussagen ist auch weiterhin davon zu berichten, dass der demografische Wandel der Gesellschaft, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffend, auch in den kulturellen Einrichtungen mehr und mehr bemerkbar sein wird. Insbesondere sinkende Geburten könnten sich nachhaltig verschlechternd auf die Besucherzahlen der Gesellschaft auswirken, denn gerade junge Familien sind die wesentliche Zielgruppe der Zoologischen Gärten. Die Steigerung des Anteils der sich im Ruhestand befindenden Bevölkerung – eine andere Zielgruppe für Zoos – wird diesen Effekt wohl auch aufgrund der geringeren Kaufkraft dieser Bevölkerungsgruppe nicht kompensieren können. Positiv in diesem Zusammenhang ist jedoch die weiterhin steigende Einwohnerzahl in Halle von knapp 4 % in den letzten fünf Jahren, da mehr als 40 % der gelösten Tagestickets und knapp 90 % der gelösten Jahreskarten an Hallenserinnen und Hallenser verkauft wurden.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ist nicht nur durch sich ständig verschärfende Haltungsanforderungen notwendig, sondern ist auch der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau im Tierbereich des Zoos nahezu zehn Jahre zurück. Der Bau neuer Tieranlagen, die regelmäßige Renovierung und Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur so kann es gelingen, Stammbesuchern immer wieder Anreize zu bieten, ihren Bergzoo neu zu entdecken und interessierte Besucher aus ganz Deutschland erstmalig in den Zoo zu locken. Beides ist notwendig, um die Besucherzahlen langfristig zu halten. Eine Steigerung der Besucherzahlen ist jedoch nur durch Investitionen zur Erhöhung der Gesamtattraktivität des Zoos realisierbar. Dies ist auch zwingende Voraussetzung, um das Ziel der Stadt Halle (Saale), den Zoo als überregionales Aushängeschild zu etablieren, zu erreichen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2016 war nach dem Übergangsjahr 2015 das erste Jahr, in dem der Geschäftsführer und Zoodirektor, Dr. Dennis Müller, sein Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ weiter entwickeln konnte und die künftige Umsetzung befördert hat. Neben einer intensiven, strategischen Ausrichtung und Planung war das Jahr auch von einer intensiven Tätigkeit im operativen Geschäft geprägt. Schwerpunkte bildeten hierbei die Umbauarbeiten der Känguranlage zu einem Tiergehege für Rote Pandas und Muntjaks als erster Teil im künftigen Themenbereich „Himalaya“, die Unterbringung eines Braunbären auf Zeit, um den Gehegebau in einer anderen zoologischen Einrichtung zu ermöglichen, sowie der Umbau des Pferdehauses zu einer Anlage für Bergzebras in Gemeinschaftshaltung mit Blessböcken, der durch Spendengelder aus dem Verein der Förderer und Freunde des halleschen Bergzoo e.V. ermöglicht wurde.

Neben diesen im zoologischen Bereich sichtbaren Veränderungen kam es zu einer Verbesserung in der gastronomischen Versorgung der Zoobesucher. Zum 1. Januar 2016 erfolgte die Verpachtung der zwei Objekte Bergterrassen und Kolonaden an die Reiche Group. Im Ergebnis dieser Entscheidung hat sich die Versorgungssituation deutlich verbessert, auch durch zusätzlich dezentral angeordnete Versorgungspunkte im Gelände. Die verbesserte Versorgung, die deutlich besseren Pachtbedingungen im Vergleich zum ehemaligen Zoopächter sowie der starke Besucherzuwachs (siehe unten) gingen mit einer erheblichen Steigerung der Einnahmen aus der Verpachtung der Gastronomie von TEUR 48 im Jahr 2015 auf TEUR 160 im Jahr 2016 einher.

Deutlich überstrahlt wurde das Jahr jedoch von der Geburt zweier afrikanischer Elefanten – eine zoologische Weltsensation. Diese Jungtiere bildeten den absoluten Höhepunkt im Zoojahr 2016 und bescherten der Gesellschaft ein besonders gutes Besucherergebnis: so konnten im Jahresverlauf 409.000 Gäste begrüßt werden! Dabei handelt es sich um einen Rekord seit der politischen Wende. Die bereits guten Besucherzahlen der beiden vergangenen Jahre (jeweils um 330.000) konnten noch einmal deutlich übertroffen werden. Die gute werbliche Verbreitung dieser Ereignisse führte dazu, dass sich die Besucherstruktur hinsichtlich des Einzugsgebietes veränderte und erstmalig mehr Gäste aus dem weiteren Umfeld des Zoos zu begrüßen waren.

Eine Änderung der Zoeeintrittspreise fand zum Saisonbeginn statt. Dabei wurden die Preise für Tagestickets um jeweils EUR 1 angehoben (Familienkarten entsprechend), die Preise für Jahreskarten indes deutlich gesenkt (20 % - 30 %), um ein attraktives Gegenangebot anzubieten. Aufgrund dieser Preisstruktur wurden deutlich mehr Jahreskarten verkauft. Gab es am 31. Dezember 2015 noch 3.360 aktive Jahreskarten, waren es am 31. Dezember 2017 bereits 5.128 – eine Steigerung um 53 %. Trotz der Reduzierung der Jahreskartenpreise konnte die Gesellschaft das erzielte Umsatzergebnis pro Besucher erhöhen. Wurden im Durchschnitt der Jahre 2011 – 2015 pro Besucher EUR 3,90 Erlöst, waren es im Jahr 2016 pro Besucher EUR 4,73. Dies zeigt, dass die durchschnittlichen Einnahmen pro Besucher, als wichtiges Kriterium der Leistungsbemessung der Gesellschaft bei erhöhtem Besucheraufkommen, auf hohem Niveau stabilisiert werden konnten. Die Umsatzerlöse sind insgesamt um TEUR 959 auf TEUR 3.164 angestiegen. Daneben ist das Jahresergebnis von einem einmaligen Effekt aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 537 beeinflusst. Das Betriebsergebnis ist ebenfalls positiv ausgefallen. Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.233, was einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 997 entspricht. Sowohl das Betriebsergebnis als auch das Jahresergebnis liegen deutlich über den im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr prognostizierten Beträgen. Dies liegt in dem Umstand begründet, dass eine Besuchersteigerung aufgrund der Elefantengeburten in diesem Ausmaß weder erwartet, noch in der Jahresplanung berücksichtigt wurde, da der erfolgreiche Verlauf beider Elefantengeburten sowie die daraus resultierenden Besuchereffekte nicht prognostizierbar waren.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf TEUR 23.091 (Vorjahr: TEUR 23.323). Davon entfallen 90,9 % (Vorjahr: 96,0 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich um TEUR 1.068 im Vergleich zum Vorjahr erhöht und erreichen nun einen Anteil von 8,1 % (Vorjahr: 3,4 %) an der Bilanzsumme. Die Bilanzposition der Rückstellungen hat sich um TEUR 414 verringert. Ursächlich für diese Entwicklung ist im Wesentlichen eine Verringerung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aufgrund des unerwarteten Versterbens eines Pensionsberechtigten im Dezember 2016.

Der Zoologische Garten Halle (Saale) ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale) und konnte seine Bedeutung als Attraktion mit auch überregionaler Anziehungskraft weiter bestätigen. Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden. Der Besucher soll in die Lage versetzt werden, in ferne Welten einzutauchen und Lebensräume als prägende Elemente für die an sie angepasste Tierwelt zu verstehen. Das Thema „Gebirge“ wird als Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Zoolandschaft besonders herausgestellt werden, aber auch der Lebensraum Regenwald – aufgrund seiner Bedeutung für den Klimaschutz und die Biodiversität der Erde im globalen Kontext von herausragender Bedeutung – wird einen Schwerpunkt bilden.

In einer ersten Entwicklungsphase, die bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein soll, sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Der Zoo wird an dieser Seite über einen Erlebnisfahrstuhl in einem zweistöckigen Konzept erschlossen. Die erste Ebene soll mit einem spannenden Kletterspielplatz und einer ansprechenden Café-Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die zweite Ebene gelangt man auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne in den eigentlichen Zoo. Ein besonderes Tiererlebnis, das in dieser Form einmalig in der Zoolandschaft wäre.

Der Zoologische Garten Halle (Saale) hat trotz seiner geringen Größe und seiner betonten Regionalität ein starkes, in der deutschen Zoolandschaft einmaliges, Profil entwickelt. Er ist ein „kleiner, feiner Zoo“, der durch saubere, gut gepflegte Tiergehege und Parkelemente besticht. Die kurzen Wege zwischen den Tieranlagen und den gastronomischen Einrichtungen laden vor allem auch junge Familien mit kleinen Kindern sowie ältere Menschen zum Entdecken und Verweilen ein. Seine trotz der Hanglage nur sanft ansteigenden, serpentinartig angelegten Wege ermöglichen es auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität, beinahe den gesamten Zoo zu erkunden. Ergänzt wird dieses Angebot durch spezielle Einrichtungen für Besucher mit Sehbehinderungen. Im Vordergrund des Tiererlebnisses steht dabei die große Nähe zwischen Besuchern und Bewohnern. Dies wird nicht nur durch den Einsatz von Glas in der Architektur ermöglicht, sondern auch durch die Topografie des Geländes begünstigt. Aufgrund der Hanglage ist es möglich, beinahe alle Anlagen aus unterschiedlichen Perspektiven einzusehen. Schließlich ist der Zoologische Garten Halle (Saale) der einzige Zoo Deutschlands, der auf seiner Fläche einen gesamten Berg umschließt und durch seine Wegführung erlebbar macht. Die fantastischen Ausblicke über Halle (Saale) und das Umland, besonders vom Aussichtsturm aus, rechtfertigen den Titel, Deutschlands einziger Bergzoo zu sein.

Wichtiges Ziel des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ ist es, das bereits bestehende Gesamtprofil des Zoos zu stärken und weiterzuentwickeln. Der Name „Bergzoo Halle“ soll dabei als Trademark fest in der deutschen Zoolandschaft verankert und beworben werden. Der Bergzoo ist ein Zoo für alle Hallenser und neugierige Entdecker aus ganz Mitteldeutschland und verpflichtet sich in besonderer Weise zu der Umsetzung der Bestimmungen der EG-Richtlinie 1999/22 des Rates vom 29. März 1999. Er versteht sich als Freizeit- und Bildungseinrichtung und nimmt seine Verantwortung für den Natur- und Artenschutz nach den Zielvorstellungen der Welt-Zoo-Naturschutzstrategie des Weltverbandes der Zoologischen Gärten und Aquarien aktiv an. Diese Zielsetzung soll durch das Leitmotiv „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ zentrales Thema bei der Zukunftsgestaltung des Bergzoos sein.

Investitionen im Wirtschaftsjahr 2016

Das Jahr 2016 war in seiner Investitionstätigkeit im Wesentlichen von den bereits erwähnten Umbaumaßnahmen geprägt: der Umgestaltung der vormaligen Känguruanlage als Anlage für kleine Pandabären sowie der Umbau des Pferdehauses zur Anlage für Bergzebras und Blesböcke in Gemeinschaftshaltung – beides erste Schritte bei der Realisierung des im Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ verankerten Ziel, die Gehege nach Lebensräumen gegliedert in das Gelände einzubetten.

Das Gesamtvolumen für Investitionen in Höhe von TEUR 454 verteilt sich dabei auf verschiedene kleinere Maßnahmen und Anschaffungen. Für die Umgestaltung der Zebraanlage wurden TEUR 88,2 investiert, für die Pandaanlage TEUR 21,2. Im Wirtschaftsbereich des Zoos wurden der Weg und die Zaunanlage entlang des Wittekindbades für TEUR 77,2 saniert. Investitionen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung, speziell die Errichtung eines modernen Zeiterfassungssystems sowie die Ersatzinvestitionen im IT-Bereich beliefen sich auf TEUR 36,4. Zudem wurden zur Verbesserung der tierärztlichen Versorgung TEUR 37 investiert, hier ist speziell die Anschaffung eines Röntgengerätes zu erwähnen.

Zur praktischen Umsetzung des Zukunftskonzeptes 2031 hat die Gesellschaft eine grundlegende Umsetzungsstudie sowie eine Vorplanung zweier Tieranlagen beauftragt. Diese Kosten von TEUR 141 werden im Rahmen der künftigen Umsetzung auf die einzelnen Objekte verteilt und aktiviert.

Die Gesamtaufwendungen wurden aus dem Investitionszuschuss des Jahres 2016 durch die Stadt Halle in Höhe von TEUR 255,6, dem Förderverein in Höhe von TEUR 79,8 sowie dem Übertrag nicht verbrauchter Mittel des Jahres 2015 getätigt.

Personal- und Sozialbereich

In Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsführer der Gesellschaft und dem Betriebsrat wurde für das Jahr 2016 ein Themenkatalog von Aufgaben für die Jahre 2016 und 2017 erarbeitet, mit dessen Hilfe es möglich ist, bisher teilweise fehlende schriftliche Vereinbarungen über Themen wie Arbeitszeitregelungen, Urlaubsregelung, Arbeitsschutz, Gesundheitsprävention, Suchtprävention, Brandschutz und Verbesserung der Integration von schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu fixieren und als Handlungsgrundlage zu nutzen und weiter zu entwickeln. Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit konnten im Jahr 2016 die Betriebsvereinbarungen „Arbeitszeit“ und „Ausbildung zum Zootierpfleger“ beiderseits unterzeichnet werden. Die Betriebsvereinbarung „Arbeitszeit“ berücksichtigt dabei bereits die Einführung eines Systems zur digitalen Zeiterfassung, das gleichsam im Geschäftsjahr angeschafft und in Betrieb genommen wurde.

Im Jahr 2016 nahmen drei Lehrlinge der Gesellschaft an der Abschlussprüfung zur Ausbildung als ZootierpflegerIn teil und beendeten damit erfolgreich ihre Lehre im Zoo. Es war möglich, eine Absolventin in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Sie besetzt damit im Stellenplan die Stelle einer Mitarbeiterin, die in den Altersruhestand ausschied. Zudem wurden zwei Auszubildende in ein Ausbildungsverhältnis übernommen. Auch die Stelle der Zootierärztin, die Anfang des Jahres aus persönlichen Gründen gekündigt hatte, konnte wiederbesetzt werden. Zudem wurde im Bereich des Marketings der Gesellschaft eine Stelle für Design und das Corporate Identity des Zoos besetzt.

Nachtragsbericht

Bezüglich des Nachtragsberichtes verweisen wir auf Abschnitt F im Anhang des Jahresabschlusses.

Chancenbericht

Im zoologischen Bereich sind ebenfalls große Erfolge zu verzeichnen, allen voran durch die erfolgreiche Geburt und bisherige Aufzucht zweier Kälber bei den afrikanischen Elefanten – eine Weltsensation. Die Attraktivität des Tierbestandes wurde durch neue Arten gesteigert. So erwies sich beispielsweise das Paar kleiner Pandabären als echter Publikumsliebling. Erste Investitionen im Rahmen des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ machten diese zoologischen Neuzugänge möglich. Die Leistung der gastronomischen Versorgung konnte deutlich verbessert werden, gleichzeitig wurden die Erlöse aus der Verpachtung der gastronomischen Nutzflächen erheblich gesteigert. Zudem hatte der Bergzoo eine außerordentlich hohe Medienpräsenz im vergangenen Jahr und konnte Nachrichten wiederholt auch deutschlandweit platzieren. Mit der sukzessiven Umsetzung des Zukunftskonzeptes wird sich diese positive Entwicklung weiter verstetigen.

Risiko- und Prognosebericht

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Gesellschafterin abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen.

Für die Folgejahre werden Einnahmen aus Eintritten von 315.0000 bis 335.000 Besuchern geplant. In der Planung für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Tierseuche entstehen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die Mitarbeiter regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle.

Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die BMA der Stadt Halle (Saale) wird eine regelmäßige Risikoabschätzung vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt.

Die Geschäftsführung geht für das Geschäftsjahr 2017 von Gesamterträgen und einem Ergebnis auf geringerem Niveau des Vorjahres aus, da sich einmalige Effekte des Jahres 2016, wie die Elefantengeburten sowie die Änderung in der Rückstellung für Pensionen, voraussichtlich nicht im gleichen Umfang wiederholen werden.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Lork, Heinrich

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	(seit 15.04.2016 stellv. Vorsitzender)
		Dr. Brock, Inés	
		Geier, Egbert	
		Häder, Denis	(seit 30.03.2016)
		Hintz, Katharina	
		Knöchel, Swen	
		Nagel, Elisabeth	(seit 30.03.2016)
		Scholtyssek, Andreas	

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	11	8	7

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	155	31	149	34	132	31	6	4
Umlaufvermögen	330	67	282	65	283	67	48	17
Rechnungsabgrenzungsposten	8	2	6	1	7	2	2	33

Bilanzsumme	493	100	437	100	422	100	56	13
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	111	23	135	31	123	29	-24	-18
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	29	6	25	6	24	6	4	16
Rückstellungen	343	69	264	60	239	57	79	30
Verbindlichkeiten	10	2	13	3	36	8	-3	-23

Bilanzsumme	493	100	437	100	422	100	56	13
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Gliederung ab 2016 i. d. F. des BilRUG

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	929	924	937
Personalaufwand	796	746	721
Abschreibungen	6	8	19
sonstige betriebliche Aufwendungen	146	153	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	5	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		12	52
Ergebnis nach Steuern	-24		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-24	12	52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2016	2015	2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	-18	20	71	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	103	92	104	T€
Personalaufwandsquote:	85,63	80,74	76,98	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,88	5,77	5,48	%
Eigenkapitalquote:	22,53	30,89	29,17	%
Fremdkapitalquote:	77,47	69,11	70,83	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2016 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2015 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2015 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2017 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2015 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2015 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum sechsten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2015 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2014 blieben die Wertansätze nahezu unverändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Weiterführung der Auslagerung und Digitalisierung von Gesellschafterakten

Die teilweise **Auslagerung** des papiergebundenen Archivs in angemietete Räumlichkeiten des Konzerns der Stadt ist insbesondere für Unterlagen aus der Zeit vor Gründung der BMA **weitergeführt** worden.

Mit der **Digitalisierung** der auszulagernden Gesellschafterakten wird vom Arbeitsplatz aus ein schneller elektronischer Zugriff ermöglicht. Alle Dokumente sind mit einer OCR-Texterkennung versehen worden, so dass über die Funktion „Schlagwort-Suche“ schnelle Ergebnisse für Recherchen erzielt werden.

7. Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio spiegelbildlichen Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-) Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2017** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung eines Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt,

- bei den **Halleschen Bühnen** durch Mitwirkung bei der Suche nach einem neuen Opern-Intendanten, der Lösung einer personalwirtschaftlichen Handlungsblockade, der Neubesetzung der Geschäftsführer-Position und Unterstützung bei der Einarbeitung des neuen hauptamtlichen Geschäftsführers,
- beim **Zoo** bei der Findung des neuen Geschäftsführers und durch einen Systematisierungsvorschlag zur strategischen Neuausrichtung mit seinen konzeptionellen Eckdaten,
- bei der **Stadion Halle Betriebs GmbH** durch die Begleitung der Umsetzung einer Rekommunalisierung der Gesellschaftsanteile,
- bei der **Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH** (SMG) durch die Vorlage eines Strukturierungsschemas der konkreten Handlungsfelder und durch die Moderation des Willensbildungsprozesses in der Gesellschafterversammlung der SMG über die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Gesellschaft nebst Mitwirkung bei der strukturierten Überarbeitung des Tourismuskonzeptes,
- bei der **ARGE SGB II** durch die Konzeption gesellschaftsrechtlicher Maßnahmen im Rahmen des Liquidationsverfahrens,
- beim **Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH** durch Unterstützung der Entscheidungsfindung in Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei den **Gründerzentren** TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH und die Bio-Zentrum Halle GmbH im Hinblick auf die Sicherung eines geordneten Generationswechsels in der Geschäftsführung und auf die Entwicklung eines Strategiekonzeptes, das strukturiert aus dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) abgeleitet wird,
- bei der **Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH** durch Mitwirkung bei der Neubesetzung der Geschäftsführer-Position und
- bei der **Saalesparkasse** mit einer Analyse über ihre Leistungsfähigkeit und mit einem Impuls-Vortrag zu einer Einbindung des Kreditinstitutes in den Konzern Stadt Halle (Saale).

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** und dem **Wirtschaftsbeirat** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- durch die Erarbeitung und Abstimmung einer Vereinbarung über die **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt sowie
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus, Jobcenter**).

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf den erdienten Gehaltsansprüchen des amtierenden Vorstandes aus seinem Dienstvertrag. Aufgrund der Teilzeit-Vereinbarung werden die in der Aktivphase erarbeiteten Gehaltskomponenten ratierlich über den gesamten Vertragszeitraum (inkl. Passivphase) ausgezahlt.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig beschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresverlustes 2016 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr verringert.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und den Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2016 die zur Finanzierung der Anstalt im Wirtschaftsjahr geleisteten städtischen Transferzahlungen überstiegen. Der Jahresverlust in Höhe von 24 TEUR fiel niedriger aus als geplant (Vorjahr: nicht verwendete Transferzahlungen in Höhe von 12 TEUR).

Betriebskostenzuschüsse hat die Anstalt wie im Vorjahr in Höhe von 913 TEUR erhalten.

Die **Kostenstruktur** ist im Vergleich mit Dienstleistungsunternehmen marktüblich. Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 17 % (Vorjahr: 19 %).

Der Anstieg der **Personalkosten** beruht im Wesentlichen auf der **individualvertraglichen** Anpassung der Gehälter ab dem 1. Juli 2016 für alle Mitglieder der Belegschaft.

Nach dem vom Verwaltungsrat beschlossenen **Vergütungssystem** wirkt sich die Verlängerung des Anstellungsvertrages mit dem amtierenden Vorstand bei gleichzeitiger Gehaltserhöhung aus.

Zur Erfüllung des **Abstandsgebotes** im Verhältnis zur Vorstands-Vergütung wird die Angleichung der Gehälter auf fünf Jahre ratierlich verteilt.

Darüber hinaus wirkt sich die finanzielle Anerkennung einer berufsspezifischen Personalentwicklung der als Berufsanfänger eingestellten Belegschaftsmitglieder aus.

Nach den im Vorjahr angefallenen Sonderausgaben für die Qualifizierung der als Berufsanfänger eingestellten Mitarbeiter/-innen bewegen sich die übrigen **Sachkosten** entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2016 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage keine wesentlichen Veränderungen.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2016 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2016 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Konzeption und Aufbau eines Fundus mit Expertisen von grundsätzlicher Bedeutung.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 53 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 978 TEUR. Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung und infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil Ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert. Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Teilnehmungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 2. Oktober 2015 ist er erneut für den Zeitraum vom 1. Juni 2016 bis zum 30. September 2017 zum Vorstand der Anstalt bestellt worden.

Einen „Stellvertreter des Vorstandes“ hat der Verwaltungsrat zum 1. Januar 2015 bestellt.

Den Anforderungen an die Außenwirkung des städtischen Teilnehmungsmanagements bei der Wahrnehmung neuartiger operativer Aufgaben soll Rechnung getragen werden, das Risiko eines unplanmäßigen Ausfalls des Vorstandes abgesichert und ein Generationswechsel auf der Position des Vorstandes der BMA umsichtig vorbereitet werden.

Betriebsprüfungen

Im Wirtschaftsjahr 2016 fanden keine Betriebsprüfungen statt.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sechs (Vorjahr: sechs) Personen in Vollzeit und drei (Vorjahr: drei) Personen in Teilzeit beschäftigt. Dazu war eine (Vorjahr: eine) Person geringfügig angestellt. Zum Bilanzstichtag befand sich eine Person in Elternzeit.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Die **Personalqualifizierung und -entwicklung** der Belegschaftsmitglieder, die nach der Reorganisation der Anstalt im Jahr 2014 eingestellt worden waren, wurde plangemäß fortgeführt.

Die IHK-zertifizierte Fortbildung „Geprüfte/r Controller/in“ wurde schon von fast allen Personen erfolgreich abgeschlossen. Arbeitsvertraglich fixierte Zielvorgaben wurden nahezu vollständig erfüllt.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/-innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungs-gesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS Version 10.4“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 1. Dezember 2006 das Programm „Lexware buchhalter plus Version 22“ ein.

Saalesparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Saalesparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.
- (2) Die Saalesparkasse betreibt die in der nach § 32 Nr. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) zu erlassenden Verordnung vorgesehenen Geschäfte. Sparkassenzentralbankgeschäfte, Bauspargeschäfte, Investmentgeschäfte und Versicherungsgeschäfte sollen im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben werden.
- (3) Die Saalesparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrages.
- (4) Die Saalesparkasse ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt.

(vgl. § 2 SpkG-LSA)

Öffentlicher Zweck:

Die Saalesparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet, das sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis erstreckt, tätig. Aufgaben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, zur Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen, der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie der Förderung des Gemeinwesens werden wahrgenommen.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen Meßmer, Alexander Raszat, Leif
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Bannert, Frank
	1. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik
	2. stellv. Vorsitzender	Wunschinski, Ralf

Verwaltungsrat:

Bartl, Harald
 Beyer, Jens
 Bürger, Tino
 Dr. Czikowsky, Halina
 Dr. Papendieck, Michael
 Dr. Wiegand, Bernd (Mitgliedschaft ruhend)
 Ettingshausen, Rüdiger
 Hänsel, Andreas
 Haufe, Andrej
 Helmich, Dennis
 Janka, Wolfgang
 Koehn, Gottfried
 Krebs, Martina (bis 31.12.2016)
 Leibrich, Uwe
 Prinzler, Torsten
 Sachse, Günter
 Schwab, Tobias
 Ulbricht, Guido

Verwaltungsrat¹⁾

¹⁾ Gesamtbezüge

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€	T€
	100	99	77

c) Beteiligungen

unmittelbar

	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,37
Ostdeutscher Sparkassenverband	3,72
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	16,67
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG	5,90
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	17,85
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2016		2015		2014		Veränderungen 2016 zu 2015	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	78.806	2	53.688	1	49.086	1	25.118	47
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	49.756	1	1.091.083	26	1.159.852	31	-1.041.327	-95
Forderungen an Kunden	2.017.776	47	1.878.773	45	1.619.135	43	139.003	7
Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾ andere	1.628.536	38	628.848	15	170.323	4	999.688	159
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	395.971	9	363.352	9	642.519	17	32.619	9
Beteiligungen	28.325	1	27.050	1	27.101	1	1.275	5
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	0	25	0	25	0	0	0
Treuhandvermögen	59.679	1	50.296	1	42.858	1	9.383	19
Immaterielle Anlagewerte	236	0	65	0	83	0	171	263
Sachanlagen	44.191	1	45.935	1	47.400	1	-1.744	-4
Sonstige Vermögensgegenstände	12.543	0	15.426	1	22.897	1	-2.883	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	461	0	714	0	867	0	-253	-35

Bilanzsumme	4.316.305	100	4.155.255	100	3.782.146	100	161.050	4
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	286.649	7	344.623	8	195.250	5	-57.974	-17
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.534.621	82	3.354.967	81	3.149.976	83	179.654	5
Treuhandverbindlichkeiten	59.679	1	50.296	1	42.858	1	9.383	19
Sonstige Verbindlichkeiten	3.379	0	2.854	0	3.434	0	525	18
Rechnungsabgrenzungsposten	1.116	0	1.454	0	1.864	0	-338	-23
Rückstellungen	47.133	1	34.772	1	38.552	1	12.361	36
Nachrangige Verbindlichkeiten	413	0	440	0	17.823	1	-27	-6
Fonds für allgemeine Bankrisiken	180.400	4	165.000	4	133.600	4	15.400	9
Eigenkapital	202.915	5	200.849	5	198.789	5	2.066	1

Bilanzsumme	4.316.305	100	4.155.255	100	3.782.146	100	161.050	4
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	37.413		48.470		41.844		-11.057	-23
Andere Verpflichtungen	128.876		142.789		193.338		-13.913	-10

¹⁾ Änderung der Bilanzierungsmethode ab dem Jahr 2016 (Wertpapierleihegeschäfte)

bb) GuV

	2016	2015	2014
	T€	T€	T€
Zinserträge	86.579	90.186	86.380
Zinsaufwendungen	10.248	15.002	22.106
Laufende Erträge	13.959	17.886	24.347
Provisionserträge	27.513	28.639	27.622
Provisionsaufwendungen	1.709	1.306	1.185
Sonstige betriebliche Erträge	4.479	5.737	5.808
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	81.090	69.543	72.240
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.756	3.726	6.299
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.106	7.664	12.285
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	8.554	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.448	0	24
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	0	1.366
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1.919	7.934	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	70	17	51
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	15.400	31.400	15.800
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	12.518	13.170	12.849
Steuern vom Einkommen und Ertrag	10.283	10.940	10.634
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	169	170	165
Jahresüberschuss	2.066	2.060	2.050
Bilanzgewinn	2.066	2.060	2.050

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	4,77	10,07	5,67	%
Cash-Flow:	5.822	14.340	9.715	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	185	197	192	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	33,60	31,65	31,57	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,02	1,11	1,25	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	8,88	8,80	8,79	%
Fremdkapitalquote:	91,12	91,20	91,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in
Kundeneinlagen	3.535,0	3.355,4	3.167,8	Mio. €
Spareinlagen	1.146,3	1.126,8	1.120,0	Mio. €
Forderungen an Kunden	2.017,8	1.878,8	1.619,1	Mio. €
Filialen	46	48	49	Anzahl
SB-Filialen	39	37	40	Anzahl

e) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2016

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- 2.11 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
 - 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
 - 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
 - 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
 - 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
 - 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
 - 7.3.4 Management der Operationellen Risiken
 - 7.3.5 Management der Vertriebsrisiken
 - 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft wies im Jahr 2016 eine moderate Wachstumsdynamik mit weniger Handelsintegration auf. Die deutsche Wirtschaft legte gute Wachstumsraten vor und bewegte sich damit weiter im oberen Mittelfeld des Euroraumes. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes konnte im Gesamtjahr 2016 eine Wachstumsrate in Höhe von 1,9% erreicht werden.

Der private Konsum bildete 2016 wie schon im Jahr davor die wichtigste Basis für die binnenwirtschaftliche Expansion. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte erhöhten sich 2016 um 2,0%. Dabei spiegelten sich weiterhin die Mehrausgaben für die Zuwanderung von Flüchtlingen in einem gestiegenen Staatskonsum wider, der ebenfalls zum Gesamtwachstum beitrug.

Der Preisauftrieb verlief 2016 in Deutschland insbesondere durch den anhaltend niedrigen Preis des Rohöls weiterhin sehr schwach. Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt mit einer Steigerungsrate von 0,5% nahezu stabil geblieben.

Die Arbeitslosenquote für Deutschland für das Jahr 2016 ist mit 6,1% gegenüber 6,4% im Vorjahr noch einmal leicht zurückgegangen. Die Zahl der in Deutschland Erwerbstätigen erhöhte sich im Jahresdurchschnitt nochmals um 1,0% auf knapp 43,5 Millionen. Für Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote bei 8,5% gegenüber 9,2% im Vorjahr.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote in 2016 nochmals leicht auf 9,6% gegenüber 10,2% im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten der Stadt Halle (Saale) sowie des Saalekreises für 2016 im Vergleich zum Vorjahr ebenso leicht gesunken.

Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet insgesamt ist nach wie vor rückläufig. Dies resultiert insbesondere aus der Entwicklung im Saalekreis. Von Seiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer deutlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, während dessen für die Stadt Halle von einer leicht positiven Entwicklung ausgegangen wird.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Bei den kurzfristigen Zinsen (3 Monate bis 1 Jahr) bewegten sich die Zinssätze im Verlauf des gesamten Jahres 2016 im negativen Zinsbereich mit einer anhaltenden leichten Abwärtsbewegung. Im mittelfristigen Bereich (5 Jahre) wurde im Jahresverlauf eine Abwärtsentwicklung des Zinssatzes bis in den negativen Bereich hinein verzeichnet, zum Jahresende notierte dieser jedoch leicht positiv. Im langfristigen Bereich (10 Jahre) konnte die Abwärtsbewegung leicht gebremst werden, zum Jahresende wurde hier ein minimaler Zinsanstieg festgestellt. Der Unterschied zwischen dem kurz- und dem langfristigen Zinssatz verringerte sich im Jahresverlauf, zum Jahresende bewegte sich dieser jedoch annähernd auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex DAX war in 2016 sehr volatil, wenn aber mit insgesamt steigender Tendenz. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende mit einem Stand von 11.481 Punkten ein neues Jahreshoch und damit ein Jahresplus von 6,9%.

Die Europäische Zentralbank (EZB) nahm die niedrigen Inflationsraten zum Anlass für weitere geldpolitische Maßnahmen. Sie kaufte weiterhin Covered Bonds, Asset Backed Securities (ABS) sowie vor allem Staatsanleihen in einem Gesamtumfang von 60 bis 80 Mrd. Euro monatlich an. Damit sollen die langfristigen Inflationserwartungen an ihrem Zielwert verankert bleiben. Im Jahresverlauf hat die EZB noch weitere expansive geldpolitische Maßnahmen beschlossen. Darüber hinaus wurde die zuvor bereits negative Verzinsung der Einlagefazilität um 10 Basispunkte noch einmal tiefer ins Negative auf zum Jahresende dann -0,4% abgesenkt.

Wesentliche Grundlagen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bankensektor sind die Erweiterungen des Baseler Rahmenwerkes („Basel III“) in Verbindung mit den EU-Richtlinien und EU-Verordnungen, die schärfere Eigenkapitalvorschriften und Liquiditätsanforderungen für alle Institute beinhalten. Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt auf Basis der Veröffentlichung von Aufsichts-Standards durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, wobei sich die Umsetzungsfristen bis ins Jahr 2019 hinein bewegen werden.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) erweiterte Anforderungen erwartet („5. MaRisk-Novelle“). Diese befanden sich im Jahr 2016 allerdings erst in der Konsultationsphase und werden aller Erwartung nach im Jahr 2017 zur praktischen Umsetzung kommen.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung sowie die Satzung der Saalesparkasse.

Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

Der Verwaltungsrat hat unter Berücksichtigung der Größe, der internen Organisation sowie der Art, des Umfangs, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der Saalesparkasse auf die Bildung der Ausschüsse nach § 25d Abs. 8-12 KWG verzichtet. Die gesamten Aufgaben der Ausschüsse werden durch den Verwaltungsrat wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2016 haben 5 Sitzungen des Verwaltungsrates stattgefunden.

Die Saalesparkasse hat gemäß § 8 SpkG-LSA einen Kreditausschuss gebildet. Der Kreditausschuss beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach Maßgabe der Geschäftsanweisung und der Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten. Kredite, die die im Rahmen der Kreditbewilligungsbefugnis des Vorstandes festgelegten Grenzen überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Kreditausschusses der Saalesparkasse. Im Geschäftsjahr 2016 haben 8 Sitzungen des Kreditausschusses stattgefunden.

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und bewegt sich damit leicht über den geplanten Erwartungen. Im Geschäftsjahr 2016 konnten die Planannahmen in den Geschäftsfeldern Kredit- und Einlagengeschäft im Wesentlichen erreicht werden.

Der Zinsüberschuss konnte leicht über den Planwert hinaus zulegen, bewegt sich allerdings leicht unter dem Vorjahreswert. Das Provisionsergebnis konnte die geplanten Ziele nicht vollständig erreichen, es bewegt sich damit absolut auch leicht unter dem Vorjahr. Im Provisionsgeschäft mit Kunden wurden die Planvorgaben nicht vollumfänglich erfüllt und das Ergebnis fiel etwas geringer aus.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung zufrieden.

Für das Jahr 2017 wird erwartet, dass die konjunkturelle Entwicklung sich in einem engen Rahmen bewegt und das Geschäftsumfeld der Saalesparkasse recht stabil ausfallen wird.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Bestand stieg um 139,0 Mio. EUR auf 2.017,8 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 7,4% gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden die Planvorgaben leicht unterschritten.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegt sich mit 201,3 Mio. EUR (+2,2%) leicht über dem Vorjahreswert und damit deutlich über den geplanten Erwartungen. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen konnte um 4,6% (Vorjahr 10,7%) erhöht werden und bewegt sich damit unter den Erwartungen. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 11,3% (Vorjahr 9,9%) über die Planvorgaben hinaus leicht ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand um 8,3% (Vorjahr 4,2%) deutlich. Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen und öffentlichen Haushalten wurde um 101,5 Mio. EUR bzw. 18,5% deutlich ausgeweitet und entspricht damit den Erwartungen.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Rückgang bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (-3,9 Mio. EUR bzw. -1,3%). Demgegenüber erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 143,2 Mio. EUR bzw. 9,0%.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 11,1 Mio. EUR auf 37,4 Mio. EUR und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 13,9 Mio. EUR auf 128,9 Mio. EUR verringert.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich bis Ende 2016 leicht um 9,0 Mio. EUR (-0,4%) auf insgesamt 2.074,3 Mio. EUR und bewegen sich damit über unseren Planannahmen.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang um 1.041,3 Mio. EUR (-95,4%) auf 49,8 Mio. EUR zu verzeichnen. Grund für diese deutliche Abweichung ist der geänderte Ausweis der Wertpapierleihegeschäfte, die ab diesem Jahr nicht mehr in dieser Position, sondern im Wertpapierbestand ausgewiesen werden. Das verbleibende Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) erhöhte sich um 1.032,3 Mio. EUR auf 2.024,5 Mio. EUR. Dies entspricht einer deutlichen Erhöhung um 104,0% gegenüber dem Vorjahr und ist insbesondere auf den geänderten Ausweis der verliehenen Wertpapiere zurückzuführen, die nun in diese Position mit einfließen. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 49,5 Mio. EUR bzw. 5,0% auf 938,4 Mio. EUR verringert. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmensanleihen und Anleihen von Zentralstaaten.

Die Saalesparkasse hält Anteile an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 379,1 Mio. EUR) sowie an drei Publikumsfonds (Buchwert: 9,7 Mio. EUR). Von zwei der Publikumsfonds (Buchwert: 1,5 Mio. EUR) wurden die Anteile erworben, um sie im Kundengeschäft als Anlageprodukt anzubieten. Das in Spezialfonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf vor allem durch Kapitalabrufe in Höhe von 39,1 Mio. EUR und durch die Wertentwicklung der Anlagen in den Fonds in Höhe von 8,2 Mio. EUR erhöht, wobei 45,7% der Anlagen in den Spezialfonds in verzinslichen Wertpapieren und ca. 41,8% in Immobilien investiert sind. Bei den Publikumsfonds handelt es sich um Immobilienfonds.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich im Wesentlichen auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung, deren Volumen sich relativ konstant entwickelte. Der gesamte Anteilsbesitz der Saalesparkasse umfasst Beteiligungen in Höhe von 28,3 Mio. EUR. Die wesentlichen Positionen stellen dabei die Verbundbeteiligungen am Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt in Höhe von 20,8 Mio. EUR sowie am Ostdeutschen Sparkassenverband, dem Interessenvertreter der Sparkassen, mit 6,1 Mio. EUR dar. Maßgeblich bedingt durch die regelmäßigen jährlichen Anpassungen dieser Anteilsquoten an die Durchschnittsbilanzsumme stiegen diese beiden Beteiligungsbuchwerte um insgesamt 1,3 Mio. EUR.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-Gesellschaft Halle mbH eine 100%-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht. Aus dem für die Tochtergesellschaft bestehenden Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Saalesparkasse ergibt sich im Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2016 nach Verlustübernahme durch die Saalesparkasse ein ausgeglichenes Ergebnis.

Des Weiteren hält die Saalesparkasse Anteile an Unternehmen (Buchwerte: 7,2 Mio. EUR), die in der Bilanz unter „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden. Die Anteile dienen der Diversifizierung der Anlagen der Saalesparkasse und sind in voller Höhe abgerufen. Die Kommanditanteile sind an Unternehmen begeben, die in internationale Gewerbeimmobilien, vorwiegend in Ländern der Euro-Zone, investieren. Aus Erträgen von Objektverkäufen erfolgten 2016 Kapitalrückzahlungen in Höhe von 6,9 Mio. EUR, die zu einem Rückgang der Anteilsbuchwerte führten. Auch durch die Veräußerung von Anteilen an einem Unternehmen wurden die Buchwerte der Anteile um 1,1 Mio. EUR gemindert. Hierbei konnte ein Ertrag realisiert werden.

Weiteres, als Beteiligung geltendes Hybridkapital, wird unter der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ bilanziert und innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe gehalten.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die nachrangigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 179,6 Mio. EUR (5,4%) auf 3.535,0 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals unsere Planannahmen.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Zuwachs um 19,4 Mio. EUR oder 1,7% auf 1.146,3 Mio. EUR kaum verändert. Innerhalb der Struktur der Spareinlagen kam es entsprechend unserer Planannahmen nochmals zu einer Verschiebung insbesondere zu Lasten der langfristigen Anlageformen mit Festzins, die sich unter anderem in einem nochmaligen Rückgang des Zuwachssparens um 49,0 Mio. EUR widerspiegelte. Dem gegenüber haben sich die normalverzinslichen Spareinlagen einschließlich der Bestände auf den Spar-Plus-Konten um 50,2 Mio. EUR und der Bestand des S-Prämienparens um 10,6 Mio. EUR erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit +160,2 Mio. EUR deutlich positiver. Dabei zeichneten sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase deutliche Zuwächse in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab, die im Jahresverlauf um 209,8 Mio. EUR zulegten und damit unsere geplanten Erwartungen nochmals übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 58,0 Mio. EUR bzw. 16,8% auf 286,6 Mio. EUR deutlich verringert. Gegenüber den Planvorgaben ist jedoch ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verringerte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots um 12,5 Mio. EUR oder 5,0% auf 236,8 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner DekaBank erhöhte sich im Jahr 2016 um 260 Stück auf 26.663 Stück. Darüber hinaus erhöhte sich das Depotvolumen unserer Kunden bei der DekaBank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 31,4 Mio. EUR oder 5,3% auf 621,6 Mio. EUR.

2.8 Verbundgeschäft

Das Ergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2016 im Volumen ein positives Bild. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2016 für die Lebensversicherungen bei 3,2 Mio. EUR und damit 1,2 Mio. EUR (+62,2%) über dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 4,7 Mio. EUR. Der Vorjahreswert wurde um 1,8 Mio. EUR übertroffen. Bei der betrieblichen Altersvorsorge verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert um 78,1% auf 0,2 Mio. EUR. Bei den Sachversicherungen und der Krankenversicherung veränderte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert nur unwesentlich.

Bei den Bausparverträgen setzte sich die negative Entwicklung des Vorjahres weiter fort. Das in 2016 abgeschlossene Volumen liegt bei 107,2 Mio. EUR und damit um 16,1 Mio. EUR bzw. 13,1% unter dem Vorjahreswert. In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das hohe Vorjahresergebnis nicht gehalten werden. Insgesamt wurden 116 Objekte durch die Handelsvertreter der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt verringerte sich im gleichen Zeitraum geringfügig auf 108,0 TEUR. Die in 2016 erzielten Courtagen aus Kaufobjekten betragen 1,0 Mio. EUR.

Die geplanten Erwartungen im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten nicht voll-ständig erreicht werden. Insgesamt entwickelte sich das Provisionsergebnis im Vergleich zum Vorjahr damit leicht negativ.

2.9 Vertrieb und Produkte

Die beste Beratung in Halle hat im Jahr 2016, die beste Bank in Sachsen-Anhalt – die Saalesparkasse – angeboten. Die hervorragende Beratungsqualität wurde durch insgesamt sechs verliehene Auszeichnungen bestätigt. Dazu zählte u. a. der Sieg im Bankentest der Zeitschrift „Die Welt“ in der Beratung Privatkunden, Firmenkunden und der Baufinanzierung. Dies ist Zeichen dafür, dass die Saalesparkasse mit ihrer ganzheitlichen Finanzkonzeptberatung qualitativ hochwertige Beratung anbietet, wobei die Beratung auf die Bedürfnisse der Kunden mit einem ausgeglichenen Anlageportfolio ausgerichtet ist.

Die anhaltende Niedrigzinsphase begrenzte das Produktangebot der Saalesparkasse für Geldanlagen weiterhin. Neben der anhaltenden Entwicklung zur kurzfristigen Geldanlage, nutzen die Kunden zunehmend die Anlagemöglichkeiten am Kapitalmarkt mittels Investmentfonds sowie strukturierten Wertpapieren.

Anders im Aktivbereich – hier kommt die Saalesparkasse dem Wunsch ihrer Kunden nach, sich die niedrigen Zinsen möglichst lange zu sichern. Ausreichende Möglichkeiten für Immobilienkunden schaffen die Sparkassen-Baufinanzierung mit Zinsbindungsfristen bis 15 Jahre, die Produktangebote der LBS und das hauseigene Forward-Darlehen. Die Niedrigzinsphase hat ebenso gravierende Auswirkungen auf die Altersvorsorge der Kunden, umso mehr sind individuelle und bedarfsgerechte Lösungsangebote notwendig. Dafür hat die Saalesparkasse weiter in Beratungssoftware und Ausbildung ihrer Kundenberater investiert. Ziel ist es auch, in der Vorsorge- und Risikoberatung die beste Beratung im Geschäftsgebiet anzubieten. Das Sparen mit der PS-Lotterie erfreut sich steigender Beliebtheit. Im Jahresverlauf entfielen mehrere Gewinne auf die Kunden der Saalesparkasse. So wechselten ein Audi A3, mehrere Reisen und elektronische Geräte die Besitzer.

Im Jahresverlauf hat die Saalesparkasse nach einem langfristigen und eingehenden Prüfungsprozess das Filialnetz weiter den aktuellen Anforderungen angepasst. Resultierend daraus wurde zwei Filialen (Krumpa, Südstadt) geschlossen sowie zwei Filialen (Gesundbrunnen, Braunsbedra) modernisiert. Zusätzlich wurden drei SB-Filialen (Nova Eventis, Steintor-Passage, Autohof Tornau) neu in Betrieb genommen und eine SB-Filiale (Rathausstraße) grundlegend renoviert.

Nach wie vor ist das flächendeckende Filialnetz der wichtigste Vertriebsweg der Saalesparkasse. Dennoch gewinnt der Multikanale Vertrieb stetig an Bedeutung. So besitzen eine Vielzahl der Kunden einen Online-Banking-Zugang und besuchen damit regelmäßig die neue Internet-Filiale. Die Kunden können nun ihre Online-Einkäufe sicher und einfach mit paydirekt bezahlen, fällige Rechnungen komfortabel mittels Fotoüberweisung begleichen und Kleinbeträge an Freunde und Bekannte durch die Anwendung KWITT in der Sparkassen-App überweisen.

2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Zu den Besonderheiten unseres Geschäftsmodells zählt ein tief in unserem Selbstverständnis verwurzelt Verantwortungsfühl für unsere Region und für die Menschen, die hier leben. Diese Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl ist der Kern des öffentlichen Auftrags der Saalesparkasse. Er prägt unsere Haltung und unser Handeln. Zu diesem Auftrag gehören neben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, der Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen und der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität auch die Förderung des Gemeinwesens. Seit nun fast 200 Jahren handelt die Saalesparkasse so mit Augenmaß und Weitblick, setzt auf langfristigen Werterhalt statt auf kurzfristige Gewinnmaximierung.

Als Ausdruck dieser besonderen gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung engagierten wir uns auch 2016 in erheblichem Maße in unserem Geschäftsgebiet. So konnten wieder zahlreiche große und kleine gemeinnützige Projekte mit insgesamt rund 3,3 Mio. EUR unterstützt werden. Dies entspricht einer Förderleistung von rund 7,80 EUR pro Einwohner. Dass die Saalesparkasse damit um fast 50 Prozent über dem durchschnittlichen Förderniveau der deutschen Sparkassen liegt, macht uns sehr stolz.

Doch unser gemeinnütziges Engagement ist weit mehr als reine Statistik. Es wird getragen von unserer Wertschätzung für diejenigen, die sich persönlich für eine Sache stark machen, die etwas in der Region bewegen und das Leben hier bereichern. Jeden Tag erreichen uns mehrere Förderanfragen, hinter denen nicht selten menschliche Schicksale und gesellschaftliche Engpässe stehen. Deshalb umfasst die Bandbreite unserer „Dividende an die Region“ auch nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Dass wir dabei Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität legen, zeigen beispielhaft die langjährigen Partnerschaften mit der Carl-Loewe-Gesellschaft in Löbejün, dem Verein Alte Brennerei in Niemberg, dem Europäischen Romanikzentrum und der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg sowie der Stiftung Händelhaus, den Franckeschen Stiftungen und dem Zoologischen Garten in Halle.

Eine weitere Säule unseres Förderengagements stellt die Stiftung der Saalesparkasse dar, die auch im Jahr 2016 Vorhaben gemeinnütziger Initiativen und Vereine in der Region förderte. Mit der Auslobung des Bürgerpreises „Der Esel, der auf Rosen geht“ macht sie sich darüber hinaus seit Jahren für die öffentliche Anerkennung der zahlreichen Bürgerinnen und Bürger stark, die ehrenamtlich Verantwortung für andere Menschen übernehmen.

2.11 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2016 waren in der Saalesparkasse 734 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr verringert. Der Bestand an 253 Teilzeitkräften ist gegenüber dem Vorjahr höher. Im Berichtsjahr haben 15 Auszubildende am 1. August 2016 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 40 Auszubildende zum/r Bankkaufmann/-frau ausgebildet. 29 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit. Gut ausgebildete und kompetente Mitarbeiter sind der Garant für Kundenzufriedenheit, Sicherung der Marktposition und Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,4 Mio. EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen zur Modernisierung und zum Umbau bestehender Bausubstanz sowie zur Erweiterung der Technik und zur Systemunterstützung mit einem Gesamtbetrag von nahezu 1,8 Mio. EUR vorgenommen.

Zur Intensivierung der Betreuungsqualität wird ein besonderes Augenmerk auf die stetige Aktualisierung der Beratungs- und Systemunterstützung in allen unseren Filialen gelegt. Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 117 Geldausgabeautomaten, 109 Kontoauszugsdruckern und 18 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2016 rund 11,0 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldausgabeautomaten rund 984,3 Mio. EUR verfügt wurden.

Um die Saalesparkasse vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsniveaus sowie der demographischen Entwicklung weiterhin zukunftsfähig zu machen, wurde das im Jahr 2014 initiierte Projekt zur Optimierung der Verwaltungsaufwendungen weiter fortgeführt. Die Projektergebnisse werden in den kommenden Jahren mit weiteren Kostensenkungsmaßnahmen schrittweise umgesetzt.

3 Vermögenlage der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse verfügt über eine solide Kapitalausstattung, die hinreichend Spielraum für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 202,9 Mio. EUR (4,7% der Bilanzsumme) betragen.

Insgesamt belaufen sich die Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2016 unter Berücksichtigung einer Abzugsposition von 0,7 Mio. EUR für immaterielle Anlagegüter auf 365,2 Mio. EUR. Diese setzen sich aus 365,1 Mio. EUR Kernkapital und 0,1 Mio. EUR Ergänzungskapital zusammen. Neben dem bilanziell ausgewiesenen Eigenkapital verfügt die Saalesparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31.12.2016 mit 14,3% deutlich über dem von der Bankenaufsicht für 2016 vorgeschriebenen Mindestwert von 8,625%.

Innerhalb der Vermögens- und Kapitalstruktur haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr Verschiebungen insbesondere durch den geänderten Ausweis der verliehenen Wertpapiere ergeben.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 46,7% (Vorjahr 45,2%) der Bilanzsumme (BS) und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere mit 37,7% (Vorjahr 15,1%) der BS die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und nachrangige Verbindlichkeiten) mit 81,9% (Vorjahr 80,7%) der BS dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (6,6%), die im Vorjahresvergleich (8,3%) aufgrund eines geringeren Refinanzierungsbedarfes leicht gesunken sind.

Eigengeschäfte wurden fast ausschließlich in Euro getätigt. Geschäfte in Fremdwährung wurden in geringem Umfang zum überwiegenden Teil im Zusammenhang mit Sicherungsgeschäften für Kunden abgeschlossen. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2016 Geschäfte in Produkten mit derivativem Charakter getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden Swapgeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Im Kundengeschäft wurden in geringem Umfang Forwardgeschäfte getätigt.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresresultato 2016 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden. Die Saalesparkasse hat ihren gesamten Wertpapierbestand nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag sowie Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtags-bezogen erhebliche Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Vorsorge nach § 340f HGB.

Die Kapitalausstattung der Saalesparkasse sehen wir als solide an. Die Vermögenlage ist geordnet.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geforderte Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschriebenen Guthaben wurden bei der zuständigen Filiale der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die von der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) eingeräumte Kreditlinie wurde dispositionsbedingt teilweise in Anspruch genommen.

Die Finanzlage ist geordnet.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachstehende Ergebnisdarstellung orientiert sich an der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise.

Position	31.12.2016 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA*	31.12.2015 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA
Zinsüberschuss	87,9	2,07	2,17	91,0	2,26	2,29
Provisionsüberschuss	26,0	0,61	0,70	27,6	0,69	0,68
Sonstige betriebliche Erträge	2,4	0,06	0,04	2,6	0,06	0,04
Verwaltungs- aufwendungen	-72,5	-1,71	-1,78	-71,6	-1,78	-1,84
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,1	-0,05	-0,03	-2,5	-0,06	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	41,7	0,98	1,10	47,1	1,17	1,14
Bewertungsergebnis	-4,7	-0,11	-0,25	-0,7	-0,02	-0,11
Neutrales Ergebnis	-9,2	-0,22	-0,10	-2,0	-0,05	-0,05
Ertragsteuern	-10,3	-0,24	-0,29	-10,9	-0,27	-0,35
Veränderung des Fonds für allg. Bankrisiken	-15,4	-0,36	-0,39	-31,4	-0,78	-0,56
Jahresüberschuss	2,1	0,05	0,06	2,1	0,05	0,07

* Vergleichszahlen: Stand: 19.04.2017

Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Mio. EUR bzw. um 3,4% geringere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Der Planwert konnte leicht übertroffen werden, wobei die Abweichung insbesondere auf einen höheren Zinsertrag aus dem Depot A zurückzuführen ist. Gegenüber der Planung wurden deutlich mehr Geschäfte getätigt, die insbesondere zu einer positiven bestandsbedingten Zinsabweichung führten. Die im Vergleich zum Vorjahr mit 103,1 Mio. EUR (Vorjahr: 110,2 Mio. EUR) deutlich geringeren Zinserträge sind insbesondere auf die verminderten Erträge aus Geschäften im Depot A zurückzuführen. Die im Vergleich zum Vorjahr mit 10,7 Mio. EUR (Vorjahr: 16,5 Mio. EUR) ebenso deutlich verminderten Zinsaufwendungen resultieren sowohl aus den verringerten Aufwendungen für die Spareinlagen als auch für die Sichteinlagen insgesamt. Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr geringere Zinsspanne von 2,07%, die sich damit auch unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (2,17%) befindet. Aufgrund einer gegenüber der Planung leicht höheren Bilanzsumme bewegt sich die Zinsspanne in Höhe der Planvorgaben.

Der Provisionsüberschuss lag leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Darüber hinaus bewegte er sich auch leicht unter dem geplanten Wert (27,2 Mio. EUR). Die größten Ergebnisbeiträge resultieren aus den Gebühren im Privatgiroverkehr, dem Wertpapiergeschäft sowie dem Versicherungsgeschäft insgesamt. Der Provisionsertrag aus den Geschäften mit Kunden konnte die geplanten Werte nicht vollumfänglich erreichen. Demgegenüber führte das Wertpapier-Leihegeschäft zu einem Ergebnis in Höhe von 1,1 Mio. EUR, welches die getroffene Planvorgabe in Höhe von 0,5 Mio. EUR wiederum deutlich überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die sich wie im Vorjahr insbesondere aus Grundstücks- und Gebäudeerträgen sparkasseneigener Immobilien zusammensetzen, bewegen sich leicht über dem Planwert (2,3 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht, sie bewegen sich damit allerdings leicht unter dem Planwert (74,7 Mio. EUR). Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung betragen 44,4 Mio. EUR (1,05% der DBS) und bewegen sich damit leicht unter dem Planungsniveau. Der Sachaufwand liegt bei 28,2 Mio. EUR (0,66% der DBS) und bewegt sich damit leicht unter der Planvorgabe. Verringerungen gegenüber dem Plan sind vor allem in den Bereichen Grundstücks- und Gebäudeaufwand, EDV-Aufwand sowie Aus- und Fortbildung zu verzeichnen, wobei Erhöhungen insbesondere bei den Beiträgen und Gebühren, bei den Berateraufwendungen und beim Aufwand für BGA festzustellen sind.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern hat sich um 5,4 Mio. EUR oder 11,4% gegenüber dem Vorjahresergebnis verringert. Damit liegt die Saalesparkasse jedoch deutlich über dem Planwert (37,6 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) mit 63,5% um 3,2 Prozentpunkte verschlechtert (Vorjahr 60,3%). Gegenüber dem Planwert ist jedoch eine positivere Entwicklung zu verzeichnen (66,5%).

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von +2,8 Mio. EUR (+0,07% der DBS). Die deutlich positivere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-7,9 Mio. EUR) resultiert insbesondere aus der im Jahresverlauf weiter anhaltenden Niedrigzinsphase. Des Weiteren beeinflussten Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen das Ergebnis zusätzlich positiv. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft bewegt sich mit 4,1 Mio. EUR im positiven Bereich und hat sich damit im Vergleich zum ebenfalls positiven Wert im Vorjahr nochmals verbessert. Damit liegen die tatsächlichen Bewertungsaufwendungen aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung deutlich unter den Planwerten (-5,6 Mio. EUR). Das sonstige Bewertungsergebnis (-11,7 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem Ergebnis im Vorjahr (-0,1 Mio. EUR) aufgrund der Abschreibung einer mittelbaren Beteiligung, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehalten wird, deutlich verschlechtert. Gegenüber dem ausgeglichenen Planwert ist ebenso eine deutlich negativere Entwicklung zu verzeichnen.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit -4,7 Mio. EUR negativ dar und hat sich damit auch gegenüber dem Niveau des Vorjahres (-0,7 Mio. EUR) deutlich verschlechtert. Im Vergleich mit dem negativen Landesdurchschnitt sind die Bewertungsaufwendungen der Saalesparkasse insgesamt leicht geringer.

Das neutrale Ergebnis hat sich mit -9,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (-1,9 Mio. EUR) deutlich verschlechtert. Grund für diese Entwicklung ist der wesentlich höhere neutrale Aufwand, der von verschiedenen Sondereffekten wie der Bewertung der Swapgeschäfte sowie der Aufwendungen für Personalanpassungen gekennzeichnet war.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,048%.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote (Basel III) wird der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt. Darüber hinaus wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um 15,4 Mio. EUR auf 180,4 Mio. EUR aufgestockt.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr als zufrieden stellend.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Geschäfte mit Finanzinstrumenten sind der wesentliche Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse erwirbt Kundeneinlagen und Gelder von Kreditinstituten und investiert diese in Vermögenswerte, um entsprechende Margen zu erwirtschaften. In diesem Sinne gibt die Saalesparkasse vorhandene Mittel an Kunden und Kreditinstitute oder investiert in Beteiligungen, in Spezial- und Publikumsfonds sowie in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen öffentlicher Haushalte, aber auch von Kreditinstituten und Unternehmen. Diese Aktivität schließt nicht nur bilanzwirksame Geschäfte ein, sondern auch nicht bilanzwirksame wie Avale, Garantien und Kreditzusagen.

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2016 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Der Abschluss von Zinsswapgeschäften erfolgte zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen. Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds.

7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks sind die Grundprinzipien der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos.

In der Saalesparkasse kommt das bewährte strategiebasierte Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Grundlage bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien. In der Geschäftsstrategie der Saalesparkasse wurden für das Jahr 2016 folgende quantitative und qualitative strategische Ziele verankert:

Quantitative strategische Ziele:

- Erzielen einer angemessenen Aufwands-Ertrags-Relation
- Erzielen einer angemessenen bilanziellen Eigenkapitalrentabilität vor Steuern
- Gewährleistung einer stabilen Entwicklung der Bilanzsumme
- Bewusstes Eingehen von Risiken unter Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in den steuerungsrelevanten Szenarien bei Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen
- Stetige Stärkung des bilanziellen Eigenkapitals durch Gewinnthesaurierung zur Sicherstellung der erforderlichen Kapitalausstattung vor dem Hintergrund der künftigen regulatorischen Anforderungen
- Halten bzw. Ausbau des Marktanteils im Privatkundenmarkt, Volumenausweitung im Firmenkundenmarkt

Qualitative strategische Ziele:

- Sicherstellung der kreditwirtschaftlichen Versorgung im Geschäftsgebiet
- Qualitätssicherung in Bezug auf Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit
- Optimierung der Vertriebsstrukturen und -kanäle sowie der personellen sowie technisch-organisatorischen Ressourcen
- Zusammenarbeit mit Dienstleistungs- und Kooperationspartnern

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. Im mindestens jährlichen Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese gegebenenfalls an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert. Die Erörterung bezieht sich dabei auch auf mögliche Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 war die Einhaltung der festgelegten strategischen Ziele sichergestellt.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikokategorien Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiko sowie Operationelles Risiko und Strategisches Risiko ein. Innerhalb dieser Risikokategorien sind als wesentliche Risikoarten des Bankgeschäftes in der Risikostrategie das Zinsspannenrisiko und das Marktpreisrisiko Depot A (einschließlich Zinsänderungsrisiken), das Kreditrisiko und das Adressenrisiko Depot A, das Beteiligungsrisiko, das Operationelle Risiko sowie das Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft definiert und werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit limitiert. Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert. Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb und Liquiditätsrisiken zur Verfügung.

In der Saalesparkasse wird unter dem Begriff „Risiko“ die Verlust- oder Schadensgefahr definiert, die entsteht, wenn eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar Existenz bedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird nicht als Risiko angesehen.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrunde liegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten.

Die Risikosteuerung beginnt mit der Feststellung der Risikotragfähigkeit nach handelsrechtlicher Definition im Rahmen der jährlichen, revolvierenden Unternehmensplanung. Die Saalesparkasse verfolgt mit ihrer Risikotragfähigkeit einen Going-Concern-Ansatz. Dabei wird sichergestellt, dass der Teil der regulatorischen Eigenmittel, der mindestens zur Erfüllung der bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen notwendig ist, nicht zur Risikoabdeckung bereitgestellt wird. Das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial setzt sich daher aus dem aufsichtsrechtlich ungebundenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem operativen Ergebnis des Planjahres zusammen.

Entsprechend seiner Risikobereitschaft und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen setzt der Gesamtvorstand die Risikodeckungsmasse des Geschäftsjahres fest. Die Deckung von Risiken erfolgt dabei im Planszenario vorrangig über das operative Ergebnis des Planjahres abzüglich des angestrebten Mindestgewinns (bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern). Soweit langfristig eine Stärkung der gesamten Eigenmittel sichergestellt ist, können auch Teile der nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB angesetzt werden. Im Risikoszenario erfolgt die Deckung von Verlusten neben dem operativen Ergebnis des Planjahres auch aus Teilen der Vorsorgereserven gemäß § 340f, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB sowie der Sicherheitsrücklage, soweit diese Teile nicht für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen notwendig sind.

Die Risikodeckungsmasse wird unter Beachtung der strategischen Zielgröße gemäß Risikostrategie, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 9,5% zuzüglich des schrittweise einzuführenden Kapitalerhaltungspuffers (im Jahr 2016 in Höhe von 0,625%), bereitgestellt. Ab dem Jahr 2017 erfolgt die Definition dieser Nebenbedingung unter Berücksichtigung der im Dezember 2016 erlassenen aufsichtsrechtlichen Allgemeinverfügung zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuches bzw. wenn vorhanden der institutsindividuellen zusätzlichen Kapitalfestsetzungen gemäß SREP (Supervisory Review and Evaluation Process).

Aus der bereitgestellten Risikodeckungsmasse werden Teillimite für die in der Risikotragfähigkeitskonzeption definierten Risikoarten abgeleitet. Dabei handelt es sich um Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft und im Eigenanlagengeschäft (Depot A), die Marktpreisrisiken im Depot A und die Zinsspannenrisiken. Des Weiteren werden auch die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft, die operationellen Risiken sowie Beteiligungsrisiken erfasst.

Der Bestand der Risikodeckungsmasse wird in seiner Entwicklung in geregelten Prozessen überwacht. Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und gegebenenfalls Limite angepasst. Plan- und Risikoszenarien dienen als steuerungsrelevante Szenarien mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Mit Hilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die angemessene Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist u. a. durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signal für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad-hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Im Zuge der Entwicklung des Risikomanagementsystems wurden die relevanten Risiken ermittelt und die Instrumente zur Identifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Handbuch Unternehmenssteuerung dokumentiert. Die als wesentlich definierten Risikoarten werden in der Risikotragfähigkeit dargestellt. Eine Ausnahme stellt dabei das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos dar, welches in der Risikotragfähigkeit nicht explizit als eigene Risikoart berücksichtigt wird, da es aufgrund seines Charakters nicht sinnvoll durch Teile des Risikodeckungspotenzials begrenzt werden kann. Umfangreiche Szenarioanalysen sind jedoch im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements sichergestellt.

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden. Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird durch die Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling. Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten. Die Steuerung und Überwachung sowohl der Vertriebs- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach MaRisk Rechnung getragen.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Kontrollaufgaben durch die Abteilung Interne Revision wahrgenommen. Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich.

Die Compliance-Funktion ist innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Vorstandsstab installiert. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Unter den Adressenausfallrisiken wird in der Saalesparkasse die Gefahr möglicher Verluste infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern verstanden. Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Die Betrachtung der Adressenausfallrisiken umfasst dabei auch die Länderrisiken. In einer weiten Interpretation wird das Länderrisiko als Summe aller Risiken verstanden, die mit der Gewährung grenzüberschreitender Kapitaldienstleistungen entstehen. Das Länderrisiko ist ein auf einzelne Länder bezogenes, durch die Zahlungsunfähigkeit oder fehlende Zahlungsbereitschaft des Landes hervorgerufenes Risiko, das in der Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungszahlungen von Marktteilnehmern sowie des Wertverfalls von Wertpapieren oder Derivaten des Landes besteht. Die Länderrisiken, die auf gut ein Viertel des gesamten Kreditportfolios entfallen, unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse. Als Größentreiber stellen sich Österreich, Frankreich und Italien dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieren von Unternehmen, Staatsanleihen und Kreditinstituten. Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31.12.2016 auf insgesamt 340,1 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 158,7 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 133,4 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte z. B. in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite. Grundlage der Risikoermittlung ist u. a. die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren als auch über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (z. B. Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostruktur des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfangreich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

> Kundenkreditgeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung der Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 92,4% ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 4,1% der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird monatlich ermittelt und ist Gegenstand der internen Berichte. Dabei umfasst die Risikovorsorge den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie eine unterjährig ermittelte Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenausfallrisiken einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung eines Kreditportfoliomodells überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Wertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer bzw. Emittenten. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 99,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Bedingt durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern sowie durch Tilgungen erforderten die Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen der Erwartung keine Auslastung des in der Risikotragfähigkeit festgelegten Limits.

Im Vergleich wird für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres ein deutlich höheres Adressenausfallrisiko in Bezug auf den Ist-Wert des Kreditrisikos erwartet, welches sich im Planszenario im Rahmen des für das Folgejahr festgelegten Limits in Höhe von 5,0 Mio. EUR bewegt. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 17,7 Mio. EUR voraussichtlich eingehalten.

> Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Aufgrund der mit 90,6% dem Investment-Grade (Ratingklassen 1-5) sowie 7,9% auf den Speculative Grade (Ratingklassen 6-15) entfallenden Rentenpositionen zeigt die Risikostruktur des Depot A vertretbare Risiken auf.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein eigenes Limit eingeräumt. Darüber hinaus werden zur Steuerung des Emittenten- als auch des Kontrahentenrisikos Risikolimits aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet. Die Risikoermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der Kurse einschließlich Stückzinsen sowie der Ausfallwahrscheinlichkeiten. In der Ausfallwahrscheinlichkeit spiegeln sich auch Länderrisiken in Form der Länderratings wider, die damit ebenfalls in die Risikoermittlung einbezogen werden. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei nahezu vollständig auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD. Die Limitauslastung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos wird täglich berichtet und das Adressenausfallrisiko des Depot A darüber hinaus regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt. Sowohl beim Emittenten- als auch beim Kontrahentenrisiko sind in 2016 keine Ausfälle aufgetreten.

Das Limit für das Adressenrisiko Depot A, das aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet wird, wurde im Plan- und im Risikoszenario eingehalten. Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird unter Berücksichtigung der geplanten Neugeschäfte ein leicht steigendes Adressenausfallrisiko erwartet. Aus der Sicht per 31.12.2016 wird im Planszenario das Limit für das Folgejahr 2017 in Höhe von 12,5 Mio. EUR aus heutiger Sicht eingehalten. Auch im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 19,3 Mio. EUR voraussichtlich eingehalten.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiken werden mögliche Ertragseinbußen verstanden, die sich aus Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze, Bonitätsspreads und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Zusätzliche Marktpreisrisiken liegen in den Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Das Zinsänderungsrisiko ist ein Teil der Marktpreisrisiken. Es besteht im potenziellen Verlust aufgrund nachteiliger Änderungen der Zinssätze oder Zinsvolatilitäten.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise. Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung, Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mit Hilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Zusätzlich werden in einer nicht steuerungsrelevanten Weise die Zinsänderungsrisiken der Saalesparkasse mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikokoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikokoeffizient größer als 20,0% aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikokoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2016 bei 14,1% und damit unterhalb von 20,0%. Der Maximalwert wurde im Mai 2016 mit 19,1% ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Zu Beginn des Jahres 2016 bestanden 21 Sicherungsgeschäfte. Im Jahresverlauf wurden 2 weitere Zinsswaps als Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, ein Zinsswap wurde fällig. Bei den zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Swaps wird im Rahmen eines Micro-Hedges das Zinsänderungsrisiko der Anleihen bzw. der Schuldscheindarlehen durch den Abschluss des Zinsswaps abgesichert.

Die für 2016 geplante Zinsspanne konnte trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auch durch aktive Steuerungsmaßnahmen erreicht werden. Die Duration im Depot A veränderte sich nur geringfügig und liegt damit weiterhin auf dem Niveau des Vorjahres. Für alle im Bestand der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird das strenge Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, die damit verbundenen Risiken sowie die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) werden handelstäglich für das Anlagebuch, das Handelsbuch und das Gesamt-Depot ermittelt. Die Ergebnisse werden den entsprechenden Risikolimiten gegenübergestellt, wodurch die Limitauslastungen bestimmt werden. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie die betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisiken der Portfolien informiert.

Für die Überwachung der betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte werden in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Die Teilrisiken werden bei der Aggregation summiert. Korrelationseffekte bleiben in den Simulationen unberücksichtigt.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate in angemessener Art und Weise von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Die Risikosituation in Bezug auf Marktpreisrisiken stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2016 unkritisch dar. Das in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit für Marktpreisrisiken im Depot A und das Limit für das Zinsspannenrisiko wurden eingehalten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird ein steigendes Marktpreisrisiko bezogen auf den Ist-Wert des Berichtsjahres erwartet. Aus der Sicht per 31.12.2016 werden im Planszenario das für das Folgejahr 2017 festgelegte Limit für das Marktpreisrisiko Depot A in Höhe von 9,5 Mio. EUR und das Limit für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 2,0 Mio. EUR eingehalten. Im Risikoszenario wurden für das Folgejahr Limite für das Marktpreisrisiko Depot A in Höhe von 105,0 Mio. EUR und für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 4,0 Mio. EUR festgelegt und im Rahmen von Szenariosimulationen als ausreichend erachtet. Diese werden voraussichtlich ebenfalls eingehalten.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Mit Fokus auf die Liquidität der Saalesparkasse wird das Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungskostenrisiko unterschieden. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse zahlungsunfähig bzw. illiquide wird. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Verbindlichkeiten das zur Verfügung stehende Liquiditätspotential übersteigen. Das Refinanzierungskostenrisiko definiert sich über die Gefahr höherer Refinanzierungskosten infolge einer Beschaffung liquider Mittel zu ungünstigeren Konditionen aufgrund schwankender Liquiditätsspreads. Die Notwendigkeit der Mittelbeschaffung besteht dann, wenn infolge einer längerfristigen Verwendung von kurzfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (Liquiditätsfristentransformation) die Refinanzierung des Instituts nicht vorbehaltlos sichergestellt ist.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass ein Vermögensgegenstand innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht oder nicht ohne negative Wertbeeinflussung liquidiert werden kann.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. In 2016 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Saalesparkasse betreibt zur Erzielung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation. Das aus der langfristigen Investition kurzfristig zur Verfügung stehende Risiko der Zahlungsunfähigkeit wird im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements überwacht und begrenzt. Dazu werden vierteljährlich auf der Basis von Liquiditätsbedarfsübersichten die Liquiditätszu- und -abflüsse für einen Gesamtzeitraum von fünf Jahren aggregiert dargestellt. Der Strukturbeitrag aus dem Eigengeschäft bewegte sich zum Stichtag 31.12.2016 in einer Größenordnung von ca. 24,4% des Gesamtertrages aus dem Zinsgeschäft.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Dafür werden die Risikofaktoren und die zugehörigen Risikoparameter, die die Liquidität beeinflussen, identifiziert sowie operationalisiert. Im Ergebnis werden die sich im Zeitverlauf ergebenden Zeiträume mit Liquiditätsüber- und -unterdeckung aufgezeigt. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätspotentials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der Liquiditätskennziffer der Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) heran. Die Liquiditätskennziffer, die sich aus dem Verhältnis der innerhalb eines Monats verfügbaren Zahlungsmittel mit den im gleichen Zeitraum bestehenden Zahlungsverpflichtungen ergibt, lag jederzeit über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,0. Die LCR, die das Verhältnis an liquider Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase beschreibt, lag über dem in 2016 geltenden aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 70,0%. Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2016 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. So lag die Auslastung des Volumenlimits in 2016 weit unter der Frühwarnstufe in Höhe von 80,0% und beläuft sich zum Stichtag 31.12.2016 auf 16,0%. Auch die Reichweite als weiterer Indikator lag deutlich über der Frühwarnmarke von 18 Monaten und beträgt am Jahresultimo 41 Monate. Die Frühwarnstufe für die Liquiditätskennziffer in Höhe von 1,5 wurde ebenfalls nicht unterschritten. Im Jahresverlauf 2016 bewegte sich die Liquiditätskennziffer innerhalb einer Bandbreite von 2,8 bis 3,8 und belief sich per 31.12.2016 auf 3,2. Die seit 01.01.2016 geltende Mindestquote für die LCR gemäß delegierter Verordnung (EU 2015/61) in Höhe von 70,0% wurde eingehalten. Sie bewegte sich an den Meldestichtagen in einer Bandbreite zwischen 100,7% und 188,1% und belief sich zum Jahresultimo 2016 auf 136,9%.

Eine bedeutende strategische Risikoausprägung ist derzeit nicht vorhanden. Der Strukturbeitrag aus dem Eigengeschäft wird sich im Jahr 2017 mit einer Größenordnung von 25,6% leicht über dem Vorjahresniveau bewegen, so dass auch im Hinblick auf die Zinssituation im Rahmen der Fristentransformation keine wesentliche Risikoausweitung geplant ist.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31.12.2016 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen.

7.3.4 Management der Operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (z. B. Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-Ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotentialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Der realistische Maximalverlust für Schäden aus operationellen Risiken beläuft sich per Risikoinventur 2016 auf 2,3 Mio. EUR und fließt sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit ein.

Ex-Post-Risiken können aus der Schadensfall-Datenbank abgeleitet werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mit Hilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem Zentralen Operationellen Risiko Controlling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad hoc-Berichtssystem integriert. Für das Jahr 2016 wurden 57 Schadensfälle mit einer Bruttoschadenssumme von 780,8 TEUR gemeldet. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Risikopotenzials im Planszenario der periodischen Risikotragfähigkeit.

Die innerhalb der Risikoinventur 2016 identifizierten operationellen Risiken haben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse ist sich der festgestellten Risikokonzentrationen bewusst. Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie Externe Einflüsse (Schadenshöhe). Andererseits sind die Konzentrationen (Realistischer Maximalverlust) auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung ex post mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die Zentrale Stelle ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wieder herzustellen.

Die Risikosituation in Bezug auf Operationelle Risiken wird zum Bilanzstichtag 31.12.2016 als unkritisch eingestuft.

Die Erwartungswerte für Schäden aus operationellen Risiken für das Jahr 2017 entsprechen dem GuV-Plan-Limit in der Risikotragfähigkeit in Höhe von 1,1 Mio. EUR. Der Wertansatz hierfür orientiert sich an der durchschnittlichen Bruttoschadenssumme seit Beginn der Schadensfalldatenbank im Jahr 2008. Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus heutiger Sicht von einer Einhaltung des Limits im Planszenario für das operationelle Risiko in Höhe von 1,1 Mio. EUR ausgegangen. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 2,9 Mio. EUR voraussichtlich ebenfalls eingehalten.

7.3.5 Management der Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb des Strategischen Risikos betrachtet. Hierunter wird die Gefahr verstanden, dass es zu unerwarteten Verlusten aufgrund grundsätzlicher Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung kommt. Dieses Risiko umfasst auch die mangelnde Anpassungsfähigkeit an Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen als auch deren unerwartete Veränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Das Vertriebsrisiko bezeichnet in diesem Zusammenhang die Absatzrisiken aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Produkte und Dienstleistungen. Durch die aktive marktorientierte Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen wird diesen Risiken entgegen getreten.

Die Entwicklung des Kundengeschäftes wird in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Auch im Rahmen der Steuerung der Zinsspanne findet die bilanzwirksame Kundengeschäftsentwicklung Eingang in die quartalsweise Berichterstattung.

Die als wesentlich eingestuftes Vertriebsrisiken aus Dienstleistungsgeschäften bezeichnen in der Saalesparkasse die Gefahr, dass es in Folge von Zielverfehlungen zu negativen Ertragsabweichungen beim geplanten Provisionsüberschuss kommt. Damit verbunden sind eine Minderung des GuV-Ergebnisses sowie des Risikodeckungspotenzials und der Risikodeckungsmasse in der Risikotragfähigkeit.

Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft sind in das System der Risikotragfähigkeitsbetrachtung eingebunden und werden dort limitiert. In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Die für das Jahr 2016 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht vollständig erfüllt werden. Die in der Risikotragfähigkeit bereitgestellten Risikodeckungsmassen decken jedoch die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft zum Jahresende 2016 ausreichend ab.

Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2016 insgesamt unkritisch dar.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird ein auf Basis der Durchschnitte der Vorjahre ermitteltes Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft erwartet. Aus der Sicht per 31.12.2016 wird das Limit im Planszenario für das Folgejahr 2017 in Höhe von 2,6 Mio. EUR eingehalten. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 5,5 Mio. EUR voraussichtlich ebenfalls eingehalten.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Unter den Beteiligungsrisiken wird die Gefahr möglicher Verluste im Beteiligungsportfolio der Saalesparkasse infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern oder infolge des Ausfalls von Erträgen verstanden. Dabei können sich potenzielle Verluste aus bereitgestelltem Eigenkapital (aufgrund von Dividendenausfall, Teilwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten oder Verminderung stiller Reserven), aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken ergeben.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoeermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken zu Grunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 87,0% des Volumens auf die Ratingklassen 1-9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. 13,0% des Beteiligungsvolumens werden als erhöht risikobehaftet klassifiziert.

Die für Beteiligungsrisiken in 2016 vorgesehenen Limite in der Risikotragfähigkeit werden im Planszenario (8,2 Mio. EUR) nicht eingehalten, im Risikoszenario (15,0 Mio. EUR) jedoch eingehalten. Grund für die Überschreitung des Limits im Planszenario sind indirekte Abschreibungen einer mittelbaren Beteiligung, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehalten wird, sowie Abschreibungen einer direkt gehaltenen Beteiligung. Für das Folgejahr wird im Vergleich zum Ist-Wert ein geringeres Risiko erwartet. Dabei werden das für 2017 in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Planszenario (3,5 Mio. EUR) als auch das im Risikoszenario (12,5 Mio. EUR) festgelegte Limit voraussichtlich eingehalten.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über angemessene und bewährte Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, den Änderungen des Marktes, der Entwicklung der Geschäfte sowie der Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und kontinuierlich verbessert werden. Das in der Risikotragfähigkeit angesetzte Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2016 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden. Diese fielen höher aus als ursprünglich im Rahmen der Planungsrechnungen angenommen. Im Jahresverlauf blieben die ursprünglich festgelegten Gesamtlime in der Risikotragfähigkeit unverändert. Im Laufe des Geschäftsjahres 2016 wurden bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse die höchsten Risikopotenziale in den steuerungsrelevanten Szenarien bei den Adressenrisiken im Kundenkredit- und Einlagengeschäft sowie bei den Marktpreisrisiken des Depot A gemessen, ab Mitte des Jahres aber auch bei den Beteiligungsrisiken und den sonstigen Planabweichungen.

Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse war in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2016 gegeben. Bei den Einzellimiten ergaben sich im Jahr 2016 Limitüberschreitungen im Bereich des Beteiligungsrisikos aufgrund erforderlicher Abschreibungen der über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehaltenen Beteiligungen sowie bei den sonstigen Planabweichungen infolge höherer als der ursprünglich eingeplanten neutralen Aufwendungen vor allem im Zusammenhang mit aperiodischen Personalaufwendungen. Daraufhin wurden entsprechende Limitumschichtungen innerhalb des Gesamtlimits vorgenommen sowie Überschreitungen von einzelnen Teillimiten bewusst toleriert, da das Gesamtlimit jederzeit eingehalten werden konnte.

Insgesamt waren die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile der Risikotragfähigkeitsmasse der Saalesparkasse im Berichtsjahr jedoch auch unter Berücksichtigung der genannten Teillimitüberschreitungen ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Die in der Risikotragfähigkeit festgelegten Gesamtlime werden zum Bilanzstichtag sowohl im Plan- als auch im Risikoszenario eingehalten. Die Limite im Planszenario (40,0 Mio. EUR) und im Risikoszenario (128,8 Mio. EUR) werden zum 31.12.2016 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses zu 41,1% bzw. zu 12,8% beansprucht. Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse ist demnach gegeben.

Die zum Jahresende letztlich aufgetretenen Bewertungsaufwendungen konnten ohne Probleme aus dem operativen Ergebnis des Geschäftsjahres gedeckt werden. Die nachhaltige Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR war auch unter Berücksichtigung des Kapitalerhaltungspuffers im Jahr 2016 für die Saalesparkasse jederzeit gegeben. Trotz der oben beschriebenen unterjährigen Notwendigkeit für Limitanpassungen bzw. die unterjährige Tolerierung von Einzellimit-Überschreitungen bei Einhaltung des Gesamtlimits wird die Risikosituation der Saalesparkasse zum Ende des Jahres 2016 als vertretbar eingeschätzt.

Aus den im Laufe des Geschäftsjahres 2016 durchgeführten Stresstests ergeben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreis- inkl. Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“. Diese Stresstests zeigen zwar insgesamt bemerkenswerte Risikoausprägungen auf, jedoch ist im Ergebnis einer regelmäßigen kritischen Reflexion der Ergebnisse und der konservativen Szenarioannahmen kein besonderer Handlungsbedarf abzuleiten, so dass die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse angemessen berücksichtigt.

Für das Folgejahr ist weiterhin sowohl die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Für die Entwicklung des Welthandels und der Weltwirtschaft bestehen in der aktuellen Situation erhebliche politische Risiken. Wenn diese Risiken durch besonnene Reaktionen beherrschbar bleiben, ist eine fortgesetzte Erholung der großen Wirtschaftsregionen möglich. Im Euroraum ist eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung auf Vorjahresniveau zu erwarten. Auch hier stehen die Prognosen unter dem Vorbehalt der bestehenden globalen und gesamtwirtschaftlichen Risiken.

Auch für Deutschland wird wieder ein guter Konjunkturverlauf erwartet. Eine Wachstumsrate leicht unter dem Niveau des Vorjahres dürfte auch 2017 erreichbar sein. Vor allem die Binnennachfrage gilt als robust und sollte das Wachstum auch 2017 erneut ausschließlich tragen. Der Staatskonsum dürfte 2017 noch einmal überproportional zulegen, wobei dieser nicht mehr so stark von der Flüchtlingszuwanderung getrieben wird. Der private Konsum wird allerdings gegenüber dem Vorjahr etwas schwächer ausfallen, da in 2016 noch wirksame Sonderfaktoren nun ausgelaufen sind und des Weiteren die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht mehr von einer erneuten Verbilligung der Energiepreise profitieren werden. Bei den Investitionen dürften sich die Zuwächse 2017 bei den Bauinvestitionen wiederum insbesondere in den Bereich des Wohnungsbaus verlagern. Nach Schätzungen der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe (Stand: 01/2017) wird mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,3% für das Jahr 2017 gerechnet. Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2016/2017 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von ebenfalls 1,3% prognostiziert.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt gehen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2017 von einer leicht steigenden Erwerbstätigkeit und von einer weiter leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit aus. Für Deutschland wird daher eine nahezu konstante Entwicklung der Arbeitslosenquote mit 6,0% in 2017 prognostiziert.

Bei der Preisentwicklung ist 2017 zumindest eine weitere Normalisierung weg von den sehr niedrigen Raten der letzten Jahre wahrscheinlich. Insgesamt dürfte in den nächsten Jahren der Preisauftrieb in Deutschland über dem Schnitt des Euroraumes liegen. Nach Einschätzung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe wird sich die Preisentwicklung 2017 mit 1,7% weiter auf dem niedrigen Niveau nahe der Zielmarke der EZB in Höhe von 2,0% bewegen.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung erwarten wir für den Geldmarkt eine Stabilisierung bis Mitte 2017 auf dem aktuellen Niveau. Erst ab Mitte 2017 ist ein leichter Zinsanstieg zu erwarten. Im Kapitalmarktbereich verbleibt der 5-Jahreszins bis Mitte 2017 ebenfalls auf dem aktuellen negativen Niveau. Ab Ende 2017 wird ein Zinsanstieg in den positiven Bereich hinein erwartet. Für den 10-Jahreszins wird im Jahresverlauf 2017 ein kontinuierlicher leichter Zinsanstieg prognostiziert. Der Abstand zwischen dem 3-Monats- und dem 10-Jahreszins wird dabei auf 100 Basispunkte leicht ausgeweitet. Die Phase der Negativzinsen wird in 2017 weiter anhalten. Gemäß unserer Planannahmen wird im Jahr 2018 von einem weiteren leichten Zinsanstieg über alle Laufzeitbereiche hinweg ausgegangen, so dass sich alle Zinssätze mit Blick auf das Jahresende 2018 im positiven Bereich bewegen werden.

Die Leitzinsen werden mit Blick auf die Entwicklungen in 2016 und die bestehenden Herausforderungen in 2017 nach unserer Meinung vorerst nicht wieder angehoben und die EZB wird ihre Niedrigzinspolitik in 2017 weitestgehend beibehalten, um weiteren deflationären Entwicklungstendenzen entgegen zu wirken. Für 2017 hat sich die europäische Geldpolitik schon weitgehend festgelegt, da das Ankaufprogramm mindestens bis zum Ende 2017 fortgeführt werden soll. Vor dem Ende des Programmes kann eine Anhebung der Leitzinsen ausgeschlossen werden, so dass im Euroraum im Laufe des Jahres 2017 der Negativzins der EZB als Vorgabe für alle kurzfristigen Geldmarktkonditionen vorerst erhalten bleiben wird. Vor dem Hintergrund wieder stärkerer Inflationserwartungen ist anzumerken, dass bei einer vorwegnehmenden Entwicklung an den Kapitalmärkten in den langen Laufzeiten die Zinsstruktur 2017 wieder leicht steiler werden könnte.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse ist gut im Markt positioniert. Bezogen auf unser Geschäftsgebiet bilden die vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft, der unterdurchschnittliche Anteil des produzierenden Sektors sowie die demografische Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse. Während die Stadt Halle (Saale) nach den neuesten Erkenntnissen ihre gegenwärtige Bevölkerungszahl stabil halten und wahrscheinlich sogar leicht erhöhen kann, wird es im gesamten Geschäftsgebiet voraussichtlich in den nächsten Jahre zu einem Sinken der Bevölkerungszahl kommen, womit eine Schmälerung des Marktpotenzials bei unverändert bestehendem Wettbewerbsdruck einhergeht. Aufgrund der stark nachlassenden Flüchtlingszahlen können die damit verbundenen Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung vernachlässigt werden. Der Umgang mit der demografischen Entwicklung ist und bleibt eine der wesentlichen geschäftspolitischen Herausforderungen der Zukunft.

Generell sehen wir weiterhin die Stabilität des Geschäftsmodells der Institute der S-Finanzgruppe und damit auch für das der Saalesparkasse, welches besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist. Mit unserer soliden Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Zu diesen gehören die weiterhin noch nicht ausgestandene Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der Geldpolitik der EZB, die anhaltende Niedrigzinsphase sowie permanent steigende Regulierungsanforderungen.

In Bezug auf das Wettbewerberumfeld sehen wir ein differenziertes Bild. Einzelne Wettbewerber verlagern ihre geschäftspolitischen Schwerpunkte, andere sind gegenüber der Vergangenheit deutlich weniger aktiv, wieder andere drängen mit großer Intensität in bisher von ihnen kaum oder gar nicht besetzte Geschäftsfelder.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere durch die weiterhin anhaltende Niedrigzinsphase, wird sich 2017 das Betriebsergebnis vor Bewertung leicht unter dem Niveau des Vorjahres stabilisieren. Auch in den Folgejahren bis zum Ende unseres Prognosehorizonts 2019 erwarten wir auf dem Niveau des Jahres 2017 stabile Betriebsergebnisse und damit weiterhin Möglichkeiten der Stärkung bzw. mindestens Erhaltung des bilanziellen Eigenkapitals. Dies ist Voraussetzung, um durch Kreditausreichung den Unternehmen den ihren Möglichkeiten entsprechenden finanziellen Spielraum zur Verfügung stellen zu können. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang zudem die steigenden Eigenkapitalanforderungen an Kreditinstitute. Das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele ist Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Engagements bei kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen und Projekten.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen stetig an. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Saalesparkasse bis hin zum Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen. Für diese Aufgaben bietet die Saalesparkasse zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wie interne und externe Schulungen, Trainee-Programme sowie Trainings vor Ort am Arbeitsplatz.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwarten wir ein moderates Wachstum des Geschäftsvolumens. Während die Eigenanlagen reduziert werden sollen, ist geplant, das Kundenkreditgeschäft überdurchschnittlich auszubauen. Wachstumspotenziale sehen wir insbesondere in Immobilienfinanzierungen sowie gewerblichen Investitionsdarlehen, so dass in 2017 das Kundenkreditgeschäft im Bereich der Privat- und Unternehmenskunden deutlich ausgeweitet werden soll. Dagegen wird ein weiterer Rückgang der Kredite an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 1,4% in 2018 und 2,7% in 2019 aus.

Für das Jahr 2017 wird mit einem weiteren deutlichen Zuwachs der Kundeneinlagen, insbesondere der Sichteinlagen, gerechnet. Des Weiteren werden Verschiebungen zwischen einzelnen Produkten erwartet. Für die Folgejahre gehen wir von einem jährlichen Bestandszuwachs von ca. 1,4% aus.

Der Vertrieb wird im Jahr 2017 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Durch umfangreiche Neugestaltung der Gebühren im Girobereich soll der Provisionsertrag insgesamt gesteigert werden. Gleichzeitig wollen wir den Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisieren. Dies erfolgt unter enger Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und der DekaBank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend verfolgen wir eine konsequente Multikanal-Strategie und implementierten eine den stationären Vertrieb ergänzende digitale Filiale. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte zu verstetigen, um auch zukünftig mit Hilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das Markt führende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2017 einen Zinsüberschuss, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase deutlich unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der starke Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Kupons im Depot A kann dabei nicht vollständig von dem nochmaligen leichten Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. In den Folgejahren wird der Zinsüberschuss auf dem nunmehr geringeren Niveau leicht zulegen.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2017 insbesondere infolge der Anpassung der Gebühren im Giroverkehr deutlich über dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird der Provisionsüberschuss auf etwa gleichbleibendem Niveau leicht zulegen.

Die Entwicklung des Personalaufwandes wird im kommenden Jahr von erwarteten Tarifierhöhungen sowie relativ stabilen Sozialversicherungsbeiträgen beeinflusst. Für das Jahr 2017 wird ein Personalaufwand auf gleichbleibendem Niveau erwartet. Der Sachaufwand wird sich im Jahr 2017 leicht unter dem Vorjahreswert bewegen, wobei in vielen Bereichen mit Kostenreduzierungen gerechnet wird. In den Folgejahren wird sich der Personalaufwand mit leicht steigender Tendenz weiter erhöhen, während dessen sich der Sachaufwand auf dem im Jahr 2017 leicht rückläufigen Niveau weiter stabilisieren wird.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2017 mit 64,7% leicht über dem Niveau des Jahres 2016 bewegen. In den Folgejahren wird aufgrund der anhaltenden Maßnahmen zur Kostenoptimierung mit einer Stabilisierung der Kennzahlen zu rechnen sein.

Das Betriebsergebnis wird sich nach unseren Planungen für die Jahre 2017 bis 2019 auf-grund des rückläufigen Zinsergebnisses bei fortdauernder Niedrigzinsphase teilweise weiter reduzieren. Insgesamt erwarten wir im Geschäftsjahr 2017 ein gegenüber 2016 leicht geringeres Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 39,0 Mio. EUR bzw. 0,9% der DBS. Für die Folgejahre gehen wir bei nunmehr geringerem Zinsüberschuss und stabilem Betriebsergebnis von einer rückläufigen, jedoch auskömmlichen Ertragslage aus.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein aus den Marktprognosen abgeleitetes Bewertungsergebnis von -6,9 Mio. EUR im Jahr 2017 eingeplant. Gleichwohl können weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten und damit eine zusätzliche Belastung des Bewertungsergebnisses nicht ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist bereits berücksichtigt, dass die Wertpapiere durchgängig nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden. Für die Folgejahre wird von weiter schwankenden Bewertungsergebnissen ausgegangen.

Im Jahr 2017 werden auf der Grundlage einer Simulation ermittelte Bewertungsaufwendungen für das Kundenkreditgeschäft in Höhe von 5,0 Mio. EUR erwartet, die sich im Vergleich mit dem positiven Vorjahreswert deutlich negativer darstellen werden. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft weiter anhalten.

Das planmäßig ausgeglichene sonstige Bewertungsergebnis wird sich im Vergleich zum Jahr 2016 deutlich verbessert zeigen. Für die Folgejahre ist jedoch mit weiteren Bewertungsaufwendungen zu rechnen.

Das für 2017 erwartete Jahresergebnis in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie die weiteren erwarteten Zuführungsmöglichkeiten zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sollen zur Stärkung der Eigenmittel genutzt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerks und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Sollte die Zinsentwicklung entgegen unserer Erwartungen in Verbindung mit unseren Planannahmen zur bilanziellen Entwicklung konstant verlaufen, werden sich der Zinsüberschuss sowie das Betriebsergebnis sowohl für 2017 als auch für die Folgejahre rückläufig entwickeln. Die Ertragslage insgesamt wird sich dennoch auskömmlich darstellen, so dass vor diesem Hintergrund aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Gerade in den Zeiten der noch andauernden Finanzkrise hat sich das solide, langfristig angelegte und am Kunden und auf die Region orientierte Geschäftsmodell der Saalesparkasse als stabil erwiesen. In diesen unsicheren Zeiten dominiert auf der Kundenseite unverändert das Sicherheitsbedürfnis bei den Anlageentscheidungen. Aufgabe der Saalesparkasse bleibt es, dem gewachsenen Vertrauensbonus dauerhaft gerecht zu werden. Nur dann kann es gelingen, dieses Vertrauen als Basis zur Festigung bestehender Kundenverbindungen sowie auch zur Neukundengewinnung zu nutzen. Insgesamt ist die Vermögenslage geordnet und die Ertragslage zufriedenstellend. Durch ein weiteres Wachstum im Privatkunden- und Unternehmenskundenkreditgeschäft sowie einen nahezu gleichbleibenden Aufwand sehen wir die Chance, die Weichen für eine erfolgreiche, aber gleichzeitig schwierige Zukunft, gestellt zu haben.

Bei Unterstellung einer nach wie vor anhaltenden Niedrigzinsphase resultiert jedoch ein Kapitalanlagedruck durch weiteres Anwachsen der Kundeneinlagen. Damit verbunden sind unvorhersehbare Folgen bei der Weitergabe von Negativzinsen an die Kunden. Die daraus resultierenden Risiken werden die Kundenbeziehungen nachhaltig negativ belasten.

In den aktuellen Planungen gehen wir ferner von einer Stabilisierung der Wirtschaftsaktivitäten aus, wodurch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind. Sollte die europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur dennoch weiter belasten, werden die avisierten Ertragsziele jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während bei Ratingherabstufungen die Ertragsziele durch steigende Risiken belastet werden könnten.

In der durch die Maßnahmen der EZB geprägten Zinsumgebung fällt auch für uns die Möglichkeit nahezu weg bzw. wird stark beeinträchtigt, aus der sogenannten Fristentransformation Erträge zu erzielen. Die Chancen, das Ergebnis der Saalesparkasse dadurch wieder nennenswert zu verbessern, werden in der Zukunft weiterhin als eher gering eingeschätzt.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Aus der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches ergibt sich aufgrund der ausreichend bestehenden stillen Reserven im Zinsbuch jedoch aus heutiger Sicht kein Bedarf zur Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Im Jahr 2016 hatte die konjunkturelle Lage deutlich geringere Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko der Saalesparkasse als in der Planung angenommen. Unabhängig davon werden wir dem Adressenausfallrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die sich konstant bzw. vermindert darstellenden Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben. Falls es aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahme konnte in den Vorjahren ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte. Sollte dieser Fall auch für das Folgejahr eintreten, ist mit weiteren positiven Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu rechnen.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist auch hier für das Jahr 2017 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen der regulatorischen Anforderungen haben weiterhin auch wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse sowie auf die gesamte Sparkassenorganisation auswirken.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2017 nahezu auf dem Niveau des Jahres 2016 bewegen. Als wesentlicher Faktor, der hier zu Abweichungen führen könnte, wird die Entwicklung an den Kapitalmärkten gesehen, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnte.

Die Erwartungen bezüglich des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft orientieren sich mehr an langfristigen Vergleichswerten. Im Ergebnis wird im Jahr 2017 von einer stärkeren Belastung der Ertragslage durch notwendige Bewertungen insbesondere im Kundenkreditgeschäft ausgegangen.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge. Durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement wird versucht, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Wir sehen die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der von uns vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.